

Landtag des Saarlandes

16. Wahlperiode



Pl. 16/9
04.12.17

9. Sitzung

am 04./05. Dezember 2017, 09.00 Uhr, im Gebäude des Landtages

Beginn: 09.04 Uhr
Ende: 18.05 Uhr (05.12.)

PRÄSIDIUM:

Präsident Meiser (CDU)
Erste Vizepräsidentin Ries (SPD)
Zweiter Vizepräsident Heinrich (CDU)
Dritte Vizepräsidentin Spaniol (DIE LINKE)
Erste Schriftführerin Berg (SPD)
Zweiter Schriftführer Thielen (CDU)
Dritter Schriftführer Müller (AfD)

REGIERUNG:

Ministerpräsidentin, auch zuständig für die Bereiche Wissenschaft, Forschung und Technologie,
Kramp-Karrenbauer (CDU)
Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr
Rehlinger (SPD)
Minister für Finanzen und Europa sowie Minister der
Justiz Toscani (CDU)
Minister für Inneres, Bauen und Sport Bouillon (CDU)
Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
Bachmann
Minister für Bildung und Kultur Commerçon (SPD)
Minister für Umwelt und Verbraucherschutz Jost (SPD)

Es fehlen:

Abg. Kuhn-Theis (CDU)
Abg. Thul (SPD)

Gedenken an die Opfer der Brandkatastrophe in Saarbrücken	315	(Erste Lesung: 7. Sitz. v. 24./25. Okt. 2017)	
Begrüßung einer Zuhörergruppe	316		
Geburtstagsglückwunsch	316		
Zeitpunkt und Tagesordnung der heutigen Sitzung	316		
Änderung der Tagesordnung	316		
1. Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur ersten Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und des Bundeskindergeldgesetzes (AGSGB II/BKGG) (Drucksache 16/162)	316	Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Haushalt 2018 - Investitionen und Steuergerechtigkeit (Drucksache 16/179)	319
Ministerin Rehlinger zur Begründung	316	Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Haushalt 2018 - Eigenständigkeit und Zukunftsfähigkeit des Saarlandes sichern durch Umsetzung zukunftsorientierter Ziele, Konsolidierung der Finanzen und Verbesserung der Einnahmesituation (Drucksache 16/180)	319
Abstimmung, Annahme in Erster Lesung, Ausschussüberweisung (WAEV)	317	3. Zweite Lesung des von der Regierung eingebrachten Haushaltsbegleitgesetzes 2018 (HBeglG 2018) (Drucksache 16/151) (Abänderungsantrag: Drucksache 16/181)	319
4. Zweite Lesung des Gesetzes zur Änderung des Saarländischen Beamtengesetzes und des Saarländischen Besoldungsgesetzes (Drucksache 16/147 - neu) (Abänderungsantrag A IS: Drucksache 16/159 und Abänderungsantrag CDU und SPD: Drucksache 16/167)	317	(Erste Lesung: 7. Sitz. v. 24./25. Okt. 2017)	
(Erste Lesung: 8. Sitz. v. 15. Nov. 2017)		Abg. Flackus (DIE LINKE), Berichterstatter.....	319
Abg. Berg (SPD), Berichtsteratterin.....	317	Abg. Hans (CDU).....	326
Abstimmungen, Annahme in Zweiter und letzter Lesung	318	Abg. Dörr (AfD).....	333
5. Zweite Lesung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (Drucksache 16/141)	318	Abg. Pauluhn (SPD).....	336
(Erste Lesung: 8. Sitz. v. 15. Nov. 2017)		Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer.....	342
Abg. Fretter (CDU), Berichtsteratterin.	319	Abg. Lafontaine (DIE LINKE).....	349
Abstimmung, Annahme in Zweiter und letzter Lesung	319	Abg. Roth (SPD).....	351
2. Zweite Lesung des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Saarlandes für das Rechnungsjahr 2018 sowie Ergänzungsvorlage der Regierung zum Haushaltsplanentwurf 2018 (Haushaltsgesetz - HG 2018) (Drucksache 16/150) (Ergänzungsvorlage der Regierung: Drucksache 16/160)	319	Abg. Funk (CDU).....	353
		Abg. Flackus (DIE LINKE).....	355
		Abg. Funk (CDU).....	355
		Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/179, Ablehnung des Antrages	355
		Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/180, Ablehnung des Antrages	355
		Übersicht 1 - Landtag und Rechnungshof (Abänderungsantrag: Drucksache 16/168)	355

Abstimmungen zu den Einzelplänen der Übersicht 1	355	Abg. Lander (DIE LINKE).....	389
Übersicht 2 - Einzelplan 02, Abschnitt Ministerpräsidentin und Staatskanzlei sowie Abschnitt Wissenschaft, Forschung und Technologie (Abänderungsantrag: Drucksache 16/169)	356	Abg. Heib (CDU).....	389
Abg. Thielen (CDU).....	356	Abg. Müller (AfD).....	389
Abg. Spaniol (DIE LINKE).....	357	Abg. Eder-Hippler (SPD).....	391
Abg. Baltes (SPD).....	359	Minister Toscani.....	392
Abg. Dörr (AfD).....	362	Abstimmungen zu den Einzelplänen der Übersicht 9	395
Abg. Zeyer (CDU).....	363	Unterbrechung der Sitzung	395
Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer.....	365	Begrüßung einer Zuhörergruppe	395
Abstimmungen zu den Einzelplänen der Übersicht 2	368	Übersicht 7 - Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr (Abänderungsantrag: Drucksache 16/175)	395
Übersicht 3 - Ministerium für Inneres, Bauen und Sport (Abänderungsantrag: Drucksache 16/170)	368	Abg. Flackus (DIE LINKE).....	395
Abg. Georgi (DIE LINKE).....	368	Abg. Kurtz (SPD).....	398
Abg. Meyer (CDU).....	369	Abg. Hecker (AfD).....	400
Abg. Dörr (AfD).....	372	Abg. Strobel (CDU).....	401
Abg. Berg (SPD).....	373	Abg. Schramm (DIE LINKE).....	403
Abg. Lander (DIE LINKE).....	376	Abg. Blatt (SPD).....	404
Abg. Meyer (CDU).....	377	Abg. Speicher (CDU).....	405
Abg. Lander (DIE LINKE).....	378	Ministerin Rehlinger.....	407
Abg. Schäfer (CDU).....	378	Abstimmungen zu den Einzelplänen der Übersicht 7	412
Abg. Dr. Jung (SPD).....	379	Übersicht 5 - Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (Abänderungsantrag: Drucksache 16/173)	412
Abg. Theobald (CDU).....	380	Abg. Schramm (DIE LINKE).....	412
Minister Bouillon.....	381	Abg. Scharf (CDU).....	414
Abstimmungen zu den Einzelplänen der Übersicht 3	384	Abg. Müller (AfD).....	416
Übersicht 9 - Ministerium der Justiz und Verfassungsgerichtshof des Saarlandes (Abänderungsantrag: Drucksache 16/177)	385	Abg. Scharf (CDU).....	417
Abg. Lander (DIE LINKE).....	385	Abg. Dr. Jung (SPD).....	417
Abg. Heib (CDU).....	385	Abg. Lander (DIE LINKE).....	420
		Abg. Zeyer (CDU).....	420
		Abg. Georgi (DIE LINKE).....	421
		Abg. Holzner (SPD).....	422
		Abg. Lander (DIE LINKE).....	424

Abg. Schäfer (CDU).....	424	Abg. Gillen (CDU).....	469
Ministerin Bachmann	425	Minister Jost.....	470
Abstimmungen zu den Einzelplänen der Übersicht 5	429	Abstimmungen zu den Einzelplänen der Übersicht 8	473
Übersicht 6 - Ministerium für Bildung und Kultur (Abänderungsantrag: Drucksache 16/174)	429	Übersicht 10 - Stellenplan (Drucksache 16/178)	474
Abg. Spaniol (DIE LINKE).....	429	Abstimmung	474
Abg. Renner (SPD).....	432	Abstimmungen über das Haushaltsge- setz 2018	474
Abg. Dörr (AfD).....	435	Annahme der Ergänzungsvorlage zum Haushaltsgesetz 2018 (Drucksache 16/ 160)	474
Abg. Wagner (CDU).....	437	Annahme des Haushaltsgesetzes 2018 (Drucksache 16/150) in Zweiter und letzter Lesung	474
Abg. Spaniol (DIE LINKE).....	440	Abstimmungen über das Haushaltsbe- gleitgesetz 2018	474
Abg. Zehner (CDU).....	441	Annahme des Abänderungsantrages zum Haushaltsbegleitgesetz 2018 (Drucksache 16/181)	474
Minister Commerçon	442	Annahme des Haushaltsbegleitgesetzes 2018 (Drucksache 16/151) in Zweiter und letzter Lesung	474
Abstimmungen zu den Einzelplänen der Übersicht 6	446	Minister Toscani zur Verabschiedung des Haushalts 2018.....	475
Übersicht 4 - Ministerium für Finanzen und Europa und Allgemeine Finanzver- waltung (Abänderungsanträge: Druck- sachen 16/171 und 16/172)	447	Präsident Meiser Schlussworte.....	475
Abg. Dörr (AfD).....	447		
Abg. Schmitt-Lang (CDU).....	448		
Abg. Spaniol (DIE LINKE).....	450		
Abg. Ries (SPD).....	452		
Abg. Oberhausen (CDU).....	453		
Minister Toscani	454		
Abstimmungen zu den Einzelplänen der Übersicht 4	457		
Übersicht 8: Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (Abänderungs- antrag: Drucksache 16/176)	457		
Abg. Dörr (AfD).....	457		
Abg. Döring (SPD).....	459		
Abg. Ensich-Engel (DIE LINKE).....	462		
Abg. Fretter (CDU).....	464		
Abg. Heinrich (CDU).....	466		
Abg. Kurtz (SPD).....	468		

Präsident Meiser:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die neunte Landtagssitzung. Gestern am Nachmittag ereignete sich eine der größten Brandkatastrophen im Land seit vielen Jahren. Vier Menschen starben, mindestens 20 Menschen wurden verletzt. Der Schaden ist noch gar nicht absehbar. 175 Feuerwehrleute, Rettungs- und Polizeikräfte haben ihr Bestes gegeben, um die Situation unter Kontrolle zu bekommen und möglichst viele Menschen zu retten. Dafür wollen wir ihnen heute unseren Dank ausdrücken und unseren Respekt erweisen. Den Verletzten wünschen wir von hier aus gute Genesung. Zum Gedenken an die Todesopfer wollen wir uns von den Plätzen erheben. Unser Mitgefühl gilt ihren Familien und Freunden.

(Präsident Meiser)

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Ich danke Ihnen. - Zum heutigen Sitzungstag darf ich ganz herzlich den Landesverband der AWO unter Leitung von Frau Eleonore Schmittberger begrüßen, der im Rahmen der Einführung von Gruppen in die Parlamentsarbeit bei uns zu Gast ist. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall des Hauses.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, man sieht es ihm nicht an, aber er wird heute, soweit ich weiß, 50 oder so - in etwa. Lieber Eugen Roth, einen ganz herzlichen Glückwunsch im Namen des ganzen Hauses. Alles Liebe und Gute für die Zukunft!

(Beifall des Hauses.)

Er feiert heute im Kreise der Familie, deshalb darf er morgen das Heringessen übernehmen.

(Heiterkeit.)

Im Einvernehmen mit dem Erweiterten Präsidium habe ich den Landtag des Saarlandes zu seiner neunten Sitzung für heute, 09.00 Uhr, einberufen und für die zweitägige Sitzung die Ihnen vorliegende Tagesordnung festgesetzt. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Die Oppositionsfraktionen haben beantragt, ihre Globalanträge zum Haushaltsplanentwurf 2018 - die Drucksachen 16/179 und 16/180 - in den Tagesordnungspunkt 2 der heutigen Sitzung aufzunehmen. Wer dafür ist, dass die Anträge in die Tagesordnung aufgenommen werden, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass die Anträge in die Tagesordnung aufgenommen sind.

Es wird vorgeschlagen, die Begründung und die Aussprache zu diesen Anträgen in der Grundsatzaussprache zum Haushalt 2018 durchzuführen. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Zur Strukturierung der Zweiten Lesung des Haushaltsgesetzes 2018 hat sich das Erweiterte Präsidium auf ein Verfahren geeinigt, das weitgehend dem Verfahren bei der Zweiten Lesung des Haushaltsgesetzes der Vorjahre entspricht. Dies bedeutet, die Berichterstattungen des Ausschusses für Finanzen und Haushaltsfragen zum Haushaltsentwurf 2018 sind in Gruppen gegliedert. Die näheren Einzelheiten über das für die Zweite Lesung des Haushaltsplanentwurfs vereinbarte Verfahren und die Reihenfolge der Abstimmungen habe ich Ihnen schriftlich übermittelt. Sie finden die Vorlagen in Ihren Haushaltsmappen.

Das Erweiterte Präsidium ist übereingekommen, dass die Berichterstattungen über die Einzelplanberatungen nicht mündlich erfolgen, sondern zu Protokoll gegeben werden. Die Fraktionen haben sich auch auf eine Vereinbarung zum zeitlichen Ablauf der zweitägigen Haushaltsberatung verständigt, die Sie ebenfalls in Ihren Haushaltsmappen vorfinden. Das Erweiterte Präsidium hat weiterhin vereinbart, die Beratungen zum Haushaltsgesetz 2018 und zum Haushaltsbegleitgesetz 2018 in einer gemeinsamen Aussprache durchzuführen. Es empfiehlt Ihnen, die Abstimmungen über die Gesetze am Dienstag durchzuführen.

Ich lasse über das Gesamtverfahren abstimmen. Wer ist dafür, dass wir so verfahren? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann wird wie vorgeschlagen verfahren.

Die Mitglieder des Erweiterten Präsidiums haben darüber hinaus vereinbart, die Beratungen zu den Tagesordnungspunkten 4 und 5 betreffend die Zweite Lesung der Gesetze zur Änderung des Saarländischen Beamtengesetzes und des Saarländischen Besoldungsgesetzes sowie zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten zu Beginn des ersten Sitzungstages vor den Beratungen zum Haushaltsplanentwurf 2018 durchzuführen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann werden wir so verfahren.

Wir kommen zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur ersten Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und des Bundeskindergeldgesetzes (AGSGB II/BKGG) (Drucksache 16/162)

Zur Begründung erteile ich Frau Ministerin Anke Rehlinger das Wort.

Ministerin Rehlinger:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf zur Novellierung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs und des Bundeskindergeldgesetzes vom 17. Juni 2015 ist notwendig, da das Zweite Buch des Sozialgesetzbuchs umfangreiche Änderungen erfahren hat. Sie wirken sich auf die Höhe der Bundesbeteiligung an den durch die Gemeindeverbände zu tragenden Kosten für Unterkunft und Heizung aus.

Die Änderungen führen im Wesentlichen dazu, dass erstens die feste Komponente der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft, abgekürzt KdU, für das Saarland seit dem Jahr 2014 auch weiterhin 27,6 Prozent betragen wird. Die feste Komponente

(Ministerin Rehlinger)

der Bundesbeteiligung an den Aufwendungen der KdU ist zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen für die Jahre 2015 bis 2017 um 3,7 Prozent erhöht worden. 2017 wurde die feste Komponente der Bundesbeteiligung an den KdU nochmals um 3,7 Prozentpunkte erhöht, da zusätzliche Bundesmittel in Höhe von 500 Millionen Euro zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern über die KdU zur Verfügung gestellt wurden.

2018 erhöht sich die feste Komponente der Bundesbeteiligung an den Bedarfen für KdU um 7,9 Prozentpunkte und 2019 um 10,2 Prozentpunkte, da weitere zusätzliche Bundesmittel zur Entlastung der Kommunen in Höhe von 1,6 Milliarden Euro jährlich zur Verfügung gestellt werden. Weitere Mittel für 2016 bis 2018 werden zur Kompensation der zusätzlichen Kosten der Länder und Kommunen bezüglich Flucht und Asyl vom Bund zur Verfügung gestellt. Für 2016 wurde ein fester Entlastungsbetrag in Höhe von 400 Millionen Euro nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Länder verteilt.

Für 2017 wurden zunächst zusätzliche Bundesmittel in Höhe von 900 Millionen Euro zugrunde gelegt und anhand des Verhältnisses der durch Flucht und Asyl bedingten KdU-Ausgabenanteile des Vorjahres auf die Länder verteilt. 2018 erfolgt auf der Basis der tatsächlichen durch Flucht und Asyl bedingten Ausgaben 2017 die endgültige Festsetzung der Bundesbeteiligung für 2017. Entsprechend wird im Jahr 2019 die rückwirkende Anpassung dieser zusätzlichen Bundesmittel für das Jahr 2018 vorgenommen.

Ich begrüße sehr, dass der Bund mit seiner erhöhten Beteiligung an den Aufwendungen für Unterkunft und Heizung seiner Verantwortung für Mehrkosten gerecht wird, die den saarländischen Gemeindeverbänden seit 2015 durch die Fluchtmigration entstanden sind. Die saarländischen Gemeindeverbände befinden sich ohnehin in einer sehr schwierigen finanziellen Situation. Mit ihrer Aufnahmebereitschaft von Flüchtlingen sind sie im Bundesvergleich ihrer gesellschaftlichen und sozialpolitischen Verantwortung mehr als gerecht geworden. Es ist auch mehr als gerecht, dass sie jetzt mit 35 Millionen Euro überdurchschnittlich entlastet werden. Das entspricht insgesamt einer Steigerung um 16,6 Prozentpunkte bei der KdU-Erstattung und ist zugleich bundesweit der höchste Beteiligungssatz bei der Flüchtlings-KdU.

Ich betone an dieser Stelle ausdrücklich, dass die der Landesregierung vom Bund zufließenden Mittel ungekürzt und zu 100 Prozent an die Gemeindeverbände weitergeleitet werden. Ich tue dies deshalb, weil gelegentlich ein anderer Eindruck entstanden ist und auch gerne ein anderer Eindruck weitergetragen wird. An dieser Stelle kann man ausdrücklich fest-

stellen, dass 100 Prozent erhalten und weitergeleitet worden sind.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass die aufgezählten Änderungen des Zweiten Buches des Sozialgesetzbuches keinen Einfluss haben auf die Bundesbeteiligung an den Leistungen für Bildung und Teilhabe, BuT abgekürzt. Zugleich wird die bisherige Struktur des AGSGB II und des BKGG zum Juni 2015 beibehalten. Das Gesetz tritt rückwirkend ab dem 01. Januar 2016 in Kraft, da die Änderungen des SGB II Auswirkungen auf die bereits erlassene Verordnung zum Gesetz zur Ausführung des Zweiten Buches des Sozialgesetzbuches und des Bundeskindergeldgesetzes 2016 mit seiner Verordnung haben. - Ich bitte um Zustimmung zu diesem Gesetzesvorhaben.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Meiser:

Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache. - Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf anders als versehentlich in der Tagesordnung angegeben an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr zu überweisen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/162. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfs in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/162 in Erster Lesung einstimmig angenommen ist. Zugestimmt haben die Fraktionen von CDU und SPD, enthalten haben sich die Fraktionen DIE LINKE und AfD.

Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Zweite Lesung des Gesetzes zur Änderung des Saarländischen Beamtengesetzes und des Saarländischen Besoldungsgesetzes (Drucksache 16/147 - neu) (Abänderungsantrag A IS: Drucksache 16/159 und Abänderungsantrag CDU und SPD: Drucksache 16/167)

Zur Berichterstattung erteile ich der Ausschussvorsitzenden Frau Abgeordneter Petra Berg das Wort.

Abg. Berg (SPD), Berichterstatterin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion zur Änderung des Saarländischen Beamtengesetzes und des Saarländischen Besoldungsgesetzes, Drucksache 16/147 - neu -, wurde vom Plenum in

(Abg. Berg (SPD))

seiner achten Sitzung am 15. November 2017 bei Zustimmung der Koalitionsfraktionen und der DIE LINKE-Landtagsfraktion und Enthaltung der AfD-Landtagsfraktion einstimmig angenommen und zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Inneres und Sport überwiesen.

Der Gesetzentwurf sieht vor, das einem politischen Beamten zu übertragende Amt des Bevollmächtigten für Innovation und Strategie zu schaffen und dem Aufgaben- und Bedeutungszuwachs der Leitungsämter des Landesverwaltungsamtes sowie des Landesamtes für Umwelt und Arbeitsschutz durch Anhebung der Ämter des Direktors des Landesverwaltungsamtes und des Direktors des Landesamtes für Umwelt und Arbeitsschutz Rechnung zu tragen. Aufgrund gestiegener Aufgaben soll auch der Leiter des Landesinstituts für Pädagogik und Medien künftig eine Amtszulage erhalten. - So weit zu den Inhalten des Gesetzentwurfs.

Der Gesetzentwurf wurde vom Ausschuss gelesen, auf die Durchführung einer Anhörung wurde verzichtet. Der Ihnen als Drucksache 16/159 vorliegende Abänderungsantrag des Ausschusses geht auf eine Abstimmungsvorlage der Koalitionsfraktionen zurück und wird Ihnen einstimmig zur Annahme empfohlen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum mehrheitlich, bei Zustimmung der Koalitionsfraktionen, Enthaltung der DIE LINKE-Landtagsfraktion und Ablehnung der AfD-Landtagsfraktion, die Annahme des Gesetzes zur Änderung des Saarländischen Beamtengesetzes und des Saarländischen Besoldungsgesetzes Drucksache 16/147 - neu - unter Berücksichtigung des vorliegenden Abänderungsantrages Drucksache 16/159 in Zweiter und letzter Lesung.

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Koalitionsfraktionen haben mit der Drucksache 16/167 zugleich einen Abänderungsantrag zum vorliegenden Gesetzentwurf eingebracht. Zur Begründung dieses Antrages darf ich kurz ausführen. Seit 2009 sind die Ausbildungsbereiche Inklusion und Förderschulen an das Studienseminar für die Primarstufe mit der jetzigen Bezeichnung „Staatliches Studienseminar für die Primarstufe sowie für Sonderpädagogik“ angegliedert. Nach der Einführungsphase ist dies nicht mehr sachgerecht. Inklusion findet nämlich in allen Schulformen statt.

Mit dem vorliegenden Abänderungsantrag ist die Errichtung eines neuen Studienseminars vorgesehen, um die Ausbildung im Vorbereitungsdienst sowohl bezogen auf Inklusion in allen Schulformen als auch hinsichtlich der sonderpädagogischen Fachrichtungen sicherzustellen. Das neue Studienseminar wird die Bezeichnung „Staatliches Studienseminar für Sonderpädagogik“ erhalten. Die Bezeichnung des bisherigen Studienseminars lautet „Staatliches Stu-

dienseminar für die Primarstufe“. Ich bitte Sie, auch diesem Antrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Meiser:

Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Der Ausschuss für Inneres und Sport hat mit der Drucksache 16/159 einen Abänderungsantrag zu dem Gesetzentwurf eingebracht. Wir kommen zur Abstimmung über diesen Abänderungsantrag. Wer für die Annahme des Abänderungsantrages Drucksache 16/159 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Abänderungsantrag Drucksache 16/159 einstimmig angenommen ist. Zugestimmt haben die Fraktionen von CDU, SPD und DIE LINKE. Enthalten hat sich die Fraktion der AfD.

Die Koalitionsfraktionen haben mit der Drucksache 16/167 ebenfalls einen Abänderungsantrag zu dem Gesetz eingebracht. Wir kommen zur Abstimmung über diesen Abänderungsantrag. Wer für die Annahme des Abänderungsantrages Drucksache 16/167 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Abänderungsantrag Drucksache 16/167 einstimmig angenommen ist. Zugestimmt haben die Fraktionen von CDU, SPD und DIE LINKE. Enthalten hat sich die Fraktion der AfD.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 16/147 - neu - in Zweiter und letzter Lesung unter Berücksichtigung der angenommenen Abänderungsanträge ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/147 - neu - in Zweiter und letzter Lesung unter Berücksichtigung der angenommenen Abänderungsanträge mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Fraktionen von CDU und SPD, dagegen gestimmt hat die Fraktion der AfD, enthalten hat sich die Fraktion DIE LINKE.

Wir kommen zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Zweite Lesung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (Drucksache 16/141)

Zur Berichterstattung erteile ich der Ausschussvorsitzenden Frau Abgeordneter Petra Fretter das Wort.

Abg. Fretter (CDU), Berichterstatterin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten, Drucksache 16/141, wurde vom Plenum in seiner achten Sitzung am 15. November 2017 einstimmig angenommen und zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz überwiesen. Die Gesetzesberatungen fanden unter Hinzuziehung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr statt.

Der Gesetzentwurf verfolgt das Ziel, die bisherige Regelung einer Sonntagsöffnung am Heiligen Abend zu streichen. Von dieser Streichung bleiben die Regelungen von § 7 zum Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen, also auch der Verkauf von Back- und Konditorwaren, unberührt. Der Gesetzentwurf wurde vom Ausschuss gelesen und es wurde eine Anhörung unter Beteiligung der Gewerkschaften, der Kirchen, der Kammern, des Einzelhandelsverbandes sowie der kommunalen Spitzenverbände durchgeführt. Bedenken gegen den Gesetzentwurf wurden nicht erhoben.

Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten Drucksache 16/141 in Zweiter und letzter Lesung. - Vielen Dank.

(Beifall.)

Präsident Meiser:

Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/141. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes Drucksache 16/141 in Zweiter und letzter Lesung ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/141 in Zweiter und letzter Lesung einstimmig angenommen ist. Zugestimmt haben alle Fraktionen.

Wir kommen zu den Punkten 2 und 3 der Tagesordnung:

Zweite Lesung des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Saarlandes für das Rechnungsjahr 2018 sowie Ergänzungsvorlage der Regierung zum Haushaltsplanentwurf 2018 (Haushaltsgesetz - HG 2018) (Drucksache 16/150) (Ergänzungsvorlage der Regierung: Drucksache 16/160)

Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag

betreffend: Haushalt 2018 - Investitionen und Steuergerechtigkeit (Drucksache 16/179)

Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Haushalt 2018 - Eigenständigkeit und Zukunftsfähigkeit des Saarlandes sichern durch Umsetzung zukunftsorientierter Ziele, Konsolidierung der Finanzen und Verbesserung der Einnahmesituation (Drucksache 16/180)

Zweite Lesung des von der Regierung eingebrachten Haushaltsbegleitgesetzes 2018 (HBegIG 2018) (Drucksache 16/151) (Abänderungsantrag: Drucksache 16/181)

Bevor wir mit den Beratungen über die einzelnen Gruppen beginnen, erteile ich dem Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzen und Haushaltsfragen, Herrn Abgeordneten Jochen Flackus, das Wort zur Erstattung des Grundsatzberichtes des Ausschusses für Finanzen und Haushaltsfragen zum Gesamthaushalt 2018.

Abg. Flackus (DIE LINKE), Berichterstatter:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich mit der Berichterstattung beginne, möchte ich ein herzliches Dankeschön an unseren Ausschusssekretär, Herrn Schaar, und sein Team richten. Er hat uns bei den Beratungen mit seiner Professionalität sehr geholfen. Vielen Dank dafür.

(Beifall des Hauses.)

Die Landesregierung hat am 29. September 2017 den Haushaltsplanentwurf für das Rechnungsjahr 2018 eingebracht, der zusammen mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2018 am 24. und 25. Oktober 2017 in Erster Lesung beraten worden ist.

Die Entscheidung der Landesregierung, für das kommende Haushaltsjahr wieder einen Einzelhaushalt aufzustellen, beruht auf der Annahme, dass nach der Bildung einer neuen Bundesregierung wahrscheinlich steuerpolitische Entscheidungen mit nur vage einzuschätzenden Folgen für die Zeit ab 2019 für die öffentlichen Haushalte anstehen. Dies bedeutet nach Einschätzung der Landesregierung aber keine grundsätzliche Abkehr vom Doppelhaushalt, der sich nach Einschätzung der Landesregierung bewährt habe, umso mehr, als in erheblichem Umfang flüchtlingsbedingte Mehrausgaben zu verkraften waren. Um zu ermöglichen, das letzte Jahr im System der Konsolidierungshilfen mit dem ersten Jahr der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzen besser verzahnen zu können, wird für die Jahre 2019 und 2020 wieder ein Doppelhaushalt aufgestellt.

(Abg. Flackus (DIE LINKE))

Der Haushaltsplanentwurf 2018 hat ein Ausgabevolumen von 4,17 Milliarden Euro und weist damit eine moderate Steigerung um 71.700 Euro auf. Der im Regierungsentwurf ausgewiesenen Nettokreditaufnahme von 36,3 Millionen Euro stehen Investitionen in Höhe von 365 Millionen Euro gegenüber. Unter Berücksichtigung der Einnahmen für Investitionen sowie der Kreditaufnahmen und der Schuldentilgung bei den öffentlichen Verwaltungen hat sich die formale Überdeckung seit 2016 weiter erheblich vergrößert. Die sich aus Artikel 108 der saarländischen Verfassung ergebende Regelobergrenze für die Kreditaufnahme unterschreitet den Regierungsentwurf 2018. Damit bewegt sich die Nettokreditaufnahme im Haushaltsjahr 2018 in dem durch die Landesverfassung vorgegebenen Rahmen.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und damit auch die Entwicklung des Zinsniveaus beeinflussen in nicht unerheblichem Maße den Landeshaushalt. Um das zurzeit historisch niedrige Zinsniveau langfristig zu sichern, wurden bereits in den letzten Jahren bei Umschuldungen vor allem Kredite mit langen Laufzeiten abgeschlossen. Trotz eines festzustellenden leichten Anstiegs des Zinsniveaus sind die aktuellen Konditionen immer noch deutlich günstiger als die Durchschnittsverzinsung der auslaufenden Alt-schulden. Deshalb können auch weiterhin auslau-fende höher verzinsten Kreditverträge nach und nach durch niedriger verzinsten neue Kredite abgelöst werden.

§ 2 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes ermächtigt die Landesregierung, Vereinbarungen zu treffen, die der Steuerung von Zinsänderungsrisiken sowie der Erzielung günstiger Konditionen dienen. Die ergänzen-den Vereinbarungen erlauben es, im Bedarfsfall mit Zustimmung des Ausschusses für Finanzen und Haushaltsfragen die gesetzliche Ermächtigung von 50 Prozent der Kreditmarktschulden im Haushalts-vollzug auf maximal 100 Prozent auszuweiten. Dar-über hinaus wirkt sich auch die Begrenzung des Schuldenstandes positiv auf die Zinsausgaben aus. Die Verschuldung des Landes wird durch die ge-nannten Effekte im nächsten Jahr um nicht mehr als 0,3 Prozent ansteigen. Die Landesregierung beab-sichtigt, ab 2020 Alt-schulden zu tilgen; sie sollen um durchschnittlich 80 Millionen Euro pro Jahr sinken.

Die Konsolidierungsmöglichkeiten wurden fortge-setzt, die nach den Sanierungsaufgaben zulässigen Ausgabenzuwachsraten deutlich unterschritten und die vom Parlament geforderten Eigenbeträge zur Haushaltssanierung geleistet. Derzeit wird die Sa-nierungsplanung auch für die Jahre 2017 bis 2020 verlängert, um den erfolgreichen Abschluss der Sa-nierungsvereinbarungen weiter zu unterstützen und sicherzustellen. Die ab 2020 geltende Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen sollte es dem Saarland erlauben, an die Haushaltsentwicklung der

anderen Länder aufzuschließen. Nach Einschätzung der Landesregierung eröffnet die Haushaltskonsoli-dierung den Spielraum, bereits jetzt die Investitions-ausgaben zu erhöhen. Die Investitionen steigen ge-genüber dem laufenden Haushaltsjahr auf 365 Mil-lionen Euro und damit um 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Der Einstieg in die geplante Investitionsoffensive Saar beginnt im kommenden Jahr. Trotz der klaren Konsolidierungserfordernisse und des notwendigen Defizitabbaus verfolgt die Landesregierung dieses Ziel, um die öffentliche Infrastruktur zu erhalten und in notwendigem Umfang zu modernisieren und aus-zubauen. Zudem verstärkt die Landesregierung die Planungs- und Genehmigungsbehörden mit zusätzli-chem Personal. Ab dem Jahr 2020 soll durch zu-sätzliche Maßnahmen die Wirtschafts- und Finanz-kraft des Landes weiter gestärkt werden, um die Ab-hängigkeit des Landes von besonderen landesstaat-lichen Ausgleichszahlungen auch insoweit zu be-grenzen.

Mit der Verabschiedung des E-Government-Ge-setzes wurde ein Beitrag dazu geleistet, durch die angestrebte Digitalisierung der Verwaltungsleistun-gen die Effektivität der Landes- und Kommunalver-waltung zu stärken und bürgerfreundlicher zu gestal-ten. Zur Unterstützung der Digitalisierungsoffensive des Landes ist im Haushalt eine deutliche Mittelver-stärkung in Höhe von 4,4 Millionen Euro vorgese-hen. Das Land nutzt damit die Chance, die es durch die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzen erhalten hat.

Der Haushaltsentwurf enthält weitere Konsolidie-rungsmaßnahmen, zum Beispiel über eine optimier-te Betreuung der unbegleiteten ehemals minderjäh-ri-gen Flüchtlinge, eine Stärkung der Einnahmeseite der Hochschulen durch die Möglichkeit, Verwal-tungskostenbeiträge zu erheben, und die vom Rech-nungshof empfohlene Zentralisierung des Liegen-schaftsmanagements des Landes. Insgesamt sieht die Landesregierung für alle geplanten Konsolidie-rungsmaßnahmen im Haushalt 2018 rund 20 Millio-nen Euro vor.

Die Landesregierung hat unter anderem aus Anlass der zu erwarteten Einnahmeverbesserungen bei den Steuern eine Ergänzungsvorlage eingebracht. Die in § 2 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes abgebildete Kre-ditermächtigung wird aufgrund der angenommenen Entwicklung der Steuereinnahmen von ursprünglich 37 Millionen Euro auf nunmehr 9 Millionen Euro re-duziert.

Darüber hinaus wird in § 3 Abs. 6 die Ermächti-gungsgrundlage für das Finanzministerium geschaf-fen, für die Mitgliedschaft der WOG Saar in der Zu-satzversorgungskasse die Gewährträgerschaft zu übernehmen. Diese ist zwingende Voraussetzung

(Abg. Flackus (DIE LINKE))

für die Begründung der Mitgliedschaft. Damit wird erreicht, dass das Personal der WOG Saar gegenüber den übrigen Bediensteten des Strukturholdingkonzerns nicht benachteiligt wird.

Schließlich wird in § 11 Abs. 2 die Regelung, dass auf Stellen für Lehrkräfte in Kapitel 06 09 Lehrkräfte aller Schulformen geführt werden können, auf die Studienseminare des Landesinstituts für Pädagogik und Medien ausgeweitet. Die in der Ergänzungsvorlage darüber hinaus ressortbezogen vorgenommenen Änderungen sind gegenfinanziert und erhöhen insoweit nicht das Gesamtvolumen des Landeshaushalts.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, mit dem Haushaltsgesetz hat die Landesregierung das Haushaltsbegleitgesetz 2018 eingebracht, von dessen Inhalt ich die wesentlichen Kernpunkte nennen will. Die in Artikel 1 vorgesehene Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes soll auch künftig eine angemessene Ausstattung der Bergverwaltung des Saarlandes mit qualifiziertem Personal gewährleisten und für den nachgeordneten Bereich des Wirtschaftsministeriums eine angemessene Beförderungsstruktur sicherstellen.

Die Änderung des Saarländischen Hochschulgebührengesetzes in Artikel 2 dient der Schaffung einer Rechtsgrundlage zur Einführung eines Verwaltungskostenbeitrages für Studierende der Hochschulen des Landes, die bislang im Saarländischen Hochschulgebührengesetz noch nicht geregelt ist.

Mit der in Artikel 3 vorgesehenen Änderung des Saarländischen Grundwasserentnahmegesetzes soll das Wasserentnahmeentgelt als ökonomisches und ökologisches Lenkungsinstrument in der Umweltpolitik genutzt werden. Mit diesem Gesetz soll der wirtschaftliche Vorteil, den Einzelne durch die Inanspruchnahme des Entnahmerechts erzielen, abgeschöpft werden.

Erwähnen möchte ich auch die in Artikel 7 vorgesehene Änderung des Kommunalfinanzausgleichsgesetzes. Die Landesregierung hat sich mit den kommunalen Spitzenverbänden darauf verständigt, für 2016 37 Prozent und für 2017 40 Prozent der vom Bund für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen gezahlten Mittel an die Kommunen weiterzuleiten. Die Mittel für die Kosten der Unterkunft, die 15 Millionen Euro überschreiten, verbleiben vollständig bei den Kommunen. Auch für 2018 werden 40 Prozent der vom Bund gezahlten Mittel - das sind voraussichtlich 66,6 Millionen Euro - an die Kommunen weitergegeben. Der sich aus der Spitzabrechnung noch ergebende Anspruch der Kommunen aus dem über die Umsatzsteuer gezahlten Beitrag des Bundes zur Entlastung der Länder und Kommunen soll den Gemeinden zeitnah, und nicht erst im Jahr 2018, zur Verfügung gestellt werden.

Die kommunalen Spitzenverbände haben auch in diesem Jahr ihre Möglichkeit, nach Artikel 124 der Verfassung des Saarlandes, zu den die kommunale Seite betreffenden Teilen des Haushaltsgesetzes Stellung zu nehmen, wahrgenommen. Der Saarländische Städte- und Gemeindetag erkennt an, dass beim kommunalen Finanzausgleich zwar eine Erhöhung der den Kommunen zur Verfügung stehenden Finanzausgleichsmasse um 4,5 Prozent auf 625 Millionen Euro vorgesehen sei, zur Lösung der finanziellen Notlage der saarländischen Kommunen seien allerdings weitere Anstrengungen notwendig. Dazu müsse ab 2020 auch eine angemessene Erhöhung des Verbundsatzes erwogen werden, damit der Finanzausgleich verlässlich die Erfüllung der kommunalen Aufgaben gewährleisten könne.

Hinsichtlich der Landesmittel zur Kofinanzierung des Bundesprogramms „Städtebauförderung“ stellt der Saarländische Städte- und Gemeindetag fest, dass auch 2018 die eigentlich vorgesehene Drittelbeteiligung des Landes nicht vollständig erfolgen werde und dadurch bedingt eine erneute Inanspruchnahme kommunaler Mittel aus dem Ausgleichsstock zu erwarten sei. Der Verband sieht sich in seiner Forderung bestärkt, dass der Landesanteil bei den Bundesprogrammen im Rahmen der Drittelbeteiligung vollständig aus Landesmitteln erbracht werden sollte. Im Übrigen erwarten und fordern die saarländischen Städte und Gemeinden in Anerkennung der jetzt und in der Vergangenheit von ihnen erbrachten Sanierungsleistungen zum Landeshaushalt eine angemessene und gerechte Beteiligung an den Entlastungen des Landes durch den neuen Bund-Länder-Finanzausgleich ab dem Jahr 2020.

Der Landkreistag Saarland hat betont, dass für ihn die Neuregelungen im Kommunalfinanzausgleichsgesetz und in dem Gesetz über die Zuständigkeiten nach dem Unterhaltsvorschussgesetz besondere Relevanz hätten. Der Landkreistag fordert, von der in § 6 Abs. 5 Kommunalfinanzausgleichsgesetz vorgesehenen Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs um 56 Millionen Euro abzusehen und die verbleibende Finanzausgleichsmasse in Kapitel 21 01 entsprechend zu erhöhen. Der Verband sieht durch die Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes die saarländischen Landkreise und den Regionalverband Saarbrücken in erheblichem Maße belastet. Er begründet diese finanziellen Belastungen durch die Aufhebung der Befristung des Leistungsbezugs und durch die Ausweitung des leistungsberechtigten Personenkreises. Die so steigenden erheblichen finanziellen Mehrbelastungen müssten bis zum 31.12. des nächsten Jahres durch die Landkreise und den Regionalverband Saarbrücken vorfinanziert werden. Der Auffassung der Landesregierung, dass Landkreise die Mehrbelastungen bereits mit einer Rückgriffsquote von 25 Prozent ihrer Ausgaben vollständig refinanzieren könn-

(Abg. Flackus (DIE LINKE))

ten, vermochte sich der Landkreistag nicht anzuschließen.

Nach den regionalisierten Ergebnissen der aktuellen Steuerschätzung vom November liegen die Steuereinnahmen des Landes sowohl für das laufende Jahr als auch für die Folgejahre über den Prognosen der Mai-Steuerschätzung. Insbesondere die Zuwächse bei der Lohnsteuer und bei der Erbschaftsteuer lassen im laufenden Jahr ein Plus von rund 65 Millionen Euro erwarten, die Ansätze aus dem geltenden Haushalt werden damit um rund 185 Millionen Euro übertroffen. Dieser deutliche Anstieg ist zu einem erheblichen Teil dadurch bedingt, dass die Steuerschätzung auch die vom Bund gezahlte Integrationspauschale und weitere Hilfen des Bundes berücksichtigt, an denen - wie ich bereits dargestellt habe - auch die Kommunen beteiligt werden.

Für das kommende Jahr übertrifft der aktuelle Schätzwert die im Haushaltsplanentwurf ausgebrachten steuerabhängigen Einnahmen um 34 Millionen Euro. Das Finanzministerium rechnet auch für die Folgejahre 2019 und 2020 im Vergleich zur aktuellen Finanzplanung mit Mehrergebnissen von jeweils etwa 33 Millionen Euro. Die Mehreinnahmen werden zur Begrenzung der Neuverschuldung eingesetzt. Auch die Kommunen profitieren - insbesondere durch die Stabilisierung der Gewerbesteuer und dem erwarteten Einnahmeplus bei der Lohnsteuer - von dieser positiven Entwicklung. Die Kommunen können auch in den Jahren 2018 und 2019 im Vergleich zur diesjährigen Mai-Steuerschätzung mit Mehreinnahmen von 24 Millionen beziehungsweise 18 Millionen Euro rechnen. Risiken der aktuellen Prognose liegen vor allem in der Möglichkeit einer Steuerreform auf Bundesebene und unter anderem in den Auswirkungen des Brexit.

Der Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen hat sich in seiner Sitzung am vergangenen Mittwoch mit den Schwerpunkten und Zielsetzungen der mittelfristigen Finanzplanung 2017 bis 2021 befasst. Das Saarland ist durch die Verwaltungsvereinbarung zum Konsolidierungshilfegesetz dazu verpflichtet, jährlich dem Stabilitätsrat die Einhaltung der Defizitabbaugrenzen nachzuweisen. Im Konsolidierungsbericht 2016 von April 2017 konnte das Saarland darlegen, dass auch die Konsolidierungsverpflichtungen vollständig eingehalten wurden und das strukturelle Defizit auf 430,8 Millionen Euro abgebaut werden konnte. Die für 2016 gültige Grenze wurde damit um 68,2 Millionen Euro unterschritten, für 2018 liegt sie bei 241,9 Millionen Euro und wahrt dabei einen Sicherheitsabstand von 7,6 Millionen Euro.

Das mit dem Stabilitätsrat zu vereinbarende Sanierungsprogramm 2017 bis 2020 stützt sich wesentlich auf die bestehenden Konsolidierungsmaßnahmen und ergänzt diese um zusätzliche Einsparmaßnah-

men. Es sieht für 2017 Konsolidierungsmaßnahmen im Umfang von insgesamt 470 Millionen Euro vor, die bis 2020 auf rund 540 Millionen Euro anwachsen werden.

Neben den zusätzlichen Maßnahmen bedarf es ebenso stabiler und verlässlicher Einnahmen. Für die auf Bundesebene diskutierten Steuersenkungen ist im Finanzplan in einem gewissen Umfang Vorsorge getroffen. Das Land leistet im Rahmen seiner Möglichkeiten Beiträge zur Steigerung der Einnahmen und unterstützt zudem Bestrebungen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und zur Stärkung der Steuergerechtigkeit.

Das Saarland wird spätestens am Ende des kommenden Jahres mit voraussichtlich 14,4 Milliarden Euro einen neuen Schuldenhöchststand erreichen. Ab dem Jahr 2019 wird es mit einem kontinuierlichen Schuldenabbau beginnen. Vorgesehene Tilgungsbeträge in Höhe von voraussichtlich 80 Millionen Euro werden dann zu einem langsamen, aber nachhaltigen Rückgang des Schuldenstandes führen, dem eine kontinuierliche Erhöhung der Einnahmen des Landes gegenübersteht.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen hat den Landeshaushalt in insgesamt zwölf Sitzungen beraten. Die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD sowie die DIE LINKE-Landtagsfraktion haben nach Abschluss der Einzelplanberatungen ressortbezogen Abänderungsanträge eingebracht. Die AfD-Landtagsfraktion hat auf die Einbringung von Abänderungsanträgen zu den Einzelplänen verzichtet.

Die Abänderungsanträge der Koalition wurden in der Sitzung des Ausschusses am 30. November in der überwiegenden Zahl mit Stimmenmehrheit angenommen. Der vom Landtagspräsidenten eingebrachte Antrag zum Landesinstitut für Präventives Handeln, mit dem das Institut zum Landtag verlagert wird, wurde einstimmig angenommen. Die von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Anträge wurden durch die Ausschussmehrheit abgelehnt und auf Wunsch der Einbringer nicht mehr im Plenum zur Abstimmung gestellt. Beide Oppositionsfraktionen haben stattdessen Globalanträge zum Gesamthaushalt eingebracht, über die im Anschluss an die folgende Grundsatzdebatte abgestimmt wird. Mit Blick auf die durch das Erweiterte Präsidium beschlossenen Zeitvorgaben verzichte ich darauf, inhaltlich auf diese Anträge einzugehen. Sie werden im Rahmen der Grundsatzdebatte durch die antragstellenden Fraktionen erläutert werden.

Die Ausführungen der Berichterstatterinnen und Berichterstatter des Ausschusses zu den Einzelplanberatungen der Übersichten 1 bis 9 sollen durch Beschluss des Erweiterten Präsidiums zur zeitlichen

(Abg. Flackus (DIE LINKE))

Straffung des Verfahrens nicht vorgetragen, sondern zu Protokoll gegeben werden.

In der Übersicht 10 der Antragsunterlagen finden Sie sowohl die Nachweisung über die vom Ministerium für Finanzen und Europa nach Erstellung des Haushaltsplanentwurfs aufgrund gesetzlicher Ermächtigung im Stellenplan 2017 vorgenommenen Änderungen als auch die Übersicht zur Änderung von Stellenplänen im Schulbereich. Die Änderungen ergeben sich aus der Auswertung der Schülerzahlen des Schuljahres 2016/2017. Sie sind notwendig, da für die Zahl der Funktionsstellen im Schulbereich maßgebliche Schülerzahlen und Lehrerstellen nicht mehr rechtzeitig vor Abschluss der Arbeiten am Haushaltsplan 2018 ermittelt werden konnten. Die Änderungen sollen in den dem Landtag zur Beschlussfassung vorliegenden Haushaltsplanentwurf übernommen werden. Der Ausschuss empfiehlt insoweit mit der Mehrheit seiner Mitglieder die Annahme der Regierungsvorlage.

Ich komme zum Schluss. Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, bei der Schlussabstimmung über den Haushaltsplanentwurf 2018 hat der Haushalts- und Finanzausschuss mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und bei Gegenstimmen der Oppositionsfraktionen beschlossen, dem Plenum unter Berücksichtigung der von ihm vorgenommenen Abänderungsanträge sowohl die Annahme des Haushaltsgesetzes 2018, die von der Landesregierung hierzu ins Verfahren eingebrachte Ergänzungsvorlage als auch die Annahme des Haushaltbegleitgesetzes 2018 in Zweiter und letzter Lesung zu empfehlen. - Ich bedanke mich für lange Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Meiser:

Vielen Dank für den Bericht. Ich eröffne die Grundsatzzdebatte. - Das Wort hat Herr Abgeordneter Jo-chen Flackus.

(Heiterkeit.)

Abg. Flackus (DIE LINKE), Berichterstatter:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, dass wir die Debatte etwas fröhlicher angehen als einen doch etwas anstrengenden Bericht. Sehr geehrter Herr Finanzminister, wir erkennen ausdrücklich den Versuch, den Haushalt in ruhigere Fahrwasser zu bringen, an. Das Saarland hat in den letzten Jahren einiges versucht. Wir haben uns wirklich sehr aufmerksam mit Ihren ganzen Vorlagen auseinandergesetzt. Leider muss man feststellen, dass keine Gesamtstrategie zu erkennen ist. Das ist das Grundproblem dieses Haushaltsplanes, den wir jetzt diskutieren: Es gibt keine Gesamtstrategie.

Ich will Ihnen ein Beispiel dafür nennen. Sie haben ja im Haushaltsausschuss vorgetragen. Sie haben demnach einen Sanierungserfolg von 2010 bis 2018 in Höhe von 1 Milliarde Euro gehabt. Sie haben erzählt, dass 500 Millionen Euro von dieser 1 Milliarde Euro aufgrund von Rahmenbedingungen, auf die wir gleich noch zu sprechen kommen - niedrige Zinsen und Konjunktur -, eigene Sanierungsbeiträge sind. Aber sowohl die PwC, die sich mit den Kommunalfinanzen beschäftigt hat, als auch Bertelsmann - diese Studie kennen wir alle, die haben wir in der Ersten Lesung des Haushaltes diskutiert - kommen zum Ergebnis, dass das Land sich leider auf Kosten der Kommunen saniert.

Wenn man sieht, welche Zahlen auf dem Tisch liegen - die Kommunen haben selbst vorgetragen, dass von 2005 bis 2020 insgesamt 600 Millionen Euro Sanierungsbeiträge von den Kommunen kommen -, dann kann man sagen, dass das in der Tat eine Sanierung auf Kosten der Kommunen ist. Das halten wir für nicht richtig, weil bei den kommunalen Finanzen, über die wir gleich noch reden werden, wirklich einiges im Argen liegt. Noch mal: Das ist eine Sanierung auf Kosten der Kommunen. Im Jahr 2018 werden die Kommunen wieder 56 Millionen Sanierungsbeiträge bringen. Eine Strategie und eine Logik, denen an dieser Stelle der Haushalt folgt, können wir hier leider nicht erkennen.

Ihre Strategie ist eher das Prinzip Hoffnung. Ich habe davon vorhin schon kurz gesprochen. Sie hoffen auf eine gute Konjunktur, auf weiter sprudelnde Steuereinnahmen und niedrige Zinsen. Man könnte auch sagen, Herr Minister, Sie haben einen Tunnelblick. Sie sehen nicht rechts oder links, was weltweit und hier in Deutschland mit der Konjunktur sowie in anderen Dingen passiert, sondern Sie sagen, die schwarze Null ist das Oberziel. Aber eine schwarze Null ist eben kein ökonomischer Sinn in sich. Es geht um unseren Standort, um die Schaffung und die Sicherung von Arbeitsplätzen. Dem muss ein Haushalt in erster Linie erst einmal dienen.

(Beifall bei der LINKEN.)

Der zweite Punkt. Es fehlt aus unserer Sicht völlig der Zusammenhang mit der Wirtschaftspolitik. Es gibt kein industrielles Leitprojekt, obwohl wir doch klare ökonomische Fakten haben. Schauen wir sie uns einmal an. Vorletzter Platz bei der Wirtschaftsleistung 2016, Nullwachstum 2016. Das sind alles Zahlen vom Statistischen Bundesamt. Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre belegt das Saarland den vorletzten Platz beim Wirtschaftswachstum. Bei der Investitionsquote in 2016 belegen wir laut DIW den letzten Platz. Wir haben einen Rückgang der Investitionen im Durchschnitt der anderen Bundesländer um 13 Prozent zwischen 2015 und 2016. Das ist der ökonomische Befund. Den kann man nicht einfach ignorieren. Der müsste sich im Haushalt irgend-

(Abg. Flackus (DIE LINKE))

wo widerspiegeln. Das können wir aber bei Gott nicht finden.

Kommen wir zu dem Investitionsbereich. Wir kennen natürlich die Sanierungsvorgaben und auch die Schuldenbremse. Wir wissen auch - das ist ein klarer Grundsatz, den wir immer betont haben -, dass wir im Saarland nicht mehr ausgeben können als andere Bundesländer. Das ist völlig klar. Wir können aber auch nicht weniger ausgeben. Deshalb appellieren wir an dieser Stelle noch einmal: Geben Sie nicht weniger aus, als andere Bundesländer das tun!

(Beifall bei der LINKEN.)

Ich habe Ihnen die ökonomischen Fakten genannt. Wir verlieren den Anschluss. Wir haben ihn schon verloren. Die Gefahr besteht, dass das immer weitergeht. Die Investitionen sind nun mal der Dreh- und Angelpunkt für Finanz- und Wirtschaftspolitik. Sie sind leider 2018 wieder viel zu gering. Sie gehen auch nicht dynamisch auf Wirtschaftsfakten ein, sondern Sie bleiben im Grunde genommen statisch. Das ist, was ich vorhin sagte, der Tunnelblick.

Schauen wir uns gerade im Bereich der Investitionen noch einmal die Fakten an. Die IHK hat bereits 2015 festgestellt, dass wir in den letzten Jahren 1 Milliarde Euro zu wenig investiert haben. Wir haben einen Sanierungsstau, der mittlerweile bei 1,1 Milliarden liegt. Jährlich kommen laut IHK 110 Millionen dazu.

Wir haben hier schon über die Universität diskutiert. Wir waren mit dem Unterausschuss Bau vor zwei Wochen auf dem Campus. Dort gibt es laut Präsidium einen Sanierungsstau von über 400 Millionen Euro. Wenn man sich das Rechenzentrum der Universität ankuckt und sieht, in welchem Zustand das ist, dann fragt man sich, wie die Informatik einen Weltruf kriegen kann. Es gibt da im Sommer noch nicht einmal eine funktionierende Klimaanlage.

Die Krankenhäuser haben, wie wir letzte Woche festgestellt haben, ein Investitionsdefizit von 435 Millionen Euro. Über 50 Prozent unserer Straßen sind laut Landesamt für Straßenwesen quasi in der schlechtesten Zustandsklasse. Die anderen sind auch nicht viel besser. Insgesamt sind über 70 Prozent in keinem guten Zustand.

Last, but not least reden wir über E-Government, über Digitalisierung, über die Zukunft des Automobil-Landes. Was den Breitbandausbau betrifft, ist es schön, dass wir aufgrund einer privaten Initiative Ende nächstens Jahres die 50 Mbit/s flächendeckend haben werden, das ist prima. Aber wenn wir wirklich digitalisieren wollen, werden diese Bandbreiten nicht ausreichen. Die Max-Planck-Gesellschaft hat unlängst gesagt, wir brauchen mindestens 200 bis 400 Mbit für die normalen Haushalte, und die Unterneh-

men werden sehr schnell an die Gigabyte-Grenze gehen.

Sie verhalten sich also - wenn man sich das alles ansieht, wenn man sich auch die Zahlen ansieht - wie ein Hausbesitzer, dessen Dach kaputt ist und der den Eimer drunter stellt und wartet. Im nächsten Jahr wundert er sich, dass die Wände verschimmelt sind. So wird nach unserem Dafürhalten hier mit Investitionen umgegangen.

(Beifall bei der LINKEN.)

Wir stellen fest: Das Saarland lebt aktuell von der Substanz und es ist dabei, seine noch vorhandene Substanz weiter zu zerstören, weil die Investitionen fehlen.

Deshalb schließen wir uns, Herr Minister, auch vor dem Hintergrund der Rahmendaten des Haushaltes dem an, was der Rechnungshof vorgeschlagen hat. Er hat gesagt, man soll sich das Sondervermögen, das derzeit einen Stand von etwa 360 Millionen Euro hat, noch einmal genau ansehen und soll versuchen, aus diesem Sondervermögen noch möglichst viel in den investiven Bereich umzuschichten. Dem Vorschlag schließen wir uns ausdrücklich an und bitten Sie herzlich, sich das noch einmal anzuschauen.

Der Rechnungshof hat auch vorgeschlagen, sich noch einmal die konsumtiven Ausgaben, die es ja im Landeshaushalt immer noch gibt, vorzuknöpfen und auch dort zu versuchen, im laufenden Haushaltsbetrieb in den investiven Bereich umzuschichten. Wir machen uns auch diesen Vorschlag zu eigen und möchten Sie bitten, sich das noch einmal anzusehen.

Kommen wir zur Großbaustelle kommunale Finanzen. Das Nicht-Investieren geht dort schon los. Wir alle wissen, in den Kommunen beginnt das gesellschaftliche Leben. Sterben die Kommunen, ist das im Rückschluss natürlich auch schwierig für das gesellschaftliche Leben. Hier sind wiederholt die Vereine und das Dorffestleben und alles, was im Saarland besonders lebenswert ist, beschworen worden. Aber wenn die Kommunen nicht investieren können, gibt es einfach ein Problem.

Auch hier muss man sich noch einmal den Befund ansehen. Die saarländischen Kommunen haben die geringste Investitionsquote aller Kommunen in Deutschland. Kein Landkreis erreicht den Durchschnitt der bundesdeutschen Landkreise. Wir haben Kassenkredite in Höhe von 2,2 Milliarden Euro und - wir haben die Zahl im Haushaltsausschuss gehört - 2016 sind noch einmal 90 Millionen Euro hinzugekommen. Das ist auch eine dramatische Entwicklung. In Hessen zum Beispiel liegen die Pro-Kopf-Einnahmen in den Kommunen um 60 Prozent höher. Diese Zahlen müssen wir uns einfach vergegenwärtigen und müssen sehen, wie man damit umgeht.

(Abg. Flackus (DIE LINKE))

Die Bertelsmann Stiftung hat festgestellt, dass das Saarland immer weiter zurückfällt. Sie hat auch festgestellt, dass zwischen den saarländischen Kommunen und dem Rest der Republik zwei Welten stehen.

Ein Problem, Herr Innenminister, ist auch, dass viele Ihrer guten Hilfen, die Sie zum Teil in verschiedenen Programmen anbieten, ihre Adressaten nicht finden. Warum ist das so? Weil immer mehr Kommunen nicht in der Lage sind, die Kofinanzierungsmittel zu bringen, um überhaupt einen Teil der Programme in Anspruch zu nehmen. Auch da bitte ich herzlich, noch einmal zu überlegen, wie man diesen Punkt anders bearbeiten kann. Das Fazit für die Kommunalfinanzen besteht schlicht darin, dass die Saarkommunen nicht in die Zukunft investieren, sondern in Zinsen, und das kann so nicht weitergehen.

Kommen wir einmal zu den restlichen Haushaltsrisiken, für die Sie zugegebenermaßen nicht durchweg etwas können, die aber immer eine Rolle spielen, wenn man auf das Prinzip Hoffnung setzt. Das sind die Zinsen. Wir haben das Problem der 14,4 Milliarden Altschulden, den Höchststand werden wir im nächsten Jahr erreichen, das habe ich eben vorgebracht. Wir haben die 2,2 Milliarden Kassenkredite. Das heißt, wir haben rund 17 Milliarden Altschulden. Der Rechnungshof hat ja nicht ohne Ironie festgestellt, wenn wir die in diesem Stil abbauen mit jeweils 80 Millionen Euro pro Jahr - falls das denn ab 2020 klappt, da ist ja noch eine Spanne drin, wir wissen ja nicht, ob wir jedes Jahr tatsächlich 80 Millionen Euro abtragen können; 60 Millionen Euro sind nach dem Sanierungsrahmen auch noch zulässig -, dann sind wir im Jahr 2200 mit dem Abtragen von Schulden fertig. Es gibt mittlerweile noch einmal Vorstöße aus anderen Bundesländern, auch vor dem Hintergrund der kommunalen Finanzsituation. Ich finde - jetzt geht der Innenminister gerade hinaus, aber er hat es ja neulich selbst angesprochen -, die Diskussion darüber sollte man mit der neuen Mehrheit in Nordrhein-Westfalen und anderswo noch einmal suchen.

Die Steuerpolitik des Bundes ist natürlich auch ein Problem. Wir haben ja gerade über die letzte Steuerschätzung gesprochen. Sollten sich die CDU-Vorstellungen aus dem Bundestagswahlkampf durchsetzen, hätte der Landeshaushalt 80 Millionen Euro zu verkraften. Herr Minister, Sie haben gesagt, ich habe aus dieser Richtung schon was eingepreist - ich glaube, 60 Millionen -, aber wir reden dann immer noch über 20 Millionen, die an dieser Stelle fehlen.

Es gibt auf der Bundesebene auch eine heftige Diskussion über den Soli, die Solidaritätsabgabe, auch da soll hineingeschnitten werden und auch das bedeutet Einnahmeeinbußen für den Landeshaushalt.

Wir haben eine Diesel-Debatte, die wir im Landtag sogar schon geführt haben. Wir wissen nicht - da werden wir sicher morgen noch darüber reden -, wie es mit der Zukunft des Automobilstandortes weitergeht, der ja mit einem ganz erheblichen Teil am Bruttosozialprodukt beteiligt ist. Wir haben das Stahl-Thema, das weitgehend ungeklärt ist. Schließlich haben wir das Brexit-Thema, ich habe das in meinem Bericht schon erwähnt. Nach unseren Export-Daten geht der größte Teil unseres Exports nach Großbritannien, jeder dritte Focus geht auf die Insel. Wenn da etwas schiefgeht, und da scheint momentan einiges schiefzugehen, haben wir sehr schnell auch ein Problem.

Die Regierung sagt jetzt, ab 2020 ändert sich die Welt, wir machen eine Investitionsoffensive und werden dann - auf diese Zahl haben wir uns hier wohl geeinigt - jährlich 150 Millionen Euro mehr haben, so der Befund des Rechnungshofes. Wir reden über 150 Millionen Euro, die der Rechnungshof errechnet hat. Wir glauben, das ist gut so, aber es kommt zu spät, und angesichts der Zahlen, die ich eben vorgebracht habe, wird es auch zu wenig sein. Die Kommunen sagen, wir wollen einen richtigen Anteil haben, wenn 2020 mehr Geld da ist. Die Kommunen rechnen mit mehr Geld, die Universität rechnet mit mehr Geld, der Landkreisverband rechnet mit mehr Geld. Diese 150 Millionen Euro werden also sehr schnell klein werden, und dann fehlt trotzdem das Geld für die richtigen Investitionen.

Deshalb sagen wir, die Einnahmeseite muss in den Fokus des Haushaltes geraten. Wir haben ja drei Vorschläge gemacht. Wir sagen, eine Variante wäre eine andere Steuerverteilung; Bund, Länder und Kommunen können sich die Steuern anders teilen. Die Altschuldenregelung habe ich bereits angesprochen. Und wir wollen natürlich eine andere Steuerpolitik. Wir wollen nicht 20 Jahre lang auf die Vermögenssteuer verzichten, sondern sie einmal 20 Jahre in den Landeshaushalt einbuchen.

Sie wissen, dass die Vermögenssteuer im Grundgesetz ausdrücklich erlaubt ist. Wir folgen dem Grundsatz, dass die Stärkeren stärker beteiligt werden müssen. Ich bin sicher, wir werden in wenigen Jahren sehen, dass wir an dieser Frage nicht vorbeikommen. Das ist ja auch nicht so dramatisch für die, die wirklich vermögend sind. Das DIW hat immerhin ausgerechnet, dass durch die Vermögenssteuer zusätzlich 10 bis 20 Milliarden da wären, ohne dass es zu großen Verwerfungen käme. Wenn man den Königsteiner Schlüssel zugrunde legt, hätte das Land über den dicken Daumen zwischen 150 und 200 Millionen Euro zur Verfügung. Da stellt sich also die Frage, warum nicht.

Ich komme dann noch mal zu dem Erbschaftsteuer-Thema. Herr Präsident, ich weiß nicht, ob es opportun ist, hier die bayerische Verfassung zu zitie-

(Abg. Flackus (DIE LINKE))

ren, ich möchte es aber gerne tun. In der bayerischen Verfassung heißt es: „Verbrauchssteuern und Besitzsteuern müssen zueinander in einem angemessenen Verhältnis stehen.“ So steht es dort in Artikel 123. Deshalb ist es nicht schlimm oder schrecklich, wenn man sagt, die Erbschaftsteuer muss anders aufgesetzt werden. Wir wissen ja, dass das Gesetz sehr löchrig ist. Das DIW hat ausgerechnet, dass ein Großteil des Betriebsvermögens in den letzten Jahren an Jugendliche unter 14 Jahren vererbt worden ist. Allein an diesem kleinen Beispiel kann man schon sehen, wie löchrig dieses Gesetz ist.

Ich will Ihnen noch eines sagen. Die Erbschaftsteuer bringt dem Saarland 60 Millionen, die Biersteuer 50 Millionen. Man könnte auch scherzhaft sagen, die saarländischen Biertrinker arbeiten hart für den Landeshaushalt. Bei den reichen Erben ist noch gut Luft drin, die können sich noch nach oben strecken.

(Beifall von der LINKEN.)

Man muss einmal diese Relation betrachten, dann wird vielleicht auch diese Zahl ein bisschen deutlicher. Die Arbeitskammer hat ausgerechnet, dass seit dem Jahr 2000 dem Land durch die Steuerpolitik des Bundes über 200 Millionen Euro entgangen sind und den Kommunen noch einmal 140 Millionen Euro. An diesen Zahlen kann man sehen, was das für das Land bedeutet. Es sind weit über 2 Milliarden Euro, die nicht hier angekommen sind.

Ich fasse zusammen: Das Land braucht Investitionen, um Anschluss an die anderen Bundesländer zu finden. Schleswig-Holstein ist unser Benchmark-Land und liegt in allen Indikatoren weit vor uns. Die Kommunen brauchen den Anschluss an die Kommunen des Bundes und auch die Landkreise brauchen den Anschluss. Der Schlüssel dazu sind Investitionen und zusätzliches Geld auf der Einnahmenseite für den Landeshaushalt.

Ich möchte noch einmal ausdrücklich erwähnen, dass man sich auch Partner suchen muss. Ich will das Beispiel hier noch einmal erwähnen: Ministerpräsident Kretschmann von den GRÜNEN und der CDU-Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, haben gemeinsam an einem Appell an die Bundesregierung gearbeitet und gesagt, wir brauchen für die Digitalisierung in den Schulen mehr Geld. Sie haben eine entsprechende Initiative gestartet. Ich frage mich, wieso ist das Saarland bei solchen Initiativen nicht dabei?

Wir brauchen Initiativen, Ideen und Gestaltungskraft. Leider ist der Haushaltsentwurf, was Initiativen, Ideen und Gestaltungskraft betrifft, nur an sehr wenigen Stellen aktuell. Ich finde, Sie sollten sich mehr trauen, Sie sollten Partner suchen, Sie sollten investieren! Dann könnte der Standort wieder einen gewis-

sen Aufschwung nehmen und würde besser dastehen, als er das momentan tut. - Vielen Dank.

(Beifall bei der DIE LINKE-Landtagsfraktion.)

Präsident Meiser:

Das Wort hat für die CDU-Landtagsfraktion Herr Fraktionsvorsitzender Tobias Hans.

Abg. Hans (CDU):

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind in diesem Hause gerade von der Fraktion DIE LINKE die eine oder andere Berichterstattung aus dem Auge des weltökonomischen Drehkreuzes vom Fraktionsvorsitzenden gewohnt. Aber auch der frisch gebackene Parteivorsitzende - Herr Flackus, Respekt und Glückwunsch an dieser Stelle für die Herausforderungen, die auf Sie zukommen - übt sich zuweilen in diesen Berichten sozusagen aus dem Auge dieses Drehkreuzes. Ich muss ganz ehrlich sagen, mich hat das eben eher an die Erlebnisse der letzten Nacht erinnert, als ich mit Verspätung aus Berlin in Frankfurt gelandet bin, einem anderen großen Drehkreuz, der Flughafenwelt. Wenn man mit Verspätung kommt, gibt es keinen Platz am Gate, man bekommt eine Außenposition und macht dann die Flughafenrundfahrt im Bus. Auch da sieht man relativ wenig Neues. Am Ende hat man Zeit verloren und den Anschluss verpasst. Ähnliches haben wir gerade bei Ihrer Rede erlebt. Gut, dass wir diesen Anschluss nicht brauchen, gut, dass wir fast am Ziel sind mit dem Haushaltswerk, das wir hier vom Finanzminister vorgelegt bekommen haben. Lieber Kollege Flackus, Sie sind ja ein verständiger Mann und deshalb hätte ich hier doch ein bisschen mehr erwartet als den üblichen Dreizeiler, der aus den Reihen der Linksfraktion kommt und den wir hier wieder gehört haben. Dazu kann ich nur sagen: Gut auswendig gelernt ist eben noch nicht gut gemacht, lieber Kollege Flackus.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich weiß nicht, ob das nur Ideenlosigkeit ist, echte Ideenlosigkeit vielleicht auch in den Reihen der Opposition, oder ob es Mutlosigkeit ist. Ein Beitrag zur Lebendigkeit der Debatte, wo es doch um das Ringen um gute Ideen für die Zukunft unseres Landes geht - da bin ich völlig bei Ihnen, Herr Flackus -, war das meines Erachtens nicht. Das unterscheidet sich ganz einfach von dem, was als Entwurf heute hier in Zweiter Lesung vorliegt, der ist nämlich gut gemacht! Dieser Haushaltsentwurf, der zusammen mit den Änderungsanträgen in den Ausschüssen beraten worden ist, zeigt, dass sich Konsolidieren und Investieren keineswegs ausschließen.

Herr Kollege Flackus, das Land braucht ganz klar eine Zukunftsperspektive, da bin ich bei Ihnen. Aber die zwingende Voraussetzung für eine solche Zu-

(Abg. Hans (CDU))

kunftsperspektive und die zwingende Voraussetzung für Leitinvestitionen ist meines Erachtens ein ausgeglichener Landeshaushalt. Jede Leitinvestition, die unter dem Damoklesschwert der fehlenden Nachhaltigkeit steht, erzielt eben nicht die gewünschte Wirkung, Herr Kollege Flackus. Deshalb müssen wir im Saarland mit dem begrenzten Mitteleinsatz, den wir haben, ein Maximum an strukturpolitischer Wirkung erreichen. Und diese Projekte, die mit begrenztem Mitteleinsatz im Saarland ein Maximum an strukturpolitischer Wirkung erreichen, sind im saarländischen Landeshaushalt vorhanden.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Wenn man trotz Konsolidierungskurs investieren will, dann erfordert das Mut. Es ist ein Kraftakt, der da bewältigt werden muss. Das erfordert von allen Beteiligten die notwendige Demut vor den Herausforderungen. Wenn man sich anschaut, was der öffentliche Verwaltungsapparat an nicht unerheblichen Maßnahmen mitgetragen hat, dann muss man für den Rückhalt im öffentlichen Verwaltungsapparat für diesen Konsolidierungskurs ein herzliches Dankeschön sagen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Dankbar bin ich aber auch für den Rückhalt, den es in der saarländischen Bevölkerung für diesen Konsolidierungskurs gibt. März 2017 ist ja noch nicht so lange her. Wenn man sich anschaut, was die Große Koalition in ihrer ersten Legislaturperiode geleistet hat - das Ergebnis der vergangenen Legislaturperiode ist ja, dass wir auf diesem Konsolidierungspfad so weit gekommen sind, wie wir sind -, und wenn man sich anschaut, dass das Ergebnis der Landtagswahl so war, wie wir es gesehen haben, dann ist das auch ein Zeugnis dafür, dass die saarländische Bevölkerung hinter dieser Konsolidierungsarbeit der saarländischen Landesregierung und der Großen Koalition steht. Das ist ganz klar ein Vertrauensbeweis für die Ministerpräsidentin, aber ich sage hier voller Demut vor dem Wählervotum, das ist auch ein Votum für die Fortsetzung der Großen Koalition, weil die Menschen mit der Arbeit der Großen Koalition im Saarland zufrieden waren. Und, Herr Kollege Flackus, es ist eben auch eine Absage an die Politik Ihrer Partei. Das müssen Sie an dieser Stelle auch einsehen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Unserem großen Ziel, nämlich einer Zukunft ohne neue Schulden - auch das war ja Gegenstand der Wahlprogramme der Landtagswahl -, kommen wir mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf und den entsprechenden Abänderungsanträgen einen gewaltigen Schritt näher. Der Schuldenanstieg im Jahr 2018 ist fast zum Stillstand gebracht worden. Das belegen die Zahlen und das ist eine echte Wegmarke. Das Jahr 2018 markiert insofern auch einen

Wendepunkt in der Verschuldung des Saarlandes. Lag die Neuverschuldung im Jahr 2012 noch bei rund 700 Millionen Euro und im Jahr 2017, bei den letzten Haushaltsberatungen, bei 168 Millionen Euro, so wird sie im Jahr 2018 - Sie haben es in Ihrem Bericht vorgetragen, Herr Kollege Flackus - auf 8 Millionen Euro gesenkt. Damit einher geht auch ein Defizitabbau von 1,25 Milliarden Euro im Jahr 2010 auf nunmehr 250 Millionen Euro im Jahr 2018. Damit sind zwei Drittel dieses Weges bewältigt. Damit ist ein beachtlicher Weg beschritten. Und der, Kolleginnen und Kollegen, ist aus eigener Leistung beschritten worden. Das muss man an dieser Stelle auch festhalten.

Wenn ich sage „aus eigener Leistung“, dann werden Sie sich vielleicht wundern. Eben haben Sie wieder diese Sprüche gebracht - wir haben es auch in den Medien gelesen -, da habt ihr noch einmal Glück gehabt, dass das so funktioniert hat; bei einer anderen konjunkturellen Lage hätte die Welt völlig anders ausgesehen. - Sie, Kollege Flackus, haben das eben das Prinzip Hoffnung genannt. Das hört man ganz gerne von Ihnen, aber die Wirklichkeit sieht völlig anders aus. Wir haben seit 2010 ein Defizit von 1 Milliarde Euro abgebaut. Über die Hälfte davon, nämlich der Abbau von rund 510 Millionen Euro, lassen sich auf die konsequenten Konsolidierungsanstrengungen zurückführen. Das hat der Finanzminister im Ausschuss ja auch dargelegt. Der größte Teil der restlichen Summe, rund 300 Millionen Euro, geht auf Steuermehreinnahmen zurück.

Wenn man sieht, dass die Rahmenbedingungen, die zu diesen Steuermehreinnahmen führen, eben nicht willkürlich sind, sondern auf einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung im Saarland fußen, dann muss man feststellen, dass wir hier stetige Steigerungen zu verzeichnen haben. Das ist zum einen eine Auswirkung der Reformen der 2000er-Jahre. Ich weiß, dass Sie das nicht gerne hören, aber das ist auch, meine Damen und Herren von der Opposition, Ausdruck einer vernünftigen Politik, die hier im Land eben nicht darauf gesetzt hat, das Land bis auf die Balken zusammenzusparen. Vielmehr hat man neben dem Konsolidieren ganz klar auch auf einen Investitionskurs gesetzt, selbst in den Jahren, in denen wir begonnen haben, uns an die Schuldenbremse zu halten. Deshalb ist das für mich nicht einfach „Glück gehabt“ oder „Prinzip Hoffnung“, vielmehr sage ich: Das Glück ist mit den Tüchtigen. Hier im saarländischen Landtag haben die Koalitionsfraktionen sich tüchtig darangemacht, die Rahmenbedingungen positiv zu gestalten. Das alles ist eben nicht so ganz einfach, wie Sie das hier darzustellen versuchen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Natürlich ist das Saarland nicht schuldenfrei, wenn wir nun die schwarze Null zum Greifen nah haben.

(Abg. Hans (CDU))

Es wäre vermessen, diesen Eindruck zu erwecken. Wir wissen aber, dass wir uns in einer unverschuldeten Haushaltsnotlage befinden. Wir wissen, dass wir diesen immensen Schuldenberg haben. Insoweit widerspreche ich Ihnen gar nicht, wenn Sie die Milliarden an Schulden anführen, die wir haben. Aber wir werden - und das halte ich in einer Gesamtbetrachtung der Dinge für sehr viel wichtiger, weil das eben zukunftsgerichtet ist, weil es nicht rückwärtsgerichtet ist - ab 2019 keine neuen Schulden machen. Es ist auch keineswegs ein vages Datum genannt, wenn ich im Jahr 2017, fast schon im Jahr 2018, sage, dass es im Jahr 2019 keine neuen Schulden geben wird. Man könnte sagen, dass wir nur noch zweimal Weihnachten feiern, bis es soweit ist und wir die Situation haben, dass wir keine neuen Schulden machen wollen. Mit dieser Aussage, meine Damen und Herren, sind wir doch im Jahr 2012 vor den Wähler getreten, damit sind wir im Jahr 2017 vor den Wähler getreten. Wir haben uns dieser Zukunftsaufgabe gestellt, bis zum Jahr 2019 die schwarze Null erreichen zu wollen. Mit der Lösung dieser Aufgabe haben uns die Saarländerinnen und Saarländer betraut. Wir haben Kurs gehalten, und wir werden auch mit dem nun anstehenden Haushalt 2018 Kurs halten.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir haben aber eben gesehen, dass auch Sie im Kurshalten ganz gut sind: Sie halten unbeirrt Kurs auf Ihrer Irrfahrt. Es gibt ja das Sprichwort, das besagt, dass derjenige, der konsequent seinen Weg geht, nicht überholt werden kann. Das ist, so könnte man nunmehr sagen, bestätigt. Ich würde mich allerdings gerne überholen lassen. Ich glaube, aufseiten der Mehrheitsfraktionen findet sich niemand, der sich nicht gerne auch einmal von der Opposition überholen lassen würde. Wenn jemand mit einer gewinnbringenden Idee um die Ecke kommt, Herr Kollege Flackus, bin ich der Letzte, der sagt, dass wir das nicht diskutieren werden. Wir hatten es ja auch hier im saarländischen Landtag schon ab und an bei einzelnen Sachthemen, dass die Opposition Dinge eingebracht hat, die wir dann aufgegriffen haben. Sie sind aber gar nicht erst mit einer guten Idee losgelaufen, sondern einfach bei dem stehengeblieben, was Sie hier immer wieder bei Haushaltsdebatten predigen. Vielleicht hören wir später noch etwas Neues vom Kollegen Lafontaine; Sie machen sich Notizen. Das wäre jedenfalls zu wünschen. Darauf gehen wir dann auch gerne ein, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abgeordneten Lafontaine (DIE LINKE).)

Wir werden auch noch sehen, was von der anderen Oppositionsfraction kommt. Der Globalantrag spricht da leider schon eine deutliche Sprache. Das hat noch nicht einmal etwas mit Stehenbleiben zu tun -

da lobe ich mir ja schon die Linksfraction -, das ist eher ein Schritt zurück als ein Schritt nach vorne. Schauen Sie mir diesen Globalantrag an, muss ich schon sagen, dass Sie lieber Plausibilitätsprüfungen für Ihre Anträge hier im Hause einführen sollten als auf Parteitagen über Intelligenztests zu fabulieren. Das würde der Qualität der Arbeit der Opposition in diesem Hause guttun.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Unsere Parole lautet jedenfalls „Vorwärts und nicht zurück!“. Das muss, so glaube ich, auch die Parole in diesem Lande sein.

(Sprechen bei der LINKEN.)

Das gefällt, wie ich höre, auch den LINKEN. Sie sehen, ich gebe alles, um Sie aus dem Zustand der Lethargie befreien. Unsere Parole zielt darauf, nach vorne zu schauen, in die Zukunft eines lebens- und liebenswerten eigenständigen Saarlands. Dieses Ziel hat glücklicherweise in diesem Hause noch niemand bestritten. Es geht tatsächlich auch um die Zukunft der nachkommenden Generationen, nicht nur um die Zukunft der Menschen, die heute hier leben.

Wir wollen nachkommenden Generationen keine unlösbaren Aufgaben hinterlassen und werden deshalb auch kräftig investieren. Herr Kollege Flackus, Sie haben richtig gehört. Ich rede von der Investitionsoffensive Saar, die wir 2018 und damit wirklich in einem der schwierigsten Jahre, die wir auf dem Wege zur Einhaltung der Schuldenbremse haben, starten. Wir werden im Jahr 2018 diese Investitionsoffensive starten und investieren, meine Damen und Herren, in diesem schwierigen Jahr tatsächlich rund 10 Prozent mehr, als wir im Jahr 2017 investiert haben. Das sind rund 365 Millionen Euro, die zusätzlich investiert werden. Diese 365 Millionen Euro in die Hand zu nehmen, das bedeutet im Jahr 2018 eine Million Euro pro Tag an Investitionen. Ich glaube, das ist eine Größenordnung, die sich sowohl in der saarländischen als auch in der bundespolitischen Realität durchaus sehen lassen kann.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Sie haben eben gesagt, die Menschen müssten spüren, dass investiert wird. Deshalb werden wir diese eine Million Euro pro Tag in so wichtige Felder wie den Straßenbau im Saarland investieren. Es bringt überhaupt nichts, wenn wir immer nur erklären, dass wir auf einem strikten Sparkurs sind, die Menschen aber zur Arbeit über die Straßen fahren müssen, ihre Kinder auf diesen Straßen in die Kindertageseinrichtung bringen müssen und dabei merken, dass diese Straßen weiter zerfallen. Das darf nicht sein. Deshalb wird mehr in die Straßen investiert.

Wie investieren aber auch mehr in die Krankenhausförderung. Herr Kollege Flackus, da bin ich ja völlig bei Ihnen: Das ist eine schwierige Situation, die wir

(Abg. Hans (CDU))

diesbezüglich haben. Das ist bundesweit eine schwierige Situation, sie ergibt sich aber bei uns im Saarland angesichts der begrenzten Mittel umso gravierender. Deshalb wird auch in die Krankenhäuser investiert.

(Sprechen bei der LINKEN.)

Wir investieren in den Ausbau von Kindertagesstätten. Wir investieren in den Meisterbonus. Meine Damen und Herren, das sind Schwerpunkte, die wir setzen. Darüber hinaus werden wir auch das Thema Digitalisierung beherzt angehen. Herr Kollege, Sie nannten das eben auch als Beispiel. Wir setzen auf die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen. Wir investieren in die Bildung. Wir investieren auch in die Hochschulen, die ja, wie Sie zu Recht sagen, Treiber der Digitalisierung sind.

Wir werden aber auch im Bereich der inneren Sicherheit noch einmal erheblich auf das, was wir zuvor schon unternommen haben, draufsatteln. Bei der Polizei werden im kommenden Jahr 124 junge Anwärterinnen und Anwärter eingestellt. Herr Kollege Lafontaine, das sind tatsächlich so viele, wie es in den zurückliegenden 30 Jahren nur einmal der Fall war. Wie investieren in diesem Bereich erheblich, weil wir wissen, dass die innere Sicherheit die Menschen unmittelbar am eigenen Leibe betrifft. Deshalb wird bei der Polizei mit den 124 Anwärterinnen und Anwärtern eine richtige Duftmarke gesetzt. Das werden, meine Damen und Herren, die Menschen konkret spüren, denn auch bei uns im Saarland ist die Präsenz der Polizei in der Fläche notwendig.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir werden aber auch beim beschränkten Personalabbaupfad, der, wie ich schon ausführte, vielen vieles abverlangt hat, aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung etwas nachlassen können. Deshalb werden wir im Bildungsbereich etwa 200 Lehrerstellen nicht abbauen müssen. Entsprechendes gilt für die Polizei, und Entsprechendes gilt auch für die Justiz, die bei der Sicherheitsfrage gewissermaßen im Sinne einer kommunizierenden Röhre mit der Polizei verbunden ist. Wir werden in diesen Bereichen dafür sorgen, dass kein Kahlschlag stattfindet. In der Vergangenheit mussten wir schon mal erleben, dass ein Kahlschlag stattgefunden hat, gerade bei den Lehrern und gerade bei der Polizei, und das - Sie wissen das, Herr Kollege Lafontaine -, obwohl Bundeshilfen geflossen sind.

(Sprechen bei der LINKEN. - Zuruf von der LINKEN: Das war die SPD.)

Obwohl Bundeshilfen geflossen sind, hat es solche Kahlschläge gegeben. Wir machen das jetzt anders, obwohl wir die entsprechenden Hilfen noch gar nicht haben.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE): Deswegen sind bei uns ja auch die Schulden gesunken. - Zurufe von der LINKEN: Ja, genau! - Beifall von den Regierungsfractionen.)

Herr Kollege Lafontaine, darauf komme ich gleich noch zu sprechen.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE): Das ist nun mal so. Das ist eine peinliche Wahrheit, aber es ist eine Wahrheit.)

Zunächst möchte ich aber, da wir die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes thematisiert haben, erwähnen, dass wir das Beförderungsbudget auch für das Jahr 2018 auf nunmehr 2 Millionen Euro verstetigt haben. Das ist eine klare Ansage an die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, das ist eine klare Ansage denen gegenüber, die die Hauptlast der Konsolidierungsbemühungen in den letzten Jahren getragen haben. Es ist eine klare Ansage, dass wir zu den Beschäftigten im öffentlichen Dienst stehen. Das Beförderungsbudget ist sicherlich kein Almosen von dieser Stelle, vielmehr haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das verdient. Deshalb stehen wir auch zu dieser Investition, sie ist ganz wichtig für die Zukunft unseres Landes.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Lieber Herr Kollege Lafontaine, die ganzen Investitionen, die ich jetzt genannt habe, sind erst möglich geworden, weil wir vor Augen haben, dass wir bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen gut abgeschnitten haben. Das haben Sie ja selbst sowohl in der Presse als auch hier schon deutlich gemacht. Wir haben eine historische Chance genutzt, auch dank des Verhandlungsgeschicks der Ministerpräsidentin, bei den Bund-Länder-Finanzverhandlungen diese 500 Millionen Euro zusätzlich in den saarländischen Landeshaushalt zu holen. Der Kollege Flackus hat eben gesagt, es seien irgendwie gerechnet nur 150 Millionen Euro. Das Problem ist, Herr Kollege Flackus, Sie rechnen hier politisch, wo man eigentlich kaufmännisch rechnen müsste.

(Abg. Flackus (DIE LINKE): Der Rechnungshof rechnet politisch!)

Die entscheidende Frage ist doch: Was wäre gewesen, wenn wir bei diesen Finanzbeziehungsverhandlungen gescheitert wären? Dann hätten wir ab dem Jahr 2020 500 Millionen weniger in der Kasse, als es nun der Fall ist. So muss das gerechnet werden! Deshalb haben wir ab dem Jahr 2020 500 Millionen Euro mehr zur Verfügung, als wir normalerweise gehabt hätten.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Diese zusätzlichen 500 Millionen Euro haben wir uns hart erkämpft. Sie stehen uns auch zu! Das ist nichts, wofür wir betteln mussten, aber wir mussten

(Abg. Hans (CDU))

auch klarmachen, dass wir es schaffen, aus eigener Kraft aus der Haushaltskrise herauszukommen. Wir mussten darstellen, dass wir im Saarland die Verschuldung „drehen“ können. Jetzt, im Jahr 2018, wo wir am Wendepunkt sind, ist bewiesen, dass sich diese Anstrengungen gelohnt haben. Wie stünden wir da, wenn wir das gemacht hätten, was Sie immer propagiert haben, nämlich uns nicht auf die Neuverschuldung zu konzentrieren? Das haben Sie auch wieder in Ihrem Globalantrag gefordert. Das Ergebnis wäre gewesen, dass wir ab 2020 keine 500 Millionen Euro zur Verfügung hätten. Wir haben sie aber, das haben wir uns erkämpft.

Wir haben auch unseren Ruf an dieser Stelle rehabilitiert. Das Saarland ist tatsächlich wieder wer, wir werden längst nicht mehr als das kleine Flächenland der Haushaltsnotleider wahrgenommen, sondern wir werden als ein Land wahrgenommen, das seine eigenen Interessen in die Hand nimmt und das aus eigener Kraft in der Lage ist, seine Haushaltsnotlage zu bewältigen. Deshalb wurden wir auch innerhalb der bündischen Gemeinschaft belohnt. So sehe ich das. Diese 500 Millionen Euro sind auch Belohnung für die Arbeit, die wir hier im Parlament geleistet haben.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Sie selbst haben das Wort „historisch“ immer wieder in Verbindung gebracht mit den beiden Teilentschuldungen, die es im Saarland gegeben hat. Die will ich auch gar nicht gering schätzen, das war ein ganz wichtiger Beitrag zur Bewältigung unserer unverschuldeten Haushaltsnotlage. Man muss aber an dieser Stelle auch immer wieder sagen, wenn man in diesem Zusammenhang der Teilentschuldungen von „historisch“ spricht, muss man auch sehen, dass das einmalige Leistungen waren und dass sich am Ende der Teilentschuldung die Verschuldungssituation verschlechtert und eben nicht verbessert hatte, meine Damen und Herren. Deshalb kann man es nicht hoch genug schätzen, dass wir jetzt 500 Millionen Euro jährlich bekommen und das dem Grunde nach auch unbefristet und dynamisiert. Das heißt, diese Zahl wird sich auch noch steigern, je nach Preisentwicklung. Deshalb ist es eben nicht das Credo der heutigen Landesregierung, immer nur nach den anderen zu rufen, immer nur nach dem Bund zu rufen, sondern wir lösen unsere Probleme selbst. Das ist unser Credo, deshalb trägt in diesem Land die Große Koalition unter Führung der CDU die Regierungsverantwortung und eben nicht Sie, meine Damen und Herren von der Opposition.

(Beifall von der CDU und vereinzelt bei der SPD.)

Ich habe es eben gesagt, die Haushaltskonsolidierung ist eine eigene Leistung, die wir erbracht haben. Das Parlament als Haushaltsgesetzgeber hat den entscheidenden Anteil daran, auch wenn das

Hand in Hand mit der Landesregierung, die wir tragen, geschehen ist. Es war uns als Haushaltsgesetzgeber, als Koalitionsfraktionen ein Bedürfnis, gerade beim Thema Investitionen eigene Schwerpunkte zu setzen. Wir haben bewusst immer gesagt, durch unseren Konsolidierungskurs heben wir das Potenzial für neue Investitionen. Diese Investitionen finden auch jetzt schon statt.

Ich will einige Beispiele nennen, die mir persönlich wichtig sind. Ich nenne den Bereich des Ehrenamts. Das Saarland ist das Land mit der bundesweit höchsten Dichte an ehrenamtlichem Engagement und an Vereinen. Dieses ehrenamtliche Engagement ist für mich der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Deshalb war es den Koalitionsfraktionen ein Bedürfnis, das Ehrenamt noch einmal stärker zu fördern und zu unterstützen, im saarländischen Landeshaushalt für Anerkennungskultur zu stehen. Deshalb haben wir 531.000 Euro zusätzlich allein in den Bereich Ehrenamt investiert. Jeder dieser Euros, zusätzlich zu denen, die im Haushalt schon für Ehrenamt veranschlagt sind, wird seinen Zweck erfüllen. Jeder dieser Euros ist gut investiert bei den ehrenamtlich tätigen Menschen in diesem Land.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Gerade weil er in der öffentlichen Wahrnehmung gern diffamiert wird, möchte ich auch den Bereich Gaming nennen. Da geht es darum, dass wir neben der Filmbranche - Hollywood ist Ihnen sicherlich ein Begriff - inzwischen auch einen nicht unerheblichen Wachstumsmarkt im Bereich der Spieleindustrie, der Computerspiel-Industrie haben. Nun setzen wir mal voraus, dass auch nach einigen „Tatorten“, die zumindest in unseren Augen erfolgreich waren, und einem sehr guten ZDF-Fernsehfilm, der allen gut gefallen hat, das Saarland nicht zu einer Art zweitem Hollywood wird. Aber ich will nicht ausschließen, dass, wenn es schon nicht Hollywood ist, vielleicht in Heiligenwald ein junger Programmierer sitzt, der sich überlegt, ein Computerspiel zu programmieren, eine digitale Welt zu entwickeln, in die sich Leute zur Freizeitgestaltung zurückziehen können. Dieses kreative Engagement, diesen Beitrag zur Kreativwirtschaft müssen wir fördern. Deswegen haben wir hier 100.000 Euro eingesetzt als Beispiel dafür, wie man junge Menschen, die im Bereich der Computer- und Spieleindustrie tätig sind, mit Preisen fördern kann. Das, was die Filmpreise Max Ophüls und Günter Rohrbach für die Filmindustrie sind, kann ein Gaming-Preis des Saarlandes für die Spieleindustrie werden.

Damit, meine Damen und Herren, setzen wir auch ein Zeichen dafür, dass Digitalisierung nicht nur etwas ist, das Angst macht. Es ist völlig klar, dass sich aufgrund der Digitalisierung heute mancher Busfahrer fragt, was in der Zukunft mit seinem Job werden wird, was mit ihm selbst werden wird, wenn er ge-

(Abg. Hans (CDU))

pflegt werden muss. Pflegeroboter machen, glaube ich, mehr Angst, als dass sie Hoffnung wecken. Wir müssen auf der anderen Seite aber auch dafür sorgen, dass Digitalisierung eine soziale Komponente hat und dass sie eben auch im Saarland neue Jobs schaffen wird. Dafür steht letztendlich dieser Antrag zur Spieleindustrie, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Ich will zwei weitere Beispiele nennen. Das eine ist Europa. Ich glaube, wir hier im Saarland müssen gar nicht erklären, warum wir in Europa und in die Frankreichstrategie investieren. Wir leben auf der Grenze, wir wissen, was es bedeuten würde, wenn die Grenzen wieder geschlossen würden. Wir wissen, was es bedeuten würde, wenn Handwerksleistungen eben nicht mehr grenzüberschreitend erbracht werden könnten. Deswegen müssen wir verstärkt in die Frankreichstrategie investieren.

Ich schaue in Richtung der AfD-Fraktion. Sie verunglimpfen ja bei jeder Gelegenheit die Frankreichstrategie. Ich kann Ihnen nur sagen, schauen Sie sich an, wie das unsere EU-Partner sehen. Vor einigen Wochen ist unsere Frankreichstrategie von der EU-Kommission als Best-Practice-Beispiel zur Förderung der Mehrsprachigkeit in den Grenzregionen ausgezeichnet worden. Diese Frankreichstrategie wird auch außerhalb des Saarlandes als positives Beispiel wahrgenommen. Deshalb müssen wir in diese Frankreichstrategie investieren. Die Frankreichstrategie muss aber bekannter werden. Deshalb werden wir in einem Abänderungsantrag noch einmal 50.000 Euro zusätzlich einsetzen, um die Frankreichstrategie eben auch auf die Straße zu bringen und in einer Art Roadshow dafür zu werben, dass das im Saarland besser funktioniert als in anderen Ländern.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE): Sie müssen einen französischen Begriff für „Roadshow“ finden.)

Dann finden Sie, Herr Kollege Lafontaine, doch gleich den passenden französischen Begriff. Dann hätten Sie den ersten positiven Beitrag zur heutigen Debatte geleistet. Wir sind gespannt.

(Lachen bei der LINKEN. - Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich komme zum Ressort Justiz. Wir wissen, dass die saarländische Justiz einerseits unter der steigenden Zahl von Delikten leidet, aber auch von gestiegenen Investitionen in den Polizeibereich betroffen ist. Deshalb werden wir noch mal rund 150.000 Euro in die saarländische Justiz investieren, insbesondere um Projekte wie Rechtsstaatsbildung, Fortbildungsveranstaltungen für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger und den Jugendgerichtstag zu veranstalten und die Zentralstelle zur Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität zu stärken. Das sind alles wichtige

Projekte innerhalb der saarländischen Justiz, die mit dazu beitragen, dass wir hier im Saarland einen starken und sicheren Rechtsstaat haben. Diese Investitionen sind auch deshalb gut angelegt, weil die Beschäftigten gerade im Bereich der Justiz einen hervorragenden Beitrag dazu leisten, dass auch Menschen, die auf die schiefe Bahn geraten sind, resozialisiert werden.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, ich könnte diese Liste der Investitionen fast unendlich fortführen. Das sind alles Investitionen, die nicht irgendwie redundant daher kommen. Wir haben Wert darauf gelegt, dass wir eben nicht Parallelstrukturen fördern, sondern im saarländischen Landeshaushalt ganz gezielte Fördermaßnahmen ansetzen. Wenn ich das vergleiche mit dem, was wir von der Linksfraktion hören, dann ist das mittlerweile eine eigene Redundanz. Es gibt kaum eine Haushaltsdebatte, Herr Kollege Flackus, ohne die Mär der Vermögenssteuer, die immer wieder von Ihnen angeführt wird. Das Spiel ist so durchschaubar und falsch wie jedes Jahr. Sie wissen selbst nur zu gut, wie es ist. Wenn man wollte, dass die Vermögenssteuer, so sie eingeführt werden würde, tatsächlich lukrativer ist, dann müsste man sie relativ niedrig ansetzen. Sie stößt an verfassungsrechtliche Grenzen, das muss man auch wissen, das ist alles nicht unproblematisch. Das Verfassungsgericht hat 1997 dafür gesorgt, dass sie eben nicht mehr erhoben wird. Wir wissen, dass alleine die Einführung der Vermögenssteuer sehr viele Kosten verursachen würde. Wenn man sie so früh greifen lassen würde, dass sie tatsächlich dem Landeshaushalt dient, dann, meine Damen und Herren, wäre im Saarland am allerehesten nicht der Millionär, sondern der saarländische Mittelstand betroffen.

(Zuruf der Abgeordneten Spaniol (DIE LINKE).)

Hören Sie zu, Frau Kollegin Spaniol. Es geht dabei eben nicht um die Millionen auf den Bankkonten, sondern um das, was an Immobilien gebunden ist. Wenn man sich die heutigen Immobilienpreise in Saarbrücken oder sonst wo anschaut, weiß man, wie schnell die Preise in die Höhe gehen, und das kann eben nicht einfach liquidiert werden. Deshalb treffen Sie mit Ihren irren Vorschlägen zur Vermögenssteuer im Saarland eben nicht die Reichen, nicht die Millionäre, die Sie versuchen, in den Fokus der Leute zu rücken, sondern Sie treffen gerade den Mittelstand. Sie treffen gerade diejenigen, die dazu beitragen, dass unser Land die positive wirtschaftliche Entwicklung hat, die es hat. Deswegen lehnen wir das in aller Entschiedenheit ab.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Die Märchenstunde von der Opposition geht weiter. Herr Flackus, Sie haben eben erneut die ewige Leier vom Saarland als Schlusslicht angestimmt. Sie ha-

(Abg. Hans (CDU))

ben Zahlen angeführt, ich kann Ihnen Zahlen entgegenhalten. In Wirklichkeit haben wir nach einem Frühjahrsaufschwung, den wir in diesem Jahr hatten, in der Saarlwirtschaft eine Verstetigung in den Herbst- und Wintermonaten; die Saarkonjunktur zieht an. Das haben wir vor allem den Impulsen aus dem Euroraum zu verdanken, ein Aspekt, der mehr als deutlich macht, wie wichtig es ist, in Deutschland stabile Verhältnisse zu haben. Deshalb sind unsere Hoffnungen jetzt natürlich auch auf Berlin gerichtet. Fakt ist, dass die Hälfte der saarländischen Unternehmen die Geschäftslage aktuell als gut bewertet. Wenn man sich aktuelle Studien anschaut, sieht man, dass nur 4 Prozent der saarländischen Unternehmen eine negative Prognose abgeben. Im Zuge dessen entwickelt sich der Arbeitsmarkt. Sie haben es eben gesagt, Herr Flackus, nur das, was Jobs schafft, bringt am Ende etwas. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich überraschend positiv, die Arbeitslosenzahlen sind im Oktober 2017 erneut gesunken. Die aktuellen November-Zahlen bestätigen diesen Trend; sie liegen aktuell bei etwa 6,4 Prozent. Der positive Trend wird die nächsten Monate tatsächlich auch über den Winter anhalten, so sagen es alle Experten.

Der Konjunkturmotor liegt gerade im saarländischen Handwerk. Der Präsident der Handwerkskammer sitzt hier im Plenum, ich könnte aus seinen eigenen Erhebungen zitieren. Das erspare ich uns, weil Sie ganz genau wissen, dass diese Zahlen hervorragend sind. 95 Prozent aller Betriebe geben eine Geschäftslage an, die gut oder befriedigend ist. Das steht in eklatantem Widerspruch zu dem, was Sie uns hier weiszumachen versuchen. Die saarländische Wirtschaft funktioniert, die saarländische Wirtschaft floriert. Gerade im Bereich des Mittelstands und beim Handwerk sind die Zahlen hervorragend. Deshalb bringt es nichts, wenn Sie hier immer wieder mit Ihren negativen Zahlen ankommen, vor allem weil sie aus dem Jahr 2016 und damit veraltet sind, Herr Flackus.

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Zuruf des Abgeordneten Flackus (DIE LINKE).)

Klar, ich will Ihnen da auch gar nicht widersprechen, natürlich gibt es die Gefahr, auch im Saarland ein Nullwachstum zu erhalten, weil das Saarland eben exportorientiert ist. Man darf den Menschen kein X für ein U vormachen, natürlich haben wir eine extrem exportabhängige Wirtschaft. Gerade wenn wir auf den Automobilsektor oder den Stahlsektor schauen, sehen wir wieder, wie wichtig es ist, den Tendenzen entgegenzuwirken, wie es sie gerade in China gibt. Diese führen am Ende nur dazu, dass in China Stahl schmutzig und zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer produziert wird. Im Gegensatz zu dem, was wir hier im Saarland haben, ist das eigentlich eine Schande. Deshalb ist es umso

wichtiger, auf die Europäische Union einzuwirken und Druck aufzubauen, damit das Thema Emissionshandel aus weltpolitischer Sicht betrachtet wird. Da bin ich völlig bei Ihnen. Die Atmosphäre hört eben nicht an den europäischen Grenzen auf, sondern die Luftverschmutzung ist ein weltweites Problem. Da nützt es nichts, wenn ich mich als CDU-Vertreter hinstelle und ein westorientiertes Weltbild vertrete, wenn man sieht, dass das, was im Moment aus den USA in Richtung China passiert, alles andere als produktiv und nützlich ist. Die Wirtschaft verlagert sich in Richtung China, das ist Fakt. Deshalb müssen wir das genau im Auge behalten, deshalb ist es umso wichtiger, dass in Berlin eine stabil zustande gekommene Bundesregierung dafür sorgt, dass das Gewicht Deutschlands und damit auch das Gewicht der saarländischen Stahlindustrie in Brüssel und weltweit nicht zu kurz kommt. Es braucht eine starke Rolle Deutschlands in der aktuellen weltpolitischen Situation.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Mit einer weiteren Mär will ich an dieser Stelle auch noch aufräumen, Herr Kollege Flackus. Sie haben dargestellt, der Haushalt sei aus Ihrer Sicht auf dünnem Eis gebaut wegen der Zinssituation. Das wird immer wieder gerne angeführt nach dem Motto, der Landeshaushalt fällt wie ein Kartenhaus zusammen, sobald die Zinsen um ein halbes Prozent hochgehen. Dazu kann ich nur sagen, das ist in Wirklichkeit beherrschbar. Das aktuelle Durchschnittszinsniveau, das wir bei den saarländischen Zinsen im Landeshaushalt haben, liegt bei 2,8 Prozent. Sie kennen die Zahlen, verschweigen Sie aber in Ihren Reden, Herr Kollege Flackus. Wenn man sieht, dass das Land eine jährliche Umschuldungsrate von 1 Milliarde Euro hat, dann werden am Ende, solange das durchschnittliche Niveau über dem aktuellen Zinssatz liegt, sogar noch Zinsen eingespart. Deswegen ist die Situation im Moment tatsächlich beherrschbar. Im Gegensatz zu Ihnen treffen wir auch Vorsorge, Herr Kollege, denn im Landeshaushalt ist eingepreist, dass es ein steigendes Zinsniveau geben kann. Ich sage es erneut, die Zinssituation im saarländischen Landeshaushalt ist beherrschbar, im Gegensatz zu dem, was Sie darstellen.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Mehr Sorge macht uns in diesem Zusammenhang die Situation unserer saarländischen Kommunen, da bin ich völlig bei Ihnen. Wir haben eine sehr besorgniserregende Finanzsituation in den saarländischen Kommunen. Das ist bei der saarländischen Landesregierung, beim Finanzminister, beim Innenminister und auch bei den Koalitionsfraktionen angekommen. Deshalb haben wir ja mit dem Kommunalen Entlastungsfonds - kurz KELF - auch dafür gesorgt, dass die kommunale Verschuldung zumindest abgebremst wird, wenn sie leider immer wieder steigt.

(Abg. Hans (CDU))

Wir haben dafür gesorgt, dass der kommunale Finanzausgleich mit einer Steigerung um mehr als 20 Millionen Euro im Vergleich zum Vorgängerhaushalt auf ein absolutes Rekordniveau ansteigt: 620 Millionen Euro erstmals in der Geschichte des Saarlandes. Über 600 Millionen Euro kommunaler Finanzausgleich, das zeigt, dass wir in diesem Landeshaushalt zu unseren saarländischen Kommunen stehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Hinzu kommen die Entlastungswirkungen aus dem Bundespaket für Kommunen, das das Land in Gänze weitergibt und zusätzliche 40 Millionen Euro bringt. Das wird die Kommunen sicherlich nicht gesunden lassen, aber eines ist klar, es sind wichtige Bausteine. Genauso wichtige Bausteine wie die interkommunale Zusammenarbeit, die sicherlich nicht in erster Linie sofort für Einsparungen sorgen, aber dafür, dass die saarländischen Kommunen zukunfts-feste Strukturen haben. Nur mit zukunfts-festen Strukturen können wir am Ende erreichen, dass sich die finanzielle Situation saarländischer Kommunen verbessert. Deshalb wird es zu diesem Zweck ein Spitzengespräch mit den saarländischen Kommunen geben. Die saarländischen Kommunen sind längst ein Stück weiter als Sie, Herr Kollege Flackus. Sie wissen, dass wir in einem Boot sitzen, sie wissen um die Bemühungen der saarländischen Landesregierung, ihnen zu helfen. Deshalb ist dieser saarländische Weg ein sehr erfolgreicher Weg. Das haben wir in den vergangenen Jahren bewiesen, das beweisen wir im Hinblick auf die Kommunen auch mit dem vorliegenden Landeshaushalt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Bevor ich zum Schluss komme, kann ich Ihnen nicht ersparen, das leidige Thema anzusprechen, mit dem Sie immer wieder versuchen, Ihre Abänderungsanträge gegenzufinanzieren - weil mich das wirklich umtreibt! Sie sagen, dass wir im Saarland keinen Verfassungsschutz in der jetzigen Ausprägung brauchen. Sie sagen: Wir investieren lieber in die Polizei, wir investieren sonst wo und gegenfinanzieren das sozusagen mit der Auflösung des Verfassungsschutzes. Da kann ich nur sagen, wer in der jetzigen Zeit, wer in der jetzigen Lage allen Ernstes die Abschaffung des Verfassungsschutzes fordert und allen Ernstes glaubt, man könnte im Saarland ohne Verfassungsschutz auskommen, der hat entweder die ganzen letzten Jahre geschlafen oder versucht bössartig - wirklich bössartig -, den Menschen klarzumachen oder sie davon zu überzeugen, dass wir keinen Verfassungsschutz brauchen. Der Verfassungsschutz ist wesentliches Organ in der saarländischen Sicherheitspolitik. Er ist im Übrigen auch nicht mit der Polizei zusammenzulegen. Das fordert allein schon die Verfassung von uns. Das Trennungsverbot von Verfassungsschutz und Polizei verbietet überhaupt das,

was Sie fordern. Allein schon das, was Sie da fordern, ist verfassungswidrig.

Aber in der heutigen Zeit brauchen wir auch dieses Frühwarnschild. Wir brauchen diesen Schutzschild Verfassungsschutz. Unser saarländischer Verfassungsschutz arbeitet erfolgreich. Er arbeitet mit volstem Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die das mit engstem personellem Rahmen bewerkstelligen. Der saarländische Verfassungsschutz ist eine wichtige Errungenschaft unseres Rechtsstaates. Wir brauchen Polizei und Verfassungsschutz. Dass wir bislang keine großen terroristischen Anschläge im Saarland haben, ist sicherlich ein Stück weit Glück. Aber es hängt auch damit zusammen, dass der Verfassungsschutz im Saarland hervorragend arbeitet. Deshalb ist das kompletter Unsinn, was Sie da sagen. Auch wenn Sie es in Ihren Redebeiträgen verschweigen: Wer versucht, auf Kosten des Verfassungsschutzes zu sparen, der spart auf Kosten der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Kolleginnen und Kollegen, wir befinden uns an einer Wegmarke auf dem Weg zum Jahr 2020. Wir befinden uns auf einer Wegmarke hin zu einer schwarzen Null. Die Konsolidierung des saarländischen Landeshaushalts so weit zu bringen, das haben wir aus eigener Kraft geschafft. Wir werden auch aus eigener Kraft schaffen, die Neuverschuldung tatsächlich auf null zurückzuführen. Dafür steht der vorliegende Haushaltsentwurf. Ich bitte herzlich um Zustimmung zum vorliegenden Entwurf und zu den vorliegenden Abänderungsanträgen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Anhaltender Beifall von der CDU.)

Präsident Meiser:

Das Wort hat für die AfD-Fraktion Herr Fraktionsvorsitzender Josef Dörr.

Abg. Dörr (AfD):

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte beginnen mit einem Bekenntnis für unser schönes, lebenswertes, liebenswertes Saarland. Wenn ich unser Saarland nicht so lieben würde, würde ich in meinem fortgeschrittenen Alter nicht an dieser Stelle stehen.

Allerdings muss ich feststellen, dass unser schönes Saarland - in unseren Augen ist es immer schön - auch ein Land ist, in dem Haushaltsnot herrscht und in dem Not herrscht, was unsere Investitionen betrifft. Unser Saarland hat nicht nur als Land hohe Schulden und einen Investitionsstau, auch unsere

(Abg. Dörr (AfD))

Städte und Gemeinden haben hohe Schulden, die ständig wachsen, und sie haben Investitionsstaus.

Ich möchte es - obwohl Herr Hans ja als guter Beobachter unserer Parteitage schon seine Meinung dazu geäußert hat, die nicht so schmeichelhaft war - trotzdem nicht versäumen, der jetzigen Regierung, der Großen Koalition, zu bescheinigen, dass sie in einem wichtigen Punkt, bei einer wichtigen Aufgabe begonnen hat, ernsthaft und tatsächlich daran zu arbeiten, dass der Haushalt im Saarland ausgeglichen wird und dass wir nicht weiter Schulden machen müssen. Ich denke, das ist eine große Leistung. Das können nicht alle Länder von sich sagen. Hier ist es geschehen. Allerdings muss man auch sehen, was die Kosten sind. Die Kosten sind nicht getätigte Instandsetzungsmaßnahmen, Investitionen, auch Investitionen in die Zukunft. Da ist es sehr schwierig, eine Balance zu halten mit dem wenigen Geld, das zur Verfügung steht. Investieren wir mehr und machen dann dennoch Schulden oder machen wir gar keine Schulden mehr, investieren nicht und fahren somit unser Land in den Abgrund?

Es ist hier auch von Herrn Hans angemahnt oder gerügt worden, dass die Opposition ideenlos und mutlos sei. Das kann ich nicht feststellen. Ich mahne aber an, dass man bei der Regierung Ideen selbst produziert, Ideen aufgreift und diese Ideen dann auch mutig in die Tat umsetzt.

(Abg. Heinrich (CDU): Welche denn?)

Darauf komme ich noch. Aber, Herr Pauluhn, ich habe nicht so viel Zeit, um alles auszuführen.

(Abg. Pauluhn (SPD): Der Zwischenruf kam von da hinten. So was kommt nicht immer nur von mir. Ich komme gleich. - Lachen bei der SPD.)

Entschuldigung. Ja, schon klar. - Wenn man jetzt von unserer Notlage, was die Finanzen betrifft, spricht, würde ich mir wünschen, dass die Landesregierung, der Finanzminister, aber auch die Abgeordneten, die den Haushaltsentwurf begründen und verteidigen, ein paar Dinge klarer herausstellen würden, zum Beispiel - das ist ja etwas, was die Leute auch interessiert und bedrückt - was die Kosten für die sogenannten Flüchtlinge betrifft. Es gibt ja heute auch noch andere Wörter. Ich habe in einer Vorlage in der Regionalversammlung jetzt „Geflohene“ gelesen. Ich weiß nicht, inwiefern das besser sein soll. Über die Begriffe streitet man sich. Man könnte natürlich auch Versorgungssuchende sagen. Diese „Versorgungssuchenden“ - so sage ich es einmal - belasten unseren Haushalt gewaltig. Verursacht ist das Problem durch die Politik der Bundesregierung und insbesondere unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel, die immerhin gesagt hat: „Wir schaffen das!“, quasi: Kommt alle zu uns, die ihr mühselig und beladen seid.

(Zuruf des Abgeordneten Renner (SPD).)

Ich wäre froh, wenn aus dem Haushaltsentwurf klar hervorgehen würde, welche Kosten uns zusätzlich durch die Flüchtlinge belasten, die in unser Land kommen. Dann stellt sich ja die Frage, ob in einem Bundesstaat wie der Bundesrepublik Deutschland die Solidarität so weit geht oder gehen kann, dass man sagt, hier haben wir ein Land, das nicht so reich ist und das muss dann vielleicht auch nicht so viele Flüchtlinge aufnehmen oder nicht so viele Lasten tragen wie andere Länder, die reicher sind. Also wie gesagt, ich wäre froh, wenn da Ehrlichkeit und Klarheit herrschen würde.

Ich wäre auch froh, wenn man bei allem Eigenlob, das in der Politik wahrscheinlich unverzichtbar ist, aber vor Wahlen auch verständlich - wir haben im Augenblick keine Wahlen -, ehrlicher wäre und eine, sage ich mal, wirkliche Bestandsaufnahme machen würde, die nicht so optimistisch sein kann, wie sie hier vorgetragen wird. Das würde uns auch die Verhandlungen mit dem Bund und den anderen Ländern erleichtern, wenn wir verlangen, dass auf das bisher Erreichte noch etwas draufgesattelt werden muss.

Ich möchte nicht in Abrede stellen, dass es - das kenne ich auch aus eigenen Erfahrungen in anderen Bereichen - mit Sicherheit keine leichte Aufgabe ist, einem anderen, einem Verhandlungspartner, Geld abzunehmen. Das war bei diesen Bund-Länder-Verhandlungen sicherlich der Fall.

(Zuruf von der CDU: Das hat uns zugestanden.)

Ja, das ist richtig. Wir müssen selbstbewusst sein und nachdrücklich darlegen, dass es uns zusteht, wie alle anderen Bundesländer ausgestattet zu werden. Ich gebe zu, wenn man da einiges erreicht hat - und das hat man ja bereits -, dann hat man eine gewisse Scheu, noch eins draufzusatteln. Jetzt komme ich aber zum Thema Mut. Wir im Saarland können es uns nicht leisten, zimperlich zu sein. Bloß weil wir mit den Damen und Herren an einem Tisch gesessen haben, uns mit ihnen einig geworden sind und froh waren über das, was wir erreicht haben, können wir uns nicht davon abhalten lassen, in Zukunft und auch jetzt schon das zu verlangen, was wir unbedingt haben müssen und brauchen. Wir von der AfD haben eine Zahl genannt. Da hat man uns Willkürlichkeit vorgeworfen. Wir können die Zahl natürlich jederzeit erhöhen, denn wir brauchen ja wirklich mehr. Unserer Einschätzung nach braucht man mindestens 5 Milliarden Euro, um uns aus der jetzigen Situation herauszuführen.

Ich möchte noch etwas zu den Ideen sagen. Wenn man vom Bund und von den anderen Geld verlangt, was ja recht und billig ist, muss man zunächst einmal zeigen, dass man mit dem Geld auch ordentlich umgeht. Ich kann mich an frühere Bemühungen ei-

(Abg. Dörr (AfD))

nes ehemaligen Ministerpräsidenten, der hier im Raum sitzt, erinnern. Er hat damals die Schulen aufgefordert, die eine oder andere Sparanstrengung zu zeigen, sodass er diese bei seinen Verhandlungen vorzeigen konnte. Am Schluss hat er auch einen entsprechenden Erfolg erzielt. Wir müssen also - das sehe ich auch ein - als Land zunächst einmal zeigen, dass wir sparen können.

Wo können wir sparen? - Natürlich könnten wir hier oder dort sparen. Wir haben uns jetzt zwei Monate darüber gestritten, wo man am besten und günstigsten spart. Es gibt aber ein Thema, bei dem die Ideen- und die Mutlosigkeit zusammenkommen: Es ist die Straffung der jetzigen Verwaltung. Wir müssen immer daran denken, dass wir ein Land sind mit jetzt nicht einmal mehr ganz 1 Million Einwohner. Wir müssen uns die Frage stellen, ob wir uns die Verwaltung, die wir jetzt haben, auf Dauer leisten können, zumal wir immer mehr Verwaltung, aber immer weniger Leute haben. Die Verwaltung ist im Augenblick nicht wirkungsvoll. Das wird niemand bestreiten, denn die Diskussionen um eine bessere Verwaltung haben spätestens im Jahre 1974 begonnen und sind jetzt wieder aufgetaucht. Diese Diskussionen nehmen kein Ende, weil jeder weiß, dass die Verwaltungsstrukturen bei uns redundant sind, so möchte ich es einmal in einem Fremdwort ausdrücken.

(Abg. Hans (CDU): Welche meinen Sie denn?)

Ich spreche zum Beispiel von der überflüssigen Ebene der Landkreise.

(Abg. Scharf (CDU): Das ist dummes Geschwätz! Denken Sie nur an die Sozialhilfe!)

Ich will mich jetzt nicht auf verfassungsmäßige Dinge einlassen, aber die Jugend- und die Sozialhilfe machen zurzeit rund 80 Prozent der Ausgaben der Landkreise und des Regionalverbandes aus. Das sind doch keine Großunternehmen. Da fragt man sich, ob das nicht, wie es früher und noch vor Kurzem beim Regionalverband war, die Städte und Gemeinden selbst machen können. Man hat es an sich gezogen mit der Begründung, dass die einzelnen Rechtsvorschriften so kompliziert seien, dass Verwaltungsbeamte in den Städten und Gemeinden das nicht mehr leisten könnten.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Jung (SPD).)

Es hat sich natürlich noch nicht gezeigt, dass man auch tatsächlich die Stellen einsparen konnte, die man einsparen wollte. Man hat sie nicht eingespart. Wenn es wirklich daran liegen sollte, dass Beamte auf Stadt- und Gemeindeebene nicht mehr in der Lage sind, die Gesetze anzuwenden, dann fragt man sich doch, ob man nicht einmal die Gesetze vereinfachen muss. Es kann doch nicht so schwer sein, einem bedürftigen Menschen Hilfe zukommen

zu lassen ohne einen Rattenschwanz von Verordnungen und Bestimmungen, die selbst ein Verwaltungsbeamter nicht mehr beherrscht.

(Erneuter Zuruf des Abgeordneten Dr. Jung (SPD).)

Das Zweite, das ich anführen kann, wenn es um Ideen geht, ist eine Idee, die auf der Hand liegt, die aber nicht umgesetzt wird. Unsere Schulen haben mindestens - wie soll ich es sagen? - zwei Herren. Sie werden von zwei Herren gegängelt. Wenn Sie eine Grundschule in einer Gemeinde haben, dann ist der Schulträger die Gemeinde, aber für das Lehrpersonal, den Schulleiter, den Bildungsplan, die Pausenordnung und so weiter ist das Land zuständig. Für eine Gemeinschaftsschule in Quierschied beispielsweise ist der Regionalverband Saarbrücken der Schulträger, der den Hausmeister einsetzt und das Gebäude mietet und unterhält. Das Land wiederum macht die Lehr- und Stundenpläne, es setzt den Schulleiter und die Lehrer ein und sorgt für deren Ausbildung. Es ist in der Praxis so, dass ein Schulleiter nicht mit dem Bildungsminister zu tun hat, sondern mit vielen Abteilungen im Bildungsministerium. Gleichzeitig hat er beim Schulträger nicht nur mit einer Person zu tun, zum Beispiel mit dem Regionalverbandsdirektor, sondern mit vielen Personen in dieser Behörde. Das ist ein sehr umständliches und ineffektives System. Da könnte man viel vereinfachen.

(Abg. Dr. Jung (SPD): Das ist ja grauenhaft! - Sprechen bei den Regierungsfractionen.)

Es wurde gesagt, das Saarland könne sich selbst aus dieser Lage, in der es jetzt ist, befreien. Das glaube ich nicht. Ich denke, es geht uns so wie jemandem, der in ein Moor gerutscht ist. Er kann natürlich das eine oder andere tun, aber im Wesentlichen ist er darauf angewiesen, dass Hilfe von außen kommt. Wir sollten also einen wichtigen Teil unserer Kraft dafür einsetzen, dass der Bund und die Länder uns helfen, aus dieser Situation herauszukommen. Es ist schon gesagt worden, dass wir hierfür Verbündete suchen sollen, denn es gibt andere Länder, die in einer ähnlichen Situation sind wie wir. Wir fordern also dazu auf, Ideen mutig zu verwirklichen und auch den Mut zu haben, sich beim Bund und den Länderkollegen dafür einzusetzen, dass das Saarland mit Finanzmitteln so ausgestattet wird, wie es sich gehört. Dem Haushaltsentwurf, der vorgelegt worden ist, können wir nicht zustimmen, weil er unseren Kriterien nicht entspricht. - Danke schön.

(Beifall von der AfD.)

Präsident Meiser:

Das Wort hat für die SPD-Landtagsfraktion Herr Fraktionsvorsitzender Stefan Pauluhn.

Abg. Pauluhn (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin jetzt auch schon ein paar Jahre dabei. Es gab immer wieder Haushaltsdebatten - sei es damals in der Opposition oder in den letzten Jahren als Vertreter der Regierungsfaktionen -, da brauchte ich regelmäßig einen Blutdrucksenker, weil die Debatte so angeheizt war und man auf den Vordränger eingehend reagieren musste. Heute müsste man mir eher mal einen Espresso und einen Cognac vorbeibringen, damit ich wach werde.

(Beifall von den Regierungsfaktionen und von der LINKEN. - Lachen und Sprechen bei den Regierungsfaktionen.)

Substanziell habe ich nichts gehört. Kollege Dörr, das war sehr kleines Karo. Ich weiß nicht, welche Schlagzeile morgen überhaupt aus dieser Rede produziert werden könnte. Sie haben keine geliefert. So schwer es auch fällt, will ich doch versuchen, den Rahmen etwas größer zu spannen, um dem Anspruch dieses Hauses an eine Haushaltsdebatte gerecht zu werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein turbulentes Jahr neigt sich seinem Ende entgegen. Die diesjährige saarländische Haushaltsdebatte als Abschluss der Etatberatungen findet in einer wahrlich politisch bewegten Zeit in der Republik statt, vielleicht sogar in politisch aufgeregteren Zeiten, auf jeden Fall in interessanteren Zeiten als viele Jahre zuvor.

Ich glaube, dass das niemanden von uns hier im Saal kalt lässt, auch nicht die Bevölkerung, denn vieles ist in Bewegung geraten, sowohl in Deutschland als auch in Europa, ja gar weltpolitisch. Insofern wird auch in die saarländische Politik nach der Verabschiedung des Haushaltes keine Ruhe und keine weihnachtliche Stimmung einkehren, weil die europäischen und weltpolitischen Rahmenbedingungen und die Herausforderungen der Zukunft, die auch dieses Land treffen, uns sicherlich weiter in ihren Bann ziehen werden.

Zum einen hatten wir Anfang des Jahres die Landtagswahlen hier im Land sowie danach Wahlen in drei weiteren Bundesländern, zum anderen hatten wir die Bundestagswahl im September, die zu unser aller Verwunderung immer noch zu keiner neuen Regierungsbildung geführt hat. Und ob dieser Ereignisse der letzten Wochen schon fast wieder etwas in Vergessenheit geraten, haben die USA seit der Amtseinführung von Donald Trump im Januar dieses Jahres einen neuen Präsidenten, einen nahezu unberechenbaren und obendrein noch apodiktischen Präsidenten. Er wurde angeblich deshalb gewählt, weil er die Sprache des Volkes sprach, weil er angeblich das aussprach, was viele Amerikaner denken. Oder soll ich besser sagen: dachten? Er ist je-

denfalls ein Präsident, der nun mit fast schon gefährlich kindlichem Gemüt und manchmal mit der Attitüde eines alternden Teenagers sein Weltbild in die 140 Zeichen einer Twitter-Meldung steckt.

Hingegen haben unsere französischen Freunde und Nachbarn mit Emmanuel Macron einen neuen Hoffnungsträger für Europa ins höchste Amt Frankreichs gewählt, der geradezu das personifizierte Gegenteil von Trump verkörpert - intellektuell, gebildet, jung, proeuropäisch. Hier hat sich jemand mit Esprit gegen flache Parolen und Rechtspopulismus durchgesetzt. Auf den ersten Blick haben Macron und Trump also nichts gemein; es unterscheidet sie nahezu alles.

Dennoch wohnt den Wahlen in den USA und in Frankreich eine Gemeinsamkeit inne. Der sogenannten politischen Klasse - in Amerika würde man Establishment sagen - wurde ein Denkmalsatz verpasst. Ein Großteil des Erfolges von Trump und Macron beruhte auf Unmut und Wut in der Bevölkerung. Es war eine Grundstimmung, in der man nicht mehr glauben wollte, dass Politik für die Menschen und ihre Probleme gemacht wird, von denen da oben, den vermeintlich Abgehobenen und nur sich selbst verpflichteten Politikern.

Europaweit sind Rechtspopulisten auf dem Vormarsch, egal ob in Skandinavien oder auf dem Balkan, in Polen, Österreich oder Ungarn. Sie haben verführerisch einfache Antworten auf die Wirklichkeit, komplexe Probleme und Fragen. Sie geben vor, für eine schweigende Mehrheit des Volkes zu reden. Dies ist für Demokraten ein geradezu besorgniserregender Befund und sollte auch uns ein warnendes Signal sein. Ich finde, die Politik in Deutschland und in Europa insgesamt ist mindestens ein gutes Stück besser als ihr Ruf. Vielleicht kann man dies gerade in einer Zeit wie der jetzigen nicht laut genug sagen oder wenigstens so laut, dass diese Botschaft auch im dunkelsten Winkel der ansonsten so schönen Sächsischen Schweiz einmal Gehör findet.

(Vereinzelt Beifall von den Regierungsfaktionen.)

Die europäische Politik der letzten 70 Jahre hat in Zentraleuropa den Frieden gesichert und geschaffen. Sie hat damit einen Wohlstand ermöglicht, den sich die Völker dieses Kontinents niemals zuvor über einen solch langen Zeitraum erarbeiten konnten. Das ist der wahre Wert der Demokraten Europas und der Politik der letzten Jahrzehnte. Es ist der wahre Wert und das Ergebnis derer, die sie machten, der Politiker der letzten Jahrzehnte. Das ist ein Erfolg der europäischen Politik. Und wenn heute Wohlstand - auch das ist ein Befund - ungleich und ungerecht verteilt ist, ja wenigstens zu kleinen Teilen nicht bei jenen ankommt, die Tag für Tag um ihren Lebensunterhalt kämpfen, dann hat sich Politik zum

(Abg. Pauluhn (SPD))

Donnerwetter gerade auch um sie zu kümmern und Wege zu suchen, damit Ungerechtigkeiten beseitigt werden können.

Mit Blick auf die Diskussionen in meiner Partei - aber nicht alleine dort, sondern auch mit Blick auf die Reihen aller politischen Parteien und Gruppierungen - sage ich: Man kann sich Wahlergebnisse nicht aussuchen. Man muss mit ihnen verantwortungsbewusst umgehen und muss im Interesse der Menschen daraus die richtigen Entscheidungen ableiten, Entscheidungen, die deutlich machen, dass man es ernst meint mit den Problemen und Ängsten der Menschen, Entscheidungen, die einen Beitrag dazu leisten, genau diese Probleme in politischer Verantwortung beseitigen zu wollen. Das geht zugebenermaßen nicht mit einfachen Antworten und auch nicht mit schnellen Parolen. Das geht weder mit Steuererklärungen, die auf einem Bierdeckel Platz finden, noch lösen sich die Probleme der Menschen in unserem Land durch Stacheldraht, Mauern und Obergrenzen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Sie lösen sich auch nicht automatisch durch Neuwahlen. Nein, sie lassen sich nur durch politische Handlung lösen. Ich finde, heruntergebrochen auf unser Land und unser Haus wird genau dies seit vielen Jahren und Jahrzehnten gelebt und umgesetzt. Obwohl in Deutschland und im Saarland eine, um es freundlich auszudrücken, nationalkonservative Partei - manche würden mit Blick in die Republik auch rechtspopulistische Partei dazu sagen - ins Parlament eingezogen ist und obwohl gerade die Inszenierung der geplatzten Jamaika-Sondierung - man nennt es neudeutsch „lindnern“ - mit Sicherheit nicht zur Vertrauensbildung in Politik beigetragen hat, können wir festhalten, dass unsere Demokratie nach wie vor auf einer soliden und klar mehrheitlichen Basis steht. Das kann leider nicht jeder in Europa von sich behaupten.

Insbesondere die Bürgerinnen und Bürger im Saarland haben aber klar und deutlich demokratischen Parteien das Vertrauen ausgesprochen. Bei der Bundestagswahl waren es knapp 89 Prozent und bei der Landtagswahl sogar knapp 94 Prozent. Mit der Entscheidung im März wurde wieder eine Große Koalition gewählt, nämlich die alte, die nun auch nun die neue Regierung ist. Offensichtlich war der übergroße Anteil der Saarländerinnen und Saarländer nicht ganz unzufrieden mit dem, was sie zuvor fünf Jahre an politischer Lösungskompetenz erlebten. Vielleicht waren sie hier auch ein Stück weit getrieben von den Erinnerungen an Jamaika im Format Südwest, die bei uns noch nicht ganz verblasst waren.

Die Saarländerinnen und Saarländer waren und sind im Großen und Ganzen mit eben genau diesen Poli-

tikern zufrieden, die einige gerne zum Teufel schicken würden oder mit Blick über den saarländischen Horizont hinaus gar hier und da entsorgen möchten. Was für eine unglaublich hässliche Wortwahl, die die Maske von sogenannten Alternativen für unser Land hebt.

(Beifall bei den Regierungsfractionen. - Zuruf von der AfD.)

Ich glaube, ohne zu viel Selbstbeweihräucherung betreiben zu wollen, dass die Saarländerinnen und Saarländer auch deshalb vertrauen, weil nahezu alle von uns, die jetzt hier vor mir oder auf der Regierungsbank sitzen, sich immer als Teil des Volkes fühlen und dies auch geblieben sind, und die Menschen vor Ort uns auch als ein Teil von ihnen betrachten und Tag für Tag erleben. Die saarländische Politik ist den Menschen nahe. Das ist ein Wert an sich. Daran sollten wir weiterarbeiten, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Das ist so, weil wir gemeinsam an einem Ziel gearbeitet haben, nämlich dem Ziel, die Eigenständigkeit und die finanzielle Handlungsfähigkeit unseres Landes zu erhalten. - Genau diesem Ziel sind wir in den letzten fünf Jahren ein gutes Stück nähergekommen und genau dies belegt die Basis zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 2020, die ihr gutes Verhandlungsende - die Zahlen wurden genannt - fanden. Ein jahresbezogen ausgeglichener Haushalt und damit keine neuen Schulden ist nun in greifbare Nähe gerückt. Während vor fünf Jahren die Opposition in diesem Haus noch feststellte, dass dies ohne größere Steuerreform nie und nimmer erreichbar wäre, und sie an diesem Punkt das Scheitern der Regierung prognostizierte, kann das heute niemand mehr behaupten. Wir werden dies entgegen aller Prognosen mit dem übernächsten Haushalt erreicht haben, im Übrigen ein Umstand, den es in diesem Land, wenn man die Jahre der Teilentschuldung 1994 bis 2000 einmal ausklammert, zuletzt vor rund 50 Jahren gegeben hat. Von 1968 auf 1969 sanken letztmals - ohne die Betrachtung dieses Teilentschuldungszeitraums - die Schulden des Landes. Da kam ich gerade in die Schule. Wenn ich ins Plenum blicke, dann sehe ich, dass ein großer Teil der heutigen Abgeordneten damals noch nicht geboren war.

Mit dem heutigen Haushalt 2018 machen wir einen weiteren großen Schritt. Wir senken die Neuverschuldung erneut deutlich, von 168 Millionen Euro im Jahre 2017 auf nur noch 36 Millionen Euro im Jahr 2018, also um mehr als 75 Prozent in einem Jahr. Das hat uns niemand zugetraut, auch nicht die Opposition vor fünf Jahren. Eine Leistung dieses Parlaments, dieser Koalition und dieser Regierung.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

(Abg. Pauluhn (SPD))

Wegen der positiven Einnahmeentwicklung der letzten beiden Jahre ist es jetzt sogar laut neuester Steuerschätzung möglich, die Nettokreditaufnahme 2018 auf rund 8 Millionen zu senken. Nur mal zur Erinnerung: 2010 lag das strukturelle Defizit noch bei 1,25 Milliarden Euro, zum 31.12.2017 wird dieses strukturelle Defizit um etwa 1 Milliarde Euro abgebaut sein. Man kann also durchaus konstatieren, dass wir unsere Hausaufgaben gemacht haben. Darauf kann man ohne Wenn und Aber auch ein wenig stolz sein.

Jetzt könnten wir es uns als Koalition einfach machen und sagen: Business as usual. Wir haben eine wesentliche Aufgabe erfüllt, lehnen wir uns einmal die nächsten Jahre zurück und regieren sozusagen etwas durch. Aber darauf wollen, werden und können wir uns nicht ausruhen. Es gibt nämlich nach wie vor viele Fragen, die einer Antwort bedürfen, auch neue Fragen. Es gibt nach wie vor viele Probleme, die einer Lösung zugeführt werden müssen. Die Menschen verlangen - und sie haben das Recht darauf - ehrliche Antworten auf die Probleme ihres Alltags sowie die Probleme, die sich ihnen bezüglich ihrer persönlichen zukünftigen Entwicklung und die ihrer Kinder stellen. Dazu gehört mit Sicherheit, um nur mal ein Beispiel herauszugreifen, dass Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf. Deshalb wird es mit uns ab 2018/19 den Einstieg in die beitragsfreie Kinderbetreuung geben. Das haben wir im Wahlkampf gesagt, das haben wir im Koalitionsvertrag beschrieben und dies setzen wir auch um.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Auf der anderen Seite brauchen wir aber nicht nur, so wichtig sie auch sein mögen, Lösungen für die Probleme des Alltags, wir brauchen auch konkrete Vorstellungen davon, wo das Saarland, in sagen wir 10 oder 20 Jahren, infrastrukturell und gesamtwirtschaftlich stehen soll. Die Zeit ist also gekommen, um aus der Konsolidierung und neben der Konsolidierung in den nächsten Jahren klug und wieder mehr in die Zukunft zu investieren.

Hier gibt es für mich vier entscheidende Blöcke: Erstens die Bildung. Dazu habe ich schon etwas gesagt, aber im Verhältnis zum Gesamthaushalt bekommt dieser Bildungshaushalt erneut einen höheren Stellenwert und wächst proportional stärker, nämlich um 1,25 Prozent. Insgesamt wächst der Bildungsetat auf über 1 Milliarde Euro. Wer hier behauptet, dass diese Koalition, diese Regierung nicht in Bildung investiert, der nimmt diese Zahlen nicht zur Kenntnis. Wir investieren in die Zukunft unserer Kinder.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Zum Zweiten: Wirtschaft, Arbeit und Verkehr. Hier beginnt das Investitionsengagement nicht erst 2020,

sondern schon mit diesem Haushalt. Wir werden in den Straßenbau 4,8 Millionen mehr investieren als im letzten Jahr. Insgesamt sprechen wir dort von einem Gesamtvolumen von 63 Millionen Euro. Auch in die Strukturen des öffentlichen Personennahverkehrs werden wir rund 7 Millionen mehr investieren als im letzten Jahr. Im Rahmen der Verkehrssicherheit möchten wir überdies mehr Schutz für die Verkehrsteilnehmer, insbesondere für unsere Kinder und Schüler, sorgen und mit einer Kampagne gegen das zunehmende Problem der Gaffer reagieren wir auf eine wirkliche Unsitte dieser Zeit. Diese Art von Sensationsgier ist mittlerweile nicht nur zu einem allgemeinen Problem geworden, sondern sie stellt ein echtes Sicherheitsrisiko für die Einsatzkräfte und damit letztlich auch für die Verunglückten, aber auch für andere Verkehrsteilnehmer dar. Dem wird sich diese Landesregierung widmen.

Dann nenne ich den Meisterbonus. Mit einer finanziellen Unterstützung von insgesamt 2 Millionen Euro bis 2019 sorgen wir dafür, dass lebenslange Bildung für diejenigen möglich wird, die bereit sind, sich in ihrem Beruf weiterzuentwickeln. Das bedeutet nicht nur mehr Bildungsgerechtigkeit für unser Land, wir sorgen auch dafür, dass die duale Berufsausbildung an Attraktivität gewinnt und wirken damit dem Fachkräftemangel in den handwerklichen Berufen genauso entgegen wie im industriellen Bereich. Dass es bei uns nun den Meisterbonus sowohl für Meister im Handwerk als auch für Industriemeister gibt, ist geradezu ein Faustpfand sowohl mit Blick auf die demografische Entwicklung als auch mit Blick auf eine zunehmende Akademisierung in den entsprechenden Berufsfeldern. Wir stellen damit die duale Berufsausbildung auf eine sichere Basis und das ist insbesondere für dieses Land auch lebensnotwendig.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Dann die Gesundheit. Mit dem im letzten Plenum eingebrachten Gesetzentwurf schaffen wir die Voraussetzungen für mehr Personal in der Pflege sowie zielgerichtete Investitionen in die saarländischen Krankenhäuser. Damit kehrt das Land wieder zu einer stärkeren Steuerung der Investitionsförderung zurück. Gleichzeitig werden wir die Mittel im Haushalt in einem ersten Schritt um 4 Millionen Euro erhöhen.

Last, but not least - darüber wurde in der Debatte schon gesprochen - der Bereich innere Sicherheit. Die Anforderungen und die Herausforderungen im Bereich der inneren Sicherheit, meine Damen und Herren, werden immer komplexer. Dies zeigen völlig neue Kriminalitätsfelder genauso wie leider auch die schrecklichen Anschläge in Deutschland und in Europa. Diese Szenarien brennen sich ins Gedächtnis und drohen, unser aller Leben zu beeinflussen. Es bleiben keine einmaligen Ereignisse. Wir sehen

(Abg. Pauluhn (SPD))

das leider immer wieder, etwa vor einem Jahr am Berliner Breitscheidplatz, aber auch bei Amoklagen wie dem schrecklichen Ereignis in Winnenden 2009 oder auch angesichts aktueller Androhungen in den letzten Tagen in Baden-Württemberg.

Auch die permanent sinkende Hemmschwelle bei Angriffen auf Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte macht deutlich, dass die Politik zu unseren Sicherheitskräften stehen muss und sie sowohl personell als auch in Ausstattung und Ausbildung und auch im gesetzlichen Rahmen in die Lage versetzen muss, diesen Anforderungen entsprechend gewappnet gerecht zu werden. Genau das tun wir. Sicher hat die Organisationsstrukturveränderung bei der saarländischen Polizei aus dem Jahr 2012 große Veränderungen im Apparat bewirkt. Diese waren damals zweifelsfrei auch notwendig. Aber sie führte auch dazu, dass sich die Organisation - um einen unbestrittenen Fortschritt einmal zu nennen, der aus meiner Sicht viel zu selten genannt wird - seither merklich durch permanent hohe Einstellungszahlen verjüngt hat. Das ist ein Faustpfand der letzten Jahre und ein Faustpfand für die Zukunft.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Diese Strukturveränderung verfolgte erfolgreich ein weiteres Ziel, nämlich in jeder unserer 52 Kommunen weiter mit der Polizei präsent zu sein. In allen Kommunen präsent zu sein ist im Übrigen ein Faktor, den es zugegebenermaßen in anderen Bundesländern aufgrund der Größenordnungen schon lange nicht mehr gibt. Kommunale Spezifika auch abbilden zu können und vor Ort auf eigene regionale Besonderheiten mit eigenen sicherheitspolitischen Anforderungen unmittelbar und ohne Fernsteuerung zu reagieren, das wollen wir beibehalten. Die Menschen im Land erwarten zu Recht eine starke Polizei, die weiß, was vor Ort los ist. Wir von der Politik sind gut beraten, genau diese Sicherheitsarchitektur auch in Zukunft zu stärken. Die Große Koalition steht unumwunden zu unserer Polizei. Das wissen die Beamtinnen und Beamten. Von dieser Stelle geht noch einmal ein herzlicher Dank an sie, für ihren Einsatz gerade in diesen Tagen. Wenn man sich die großen Weihnachtsmärkte bei uns ansieht und die Sicherheitsanforderungen, dann stellt man fest, dass viele Beamtinnen und Beamte zur Abend-, zur Nachtschicht Dienst machen, um die Sicherheitslage zu verbessern, um den Menschen das Gefühl der Sicherheit zu geben und letztendlich solche Feste erlebbar werden zu lassen. Dafür herzlichen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen und bei der LINKEN.)

In allen diesen vorgenannten Disziplinen, aber auch darüber hinaus gibt es derzeit im Saarland - und ich weiß gar nicht, ob ich damit wirklich zufrieden sein kann - zur Arbeit dieser Regierung und der sie tra-

genden Koalition keine realistische, leider nicht einmal eine ernst zu nehmende Alternative. Damit meine ich gar nicht die parlamentarischen Mehrheiten, da ist das ohnehin klar. Nein, zu den politischen Ideen, auch in einer klaren Vorstellung von Alternativen durch die Opposition, gibt es keine wirkliche Alternative.

Von der AfD kein einziger Abänderungsantrag in den Etatberatungen. Ich weiß gar nicht, ob es das schon jemals in diesem Haus gegeben hat. Die LINKE hat bei den Abänderungsanträgen in den Etatberatungen im Wesentlichen auf die Halbierung der Verfügungsfonds von Ministern und der Staatskanzlei gesetzt, als ob sich diese Umschichtungen in den Größenordnungen wirklich für neue, große Linien und Spielräume heranziehen ließen.

Im Grunde - das zeigt auch die Debatte heute - sagt die Opposition bislang, dass im Haushalt nichts Falsches steht, die Schuldenbremse müsste weg. Die steht nun aber im Grundgesetz. Ich muss mich deshalb mit den Tatsachen auseinandersetzen. Ich kann nicht so tun, als gäbe es sie nicht. Ich kann der Auffassung sein, sie solle in Zukunft gelockert werden, aber im Moment haben wir sie im Grundgesetz stehen. Wir haben uns verpflichtet, bis zum Jahr 2020 diesen Weg zu gehen und können jetzt nicht abweichen. Mit dem Abbau der Schuldenbremse und der Abwahl der apodiktischen schwarzen Null könnten und müssten wir mehr investieren. Das ist ganz knapp zusammengefasst die Haltung der Opposition und die ist leider, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr realitätsfern und realitätsfremd. Sie bildet auf jeden Fall keine echte Alternative zum Haushaltsentwurf dieser Landesregierung.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Im Zuge der Vorbereitungen auf diese Haushaltsdebatte habe ich meine erste Rede aus dem Jahr 2012 gelesen, die ich damals als neuer Fraktionsvorsitzender hier beim ersten Etat einer Großen Koalition hielt. Ich bin gleich zu Anfang meiner damaligen Rede über einen Satz gestolpert, der sich mit den Ideen und dem Zustand der damaligen Opposition beschäftigte. Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, wobei ich gar nicht weiß, ob ich überhaupt um Erlaubnis fragen muss, weil ich mich selbst zitiere, aber ich mache es nun einmal.

(Heiterkeit.)

Ich zitiere also aus 2012: „Ich bin ganz sicher, dass dieses Land die Herausforderungen, die sich ihm in Zukunft stellen, bewältigen wird, dass dieses Land bestehen wird. Ich bin mir auch ganz sicher, dass dieses Land die PIRATEN überstehen wird.“

(Heiterkeit.)

Ich habe recht behalten, aber nun habe ich in den letzten Tagen des Öfteren überlegt, ob ich nicht mal

(Abg. Pauluhn (SPD))

den ehemaligen Kollegen Hilberer anrufen sollte, um mich bei ihm zu entschuldigen, da sich offensichtlich der Satz von damals mit Blick auf die neuen Akteure von heute - von mir aus rechts - doch sehr stark relativiert. Ich will das mit dem Blick in die Kamera, lieber Kollege Hilberer, deshalb heute tun. Da war ich vielleicht ein bisschen zu hart mit Ihnen. Es sei mir verziehen.

(Sprechen und Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will einmal den Vergleich ziehen. Damals die Auseinandersetzung mit den PIRATEN, heute eine ausbleibende Auseinandersetzung mit Ideen, insbesondere von rechts: Schlimmer geht immer. Das ist eine traurige Zustandsbeschreibung, aber es ist auch eine wahre.

Dennoch bleibe ich inhaltlich dabei: Dieses Land wird auch die Note der Zeitgeschichte, die AfD, überstehen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Bei aller berechtigten Kritik, die man an etablierten Parteien in ganz Europa üben kann, hat es im Saarland für diese Alternative ja nur - Gott sei Dank - gerade so gereicht. Diverse Skandälchen, Peinlichkeiten vor und nach der Wahl, die ersten Monate dieser 16. Wahlperiode inklusive Ihrer ersten doch recht bescheidenen Redebeiträge hier im Plenum haben einen ersten Eindruck verschafft, was wir in den kommenden fünf Jahren von Ihnen erwarten dürfen. Zwar mögen die lyrischen Ansätze des Fraktionsvorsitzenden der AfD mit Gedichten und Zitaten durchaus einen nostalgisch saarländischen und zugleich künstlerischen Ansatz vermitteln, wie zum Beispiel mit der „Maibach“ von Maria Becker-Meisberger, aber - wie ich nicht allein empfand - mit einem doch etwas wild gewählten Zitat in der Ersten Lesung zu den Ladenöffnungszeiten in der letzten Plenarsitzung „Weihnachten ist ein schönes Fest, aber an Faasenacht kann es nitt tippe“ wird man auf Dauer keine alternativen Ideen beschreiben können. Das steht fest.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Wenngleich mir diese Art bedeutend lieber ist als die Ideen und Sätze von Gauland, Weidel oder Meuthen, müssen Sie hier endlich auch einmal sagen, was Sie wollen, damit wir uns inhaltlich mit Ihnen auseinandersetzen können. Es ist an der Zeit, meine Herren von der AfD.

(Beifall bei den Regierungsfractionen und bei der LINKEN. - Sprechen bei der AfD.)

Politik lebt halt vom Diskurs, vom sich in der Sache streiten, vom harten, aber fairen Wettbewerb, von substanziellen, guten, pragmatischen und besten-

falls nicht zu ideologischen Ideen, und sie lebt nicht zuletzt auch von einer guten Opposition.

Zur heillosen Zerstrittenheit - das ist jetzt nicht meine Wortwahl, sondern ein Zitat aus der Saarbrücker Zeitung vom 15. November - der Oppositionspartei DIE LINKE will ich heute gar nichts weiter sagen. Zwar handele ich mir dadurch vielleicht den Vorwurf ein, ich wollte neueste Gedankenansätze zu politisch-gesellschaftlichen linken Gegenentwürfen, zum Neoliberalismus oder zu einem zu sehr um sich greifenden Konservatismus nicht stören, aber damit kann ich gut umgehen, das stört mich nicht. Nein, es ist nicht das, was mich milde stimmt. Es ist vielmehr die Tatsache, dass ich insbesondere den Kollegen Flackus wirklich als konstruktiven Geist schätzen und ihn in den letzten Monaten auch als Menschen noch näher kennen gelernt habe, der bei allen programmatischen und auch zwangsläufigen Unterschieden aus den unterschiedlichen Rollen heraus immer bemüht ist, das Verbindende zu suchen und in den Diskurs einzutreten. Damit kann man sich wenigstens ernsthaft auseinandersetzen, aber lieber Jochen Flackus, Sie sind wahrlich um Ihre neue Aufgabe nicht zu beneiden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht mittlerweile gar nicht mehr darum, ob eine Große Koalition mit einer Opposition ordentlich umgeht. Das tut sie. Es geht vielmehr um die Frage, ob es denn überhaupt noch eine Opposition gibt. Umso mehr haben wir aber nun Sorge dafür zu tragen, mit einer guten Parlamentsarbeit die Saarländerinnen und Saarländer davon zu überzeugen, dass dieses Land die zukünftigen Herausforderungen annehmen und bewältigen kann. Denn all den rechtsnationalen Tendenzen, die es in unserem Land zum kleinen Teil, aber leider Gottes immer noch gibt, tritt man am besten entgegen, indem man dafür kämpft, dass es den Menschen gut geht und sie sich von der Politik vertreten und nicht alleingelassen fühlen. Genau dafür werden wir in den nächsten Jahren sorgen. Das ist der Anspruch der Großen Koalition, das ist der Anspruch der SPD, das ist auch mein ganz persönlicher Anspruch als Abgeordneter dieses Hauses.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in wenigen Tagen feiern wir den 70. Geburtstag unserer saarländischen Verfassung. Im 60. Jahr des Beitritts des Saarlandes zur Bundesrepublik halte ich diesen Moment für einen guten Zeitpunkt, um eine kleine Bilanz zu ziehen und einen Blick nach vorne zu werfen, keine ultimative Lobhudelei, sondern eine ehrliche Beschäftigung mit den unbestreitbaren Erfolgen unseres Landes, aber auch eine kritische Auseinandersetzung mit dem, was nicht so gut gelaufen ist.

Das Saarland ist ein Industrieland, das in der Stahlindustrie und in der Automobilindustrie Tausenden von Menschen einen festen Job ermöglicht und dessen Wirtschaftskraft in etwa im Bundesdurchschnitt

(Abg. Pauluhn (SPD))

liegt, jedoch höher ist - dies nur nebenbei bemerkt - als das unserer Freunde aus Rheinland-Pfalz. Seit dem wirtschaftlichen Anschluss der Bundesrepublik 1959 befand sich das Land in einem ständigen Strukturwandel, der mit wenigen Ausnahmen immer erfolgreich gemeistert wurde, aber bis heute andauert. Der saarländische Bergbau gar fand sein endgültiges Ende, erst vor fünf Jahren, 2012. Mit der Digitalisierung - das Stichwort fiel eben schon - steht bei der saarländischen Wirtschaft bereits der nächste Wandel nicht erst vor der Tür, er ist bereits eingetreten, er ist in vollem Gange. Im Saarland leistet besonders die robuste Struktur produzierender Industrieunternehmen einen wesentlichen Beitrag zur regionalen Wirtschaftskraft. Nach Baden-Württemberg hat unser Land die zweithöchste Industriedichte in Deutschland. Gerade diese produktionsintensiven Industriebetriebe werden mit den Auswirkungen der Digitalisierung im Rahmen der Industrie 4.0 auf Produkte, Prozesse und ganze Wertschöpfungsketten konfrontiert. Bei all diesen Anstrengungen der digitalen Transformation der Produktion werden wir die saarländischen Betriebe mit voller Kraft unterstützen. Wir müssen sie dabei auch mit voller Kraft unterstützen, damit sie auch weiterhin im europäischen Wettbewerb eine gute Rolle spielen können.

Wir dürfen dabei eines nicht aus dem Auge verlieren: Es geht immer auch um die arbeitenden Menschen, die bei diesen Prozessen ohne jeden Zweifel eingebunden und mitgenommen werden müssen und nicht diejenigen sein dürfen, die am Schluss auf der Strecke bleiben. Dafür muss die Politik arbeiten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Die saarländischen Unternehmen strotzen jedenfalls zurzeit vor Optimismus. Nie waren die Konjunkturerhebungen so positiv wie in dieser Zeit. Wir profitieren natürlich von unserer Exportwirtschaft - das ist auch schon gesagt worden -, aber genau die bisherige Stärke des Industriestandortes Saarland mit seiner starken Ausrichtung in Automotive beschreibt beim bevorstehenden Quantensprung im Mobilitätssektor gerade auch die Risiken und Herausforderungen der Zukunft. Wenn die Aussage stimmt - und vieles spricht dafür -, dass nach der Industrialisierung im 19. Jahrhundert und der Digitalisierung im 20. Jahrhundert nun eine ähnlich explosive Veränderung beim Thema Mobilität in den nächsten 20 bis 30 Jahren direkt vor der Tür steht, dann beschreibt dies auch die Kraftanstrengung, die zu leisten sein wird, um Arbeitsplätze in unserem Bundesland zu sichern und alte gegebenenfalls durch neue zu ersetzen.

Dabei müssen wir allerdings auch feststellen, dass trotz aller Bemühungen und Anstrengungen wir europäische und erst recht weltweite Einflüsse nicht gänzlich in saarländischer Hand haben. Wenn man

auf die letzten Tage blickt, zeigt sich das auch an allem, was um das Thema Siemens passiert ist. Nicht zuletzt auch die zähen Brexit-Verhandlungen und der bevorstehende Austritt Großbritanniens bergen große Gefahren für unsere Wirtschaft, auch darauf wurde schon hingewiesen. Die Zahlen sind genannt worden.

Diese Zahlen unserer Exportbilanz, aber auch dessen, was wir beispielsweise aus Großbritannien importieren, untermauern die enge Verbundenheit der beiden Länder Deutschland und Großbritannien. Sie untermauern aber auch, dass wir unser Schicksal leider nicht selbst in den Händen halten, wie ich eben schon sagte, sondern dass unser Wohl und Wehe auch von diesen europäischen Umständen abhängt. Es muss nun darum gehen, die Rahmenbedingungen dieses Austritts so zu gestalten, dass Arbeitsplätze in der EU und damit auch im Saarland nicht durch neue Egoismen zusätzlich gefährdet werden. Ich glaube, die Engländer spüren heute schon, was sie mit diesem Entscheid, der auch getragen war von nationalistischen Parolen, am Ende bewirkt haben. Ich weiß nicht, ob sie heute noch einmal so abstimmen würden, wenn sie noch einmal die Chance dazu hätten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. Müller (AfD): Das war verursacht von der Merkel-Politik.)

Laut der AfD ist Merkel am Brexit schuld. Das will ich jetzt nicht weiter kommentieren, darauf kann man nachher noch einmal eingehen. - Ich möchte nur noch einmal auf eine saarländische Bilanz zurückkommen. Obgleich wir nicht alles wirtschaftlich steuern sollten, auch nicht müssen und es überdies auch nicht können, gab es in unserem Land seit 1957 immer wieder wirtschaftspolitische Meilensteine. Zwei Meilensteine der gesamten Entwicklung, die viele von uns wahrscheinlich in ihrer eigenen Familie als Zukunftsoption erlebten oder noch erleben - so geht es zumindest mir -, fallen dabei ins Gewicht.

Zum einen die Ansiedlungspolitik in der zweiten Hälfte der Sechzigerjahre, in deren Folge zahlreiche Unternehmen ins Land gekommen sind und die heute tragende Stützen der Saarländischen Wirtschaft sind wie etwa Festo, Bosch, ZF-Getriebe, aber auch Ford, natürlich ebenso die traditionellen Stahlstandorte wie Saarstahl oder die Dillinger Hütte. Hier haben unsere Väter gearbeitet, auch meiner. Nicht zuletzt dadurch wurde für viele, auch für mich, dem damals kleinen Jungen aus dem Blietal, das Wirtschaftswunder und ein gesellschaftlicher Aufstieg erlebbar. Viele Familien, auch meine, haben davon profitiert.

Zum anderen die Neuausrichtung der saarländischen Hochschullandschaft mit dem Schwerpunkt Informatik in den Achtzigerjahren, die praktisch durch die neue Ansiedlung des Helmholtz-Zentrums

(Abg. Pauluhn (SPD))

für Cybersicherheit, einem weltweit außerordentlich renommierten Forschungszentrum, heute noch Impulse setzt. Mit dem Stichwort Helmholtz sind wir auch im Hier und Jetzt angekommen und richten den Blick in die Zukunft, also nicht mehr zurück auf unsere Väter-Generation, auch nicht auf die unserer eigenen Kindheit, sondern vielmehr auf die unserer Kinder und Kindeskinde. Diese Ansiedlung ist ein unschätzbarer Gewinn, auch ein Imagegewinn für unser Land, auch für die Landeshauptstadt Saarbrücken. Es werden auch wirtschaftliche Faktoren wie Ansiedlungen von neuen Industrien, Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben sozusagen der Sogwirkung dieses Leuchtturms folgen. Vielleicht entsteht daraus so etwas wie ein kleines neues Wirtschaftswunder für unser Land. Zumindest ist der Grundstein gelegt für Arbeitsplätze der nächsten Generation, vielleicht auch für einen meiner heute elfjährigen, nicht mehr ganz so kleinen Tochter.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, nach kräftezehrenden gemeinsamen Jahren umsichtiger Konsolidierungspolitik der Großen Koalition bringen wir den Schuldenanstieg 2018 fast zum Stillstand. Ab 2019 machen wir keine neuen Schulden mehr. Durch die relativ günstige Steuereinnahmesituation zeigen sich die Auswirkungen der Schuldenbremse nicht so deutlich wie anfangs befürchtet. Das ist erfreulich. Darüber hinaus spiegelt sich der im Koalitionsvertrag verankerte arbeitnehmerorientierte Kurs auch in diesem Haushalt des Jahres 2018 wider.

Im Rahmen der Investitionsoffensive schaffen wir 50 neue Stellen. Es profitiert auch die kommunale Familie. Darauf wird man nachher im Einzelplan 03 noch näher eingehen. Für uns hat halt Haushaltskonsolidierung auch einen Grund. Sie schafft den Handlungsspielraum für Zukunftsgestaltung, somit für eine positive Entwicklung unseres Landes. Der fühlen wir uns zu allererst verpflichtet, meine sehr verehrten Damen und Herren, denn die Schuldenbremse darf kein Selbstzweck sein. Alles in allem schaue ich mutig und hoffnungsvoll in die saarländische Zukunft und ich glaube, die Menschen in diesem Land können das auch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen. Es gibt immer noch nicht wenige Menschen in Deutschland und damit auch im Saarland, die unsere Daseinsberechtigung ob unserer Kleinheit oder unserer erdrückenden Altschulden immer wieder anzweifeln und meinen, dass sich unsere Existenz lediglich darin erschöpfen sollte, als Referenzgröße für Waldbrandkatastrophen in Nordamerika oder für Flächen abgeholzter Regenwälder in Südamerika herzuhalten. Aber gerade um die europäische Idee in die Zukunft zu tragen, braucht man genau solch kleine Re-

gionen. Regionen, die sich als eigenständige Länder verstehen, sich aber dennoch ganz selbstverständlich in den jeweiligen europäischen Staat und demzufolge auch in Europa als eines der erfolgreichsten Friedensprojekte der Welt eingliedern. Eine föderale Struktur wie die der Bundesrepublik mit allen ihren Unterschieden, mit Großen und Kleinen, mit Starken und weniger Starken, aber auch mit ihren gegenseitigen Ausgleichsmechanismen, ist doch geradezu ein Muster für größere staatliche Einheiten auch in Europa. Vielleicht wären die Probleme in Spanien heute geringer, wenn auch dort mehr gegenseitiges Verständnis für regionale Besonderheiten und regionale Ansprüche gelebt worden wäre.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich las in diesem Zusammenhang ein Zitat von Robert Menasse, österreichischer Schriftsteller und gefeierter Buchpreisträger, der in dem Essay „Heimat ist die schönste Utopie“, geschrieben hat, ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident: Heimat ist ein Menschenrecht, Nation nicht. Heimat ist konkret, Nation nicht, Nation ist abstrakt. Nationen haben sich bekriegt, Regionen haben gelitten, sich verbündet, immer wieder ihre Eigenheiten bewahrt. Regionen sind die Herzwurzel der Identität. - Dem stimme ich bedingungslos zu. Wir möchten uns als Region Saarland eben dieses Herz, diese Identität als einen Teil Deutschlands, als einen Teil Europas, als Bundesland bewahren. Dafür stehe ich, dafür steht die SPD, die Koalition und dafür steht auch die Zusammenarbeit in dieser Regierung. Wir haben, davon bin ich überzeugt, in den letzten fünf Jahren in diesem Land Zukunft geschaffen. Wir wollen mit unserer Arbeit in den nächsten Jahren diesen Weg weiter fortsetzen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Präsident Meiser:

Das Wort hat für die Landesregierung Frau Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer.

Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Politik beginnt bekanntermaßen mit der Betrachtung der Wirklichkeit. Ich glaube, dass die Menschen im Saarland, die heute und morgen dieser Debatte über die Übertragungswege des Saarländischen Rundfunks folgen werden, erwarten, dass wir die Wirklichkeit mit aller Redlichkeit betrachten. Das bedeutet für diese Landesregierung, dass wir - in Anerkennung aller Rollen, die jeder für sich übernimmt - an uns selbst den Anspruch haben, dass wir die Wirklichkeit nicht durch eine rosarote Brille betrachten und dass wir nicht permanent versuchen, alles nur schönzureden, sondern es ist der Anspruch, den wir an uns selbst stellen, dass wir mit dem Positiven, aber auch mit

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)

den Herausforderungen realistisch umgehen. Das bedeutet aber für eine verantwortliche Opposition auch, dass sie nicht alles schwarz in schwarz malt, sondern dass auch sie sich um einen realistischen Blick bemüht. Und gemessen daran, sehr geehrter Herr Kollege Flackus, und gemessen an der Debatte, die wir bei der Einbringung des Haushaltes geführt haben und den Argumenten, die Sie damals vorgebracht haben, kann ich nur Erich Maria Remarque zitieren, der geschrieben hat: Im Westen nichts Neues. Das galt sicherlich heute auch für Ihre Rede.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe an diesem Wochenende, an dem ich - weil der Flugverkehr so war, wie es der Kollege Hans beschrieben hat - gezwungenermaßen mit dem Auto unterwegs war, die Gelegenheit genutzt, um die gerade erschienene Biografie von Franz-Josef Röder zu lesen, die Hans-Christian Herrmann geschrieben hat. Ich kann diese Biografie nur empfehlen, weil sie einen guten Einblick gibt in die Landesgeschichte und über die Frage informiert, wie sich Landespolitik entwickelt hat. Man sieht, dass der Anspruch, den wir heute an uns haben, und die Fragen und Probleme, mit denen wir heute zu tun haben, ihre Ursprünge und Wurzeln in der Vergangenheit haben, sowohl im Positiven wie im Negativen.

Es ist auch ganz erhellend, wenn man sieht, dass nicht alles das, was man sich als Lösung vorstellt, sozusagen im Ursprung von einem selbst stammt, sondern dass es Politikergenerationen gegeben hat, die das eine oder andere auch schon einmal überlegt haben. Und allen, die im Moment sehr aktiv in Richtung Kommunalreform unterwegs sind, lege ich das Kapitel zur Kommunalreform im Saarland ans Herz. In der historischen Betrachtung ist es sehr interessant zu sehen, wer damals welchen großen Wurf wollte und wer ihn nicht wollte, aus welchen Gründen auch immer. Das Sein bestimmt eben auch das Bewusstsein. Und das gilt auch für politische Vorschläge.

Damals wie heute müssen wir dringend an den Strukturen des Landes arbeiten. Zur Wirklichkeit gehört, dass wir zurzeit eine durchaus gute Situation haben, was den Arbeitsmarkt angeht und was die Wirtschaftskraft angeht, aber wir sehen uns auch vielen Herausforderungen gegenüber. Und eine dieser Herausforderungen ist und bleibt die Frage der finanziellen Spielräume, die wir in diesem Land haben. Auch das ist mir noch einmal sehr deutlich geworden. Es gab eigentlich nur ganz kurze Zeiträume im Saarland, in denen wirklich aus dem Vollen heraus geschöpft werden konnte und Landespolitik gemacht werden konnte. Die meisten Regierungen, das gilt auch für die heutige Regierung, hatten mit der Frage zu kämpfen, wie gespart wird und wo gespart wird. Es ist interessant zu sehen, wie die Vorschläge der damaligen Regierungen aussahen und

wie die Kritik der damaligen Opposition lautete. Auch hier mischt sich das eine mit dem anderen.

Wenn man in der Betrachtung die lange Linie anlegt, dann muss man wissen, dass die Landesregierung, so wie sie heute im Amt ist, ihre Arbeit im Jahr 2012 begonnen hat. Sie hat sie begonnen mit der Aussage gegenüber den Wählerinnen und Wählern, dass es um ein Projekt geht. Und dieses Projekt heißt: langfristige und nachhaltige Sicherung der Zukunft unseres Bundeslandes. Deswegen ist diese Aufgabe, die wir 2012 begonnen haben, eine Aufgabe, die sich in Abschnitten darstellt. Sie ist noch lange nicht beendet und deswegen werden wir mit aller Kraft an dieser Aufgabe weiterarbeiten. Die erste Etappe - das war insbesondere die Zeit von 2012 bis 2017, also die zurückliegende Legislaturperiode - galt der Konsolidierung des Landeshaushaltes, auch um damit überhaupt eine Voraussetzung dafür zu schaffen, dass wir in Neuverhandlungen der Finanzbeziehungen zwischen dem Bund und den Bundesländern eine Grundlage bekommen, die uns eine Zukunftsperspektive gibt.

Was sich in den letzten fünf Jahren für uns als Aufgabe gestellt hat, das war vor allen Dingen dieser harte Konsolidierungskurs, der vielen Menschen an vielen Stellen etwas abverlangt hat. Das heutige Geburtstagskind in der ersten Reihe, Eugen Roth, steht sozusagen pars pro toto dafür, dass dieser Weg gemeinsam mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im Saarland angegangen und bis zum heutigen Tag fortgesetzt wird. Natürlich bedeutet das, dass es Einschnitte gegeben hat, natürlich bedeutet das, dass Personal abgebaut wurde, natürlich bedeutet das, dass etwa Besoldungserhöhungen und Anpassungen zeitverzögert in Kraft getreten sind. Natürlich bedeutet das, dass wir in den letzten Jahren nicht so viel investieren konnten, wie wir das eigentlich wollten. Natürlich bedeutet das, dass wir die Kommunen in den zurückliegenden Jahren nicht so unterstützen konnten, wie wir alle miteinander das gewollt hätten.

Man muss aber auch die Alternative dazu bedenken: Hätten wir diesen Kurs nicht eingeschlagen, hätten wir kein Vertrauen erhalten, hätten wir kein Grundverständnis beim Bund und vor allem auch bei den anderen Bundesländern für unsere Notlagesituation erwarten können. So aber haben wir die Grundlage dafür gelegt, dass wir heute mit Fug und Recht sagen können, dass wir ab dem Jahr 2020 einen neuen Finanzausgleich haben werden, der uns Zukunft gibt. Das war die große Aufgabe, die sich uns gestellt hat, und dieser Aufgabe sind wir gerecht geworden.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Ich will noch einmal die Fakten verdeutlichen, weil die Zahlen ja gerne von der Opposition infrage ge-

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)

stellt werden. Dabei wird auch immer wieder auf den Landesrechnungshof verwiesen. Fakt ist, dass wir nach der damaligen grundgesetzlichen Rechtslage einen Finanzausgleich und Finanzbeziehungen hatten, die zum 31.12.2019 ausgelaufen wären. Ohne einen Verhandlungserfolg hätten wir in der Konsequenz ohne alles dagestanden. Deswegen sind - gemessen an den Konsequenzen dieser Rechtslage - die 500 Millionen Euro, die wir ab dem Jahr 2020 bekommen, 500 Millionen Euro mehr. Bei aller Wertschätzung für den Landesrechnungshof: Ich kann seine Rechnung an dieser Stelle nicht ganz nachvollziehen, denn sie lässt außer Acht, dass wir mit den 260 Millionen Euro, die wir zurzeit noch erhalten, Hilfen bekommen, die ganz klar definiert sind. Wir müssen diese Hilfen zur Konsolidierung des Landeshaushalts einsetzen. Wir können sie gar nicht für irgendetwas anderes einsetzen.

Das wird sich, meine sehr geehrten Damen und Herren, rechtlich gesehen ab dem Jahr 2020 massiv ändern. Dann haben wir nämlich dieses Geld zur Verfügung und können es nach politischer Festlegung im Landeshaushalt einsetzen. Damit sind wir - auch das sei mit Blick auf die Vergangenheit gesagt - nach langer, langer Zeit die erste Regierung und das erste Parlament, die überhaupt wieder in der Lage sind, einen Landeshaushalt aufzustellen, mit dem nicht nur keine neuen Schulden mehr aufgenommen werden, sondern mit dem wir auch wieder beginnen können, Schulden abzubauen. Das ist das beste Versprechen, dass wir den nach uns kommenden Generationen geben können. Darauf können wir gemeinsam stolz sein, und zu dieser Politik stehen wir auch, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich habe eben gesagt, dass wir in der Vergangenheit den Kommunen gerne mehr gegeben hätten, als wir es tun konnten. Nichtsdestotrotz haben wir im Rahmen des Möglichen unsere Städte und Gemeinden und auch die Kreise unterstützt. Dies geschah zum einen durch den KELF, der im Jahr 2012 aufgelegt worden ist. Immerhin 120 Millionen Euro sind daraus geflossen, um die Kommunen zu entlasten. Zum anderen geschah dies durch den Kommunalpakt, der ab dem Jahr 2015 gegriffen hat. Alles, was Sie beschrieben haben, auch kritisch beschrieben haben, sehr geehrter Herr Kollege Flackus, haben wir mit den Städten und Gemeinden im Kommunalpakt vertraglich vereinbart. Wir haben dieses Paket geschnürt, weil wir uns bewusst waren, dass wir erst ab dem Jahr 2020 stärker unterstützen können. Für den Weg bis zu diesem Zeitpunkt haben wir uns auf diese Kosteneinteilung und auf die Art und Weise, in der die Sanierung ablaufen soll, verständigt.

Wir können, wenn man sich die Bundesmittel, die in diesem Jahr und im kommenden Jahr fließen, und wenn man sich die Entwicklung des kommunalen Fi-

nanzausgleichs anschaut, den Kommunen insgesamt 70 Millionen Euro mehr für das nächste Haushaltsjahr zur Verfügung stellen. Ich weiß, und das sage ich sehr deutlich, dass das bei Weitem nicht ausreicht, um die Problemsituation der Kommunen in diesem Land aufzulösen. Wir haben die Situation - das ist vielleicht etwas anders, als es beim Thema der Länderschulden der Fall war -, dass wir im Moment in ganz Deutschland über alle Länder hinweg betrachtet zwar eine positive Entwicklung der Kommunalfinanzen haben, es aber vier Bundesländer gibt, in denen die Kommunen große Probleme haben. Das ist zum Teil in Hessen der Fall, das ist in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und eben im Saarland der Fall.

Zur Wahrheit gehört in der Tat, dass es in keinem anderen Bundesland die Städte und Gemeinden so flächendeckend trifft, wie das im Saarland der Fall ist. Das hat mit der Finanzstruktur der saarländischen Städte und Gemeinden zu tun, das hängt mit der unterdurchschnittlichen Finanzkraft zusammen. Das hat aber auch mit der überdurchschnittlichen Sozialbelastung zu tun, die uns über viele Jahrzehnte schon betrifft. Das ist auch Folge davon, dass sich bei uns die Kommunen über Kassenkredite refinanzieren haben. Deshalb ist für die saarländischen Kommunen das Risiko steigender Zinsen größer, als dies bei den Kommunen in anderen Bundesländern der Fall ist. Angesichts dessen werden wir das Thema Zinsmanagement, bei dem wir auf der Landesebene alle Weichen dafür stellen, von steigenden Zinsen nicht in unkalkulierbarer Weise getroffen zu werden, auch mit den Städten und Gemeinden zu besprechen haben. Die kommunale Ebene braucht diesbezüglich unsere Unterstützung.

Natürlich wäre es uns am liebsten, ließe sich dieses Thema bei der Regierungsbildung - wann auch immer und mit wem auch immer und wie auch immer sie stattfinden mag - noch einmal platzieren. Es wäre wünschenswert, den Städten und Gemeinden in Deutschland noch einmal durch Entschuldung stärker helfen zu können, unabhängig davon, in welchem Bundesland sie liegen, allein gemessen an ihrer objektiven Situation. Wir hätten uns, das sage ich ganz offen, dieses Instrument natürlich auch bei den Bund-Länder-Finanzverhandlungen als Ergebnis gewünscht. Es war aber von Beginn an erkennbar, dass wir dafür keine Mitstreiterinnen und Mitstreiter gefunden hätten, übrigens auch nicht aufseiten der Bundesländer, bei denen die LINKE mitregiert. Angesichts dessen mussten wir auf eine andere Lösung hinarbeiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die finanzpolitische Solidität ist und bleibt einer der Grundpfeiler der Arbeit dieser Landesregierung. Wir wollen dieses Ziel auch künftig verfolgen. Deswegen werden wir trotz der Steigerung der Investitionen und

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)

der Steigerung der Ausgaben, die wir ab dem Jahr 2020 vornehmen können, weiterhin dafür Sorge tragen, dass mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln solide umgegangen wird. Das sollte das Markenzeichen dieser Landesregierung auch in der Zukunft sein, und das nicht nur, wenn wir durch eine Konsolidierungsvereinbarung einem Sparzwang unterliegen. Wir sollten vielmehr grundsätzlich, auch ohne dass wir dazu gezwungen sind, solide mit den Finanzen umgehen, weil das die richtige Politik ist.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir können über Verteilung reden, wie wir wollen, Fakt ist auch, wenn wir kein entsprechendes Wirtschaftswachstum haben, fehlt uns die Basis dafür, irgendetwas verteilen zu können, sei es zwischen den Ebenen der öffentlichen Hand oder insbesondere auch mit Blick auf die Bürgerinnen und Bürger. Deswegen muss das A und O - das war es in der Vergangenheit, das ist es in der Gegenwart und das ist es auch für die Zukunft - der Betrachtung einer Landespolitik sein, wie wir die Wirtschaftskraft in diesem Land stärken, wie wir die Rahmenbedingungen so stellen, dass Unternehmen in diesem Land so wirtschaften können, dass sie erfolgreich sind. Erfolgreich heißt für mich, das will ich an der Stelle ganz deutlich sagen, eben nicht nur die Aktionäre zufriedenzustellen, sondern erfolgreich heißt für mich vor allem und in erster Linie, dass wir gut bezahlte, gute Arbeitsplätze für die Menschen in diesem Land haben, denn das macht den Wohlstand einer Region aus. Und dem fühlen wir uns verpflichtet, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Sehr geehrter Herr Kollege Flackus, Sie haben uns vorgeworfen, wir hätten keinen Plan, die Herausforderungen für die Wirtschaft wären sehr groß und wir seien darauf nicht vorbereitet. Sie waren ja in der vergangenen Woche bei der Veranstaltung der Industrie- und Handelskammer, als das Gutachten vorgestellt worden ist, das wir in Auftrag gegeben haben zum derzeitigen Stand der Automobilindustrie im Saarland, vor allem mit Blick auf die Herausforderungen. Ich weiß nicht, wie es Ihnen gegangen ist, aber für mich persönlich ist das eine sehr realistische Betrachtung, die die Gutachterinnen und Gutachter dort angestellt haben. Sie machen nämlich deutlich, wo die Stärke unserer Automobilindustrie liegt, und ja, die Automobilindustrie ist inzwischen die bestimmende Industriestruktur in unserem Land neben der Stahlindustrie und anderen Bereichen.

Das Gutachten macht nicht nur deutlich, wie stark der Anteil der Automobilindustrie im engeren und weiteren Sinne im Saarland selbst ist mit rund 50.000 Arbeitsplätzen und mit der entsprechenden Wertschöpfung. Es macht vor allen Dingen auch deutlich, wie stark der Effekt des Saarlandes auf die

bundesweite Entwicklung ist. 100.000 Arbeitsplätze hängen bundesweit an der Entwicklung unserer Automobilbranche, 12 Milliarden Euro Umsatz hängen bundesweit an der Entwicklung unserer Automobilindustrie. Das macht deutlich, dass wir bei diesen Fragen über mehr reden als nur darüber, wie es in unserer Region ist. Wir reden hier über den Strukturwandel eines der prägenden Industriezweige in ganz Deutschland.

Meine Damen und Herren, das ist eine der großen Herausforderungen, vor der die Wirtschaft, aber auch die Politik im Saarland steht. Wir müssen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass die Wirtschaft damit umgehen kann. Ja, wir haben eine besondere Struktur. Wir haben sehr große Produktionsstätten im Saarland, aber eben nicht die Forschungseinrichtungen der Unternehmen, nicht die Headquarters, wie das auf Neudeutsch so schön heißt. Da das nicht der Fall ist, müssen wir als Politik dafür sorgen, die Produktionsstätten mit diesen Strukturen zusätzlich zu versehen - das ist eine der Hauptaufgaben, die wir vor uns haben.

Das bedeutet, wir müssen aus unserer Wissensstruktur heraus diese Forschungsleistungen anbieten. Wir haben gerade mit dem Chef von Ford Deutschland vereinbart, dass wir uns im Frühjahr nächsten Jahres mit einer Delegation saarländischer Forscherinnen und Forscher mit dem Forschungszentrum von Ford, das in Aachen gelegen ist, zusammensetzen. Dabei sollen, das ist zumindest anvisiert, auch die Verantwortlichen aus den Vereinigten Staaten mit dazu kommen, um abzuklären, was wir an guter Forschung für den Standort präsentieren können, die nicht in Aachen oder sonst wo geleistet werden muss, sondern die wir hier leisten können. Das haben wir bei Bosch gemacht, das machen wir auch bei allen anderen großen Unternehmen. Das ist in der Tat ein ganz wichtiger Punkt. Ich habe das bei der Einbringung des Haushalts schon gesagt, die Tatsache, dass Protics, eine Daimler-Tochter, nach Saarbrücken auf das Gelände der Universität des Saarlandes gekommen ist, zeigt, dass wir hier etwas zu bieten haben. Das müssen wir noch stärker herausstellen, als das in der Vergangenheit der Fall war.

Nun ist es aber so, dass die größte Kompetenz, die wir hier zurzeit im Saarland in der Automobilindustrie haben, die Kompetenz rund um das Thema Verbrennungsmotor ist. Aber gerade beim Thema Verbrennungsmotor wird sich zukünftig der größte Veränderungsdruck ergeben. Das heißt, dass wir uns an diesem Punkt besonders anstrengen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Frage ist, wie tun wir das? Ich halte wenig davon, dass wir jetzt anfangen, krampfhaft irgendetwas an Kompetenzen dort aufzubauen, wo wir im Moment nicht besonders gut auf-

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)

gestellt sind, also etwa rund um das Thema Batterietechnologie. Wir müssen vielmehr dort ansetzen, wo heute schon unsere Stärken sind, und das ist die Digitalisierung, die Vernetzung in der Produktion, aber auch beim Automobil selbst. Deshalb wird das Thema digitales Auto, wie Sie es beschrieben haben, ein großes Thema sein. Aber es geht darüber hinaus. Es geht um das Thema Mobilität in einer digitalisierten Welt, es geht um die Frage, wie die Mobilitätskonzepte der Zukunft aussehen, es geht um die Frage, was auch mit Blick auf die Automobilhersteller Digitalisierung eigentlich ausmacht. Es wird nicht mehr das Auto als solches sein, das die Kaufentscheidung bestimmt, sondern es wird in Zukunft vielleicht eher das Kommunikationssystem im Auto sein, die Frage, was ist autonom, was ist digital, das die Kaufentscheidung bestimmt. Das heißt, wir werden auch in den Unternehmen selbst eine massive Veränderung haben, eine stärkere Mischung von Industrie und industrienaher Dienstleistung. Das Gleiche gilt für das Handwerk.

Das macht deutlich, wie groß der Strukturwandel ist, der hier auf uns zukommt. Deswegen sind wir als Landesregierung hier so entschieden unterwegs, nicht nur mit unserer Strategie zu Wirtschaft 4.0, sondern auch mit unserer Innovationsstrategie an den Punkten, an denen wir alles zusammenfassen. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist durchgängige Wirtschaftspolitik angesichts der Herausforderungen, vor denen wir stehen. Ich glaube, wir sind hier gut vorangekommen. Das wollen wir für die Zukunft genauso konsequent fortsetzen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Was wir dazu brauchen, sind gute Rahmenbedingungen. Eine der wichtigen Rahmenbedingungen für unser Land, insbesondere für die Industrie in diesem Land, ist das Thema Energiepolitik. Wir spüren ja, dass das Thema Energiewende noch lange nicht so erfolgreich zum Abschluss gebracht wurde, wie wir uns das wünschen. Energiewende muss zum einen den Klimaschutz beinhalten, Energiewende muss aber auch so gemacht werden, dass Energie zu Preisen zur Verfügung gestellt wird, die sowohl für den Privathaushalt wie auch für die energieintensive Industrie vertretbar sind. Das ist einer der großen Standortfaktoren, die wir hier haben. Wenn wir im Saarland das Problem haben, dass unsere Industrie - wir erleben das unter anderem beim Stahl - Wettbewerbsnachteile dadurch hat, dass wir hier zu hohe Energiekosten haben, dann müssen wir dafür sorgen, dass sich das ändert. Wir müssen genau schauen, wo wir als Land die Dinge selbst in der Hand haben. Wir müssen aber auch schauen, wo wir auf der Bundes-, aber auch auf der europäischen Ebene dafür sorgen können, dass dies in Zukunft nicht aus dem Ruder läuft.

Das Zweite, was wir brauchen, sind Investitionen. Wir dürfen dabei nicht nur an unsere Straßen und Plätze denken. Investitionen gehen weit darüber hinaus. Das betrifft auch die Frage, wie wir angebunden sind, wie wir im digitalen Bereich aufgestellt sind. Sie haben es erwähnt, wir werden Ende 2018, wenn die Dinge so weiterlaufen wie bisher, das 50-Mbit-Ziel erreicht haben. Ich sage Ihnen ganz offen, ich hätte mir gewünscht, die damalige Bundesregierung hätte ein ehrgeizigeres Förderprogramm ins Leben gerufen - nicht nur 50 Mbit, sondern weit mehr - und hätte die Mittel dafür zur Verfügung gestellt. Aber jetzt können wir feststellen, wir werden Ende 2018 das erste Bundesland sein, das flächendeckend 50 Mbit zur Verfügung stellen kann. Dass wir uns damit nicht zufriedengeben, sehen Sie daran, dass wir ein weiteres Förderprogramm über die eingesparten Mittel aufgelegt haben, um insbesondere ganz schnell und unbürokratisch den Unternehmen zu helfen, die in ihrem Gewerbegebiet Glasfaser brauchen, aber auf absehbare Zeit keines bekommen werden. Wir investieren Geld in die Gigabit-Studie, in 5 G. Das sind Punkte, an denen wir uns vorbereiten müssen. Wir werden diese Investitionen nicht alle alleine auslösen können. Aber wenn der Bund - und ich bin der festen Überzeugung, dass das eine der großen Aufgaben einer neuen Bundesregierung sein wird - das Geld und die Möglichkeiten dazu zur Verfügung stellt, müssen wir vorbereitet sein, damit wir dieses Geld auch abrufen und möglichst schnell investieren können. Wir sollten unsere Nase ein bisschen weiter vorne haben als vielleicht das ein oder andere Bundesland mit mehr eigenem Geld im eigenen Haushalt.

Wir müssen in das Thema Digitalisierung insbesondere auch mit Blick auf unsere Fachkräfte investieren. Heute ist einer der begrenzenden Faktoren auch für die Unternehmen hier, und das sind nicht nur die großen Industrieunternehmen, sondern - ich schaue Bernd Wegner an - das ist auch das saarländische Handwerk, das Thema, wer denn überhaupt auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Das ist mit die große Zukunftsaufgabe, der wir uns widmen müssen, und das tun wir ja auch. Das bedeutet in erster Linie, dass wir natürlich alle Potenziale, die wir zurzeit im Saarland selbst haben, ausschöpfen müssen. Und da ist noch Luft nach oben, etwa bei Älteren oder bei denen, die eine mindere Qualifikation haben und die wir auch mithilfe von Digitalisierung fit machen können. Man kann es sich bei ZF anschauen, wie über Mensch-Roboter-Kooperation Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer relativ schnell fit gemacht werden für anspruchsvollere Produktionstätigkeiten. Wer sich das anschaut, sieht, wo hier die Chancen liegen.

Eine weitere Gruppe, die im saarländischen Arbeitsmarkt nach wie vor unterrepräsentiert ist, ist insbesondere die der Frauen. Deswegen ist es unsere ge-

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)

meinsame Aufgabe, für eine vernünftige Infrastruktur und für vernünftige Gegebenheiten bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sorgen. Diese Aufgabe hat in erster Linie mit Familienpolitik, mit Sozial- und Gesellschaftspolitik zu tun, ist aber darüber hinaus etwas, was für den Standort, für die Zukunft des Saarlandes wichtig ist. Deswegen arbeiten wir daran, deswegen haben wir in der Vergangenheit so stark darin investiert. Deswegen haben wir die Zahlen der Krippenplätze, der Ganztagsplätze im Saarland so gesteigert, wie wir es getan haben. Wir sagen aber auch, wir sind noch nicht am Ende, diese Anstrengungen müssen fortgeführt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden in dem Zusammenhang aber auch Zuwanderung brauchen. Das heißt, wir werden mit Blick auf Fachkräfte ein klar definiertes Einwanderungsgesetz brauchen, und ich hoffe sehr, dass wir auf Bundesebene auch dazu kommen. Ich sage an der Stelle aber auch ganz deutlich, ein solches Einwanderungsgesetz wird humanitäre Zuwanderung in Deutschland nicht ersetzen und nicht beenden. Wir haben ein Grundrecht auf Asyl, und zwar aus historisch gut gewählten Gründen, wir haben uns der Genfer Flüchtlingskonvention verschrieben, wir haben sie unterschrieben, und dazu stehen wir. Deswegen ducken wir uns vor dieser humanitären Aufgabe in diesem Land nicht weg.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ja, das kostet Kraft, das kostet vor allen Dingen viel Anstrengung von allen Beteiligten, auch von Tausenden insbesondere ehrenamtlich Engagierten in diesem Land, und ja, es kostet auch Geld. Wir haben in diesem Haushalt in den letzten fünf Jahren viel geleistet und über den Unterausschuss Flüchtlingsfragen, den Sie geleitet haben, Herr Kollege Lafontaine, immer in einer großen Transparenz deutlich gemacht, was wir tun und wie viel das kostet. Aber eines, meine sehr geehrten Damen und Herren insbesondere auch von der AfD, will ich an dieser Stelle sagen: Es kostet Geld, aber die Menschen, die zu uns kommen, sind eben nicht nur Kostenstellen in einem Haushalt, sondern Menschen, die Not erlebt haben und heute Hilfe brauchen. Das ist unsere Verpflichtung, dazu stehen wir. Ich bin sehr stolz, dass wir das im Saarland so tun.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir müssen in die Bildung investieren, der Kollege Pauluhn hat die Zahlen eben genannt, das ist einer der großen Schwerpunkte in diesem Haushalt. Wir haben Fortschritte gemacht, das sehen Sie an den jüngsten Untersuchungen, gerade was die Lernerfolge, was die Bildungserfolge saarländischer Schülerinnen und Schüler anbelangt.

Sie haben Vorschläge gemacht, etwa bei der Frage, wie das mit Sozialarbeitern an Schulen ist oder mit

Blick auf ein Kollegium. Auch hier haben wir uns im Koalitionsvertrag festgelegt und gesagt, dass wir ein Kollegium der Zukunft wollen. Ich persönlich bin ebenfalls der Auffassung, dass wir in der Schule auf Dauer nicht mehr weiterkommen mit einem Kollegium, in dem Lehrerinnen und Lehrer für alles und jedes zuständig sind. Wir erleben doch zunehmend, dass Bildungspolitik, dass Sozialpolitik mit einem Ansatz im Sinne eines gemeinsamen Sozialraums andere Anforderungen stellt. Andere europäische Länder haben diesen Ansatz schon. Deswegen werden wir entsprechende Modellversuche auf den Weg bringen, um genau auszuprobieren, wie das gehen kann in der Zusammenarbeit von Sozialarbeit, von Lehrerinnen und Lehrern, von Verwaltungskräften und von Sonderpädagogen, die wir etwa in der Grundschule einsetzen. Das muss zusammenkommen, das werden wir ausprobieren. Wir wollen die erfolgreichen Ansätze nachhaltig und strukturell in diesem Land umsetzen. Das ist moderne, intelligente und neu gedachte Verknüpfung von Bildungs- und Sozialpolitik. Diesem Ansatz fühlen wir uns in diesem Land verpflichtet, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Das gilt auch für den Bereich der Hochschulen. Deswegen ist es wichtig, in unsere Hochschulen zu investieren, insbesondere nachdem diese - das ist von uns nie bestritten worden - in den letzten Jahren ihren Beitrag zur Konsolidierung des Haushaltes geleistet haben. Wir haben im Koalitionsvertrag sehr deutlich festgelegt, welchen Aufwuchs es geben soll für die Universität des Saarlandes, für die HTW und auch für die künstlerischen Hochschulen. Wir haben deutlich gemacht, dass sie in Zukunft an der Dynamisierung im Landeshaushalt teilhaben sollen. Das ist richtig und auch wichtig, weil wir nicht nur hervorragende außeruniversitäre Forschung wollen - wir haben diese „Forschungsstraße“ am Saarbrücker Campus -, sondern auch, dass sich das so wie bisher gegenseitig ergänzt und unterstützt, in der guten Ergänzung von universitärer Lehre und Forschung zu den außeruniversitären Bereichen. Das muss der Ansatz sein, den wir haben. Diesem Ansatz werden wir auch in diesem Haushalt weiter gerecht.

Sie haben eben über die Frage der Investitionen an der Universität und darüber hinaus gesprochen, sehr geehrter Herr Kollege Flackus. Sie haben unter anderem das Rechenzentrum erwähnt. Wir gehen einen Schritt weiter als Sie, denn unsere Verhandlungen, unsere aktuellen Gespräche gehen dahin zu überlegen, ob jede Einheit im Saarland eigentlich noch ein eigenes Rechenzentrum braucht, ob es nicht wesentlich intelligenter wäre, etwa die Ansätze, die Neubaupläne, die Fortentwicklung der kommunalen und der Landesebene, mit denen der Universität zu verknüpfen. Diese Verhandlungen laufen, und

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)

ich hoffe, dass wir sie bald mit entsprechenden Ergebnissen zu einem guten Abschluss bringen können.

Ja, wir haben an der Universität einen Investitionsstau. Wir sind gerade dabei, einen Campusentwicklungsplan vorzubereiten, genauso wie wir das beim Universitätsklinikum gemacht haben. Wir hatten in der vergangenen Woche Gespräche unter anderem mit der Stadt Saarbrücken, weil wir unterscheiden müssen zum einen zwischen dem Thema Helmholtz an sich und zum anderen dem Thema weiterer Flächenbedarfe außerhalb der Universität, um die Universität herum, etwa mit Blick auf die Frage, wohin wir unsere Start-ups entwickeln, wo sie platziert werden sollen, was in Uninähe der Fall sein sollte. Wir wissen aber auch, dass wir auf dem Campus selbst weitergehende Bedarfe haben, sei es durch Sanierungen oder weil die Universität weiter am Wachsen ist. Dazu bedarf es eines entsprechenden Entwicklungsplans, der jetzt vorbereitet wird.

Vorbereiten ist auch das Stichwort für die Zukunft. Wir werden ab 2020 mehr Geld zur Verfügung haben, um entsprechend investieren zu können. Diese Investitionen müssen aber vorbereitet werden, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wenn es uns nämlich bis dahin an Plänen fehlt, wenn wir bis dahin nicht genügend Ingenieure und Techniker haben, die das alles abwickeln können, dann nützt uns das Geld in 2020 überhaupt nichts, weil wir es nicht verbauen können. Deswegen haben wir gesagt, diese Legislaturperiode ist unterteilt in „Jetzt-Jahre“, wo wir noch dem Konsolidierungskurs unterliegen, wo wir aber alles so vorbereiten, beginnend bei der Umstrukturierung in der Bauverwaltung, damit ab 2020 die Investitionen umgesetzt werden können. Insofern sind wir auch hier im Plan und gut unterwegs.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dies alles, was wir aus eigener Kraft tun können - das ist vorhin gesagt worden -, muss unterstützt und flankiert werden durch eine entsprechende Bundespolitik, aber auch durch eine entsprechende Politik auf europäischer Ebene. Deswegen sind dieser Landesregierung die Themen Europa, Großregion, Frankreich und Frankreichstrategie so wichtig. Ich bin dem Kollegen Hans sehr dankbar, dass er eben das eine oder andere englische Wort hier hat einfließen lassen.

(Beifall und Zuruf des Abgeordneten Lafontaine (DIE LINKE).)

Das macht deutlich, mit der Frankreichstrategie ist eben nicht gemeint, dass wir damit Englisch verdrängen wollen, vielmehr ist gemeint, dass wir im Saarland so polyglott sind, dass wir sowohl für französische als auch für englische Begriffe Platz haben. Insofern sollten wir uns dafür gar nicht schämen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir haben jedoch diese Frankreichstrategie aus einer Tradition saarländischer Politik, auch aus einer Tradition der Vorgängerregierungen heraus entwickelt. Wir haben sie in einer Zeit entwickelt - und ich glaube, darauf können wir stolz sein -, in der viele gefragt haben: Warum eigentlich diese Konzentration auf Frankreich? Frankreich sei der kranke Mann Europas - um ein Bild zu benutzen, das einmal mit Blick auf Deutschland verwendet wurde. Heute, im Winter des Jahres 2017, stellen wir fest, wie schnell aus Frankreich ein Treiber mit Blick auf Europa werden kann und wie schnell wir in Deutschland erleben, dass wir nicht sprechfähig sind. Deswegen haben wir ein ureigenes Interesse daran, dass Europa funktioniert und dass Europa richtig funktioniert im Sinne von Freizügigkeit, im Sinne von einer gemeinsamen Arbeit an Freiheit, an Sicherheit, an Wohlstand. Dazu soll unsere Frankreichstrategie beitragen. In dem Sinne, glaube ich, können wir auch gut und gerne mit Kritik umgehen, die - ich formuliere es einmal vorsichtig - etwas kleinkariert daherkommt.

Ich glaube, dass sich diese Strategie auf die lange Sicht bewähren wird und dass sie mit das beste Mittel ist, um das Saarland als das zu platzieren, was es heute ist. Das ist etwas anderes als das, was in den Sechzigerjahren der SPIEGEL, glaube ich, über uns geschrieben hatte, wir wären sozusagen das letzte frankophile Reservat in Deutschland. Heute erleben wir eher, dass wir insbesondere von der französischen Seite als ein Kompetenzzentrum in Sachen „franco-allemand“ gefragt sind. Dorthin wollen wir uns noch stärker entwickeln.

Das sind die Schwerpunkte, die wir uns für das kommende Haushaltsjahr vorgenommen haben. Vor allen Dingen wollen wir die nächsten Jahre so nutzen, dass wir in der Lage sind, insbesondere ab 2020 mit einer hohen Dynamik dieses Land weiter nach vorne zu entwickeln. Hier kann ich alle Kolleginnen und Kollegen nur dazu auffordern: Machen Sie mit! Lassen Sie uns in einen Wettbewerb der besten Ideen eintreten. Mir ist es lieber, wir streiten uns über zehn Ideen, was wir mit diesem Land machen könnten, von denen eine besser ist als die andere und ehrgeiziger ist als die andere, als dass wir die Debatten von heute wiederholen, bei denen wir zum hundertsten Mal die alten Betrachtungsweisen ein Stück weit miteinander austauschen.

Deswegen komme ich am Ende meiner Rede wieder zur Ausgangslage zurück: Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit. Die Wirklichkeit im Saarland ist weder rosarot noch ist sie bei Weitem so schwarz, wie sie heute Morgen hier gezeichnet worden ist. Sie ist aus meiner Sicht durchaus mit guten Perspektiven versehen. Auf uns wird es jetzt ankommen, in den nächsten Jahren die Weichen so zu stellen, dass daraus eine richtig helle und strahlende

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)

Zukunftsfarbe für unser Land wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall von den Regierungsfraktionen. - Anhaltender Beifall von der CDU. - Beifall von Ministerin Bachmann und den Ministern Bouillon und Toscani.)

Präsident Meiser:

Das Wort hat für die DIE LINKE-Landtagsfraktion Herr Fraktionsvorsitzender Oskar Lafontaine.

Abg. Lafontaine (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will Sie vor der Mittagspause nicht allzu lange behelligen, aber ein paar Gedanken muss ich noch vortragen und auf die Vorrednerinnen und Vorredner eingehen.

Zunächst zur Ministerpräsidentin. Es ist gut, dass Sie festgestellt haben, dass wir nicht alles schönreden wollen. Das ist Aufgabe der Landesregierung. Wir wollen auch nicht alles schlechtreden. Es gibt aber für die Opposition folgendes Problem. Wenn sie begrenzte Redezeit hat, kann sie nicht ständig die Landesregierung loben, sondern sie muss zunächst einmal - das ist ja ihre Aufgabe - die Schwachpunkte der Regierungsarbeit offenlegen. Ich glaube, dafür muss man Verständnis haben.

Sie haben auch recht, wenn Sie darauf hinweisen, dass wir in die Zukunft blicken sollen. Sie haben Franz-Josef Röder erwähnt und haben die Gebietsreform erwähnt. Aber gerade das ist ja das Stichwort, wo ich zu gerne etwas zur Zukunft gehört hätte, um einmal darauf hinzuweisen, dass Sie diesem Anspruch nicht immer gerecht werden. Das Thema beschäftigt uns seit Langem und hat natürlich sehr viele taktische Erwägungen zur Folge. Ich möchte hier unsere Position klarstellen, damit überhaupt eine Fraktion ihre Position klarstellt.

Wir halten die Überlegungen zur Gebietsreform, die in erster Linie aus finanziellen Erwägungen heraus getroffen worden sind, für falsch. Ich kenne die Gebietsreform, die vor Jahren gemacht worden ist. Ich habe selber daran mitgewirkt. Sie hat der CDU schwer geschadet - das möchte ich nur noch einmal in Erinnerung rufen -, weil sie viele aktive Kommunalpolitiker zur damaligen Zeit verloren hatte. Wir hatten damals bei der Gebietsreform aus über 300 Gemeinden die bekannten 51 Gemeinden gemacht.

Dazu möchte ich sagen: Wenn das überwiegend dazu dient, die finanzielle Situation der Gemeinden zu lösen, dann wird das nicht aufgehen. Es ist auch kein Grund, eine Gebietsreform so anzugehen, denn die finanzielle Situation der Gemeinden kann durch andere Maßnahmen verbessert werden. In keinem Fall wird sie verbessert, wenn wir beispielsweise

Völklingen und Saarbrücken zusammenlegen. Ich denke nur einmal an die Verschuldung.

Wir sind der Meinung, die Demokratie hat eine wichtige Rolle in unserer Gesellschaft und die Gemeinden spielen eine ganz wichtige Rolle in der Demokratie. Aus demokratischen Erwägungen halten wir deshalb eine Gebietsreform, wie sie teilweise gefordert wird, für falsch. Das ist unsere Position. Die möchte ich hier nur einmal vortragen.

(Beifall von der LINKEN.)

Ich freue mich, dass das nicht nur unsere Position ist. Sie ist gewachsen aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre. Deswegen habe ich noch einmal auf die Gebietsreform hingewiesen.

Es wird immer wieder gesagt, es gäbe keine Alternativen. Das ist nicht gut. Ich möchte Sie bitten, das in Zukunft zu unterlassen. Es wäre auch ganz langweilig, wenn wir immer nur dasselbe wiederkauen würden. Es gibt schon Alternativen. Ich will eine herausgreifen. Sie haben gesagt, der Arbeitsmarkt im Saarland ist in guter Verfassung. Sie haben das nachher relativiert. Da haben wir eine ganz andere Auffassung. Ich weiß, da gibt es tolle Statistiken. Das wissen wir ja. Aber wir weisen immer wieder darauf hin, dass es niemals eine gute Verfassung des Arbeitsmarktes ist, wenn 20 Prozent der Beschäftigten in ungesicherten, schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen leben. Das ist unsere Position.

(Beifall von der LINKEN.)

Da sind viele Fehlentscheidungen getroffen worden und diese Fehlentscheidungen muss man korrigieren. Die sind auf Bundesebene in der Diskussion. Was also Gebietsreform und Arbeitsmarkt betreffen, wollte ich eben nur noch einmal darauf hinweisen, dass das Gerede, es gäbe keine unterschiedlichen Auffassungen, doch ziemlich albern ist.

Der dritte Punkt ist, wie man den Finanzausgleich bewertet. Von Ihrem Standpunkt aus, Frau Ministerpräsidentin, haben Sie ja völlig recht, wenn Sie sagen, bisher war der Finanzausgleich so und so, wäre er weitergelaufen, hätten wir 500 Millionen weniger. Das ist richtig. Der Rechnungshof hat aber genauso recht, wie die Opposition recht hat. Wir gehen nicht davon aus, wie der Finanzausgleich, wenn er weitergelaufen wäre, das Land gestellt hätte, sondern wir haben die Frage gestellt, was wir mehr bekommen haben, was wir echt mehr zur Verfügung haben. Und da hat der Rechnungshof gesagt, 150 Millionen Euro.

Jetzt bitte ich Sie einmal alle zu googeln, was die anderen Länder mehr bekommen haben. Wenn ich dann sehe - und da müssen Sie mich verstehen -, dass Bayern, ein Land, das finanziell so stark dasteht, fast zehn Mal so viel mehr hat als wir, zusätzlich, dann muss ich die Frage aufwerfen, ob der Fi-

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

nanzausgleich wirklich gut gewesen ist, so wie er jetzt ausgehandelt worden ist.

(Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU). - Abg. Thielen (CDU): Sie haben zehn Mal so viel pro Kopf?)

Ich kenne die Zahlen. - Dass sich die mächtigsten Länder immer durchsetzen, das ist ja bekannt. Ich wollte nur darauf hingewiesen haben: Ein Land, das bei Investitionen unendlich viel besser dasteht als wir, Bayern, hat bei dem Deal knapp 1,45 Milliarden Euro mehr bekommen. Wir haben laut Rechnungshof 150 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Denken Sie einmal an die Relationen. Das kann man so oder so bewerten.

Sie haben sich dagegen verwahrt, dass Herr Flackus hier gesagt hat, es gebe keinen ausreichenden Plan der wirtschaftlichen Erneuerung. Wir machen das ja immer anders. Wir weisen immer auf die Stellungnahme der Saarländischen Wirtschaft hin. Die haben Ihnen ja vorgehalten - Herr Bubel beispielsweise -, es gebe keinen Plan. Dasselbe hat Professor Scheer gesagt. Das sind ja nicht unsere Erfindungen. Wir erwähnen das hier, damit Sie darüber nachdenken, ob vielleicht irgendetwas dran ist, denn diese Aussage, es gibt nichts Neues oder so, die muss man sowohl auf sich selbst als auch auf die anderen zurückspielen. Die Frage ist, was denn jetzt das eigentlich Neue war.

Gut ist es, dass Sie gesagt haben, Sie sehen das genauso beim digitalen Auto. Das haben ja weder wir erfunden noch haben Sie das erfunden. Digitalisierung ist ein Projekt, das wirklich global angegangen wird. Aber wir haben ja hier einen Vorschlag gemacht, den wir auch in die Haushaltsberatungen eingebracht haben. Man kann ihn für richtig oder falsch halten, nur nervt es mich ein bisschen, wenn man dann sagt, es gäbe keine Alternativen. Sie haben den Vorschlag abgelehnt. Es ist ja in Ordnung, dass Sie ihn abgelehnt haben, wenn Sie meinen, Ihre Gründe dafür zu haben, aber sagen Sie doch bitte nicht, es gäbe keine Alternativen. So weit zu Ihren Argumenten; ich kann aus Zeitgründen nicht auf alles eingehen.

Interessant war auch der Beitrag des Kollegen Pauluhn. Ich rufe ihn so auf, wie es mir noch in Erinnerung ist. Ich greife einmal zwei Punkte auf. Wenn ich hier mit Trump gekommen wäre, hätte es sofort wieder geheißen, der Großökonom aus Silzingen oder was weiß ich. Ich will jetzt nicht sagen, der Großpolitiker aus dem Bliessgau oder so, auch diese Albernheiten sollten wir uns in Zukunft ersparen, denn es ist nun einmal so: Was dort geschieht, spielt auch eine Rolle für uns. Das habe ich mir deswegen notiert, Herr Kollege Pauluhn, weil es auch da wieder um Alternativen geht, die hier einfach strikt gelehnt werden, nämlich die Alternative der Steuer-

politik, die ja nun fundamental für jeden Haushalt ist. Trump hat die Körperschaftssteuer auf 20 Prozent gesenkt. Wann haben wir sie gesenkt? Weiß das noch einer? Weiß irgendjemand, wie hoch sie ist? Weiß irgendwer, welche Ausfälle das für das Land gebracht hat? - Es sind 400 Millionen pro Jahr saldiert, wenn ich es noch ein bisschen hochrechne. Das spielt doch eine große Rolle, wenn wir nicht nur die Körperschaftssteuer, sondern die Steuerreformen der letzten Zeit betrachten, die ich nicht mitgetragen hätte. Das Land, die damalige Regierung Müller, hat sie mitgetragen. Sie können es natürlich für richtig halten, aber, Kollege Hans, um Sie gleich mit einzubeziehen, dann ist die Aussage, man wäre unverschuldet in der Situation, zumindest aus der Sicht derjenigen zu relativieren, die eine solche Steuerpolitik für falsch halten.

Es gibt in dieser Situation noch einen anderen Punkt. Ich komme auf das Argument der Vermögenssteuer zurück. Es wurde angesprochen, dass acht Menschen so viel besitzen wie die Hälfte der Menschheit. Ein solches System halten wir für falsch. Wir glauben, dass eine Steuerpolitik, die dieses System weiter begünstigt, grundfalsch ist. Wir haben hier eine völlig andere Position. Wir beharren darauf, dass große Vermögen und große Erbschaften besteuert werden müssen, wenn wir soziale Gerechtigkeit wollen. Im Übrigen sind die großen Vermögen eine Verhöhnung des Gedankens, dass ein Vermögen selbst erarbeitet sein muss, wie es die Aufklärung fordert. Bitte lernen Sie doch irgendwann einmal, dass kein Mensch dieser Welt sich 1 Milliarde erarbeiten kann! Wenn wir einmal so weit kommen, dann haben wir natürlich eine andere Basis. Wir bleiben also bei dieser Alternative - die es angeblich nicht gibt -, dass wir eine ganz andere Steuerpolitik brauchen. Mit dem Stichwort Trump haben Sie mir dazu die Vorlage geliefert.

Die nächste Alternative ist die Schuldenbremse, die Sie verteidigt haben. Ich will die Kolleginnen und Kollegen von der Sozialdemokratie an etwas erinnern. Es gibt zwei Personen, die hier zu erwähnen sind. Da ist einmal Karl Schiller, der so etwas nie unterschrieben hätte. Zu Ihrer Erinnerung: Ich habe ihn wieder in die Partei aufgenommen. Vielleicht weiß der eine oder andere das noch. Karl Schiller hätte das nie unterschrieben, weil er eben ein klassischer Keynesianer war. Er würde einen solchen Quatsch nicht unterschreiben. Mein verstorbener Freund Peter Struck war der Auffassung, dass es eine richtige Maßnahme sei, man müsse es unbedingt tun. Ich halte die Auffassung von Karl Schiller für richtig. Sie mögen die Auffassung von Peter Struck und vielen anderen für richtig halten, aber wir halten die Auffassung der Schuldenbremse aus ökonomischen Gründen für zwingend falsch. Bleiben Sie ruhig bei Ihrer Auffassung, aber sagen Sie doch nicht, es gäbe keine Alternativen, wo es doch fundamentale Alternati-

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

ven gibt! Das ist nämlich keine Debatte, die zielführend ist, sondern einfach nur ein bisschen langweilig.

(Beifall von der LINKEN.)

Nun komme ich noch zu einzelnen Vorschlägen. Wie wollen wir eine Debatte über irgendein Problem führen, ohne vorher die Ausgangsbilanz darzustellen? Wenn wir sagen, wir haben über 14 Milliarden Schulden, dann gehört das zu einer Haushaltsdebatte dazu. Wenn wir immer wieder sagen, wir investieren zu wenig, dann geschieht das nicht aus Bosheit oder weil wir Sie langweilen wollen. Es ist auch nicht so, dass wir sagen, Sie seien allein daran schuld, sondern wir stellen einfach nur Folgendes fest: Wenn wir alle, wie ich es einmal unterstelle, für die Zukunft des Saarlandes das Beste wollen, dann müssen wir fast so viel oder genau so viel investieren wie vergleichbare Länder. Das ist unser Problem. Herr Kollege Hans, Sie haben gesagt, wir würden jeden Tag 1 Million ausgeben, aber das ist doch keine Zahl. Wenn Bayern 2 Millionen oder Baden-Württemberg 3 Millionen ausgibt, dann sind das keine Zahlen. Solange Sie keine Relation herstellen, hilft uns eine solche Betrachtungsweise überhaupt nicht weiter.

Ich habe Ihnen versprochen, dass ich nicht so lange reden will, deswegen will ich nur noch eines nennen. Sie sagten, es gäbe keine Alternativen. Herr Flackus hat darauf hingewiesen, dass wir das Sondervermögen heranziehen sollten. Damit dies überhaupt auf Diskussionsbereitschaft stößt, haben wir gesagt, der Rechnungshof schlägt das vor. Entschuldigen Sie bitte, Herr Kollege Hans, aber das sind die von Ihnen vorgeschlagenen Leute. Man kann doch zumindest einmal darüber diskutieren. Sagen Sie bitte nicht auch hier, es gäbe überhaupt keine Alternativen.

Ich bin froh darüber, dass das Helmholtz-Zentrum jetzt bei uns an der Saar ist. Frau Ministerpräsidentin, wir hatten uns bei einem anderen Anlass darauf verständigt, dass dieses Zentrum aus der Informatik aufwächst. Das war ein Schwerpunkt. Nach wie vor würde ich die Medizintechnik als Schwerpunkt angehen, wenn ich die Möglichkeit dazu hätte. Sie haben vielleicht andere Überlegungen oder Betrachtungsweisen. Ich erwähne es nur. Sie sollten also nicht immer wieder sagen, wir hätten keine Alternativen, es gäbe keine Opposition oder was auch immer ich da immer höre. Lassen Sie uns doch jeden mit Respekt behandeln. Jeder hat seine Argumente. In der Demokratie gibt es unterschiedliche Argumente, aber in der Demokratie braucht man nicht nur die Regierung, sondern auch die Opposition. Die Opposition hat andere Positionen als die Regierung, ansonsten wäre es ja wirklich stinklangweilig. Ich habe versucht, Ihnen in der Kürze der Zeit ein paar funda-

mental andere Positionen aufzuzeigen. - Vielen Dank. Vielleicht habe ich Sie erreicht.

(Beifall von der LINKEN.)

Präsident Meiser:

Das Wort hat für die SPD-Landtagsfraktion Herr Abgeordneter Eugen Roth.

Abg. Roth (SPD):

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte es kurz und schnell machen. Ich bedanke mich zunächst einmal herzlich bei euch für die Beileidsbekundungen. Ich weiß sie zu schätzen.

(Heiterkeit.)

Ich möchte auf zwei oder drei Aspekte der allgemeinen Aussprache hinweisen. Zunächst einmal komme ich zu unserer Haushaltsplanung und zur bisherigen Haushaltsgestaltung. Meiner Meinung nach muss man eines besonders betonen, das bisher gar nicht so herausgekommen ist, vielleicht weil wir es als selbstverständlich erachten: Wir haben Stabilität. Wir haben kein Durcheinander und wir haben nicht laufend irgendwelche Krisendiskussionen, sondern wir haben Stabilität. Man mag unseren Plan der Haushaltskonsolidierung kritisieren, man kann aber nicht sagen, dass es nicht völlig geordnet ablaufen würde. Wenn ich mir einmal überlege, welche Wegstrecke wir bei allen Schwierigkeiten schon zurückgelegt haben, so bin ich selbst erstaunt. Wenn man mir das am Anfang gesagt hätte, hätte ich es nicht geglaubt.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Nun ein Schlenker zu meinem Vorredner. Lieber Oskar, wir versuchen, das zu machen, was wir real bestimmen können. Man kann über vieles reden. Es gibt sicherlich unterschiedliche Auffassungen auch innerhalb der Großen Koalition. Ich nenne nur einmal das schöne Thema Vermögenssteuer. Ich persönlich halte sie aus Gerechtigkeitsgründen für richtig. Ich weiß aber auch, dass wir im Saarland das nicht beeinflussen können. Das können wir so gut wie gar nicht. Es gibt ja auch immer irgendwelche Theorien zu Bundesratsinitiativen. Mir ist aber bisher nicht bekannt, dass der Kollege Bodo Ramelow aus Thüringen eine Bundesratsinitiative für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer gestartet hätte. Denn auch er weiß durch einen Akt wertender Selbsterkenntnis, wie solche Steuermaßnahmen laufen. Sie kommen generell nicht aus einem einzigen Bundesland, geschweige denn aus dem kleinsten Flächenland, das dazu noch ein Haushaltsnotlageland ist. Es wäre schön, wenn wir es so machen könnten, aber das ist und bleibt ein Traum. Deshalb müssen wir uns dem widmen, was wir hier real tun können.

(Abg. Roth (SPD))

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE): Das gab es schon einmal, dass das kleinste Land Mehrheiten hatte.
- Abg. Hans (CDU): Was sagte Finanzminister Lafontaine zu so etwas? - Sprechen.)

Jedenfalls ist diese Haushaltssanierung kein Selbstzweck. Man muss sich die Frage stellen, warum wir das überhaupt tun. Warum muten wir uns all diese Schwierigkeiten und das, was wir durchziehen müssen, zu? - Es gibt eine wesentliche Antwort, die mir immer etwas zu kurz kommt. Die Antwort wurde zwar bei der Frankreichstrategie genannt, sie gibt es aber meiner Meinung nach nur teilweise wieder: Wir sind in diesem schönen Bundesland im Südwesten der Bundesrepublik Deutschland die Brücke zu Frankreich. Bis vor kurzer Zeit wollte man uns beibringen, dass wir sofort einen geborenen Erbfeind hätten, wenn ein französischer Junge oder ein französisches Mädchen zur Welt kommt. Heute arbeiten wir zusammen und sind die Stabilisatoren und die Brücke, damit unser Europa, das größte Friedensprojekt, das jemals gegründet wurde, überhaupt läuft. Das muss man sich immer wieder vor Augen führen, wenn man mit solch irdischen Dingen wie Haushaltszahlen befasst ist. Deshalb tun wir das.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Aus diesem Thema heraus ist auch die Sache mit der Zuwanderung zu verstehen. Die Zuwanderung ist für uns nämlich alles andere als neu. Es gehört quasi zu den Genen der Saarländerinnen und Saarländer, dass es Zuwanderung und Exil und so weiter gibt. Das ist alles noch gar nicht so lange her. Ich möchte einen Punkt nennen und wende mich damit an alle, die zuwanderungskritisch sind. Sie hören es nicht gerne, ich habe es aber selbst fünf Mal überprüft und es stimmt tatsächlich. Jenseits von allen humanitären Gesichtspunkten und Sicherheitsaspekten ist es so, dass jede Zuwanderin und jeder Zuwanderer durch die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und den Verteilungsmechanismus schon Geld mitbringt. Da sagt jeder: Der Roth hat sie nicht mehr alle. - Nein, das ist so! Wenn wir Bevölkerung gewinnen, gewinnen wir auch durch die entsprechenden Verteilungsmechanismen Geld. Das schwankt etwa zwischen 2.000 und 2.300 Euro pro Person. Das bringen diese Menschen mit, in dem sie überhaupt hierherkommen. Ich hoffe, dass sie schnell integriert werden, damit sie bleiben und nicht in die Metropolen weiterwandern.

Es bleibt also festzuhalten: Wenn man ein solches Thema mit allen Schwierigkeiten, aber auch mit aller Vernunft betrachtet und es nicht nur auf Sicherheitsaspekte, Arbeitsmarktaspekte und andere Dinge reduziert, sondern auch im Sinne von Bevölkerungsentwicklung betrachtet, dann ist die Zuwanderung für uns kein Nachteil. Für uns ist das existenziell, auch wenn es vielleicht auf den ersten Blick nicht so aussieht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir reden

schon länger mit der Wirtschaft darüber. Das alles kann man noch besser ordnen. Die Ströme kann man durch ein humanitäre und wirtschaftliche Zuwanderung betreffendes Zuwanderungsgesetz trennen.

Noch einige Worte zum Arbeitsmarkt. Das wurde gerade vom Fraktionsvorsitzenden angesprochen, deswegen habe ich mich zu Wort gemeldet. Ich habe meine Zeit schon fast aufgebraucht. Wir tun einiges auf dem Arbeitsmarkt, aber das kann immer nur komplementär sein zu dem, was der Bund macht. Deswegen mache ich aus meinem Herzen keine Mördergrube. Ich hoffe, dass im Bund etwas Ordentliches zustande kommt, weil das an der Baustelle ganz entscheidend sein könnte. Wir haben das Projekt „Arbeit für das Saarland“ gemacht. Das bauen wir aus. Wir legen noch einmal 500.000 Euro drauf. Das sind 15 Millionen Euro - pro Jahr 3 Millionen Euro -, um dem gespaltenen Arbeitsmarkt, den wir haben, auch mit Landesmitteln und viel Geld, das wir in die Hand nehmen, verstärkt zu Leibe zu rücken. Die Zahlen für den Arbeitsmarkt sind vordergründig gut, aber er ist gespalten; die Langzeitarbeitslosigkeit ist verfestigt.

Im Übrigen ist es eine Erfahrung aus der Arbeitsmarktforschung, dass immer wieder vordergründig abgeschriebene Menschen, wenn sie richtig integriert und gecoacht werden, sogar den Weg in den ersten Arbeitsmarkt finden können, obwohl man es vorher gar nicht mehr geglaubt hätte. Deshalb nehmen wir dieses Geld in die Hand. Deshalb machen wir das mittlerweile als Familiencoaching, weil es nichts bringt, wenn man die einzelnen Menschen separat betrachtet. Deshalb machen wir zum Beispiel auch Frauen betreffend ein Landesprogramm „Frauen in Arbeit“. Das kooperiert mit den Jobcentern, der Bundesagentur für Arbeit und der Netzwerkstelle „Frauen im Beruf“ bei der Arbeitskammer des Saarlandes.

Die Wanderarbeiter betreffend haben wir dafür gesorgt, dass es eine Beratungsstelle für Wanderarbeiter gibt. Das ist eine kleine Summe, die aber eine große Wirkung entfalten wird. Es sind immerhin 180.000 Euro, die wir in den Haushalt eingestellt haben. Damit zeigen wir, dass wir die Probleme sehen. Wir gehen mit diesen Problemen ordentlich um. Wir hoffen, dass das vom Bund in Relation unterstützt wird. Wenn ich alles zusammenrechne, dann sind es 25 Millionen Euro. Alleine werden wir nicht klarkommen, obwohl das eine große Summe ist. Aber wir tun das und geben somit trotz schwieriger Haushaltsnotlagebedingungen diesem Haushalt ein soziales und arbeitsmarktpolitisches Antlitz. Wir vergessen diejenigen nicht, die es schwieriger haben.

(Vereinzelt Beifall bei den Regierungsfractionen.)

(Abg. Roth (SPD))

Das wird aber beim Thema Wirtschaft noch im Detail beredet werden. Dann werden wir auch noch über das Thema Meisterbonus und den Stellenwert der dualen Ausbildung reden. Zwei schwierige Jahre liegen noch vor uns. Trotzdem haben wir viel erreicht. Wir haben aber auch noch viel vor. Wir wollen das Saarland zukunftsfähig gestalten. Wir sind auf diesem Weg schon weit vorangekommen. - Herzlichen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Meiser:

Für die CDU-Landtagsfraktion hat Herr Abgeordneter Alexander Funk das Wort.

Abg. Funk (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die einzige Oppositionspartei hier im saarländischen Landtag hat uns vorgeworfen, den Haushalt auf dem Prinzip Hoffnung aufzubauen. Nun wusste schon Goethe: „Sage nicht, dass du geben willst, sondern gib! Die Hoffnung befriedigst du nie.“ In diesem Sinne geben wir. Wir geben mit diesem Haushalt die Mittel frei für die Wirtschaft, für das Soziale, für die Bildung, für die Wissenschaft und die Forschung. Wir setzen auch die notwendigen Impulse für die Infrastruktur und stärken das Ehrenamt, um damit die Bürgergesellschaft in diesem Land zu unterstützen. Diese macht es letztendlich aus, dass unser Land lebens- und liebenswert bleibt.

Wir machen dies in einem engen Korsett und einem schwierigen Rahmen. Der Haushalt von 4,2 Milliarden Euro ist gegeben. Durch die Konsolidierungsvereinbarung mit dem Bund - die Defizitobergrenze - ist das Korsett sehr eng. An das müssen wir uns halten, wenn wir auf die Konsolidierungshilfe von 260 Millionen Euro nicht verzichten wollen. Das ist unser Maßstab bei allem, was wir tun. Wie können jetzt darüber streiten, wie wir diese 4,2 Milliarden Euro ausgeben.

Wenn ich sage, die Linksfraktion ist die einzige Oppositionspartei hier im Parlament, dann will ich das erläutern. Seit der Einbringungsrede vor sechs Wochen haben wir in stundenlangen Sitzungen im Haushaltsausschuss den Etat beraten. Titel für Titel sind wir durchgegangen. Es wurden kritische Fragen gestellt. Keine einzige Frage der AfD. Es gab keine einzige Wortmeldung. Kein einziger Abänderungsantrag wurde im Haushaltsausschuss gestellt. Das ist klare Arbeitsverweigerung. Anders kann man das nicht bezeichnen. Das ist sicherlich in diesem Haus historisch; der Kollege Pauluhn hat es schon angesprochen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Die LINKE hat es anders gemacht. Frau Spaniol hat ihre kritischen Fragen gestellt. Manchmal konnten wir schon ein wenig Mitleid haben, wenn sie als Alleinkämpferin gegen die ganze Heerschar von Ministerialbeschäftigten angekämpft hat.

(Abg. Spaniol (DIE LINKE): Ich war gut, nicht? - Lachen bei der LINKEN.)

Wie schon Kollege Lafontaine erwähnt hat, ist das zwingend notwendig in einer parlamentarischen Demokratie. Erst durch die kritischen Fragen der Opposition muss die Regierung gute Argumente für ihr Ausgabeverhalten haben. Erst durch die Änderungsanträge treibt man die Regierungsfractionen voran, um ein Feld nicht liegen zu lassen. Insofern ist das wichtig. Insofern ist meine einzige Hoffnung für das Jahr 2018, dass auch die AfD ihre Arbeit aufnimmt.

Die LINKE hat Anträge mit einem Volumen von 12,2 Millionen Euro gestellt. Sie hat eine Kompensation in Höhe von 6 Millionen Euro als Gegenfinanzierung vorgeschlagen. Das kann man so machen, muss man aber nicht. Wir haben es nicht gemacht, wobei dies keineswegs aus Böswilligkeit geschehen ist, Herr Kollege Flackus. Ich möchte das begründen.

(Sprechen und Lachen bei der LINKEN.)

Hier ist alleine schon die Tatsache zu nennen, dass es 12,2 Millionen mehr kosten würde und Sie nur 6 Millionen Gegenfinanzierung vorschlagen. Würden wir das so beschließen, würde dies bedeuten, dass wir die Defizitobergrenze reißen. Ich muss an der Stelle Ihren Bericht als Vorsitzender des Haushaltsausschusses korrigieren; diese hat sich nämlich verringert. Durch die Vorlage der Ergänzungsvorlage haben wir noch einen Abstand zur Defizitobergrenze von 2 Millionen Euro. Wir würden sie also reißen und würden dadurch auf die 260 Millionen vom Bund verzichten. Das kann man so machen, keine Frage. Aber nachdem wir seit 2010 eine Milliarde eingespart haben und nachdem wir diesen anstrengenden Weg zurückgelegt haben, würden wir es jetzt, wo wir das Ziel vor Augen haben, für bescheuert halten, kurz vorher in die Hose zu machen.

(Lachen. - Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Selbst Ihre Kompensationsvorschläge von 6 Millionen sind ja nicht solide finanziert. Sie wollen das zum größten Teil dadurch finanzieren, dass Sie den Verfassungsschutz abschaffen. Die Mitarbeiter dort sollen im Polizeidienst andere Aufgaben übernehmen. Wenn wir nicht davon ausgehen, dass die das ehrenamtlich machen sollen, dann muss man in den Haushalt schauen: Der Haushalt des Landesamtes für Verfassungsschutz beträgt 4,3 Millionen Euro. Rund 4 Millionen Euro davon sind Personalausgaben. Also auch dieser Einsparvorschlag ist nicht

(Abg. Funk (CDU))

ganz korrekt, aber jetzt merken Sie selbst, dass Sie falsch gerechnet haben.

Der zweite Widerspruch in Ihrer Argumentation ist die Aussage, dass die Investitionsquote zu niedrig sei. Es sind 8,1 Prozent im Landesdurchschnitt. Man kann darüber streiten, ob sie zu niedrig ist. Jeder von uns hätte sicherlich Ideen, wie man noch mehr Geld ausgeben kann. Ich möchte aber Ihren ehemaligen Finanzminister Helmuth Markov aus Brandenburg, also dort, wo sie in der Regierungsverantwortung stehen, zitieren, der klar sagt: Wir wollen bewusst in Bildung, Wissenschaft und öffentliche Beschäftigung investieren. Investitionen in die Infrastruktur werden wir reduzieren, wir wollen vermehrt in Köpfe statt in Asphalt investieren. - Wir müssen gar nicht bis nach Brandenburg gehen, auch Barbara Spaniol hat noch im September dieses Jahres gesagt: Es wird höchste Zeit, dass Bildung nicht mehr derart stiefmütterlich behandelt wird und die Einsicht einkehrt, dass Bildungsausgaben Investitionen in die Zukunft sind. - Also, Frau Spaniol, wenn doch diese Einsicht eingekehrt ist, dann müssen wir doch auch bei der Investitionsquote - die auch immer eine Definitionsfrage ist - unsere Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie den aktiven Arbeitsmarkt hinzurechnen. Dann haben wir eine Investitionsquote von rund 40 Prozent und ich würde sagen, die kann sich sehen lassen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ihr wesentlicher Vorschlag ist ja das digitale Auto 2020. Das sieht auf den ersten Blick sehr gut aus, und trotzdem sage ich: Es ist ein sehr staatswirtschaftlicher Ansatz. Mit Staatswirtschaft haben wir in Deutschland nicht unbedingt die besten Erfahrungen gemacht. Die Gefahr besteht, dass man am Markt vorbei produziert, schließlich wollen wir keinen digitalen Trabbi herstellen. Viel entscheidender ist es, dass man Kooperationsprojekte zusammen mit der Wirtschaft und der Wissenschaft initiiert. Da haben wir den Digitalisierungsrat.

(Abg. Flackus (DIE LINKE): Das steht genau dort drin, woraus Sie zitiert haben.)

Nein, es ist ein sehr staatswirtschaftlicher Ansatz, dass wir das federführend machen sollen. Wir haben den digitalen Kooperationsrat, der selbstverständlich diese Koordinierung in Angriff nehmen kann. Aber ein zweiter wesentlicher Punkt in Ihrem Antrag ist die Fokussierung auf die Glasfaser. Selbstverständlich ist das eine notwendige Bedingung für die Digitalisierung, aber keine hinreichende, denn für das digitale Auto beispielsweise brauchen wir auch einen schnellen Mobilfunk. So ein digitaler Trabbi mit einem Glasfaserkabel am Auspuff wird sicherlich nicht weit kommen. Deshalb ist es richtig, dass die Bundesregierung schon im nächsten Jahr die Frequenzen für 5G freigibt. Die EU-Kommission möchte dies

ja europaweit machen, was im Prinzip sinnvoll wäre, aber wir können da nicht unnötige Zeit vergeuden, wenn wir im Wettbewerb zu den USA und zu Asien bestehen wollen. Deswegen ist es richtig, wenn wir im nächsten Jahr diese Frequenzen freigeben und Deutschland hier eine Vorreiterrolle einnimmt. Unterstützt wird das Ganze durch ein Programm der Bundesregierung, nämlich die Zukunftsoffensive Gigabit-Deutschland, wo Verkehrsminister Dobrindt zusammen mit der Wirtschaft und den Unternehmen bis zum Jahr 2023 100 Milliarden Euro in die digitale Gesellschaft investieren möchte. An diesem Beispiel sieht man, dass man mit den 100 Milliarden ein bisschen mehr anstellen kann als mit den 5 Millionen, die Sie jetzt fordern. Insofern haben wir auch diesen Antrag abgelehnt.

(Abg. Flackus (DIE LINKE): Wenn er denn was bekommt.)

Das Prinzip Hoffnung, dass Sie uns vorgeworfen haben, fußt hauptsächlich auf dem Argument: Sie können froh sein, dass die Zinsen niedrig sind. Nun, es ist schon in der Einbringungsrede vom Finanzminister dargestellt worden, es ist auch im Ausschuss dargestellt worden und heute Morgen hat es der Kollege Hans noch einmal erläutert, wie das sich mit der Zinspolitik verhält. Trotzdem bringen Sie immer und immer wieder dieses falsche Argument.

Es gibt für mich zwei Gründe, warum das so sein könnte. Der erste wäre, dass Sie es nicht verstehen. Der zweite wäre, dass Sie es nicht verstehen wollen. Jetzt habe ich Sie kennen und schätzen gelernt, Herr Flackus, ich sage einmal, Sie sind Argumenten zugänglich. Dass Sie es nicht verstehen, will ich nicht glauben und das unterstelle ich Ihnen auch nicht. Also wollen Sie dieses Argument nicht annehmen und äußern immer wieder diese falsche Behauptung. Da stelle ich mir die Frage, warum das so ist. Ich komme zu dem einzigen Schluss: Weil Sie sonst keinerlei Kritik an diesem Haushalt haben. Im Rahmen dieses engen Korsetts, in dem wir uns befinden, ist das noch das einzige Argument, diesen Haushalt zu kritisieren und am Ende abzulehnen. Wir wollen Sie ja nicht in die Bredouille bringen, unserem Haushalt auch noch zustimmen zu müssen.

Der Kollege Lafontaine ist gerade rausgegangen, er kommt wieder, aber ich wollte ganz gerne auf die Einbringungsrede Bezug nehmen. Dort hat er uns vorgeworfen, wir würden uns die Welt so machen, wie es uns gefällt. Ich habe gesagt, das erinnert mich an Astrid Lindgrens Pippi Langstrumpf.

(Abg. Spaniol (DIE LINKE): Bitte nicht singen! - Vereinzelt Heiterkeit.)

Nein, wir singen immer noch nicht. Ich möchte nur mit einem anderen Astrid-Lindgren-Zitat den Kreis schließen: „Wenn die einen finden, dass man groß ist, und andere, dass man klein ist, so ist man viel-

(Abg. Funk (CDU))

leicht genau richtig.“ Und so verhält es sich auch mit unserem Haushalt: Es gibt keinen Grund, ihn zu erhöhen - wir haben eine schwierige Haushaltslage -, es gibt aber auch keinen Grund, ihn kleinzureden. Er ist genau richtig und deshalb bitte ich jetzt schon um Zustimmung zu diesem Entwurf.

(Lang anhaltender Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Meiser:

Der Kollege Flackus hat eine Kurzintervention angemeldet.

Abg. Flackus (DIE LINKE):

Geschätzter Kollege Funk, ich möchte eines gerne richtigstellen. Ich habe das Zinsrisiko im Kontext der allgemeinen Haushaltsrisiken genannt, als da die Entwicklung der Zinsen, Brexit und andere Dinge sind. Mir ist sehr wohl bekannt - ich habe das heute Morgen, glaube ich, auch gesagt -, dass der Finanzminister ein Zinsmanagement betreibt. Wir haben das auch im Haushaltsausschuss diskutiert. Mir ist klar, worüber wir reden, aber es geht um den Punkt, dass das einfach nicht wegzudiskutieren ist, dass dieses Zinsrisiko Kommunen und Land strukturell bedroht. Es ist ein allgemeines Haushaltsrisiko. Das können Sie auch im Rechnungshofbericht lesen, da steht das auch drin. Nicht mehr und nicht weniger habe ich festgestellt. - Danke.

(Beifall von der LINKEN.)

Präsident Meiser:

Kollege Funk.

Abg. Funk (CDU):

Herr Kollege Flackus, wenn man davon ausgehen würde, dass im nächsten Jahr die Zinsen um 10, 20 Prozent steigen, könnte man es vielleicht noch nachvollziehen. Aber wir reden jetzt über Haushaltsrisiken für das Jahr 2018. Wie es mehrfach gesagt wurde, das durchschnittliche Zinsniveau beträgt 2,8 Prozent, und solange wir darunter sind, bezahlen wir als Land weniger Zinsen. Deshalb kann ich dieses Zinsrisiko, das Sie hier immer wieder anführen, einfach nicht sehen. An dieser Stelle empfehle ich noch einmal, den Zettelkasten neu zu sortieren, um dann auch bei dieser Haushaltsdebatte ein wenig vom Geist Peter Jacobys durchs Haus wehen zu lassen.

(Zurufe von der CDU.)

Für die neueren Abgeordneten: Das war einer seiner Lieblingssätze, damals noch eher in Richtung SPD gewandt. Sie sehen ja auch, was passiert, wenn man sozusagen seinen Zettelkasten sortiert, wenn man argumentativ sauber agiert. Dann kann man nämlich auf der Regierungsbank Platz nehmen. Insofern noch ein wenig Ansporn für Sie.

(Beifall von der CDU.)

Präsident Meiser:

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion, Drucksache 16/179. Wer für die Annahme der Drucksache ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, nachdem ich etwas zugewartet habe, dass die Drucksache 16/179 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt hat die Fraktion DIE LINKE, dagegen gestimmt haben die Fraktionen von CDU, SPD und AfD.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der AfD-Landtagsfraktion, Drucksache 16/180. Wer für die Annahme der Drucksache ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass die Drucksache 16/180 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt hat die AfD-Landtagsfraktion, dagegen gestimmt haben die Fraktionen von CDU, SPD und DIE LINKE.

Wir kommen nun zur Übersicht 1: Einzelplan 01 - Landtag - und Einzelplan 17 Kapitel 17 01 sowie Einzelplan 19 - Rechnungshof des Saarlandes - und Einzelplan 17 Kapitel 17 19.

Übersicht 1 - Landtag und Rechnungshof (Abänderungsantrag: Drucksache 16/168)

Die Berichterstattungen wurden zu Protokoll gegeben (siehe Anlagen 1 und 2). Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Der Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen hat zu Einzelplan 01 einen Abänderungsantrag eingebracht, der uns als Drucksache 16/168 vorliegt. Wir kommen zur Abstimmung über diesen Abänderungsantrag. Wer für die Annahme dieses Abänderungsantrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass der Abänderungsantrag Drucksache 16/168 einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 17 Kapitel 17 01. Wer für die Annahme von Einzelplan 17 Kapitel 17 01 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass Einzelplan 17 Kapitel 17 01 einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 01. Wer für die Annahme des Einzelplans 01 unter Berücksichtigung des angenommenen Abänderungs-

(Präsident Meiser)

antrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass der Einzelplan 01 unter Berücksichtigung des angenommenen Änderungsantrages einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 17 Kapitel 17 19. Wer für die Annahme von Einzelplan 17 Kapitel 17 19 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass Einzelplan 17 Kapitel 17 19 einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 19 - Rechnungshof. Wer für die Annahme des Einzelplans 19 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass der Einzelplan 19 einstimmig angenommen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir treten nun in die Mittagspause ein. Ich unterbreche die Sitzung bis 14.10 Uhr.

(Die Sitzung wird von 13.09 Uhr bis 14.10 Uhr unterbrochen.)

Vizepräsidentin Ries:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen die Beratungen fort und kommen zu Einzelplan 02, Einzelplan 17 Kapitel 17 02 und Einzelplan 20 Kapitel 20 11, 20 21 und 20 29 - Abschnitt Wissenschaft, Forschung und Technologie.

Übersicht 2 - Einzelplan 02, Abschnitt Ministerpräsidentin und Staatskanzlei sowie Abschnitt Wissenschaft, Forschung und Technologie (Abänderungsantrag: Drucksache 16/169)

Die Berichterstattungen wurden auch hier zu Protokoll gegeben (siehe Anlagen 3 und 4). Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat der Abgeordnete Stefan Thielen von der CDU-Landtagsfraktion.

Abg. Thielen (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen über die Hochschulen und die Staatskanzlei. Es freut mich besonders, dass ich ein paar Sachen betonen kann, die hier im Fokus stehen. Zunächst wurde uns Kritik zuteil wegen des Verwaltungskostenbeitrages, den wir in Zukunft erheben müssen. Ich bin der festen Meinung, wir gehen so moderat vor, wie es nur möglich ist. Ich finde es nicht angebracht zu sagen - was vom AstA hier angeführt wird -, dass die Mittel zu hoch sind, die wir hierfür veranschlagen.

Insgesamt muss man feststellen, dass wir den Hochschulen viel mehr Geld zur Verfügung stellen, als das in den letzten Jahren der Fall war. Allein dadurch, dass wir beim Stellenabbaupfad nachgebessert haben, haben wir in den nächsten Jahren einen Vorteil von rund 1,5 Millionen Euro, die den Globalhaushalten mehr zur Verfügung stehen. Das ist ein Riesenvorteil für die Hochschulen. Das ist ein Thema, das man hier würdigen muss.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Es wird immer argumentiert, dass wir einen riesigen Sanierungsstau an der Universität haben. Es wird von 400 Millionen Euro gesprochen. Dies will ich gar nicht abstreiten. Es ist aber kein ausschließlich saarländisches Thema, sondern ein generelles an allen Universitäten in Deutschland. Ich habe eine Studie von 2014 gelesen. Da wurde von einem Sanierungsstau bei den deutschen Hochschulen von rund 30 Milliarden Euro gesprochen. Wenn wir allein das hochrechnen - Sie kamen ja heute mit dem Thema Königssteiner Schlüssel -, dann sind wir auch im Saarland bei einer Zahl, die ganz normal ist. Das ist ein Thema, das von uns entsprechend veranschlagt wird.

Wir müssen feststellen, dass generell in den letzten Jahren in Deutschland zu wenig investiert worden ist, aber das ist kein saarländisches Thema, das ist ein Bundesthema. Das muss in den nächsten Jahren geändert werden. Ich nenne ein Beispiel. In den Sondierungsverhandlungen der Jamaika-Parteien - wie es so schön hieß -, die leider gescheitert sind, war beabsichtigt, in den nächsten Jahren 3,5 Prozent des Bruttoinlandproduktes in Forschung und Technologie zu stecken. Das hat leider nicht funktioniert. Das ist bedauerlich, weil dort die Mittel wirklich dringend notwendig wären.

Wir müssen klar feststellen, dass wir im Saarland hier einiges gemacht haben, aber in dieser Sache noch mehr passieren muss. Es ist ein großer Vorteil, dass die Hochbauverwaltung jetzt an einer Stelle konzentriert wird. Wir konnten uns bei der Begehung des Universitätscampus ein klares Bild davon machen, wo hier ein Sanierungsstau besteht. Als Beispiel möchte ich hier das Gebäude C5 2 nennen, das in den nächsten Jahren komplett renoviert werden muss. Das Gebäude muss quasi neu gebaut werden. Das wird ein großer Vorteil für uns alle sein.

Kommen wir zum Thema Staatskanzlei. Das Ehrenamt hat im Saarland eine große Bedeutung. Das haben wir heute schon einmal herausgestellt. Wir müssen hier schauen, dass die Mittel veranschlagt werden. Das tun wir. Hier haben wir als Fraktion kräftig nachgebessert. Das wird für das Ehrenamt im Saarland von großer Bedeutung sein.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

(Abg. Thielen (CDU))

Ich bin der Ministerpräsidentin sehr dankbar, dass sie heute noch einmal klar betont hat, dass das Rechenzentrum in der jetzigen Form keine Lösung für die Zukunft ist, sondern dass wir im Saarland sehr vernetzt vorgehen müssen. Wir haben im Technologiebereich sehr starke Entwicklungen, was die Rechenzentren angeht. Wir haben in Losheim bei der KÜS ein hervorragendes Rechenzentrum und in Saarwellingen ein neues Rechenzentrum, das den modernsten Standards entspricht. Das ist ein vernetzter Ansatz, den wir hier weitergehen müssen. Hier muss sich auch die Hochschule einklinken. Dann werden wir in Zukunft modernste Netze haben.

Ein weiterer Punkt ist der Verwaltungskostenbeitrag, den wir in den Beratungen geändert haben. Wir sind hier klar auf die Bafög-Empfänger eingegangen. Wir haben den Universitäten die Möglichkeit gegeben, hier eine Ausnahmeregelung zu machen. Ich kann die ganzen Sachen, die vom AstA vorgebracht werden, nicht bestätigen, weil Studenten in Deutschland generell nicht arm sind. Mir hat gerade in der Mittagspause eine neue Erhebung dazu auf dem Tisch gelegen, die besagt, dass angeblich die Hälfte aller Studenten im Saarland weniger als 600 Euro im Monat zur Verfügung hat. Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass die Zahl der Bafög-Empfänger im Saarland nur bei 10 Prozent liegt. Das heißt, dass hier etwas nicht in Ordnung ist. Wir sehen das auch jedes Jahr bei der Armutsstatistik. Armut in der Statistik entspricht nicht der gefühlten Armut. Das sehen wir auch jedes Jahr bei den Studierenden. Studierende in Deutschland sind nicht gefühlt arm, sondern sie werden nur statistisch so erfasst. Alle haben die Möglichkeit, weiter Geld zu verdienen, oder sie haben noch Rückhalt aus ihren Familien. Das wird in dieser Statistik nicht erfasst. Da müssen wir klar sagen: Wir verlangen von den Studierenden einen kleinen zusätzlichen Beitrag. Den Universitäten wird das aber in den nächsten Jahren schon 1,5 bis 2 Millionen Euro mehr bringen. Das kann direkt passieren. Die anderen Mittel von 15 Millionen mehr im Jahr, die fest zugesagt sind und nicht einfach nur im Raum stehen, werden wir auf jeden Fall ab dem Jahr 2020 fest einplanen.

(Vereinzelte Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte daher um Zustimmung zum Einzelplan und danke für Ihr Vertrauen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. - Das Wort hat nun die Abgeordnete Barbara Spaniol von der Fraktion DIE LINKE.

Abg. Spaniol (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Einzelplan 02 - Ministerpräsidentin und Staatskanzlei - geht es natürlich nicht nur um die dortigen Stellenpläne. Die haben wir zu Recht im Ausschuss kritisch gewürdigt. Es geht bei dieser Debatte vielmehr um die saarländischen Hochschulen. Es ist völlig klar, dass es insbesondere um die Universität und die HTW geht. Die künstlerischen Hochschulen sind im Einzelplan 06 - Bildung - veranschlagt. Eine Debatte um Wissenschaft und Forschung im Einzelplan 02 kann nicht ohne eine Debatte über unsere Hochschulen und deren Zukunft ablaufen. Diese Debatte führen wir leider schon sehr lange. Ich möchte sie auch nicht ganz wiederholen, aber doch einige Punkte herausgreifen, weil das einfach dazugehört.

Ich beginne auch gerne mal mit einem Lob. Das Saarland liegt beim Informatikstudium ganz weit vorne. 6,6 Prozent aller Absolventen stammen aus der Fächergruppe Informatik. Bundesweit ist das der höchste Anteil, so der aktuelle Bericht des Statistischen Bundesamtes vom September. Damit liegt das Saarland deutlich über dem OECD-Durchschnitt von 3,5 Prozent und vor unseren Nachbarländern Luxemburg und Frankreich. Der Blick dorthin wird oft getätigt. Insofern können wir sagen, das ist gut so. Das ist auch für unsere saarländische Wirtschaft wichtig.

Den Grundstein für diesen Erfolg - auch das klang ja heute so ein bisschen zwischen den Zeilen durch - hat unter anderem ein ehemaliger erfolgreicher Ministerpräsident dieses Landes und heutiger Fraktionsvorsitzender gelegt. Das ist eine bekannte Tatsache. Vieles und viele konnten darauf aufbauen, daran anknüpfen und das ist gut so. Die Erfolgsgeschichten rund um die Informatik an unserer Uni sind herausragend. Die Ansiedlung des Helmholtz-Zentrums ist unbestritten ein Highlight, ein Riesenfortschritt.

Trotzdem können diese Erfolge nicht über ein gewisses Ungleichgewicht gerade auf dem Uni-Campus hinwegtäuschen. Wir haben auf der einen Seite die großen Leuchttürme - auch das haben wir schon ganz oft gesagt -, die man unbedingt braucht, auf der anderen Seite die Defizite im Studienalltag, die schlechte Infrastruktur und den Sanierungsstau in Höhe von immer noch circa 400 Millionen Euro. Wir wollen hier aber nicht nur Schwarz-Weiß-Malerei betreiben. Wir sehen schon die Bemühungen, wir haben auch in der Vergangenheit hier entsprechend diskutiert. Es ist früher oft an Kommunikationswegen gescheitert. Der Dialog ist insgesamt sicherlich besser geworden. Die Bauverwaltung ist anders aufgestellt. Wir werden sehen. - Trotzdem ist das dort heute noch so. Die Gebäude sind in marodem Zustand, das ist kein Aushängeschild für den Hochschulstandort Saar.

(Beifall bei der LINKEN.)

(Abg. Spaniol (DIE LINKE))

Ich zitiere noch einmal ein mittlerweile geflügeltes Wort aus der Uni selbst, nicht von der bösen Opposition, sondern aus der Uni selbst: Entweder wird man an der Philosophischen Fakultät von herabfallenden Ziegelsteinen oder bröckelndem Putz erdrückt oder man rutscht in der Informatik auf hochglanzpoliertem Marmor aus. - Solche Unfälle wollen wir natürlich absolut nicht haben. Aber so ähnlich wird der Zustand an der Uni wirklich sehr treffend auf den Punkt gebracht. Das sagt auch der Leiter der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt, mit dem das Parlament in den letzten Jahren schon in einigen Diskussionsrunden zur Zukunft der Hochschulen zusammentraf.

Der Präsident der HTW sieht die Hochschule zu 20 Prozent unterfinanziert. Er sehe kaum noch Spielräume, kaum noch Planungssicherheit. Er hat auch Projekte wie den neuen Studiengang für die Hebammenausbildung genannt, das sei alles so nicht zu finanzieren. So ähnlich drückt er sich im Haushaltsausschuss vor uns allen aus. Alle an den saarländischen Hochschulen starren auf das viel beschworene magische Jahr 2020, auf eine angekündigte neue Verteilung von mehr Mitteln für die Hochschulen.

Aber, meine Damen und Herren, von Magie wird hier wenig zu spüren sein, denn die Verteilung der Mittel ist nach wie vor unklar. Frau Ministerpräsidentin, Sie sagten heute Morgen so schön: Die Hochschulen werden an der Dynamisierung des Landeshaushaltes teilnehmen. Das klingt bei allem Verständnis doch etwas nebulös. Ich glaube, das können Sie nicht abstreiten. Tatsache ist doch, dass die Hochschulen heute schon längst am Limit sind. Sie brauchen heute schon längst eine ordentliche, anständige Grundfinanzierung. Das ist versäumt worden.

(Beifall bei der LINKEN.)

Der Anschluss an das Image, an das Niveau anderer Hochschulen geht sehr schnell verloren. Wir wollen das nicht heraufbeschwören. An der Stelle aber noch einmal: Wenn das passiert, ist es schwer aufholbar. Den Studierenden von heute nutzen auch nebulöse Ankündigungen ab 2020 überhaupt nichts.

Meine Damen und Herren, der Kürzungskurs speziell an der Uni zeigt heute schon ganz massiv seine negativen Auswirkungen. Ich glaube, das können Sie nicht ausblenden. Wir haben es im Wissenschaftsausschuss schwarz auf weiß noch einmal vorgelegt bekommen. Die Uni-Leitung sagte dort, Stichwort Stellenabbau: Seit 2014 mussten 255 Vollzeitstellen gestrichen werden. Insgesamt sind heute rund 400 Personen weniger auf dem Campus beschäftigt. Ein weiterer Stellenabbau ist aus der Sicht der Uni-Leitung aufgrund der Kürzungsvorgaben des Landes sehr wahrscheinlich. - Wie gesagt, das sagt die Uni-Leitung selbst, nicht eine böswillige Opposi-

on. Als Folge des Stellenabbaus gebe es auch, so wurde gesagt, immer kleinere Fachbereiche, sogenannte Mini-Lehrstühle, mit einer halben Stelle für wissenschaftliche Mitarbeiter als Minimalausstattung und entsprechend eingeschränkten Möglichkeiten in Lehre und Forschung. So drastisch skizzieren das die GEW und die Arbeitskammer.

Auch die Studierendenzahlen sind rückläufig, zum Glück vorerst nur leicht. Niemand will hier triumphieren, niemand will recht haben, aber eine Entwicklung ist erkennbar. Auch das ist aus unserer Sicht und aus Sicht von vielen an der Uni eine Reaktion auf eine schädliche Kürzungsentwicklung, die durch diese Politik ausgelöst worden ist.

Nach all diesen endlosen schmerzhaften Kürzungen an den Hochschulen sollen nun auch noch die Studierenden zur Kasse gebeten werden. Und noch einmal: Sie machen als Koalition den Weg dafür frei. Sie machen im völlig überfrachteten Haushaltsbegleitgesetz, darin enthalten das Hochschulgebührengesetz, rechtlich den Weg dafür frei, dass diese Gebühren erhoben werden können. Für uns ist das nichts anderes als Studiengebühren durch die Hintertür.

(Beifall bei der LINKEN.)

Diese Gebühren haben wir immer abgelehnt und lehnen sie auch dieses Mal ab. Das muss ich immer wieder betonen. Der ASTA der Universität, meine Damen und Herren, lieber Herr Thielen, hat allen Abgeordneten dazu gestern die Ergebnisse einer Umfrage unter den Studierenden aus der letzten Woche geschickt. Dazu kann ich nur sagen, ich würde das mal nicht so abtun. Innerhalb von sechs Tagen haben sich rund 3.130 Studierende beteiligt, das ist enorm. Für eine Vielzahl der Befragten sind die anfallenden Gebühren ein wichtiges Auswahlkriterium für ihren Studienstandort, das ist doch völlig klar. Knapp 84 Prozent lehnen diese zusätzliche Belastung natürlich ab, auch das ist völlig klar. Und eines noch einmal: 50 Euro pro Semester sind kein Pappenstiel. Das trifft viele Studierende ganz hart. Ihre soziale Situation ist deutlich schlechter geworden. Es gibt die Umfragen des Deutschen Studentenwerks, die darf man nicht einfach mit einer gewissen Nonchalance auf die Seite schieben. Es gibt laut Umfrage knapp 70 Prozent, die sagen, sie haben im Monat nicht mehr als 600 Euro zur Verfügung. Die trifft es wirklich doppelt hart. Die können das nicht leisten. Die haben ganz oft gesagt, sie können dann an der Saar nicht weiter studieren. Das können wir doch nicht wollen, wenn man verantwortungsvolle Hochschulpolitik machen möchte.

(Beifall bei der LINKEN.)

Einige Freitext-Antworten sprachen auch Bände. Ich zitiere eine für viele, und die habe ich, das sage ich gleich dazu, nicht selbst formuliert: Es ist unver-

(Abg. Spaniol (DIE LINKE))

schämt, die Studenten für Aufgaben der Landesregierung zur Kasse zu bitten, besonders wenn auf die marginale Wirkung auf den Gesamthaushalt der Universität geschaut wird. Die Landesregierung muss mehr Geld in die einzige Ressource des Landes, in die Bildung investieren. Das Land muss zusehen, wie es all das finanziert, und zwar ohne gerade die Schwächsten der Gesellschaft zu beschweren. - Meine Damen und Herren, dem ist nichts hinzuzufügen. Von gleichberechtigtem Zugang zu Bildung kann jedenfalls nicht die Rede sein.

(Beifall bei der LINKEN.)

Sie haben zwar auf den letzten Drücker einen Abänderungsantrag mit einer Härtefallklausel für Bafög-Empfänger vorgelegt. Immerhin - das muss man sagen - lag das auf dem letzten Drücker auf dem Tisch. Aber Kollege Thielen, dieser Abänderungsantrag kann nicht davon ablenken, dass hier ein Einstieg in eine neue Gebührenspirale an der Uni geschaffen wird. Davon können Sie nicht ablenken. Ich sage es noch einmal: Der neue Verwaltungskostenbeitrag wird weder das Land noch die Hochschulen retten. Er belastet nur die Studierenden und schwächt damit den Hochschulstandort. Das halten wir nicht gerade für einen Erfolg im Ringen um die besten Ideen, Herr Hans. Sie haben das heute Morgen so schön gesagt. Bei einem solchen Ranking würden Sie auf dem letzten Platz landen.

(Beifall bei der LINKEN. - Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Die haben Ihnen doch überall ins Stammbuch geschrieben, dass sie das für keine gute Idee halten. Woher kommt denn dann die große Resonanz seitens der Hochschule? Wir haben mit denen auch gesprochen, wir waren überall. Alle haben gesagt, diesen Weg wollen wir eigentlich nicht gehen müssen, wir brauchen eine solide Grundfinanzierung. Darum geht es doch! Und Sie eröffnen jetzt irgendwelche Möglichkeiten, angeblich Einnahmen zu generieren. Ich sage es noch einmal: Das geht zulasten der Schwächsten, die dort oben im Studienalltag kämpfen. Wir wollen das jedenfalls nicht haben.

(Beifall bei der LINKEN.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will noch einen Aspekt kurz ansprechen. Es wäre vor diesem Hintergrund auch schon etwas Abhilfe geschaffen, wenn die Uni in einem ersten Schritt 5 Millionen Euro, die sie für Projekte eingeworben hat, auch für Forschung und Lehre verwenden dürfte und nicht gezwungen wäre, damit laufende Kosten - Miete oder was auch immer - zu bestreiten. Das kommt auch nicht von uns, aus bösem Willen, aus irgendeiner Laune heraus, das hat die Uni-Leitung vor Ort selbst gesagt. Auch hier hinken Sie im Wettbewerb der guten Ideen klar hinterher, wenn Sie diesen Weg gehen wollen.

Meine Damen und Herren, jedem hier im Hause ist bewusst, dass ein Haushaltsnotlageland mit seinen Mitteln sparsam umgehen muss und dass wir uns nicht unbedingt mehr leisten können als die anderen Bundesländer. Das ist völlig klar, das tun wir auch nicht. Wir leisten uns in diesen Fragen ja weniger als die anderen. Was die Ausgaben für die Hochschulen pro Studierenden angeht, so liegen wir - ich darf zitieren, das sind neue Zahlen vom September aus den Internationalen Bildungsindikatoren 2017 der Statistischen Ämter - mit 12.200 Euro im Jahr deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 13.600 Euro. Wir liegen auf dem 13. Platz. Mit diesen Zahlen müssen wir uns doch auseinandersetzen, darüber muss man diskutieren.

Zum Abschluss noch einmal: Unsere Hochschulen brauchen mehr als schöne Worte. Die Uni steht mit dem Rücken an der Wand. Wir haben als Fraktion beim Doppelhaushalt 2016/2017 - das war Ende 2015 - hier gesagt, wir brauchen in diesem Doppelhaushalt schon den Aufwuchs der Mittel, nicht irgendwo irgendwann. Jetzt hören wir von vielen Tropfen auf den heißen hochschulpolitischen Stein. Klar, das wollen wir auch anerkennen, aber das wird nicht die Lösung sein, das wird die Hochschulen nicht voranbringen.

Lieber Herr Kollege Funk, Sie sagten heute Morgen, dass Sie keinen Grund sehen, den Haushalt zu erhöhen. Bei aller Sympathie für Sie, wir hätten uns heute schon ein klares, zukunftsfestes Signal für die Hochschulen in unserem Land gewünscht und nicht nur ein Vertrösten auf die Zeit nach 2020. - Danke schön.

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat nun die Abgeordnete Christina Baltes von der SPD-Landtagsfraktion.

Abg. Baltes (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Als neue Abgeordnete der 16. Legislaturperiode des Landtages habe ich das Vergnügen, wohl in einem der interessantesten Themenfelder der saarländischen Politik tätig zu sein. Ich bitte Sie daher auch gleichzeitig um Nachsicht, wenn ich nicht auf jede Verästelung der saarländischen Hochschullandschaft eingehen kann. Dennoch habe ich in den letzten Wochen und Monaten meiner parlamentarischen Arbeit zumindest den Eindruck gewinnen können, dass dieser Landtag sich in den letzten Jahren doch sehr intensiv mit der Frage der Entwicklung der Hochschullandschaft und der einzelnen Hochschulen im Saarland auseinandergesetzt hat. Die SPD-Fraktion würdigt daher nochmals ausdrücklich die vielfältigen Leistungen der Universität des Saarlandes mit dem Universitätsklinikum des Saarlan-

(Abg. Baltes (SPD))

des, der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes, der Hochschule für Musik Saar, der Hochschule der Bildenden Künste Saar sowie der privaten Hochschulen und Berufsakademien und wird auch in den kommenden Jahren deren Weiterentwicklung und Leistungsfähigkeit mit aller Kraft unterstützen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Die schwierige finanzielle Situation der Universität ist nicht neu und bereits länger bekannt. Die Haushaltslage unseres Landes hat auch dort zu Problemen bei der Grundfinanzierung und den Investitionen in die Gebäude geführt. Die Schuldenbremse darf aber auf keinen Fall eine Investitionsbremse sein oder werden, werte Kolleginnen und Kollegen! Die beiden auffälligen Gebäude C5.2 und C5.3 auf dem Uni-Campus haben uns das diesen Sommer noch einmal verdeutlicht. Das oberste Gebot für die nächsten Jahre muss im Interesse der Studierenden also lauten: Es reicht nicht, nur einzelne Löcher zu stopfen. Die durch die Universität des Saarlandes und die HTW erbrachten und noch zu erbringenden Sparleistungen werden daher ausdrücklich gewürdigt. Wir sind uns auch in der Koalition einig, dass die Zuführungen zu den Globalhaushalten der Hochschulen ab Beginn 2020 erhöht werden müssen. Der Campusentwicklungsplan ist zudem eine gute Grundlage für beide Beteiligte, Politik und Universität, auf der wir in den nächsten Jahren zusammenarbeiten können. Selbstverständlich werden wir diesen Prozess aktiv positiv begleiten, damit unsere Uni weiterhin mit guten Lehrbedingungen und einem lebendigen Campus attraktiv für unsere Landeskinder, aber auch für die große Zahl ausländischer Studierender bleibt.

Ein weiterer Aspekt ist hierbei die Einführung einer Verwaltungsabgabe ab dem Wintersemester 2018/2019. Für die Studierenden ist die Vorstellung, in einem Semester noch weitere 50 Euro zusätzlich zu dem Semesterbeitrag zu entrichten, gewiss nicht schön. Die Hochschulen müssen von uns aber dennoch zumindest in die Lage versetzt werden, in stärkerem Umfang eigene Einnahmen auch durch Verwaltungskostenbeiträge zu generieren. Die saarländischen Hochschulen müssen über den Lehrbetrieb hinaus umfangreiche Leistungen bei der Betreuung ihrer Studierenden und der Vorhaltung effizienter Verwaltungsinfrastrukturen erbringen. An der Universität des Saarlandes, der HTW Saar, der Hochschule für Musik Saar und der Hochschule der Bildenden Künste Saar fallen allein in den Bereichen der allgemeinen Studienberatung, des Immatrikulations- und Beurlaubungswesens, der Prüfungsorganisation, der Auslandsämter und der Schnittstellen zum Berufsleben Personal- und Sachkosten von insgesamt 4 Millionen Euro an. Für jeden einzelnen Studierenden erbringen die Hochschulen daher Ver-

waltungsdienstleistungen, die deutlich über 50 Euro liegen. Um das bisherige Leistungsspektrum in Forschung und Lehre aufrechterhalten zu können beziehungsweise um zielgerichtet das Leistungsangebot der Hochschulen für die Studierenden verbessern und erweitern zu können, soll den Hochschulen daher die Möglichkeit eröffnet werden zur ergänzenden Deckung ihres Finanzbedarfs Studierende an solchen Servicekosten zu beteiligen, die die wissenschaftliche Ausbildung unterstützen.

Wir wollen also der Hochschule zumindest die Möglichkeit eröffnen, sich in einer schwierigen Finanzsituation einen gewissen Handlungsspielraum zu verschaffen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Auch gibt es bereits jetzt an vielen Fachhochschulen und Unis im gesamten Bundesgebiet die Möglichkeit, solche Verwaltungskosten zur Verbesserung der Grundfinanzierung zu erheben. Darüber hinaus haben wir in den letzten Tagen im Haushaltsbegleitgesetz noch einmal nachgesteuert, um soziale Härten adäquat abfedern zu können. Diese sogenannte Härtefallklausel schützt betroffene Studenten vor unbilligen Härten, insbesondere können zum Beispiel Bafög-Bezieher nach Einzelfallprüfung der Vermögenslage von der Entrichtung der Verwaltungsgebühr befreit werden. Ich denke, da ist uns ein halbwegs guter Kompromiss gelungen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Jetzt möchte ich mich aber noch einmal einem etwas angenehmeren Thema widmen. Trotz allem sind Erfolge im Wissenschaftsbereich zu verzeichnen. Das im Wissenschaftsbereich momentan wichtigste und auch am meisten in der Öffentlichkeit diskutierte Thema ist wohl nach wie vor die Ansiedlung des Helmholtz-Zentrums für Cybersicherheit, eines der renommiertesten Forschungszentren weltweit, das sich in der Gründung befindet. Hier werden substanzielle Grundlagen für die Sicherheit künftiger IT-Systeme gelegt. Das Institut für Cybersicherheit hat es geschafft, ein Helmholtz-Zentrum, neben bundesweit 18 anderen Instituten, im Saarland zu gründen. Ein toller Erfolg unserer IT-Landschaft, in diesem Fall in erster Linie von Professor Backes, aber auch von dessen Vorgängern im Bereich IT, von Herrn Professor Scheer und Herrn Professor Wahlster. Ebenso haben viele weitere beteiligte Personen dazu beigetragen, den nationalen IT-Gipfel letztes Jahr ins Saarland zu holen. Das waren schlussendlich alle Gründe für die Helmholtz-Gesellschaft und insbesondere für den Präsidenten, Professor Wiestler, das Saarland als künftigen Standort dieses Zentrums auszusuchen. Quasi ein Sechser im Lotto für das Image der Landeshauptstadt Saarbrücken und das Saarland als IT-Forschungsstandort. Bis zu 500 Forscher sollen am neuen Zentrum arbeiten. Ein echter Standortfaktor also. Mit Abschluss des Kaufvertrages und dem damit verbundenen Erwerb des

(Abg. Baltes (SPD))

Geländes Stuhlsatzenhaus wurde bereits im Oktober die erste entscheidende Weichenstellung für die Realisierung dieses wichtigen Projektes gestellt. Wenn alles planmäßig läuft, kann bereits 2019 mit den Baumaßnahmen begonnen werden.

So wichtig solche Leuchttürme auch sind, müssen wir dennoch ebenso für ein breites Angebot an Bachelor-, Master- und Staatsexamensstudiengängen an den saarländischen Hochschulen sorgen, damit diese in die Lage versetzt werden, auch künftig ihre Funktion als akademische Ausbildungsstätten für studieninteressierte Saarländerinnen und Saarländer zu erfüllen. Diese Studiengänge wirken zugleich national und international als Anziehungspunkt für Studierende und für Wissenschaftler. Ihr Studienangebot soll entsprechend den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen und den Bedarfen der Gesellschaft ausgebaut werden. Dies geht einher mit dem Erfordernis, für einzelne bislang nicht akademische Berufe die Ausbildung im Rahmen eines Studiums vorzusehen.

Sowohl die Universität als auch die Hochschule für Technik und Wirtschaft konnten in den vergangenen Jahren zielgerichtet ihre Leistungsfähigkeit in der Forschung auf einer breiten Basis ausbauen. Die erfolgreichen Drittmittelwerbungen im letzten Jahr sind Beleg sowohl für die Leistungsfähigkeit der Wissenschaftler als auch für den Erfolg dieses strategischen Vorgehens der Profilbildung und gezielten Schwerpunktsetzung.

Die Zahl der Studienanfänger an der Universität des Saarlandes liegt mit aktuell rund 2.250 Studenten nur leicht unter dem Vorjahresniveau. Die Gesamtzahl der Studentinnen und Studenten an der Saar-Uni wird sich in diesem Wintersemester voraussichtlich auf rund 17.000 belaufen, das sind nur rund 200 weniger als 2016. Angesichts der zunehmenden Konkurrenz und der insgesamt sinkenden Bewerberzahlen ist dies durchaus positiv zu bewerten.

Aufgrund der Stabilität der Studienanfängerzahlen im Saarland konnten den Hochschulen im Jahr 2017 im Rahmen des Hochschulpakts 2020 zusätzlich fast 12 Millionen Euro zugewiesen werden. Auch erhöhen sich sowohl für die Universität als auch für die HTW Saar die Globalhaushalte um 1,5 Millionen Euro. Daraus, dass wir in den vergangenen Jahren ab und an auch mal rückläufige Zahlen bei den saarländischen Studienanfängern hatten, aber gleichzeitig prozentual mehr Studierende im Saarland, konnte man schließen, dass mittlerweile auch Studierende aus anderen Bundesländern hier im Saarland angekommen sind und dass sie bei uns studieren wollen.

Seit März 2017 ist nunmehr Prof. Dr. Manfred Schmitt, Professor für Molekular- und Zellbiologie, neuer Präsident der Universität des Saarlandes. Der

neue Uni-Präsident war ein sogenannter Kompromisskandidat zwischen Rat und Senat. Nachdem ich Herrn Professor Schmitt bereits persönlich kennenlernen durfte, finde ich diese Formulierung nicht so recht passend. Ich halte ihn nach meinen ersten Eindrücken keineswegs „nur“ für einen guten Kompromiss. Er sieht es nach den schmerzhaften Einschnitten und Restrukturierungen der vergangenen Jahre als vordringliche Aufgabe an, innerhalb der Universität verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Er möchte wieder das Wir-Gefühl wecken, das in seinen Augen die Saar-Uni lange Zeit auszeichnete und das auch für ihre künftige Entwicklung von zentraler Bedeutung ist.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Dieser Auffassung kann ich nur beipflichten und die SPD-Fraktion wird, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Präsidenten bei diesen ambitionierten Vorhaben auch nach Kräften unterstützen.

Die wissenschaftspolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre haben wir also fest im Blick. Wir werden weiterhin unsere exzellente Hochschullandschaft bestmöglich unterstützen. Mit der bereits erfolgten Novellierung des Universitätsgesetzes haben wir die Saar-Uni demokratischer, transparenter und effizienter aufgestellt. Wir werden dafür Sorge tragen, dass wichtige Investitionen in die Infrastruktur erfolgen.

Zum Ende meiner Rede möchte ich nun noch auf einen von uns gemeinsam mit der CDU eingebrachten Abänderungsantrag zur Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur beziehungsweise zum Ausbau der Digitalisierung hinweisen. Der Gaming-Bereich spielt weltweit eine immer bedeutendere Rolle. Computer- und Videospiele bewegen sich mittlerweile auf Spielfilmniveau und sind ein mediales Abbild des digitalen Zeitalters geworden. Wir wollen den Medien- und Kreativstandort Saarland durch die Etablierung einer Games-Förderung stärken und finanzieren daher diesen Bereich mit 100.000 Euro. Ich halte das für gut investiertes Geld, denn das Saarland kann sich so in einem äußerst dynamischen Markt früh und nachhaltig positionieren, die Synergieeffekte des gut aufgestellten IT-Standortes im Land nutzen und diese Wachstumsindustrie anschieben. Des Weiteren werden die Mittel für Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich der Digitalisierung der Arbeitswelt um 10.000 Euro erhöht.

Abschließend möchte ich nochmals ein herzliches Dankeschön für den Einsatz und das Engagement der Studierenden, der Professorinnen und Professoren sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sagen. Ungeachtet aller finanziellen Engpässe fahren sie Erfolge für die Forschung ein und kämpfen damit auch für die von mir eben erwähnten, dringend benötigten Drittmittel. Ihr Einsatz ist nicht selbstver-

(Abg. Baltes (SPD))

ständig und verlangt mir großen Respekt ab. Hier spreche ich sicherlich auch im Namen unseres wissenschaftspolitischen Sprechers Sebastian Thul, dem ich von hier aus gute Besserung wünsche. In diesem Sinne auch von dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an die Studierenden, die Professorinnen und Professoren und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihr unablässiges Engagement.

Ich bitte um Zustimmung zum Einzelplan 02 und danke Ihnen recht herzlich für die Aufmerksamkeit. - Danke schön.

(Beifall von den Koalitionsfraktionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. - Das Wort hat nun der Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion Josef Dörr.

Abg. Dörr (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Universität des Saarlandes und die anderen Hochschulen im Saarland sind für das Saarland unverzichtbar. Sie sind für unser Saarland identitätsstiftend. Ich habe noch erlebt, wie die Universität des Saarlandes als Universität Saarbrücken gegründet wurde, mit einem starken französischen Zweig, einem starken französischen Institut. In jener Zeit gab es weder eine Universität Kaiserslautern noch eine Universität Trier noch eine Universität Luxemburg. In Frankreich gab es damals nur die Universität Nancy, auch in Metz gab es noch keine Universität.

Wir konnten nicht verhindern, dass die Universität des Saarlandes, die zu Beginn ihres Bestehens eine Universität für die gesamte Umgebung war, von der Westpfalz bis Luxemburg, für Trier, für Teile von Frankreich, inzwischen Konkurrenz bekommen hat, und zwar sehr starke Konkurrenz. Sie muss in dieser Konkurrenz bestehen. Wir erleben auch, dass die Universität des Saarlandes, die zu Beginn eine „Universität“ war, an der eben fast alle Fächer gelehrt wurden, von Jahr zu Jahr beziehungsweise von Zeit zu Zeit zurückgefahren wird.

Für wen ist die Universität da? Sie ist für die Studenten da. Das ist ihre Aufgabe. Die Universität mit Forschung und Lehre - inzwischen ist uns bewusst, dass das nicht reicht. Es muss auch eine Zusammenarbeit her zwischen der Wirtschaft und den Betrieben und der Universität, zwischen der Gesellschaft und der Universität. Der Hauptpunkt muss aber immer noch Forschung und Lehre sein, und die wichtigsten Komponenten einer Universität sind ihre Studenten. Aus diesem Grunde müssen unsere Hochschulen - wenn ich von der Universität spreche, beziehe ich gedanklich die anderen Hochschulen ein - werben, sie müssen Anziehungskraft entfalten. Das beginnt mit den Gebäuden und der Einrichtung,

wichtig sind natürlich die lehrenden Personen, wichtig ist aber eben auch der finanzielle Rahmen.

Aus diesem Grunde sind wir zum Beispiel radikal dagegen, dass man 50 Euro Verwaltungsgebühr erhebt. Das ist eine Gebühreneinführung auf dem Schleichweg. Wir sind dagegen. Wir sind für andere Dinge, die wichtig sind für eine Universität. Wir sind vor allen Dingen dafür, dass man in unserem Lande, im Saarland, wo viel von einer Frankreichstrategie die Rede ist - aber es gibt ja nichts Gutes, außer man tut es -, das auch in der Praxis verstärkt. Ich will nicht sagen, dass da noch nie etwas geschehen ist, es ist in der Vergangenheit in der Zusammenarbeit mit Frankreich schon viel geschehen, aber da könnte noch sehr viel mehr geschehen. Und das wäre dann auch eine Werbung für das übrige Deutschland, dass Leute, die studieren, sich sagen, ich gehe nach Saarbrücken, da kann ich dieses oder jenes Fach studieren, und ich kann es in zwei Sprachen studieren, vielleicht auch mit Diplomen in zwei Sprachen. Das wäre zum Beispiel ein solcher Punkt.

(Zuruf von der SPD.)

Also ich denke, es ist noch viel zu tun. Manches ist schon gemacht, ja, in der Theorie, es klappt auch mit ein paar Hundert Leuten, aber es ist nicht so, wie es sein sollte. - Ich sehe Heiterkeit bei der CDU.

Ich habe ja den Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit bei mir selbst erlebt, bei meinen Söhnen. Ich habe schon vor 50 Jahren meine Söhne nach Frankreich in die Schule gefahren, jeden Tag, fünf Jahre lang, damit sie Französisch lernen, weil ich es zur damaligen Zeit schon aufgegeben hatte, dass sie hier in unserem Saarland eine Fremdsprache, nämlich Französisch, so lernen können, dass sie in Frankreich nicht auffallen. Die haben inzwischen alle ihr französisches Abitur gemacht und ihr deutsches Abitur noch dazu, zwei haben in Italien studiert, einer in England und so weiter. Aber wichtig war auch, dass ich außer Landes fahren musste, damit die Kinder eine zweite Sprache so erlernen, wie es sich gehört. Und ich höre seither - das ist 50 Jahre her - immer dasselbe Lied von der Mehrsprachigkeit. Ich stelle fest, dass in der Praxis die Mehrsprachigkeit eher zurückgeht.

Vor 20, 30, 40 oder 50 Jahren gab es hier im französischen Teil noch viele Leute, die die deutsche Mundart gesprochen haben, die dann auch Deutsch in der Schule gelernt haben. Das ist im Zurückgehen, das wird niemand bestreiten. Es ist schlimm, dass das so ist, denn dann wird die politische Grenze, die weggefallen ist, als Sprachgrenze wieder erstehen.

Um solche Dinge voranzutreiben, sind unsere Hochschulen wichtig. Die Hochschulen sind, das wurde eben schon gesagt, der Leuchtturm. Daran hängt vieles, daran hängt die Wirtschaft, daran hängt die

(Abg. Dörr (AfD))

Gesellschaft. Was dort betrieben wird, ist wichtig auch für unsere Schulen. Wir sollten hier im Saarland eine Bildungshochburg werden. Bildung ist auch ein Ausfuhrartikel. Da sollten wir spitze sein! Wir waren schon besser.

(Zuruf von der SPD: Wann?)

Das sollten wir anstreben. Ich möchte das nicht weiter ausführen, ich habe nur eine geringe Redezeit.

Ich möchte noch zu dem, was eben gesagt worden ist, kurz Stellung nehmen, dazu, dass sich die AfD-Fraktion in den Ausschüssen nicht zu Wort gemeldet, keine Fragen gestellt und keine Anträge eingebracht hat.

(Abg. Kurtz (SPD): Das stimmt doch.)

Also erstens, für die, die es nicht wissen, es war der Haushaltsausschuss und die Person war ich,

(Zuruf: Ja)

die meisten konnten es sich denken. Man muss ja wissen, wie so etwas abläuft. Ein Haushalt entsteht ja nicht von heute auf morgen, da gab es ja schon einen im letzten Jahr.

(Ministerin Rehlinger: Es gibt jedes Jahr einen! - Lachen bei den Regierungsfractionen.)

Ja, das sind Binsenwahrheiten. - Man macht seine Erfahrungen, ändert den Haushalt ein bisschen, am Schluss setzt man sich mit dem Koalitionspartner zusammen, dann legt man in einer Klausur die Eckdaten fest, dann stellt der Finanzminister das Ding her, das wird dann vorgestellt in ewig langen Ausschusssitzungen, bei denen dann der jeweilige Minister oder die Ministerin da sitzt mit einem Stab von Mitarbeitern, ich habe bis zu 20 gezählt. Die Abgeordneten sitzen da, zwölf an der Zahl, die stellen dann Fragen.

(Abg. Renner (SPD): Keine einzige Frage von Ihnen!)

Zum Teil ergibt es sich ja von selber, was da drinsteht, und wo es sich nicht ergibt, ist es auch schwierig, durch Fragen was herauszukriegen, denn da soll ja auch was vertuscht werden. Ich bin nicht einer von denen, die ihre Zeit und ihre Kraft vergeuden mit Dingen, die nichts bringen. Da können Anträge gestellt werden. Man hat ja heute gesehen, was mit den Anträgen der Fraktion DIE LINKE passiert ist. Die Anträge werden gestellt, die werden auf Papier gedruckt, das verbraucht Tinte, das ist auch noch Materialverschwendung.

(Lautes Lachen aus den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Die Anträge werden gestellt und werden einstimmig abgelehnt. Also das müssen wir uns nicht antun.

(Abg. Renner (SPD): Sie sind Parlamentarier, oder etwa nicht? - Sie sind eine Zumutung. - Weitere Zurufe.)

Die Ideen, die wir haben, werden wir vorbringen.

(Ministerin Rehlinger: Wann?)

Wir wissen auch wie, wo und wann. Wir haben auch schon Ideen vorgebracht, Frau Rehlinger, und die Große Koalition hat auch einige schon übernommen.

(Überraschte Zurufe von den Regierungsfractionen. - Ministerin Rehlinger: Was?)

Die Politik der AfD wirkt, es werden hoffentlich noch mehr Anträge werden, die Sie übernehmen,

(Lachen bei den Regierungsfractionen)

dann sind wir auch zufrieden. Es muss nicht unbedingt unser Name draufstehen, Hauptsache, es ist gute Politik. Danke schön.

(Abg. Renner (SPD): Beifall von der AfD. - Lächerlich.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat nun der Abgeordnete Alexander Zeyer von der CDU-Landtagsfraktion.

Abg. Zeyer (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Dörr! Sie haben mal wieder die Chance verpasst, hier Ihre Ideen für die Zukunft vorzustellen. Sie wurden in den saarländischen Landtag gewählt, um sich in den Ausschüssen mit den Themen zu befassen, um hier Anträge zu stellen, dafür werden Sie auch bezahlt. Das ist Ihre Aufgabe, der müssen Sie auch nachkommen. Immer Ihr Geschwätz von den vergangenen Jahrzehnten, das können wir hier nicht mehr hören. Zeigen Sie endlich mal Ihr Profil, Ihre Zukunftsideen, auch bei den Themen Hochschule, Technologie und Wissenschaft, dann hätten Sie schon einiges für unser Land getan!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

In diesem Jahr haben Staatskanzlei und der eGo-Saar mit der landesweiten Breitbandausbau-Maßnahme Netzausbau Saar ein wegweisendes Projekt in die Umsetzung gebracht. Drei Telekommunikationsunternehmen haben sich im Rahmen des Projekts verpflichtet, das gesamte Saarland bis Ende nächsten Jahres mit Bandbreiten von über 50 Mbit/s zu versorgen. Vielerorts haben die Baumaßnahmen bereits begonnen.

Auch der Gigabit-Ausbau läuft bereits an. Mit dem bundesweit einmaligen Förderprogramm „Gigabitprämie Saarland“ hat die Staatskanzlei vor wenigen Monaten den Startschuss gegeben. Mit dem Pro-

(Abg. Zeyer (CDU))

gramm erhalten Unternehmen, kulturelle und gemeinnützige Einrichtungen im Saarland schon jetzt Zuschüsse, wenn sie in einen eigenen gigabitfähigen Glasfaseranschluss investieren.

Ende 2018 also werden wir im gesamten Saarland Bandbreiten von mindestens 50 Mbit oder mehr zur Verfügung stellen können. Das ist ein großer Erfolg, auf den wir stolz sein können, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Wir setzen mit diesem Haushalt die richtigen, zukunftsweisenden Prioritäten. Wir wollen auch ein Zeichen setzen zur Stärkung des Medien- und Kreativstandortes Saarland. Getreu unserem Motto „Großes entsteht immer im Kleinen“ werden wir in Zukunft mehr finanzielle Mittel für den Medien- und Kreativstandort Saarland bereitstellen. Wir wollen eine Gameförderung etablieren. Computerspiele sind Medien mit zunehmender gesellschaftlicher und kultureller Relevanz. Sie sind aber auch ein Wirtschaftsfaktor. Mit einem Marktvolumen von rund 3 Milliarden Euro ist die Branche im Umsatz schon auf Augenhöhe mit der Filmindustrie. Die saarländische Entwicklerszene ist bislang überschaubar und nicht vergleichbar mit der Szene in Hamburg oder Berlin. Allerdings ergibt sich durch die Informatik- und Medienstudiengänge an den Hochschulen und der Universität Potenzial für Neugründungen und Kooperationen. Die Spielentwicklung stellt nicht nur einen wertvollen Beitrag für die Kreativwirtschaft dar, sondern sie leistet Innovationsimpulse für unser gesamtes Land. Davon kann das Saarland in Zukunft nur profitieren.

Nicht nur Berlin, München, Köln und Hamburg haben eine große Start-up-Szene, sondern auch unser Saarland. Dieses wichtige Thema hat unsere Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer zur Chefsache erklärt. Nirgendwo ist der Strukturwandel so sichtbar wie hier: Ich nenne an der Stelle das Exzellenzcluster für IT, das Nationale Kompetenzzentrum für IT-Sicherheit und dessen Kooperation mit der Exzellenzuniversität Stanford, die knapp 10.000 Mitarbeiter im IT-Bereich, die rund 1.000 eigenständigen IT-Unternehmen und die eben angesprochene lebendige Start-up-Szene. All das zeugt von einem Land, das sich auf den Weg gemacht hat, Bildung als Schlüssel für die Digitalisierung zu sehen. Die Digitalisierung soll zum Markenzeichen des Saarlandes werden.

Mit dem Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung im Saarland haben wir den rechtlichen Rahmen für die im Koalitionsvertrag vereinbarte Digitalisierungsoffensive der Verwaltung des Landes und der Kommunen geschaffen. Diese Offensive sieht eine nachhaltige Förderung der Einführung elektronischer Verfahren und der elektronischen Ab-

wicklung von Dienstleistungen vor. Ziel ist eine einfache, schnelle und sichere digitale Verwaltungsdienstleistung. Die Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Verbände und Vereine erwarten neben den umfassenden Online-Informationen weitergehende Möglichkeiten. In der Landesverwaltung haben wir hierzu mit dem Gesetz zur Errichtung eines Landesamtes für IT-Dienstleistungen die strategischen und die operativen Aufgaben der IT neu geordnet und Fachkompetenzen in sogenannten Kompetenzzentren gebündelt. Wir müssen Aufgaben und Aufgabenwahrnehmung künftig stärker an den Bedarfen ausrichten und uns unserer Aufgaben als Dienstleister bewusst werden.

Was wollen und erwarten die Bürgerinnen und Bürger von der Verwaltung der Zukunft? Mit dem Portal Bürgerdienste Saar haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, Informationen über Behörden und ausfüllbare Formulare im Internet abzurufen, ohne dabei wissen zu müssen, welche Behörde konkret für sie zuständig ist. Ziel ist es zum Beispiel, von zu Hause oder von einem mobilen Endgerät aus sich einfach, sicher und schnell das Auto zuzulassen, den Wohnsitz umzumelden, den Personalausweis oder den Jagd- oder Angelschein zu beantragen. Die Digitalisierung ist ein riesiger Fortschritt, und Fortschritt bedeutet seit eh und je, dass es dabei Herausforderungen gibt, denen sich gerade die öffentliche Verwaltung als Dienstleister für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen stellen muss. Die Entwicklungen im IT-Bereich sind rasend schnell, und das betrifft alle Lebensbereiche und damit alle Menschen in unserem Land. Digitalisierung bietet viele Vorteile, und wir können alle davon profitieren. Diesbezüglich bedarf es auch eines Austausches der Überlegungen, Ideen und Standpunkte. Deshalb hat unsere Ministerpräsidentin am 29. August 2016 ein Beratungsgremium ins Leben gerufen, das mit regionalen, nationalen und international anerkannten Experten besetzt ist. Der Digitalisierungsrat, dem unter anderen August Wilhelm Scheer und Wolfgang Wahlster angehören, wird den Prozess der Digitalisierung im Saarland begleiten und dabei vom Digitalisierungsforum unterstützt. Im Forum finden sich Akteure mit regionalem Bezug aus dem Saarland und den angrenzenden Regionen sowie aus allen gesellschaftlich relevanten Gruppen. Mehr als 300 Menschen haben seither in fünf Arbeitsgruppen und zwölf Sitzungen wichtige Fragestellungen und Aspekte identifiziert, denen in den nächsten Monaten weiter nachgegangen werden soll. Im Mittelpunkt steht die Gestaltung eines Prozesses mit dem Ziel, die Chancen der Digitalisierung bestmöglich zu nutzen und die Digitalisierung zu einer positiven Entwicklung für das Saarland werden zu lassen. Das Thema Digitalisierung ist mehr als komplex und wird uns in den nächsten Jahren intensiv begleiten.

(Abg. Zeyer (CDU))

Digitalisierung ist Herausforderung und Chance zugleich. Ein Garant für den Erfolg ist dabei die Kooperation zwischen Land und Kommunen mit einer partnerschaftlichen Aufgabenteilung, aber auch der Dialog mit der Wirtschaft und den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. Digitalisierung ist die Zukunft, ohne Digitalisierung lässt sich die Zukunft nur schwerlich gestalten. Mit dem vorliegenden Haushalt werden wir diese Herausforderungen weiter meistern. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat nun die Ministerpräsidentin des Saarlandes, Annegret Kramp-Karrenbauer.

Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will in der gebotenen Kürze auf das eine oder andere eingehen, was zum Thema Hochschulen und zum Thema Technologie und Digitalisierung gesagt worden ist. Wir haben uns in der vergangenen Legislaturperiode - das hat die Kollegin der LINKEN deutlich gemacht - sehr intensiv mit der Entwicklung der Hochschullandschaft befasst. Einer der Anlässe war in der Tat, dass auch die Hochschulen im Saarland ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten müssen. Der zweite und aus meiner Sicht wesentlich wichtigere Teil war aber die Frage: Wie soll in Zukunft die Hochschullandschaft in diesem Land aussehen, wie und wohin sollen sich die einzelnen Hochschulen entwickeln? Diese wurde mit dem Hochschulentwicklungsplan und den darauf basierenden Ziel- und Leistungsvereinbarungen und hochschulinternen Plänen für die Zukunft sehr gut aufgestellt. Wir befinden uns in der Region, aber auch über die Region hinaus in einer Konkurrenzsituation, das ist eben zu Recht angesprochen worden. Das ist zuerst einmal ein gutes Zeichen für die Region um uns herum, insbesondere auch Luxemburg, dass die Kolleginnen und Kollegen in Frankreich ihre eigenen Hochschulinstitute ausbauen, das kommt der Region als Ganzes zugute. Eine gut verstandene Konkurrenz ist immer ein belebender Faktor, vor allen Dingen dann, wenn man ihn in eine zukunftsgeleitete Zusammenarbeit überführen kann, was in unserer Region der Fall ist. Wir haben eine Universität der Großregion. Herr Dörr, vieles von dem, was Sie eben eingefordert haben, gibt es bereits in dieser Universität der Großregion. Um ein kleines Beispiel zu nennen, es gibt unter anderem einen Studiengang Physik, der in Deutsch, Französisch und Englisch an den Universitäten in Luxemburg, Saarbrücken und Lothringen durchgeführt wird und mit dem man nicht nur einen binationalen, sondern sogar einen trinationalen Abschluss machen kann.

Wir können mit Fug und Recht sagen, dass die Grundidee zur deutsch-französischen Hochschulkooperation aus dieser Region stammt. Die Kooperation der HTW Saar mit der französischen Seite vor vielen Jahrzehnten war der Ursprung dafür, dass in den anschließenden Vereinbarungen zwischen Deutschland und Frankreich so etwas wie die Deutsch-Französische Hochschule entstanden ist, deren Sitz im Übrigen hier im Saarland ist. Sie bildet im Grunde genommen ein Netzwerk von deutsch-französischen Studiengängen, von denen ein guter Teil an der Universität des Saarlandes durchgeführt wird. Viele Studierende, die im Rahmen der Deutsch-Französischen Hochschule studieren, kommen aus dem Saarland. Nicht vergessen soll das historische Recht sein, das der Universität des Saarlandes als einzige Universität in ganz Deutschland die Möglichkeit gibt, französische Abschlüsse zu vergeben, insbesondere für die juristische Ausbildung. Das bedeutet, wir haben hier eine enorme deutsch-französische Kompetenz, die wir weiter ausbauen müssen. Wir wollen uns nicht zurückziehen und schon gar nicht darauf ausruhen, deswegen arbeiten wir in diesem Feld weiter.

Wir haben gerade mit Kolleginnen und Kollegen aus Luxemburg und Frankreich diskutiert, ob es zum Beispiel möglich ist, Lehrerinnen und Lehrer für den Grundschulbereich gemeinsam auszubilden, bilingual mit Blick auf die Sprache, aber auch mit Blick auf die Pädagogik, damit saarländische Eltern nicht mehr gezwungen sind, ihre Kinder nach Frankreich zu schicken, damit sie dort die Sprache lernen. Ich glaube, die vielen bilingualen Zweige, die wir haben, das Deutsch-Französische Gymnasium, die 40 Prozent bilingualen Kindertagesstätten, sind heute ein gutes Beispiel dafür, wo wir bereits Vorteile erreicht haben. Wir versuchen, diese Ausbildung zusammen mit Luxemburg und Frankreich trinational zu organisieren. Im Moment laufen insbesondere die Gespräche mit der französischen Seite sehr positiv. Sollte es im ersten Schritt trinational nicht funktionieren, dann wollen wir es auf jeden Fall binational angehen, genauso wie wir das mit den Luxemburger Kollegen beim Schengen-Lyzeum auch getan haben.

Damit wird deutlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die Hochschullandschaft im Saarland sehr breit aufgestellt ist. Das soll sie auch für die Zukunft sein; wir wollen keine Hochschulen, die nur einen bestimmten Schwerpunkt haben. Wir wissen, wir sind im IT-Bereich sehr gut aufgestellt, wollen aber nicht, dass die Universität des Saarlandes zu einer technischen Hochschule wird. Wir wollen eine breit aufgestellte Volluniversität, eine Landeskindergarten-Universität, an der wir unsere Lehrerinnen und Lehrer, unsere Juristen, unsere Geistes- und Sozialwissenschaftler selbst ausbilden. Das haben wir im Hochschulentwicklungsplan festgelegt. Das ist die

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)

Grundlage für diese Landesregierung, an diese Grundlage halten wir uns.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, macht deutlich, dass wir hier auch die entsprechenden Finanzmittel hineingeben müssen. Wir haben über das Jahr 2020 gesprochen. Da gibt es klare Festlegungen im Koalitionsvertrag. Ja, wir haben gesagt, der Haushalt der Hochschulen soll an dem Aufwuchs, an der Dynamik im Landeshaushalt teilnehmen, denn das ist im Moment gerade der Deckel, den die Hochschulen haben, dass sie von dieser Dynamik zurzeit ausgeschlossen sind. Das können wir ab dem Jahr 2020 ändern.

Aber, sehr geehrte Frau Kollegin Spaniol, es ist mitnichten so, dass wir die Hände in den Schoß legen und sagen würden, warten jetzt einmal, was 2020 kommt. Vielmehr versuchen wir, im Rahmen dessen, was uns möglich ist, auch jetzt schon Erleichterungen zu schaffen. Von der Tatsache, dass wir etwa den Sparkurs insgesamt etwas strecken, den Personalabbaupfad etwas strecken, profitieren auch die Hochschulen - die Summe ist genannt worden - in einer Größenordnung von 1,5 Millionen Euro. Die Tatsache, dass sich die Studienanfängerzahlen so entwickelt haben, wie es hier beschrieben worden ist, hat dazu geführt, dass wir im Jahr 2017 im Rahmen des Hochschulpaktes bis zu 12 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stellen konnten. Und wir versuchen überall dort, wo wir die Möglichkeit haben, zum Beispiel auch über das Thema Digitalisierungsmittel, Erleichterungen für unsere Hochschulen zu schaffen.

Das heißt, in den nächsten beiden Jahren ist der Rahmen noch eng. Jede Möglichkeit, die es in diesem Rahmen gibt, Erleichterungen für die Hochschulen zu schaffen, werden wir nutzen. Dann wird es vor allen Dingen darauf ankommen, dass wir ab dem Jahr 2020 in den neuen Ziel- und Leistungsvereinbarungen - die Verhandlungen darüber laufen zurzeit gerade an - auch die Weichen richtig stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das betrifft auch das Thema Bau. Ich habe es heute Morgen ja gesagt, es geht um die Neuinvestitionen im Bereich der außeruniversitären Forschung, Stichwort Helmholtz. Es geht um die Erweiterungen in der Wertschöpfungskette von der Lehre, von der Forschung zum Produkt, zur Unternehmensgründung, zu den Arbeitsplätzen, Stichwort Start-up. Auch dafür brauchen wir Fläche. Es geht aber auch um die Hochschulen selbst, sei es der Campus an der Universität oder sei es der Campus der HTW, die wir auf jeden Fall am Standort Altsaarbrücken konzentrieren wollen. Dort sind wir mit der Stadt Saarbrücken vollkommen einer Meinung, dass das auch eine Aufwertung für die HTW ist, wenn sie sich wie die UdS in Saar-

brücken selbst befindet, aber vor allen Dingen eine Aufwertung für die Stadt Saarbrücken und insbesondere für Altsaarbrücken.

Es ist deswegen eine der Hauptaufgaben, die das neu geschaffene Bauministerium hat, diese Fragen alle auf den Weg zu bringen. Wenn wir in der Vergangenheit mit den unterschiedlichen Zuständigkeiten, mit den sehr weit gefächerten Strukturen der gesamten Bauverwaltung und dem Umgang mit Baumaßnahmen als Regierung zufrieden gewesen wären, als Regierungsfaktionen zufrieden gewesen wären, und wenn wir gesagt hätten, das ist alles toll, wie das gelaufen ist, dann hätten wir nichts ändern müssen. Da wir aber gesagt haben, es ist in der Vergangenheit eben nicht alles reibungslos gelaufen, wir können Strukturen besser machen, haben wir uns am Beispiel Bayern orientiert - dort ist nämlich die Bauverwaltung zusammengefasst - und haben gesagt, das versuchen wir auch. Das ist genau die Antwort. Auch das ist ein Zeichen dafür, dass wir uns auf die Investitionsoffensive auch im Hochschulbereich vorbereiten.

(Beifall von den Regierungsfaktionen.)

Wir bereiten uns auch vor, was die Frage der nationalen und der internationalen Situation anbelangt, denn im Moment ist nicht nur wichtig, was wir im Landeshaushalt vereinbaren. Im Moment ist vor allen Dingen auch wichtig, was wir etwa auf der Bundesebene zur Fortführung der Forschungsförderung vereinbaren. Der sogenannte Pakt der Pakte, also die Frage, wie es mit dem Hochschulpakt weitergeht, wie es mit der Exzellenzinitiative weitergeht, wie es mit dem Pakt für gute Lehre und Forschung weitergeht, alles das sind Fragen, die jetzt in den anstehenden Verhandlungen auf Bundesebene entsprechend begleitet und ordentlich verabschiedet werden müssen, damit unsere Hochschulen auch die notwendigen Rahmenbedingungen haben werden. Zu Rahmenbedingungen gehört die entsprechende Infrastruktur für unsere Hochschulen, aber eben nicht nur für unsere Hochschulen, das betrifft insbesondere das Thema Digitalisierung. Zum Breitbandausbau, zu 50 Mbit, zu 5G, zum Glasfaserausbau in Gewerbegebieten ist heute Morgen schon einiges gesagt worden. Hier hat insbesondere der Kollege Zeyer schon Stellung bezogen.

Ich will noch einmal darauf eingehen, weshalb wir im Saarland eine Konstruktion wie den Digitalisierungsrat und vor allen Dingen das Digitalisierungsforum entwickelt haben. Ich glaube, dass wir gut daran tun, deutlich zu machen, dass die Digitalisierung mehr ist als eine rein technische Frage, die an der einen oder anderen Stelle, etwa im Bereich der Produktion, etwas verändern wird. Die Digitalisierung verändert unsere Welt, verändert unsere Gesellschaft. Ja, sie wird wahrscheinlich uns selbst ein Stück weit verändern. Ich halte es für absolut notwendig gerade in ei-

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)

nem kleinen kompakten Land wie dem Saarland, alle Kräfte zu bündeln und die Bürgerinnen und Bürger auf dem Weg der Digitalisierung auch mitzunehmen. Deswegen ist das Forum so wichtig, wo über 200 ehrenamtlich Engagierte aus ganz vielen Bereichen des Landes zusammenarbeiten und überlegen, was denn Digitalisierung in ihrem Bereich bedeutet, was sie etwa im Bereich der öffentlichen Verwaltung bedeutet, was sie im Bereich der Bildung bedeutet, wie wir uns mit Blick auf Wirtschaftsförderung aufstellen müssten, wie wir uns mit Blick auf Freizeitgestaltung aufstellen müssten, wo Digitalisierung etwa im Bereich der Pflege unterstützend wirken kann, wie sie entlasten kann.

Hier glaube ich, dass die Vorschläge, die aus dem Forum kommen, die Themen betreffen, von denen wir ziemlich sicher sind, dass sie die Menschen in diesem Land umtreiben. Ich möchte auf jeden Fall vermeiden, dass der Eindruck entsteht, Digitalisierung sei ein Projekt für Eliten, über das sich drei Menschen den Kopf zerbrechen und dann erklären, wie es in Zukunft gehen soll. Je besser wir die Digitalisierung zum beherrschenden Thema im Land machen, das jeder Einzelne mit vorantreiben kann, umso besser wird sie gelingen. Das muss die Aufgabe auch hier in diesem Haus sein.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

An der Stelle wird aus meiner Sicht noch einmal deutlich, weshalb es richtig ist, dass wir eine Universität als Volluniversität aufstellen. Wenn Sie sich überlegen, wie denn die Unternehmen der Zukunft aussehen werden, wenn Sie sich vorstellen, dass wir vielleicht in nicht allzu ferner Zukunft Unternehmen haben werden, die gar keinen körperlichen Standort mehr haben, die mit Daten und Informationen handeln, wie das heute ja schon in Teilen der Fall ist, dann werden sich ganz andere Fragen ergeben, etwa rechtliche Fragen oder betriebswirtschaftliche Fragen. Beispielsweise: Wo erhebe ich denn eigentlich eine Steuer und auf was erhebe ich diese Steuer? Das ist das Stichwort „net tax“, das im Moment diskutiert wird.

Mit Blick auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird sich die Frage ergeben, was denn Mitbestimmung im digitalen Zeitalter heißt, was Arbeitsschutz im digitalen Zeitalter heißt. Das ist eben nicht mehr nur der Schutz vor Lärm, vor Staub, vor Gewichten, die man heben muss. Das ist vor allen Dingen der Schutz davor, dass man rund um die Uhr verfügbar ist und etwa über die E-Mail antworten muss. Da geht es um die Frage rund um das Thema autonomes Fahren. Was heißt das denn versicherungstechnisch? Wir haben heute schon autonom fahrende Busse. Die stehen auf irgendwelchen Flughafengeländen. Die stehen dort deshalb, weil noch niemand die Frage klären konnte, wer die Versicherung übernimmt, wenn mit dem Ding etwas passiert.

Wie ist das in der ethischen Abwägung, wenn in einer entscheidenden Situation das System entscheiden muss, ob ich nach links fahre oder nach rechts. Wie muss der Mensch dort eingreifen können? Was heißt das rechtlich? Das heißt, Digitalisierung ist mehr als reine IT.

Deswegen muss auch die Universität des Saarlandes, wenn sie in der Digitalisierung Spitze sein will, eben auch mehr als nur exzellente IT bieten. Sie muss auch die anderen Bereiche mit abbilden. Das ist unser Ansatz, unser Verständnis auch von guter Hochschulpolitik im digitalen Zeitalter. Diesen Ansatz werden wir weiter vorantreiben.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

In diesem Sinne wird das Thema Digitalisierung auch dieses Haus betreffen. Die Frage wird sein, was eigentlich Willensbildung ist und was Information in einem digitalen Zeitalter ist, wenn es nicht mehr nur die klassische Landtagsdebatte und nicht mehr nur das ist, was etwa von heute Nachmittag oder heute Morgen in die Haushalte im Saarland übertragen wird. Wer bildet sich wo seine Meinung? Es geht um die Frage, ob wir als Parlament insgesamt gut genug aufgestellt sind. Aus meiner Sicht ist das Thema Digitalisierung etwas, das den Landtag in einer besonderen Art und Weise beschäftigen muss. Ich hoffe sehr, dass wir in den nächsten Jahren in den Ausschüssen, aber auch im Plenum noch an vielen Stellen die Gelegenheit haben werden, uns über das Thema Digitalisierung in all seinen Auswirkungen und Erscheinungsformen auszutauschen.

Wir müssen die Weichen zur Beantwortung der einen entscheidenden Frage richtig stellen. Diese entscheidende Frage lautet: Was trägt Digitalisierung dazu bei, dass es diesem Land und vor allen Dingen den Menschen in diesem Land besser geht? Das ist die entscheidende Frage, das muss unser Anspruch sein. Danach müssen wir handeln, dazu tragen unsere Hochschulen bei. Alles, was wir jetzt im Haushalt festgelegt haben, soll dazu dienen, sie auch in einer finanzpolitisch schwierigen Situation dazu in die Lage zu versetzen. Es soll aber auch dazu dienen, die Weichen jetzt schon so zu stellen, dass wir ab 2020 mit Blick auf die Hochschulentwicklung wieder mehr Gas geben können. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Der Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen hat zu Einzelplan 02 einen Abänderungsantrag eingebracht, der uns als Drucksache 16/169 vorliegt.

(Vizepräsidentin Ries)

Wir kommen zuerst zur Abstimmung über diesen Abänderungsantrag des Ausschusses. Wer dafür ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Abänderungsantrag Drucksache 16/169 einstimmig, mit den Stimmen aller Fraktionen des Hauses angenommen wurde.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 17 Kapitel 17 02. Wer für die Annahme von Einzelplan 17 Kapitel 17 02 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass Einzelplan 17 Kapitel 17 02 mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Koalitionsfraktionen, dagegen gestimmt haben die Oppositionsfraktionen.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 20 Kapitel 20 11, 20 21 und 20 23. Wer für die Annahme der Kapitel 20 11, 20 21 und 20 23 des Einzelplans 20 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass Kapitel 20 11, 20 21 und 20 23 des Einzelplans 20 mit Stimmenmehrheit angenommen wurden. Zugestimmt haben CDU- und SPD-Fraktion, dagegen gestimmt haben DIE LINKE und die AfD-Fraktion.

Es ist über Kapitel 02 01 (Ministerpräsidentin und Staatskanzlei) Einzelabstimmung beantragt. Wer für die Annahme des Kapitels 02 01 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass Kapitel 02 01 mit Stimmenmehrheit angenommen wurde. Zugestimmt haben die Koalitionsfraktionen, dagegen gestimmt haben die Oppositionsfraktionen.

Es ist über Kapitel 02 12 (Förderung von Wissenschaft, Forschung und Technologie) Einzelabstimmung beantragt. Wer für die Annahme des Kapitels 02 12 unter Berücksichtigung des eben angenommenen Abänderungsantrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass Kapitel 02 12 mit Stimmenmehrheit angenommen wurde. Zugestimmt haben CDU- und SPD-Fraktion sowie die AfD-Fraktion. Dagegen gestimmt hat die Fraktion DIE LINKE.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 02 - Ministerpräsidentin und Chef der Staatskanzlei und Bereich Wissenschaft, Forschung und Technologie - im Übrigen. Wer für die Annahme des Einzelplans 02 unter Berücksichtigung des angenommenen Abänderungsantrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass Einzelplan 02 mit Stimmenmehrheit angenommen wurde. Zugestimmt haben CDU- und SPD-Fraktion, dagegen gestimmt haben sie Fraktion DIE LINKE und die AfD-Fraktion.

Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zu Übersicht 3: Einzelplan 03 - Ministerium für Inneres, Bauen und Sport -, Einzelplan 17 Kapitel 17 03 und Einzelplan 20 Kapitel 20 03.

Übersicht 3 - Ministerium für Inneres, Bauen und Sport (Abänderungsantrag: Drucksache 16/170)

Auch hier wurde die Berichterstattung zu Protokoll gegeben (siehe Anlage 5). Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat der Abgeordnete Ralf Georgi von der Fraktion DIE LINKE.

Abg. Georgi (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die besten Gesetze nutzen nichts, wenn sie nicht vollzogen werden können. Wenn wir unseren Rechtsstaat durchsetzen wollen, dürfen wir ihn nicht kaputtsparen, hat der Landesvorsitzende der Saar-SPD und Bundesjustizminister Heiko Maas gesagt. - Recht hat er. Es stimmt, die besten Gesetze nutzen wirklich nichts, wenn sie nicht vollzogen werden können. Deshalb sollte Schluss sein mit dem Kaputtsparen der Polizei und der Justiz, liebe Kolleginnen und Kollegen. Im Bund und in den Ländern sind allein zwischen 2000 und 2006 laut der Gewerkschaft der Polizei rund 10.000 Stellen im Polizeivollzugsbereich und etwa 7.000 Stellen im Tarifbereich ersatzlos gestrichen worden. Man muss es so sagen: Diejenigen, die jetzt am lautesten nach Sicherheit rufen, sind dieselben, die für diesen Abbau bei der Polizei verantwortlich sind.

Kolleginnen und Kollegen, wir begrüßen es, dass die Landesregierung hier etwas umgesteuert ist. Heute Morgen wurde es ja angesprochen. Das erkennen wir auch an. Es ist richtig, dass die Zahl der Kommissaranwärter wieder erhöht worden ist, aber das reicht doch nicht aus. Denn solange immer noch mehr Polizistinnen und Polizisten in den Ruhestand gehen, als ausgebildete Kräfte nachkommen, geht der Personalabbau weiter. Das ist unverantwortlich.

Meine Damen und Herren, laut einer Aufstellung der Rheinischen Post vom letzten Jahr kommen im Saarland 231 Polizistinnen und Polizisten auf 100.000 Einwohner. In Bayern sind es 326, in Brandenburg 328, in Mecklenburg-Vorpommern 366 und in den Stadtstaaten natürlich noch mehr. Ich will damit sagen: Das Saarland befindet sich hier in einer Position, in der ein weiterer Abbau aus unserer Sicht nicht zu vertreten ist.

Auch der Einsatz von Hilfspolizisten, also etwa des Polizeilichen Ordnungsdienstes, kann nicht über die personellen Engpässe hinwegtäuschen. Wir brauchen schlicht und ergreifend mehr gut ausgebildete Polizistinnen und Polizisten. Das Hin und Her der

(Abg. Georgi (DIE LINKE))

letzten Jahre bei der Polizei ist unverständlich und hat bei den Beschäftigten zu Kopfschütteln geführt.

Die Zahl der Kommissaranwärter sollte keine politische Zahl sein, die das Innenministerium einfach mal so in den Raum wirft. Grundlage sollte eine vorausschauende Personalplanung sein. Das heißt für mich, die Zahl der Neuen sollte sich an der Zahl derjenigen älteren Kolleginnen und Kollegen orientieren, die in drei Jahren, also zum Ende des Vorbereitungsdienstes, in den Ruhestand gehen. Das wäre die sauberste Lösung. Natürlich kostet mehr Polizei mehr Geld. Wir sagen aber auch, wo stattdessen gespart werden kann. Sparen Sie sich neue, teure Überwachungssysteme, bei denen der Nutzen doch recht fragwürdig ist.

Die Belastungen der Polizistinnen und Polizisten ist groß. Im letzten Jahr haben sie mehr als 245.000 nicht abgebaute Mehrdienststunden angesammelt. Sie werden immer öfter gebraucht, bei Fußballspielen mit randalierenden Fans, bei großen Demonstrationen, bei Großkontrollen wie letzte Woche wieder in Saarbrücken oder bei Unterstützungseinsätzen in anderen Bundesländern. Die Sicherheit der Saarländerinnen und Saarländer darf kein unerschwinglicher Luxus sein. Deshalb muss das Kaputtsparen ein Ende haben.

Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch ein Wort zur Situation der Kommunen sagen. Bekanntlich sind sie bei uns so verschuldet wie in keinem anderen Bundesland und investieren daher unterdurchschnittlich. Gerade vor diesem Hintergrund ist es völlig unverständlich, wieso die Landesregierung auch im kommenden Jahr nicht die vorgesehenen Mittel im Rahmen der Drittel-Finanzierung für das Bundesprogramm Städtebauförderung bezahlt. Der Städte- und Gemeindetag fordert völlig zu Recht, dass das Land diese 5,3 Millionen übernehmen soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir lehnen den Einzelplan 3 in der vorliegenden Form ab. - Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat nun die Abgeordnete Ruth Meyer von der CDU-Landtagsfraktion.

Abg. Meyer (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Wenn wir uns die Verantwortungsvielfalt des Innenressorts vor Augen führen - Sicherheit, Kommunen, Landesplanung, Hochbau - und die Herausforderungen unserer Zeit betrachten - Demografie, Migration, Digitalisierung -, dann wird klar, dass Verantwortung, Sorgfaltspflicht und Belastung bei allen hinter dem Einzelplan 03 stehenden Akteuren enorm

hoch ist. Das geht von der Hausspitze bis hinunter zu der sogenannten einfachen Sachbearbeitung in allen Abteilungen und in allen nachgeordneten Behörden. Deshalb gilt zu allererst mein Dank all denen, die diesen Plan mit ihren Anmeldungen im bekannt begrenzten Rahmen mitgestaltet haben. Auch das Innenressort trägt ja weiterhin zur Konsolidierung bei. Ich danke außerdem denjenigen, die durch die Umsetzung dieser Haushaltsmittel in ganz konkrete Maßnahmen auch 2018 dafür sorgen werden, dass wir unser Land sicher und zukunftsgerecht weiterentwickeln können.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Für Wunder muss man beten, für Veränderungen muss man arbeiten. Das ist ein Zitat, das Thomas von Aquin zugeschrieben wird. Ich bin durchaus der Auffassung: Ora et labora. Das ist die Art, auf die wir arbeiten: hart an der Sache und auf der Grundlage des Glaubens. Es ist nicht das Prinzip Hoffnung, das uns leitet, sondern das Prinzip Leistung. Nur so haben wir die Haushaltskonsolidierung vorangebracht und den Bund-Länder-Finanzausgleich unter Dach und Fach gekriegt. Nur deshalb können wir im Innenressort mit einem ganz klaren Ziel vor Augen unterwegs sein mit dem Etappenziel 2020.

Für die Zeit danach brauchen wir klare Vorstellungen davon, wie wir die großen Reformprojekte in diesem Ressort umsetzen wollen. Die Fortentwicklung unserer Sicherheitsarchitektur gehört genauso dazu wie die Reform der Kommunal- und Verwaltungsstrukturen und eine Investitionsoffensive. Wir wollen ein Land, in dem man auf Nummer sicher geht. Dass wir im Saarland nicht auf einer Insel der Glückseligen leben, muss uns bewusst sein. Das Internet ist immer häufiger Tatmittel und Tatort. Organisierte Kriminalität und islamistisch motivierte Straftaten machen nicht an unseren Grenzen halt.

Wir haben darauf reagiert und zum Beispiel das 2013 eingerichtete Dezernat Cyber Crime stetig ausgebaut. Wir haben die bewährte Struktur zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchs - die Ermittlungsgruppe Wohnungseinbruchdiebstahl - auf drei Standorte ausgerollt und konnten uns im letzten Jahr über einen Rückgang der Fälle um 20 Prozent freuen. Ich höre, dass sich auch für dieses Jahr eine entsprechende Entwicklung abzeichnet. Mit der Neuorganisation der Operativen Einheit wurden über das Land verteilt 108 Spezialkräfte installiert, die auch den Wach- und Streifendienst verstärken. Und weil nur stete Übung gute Ergebnisse bringt, wird seit diesem Herbst an einem Einsatztrainingszentrum für 6 Millionen in Göttingen gebaut.

Die ministeriellen Sicherheitspakete - ich habe aufgehört, sie zu zählen, als eine Hand nicht mehr ausreichte - haben über 200 Köpfe gebracht, die produktiv in die Organisation eingebaut werden konn-

(Abg. Meyer (CDU))

ten, ohne den Sanierungspfad zu verlassen. Das war die Aufgabe. Über Tarifarbeit, Lebensarbeitszeitverlängerung und Personalaufstockungen konnten wir das insgesamt gewährleisten. Ich bin sowohl Minister Bouillon als auch Minister Toscani von Herzen dankbar, dass sie dies gemeinsam geschafft haben und über 20 Millionen Euro zusätzlich für mehr Personal und für eine verbesserte Ausstattung unserer Polizei freigeschaufelt haben.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Sie werden in der Geschichte dieses Landes keine Regierung finden, die derart konsequent eine konstant hohe Zahl an Anwärtern eingestellt hat. 2018 werden es 124 sein. Herr Georgi, es ist deshalb kein Hin und Her. 140 fordern jetzt die, von denen bislang nur einer gezeigt hat, was er tut, wenn er wirklich die Macht dazu hat. Schlappe 35 Anwärter pro Jahr waren es in der Regierungszeit von Herrn Lafontaine. Über 102 pro Jahr hat diese Große Koalition jährlich hinzugewonnen. Wir haben Ihre Einstellungszahlen nahezu verdreifacht.

(Zuruf: 80.)

Das macht die Scheinheiligkeit dieses Antrages der LINKEN offenbar. Ihre Expertise für Sicherheit ist sowieso spätestens mit dem zweiten Antrag zum Themenkomplex infrage zu stellen. Wie verwirrt muss man eigentlich sein, wenn man in diesen Zeiten mit an Altersstarrsinn grenzender Verbohrtheit die Abschaffung des Verfassungsschutzes fordert!

(Beifall von der CDU.)

Die Geschichte lehrt die Menschen, dass die Geschichte die Menschen nichts lehrt. Man könnte meinen, Mahatma Gandhi hätte Sie vor Augen gehabt, als er diesen Satz schuf. Wir wollen keine Vollzugspolizei, die sich Stasi-Methoden bedient. Nachrichtendienste und polizeilicher Staatsschutz müssen zwar eng und durchaus auch noch enger zusammenarbeiten. Nachrichtendienste bleiben aber nun einmal hauptsächlich dafür zuständig, Informationen einzuholen, zu überprüfen und zum Beispiel politisch motivierte Kriminalität zu verhindern. Wenn unser Verfassungsschutz ein so hohes Vertrauen genießt, dass unsere Behörden ihn beratend zur Seite bitten, dann können wir das doch nur begrüßen.

Auf der anderen Seite ist der polizeiliche Staatsschutz damit beauftragt, solche Delikte zu bekämpfen und wird also erst dann aktiv, wenn eine Straftat ganz konkret im Raum steht und aufgeklärt werden muss. Ich führe das hier speziell für einzelne Kollegen der Linksfraktion so ausführlich aus, weil in der letzten Sitzung des Innenausschusses offenbar wurde, dass diese ihr Wissen über die Arbeit des Verfassungsschutzes wohl eher aus schlechten Filmen beziehen als aus einem Kontakt mit dieser Behörde selbst.

Zudem haben uns die bürgerkriegsähnlichen Ereignisse im Umfeld des G-20-Gipfels in Hamburg, an die ich erinnern will, überdeutlich gemacht, dass wir auch auf dem linken Auge sehr wachsam sein müssen. Vielleicht ist auch das der Grund, warum Sie so vehement gegen den Verfassungsschutz kämpfen. Ein rechtsstaatlich eingebundener und parlamentarisch kontrollierter Verfassungsschutz, wie er grundgesetzlich verankert ist, steht jedenfalls für uns außer Disposition. Die Hebungen einzelner Planstellen im Kapitel 03 13 begrüße ich daher ausdrücklich.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt weist eine Reihe weiterer sicherheitsrelevanter Positionen auf. Die Deradikalisierungsprojekte im Sozialkapitel zähle ich genauso dazu wie die Errichtung einer Zentralstelle zur Terrorismusbekämpfung bei der saarländischen Justiz. Hiervon werden wir später ja noch hören.

Eine konsequente Präventions-, Ermittlungs- und Vollzugsarbeit mit dem gezielten Blick auf Gefährder, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung attackieren, braucht über alle Behörden hinweg höchste Handlungsfähigkeit. Polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Ermittlungen sowie der Vollzug müssen dabei noch besser Hand in Hand gehen. Ich bin unserem Justizstaatssekretär Roland Theis deshalb sehr dankbar, dass er dieses Reformprojekt zu seiner ganz persönlichen Sache gemacht hat.

(Beifall bei der CDU.)

Im Kapitel 13 12 - Vollzugspolizei - möchte ich die zusätzlichen Mittel in Höhe von insgesamt 2,6 Millionen Euro für die Ertüchtigung der IT-Infrastruktur nicht unerwähnt lassen. Das geht zum Beispiel in die Anschaffung von Tablets zur medienbruchfreien Vorgangserfassung zur Vermeidung von Eingabefehlern und zur Zeitersparnis und es geht in die Verbesserung der bundesweiten Einheitlichkeit der Datenverwaltung, wie sie aus der Saarbrücker Erklärung der Innenminister hervorgegangen ist. Für eine bessere persönliche Schutzausstattung geben wir darüber hinaus Geld aus. Holster, Schutzwesten, Bodycams - das sollte selbstverständlich sein. Auch der Kauf von Spezialfahrzeugen zählt dazu. Die Beamten halten jeden Tag den Kopf für uns hin. Da können sie auch die beste Ausstattung erwarten.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Was die Polizeiorganisation jetzt braucht, ist nach meiner Wahrnehmung aber auch, dass die 2012 begonnene und seither im Verlaufsmodell umgesetzte Polizeireform zu einem Abschluss kommt. Unsere Beamtinnen und Beamten wollen einen klaren Schnitt und eine nachhaltige Zielstruktur. Das höre ich in allen Gesprächen in den Inspektionen und auch mit den Gewerkschaften in den letzten Monaten. Am Ende werden weniger die Gebäude wichtig

(Abg. Meyer (CDU))

sein, auf denen „Polizei“ steht, als vielmehr die Personen, die schnell vor Ort sind oder, genauso wichtig, zentral im Backoffice Ersuchen und Ermittlungen konsequent abarbeiten. Das, was im Januar wahrscheinlich auf den Tisch kommt, muss als Struktur die nächsten fünf bis zehn Jahre tragen. Ich bin überzeugt, dass wir auf das vertrauen können, was die Fachebene hier derzeit auf der Basis vieler Analysen und Gespräche vorbereitet. Dabei sollte auch eine zeitgemäße Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine Rolle spielen, etwa durch die Eröffnung von Telearbeitsmöglichkeiten, durch Betreuungsangebote für Ausnahmesituationen und das Bemühen um lebensältere Kolleginnen und Kollegen mit Spezialkenntnissen, um diese möglichst lange in der Organisation zu halten.

Bei der zweiten großen Reformaufgabe dieser Koalition geht es um die Verbesserung der Situation der Kommunen. Gemeinde, Städte und Kreise sind der unmittelbare Lebensraum unserer Bürgerinnen und Bürger. Alles, was ihre Finanz- und Investitionskraft einschränkt oder verbessert, schlägt sich zugleich in der Infrastruktur vor Ort nieder. Ob im Köllertal oder Warndt, ob im Blies- oder Saargau, im St. Wendeler Land, Völklingen oder in der Landeshauptstadt, unser Anspruch ist, dass man überall im Saarland möglichst gleich gut lebt. Deshalb haben wir in der letzten Legislaturperiode mit dem Kommunalen Entlastungsfonds, dem Kommunalpaket und der Einführung des strikten Konnexitätsprinzips sowie mit dem neuen Bund-Länder-Finanzausgleich mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln für die Landes- und Kommunal финанzen gesorgt, und das wird übrigens im ganz Wesentlichen auch von den kommunalen Spitzenverbänden anerkannt.

Parallel mühen sich unsere Bürgermeister, Landräte und kommunalen Mandatsträger jedes Jahr neu, an Ausgaben und Strukturen zu sparen. Das fällt zunehmend schwerer und verdient daher unsererseits alle Achtung.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Obwohl sich viele Faktoren weiterhin positiv entwickeln, die Steuereinnahmen der Gemeinden, die Investitionsprogramme und Entlastungen des Bundes oder der erneut auf Rekordniveau gestiegene kommunale Finanzausgleich mit 620 Millionen Euro, wird die große Mehrzahl der saarländischen Kommunen aber im Gegensatz zum Bundestrend nicht aus eigener Kraft aus dem Defizit kommen, zu stark ist die Schuldenlast und zu erdrückend sind vor allem die Sozialkosten. Hier sind weitere Schritte notwendig: Eine echte Beteiligung unserer Kommunen an der zugesagten Teilentschuldung, eine stärkere Entlastung der Kommunen von den Sozialausgaben durch den Bund, damit ihre Sparanstrengungen nicht vergeblich sind, aber auch eine Kommunalaufsicht, die ihre rechtlichen Möglichkeiten nutzt, wenn

einzelne Kommunen - mal diplomatisch ausgedrückt - extrem kurzsichtig wirtschaften und ihre Hausaufgaben offensichtlich nicht machen. Dann muss eben ein anderer den Plan machen.

An die Herren der AfD: Hier geht es nicht in erster Linie um die Flüchtlingskosten, da ist der Bund ja bereits in großem Stil beigesprungen. Es geht beispielsweise um die enormen Fallkosten in der Jugendhilfe. Aber Sie müssen ja jedes Thema benutzen, um Ihre fremdenfeindlichen Agitationen zu platzieren. Sie können Flüchtlinge nur auf eines reduzieren, auf einen leidigen Kostenfaktor. Unser Grundgesetz ist nicht überschrieben mit „Jeder ist sich selbst der Nächste“, sondern es steht unter dem Grundsatz der Menschenwürde.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Die Leistungsfähigkeit unserer Behörden wird sich verbessern, wenn wir Doppelstrukturen abschaffen. Ich sage, eine UBA pro Landkreis/Regionalverband ist ausreichend. Wir müssen Software vereinheitlichen und Einrichtungen gemeinsam nutzen und Arbeiten im Hintergrund zentralisieren, indem wir fachliche Kompetenzzentren bilden, etwa für die Verwaltungsvollstreckung. Dabei werden wir darauf zu achten haben, dass Ansprechpartner und Kümmerer in den Verwaltungen vor Ort die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern erhalten. Das wird entscheidend sein für die Akzeptanz einer jeglichen Reform. Der Ball liegt hier erst einmal auf der Ebene der kommunalen Selbstverwaltung. Es wird spürbare Anreize brauchen, um die Gemeinden im größeren Stil zur interkommunalen Zusammenarbeit zu bewegen. Auch freiwillige Fusionen können nur dann eine Akzeptanz finden, wenn finanzielle Anreize den neuen Gemeinden eine bessere Perspektive bieten können. Solche Anreize für Reformen müssen wir schaffen und bereitstellen, aber den Mut, aufeinander zuzugehen, den können und wollen wir unseren Kommunen erst einmal nicht abnehmen.

(Beifall von der CDU.)

Im Ehrenamt sind wir, was Kooperations- und Reformbereitschaft anbelangt - das stelle ich erfreut fest - zum Teil schon weiter. Am Wochenende war ich auf einem Kameradschaftsabend des THW. Ich war wirklich berührt: Da waren selbstverständlich die Vertreterinnen und Vertreter von Freiwilliger Feuerwehr, von DRK und DLRG mit eingeladen. Die Feuerwehr hat sogar begrüßt. Da war gegenseitige Wertschätzung und Zusammenarbeit mit Händen greifbar.

(Abg. Scharf (CDU): So soll es sein, super!)

Die machen gemeinsam Nachwuchsarbeit. Die treffen sich regelmäßig, organisieren gegenseitige Schulungen und erarbeiten sogar eine gemeinsame Ausrückordnung.

(Abg. Meyer (CDU))

(Beifall von der CDU.)

Das ist einen Applaus wert, das habe ich auch so gesehen. - Die haben auch nicht vergessen, die Betriebe auszuzeichnen, die sie für ihre Einsätze freistellen. Ich hatte das gute Gefühl, dass der saarländische Weg auf Landesebene Widerhall gefunden hat, eben maximalen Einsatz zu zeigen und dort zu kooperieren, wo es dem gemeinsamen Ziel, dem großen Ganzen dient. Mein herzlicher Dank gilt an dieser Stelle allen in Hilfs- und Rettungsdiensten Engagierten und ihren Unterstützern. Der gestrige Tag hat gezeigt, wie sehr wir auf ihre Leistungsfähigkeit angewiesen sind und wie sehr sie auch unseren Rückhalt brauchen. Wir haben hohen Respekt vor ihrer kompetenten und verlässlichen Arbeit. Wir verneigen uns vor ihrem ehrenamtlichen und gemeinnützigen Engagement.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Eine noch nicht so verbreitete Gruppe Ehrenamtlicher, die First Responder, wollen wir mit einer kleinen finanziellen Anschubhilfe dabei unterstützen, ihre Arbeit noch bekannter zu machen, Mitstreiter sowie Nachahmer zu finden. Wir sind sehr stolz, in allen Bereichen auf so viel Ehrenamt bauen zu können.

Aber auch auf uns kann man bauen, sowohl im übertragenen als auch im ganz materiellen Sinne, und das künftig noch besser, denn wir wollen als Land ab 2020 100 Millionen Euro zusätzlich investieren. Dazu müssen die Planungen sozusagen vorgestern begonnen haben. Hierzu zählen insbesondere die Hochbaumaßnahmen, von den gerade über 90 anstehenden liegen ein paar der größten auf dem Campus der Universität in Saarbrücken und Homburg sowie an der HTW. Wir hatten mit dem Unterausschuss Gelegenheit, uns ein Bild vor Ort zu machen. Ich fand bemerkenswert, dass auch der Universitätspräsident, Professor Schmitt, anerkannt hat, dass hier schon sehr viele Investitionen getätigt wurden und dass der Weg einer Standortentwicklungsplanung genau der richtige ist. Die Erwartungen an unsere Obere Baubehörde sind hoch: Zeit- und Kostenpläne einhalten, Standards und Liegenschaftsmanagement umsetzen. Aber wir müssen auch realistisch bleiben, die neue Behörde kann jetzt nicht alles gleichzeitig angehen. Es ist wichtig, dass eine sorgfältige Umsetzung der einzelnen Maßnahmen im Vordergrund steht.

Auch die privaten Bauherren im ländlichen Raum sollen dazu angehalten werden, Regionalität im Baustil zu erhalten beziehungsweise ihre Objekte bestmöglich in ein Ortsbild einzupassen. Dazu haben wir den Mittelansatz für die diesbezüglichen Aktivitäten der Stiftung Baukultur um 10.000 Euro erhöht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, die vielleicht wichtigste Zahl dieses Haushalts steht für mich auf dem Deckel des Haushaltsplans. Sie lautet: 995.597 und stammt vom 31.12.2015, ist also schon ein bisschen überholt. Es ist unsere Bevölkerung, von der und für die wir gewählt sind. Mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit sind wir zum Ende des Jahres wieder siebenstellig, vielleicht wird gerade heute der oder die millionste Saarländer/in geboren. Und das heißt vor allen Dingen eins: Unser Saarland hat Zukunft! Für jeden einzelnen Bürger haben wir uns hier ins Zeug zu legen, damit sie weiterhin eine lebenswerte Heimat, eine moderne Verwaltung und eine sichere Umgebung vorfinden. Das funktioniert aber weder mit Panikmache, noch indem man Versprechungen macht, die jedweder Grundlage entbehren. Es funktioniert mit viel Reformbereitschaft, Realitätssinn und Mut. Das bringen wir alles mit, wir haben den Zug nicht nur auf den Gleisen gehalten, wir stellen auch die Weichen richtig. Dafür steht auch der Einzelplan 03 samt der vorliegenden Änderungen der Koalitionsfraktionen. Ich bitte um Ihre Zustimmung und danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat nun der Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion Josef Dörr.

Abg. Dörr (AfD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Meyer! Zuerst möchte ich Sie bedanken. Ich habe absolut nichts dagegen, dass man Flüchtlingen hilft. Ich habe solche Hilfe auch selbst erlebt. Ich habe den letzten Weltkrieg als Kind noch erlebt und war von Weihnachten 1944 bis Herbst 1945 außerhalb des Saarlandes. Wir waren innerhalb von Deutschland geblieben. Ich habe also wirklich nichts dagegen, dass man solchen Menschen hilft. Ich habe persönlich auch schon Menschen geholfen. Aber niemand kann übersehen, dass das ungebremste Eindringen von Leuten in Massen - illegal und ohne, dass man die Leute kennt - in unserem Land Probleme schafft. Und das ist der Punkt. Das hat mit der AfD nichts zu tun. Wenn die AfD nicht da wäre, wäre dieses Problem genauso da, nur ist die AfD eine der Parteien, die auf dieses Problem hinweist.

Wenn wir hier über Inneres, über die Polizei und deren Ausstattung reden und darüber, wie wenig Polizei wir vor ein paar Jahren hatten, dann muss man doch auch sehen, dass da ein Zusammenhang besteht. Ich hätte zum Beispiel keine Bedenken gehabt, meine Frau vor 20 Jahren nachts um elf Uhr ganz allein vom St. Johanner Markt zum Hauptbahnhof gehen zu lassen. Ihr wäre wahrscheinlich nichts

(Abg. Dörr (AfD))

passiert. Ich würde das heute nicht mehr machen. Ich weiß nicht, wer von Ihnen als Mann seine Frau, Tochter oder Mutter allein auf diese Strecke schicken würde. Wer Ja sagt, der soll es dann mal machen. Ich denke, wir haben da ein Problem.

Der Mensch erhebt sich über die Tierwelt dadurch, dass er nach Sicherheit strebt und versucht, sich diese Sicherheit zu besorgen. Ein Beispiel: Sie gehen alle davon aus, dass, wenn sie heute Abend nach Hause kommen, Sie etwas zu essen haben und ein Bett vorfinden, in dem Sie warm und trocken liegen können. Das ist in der Natur nicht immer so. Dieses Sicherheitsgefühl wollen wir auch im Saarland. Dieses Sicherheitsgefühl ist im Augenblick gefährdet.

Wir haben also eine Situation, in der man als Einzelmensch in seiner Gesundheit, in seinem Leben gefährdet ist. Es gibt auch Gefährdung von Eigentum, zum Beispiel von Wohnhäusern. Es gibt Überfälle und Diebstähle. Davon ist sogar unsere Ministerpräsidentin nicht ausgeschlossen. Es gibt das zunehmend und zusehends.

(Zurufe und Sprechen.)

Deshalb bin ich der Ansicht, dass wir verstärkt in die Polizei investieren müssen, und zwar zuerst personell. Wenn man weiß, dass die Ausbildung drei Jahre dauert, dann weiß man auch, dass die 120 Leute - ich war dabei, als sie kürzlich vereidigt wurden - zur Ausbildung eingestellt werden, diese erst nach drei Jahren zur Verfügung stehen. Das heißt also, was wir in drei Jahren wollen, müssen wir jetzt machen. In der Ausstattung müssen wir auch sofort etwas tun. Wir unterstützen unsere Polizei. Wir wollen, dass sie gut ausgerüstet und gut personalisiert ist und ihre Aufgaben erfüllen kann. - Danke schön.

(Beifall von der AfD.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat die Abgeordnete Petra Berg von der SPD-Landtagsfraktion.

Abg. Berg (SPD):

Meine sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Die Verabschiedung eines Haushaltes ist oder sollte auf jeden Fall für uns alle ein Highlight in einem Plenarjahr sein, weil sie auch Gelegenheit gibt, Zusammenfassungen sowie Gewichtungen von politischen Themen vorzunehmen und auch aufzuzeigen. Insbesondere nach einem sehr turbulenten Wahljahr, das uns allen noch etwas in den Knochen steckt und in dem sich auch unterschiedliche Konstellationen in den Parlamenten ergeben haben, ist es besonders wichtig, Bilanz zu ziehen und Perspektiven aufzuzeigen.

Dafür bietet insbesondere der Einzelplan 03 Gelegenheit, denn der Einzelplan 03 beinhaltet Themenfelder, die in der öffentlichen Stimmungs- und Interessenlage eine hohe Priorität genießen. Es geht um die Fragen: Wie geht es weiter mit der Organisation der Polizei? Wie geht es weiter mit der Unterstützung unserer Rettungsdienste, der Förderung des Ehrenamtes und des Sports? Wie können in diesem Land große Bauprojekte klug auf den Weg gebracht werden?

Um es vorwegzunehmen: Wir wollen heute und in den nächsten Jahren eine Kette des Zusammenhaltes und der Stärke schmieden. Unser Saarland braucht diese Kette gerade in der Innenpolitik, um im Bund und in Europa eine starke Stimme zu haben. Darauf hat unser Fraktionsvorsitzender, Herr Stefan Pauluhn, heute Morgen schon hingewiesen. Es ist uns in der Vergangenheit gelungen, mit Entschlossenheit und Kreativität und gemeinsam mit den Saarländerinnen und Saarländern, denen wir einiges abverlangt haben, diese Kette des Zusammenhaltes und der Stärke zu schmieden, sodass der Kitt des Zusammenlebens in unserem Land nicht aufgrund der Sparmaßnahmen aufweicht, sondern diesen Stand hält.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Diese Kette, liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt auch unseren Kindern und Kindeskindern eine gute Perspektive für ein Leben in einem eigenständigen Saarland. Die Polizei, ein wichtiges Themenfeld im Einzelplan 03, garantiert unseren Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit, und zwar mit guten personellen und sachlichen Mitteln. Deshalb müssen wir sie auch gut ausstatten. Auf die Einstellungszahlen wurde schon hingewiesen. Unser Ziel ist es, den Personalbestand ab 2021 zu stabilisieren. Ich bin sicher, dass uns das auch gelingen wird.

Ein grundsätzliches Anliegen ist es, die Präsenz der Polizei in der Fläche zu erhalten, damit die Saarländerinnen und Saarländer sich vor Ort sicher fühlen können. Darauf haben wir uns in der Koalition geeinigt: In jeder Kommune ein Polizeistandort. Daran halten wir fest, damit die Präsenz erhalten bleibt. An dieser Stelle der Diskussion, liebe Kolleginnen und Kollegen, dürfen wir die Kommunen nicht außer Acht lassen. Die Bürgermeister brauchen vor Ort einen Ansprechpartner bei der Polizei. Die regionalen Besonderheiten sind auch beim Thema Sicherheit immer mit zu berücksichtigen.

Wir reden über eine neue Reform der Organisation bei der saarländischen Polizei. Die Organisationseinheiten sollen auf den Prüfstand kommen. Ziel dabei ist es, mehr Personal für den Polizeivollzugsdienst zur Verfügung zu stellen. Dabei ist auch im Gespräch, die B-Inspektionen abzustufen. Das ist in einer Arbeitsgruppe genau zu eruieren und zu prüfen.

(Abg. Berg (SPD))

fen, denn man muss bedenken, dass bei einer Abwanderung von Entscheidungsträgern von einer B-Inspektion in eine A-Inspektion Personalentscheidungskompetenz mit abwandert. Dabei muss im Auge behalten werden, dass das Ziel, nämlich mehr Polizeivollzugsbeamte in die Streifenwagen zu bekommen, auch tatsächlich erreicht wird.

Das Ziel ist, eine Reform mit Bedacht durchzuführen, die die Grundlage für eine nachhaltige Organisationsstruktur der saarländischen Polizei bildet. Kollegin Meyer hat es auch schon aufgegriffen. Sicherheitsstruktur 2030 wäre der richtige Begriff, wenn alle Organisationseinheiten auf den Prüfstand kommen und von Dauer sein sollen. Die Gewerkschaften - das muss man hier auch berichten - reden von einer Reformmüdigkeit von Kolleginnen und Kollegen. Umso wichtiger ist es, Reformen mit nachhaltigen Strukturen für ein effektives Wirken des Polizeivollzugsdienstes abzuschließen. Das ist unser Ziel. Das werden wir auch erreichen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sagte schon, dass Kernaufgabe der saarländischen Polizei ist, die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. In der Adventszeit rückt die Bedeutung der Sicherheit in ein anderes Licht. Sie bestimmt auch unsere vorweihnachtliche Stimmung. Die meisten Menschen im Saarland können diese Zeit unbeirrt vom Leid dieser Welt genießen. Dafür, dass diese Adventszeit Jahr für Jahr auch in Sicherheit genossen werden kann, tragen die Polizistinnen und Polizisten große Verantwortung, indem sie nämlich die Sicherheitskonzepte für die zahlreichen Weihnachtsmärkte, die wir alle besuchen, erarbeiten und umsetzen. Mit Betonklötzen und Fahrzeugsperrern verbinden wir zwar nicht gerade vorweihnachtliche Gefühle - das dürfte vielen Menschen in der Bevölkerung so gehen -, wenn sie aber zum Schutz zum Beispiel des Saarbrücker Christkindlmarktes eingesetzt werden, den geschätzt 900.000 Besucher in dieser Saison besuchen, dann sind uns diese Maßnahmen sehr wohl willkommen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, neue Aufgabenstellungen und Sicherheitslagen bringen neue Herausforderungen mit sich sowohl in der Struktur als auch im Arbeitsumfeld der Polizeibeamtinnen und -beamten. Deshalb muss ich mit Blick auf den Debattebeitrag des Kollegen der Linksfraktion festhalten: Auf der einen Seite reden Sie von Belastungen der Polizei, auf der anderen Seite wollen Sie aber keine technischen Investitionen haben. Sie tun alles ab mit Überwachungsapparaturen. Da sage ich, das ist der falsche Weg, denn auch Investitionen in die Technik für Polizeibeamtinnen und -beamte können zu deren Entlastung beitragen. Ich glaube, es ist gut, dass wir auf diese Weise gute Arbeitsbedingungen für unsere Beamtinnen und Beamten schaffen.

(Zuruf des Abgeordneten Georgi (DIE LINKE).)

An dieser Stelle geht auch mein Dank an alle Polizeibeamtinnen und -beamten, die gerade in dieser Zeit viel für unsere Sicherheit tun, nicht nur auf Weihnachtsmärkten, sondern auch im tagtäglichen Geschehen, ob bei Unfällen oder bei anderen Einsätzen. Wir haben heute Morgen schon von dem Brandeinsatz gehört. Vielen Dank an die Helferinnen und Helfer, die an sieben Tagen in der Woche 24 Stunden für uns bereitstehen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Noch ein ganz klares Statement für die SPD-Fraktion: Wir sehen den Verfassungsschutz als unverzichtbaren Pfeiler unserer Sicherheitsarchitektur an, denn es gibt neue Aufgaben bei sich verändernden Sicherheitslagen. Denen muss man optimal begegnen. Deshalb muss man die Organisationsstruktur anpassen. Synergien werden künftig geschaffen werden durch die Bündelung von Querschnittsaufgaben im Innenressort. Dabei wird selbstverständlich die Trennung von Verfassungsschutz und Polizei gewährleistet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in unserem Haus kommt am Ende des Jahres eine vorweihnachtliche Stimmung auf. Ich bitte Sie dennoch, einen Moment innezuhalten und an diejenigen zu denken, bei denen die Adventszeit ganz und gar nicht von Geborgenheit und Wärme geprägt ist, sondern von Unsicherheit und Kälte, von Hilfsbedürftigkeit und Alleinsein. Ich spreche von den Menschen, die in Armut leben, manche von ihnen ohne Obdach, von Menschen, die der Pflege bedürfen, die besondere Hilfe im täglichen Leben brauchen. Wir hier im Saarland haben glücklicherweise sehr viele engagierte Saarländerinnen und Saarländer, die sich ehrenamtlich im Dienste der Gemeinschaft einsetzen. Ich möchte mich deshalb an der Stelle auch ganz herzlich bei allen ehrenamtlich Tätigen bedanken, die ihre Freizeit für die Menschen opfern, welche der Hilfe bedürfen, welche Unterstützung brauchen, die ihre Freizeit einbringen für ihre Mitmenschen. Dafür ganz herzlichen Dank aus diesem Hause.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Besonders hervorzuheben ist das Ehrenamt im Bereich der Rettungsdienste und auch der Hilfsdienste, insbesondere der Feuerwehren. Heute Morgen haben wir der Opfer und ihrer Angehörigen der Brandkatastrophe des gestrigen Tages gedacht. Das hat uns alle sehr betroffen gemacht. Bei diesem Einsatz waren Rettungsdienste und Polizeibeamtinnen und -beamte im Einsatz und haben alles Menschenmögliche getan, sie sind an die Grenzen ihrer physischen und psychischen Belastbarkeit gegangen, um Opfer zu retten, um Menschenleben zu retten. Deshalb an dieser Stelle noch einmal meinen ganz hohen Respekt und die Anerkennung für die Menschen, die

(Abg. Berg (SPD))

gestern bei der schlimmen Brandkatastrophe im Einsatz waren. Ich möchte auch noch einmal unsere Trauer und Betroffenheit zum Ausdruck bringen, wir werden der Opfer und ihrer Angehörigen auch in Zukunft gedenken.

Meine Damen und Herren, wir haben für das Haushaltsjahr im Bereich der Feuerwehren Zuschüsse eingestellt, im Bereich der Jugendfeuerwehr 35.000 Euro, für die Feuerweherschule 151.000 Euro, wohl wissend, dass wir mit finanziellen Mitteln niemals den Einsatz der Kameradinnen und Kameraden aufwiegen können, den sie im täglichen Leben für uns erbringen.

Die Rettungsdienste und Hilfsdienste wie das Deutsche Rote Kreuz, der Arbeitersamariterbund, die Malteser und auch das Technische Hilfswerk sind auch an diesen Tagen auf den Weihnachtsmärkten für uns unterwegs. Sie agieren zwar nicht im Vordergrund, sie agieren im Hintergrund, sind aber immer in Rufbereitschaft, wenn die Menschen sie brauchen. Dafür, dass sie uns an diesen Tagen begleiten, damit wir diese Tage unbeschwert genießen können, an dieser Stelle einen herzlichen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir schmieden eine Kette des Zusammenhalts und der Stärke, wir sind enger zusammengerückt. Wir schmieden eine Kette, die - das möchte ich betonen - auch Halt für von Krieg und von schlimmsten Verbrechen gegen die Menschlichkeit Verfolgte in unserem Land bietet. Eine Kette, die den Rechtspopulisten standhält und unsere Gesellschaft verbindet, eine Gesellschaft, in der Schutzsuchende auch Schutz bekommen. In der Landesaufnahmestelle Lebach wird die wichtige Arbeit auch von Ehrenamtlichen unterstützt.

Betroffen mussten wir heute Morgen in der Grundsatzzdebatte wieder zur Kenntnis nehmen, dass nicht alle in diesem Hohen Hause das so sehen. Ich persönlich bin sehr froh, dass uns Herr Dörr mit seinen Ideen verschont hat. Er hat nur die Forderung nach unseren Ideen gestellt. Ich möchte aus dieser Ecke auch keine Ideen hören, da bin ich ganz klar aufgestellt. Ich sage auch in aller Ehrlichkeit, die Sie heute Morgen eingefordert haben: Wir lassen nicht zu, dass diese Kette des Zusammenhalts und der Stärke durch das populistische Schüren von Sozialneid gesprengt wird und der einzelne Mensch in der Diskussion um Obergrenzen und Angst vor Überfremdung verloren geht. Das lassen wir in diesem Hause nicht zu.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Hierzu leistet auch die Härtefallkommission einen wichtigen Beitrag. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch in Zukunft die Härtefallkommission so-

wohl personell als auch auf einer guten rechtlichen Grundlage ihre wichtige Arbeit fortsetzen kann.

Noch ganz kurz zur Bauverwaltung. Das ist ein Bereich, der neu aufgestellt wurde, um die Pannen der Vergangenheit zu vermeiden und ab dem Jahr 2020 in ein Jahrzehnt der Investitionen einsteigen zu können. Dafür stellen wir die Weichen, auch mit einer Nachpersonalisierung, darauf wurde schon eingegangen. Ein für uns ganz wichtiges Thema im Bereich Bauen ist aber dennoch - das muss erwähnt werden - der soziale Wohnungsbau. Dafür setzen wir uns in Zukunft ein. Wir werden uns für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus einsetzen, weil er ganz wichtig ist für die Schaffung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Deshalb muss bezahlbarer Wohnraum für die Menschen in diesem Lande geschaffen und vorgehalten werden. Dazu gehört ausdrücklich auch die Schaffung von barrierefreiem Wohnraum. Auch darauf werden wir ein Hauptaugenmerk richten.

Abschließend, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich noch ein wichtiges Thema für dieses Land ansprechen, den Saarsport. Leistungs-, Breiten- und Freizeitsport sind wichtige Glieder in einer Kette des Zusammenhalts und der Stärke. Bei der Wahl der Saarsportler am 26. November haben wir hervorragende Einzel- und Teamleistungen gewürdigt. Auch in Zukunft wollen wir sportliche Talente hervorbringen. Das können wir natürlich nicht allein mit finanziellen Mitteln machen, denn - Herr Schäfer weiß das selbst sehr gut - es ist vielmehr das Talent, der Wille und die Leidenschaft der saarländischen Athleten, die sie zum Erfolg führen und sie auch zum Botschafter für unser Land machen.

Gleichwohl schaffen wir mit unserem Haushalt in Einzelplan 03 auch gute Voraussetzungen hierfür. Wir haben die Zuwendungen an Sport treibende Vereine zu besonderen sportlichen Veranstaltungen um weitere 150.000 Euro erhöht. Darin sind auch Mittel zur Förderung inklusiver Angebote Sport treibender Vereine enthalten. Wir haben uns ferner ohne Einschränkungen zum Sportachtel bekannt. Das Sportachtel ist ein ganz wichtiger Finanzierungsfaktor für den Saarsport, der uns auch erhalten bleiben wird.

Ein Teil der Sportinfrastruktur bildet die Vielfalt der Einrichtungen. Deshalb seien mir an der Stelle zwei Worte zu einer Einrichtung gestattet, die im Saarland ein Alleinstellungsmerkmal aufweist, die Eissporthalle in Dillingen. Sie ist in die Jahre gekommen. Nun wird geprüft, ob sie sanierungsfähig ist. Sie dient einem sehr gut aufgestellten Verein als Trainingszentrum mit überregionaler Bedeutung. Deshalb ist mein Appell: Zum Erhalt dieses Sportzentrums sollten alle Kräfte gebündelt werden, damit insbesondere viele Kinder, die in diesem Bereich

(Abg. Berg (SPD))

trainieren und aktiv sind, eine geeignete Sportstätte vorfinden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen darüber hinaus an der einen oder anderen Stelle unsere Sportinfrastruktur überdenken. Die Bäder im Saarland sind ein wichtiges Element für den breiten Gesundheits- und Behindertensport. Ich stelle heute fest, dass die Diskussion um die Schwimmbäder nicht vom Ende her gedacht werden kann. Der erste Schritt muss ein Landesbäderkonzept sein, der zweite Schritt die Finanzierung. Alles andere hilft den Kommunen, die für den Betrieb ihrer Bäder verantwortlich sind, nicht. Die Kommunen müssen durch ein abgestimmtes Konzept in die Lage versetzt werden, ihren Bürgerinnen und Bürgern das Erreichen eines guten Bades zu ermöglichen und gegebenenfalls auch gemeinsam die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel zu stemmen. Dafür ist das Landesbäderkonzept ein guter sachlicher Rahmen.

Aber auch die soziale Komponente muss beachtet werden. Schwimmen lernen muss unabhängig von der sozialen Herkunft ermöglicht werden. Der Zugang zu öffentlichen Bädern, das ist sehr wichtig, muss jedem Saarländer und jeder Saarländerin möglich sein. Das muss bei der Gestaltung von Eintrittspreisen unbedingt beachtet werden. Sport hat eine herausragend integrative Wirkung, sei es im Kindesalter oder auch bei Menschen, die zu uns gezogen sind. Wir müssen daher stärker für das Teilhabegesetz werben, damit alle Sportangebote gleichermaßen in Anspruch genommen werden können. Das gilt auch und in besonderem Maße für den Behindertensport. Viele Menschen mit Handicap treiben gerne Sport und bereichern damit das Vereinsleben. Die Saarländerinnen und Saarländer kommen gerne in Vereinen zusammen, vor allem in Sportvereinen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe mit dem Spitzensport begonnen und ende mit dem Ursprung des Spitzensports, dem Breitensport. Unter uns ist mit Anke Rehlinger eine deutsche Mannschaftsmeisterin, die auch aus dem Breitensport erwachsen ist. Spitzensport wurzelt im Breitensport. Der Breitensport bildet das Fundament des Spitzensports. Deshalb ist uns die Förderung des Breitensports und des dort verankerten Ehrenamtes ein ganz wichtiges Anliegen. Der Saarsport ist ein weiteres festes Glied in der Kette des Zusammenhalts und der Stärke. Die Kette im Bereich der Innenpolitik habe ich aufgezeigt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns an dieser Kette gemeinsam weiterhin schmieden. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. - Das Wort hat nun der Abgeordnete Dennis Lander von der Fraktion DIE LINKE.

Abg. Lander (DIE LINKE):

Verehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, wir finden es gut, dass Sie die Ausstattung bei der Polizei verbessert haben, beispielsweise bei den Schutzwesten. Wir begrüßen es natürlich auch, dass Sie besorgt um die Sicherheit der Saarländerinnen und Saarländer sind. Aber deshalb müssen Sie ja nicht gleich alle Ideen von George Orwell umsetzen. Benjamin Franklin soll gesagt haben: Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.

Es ist ja auch schizophren. Einerseits baut die Regierung nach wie vor Stellen bei der Polizei ab. Und durch die neue Reform, die jetzt angestoßen wurde, scheinen ja noch mehr Stellen abgebaut zu werden. Da hilft es dann auch nichts, wenn man Hilfspolizistinnen und Hilfspolizisten auf der Straße hat oder ertragsarme Aktionstage in Saarbrücken startet, an denen man Raucher verfolgt. Das kann bei der aktuellen Struktur der Polizei einfach nicht funktionieren.

Andererseits wollen Sie die Defizite durch mehr Überwachung kompensieren. Auch wenn der Sinn dieses Aktionismus wirklich zweifelhaft ist, belegen doch mehrere Studien, dass mehr Überwachung nicht zu weniger Straftaten führt, denn die Straftaten sinken weder in der U-Bahn in Berlin noch in der Londoner Innenstadt, der am meisten überwachten Stadt der Welt. Außerdem müssen Sie erst einmal einen Polizisten finden, der den ganzen Tag vor dem Bildschirm sitzt und das Videomaterial auswertet, denn die Aufmerksamkeitsspanne bei Videoüberwachung beträgt maximal 20 Minuten. Und selbst wenn der Polizist jemanden findet, wo etwas passiert ist, ist es fraglich, ob vor Ort überhaupt Einheiten sind, die dann auch eingreifen können. Deshalb ist die Debatte um die Gesichtserkennungs-Software wirklich sinnlos, einmal ganz abgesehen davon, ob das überhaupt gesellschaftlich wünschenswert ist.

In China beispielsweise hat man jetzt eingeführt, dass, wenn jemand bei Rot über die Straße geht, das Gesicht dieser Person oben auf einem Display auf der Straße eingeblendet wird bis diese beim Ordnungsamt ihre Strafe bezahlt hat. Das kann wirklich nicht wünschenswert sein. Kai Biermann beschreibt die Debatte zur Videoüberwachung treffend in der Zeit: Terrorismus und Kriminalität sind gesellschaftliche Probleme. Um sie zu bekämpfen, braucht es viele Wege. Kameras sind der billigste und der schlechteste Weg. Sie ändern nichts an den Ursachen, sie können nur die Symptome beobachten. - Die Symptome zu beobachten, das kann ja nun wirklich nicht unser Ziel sein. Also ist der Nutzen von Überwachung sehr gering, der Schaden ist jedoch enorm, denn Freiheits- und Bürgerrechte werden massiv eingeschränkt.

(Beifall bei der LINKEN.)

(Abg. Lander (DIE LINKE))

Edward Snowden hat es auf den Punkt gebracht: Zu sagen, dass man sich nicht um das Recht auf Privatsphäre schert, weil man nichts zu verbergen habe, ist nichts anderes, als wenn man sagt, dass man sich nicht um freie Meinungsäußerung schert, weil man nichts zu sagen hat. - Auch wenn im Saarland immer noch die heftig geforderte Fußfessel gefeiert wird, muss man doch sehen, dass das aus kriminalistischer Sicht reiner Schwachsinn ist. Denn Anschläge passieren immer genau da, wo man nicht damit rechnet. Wir haben im Saarland genau einen Fall mit einer Fußfessel, einen Fall für das ganze Hickhack in den Medien, wo das medial ausgeschlachtet wurde bei der Innenministerkonferenz. Das ist wirklich absurd.

Und wo wir gerade bei absurder Überwachung sind: Was haben Sie sich eigentlich beim Landesamt für Verfassungsschutz gedacht? Die sollen jetzt mit dem Jobcenter und mit der Kommunalbehörde zusammenarbeiten, indem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Auffälligkeiten dem Landesamt melden. Also kann jeder, der dort hingeht, willkürlich zu einem Verdächtigen werden. Das ist einmalig in der Bundesrepublik. Und so etwas nach all den Skandalen der Behörde! Liebe Frau Kollegin Meyer, haben Sie denn wirklich den NSU vergessen, den Fall Amri oder die Operation Rennsteig, wo das parlamentarische Kontrollgremium bewusst belogen wurde?

(Zurufe von der CDU.)

Warten Sie ab. Wir denken, dass diese Behörde so nicht weiter existieren kann. Personal vom Landesamt für Verfassungsschutz sollte in die Polizei eingegliedert werden und - Herr Kollege Hans, passen Sie jetzt auf, da haben Sie unseren Antrag offenbar nicht ordentlich gelesen - mit polizeilichen Maßnahmen effizienter gegen Terrorismus und Wirtschaftskriminalität genutzt werden. Denn es sind nicht die Armen beim Jobcenter, die für unseren Staat gefährlich sind, sondern diejenigen, die in den Paradise Papers stehen und unseren Staat um Milliarden prellen.

(Beifall bei der LINKEN.)

Aber nun zurück zur Polizei. Wir müssen neu über die Bodycams nachdenken. Die Studie in der New York Times hat gezeigt, dass Bodycams in Washington D. C., wo eine repräsentative Studie mit über 2.000 Polizistinnen und Polizisten angelegt wurde, so gut wie keine Effekte bringen. Selbst die GdP Saar wollte den Rückgang an Gewalttaten gegen Polizistinnen und Polizisten nicht auf die Bodycams zurückführen, nur die Landesregierung, die sich dafür gefeiert hat. Außerdem hat die Landesregierung keine Ambitionen, die Kritik der Landesbeauftragten für Datenschutz umzusetzen. Diese sagt nämlich, dass Bodycams eigentlich nur gerechtfertigt sind, wenn es um Gefahr für Leib und Leben

geht und nicht um einfache Delikte wie zum Beispiel Beleidigung.

Und wo wir gerade bei der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit sind: Es ist gut, dass hier vier neue Stellen geschaffen werden. Aber das ist im Endeffekt nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir brauchen eigentlich vier weitere Stellen. Die Behörde erfüllt sowohl öffentliche als auch nicht-öffentliche Aufgaben. Dafür sind 13 beziehungsweise jetzt perspektivisch 17 Stellen vorhanden. Damit zählt dieses Datenschutzzentrum nach wie vor zu den kleinsten Behörden in Deutschland. Nur als Beispiel: Berlin hat im Gegensatz dazu über 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Aufgaben dieser Behörde werden immer umfangreicher, vor allem jetzt, wo auch neue EU-Richtlinien umgesetzt werden müssen. Erwähnenswert ist an dieser Stelle vielleicht auch, dass sich die unabhängige Datenschutzkonferenz vor ein paar Wochen gegen die Vorratsdatenspeicherung ausgesprochen hat.

Zum Schluss noch ein Zitat: Die durch unsere Demokratie garantierte Freiheit durch reflexhafte politische Schnellschüsse zu opfern ist genau das, was die Feinde unserer Grundordnung erhoffen. Wir wollen keinen Orwell'schen Überwachungsstaat, unsere Freiheit ist ein hohes Gut, das es zu schützen gilt. Ohne Freiheit gibt es keine Sicherheit - und umgekehrt. - Diese Sätze stammen aus dem Positionspapier der SPD vom letzten Jahr. Ich finde, das kann man nur unterschreiben. Ich weiß, diese Kritik gefällt Ihnen nicht. Aber Freiheit ist - laut Orwell - das Recht, anderen zu sagen, was sie nicht hören wollen. - In diesem Sinne, vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. Die Abgeordnete Ruth Meyer hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet. Ich lasse diese zu. Sie können gerne auch ans Rednerpult treten.

Abg. Meyer (CDU):

Meine Damen und Herren, ich wollte noch etwas zur Sitzung des Innenausschusses sagen, denn eines kann man so nicht stehen lassen: Der Vergleich in Sachen NSU mit unserem Verfassungsschutz, das ist einfach völlig infam. Sie waren in diesem Ausschuss verschiedentlich dabei. Es ging darum, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesanstalt für Arbeit den Verfassungsschutz vertrauensvoll hinzugezogen haben. Das sind nicht, wie Sie das dargestellt haben, eingeschleuste V-Leute. Deshalb ist dieser Vergleich einfach völlig ungehörig. Das muss man hier klarstellen.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Vizepräsidentin Ries:

Möchten Sie darauf antworten? - Bitte.

Abg. Lander (DIE LINKE):

Frau Kollegin Meyer, ich kann mich nicht daran erinnern, dass Sie Mitglied des VR-Ausschusses sind. Daher können Sie doch gar nicht beurteilen, was mit dem Verfassungsschutz im Saarland ist. Und ganz ehrlich, wenn Sie sich an die Operation „Rennsteig“ erinnern: Da wurde das parlamentarische Kontrollgremium bewusst getäuscht. Woher wissen Sie, dass so etwas hier nicht auch stattfindet? Daher war die Frage im Ausschuss, ob denn beim Jobcenter V-Leute installiert seien. Ich denke, mein Recht als Parlamentarier ist es nach wie vor, so etwas zu erfragen. Wenn man bewusst getäuscht wird.

(Beifall von der LINKEN. - Abg. Meyer (CDU): Und wie war die Antwort? - Abg. Hans (CDU): Unsäglich! - Sprechen. - Abg. Hans (CDU): Das ist doch Unsinn! Ihr seid im Verfassungsschutzausschuss! Das ist wirklich Quatsch.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat nun der Abgeordnete Raphael Schäfer von der CDU-Landtagsfraktion.

Abg. Schäfer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, dem Thema innere Sicherheit ist in den Debattenbeiträgen nun schon sehr viel Raum gewidmet worden. Nichtsdestotrotz möchte ich kurz zu den Aussagen des Kollegen Lander Stellung beziehen, denn sie dürfen so einfach nicht stehenbleiben. Sie fordern, den Verfassungsschutz abzuschaffen. Sie wollen keine Videoüberwachung. Meine Frage an Sie: Wie wollen Sie denn dann die Sicherheit in diesem Land verbessern?

(Abg. Lander (DIE LINKE): Durch mehr Personal.)

Dieser Innenminister hat zahlreiche Sicherheitspakete präsentiert; das alles wurde hier bereits mehrfach ausgeführt. Wir werden die Polizei stärken durch erhöhte Einstellungszahlen bei den Anwärtern. Wir investieren in Sicherheitsausrüstung. Die geplante Videoüberwachung im Bereich der Johanneskirche und im Umfeld der Europagalerie mit George Orwell zu vergleichen, das ist nun wirklich sehr weit hergeholt. Immerhin trägt Ihre Partei ja auch Verantwortung in der Landeshauptstadt Saarbrücken, deshalb wissen Sie, dass die geplanten Videoüberwachungsmaßnahmen auf Basis des bestehenden Rechts, auf Basis des Saarländischen Polizeigesetzes, umgesetzt werden. Das sollte hier noch einmal klargestellt werden.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Ich möchte nun aber den Fokus noch auf ein ganz anderes, nicht weniger wichtiges Thema legen: auf das Thema Sport und Ehrenamt. Auch die Kollegin Petra Berg hat das schon angesprochen. Dieses Thema ist in unserem Land von ganz zentraler Bedeutung. Ich will deshalb klar sagen, dass mit dem vorgelegten Regierungsentwurf zum Haushalt eine klare Botschaft an den Saar-Sport verbunden ist. Es wird darin deutlich, dass das Ehrenamt und der Sport insgesamt in diesem Lande von herausragender Bedeutung sind, dass Sport und Ehrenamt einen ganz wichtigen gesellschaftlichen Beitrag in diesem Land leisten. Deshalb haben der Sport und das Ehrenamt große Anerkennung und große Wertschätzung durch uns alle verdient.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Mit Blick auf die aktuellen Ansätze im Regierungsentwurf möchte ich ein paar Zahlen aufgreifen. Beispielsweise sind im Bereich Anerkennungskultur/Ehrenamt 17.900 Euro eingestellt. In diesem Jahr werden wir erstmalig das Fußball-Fan-Projekt „Innwurf“ mit 30.000 Euro unterstützen. Insgesamt stehen für die Förderung der Integration durch Sport 85.000 Euro zur Verfügung. Und wir werden - jetzt kommt es! - erstmalig 370.000 Euro für die Ausrichtung von Sportgroßveranstaltungen zur Verfügung stellen; der Minister wird dazu sicherlich später noch etwas sagen. Summa summarum reden wir also über einen Betrag von mehr als einer halben Million Euro, der auf der Grundlage des Regierungsentwurfs für den Sport und das Ehrenamt zur Debatte steht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Rahmen der Haushaltsberatungen haben wir uns in der Großen Koalition des Themas „Sport und Ehrenamt“ auch noch einmal angenommen. Wir sind zur Auffassung gelangt, dass wir einen zusätzlichen Schwerpunkt setzen müssen, dass wir zusätzliche Gelder investieren müssen. Deswegen haben wir einen Abänderungsantrag formuliert, den auch die Kollegin Berg schon angesprochen hat. Wir wollen explizit den Bereich Anerkennungskultur/Ehrenamt um 150.000 Euro verstärken.

Zudem sind wir der Meinung, dass es uns gut zu Gesicht stünde, wenn wir zusätzliche Sportgroßveranstaltungen in unser Land holen könnten. Das wird einerseits zu mehr regionaler Wertschöpfung führen, andererseits aber auch, und das ist besonders wichtig, unseren mehr als 2.000 saarländischen Sportvereinen helfen. Die Vereine werden davon profitieren, insbesondere bei der Nachwuchsarbeit. Wir wissen ja, dass es für die Nachwuchssportler außerordentlich wichtig ist, dass auch Spitzenathleten vor Ort präsent sind, dass sie spürbar sind, dass sie auf der Laufbahn oder in der Sporthalle live angeschaut werden können. Das bindet die Kinder und Jugendlichen langfristig an unsere Vereine. Daher ist auch das ein ganz wichtiger Punkt.

(Abg. Schäfer (CDU))

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Deshalb haben wir auch hinsichtlich der Sportgroßveranstaltungen einen Abänderungsantrag eingebracht, mit dem wir dem Sportminister Klaus Bouillon zusätzlich 150.000 Euro an die Hand geben wollen, damit überregionale Sportveranstaltungen ins Land geholt werden können. Vor ein paar Wochen durfte ich übrigens einer Veranstaltung mit dem DOSB-Präsidenten Alfons Hörmann beiwohnen, bei der dieser über die volkswirtschaftlichen Effekte des Sports referiert hat. Ich möchte Ihnen in diesem Kontext ein paar recht interessante Zahlen präsentieren, die Bände sprechen: Es gibt im Bereich des Sports 1,7 Millionen Beschäftigte. 3,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entfallen auf den Sportsektor. 138 Milliarden Euro werden für den Sportkonsum ausgegeben. Mehr als 22 Milliarden Euro werden an Steuereinnahmen durch den Sport generiert. Dem stehen knapp 10 Milliarden Euro an Ausgaben des Staates gegenüber. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, wenn man sich diese Zahlen vor Augen hält, steht außer Frage, dass sich staatliche Investitionen in diesem Bereich ganz klar lohnen. Kollege Tobias Hans hat es heute Morgen auch schon angesprochen, dass jeder ins Ehrenamt, in den Sport investierte Euro gut investiertes Geld ist.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Daher ist die Sportoffensive von Innen- und Sportminister Klaus Bouillon ausdrücklich zu begrüßen. Er wird durch die zusätzlichen Gelder in der Lage sein, die ADAC-Deutschland-Rallye, aber auch die Deutschland Tour ins Land zu holen. Er wird aber auch, das ist ein ganz besonders wichtiger Punkt, in der Lage sein, etablierte Sportveranstaltungen hier im Saarland weiterhin zu fördern, um deren Fortbestand zu sichern. Beispielhaft erwähnen möchte ich dazu das Rehlinger Pfingstsportfest oder die Trofeo Karlsberg.

Summa summarum stehen für den ganzen Bereich mehr als 800.000 Euro im Haushalt bereit. Das ist, wie ich finde, ein wirklich nennenswerter Betrag, in dem auch unsere Wertschätzung für den Sport und für das Ehrenamt zum Ausdruck kommt. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei allen Ehrenamtlern und bei allen Vereins- und Sportfunktionären für ihr herausragendes Engagement zu bedanken. Ich denke, es ist wirklich keine Selbstverständlichkeit, was diese Menschen Tag für Tag in den Vereinen leisten. Deswegen kann man ihnen eigentlich gar nicht oft genug Danke sagen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

So weit meine Ausführungen. Ich bitte um Zustimmung zum Einzelplan 03 und natürlich zum gesamten Haushalt. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. - Das Wort hat nun der Abgeordnete Magnus Jung.

Abg. Dr. Jung (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich noch eine kurze Anmerkung machen zu Ihren Ausführungen, Herr Kollege Lander. Wir haben Sie ja hier als engagierten jungen Abgeordneten kennengelernt. Es ist Ihr gutes Recht als Fraktion, beim Thema Verfassungsschutz eine andere Auffassung zu vertreten als wir. Es ist auch Ihr gutes Recht, kritisch nachzufragen. Aber was ich nicht gut finde, ist, dass man hier vorne steht und sagt: Ich bezweifle, dass das stimmt, was uns im Ausschuss gesagt worden ist. - Wenn man das sagt, muss man entweder irgendeinen Anhaltspunkt dafür haben, dass es unwahr ist, oder man sollte sich überlegen, ob man das so sagt. Ich glaube, das ist nicht gut für die Atmosphäre zwischen den verschiedenen Verfassungsorganen in unserem Land.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich will heute zu den Kommunalfinanzen sprechen. Wir sind jetzt sozusagen auf der Zielgeraden, um die Sanierung des Landeshaushalts abzuschließen. Was mit Sicherheit als große Aufgabe noch vor uns liegt, ist die Sanierung der Kommunalhaushalte. Da ist einiges zu tun. Zum einen müssen wir das jahresbezogene Defizit möglichst schnell auf null zurückführen. Im Jahr 2016 waren es noch rund 90 Millionen Euro an zusätzlichen Kassenkrediten, bilanziell gesehen ist das Defizit der Kommunen deutlich größer. Dann gibt es ja noch die 2,2 Milliarden Euro an aufgelaufenen Kassenkrediten und die rund 1 Milliarde an langfristigen Schulden. Also da ist noch einiges an Lösungen zu finden. Es scheint ja auch schwieriger zu sein als gedacht, Hilfe durch den Bund zu erhalten. Zumindest konnte man das zwischen den Zeilen der Ergebnisse der Sondierungsgespräche für Jamaika auf Bundesebene lesen.

Wenn wir uns mit der Situation beschäftigen, müssen wir auch ganz ehrlich zugeben, dass die Kommunen in den letzten Jahren einen erheblichen Beitrag zur Sanierung des Landeshaushaltes geleistet haben. Wir haben sie um ihre Solidarität gebeten, wir haben sie dazu verpflichtet. Das heißt, wir haben jetzt, wo wir als Land wieder Licht am Ende des Tunnels sehen, auch die Pflicht, diese Solidarität gegenüber den Städten, Gemeinden und Landkreisen in unserem Land zu leisten. Das haben wir ja auch schon verabredet. Im Kommunalpakt ist ein entsprechender Plan verabschiedet worden, wie die Kommunen wieder zu geordneten Finanzen kommen können. Im Koalitionsvertrag haben wir ebenso verabredet, dass wir spätestens ab 2020, wenn der

(Abg. Dr. Jung (SPD))

Landeshaushalt wieder mehr Spielräume hat, auch die Kommunen an diesen größeren Spielräumen beteiligen werden.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist nicht so, dass wir erst 2020 beginnen wollen. Wir haben im Gegenteil in den letzten Jahren, in diesem Jahr und auch mit dem Haushalt 2018 schon einiges getan. Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass die Schlüsselzuweisungen auch im nächsten Jahr um weitere 20 Millionen Euro steigen. Sie sind damit im Vergleich zum Jahr 2012 um mehr als 50 Prozent angestiegen. Das ist ein gewaltiger Zuwachs. Wir haben auch von den Bundesmitteln für die Flüchtlinge viel weitergegeben und tun es auch in Zukunft. Wir haben nun schon zum zweiten Mal ein Zukunftsinvestitionsprogramm aufgelegt, und ich begrüße es, dass die Landesregierung jetzt mit den kommunalen Spitzenverbänden einen Weg gefunden hat, wie diese 72 Millionen Euro möglichst schnell investiert werden können. Gemeinsam mit dem kommunalen Anteil sind das 80 Millionen zusätzlich an Investitionen im nächsten Jahr. Das ist doch eine Hausnummer, Herr Kollege Flackus, da kann man doch sagen, in diesem Land wird ordentlich investiert. Das ist das zweite Paket, das aus Bundesmitteln zur Verfügung gestellt wird.

Ich erinnere an die 20 Millionen Euro in diesem Jahr für die Sanierung von Straßen, die sicherlich weitgehend schon verausgabt sind, und andere Sonderprogramme, und ich erinnere auch daran, dass wir im letzten Jahr das Konnexitätsprinzip in unsere Verfassung übernommen haben. Damit haben wir eine langjährige Forderung der kommunalen Spitzenverbände erfüllt.

So können wir am Ende feststellen, die Kommunen kommen voran. Im Jahr 2017 wird nach allem, was man hört, der Aufwuchs an Kassenkrediten deutlich geringer sein, als er es im vergangenen Jahr noch war. Auch für das vergangene Jahr können wir feststellen, 40 Prozent der Kommunen sind ohne zusätzliche Kassenkredite ausgekommen. Und selbst die Landeshauptstadt Saarbrücken, die beim Thema Kommunalfinanzen immer mal wieder als Prügelknabe herhalten muss, hat seit dem Jahr 2013 nicht nur keine neuen Kassenkredite mehr aufgenommen, sondern diese sogar kontinuierlich reduziert, mittlerweile um 45 Millionen Euro. Herr Kollege Strobel, Sie wissen aus dem Haushalt der Landeshauptstadt, dass das so stimmt. Der Weg, bis das auf null zurückgeführt ist, ist sicherlich noch ein weiter, da brauchen wir sicherlich auch die schon angesprochene Unterstützung des Bundes. Aber die Stadt ist durchaus erfolgreich bei dem, was sie aus eigener Kraft tun kann.

Jetzt sind wir alle gefordert, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein großes Thema: Wir haben uns darauf verständigt, eine Funktionalreform umzuset-

zen, das ist ein zentrales Reformprojekt der Landesregierung im Jahr 2018. Der Innenminister weist immer darauf hin, dass er 32 Jahre Bürgermeister war und weiß, wie die Kolleginnen und Kollegen ticken. Wir wissen, es fehlt nicht an der Erkenntnis, sondern es fehlt an der Umsetzung. Ich glaube, eine Große Koalition ist die beste Voraussetzung dafür, diese Funktionalreform im nächsten Jahr gemeinsam umzusetzen. Wir warten seit vielen Jahren darauf. Wir haben uns darauf verabredet, es im neuen Jahr umzusetzen. Darauf freue ich mich schon, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil ich glaube, dass es ein zentrales Reformprojekt dieser Landesregierung ist. Das wollen wir im nächsten Jahr erfolgreich anpacken. - In diesem Sinne, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich Ihnen herzlich für die Aufmerksamkeit danken und bitte um Zustimmung zum Einzelplan.

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat nun der Abgeordnete Alwin Theobald von der CDU-Landtagsfraktion.

Abg. Theobald (CDU):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere bisherigen Erfolge beim Abbau der Neuverschuldung verdanken wir, das kann man nicht oft genug betonen, vor allem den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen im öffentlichen Dienst unseres Landes. Ich bin nicht der Erste, der hier beispielhaft die Polizei nennt, aber ich nenne auch unsere Kollegen im Justizvollzugsdienst, ich nenne die Mitarbeiter in der Landesaufnahme- oder im Schaumberger Hof, die gemeinsam mit unserem Innenminister Klaus Bouillon und unserer Sozialministerin Monika Bachmann den Handelnden in den anderen Bundesländern gezeigt haben, wie man schwierige Situationen professionell meistert.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Ich erwähne noch eine weitere Berufsgruppe, die engagiert ihren Strang zieht und die man gerade in dieser Jahreszeit nicht vergessen sollte, einfach weil sie mir wichtig ist. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie sich das anfühlt, wenn in kalter Nacht um 2.30 Uhr das Telefon klingelt, wenn man aus dem warmen Bett aufsteht, zur Straßen- oder Autobahnmeisterei fährt, das Streufahrzeug lädt und den Schneepflug anhängt, um dafür zu sorgen, dass der Verkehr trotz winterlicher Witterung so gut wie möglich läuft und die Zahl der Unfälle begrenzt bleibt. Viele der Beschäftigten im Straßenunterhaltungsdienst fragen sich, wie es für sie weitergeht, wenn die geplante Bundesinfrastrukturgesellschaft Aufgaben der Straßenunterhaltung übernimmt. Wir tun als Landtag gut daran, hier die Entwicklung im Blick zu

(Abg. Theobald (CDU))

behalten, um frühzeitig Antworten und Sicherheit geben zu können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn ich einzelne Berufsgruppen herausgegriffen habe, sind alle Beschäftigten und alle Beamtinnen und Beamten unseres Landes gemeint. Die Haushaltsdebatte des saarländischen Landtages ist genau der richtige Ort, aus tiefer Überzeugung Danke zu sagen. Danke für Sachkenntnis, für Fleiß, für Leistungsfähigkeit, für Leistungsbereitschaft unter erhöhten Anforderungen. Der Respekt vor dieser Leistung spiegelt sich im Entwurf des Landeshaushalts wider. Die CDU bekennt sich weiterhin zu unserem saarländischen Weg, zu einer Partnerschaft zwischen Landesregierung, Gewerkschaften und Personalvertretungen, die vor allem unsere Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer maßgeblich initiiert hat.

Es ist ein Weg, der zwei Ziele hat. Nicht nur Einsparungen und Stellenabbau allein können im Vordergrund stehen, wenn wir eine wirklich zukunftssichere Landesverwaltung anstreben. Wir wollen vielmehr, dass das Land auch in Zukunft ein guter Arbeitgeber ist. Wir brauchen auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten gut ausgebildetes und leistungsfähiges Personal. Das wissen wir, Herr Dörr, und setzen folgerichtig auch im Haushalt 2018 auf die Gewinnung qualifizierten Nachwuchses für den öffentlichen Dienst.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Wir nutzen Spielräume, um den Abbaupfad in vielen Bereichen moderater zu gestalten. Wir nutzen Spielräume, um Beförderungsbudgets zu erhöhen. Und wir nutzen jede Möglichkeit, um durch Investitionen die Rahmenbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes zu verbessern. Die Schere der Bezahlung soll gegenüber den übrigen Bundesländern und dem Bund nicht weiter auseinandergehen. Es ist uns wichtig, dass trotz schwieriger Haushaltssituation die Beamtinnen und Beamten an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben. Damit sich Aufstiegsperspektiven verbessern, verkürzen wir die Beförderungswartezeiten. Die Dauer der Wiederbesetzungssperre wird von zwölf auf zunächst acht, 2019 dann auf vier Monate gesenkt und 2020 endgültig außer Kraft gesetzt.

Weitere Bündel von Maßnahmen sind an unterschiedlichen Stellen des Haushaltsentwurfes zu finden. Alle Mosaiksteine zusammen genommen ergeben ein Bild und eine Botschaft, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen. Wir haben die Menschen im Saarland im Blick und vergessen insbesondere nicht die, die unserem Land dienen. - Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat nun der Minister für Inneres, Bauen und Sport, Klaus Bouillon.

Minister Bouillon:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde die Diskussion gut, weil man klar erkennt, wer was will. Herr Lander, es ist unstrittig, dass es zwischen Ihrer Auffassung zur Polizei und meiner keine Einigung gibt. Wir sind in allen Punkten konträr, das sollen die Leute wissen. Sie haben mit dem Verfassungsschutz angefangen, Sie wollen ihn abschaffen, ich will ihn stärken. Ich hole ihn zu mir ins Ministerium, um ein politisches Zeichen zu setzen. Das sind die Unterschiede, die da sind, damit muss man leben.

Wer hätte vor zehn Jahren an das gedacht, was wir heute im Terrorismus vor uns haben? Bei der Entwicklung, die wir in den letzten Jahren im Terrorismus erlebt haben, sind die Polizei, die Kriminalpolizei und der Bundesgrenzschutz ohne Verfassungsschutz und ohne Geheimdienste kaum in der Lage, effektiv zu arbeiten. Es sind die Speerspitzen unserer Gesellschaft, wir brauchen Informationen. Wir leiden unter diesem Terrorismus, weil es vielen Geheimdiensten in den Ländern nicht mehr gelingt, an Informationen zu kommen. Die Terrorismusszene hat sich abgegrenzt. Vorbildlich war vor Jahrzehnten der Geheimdienst der Israelis. Sie kommen jetzt nicht mehr rein, sie können noch nicht mal die Sprache, die sind abgeschottet. Vor diesem Hintergrund wird im kommenden Jahr die Regierung beschließen, dass der Verfassungsschutz eine Abteilung meines Hauses wird.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Was Videoüberwachung und Orwell angeht, bleiben wir ganz ruhig. Der Hüter der Verfassung, das höchste Gericht dieses Landes, das Bundesverfassungsgericht, hat in zehn Entscheidungen nachgewiesen, dass Videoüberwachung zulässig ist. Wenn also die Hüter unserer Verfassung feststellen, dass die Freiheit des Einzelnen sehr wohl eingeschränkt werden kann, unter gewissen Voraussetzungen, dann muss man dies respektieren und akzeptieren. Wir tun dies, wir werden in Saarbrücken entsprechende Maßnahmen ergriffen. Zugegebenermaßen dauert es länger als gedacht, weil wir alle keine Ahnung hatten, was an Technik dazugehört: Schallwellen, magnetische Wellen und was weiß ich. Die Videoüberwachung wird aber in Saarbrücken kommen und sie wird hilfreich sein.

Sie haben Statistiken bemüht, es gibt aber auch andere Statistiken. Die Erfinder der Videoüberwachung waren die Sozialdemokraten in vielen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen. Dort hat man Brennpunkte überwacht, auch in Mannheim. In Saar-

(Minister Bouillon)

brücken wird dasselbe eintreten wie dort. Nach sechs Monaten werden wir feststellen, dass es keine Brennpunkte mehr sind, dann müssen wir die Kameras wieder abbauen, weil nämlich im Nachhinein alle Täter gefasst werden. Schauen Sie sich die letzten 30 Anschläge auf der Welt an, im Nachhinein kamen alle Beweise über die Videos. Mörder wurden gefasst, potenzielle Anschläge wurden verhindert. Vor diesem Hintergrund gestatten Sie, dass ich mit der Landesregierung völlig anderer Auffassung bin als Sie.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich denke, es herrscht Einigung, dass wir die Polizei stärken sollen. Ich habe manchmal die Diskussion der letzten Monate gar nicht nachvollziehen können, auch nicht die eine oder andere Schlagzeile. Unstrittig sollte doch sein, bei dem, was wir bisher gemacht haben, dass noch nie in der Geschichte der saarländischen Polizei so viel in das Personal investiert wurde. Es wurden noch nie so viele Anwärter eingestellt, noch nie so viele Tarifangestellte, noch nie so viel PODler und so weiter. Über 20 Millionen Euro für die Sicherheitspakete 1 bis 6. Noch nie wurde so viel in die Ausrüstung investiert, über 20 Millionen Euro. Noch nie wurde so viel in Baumaßnahmen investiert. 20 Jahre lang hat die Polizei davon geträumt, wir bauen nun für 6 Millionen Euro ein Ausbildungszentrum in Göttelborn. Wir planen gemeinsam eine große Inspektion in Saarbrücken für 35 Millionen Euro. Wir werden die Situation der Bereitschaftspolizei verbessern und Kinkel prüfen.

All dies, meine Damen und Herren, beinhaltet rund 100 Millionen Euro bis zum Ende der Legislaturperiode. Wenn ich dann irgendwo lese, dass wir die Polizei abbauen, kann ich das angesichts der Situation nicht nachvollziehen. Wir haben dank der Initiative der Ministerpräsidentin die Abbaupfade von 300 auf 270 verringert. Wir haben die Zahl der Anwärter von 80 auf 120 erhöht. Vielleicht bin ich dafür zu blöd, aber das sind 40 mehr, also doch 50 Prozent mehr. Ich verstehe das nicht.

(Zuruf.)

Ich meine natürlich - die Bemerkung sei im Spaß gestattet -, das ist eine provinzielle Politik aus St. Wendel, ich rechne 50 Prozent, 80 plus 40 sind 120.

Vor dem Hintergrund sieht man doch, dass wir die Polizei stärken. Wir machen alles, was wir tun müssen, weil wir wissen, dass die Situation schwierig ist. Das werden wir auch in den nächsten Jahren tun. Wir haben Superpartner, wir haben Fachleute in diesem Parlament bei der CDU und bei der SPD, Stefan Pauluhn ist ein Fachmann. Wir wissen aber auch, trotz allem, was wir gemacht haben, haben wir drei schwierige Jahre vor uns, insbesondere 2018 und 2019. Es scheiden mehr Leute aus als vorgesehen, wir müssen das kompensieren. Wir haben es

mit den Sicherheitspaketen teilweise geschafft, auch diese Zahl wird oft vergessen, 330 Köpfe sind 330 Köpfe. Es sind ungefähr 200 Vollzeitäquivalente, umschrieben mit dem komischen Wort, das keiner versteht, also Menschen, die 8 Stunden arbeiten. Was wäre, hätten wir es nicht gemacht? Dann hätten wir doch ein Problem. Jetzt haben wir zwar immer noch ein Problem, das können wir aber lösen und das werden wir lösen. Sie können davon ausgehen, das wird uns gelingen.

Nun etwas ganz Wichtiges, was dankenswerterweise bereits erwähnt wurde. Angesichts dieser Situation haben wir überlegt, was wir tun können. Es scheiden bis zu 155 Leute aus, die Lebensarbeitszeitverlängerungen laufen aus, wir müssen reagieren. Wir stellen alles auf den Prüfstand, und zwar - was noch nie da war - gemeinsam! Es kann noch so viel geschrieben werden: gemeinsam. Wir haben den Hauptpersonalrat eingebunden, die Gewerkschaften, wir gehen auf acht oder neun Personalversammlungen. Es kommt alles auf den Tisch, dann wird diskutiert. Wenn das zu Ende ist, werden wir ein, zwei Vorschläge mit Alternativen haben. Wie die aussehen, weiß ich noch nicht genau.

Wenn wir intern mit den Fachleuten entschieden haben, was wir machen, gehe ich natürlich in die Koalition, dann wird das diskutiert. Denn ich weiß aus den „wenigen“ Jahren meiner Amtszeit als Bürgermeister, eine Reform, die nicht mehrheitlich getragen wird, hat keine Chance; sie wird im Einzelnen tagtäglich konterkariert und wird nicht gelingen.

Deshalb, meine Damen und Herren, lassen Sie uns diese Zeit in den nächsten Wochen, dann werden wir zusätzlich zu dem, was wir investiert haben, auch diese Reform noch weiter verbessern im Interesse der Menschen. Eines wollen wir alle: Wir wollen Freiheit, aber auch Sicherheit. Deshalb, denke ich, sind wir auf einem guten Weg.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich komme jetzt zum Bereich Bauen. Wie heißt es so schön? Jeder sucht sich das, was er braucht. Ob ich das gebraucht hätte, weiß ich ehrlich gesagt auch nicht. Es kommt viel Arbeit auf uns zu, aber ich sehe das als Chance. Dankenswerterweise haben wir 2020 mehr Geld, diese Landesregierung wird eine Investitionsoffensive starten. Das heißt es Ärmel hoch, Arbeit, Arbeit, Arbeit! Da ist es nicht getan mit der Umorganisation einzelner Ministerien und der Zusammenführung von Personal, was nach einigen Diskussionen gelungen ist, sondern wir brauchen einen Neuanfang im Hinblick auf das, was wir vorhaben. Wir müssen die Manpower steigern, wir müssen das Tempo steigern, um diese Millionen, die vorgesehen sind, zu erreichen.

Ich denke, wir werden im Februar 2018 soweit sein, dass die ersten wesentlichen Schritte getan sind.

(Minister Bouillon)

Frau Berg hat aber zu Recht darauf hingewiesen, das geht nicht von heute auf morgen. Ich kenne zum Teil die Menschen nicht, wir müssen uns aneinander gewöhnen, wir müssen die Arbeitsvorgänge beschreiben und - ich bin froh, dass da eine Grundsatzeinigung erzielt wurde - wir brauchen mehr Personal. Wenn der Rechnungshof feststellt, dass wir mit dem Personal circa 60 Prozent erledigen, kann ich nicht mit den Leuten einen Aufschwung von 30 bis 40 Millionen Euro pro Jahr investieren, das geht nicht. Das heißt, wir brauchen, mit Unterstützung des Finanzministers, möglichst schnell auch hier einen personellen Aufwuchs.

Wir haben aber schon reagiert, wir haben bezogen auf die Uni bei der Philosophischen Fakultät gearbeitet, wir haben Modellprojekte erarbeitet mit Planungen, ohne mit der Wimper zu zucken. Wir werden es hinkriegen, Stück für Stück, Fehler nicht ausgeschlossen, Pannen auch nicht ausgeschlossen. Mein Ziel ist aber, es so zu machen wie immer. Ich werde vor Beginn einer Baumaßnahme sagen, das wird es ungefähr kosten, das ist der Zeitplan, daran werden wir gemessen. Lieber exakt und gründlich rechnen als zu warten und nachher zu sagen, es wird teurer. Insofern sind wir hier auf einem guten Wege. Mir ist nicht bange. Es ist viel Arbeit, aber es muss gemacht werden.

Kommunale Finanzen. Herr Jung hat darauf hingewiesen, es wird ein wichtiges Jahr. Gebietsreform, eine Diskussion, die wir lange geführt haben. Die Entwicklung der letzten zwei, drei oder vier Jahre in anderen Bundesländern zeigt, es ist schwieriger denn je, weil die Juristen mittlerweile auch die Politik beherrschen.

(Heiterkeit.)

Vor fünf Jahren war das nicht so. Ich brauche ein Gutachten für den ersten Schritt. Frau Berg, wir wissen es ja: ein, zwei, drei, vier Meinungen. Was für eine Reform gefordert wird, ist katastrophal schwierig, wie die Entwicklung in Thüringen und Brandenburg zeigt. Nach zehn Jahren haben beide Ministerpräsidenten gesagt: Ab in die Schublade, geht nicht.

Dadurch, dass Gutachten auf Gutachten verlangt wird, dass die Bearbeitungszeit zwischen den Schritten zwei Jahre dauert, brauchen wir mindestens sechs bis acht Jahre. Da man weiß, dass jede Gemeinde klagen kann, können wir uns das Ergebnis eigentlich ausrechnen, bevor wir angefangen haben. Denn eine wird sich immer finden, die nicht zufrieden ist, wenn sie einverleibt wird. Das heißt, ich setze die ganze Hoffnung mit allen hier im Parlament auf interkommunale Zusammenarbeit und auf freiwillige Fusionen.

Wir haben - das wird Sie überraschen - schon entsprechend dem Koalitionsvertrag unsere Papiere ausgearbeitet. Ich hatte letzte Woche das erste Ge-

spräch mit dem Städte- und Gemeindetag und mit dem Landkreistag. Die waren erstaunt, was wir da alles formuliert haben. Im Prinzip ist es doch so, dass - wenn wir ehrlich sind - jeder Bürgermeister weiß, was er tun könnte, wenn er wollte. Wir haben wunderbare Papiere. Da steht alles drauf. Jetzt muss es umgesetzt werden. Das ist aber nicht Sache der Regierung und nicht Sache des Parlaments, sondern die ureigenste Sache der jeweiligen Bürgermeister. Deshalb werden wir ab Januar jede einzelne Gemeinde noch einmal zu uns einladen und ihr die Vorteile und die Nachteile erläutern, um zu sehen, ob es wirklich Bewegung gibt. Wenn dann diejenigen anschließend kommen und sagen, nein, wir wollen nicht, dann wird man sich, wenn Zuschüsse verlangt werden, auch darüber zu unterhalten haben, wie es um die Bereitschaft zu kooperieren ausschaut und wie es damit aussieht, auch eigene Leistungen zu bringen.

Ich darf daran erinnern, weil das immer wieder kritisiert wurde: Das ist das Modell von Oskar und Friedel Lapple von vor 30 Jahren, als ich anfang.

Wir müssen doch sehen, auch was die Bäder angeht, haben wir unsere Arbeit gemacht. Die Analyse ist klar, jeder Bürgermeister weiß, was ein Bad kostet und was er machen könnte. Jetzt haben wir sogar die Entscheidung als Landesregierung - und das wird der Innenminister finanzieren -, wir sind auf der Suche nach einem Lehrschwimmbecken. Wir werden ein Lehrschwimmbecken mit 100 Prozent finanzieren, 4,5 bis 5 Millionen Euro. Was will ich denn noch mehr machen? Jetzt versuche ich, die Kerle im Ausschuss so weit zu kriegen, dass sie sagen, ja-wohl, man müsste etwas machen. Glaubt einer in diesem Raum - - Dann kommt eben die Überschrift, die Gebühren werden erhöht. Deckungsgrad sind nicht nur die Gebühren. Deckungsgrad ist auch Technik, Betriebstechnik und vieles mehr. Glaubt einer, dass wir die Kommunen bei 2,2 Milliarden Kassenkrediten mit Deckungsgraden von 8,75 Prozent unterstützen sollen? Das wäre kontraproduktiv, weil diejenigen, die diese Dinge nicht verbessern, auf Dauer ihren Kommunen keine Chancen bieten werden.

Ich denke, mit freiwilligen Kooperationen, Fusionen, interkommunaler Zusammenarbeit können wir einen Schritt weiterkommen. Wir müssen jetzt allerdings schnellstmöglich einen Modus finden, das erwarte ich, das ist meine Hoffnung. Wenn die Kommunen zusammengehen wollen, dann brauchen sie Anreize, auf plattdeutsch Hochzeitsprämie. Das heißt, wir brauchen locker - Herr Finanzminister, nicht erschrecken - mindestens 50 Millionen Euro, damit wir etwas bieten können. Ohne Moos nix los. Was soll ich denn denen erzählen?

(Lachen und Beifall bei der LINKEN.)

(Minister Bouillon)

Dann kommen die Argumente der Gegner, die sagen, wenn ich zwei Kranke ins Bett lege, dann werden sie nicht gesund. Das ist richtig.

(Sprechen bei der LINKEN und Zuruf.)

Der ist das ja schon gewohnt. - Ergo brauchen wir Unterstützung, damit wir die Schulden auf ein gewisses Niveau bringen und da geht es weiter.

(Abg. Spaniol (DIE LINKE): Ein richtig guter Ansatz!)

Was Sport angeht, sind wir auf einem guten Wege. Wir haben in den letzten drei Jahren über 20 Millionen Euro in die Infrastruktur investiert, in Schulsport, in Hallen, in Wurfanlagen, Leichtathletik. Wir werden dies in den nächsten Jahren für sechs bis sieben Großprojekte tun, die schon jetzt feststehen, nicht nur in St. Wendel, sondern auch in Hüttigweiler, Homburg, Bexbach, in Rehlingen ein großes Zentrum mit Wurfanlagen, was Leichtathletik angeht. Dies brauchen wir, um den Breitensport zu forcieren.

Ich weiß, das Folgende klingt komisch. Ich komme ja gerade jetzt in meiner Funktion als vorsitzender Sportminister von der Versammlung des Deutschen Olympischen Sportbundes. Die reden immer von ihren 160 Millionen Euro im Bund. Ich habe gesagt, das ist ja gar nichts, die Kommunen im Saarland brauchen ja mehr! Wer finanziert da die Sporthallen? Wer trägt die Unterhaltung? Wenn Sie das in Deutschland zusammenrechnen, sind wir bei vielen Milliarden Euro. Zur Freude der Mitglieder werden wir das im Rahmen einer Sonderkonferenz im nächsten Jahr in St. Wendel sicherlich beschließen. Auch hier haben wir im Saarland gute Chancen. Ich bin dankbar für die zusätzlichen Mittel.

Wir werden ein Potpourri an Veranstaltungen durchführen. Die Deutschland-Tour wird für drei Stunden Direktübertragung beim ZDF sorgen. Das ist Werbung, das ist Geld, das ist Marketing. Eines will ich auch sagen, das wird jetzt einige enttäuschen: Selbst wenn wir die Tour de France bekommen sollten, habe ich mich entschieden, Nein zu sagen, weil es nicht in die Situation passt. Wir brauchten für die Tour de France 1 Million Euro. Die Stadt, die dafür in Betracht kommt, ist die Landeshauptstadt Saarbrücken. Die Landeshauptstadt Saarbrücken ist nicht in der Lage, 400.000 Euro über das Pflichtenheft zu finanzieren. Ich sehe mich außerstande, den Menschen das zu erklären, wenn ich als Innenminister entsprechend dem Gesetz Auflagen formulieren muss, um dann 400.000 Euro freiwillige Leistungen für einen Tag zu investieren. Mein Herz hängt am Radsport, aber die Vernunft sagt mir - ich sage es heute hier offen -, das wäre nicht transportierbar, zumal es andere Diskussionen in der Landeshauptstadt gibt, was das Stadion und vieles andere angeht.

Andere Sportarten werden wir fördern wie in Rehlingen. Wir werden die Trofeo Karlsberg zur Saarland-Tour machen. Wir werden die Deutsche Meisterschaft Triathlon und vieles mehr durchführen. Ich denke, wir sind insgesamt auf einem guten Wege. Mir macht es Spaß, viel Arbeit, aber krempeln wir die Ärmel hoch. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Anhaltender Beifall von der CDU.)

Vizepräsidentin Ries:

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Der Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen hat zu Einzelplan 03 einen Abänderungsantrag eingebracht, der uns als Drucksache 16/170 vorliegt. Wir kommen zur Abstimmung über diesen Abänderungsantrag. Wer für den Abänderungsantrag Drucksache 16/170 ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass der Abänderungsantrag Drucksache 16/170 mit Stimmenmehrheit angenommen wurde. Zugestimmt haben CDU- und SPD-Fraktion sowie die Fraktion DIE LINKE. Dagegen gestimmt hat die AfD-Fraktion.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 17 Kapitel 17 03. Wer für die Annahme von Einzelplan 17 Kapitel 17 03 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass Einzelplan 17 Kapitel 17 03 mit Stimmenmehrheit angenommen wurde. Zugestimmt haben die Koalitionsfraktionen, dagegen gestimmt haben die Oppositionsfraktionen.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 20 Kapitel 20 03. Wer für die Annahme von Einzelplan 20 Kapitel 20 03 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass Einzelplan 20 Kapitel 20 03 mit Stimmenmehrheit angenommen wurde. Zugestimmt haben CDU- und SPD-Fraktion, dagegen gestimmt haben die Fraktion DIE LINKE und die AfD-Fraktion.

Es ist über Kapitel 03 01 Einzelabstimmung beantragt worden. Wer für die Annahme des Kapitels 03 01 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass Kapitel 03 01 mit Stimmenmehrheit angenommen wurde. Zugestimmt haben die Koalitionsfraktionen, dagegen gestimmt haben die Oppositionsfraktionen.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 03 im Übrigen. Wer für die Annahme des Einzelplans 03 unter Berücksichtigung des eben angenommenen Abänderungsantrags ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der

(Vizepräsidentin Ries)

Stimme? - Dann stelle ich fest, dass der Einzelplan 03 unter Berücksichtigung des angenommenen Änderungsantrags mit Stimmenmehrheit angenommen wurde. Zugestimmt haben CDU- und SPD-Fraktion, dagegen gestimmt die LINKE- und die AfD-Fraktion.

Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zur Übersicht 9, Einzelplan 10 - Ministerium der Justiz - und Einzelplan 18 - Verfassungsgerichtshof des Saarlandes -, Einzelplan 17 Kapitel 17 10 und Einzelplan 20 Kapitel 20 10.

Übersicht 9 - Ministerium der Justiz und Verfassungsgerichtshof des Saarlandes (Abänderungsantrag: Drucksache 16/177)

Auch hier wurde die Berichterstattung zu Protokoll gegeben (siehe Anlage 6). Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat der Abgeordnete Dennis Lander von der Fraktion DIE LINKE.

Abg. Lander (DIE LINKE):

Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Justizministerium ist ein echtes Sorgenkind, vor allem für die Beschäftigten. Die Arbeitsbelastung ist enorm und es gibt kaum Aufstiegsmöglichkeiten. Kein anderes Ministerium hat so viele Beamte nach 15 Jahren immer noch im Eingangsamtsamt. Es ist selbst bei der Ruhestandsversetzung im Eingangsamtsamt Spitzenreiter. Die Deutsche Justizgewerkschaft spricht von Fällen von über 16 Jahren Wartezeit auf eine Beförderung. Vor allem die Justizangestellten trifft es besonders hart. Daher ist der Krankenstand bei diesen Personen besonders hoch. Eigentlich muss gerade dort der Stellenabbau gestoppt und der Beförderungsstau gelöst werden.

Auch im Vollzug sollen bis 2020 61 Stellen abgebaut werden. Momentan sind 45 Personen dienstunfähig. Laut Bund Saarländischer Justizbeschäftigter brauchen wir dort eigentlich 30 Stellen mehr - nur im Vollzug -, sonst sind die Leidtragenden vor allen Dingen die Beschäftigten und die Insassen. Auch die Resozialisierung ist damit in Gefahr. Worin soll bitte der Sinn bestehen, die Leute wegzusperren, wenn man nicht in die Resozialisierung investiert?

Ich komme zur Staatsanwaltschaft. Die Staatsanwaltschaft hat momentan rund 58 Stellen. Das entspricht einer Arbeitsbelastung von 150 Prozent. Sie wollen sie im Frühjahr 2018 auf 61,5 Stellen aufstocken. Damit besetzen Sie vor allem die Teilzeitstellen. Ende 2018 sollen es durch das gleiche Herumgewürstete 66 Stellen werden. Selbst dann ist die Belastung laut Richterbund immer noch bei 120 Prozent. Damit ist es noch immer die am stärksten belastete Justiz in der gesamten Bundesrepublik. Sie können sich nun also überlegen, wie der Status quo bei der Staatsanwaltschaft aussieht. Laut Richter-

bund brauchen wir eigentlich 22 Stellen, um einen Personalstand von 80 zu erreichen und damit eine Belastung von 100 Prozent. Bei alledem haben Sie noch nicht an die Pensionierungswelle gedacht, die jetzt bald auf uns zurollt.

Bei den Gerichten ist die Situation nicht anders. Das Verwaltungsgericht hat eine effektive Belastung von 123 Prozent. Das Landgericht hat eine Belastung der Strafkammern von 116 Prozent. Laut PEBB§Y brauchen wir allein dort 14 neue Stellen. Selbst die Besoldung von Richtern und Staatsanwälten ist im Saarland mehr als bedenklich. Durch die abgeflachte Eingangsbesoldung haben Richter und Staatsanwälte im Saarland 800 Euro weniger als beispielsweise in Hessen oder in Bayern. Es ist schwer vorstellbar, wie die Richter und Staatsanwälte bei einer solchen Besoldung motiviert und engagiert bleiben sollen, wenn sie weniger als 2.500 Euro netto im Monat haben.

(Vizepräsident Heinrich übernimmt den Vorsitz.)

Was wir brauchen, um den aktuellen Notstand aufzufangen, ist eine Verbesserung der Abordnung durch den Assessorenpool. Dieser kann dann wie eine Feuerwehr immer genau dort eingesetzt werden, wo es aktuell brennt. Ich habe aber auch in diesen Plan wenig Hoffnung, da die neue Amtsgerichtsreform genau diesen Assessorenpool wieder schrumpfen lässt.

Die Deutschen haben ein enormes Vertrauen in die deutsche Justiz. Wir haben weltweit eine der progressivsten Justizformen, die es überhaupt gibt. Ich bitte Sie daher, beschädigen Sie das Vertrauen in die deutsche Justiz nicht durch eine Illusion wie die schwarze Null. Das System in Deutschland kann nur funktionieren, wenn die Bürgerinnen und Bürger der Justiz vertrauen. - Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich danke Ihnen. - Als nächste Rednerin rufe ich Frau Dagmar Heib auf.

Abg. Heib (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Lander, Sie zeichnen sich in Ihrem Beitrag zum Justizministerium noch viel stärker als in Ihrem Beitrag zum Einzelplan des Innenministeriums durch Unkenntnis aus. Sie werfen alles durcheinander, Sie nennen Zahlen von Stellenkürzungen, die noch zu erreichen sein sollen. Sie sagten beispielsweise, es seien 61 bei den Justizvollzugsbediensteten. Da sind aber schon Stellen abgearbeitet. Sie erdreisten sich, davon zu sprechen, dass das Justizministerium ein Sorgenkind sei. Das Justizministerium ist alles andere als ein Sorgenkind dieser Landesregierung.

(Abg. Heib (CDU))

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Denn im gesamten Geschäftsbereich gibt es überaus motivierte Frauen und Männer, die ihren Dienst an der Stelle tun, wo sie gefordert sind.

(Abg. Lander (DIE LINKE): Dann sprechen Sie doch mal mit denen!)

Sehr geehrter Herr Kollege, Sie tragen dem überhaupt keine Rechnung. Ich muss es eigentlich an Herrn Flackus und Ihre Fraktion richten: Es tut mir leid, aber ich habe die Befürchtung, dass Herr Lander zum Sorgenkind Ihrer Fraktion werden wird. Da bedaure ich Sie jetzt schon.

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Abg. Flackus (DIE LINKE): Man muss schon mit Kritik umgehen können! - Abg. Spaniol (DIE LINKE): Genau! So entkräftet man Kritik nicht! - Weitere Zurufe von der LINKEN.)

Wir beraten heute in Zweiter Lesung den Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich der Justiz.

(Weitere Zurufe von der LINKEN.)

Sie können sich Ihre Zwischenrufe sparen. Wenn Sie richtig zugehört hätten, hätten Sie verstanden, dass es um die Unkenntnis Ihres Kollegen geht, um seine undifferenzierte Darstellung und darum, alles durcheinander zu werfen. Deshalb habe ich diese Sorge zum Ausdruck gebracht.

Jetzt fahre ich fort. Dem Ministerium der Justiz obliegen ganz komplexe Aufgabenstellungen. Dabei geht es um Personal- und Verwaltungsangelegenheiten der ordentlichen Gerichtsbarkeit, der Staatsanwaltschaft, der Verwaltungsgerichte, des Finanzgerichts, der Sozialgerichte, der Arbeitsgerichte, der Justizvollzugsanstalten und der Saarländischen Klinik für Forensische Psychiatrie. Es geht auch um Gerichtsorganisation, Notariatswesen, Angelegenheiten der Rechtsanwaltschaft. Es geht um Ausbildung und Prüfung des juristischen Nachwuchses sowie um den Nachwuchs für alle Laufbahnen im Bereich des Justizdienstes.

Ferner hat das Justizministerium auch die Aufgabe, bei der Gesetzgebung mitzuwirken, sei es auf Bundesebene oder auf Landesebene, oder sei es die Aufgabe, bei zwischenstaatlichen Angelegenheiten die Rechtspflege zu koordinieren. Diese komplexen Angelegenheiten spiegeln sich in der Arbeit des Landtags, insbesondere im zuständigen Ausschuss des Hauses.

Der Haushalt des Ministeriums der Justiz hat im Jahr 2018 ein Ausgabevolumen in Höhe von rund 205 Millionen Euro. Dazu gehören beispielsweise 130 Millionen Personalkosten, 65 Millionen Sachkosten oder 31 Millionen für die Justizvollzugsanstalten. Diese 205 Millionen Ausgaben sind zu 99,6 Prozent gebundene Ausgaben. Da zeigt sich, wie der

Spielraum des Hauses aussieht. Dem stehen im Entwurf Einnahmen in Höhe von circa 57 Millionen gegenüber. Das ist eine Verbesserung von rund 0,5 Millionen im Vergleich zum vergangenen Haushaltsjahr. Meine Damen und Herren, das zeigt, wie es in dem Einzelplan aussieht.

99,6 Prozent sind also gebundene Ausgaben, dennoch leistet das Ministerium der Justiz seinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. Das passiert zum einen durch Stellenabbau und die entsprechenden Einsparungen, die in den vergangenen Jahren erfolgten. Das passiert zum Beispiel auch dadurch, dass die Einnahmen im Bereich der Gerichtskasse in den letzten Jahren stets gesteigert werden konnten. Das hat damit zu tun, dass es dort einen Ausbau an Mitarbeitern gab, aber auch damit, dass es engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind, die dazu beigetragen haben, dass diese Einnahmen erfolgen konnten. Wir brauchen uns keine Illusionen zu machen, diese Zahl wird nicht weiter wachsen, denn auch Rückstände sind irgendwann aufgearbeitet. Das kann man nicht weiter ausbauen.

Die Justiz kann und darf sich auch nicht vom Konsolidierungspfad verabschieden. Wir müssen ihn weitergehen, damit wir als eigenständiges Land weiterhin unsere Justiz stellen können. Die Justiz verwehrt sich dem nicht, sondern sie bekennt sich dazu. Natürlich unterlagen und unterliegen weiterhin alle Sparmaßnahmen der Funktionsfähigkeit der Gerichte und der Strafverfolgungsbehörden. Das versteht sich von selbst. Aber gerade die Einhaltung der Funktionstüchtigkeit und -fähigkeit hat sich in den vergangenen Haushaltsjahren bewahrt und gezeigt. Ihr wird durch diesen Entwurf für das Haushaltsjahr 2018 Rechnung getragen. Wir befinden uns weiter in Zeiten enger finanzieller Spielräume und handeln in den Bereichen, wo es notwendig ist.

Die große Aufgabe - die Einführung der elektronischen Akte - wird mit dem 01.01.2018 in eine weitere Phase starten. Die Schriftsätze der Anwaltschaft können ab diesem Datum elektronisch übermittelt werden. Das heißt, der gesamte Posteingang wird elektronisch laufen können. Das bedeutet aber, dass auch der Postausgang elektronisch bearbeitet werden muss. Ich bin mir sicher, dass das auch im Laufe des Jahres umgesetzt werden wird. Im Haushaltsentwurf sind dafür Personal- und Sachmittel in Höhe von 1 Million Euro in verschiedenen Titeln eingebracht.

Der Justizhaushalt 2018 ist auch in der Kontinuität der letzten Jahre ein Justizhaushalt im Sinne einer bürgernahen und leistungsfähigen Justiz und ein Justizhaushalt im Sinne einer größtmöglichen Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger. Wir - die Große Koalition - stärken im Haushalt 2018 die Justiz. Zum einen haben wir uns dazu bereits im Koalitionsvertrag verpflichtet und zum anderen antwor-

(Abg. Heib (CDU))

ten wir auf aktuelle Herausforderungen. Eine leistungsfähige Justiz ist Garant für innere Sicherheit und eine funktionierende Demokratie. Wir stärken die Justiz mit einem Gesamtpaket in Höhe von rund 153.000 Euro im Einzelplan 10. Weitere Mittel wie zum Beispiel 60.000 Euro, die im Einzelplan 06 für die Förderung der Grundbildung im Jugendstraf- und Jugendarrestvollzug eingestellt werden, sind Mittel, die letztendlich der Justiz zugutekommen werden.

Ab dem kommenden Jahr wird ein Projekt zur Rechtsstaatsbildung ans Netz gehen. Dieses richtet sich an Schulen und andere interessierte Gruppen. Hier geht es darum, in einer niedrigschwelligen Form die Grundlagen unseres Zusammenlebens zu vermitteln und zu verdeutlichen, welche große und zentrale Rolle unsere Verfassung in den Fragen der Gesellschaftsbildung spielt. Dazu werden Mittel in Höhe von 10.000 Euro zur Verfügung gestellt. Ich glaube, das ist eine gute Sache, die gut dazu passt, dass unsere Verfassung in diesem Jahr ihren 70. Geburtstag feiert.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Es gibt einen weiteren Aspekt, der uns wichtig erscheint. Terroristische und gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtete Straftaten stellen den Staat vor vielfältige Herausforderungen. Es ist vorgesehen, dieser Aufgabe durch die Errichtung einer Zentralstelle zur Bekämpfung des Terrorismus und der Kriminalität gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung Rechnung zu tragen. Diese Stelle hat mehrere Aufgaben. Sie ist für die Strafverfolgung in diesem Bereich zuständig. Sie übernimmt die Zusammenarbeit mit dem Generalbundesanwalt und den staatsanwaltschaftlichen Einrichtungen der anderen Bundesländer. Weiterhin übernimmt sie die Zusammenarbeit mit den für die Terrorismusbekämpfung und den Staatsschutz zuständigen Stellen der Polizeibehörden des Bundes, aber auch der Länder sowie auch die europäische und internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich.

Meine Damen und Herren, das ist eine komplexe Aufgabenstellung. Die personelle Ausstattung ist im Rahmen des Haushaltsvollzugs darzustellen. Wir stellen hier zusätzlich 15.000 Euro ein. Das ist quasi eine Anschubfinanzierung, die wir dieser Stelle für das kommende Haushaltsjahr mitgeben. Das ist ein weiterer Aspekt, der in unseren Anträgen zu Buche schlägt.

Die staatlichen Organe müssen zum einen alles unternehmen, um bestehende Radikalisierungstendenzen aufzudecken und zu bearbeiten. Zum anderen müssen sie präventiv handeln, damit aufkeimende extremistische Gedanken so früh wie möglich verhindert oder eingedämmt werden oder im Sinne demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen ge-

lenkt werden. Deradikalisierung - ich nenne das Stichwort in diesem Zusammenhang - stellt sich als ein Thema dar, das sich in anderen Ressorts findet. Deshalb finden wir Ansätze, zum Beispiel Präventionsprojekte für Jugendliche im Einzelplan 05, die mit 80.000 Euro ausgestattet werden, um auch so für Deradikalisierung oder Radikalisierungsverhinderung da zu sein.

Das ist aber eine Problematik, der sich gerade die Justizvollzugsanstalten im Besonderen stellen müssen. Genauso müssen sich die Justizvollzugsanstalten der Tatsache stellen, dass Gefährder - Sie alle wissen, was darunter zu verstehen ist - nach der neuen Rechtslage statt in Abschiebeeinrichtungen auch in Justizvollzugsanstalten untergebracht werden können, natürlich von den übrigen Strafgefangenen getrennt. Die Justizvollzugsanstalten spielen hier eine wichtige Rolle. Das wurde auch in den Gesprächen mit dem Bund saarländischer Justizvollzugsbediensteter deutlich dargelegt. Meine Damen und Herren, deshalb werden hier zusätzlich Mittel in Höhe von 100.000 Euro bereitgestellt, um Maßnahmen zur Prävention und Resozialisierung zu fördern.

Das Ministerium befindet sich in einem ständigen und intensiven Austausch mit den Vertretungen aller Personalbereiche. Das ist wichtig, da die Ziele der zukunftsfähigen Verwaltung noch nicht erreicht sind. Im Rahmen des neuen Stellenabbauziels - es war Gegenstand der Erörterungen - werden rund 2.000 Stellen statt ursprünglich 2.400 Stellen abgebaut. Das heißt für die Justiz ein Weniger an Abbau und ein Mehr an Stellen von 12,5 Stellen, die in der Justiz eingesetzt werden können. Das hilft im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz schon.

Wir müssen die unterschiedlichen Stufen und Pakete sehen. Eine weitere Maßnahme ist die Flexibilisierung des Stellenplans. Das heißt, der Einsatz von Stellenbruchteilen wird flexibel. Die freien Anteile von in Teilzeit besetzten Stellen können zukünftig zusammengezogen werden und als weitere Stelle bewirtschaftet werden. Man rechnet damit, dass es im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz ungefähr zehn Stellen ausmachen wird.

Eben hat der Kollege Alwin Theobald angesprochen, dass die Wiederbesetzungssperre 2018 generell von zwölf Monate auf acht Monate herabgesetzt wird und in den Folgejahren sogar bis auf null gefahren wird. Ich glaube, das ist ein ganz deutliches Zeichen an unsere Bediensteten. Gerade für das Ministerium der Justiz sollte man das betonen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Das Ministerium der Justiz gestaltet zum Beispiel auch dadurch, dass gerade die Stellen, die aufgrund von Abordnungen oder aus anderen Gründen nicht im eigenen Geschäftsbereich als aktive Kraft zur Verfügung stehen, wieder ins Haus zurückgenom-

(Abg. Heib (CDU))

men werden. Das ist eine Sache, die das Haus auszeichnet. Man nutzt die Gestaltungsmöglichkeiten, die sich bieten.

Das Ministerium macht seine Aufgaben dort, wo gehandelt werden muss. Sie haben es eben angesprochen. Die Personalbedarfsberechnungen - PEBB§Y ist das Kürzel dafür - haben gezeigt, dass die Staatsanwaltschaft Saarbrücken der am stärksten belastete Teil der saarländischen Justiz ist und nicht deutschlandweit. Eine funktionierende Staatsanwaltschaft ist aber Kernstück einer effizienten Strafverfolgung. Genauso ist sie auch Kernstück eines intakten Rechtsstaats. Ich glaube, da sind wir alle einer Meinung. Deshalb finde ich es außerordentlich begrüßenswert und möchte es hier herausstellen, dass gerade Minister Stephan Toscani sofort gehandelt hat, als diese Diskrepanz festgestellt wurde. Die erste Stufe ist die Besetzung der 60 Stellen, die für die Staatsanwaltschaft ausgebracht sind, bis Ende dieses Jahres. Das wird bis zum April des kommenden Jahres auf 61,5 Stellen ausgebaut. Bis Ende des Jahres 2018 werden es 66 Stellen bei der Staatsanwaltschaft sein. Das ist ein Plus von sechs Stellen. Ich glaube, das ist eine gute Leistung insbesondere unter den Spielräumen, wie sie nun einmal da sind.

Wir gehen von einer durchschnittlichen Belastung von 120 Prozent aus. Das ist an der Stelle so. Aber ich möchte auch auf Folgendes verweisen. Wenn wir zum Beispiel in ein Bundesland wie Baden-Württemberg blicken, dann sehen wir bei der Staatsanwaltschaft ebenfalls eine Belastung von 120 Prozent. Von daher sind wir in guter Gesellschaft, insbesondere wenn wir bedenken, dass uns ein Stabilitätsrat weiterhin auf die Finger schaut und unsere Aktionen und unseren Haushalt beurteilt, ob wir auch weiterhin auf dem Konsolidierungspfad bleiben. Deswegen ist das eine Sache, die wir gut mittragen können.

Die Zivilsachen sind insgesamt nicht steigend, jedoch haben wir in Betreuungs- und Familiensachen keinen Rückgang zu verzeichnen. Man sieht das zum Beispiel bei den Betreuungssachen. Dort sind für die Entschädigungen bei der Bearbeitung von Betreuungsfällen im derzeitigen Haushalt 12 Millionen eingestellt worden, womit man darauf reagiert, dass ein Aufwuchs an Betreuungsangelegenheiten da ist. Grundsätzlich gibt es Entschädigung für diejenigen, die dort tätig sind. Man kann aber innerhalb der Gerichtsorganisation darauf reagieren, sollten sich dort Engpässe zeigen. Die Tatsache, dass wir die Kompetenzzentren - so nenne ich das mal - auf der regionalen Schiene für Familiensachen an den Amtsgerichten zusammenziehen, wird dabei helfen, dass wir hier, sollten Engpässe entstehen, eine Antwort geben können.

Man hat zum Beispiel auch beim Verwaltungsgericht entsprechend gehandelt - auch das zeichnet das Mi-

nisterium aus - dort hat man die Abordnung eines Richters vom Verwaltungsgericht ans Obergericht ausgesprochen. Es folgt jetzt eine Abordnung eines Richters aus der ordentlichen Gerichtsbarkeit ans Verwaltungsgericht, damit das ausgeglichen wird. Wichtig ist auch, dass im Servicebereich der Verwaltungsgerichtsbarkeit alle Stellen besetzt sind, damit dort keine Engpässe auftreten. Wir haben in den anderen Gerichten Belastungen von teilweise sogar unter 100 Prozent und teilweise leicht über 100 Prozent. Im Großen und Ganzen befinden wir uns da noch auf der sicheren Seite und das wird von uns auch so mitgetragen. Man hat auch reagiert, man hat vier zusätzliche Stellen im Bereich der Justizwachtmeister eingebracht, um den Sicherheitsvorkehrungen an den Pforten Rechnung zu tragen. Das ist eine wichtige Sache.

Die Gefangenenzahlen in der Justizvollzugsanstalt Saarbrücken sind bedauerlicherweise nicht zurückgegangen. Wir wissen alle, dass gerade im Bereich des Vollzugsdienstes Außerordentliches geleistet wird. Dafür meine volle Anerkennung, meinen vollen Respekt und großen Dank. Es ist wichtig, dass die bereits beschlossenen letzten technischen Umrüstungen zeitnah erfolgen, damit eine Entlastung eintreten kann. Den Rückruf der Abordnungen habe ich angesprochen und auch die Tatsache, dass man jetzt die Beurteilung der Dienstauglichkeit in Kooperation mit einem Polizeiarzt tun wird, der eine große Erfahrung in der Frage miteinbringen wird. All dies sind Maßnahmen, die dazu beitragen können, dass an der Stelle auch für die Bediensteten Entlastungen entstehen. Ich bin mir ganz sicher, dass der Einsatz der Projektmittel im Rahmen der Deradikalisierung und Gefährder gerade auch im Bereich des Justizvollzugsdienstes Wirkung zeigen wird. Die Frauen und Männer im Justizvollzugsdienst werden mit erschwerten Arbeitsbedingungen in diesem Bereich konfrontiert. Die beiden Projekte, die von den Koalitionsfraktionen auf den Weg gebracht wurden, sind hier gut angelegtes Geld.

(Beifall von der CDU.)

So ist es auch wichtig, das Beförderungsbudget im Bereich des einfachen und mittleren Dienstes besser auszustatten. Hierzu haben wir einen Ansatz von zusätzlich 30.000 Euro geschaffen. Das wird helfen, den Beförderungsstau abzubauen, gerade auch im Bereich der Anstalten.

Eine weitere Möglichkeit, die Motivation der Beschäftigten zu fördern, ist ein gutes Angebot an Fort- und Weiterbildung. Wir haben aktuell im Bereich der Bewährungshelfer nachgesteuert. Die Zahl der Beschäftigten im Kompetenzzentrum der Justiz für ambulante Resozialisierung und Opferhilfe, kurz KARO genannt, ist nach der Umstrukturierung gestiegen. Von daher ist es auch folgerichtig, dass der Ansatz

(Abg. Heib (CDU))

für die Fort- und Weiterbildung im Bereich der Bewährungshilfe aufgestockt wird.

Ich könnte noch Weiteres erzählen. Es gibt neue Impulse, ich nenne als Stichwort die Kooperation in der Referendarausbildung mit Frankreich, aber ich denke, der Minister wird dazu noch sprechen. Er hat eine viel höhere Frankreichkompetenz als ich, aber ich weiß, dass ihm diese Sache auch sehr am Herzen liegt, deshalb sage ich jetzt nichts weiter dazu.

Ich möchte abschließend noch all den engagierten Frauen und Männern, die im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz ihren Aufgaben nachgehen, herzlich für ihren tagtäglichen Einsatz für unsere leistungsfähige Justiz danken, unter anderem auch dafür, dass sie den Rechtsuchenden den Zugang zu einer bürgernahen Justiz leicht machen, dafür dass sie dem Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger Rechnung tragen, aber auch dafür, dass sie die Resozialisierung von Strafgefangenen umsetzen.

In zahlreichen Besuchen und Begegnungen habe ich auch im vergangenen Jahr die hohe Motivation und Einsatzbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Bereichen der Justiz wahrnehmen können. Ich bin mir bewusst, dass wir ihnen viel abverlangen auf dem gemeinsam eingeschlagenen Weg, den wir derzeit gehen. Die finanziellen Spielräume bleiben in 2018 und 2019, wie sie waren. Wir wollen die Konsolidierungshilfen in Höhe von 260 Millionen im Jahr auch in diesen Jahren nicht in Gefahr bringen. Von daher haben wir gar keine andere Wahl, als diesen Weg weiterzugehen. Ich bin mir sicher, wir werden im Dialog bleiben und wir werden auch, wenn weitere Schritte erfolgen müssen, diese gemeinsam vorbereiten.

Ich bitte um Zustimmung zum Einzelplan 10, natürlich auch zum gesamten Haushalt. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und schließe an diesem 04. Dezember meine heutige Rede mit einem herzlichen „Glück auf!“

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsident Heinrich:

Es liegt noch eine Zwischenintervention von Herrn Dennis Lander vor.

Abg. Lander (DIE LINKE):

Liebe Frau Kollegin Heib. Ich weiß, dass Sie jetzt etwas sauer sind, aber lassen Sie uns bitte sachlich bleiben. Als Erstes werfen Sie mir Unkenntnis vor, dann zitieren Sie mich. Das ist schon eine witzige Situation. Aber zur Staatsanwaltschaft: Wenn ich falsch liege, dass im Frühjahr 2018 auf 61,5 Stellen aufgestockt werden soll, dann berichtigen Sie mich. Wenn ich damit falsch liege, dass im späteren Jahresverlauf auf 66 Stellen aufgestockt werden soll,

dann berichtigen Sie mich. Alle anderen Zahlen, Daten und Fakten können Sie beim Richterbund erfragen. Wenn Sie mit denen nicht so gerne reden, dann können Sie das auch der SZ entnehmen, gerne sende ich Ihnen die entsprechenden Artikel zu. Oder, wenn Sie das auch nicht so gerne wollen, schicke ich Ihnen auch gerne unsere Protokolle mit dem Richterbund. - Vielen Dank.

Abg. Heib (CDU):

Herr Kollege Lander, es geht gar nicht darum, was ich gerne möchte oder nicht möchte. Zu den Zahlen, die Sie eben genannt haben: Hätten Sie mir zugehört, hätten Sie genau gewusst, dass ich diese Zahlen genannt habe. Bis Ende dieses Jahres 60 Stellen bei der Staatsanwaltschaft, bis April 61,5 und bis Ende 2018 66 Stellen. Das habe ich eben in meiner Rede - das können Sie später im Protokoll nachlesen - ausgeführt. Das haben Sie aber nicht in Ihren Ausführungen erwähnt. Sie haben ganz anderes gesagt, Herr Lander, und von daher habe ich gesagt: Ordnen Sie sich, schauen Sie, welche Argumente Sie vorbringen, wann Sie welche Zahlen nennen. Wenn Sie das machen, dann sind Ihre Redebeiträge so, dass man Ihnen folgen kann. - Danke.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Heib. - Ich rufe für die AfD-Fraktion Herrn Abgeordneten Rudolf Müller auf.

Abg. Müller (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben gerade von Frau Heib eine Menge Ausführliches, Richtiges und teilweise auch Beruhigendes oder etwas, das beruhigend sein soll, gehört. Sie werden Verständnis dafür haben, dass wir von der Opposition auch die weniger beruhigenden oder gar nicht beruhigenden Dinge zur Sprache bringen.

Wir beklagen hier eine gewisse Kurzfristigkeit der Aktion. Heute Morgen war die Rede von China als kommender oder schon existierender Weltwirtschaftsmacht. Das möchte ich in Bezug auf Kurzfristigkeit und Langfristigkeit kurz aufgreifen. Mir ist ein Satz untergekommen, der mir so gut gefallen hat, dass ich ihn Ihnen nicht vorenthalten wollte. Als der große chinesische Reformator Deng Xiaoping vor etwa 30 Jahren gefragt wurde, ob die Französische Revolution der Weltgeschichte eine entscheidende Wende gegeben habe, sagte er nach kurzer Überlegung, es sei noch etwas früh, darauf eine Antwort zu geben.

Von dieser sehr langfristigen Perspektive nun zu dem, was wir als ein etwas kurzfristiges und möglicherweise gefährliches Agieren betrachten. Also von

(Abg. Müller (AfD))

einem ganz großen Schaden, einer großen, ganz lange laufenden Entwicklung zu einem relativ kleinen Staat, zu Deutschland, und zu einem noch kleineren Teilstaat, unserem Saarland und zu einer klar erkennbaren Entwicklung zu weniger Recht und Sicherheit, die sich nicht nur an den Betonklötzen rund um unsere Weihnachtsmärkte ablesen lässt, was Herr Pauluhn und Frau Berg jetzt sogar schon als besondere Fürsorge verkaufen wollen.

Immerhin hat der Finanz- und Justizminister schon zaghaft reagiert, wir haben das eben gehört. Vor einigen Jahren wurde noch mit einem Rückgang der Kriminalität gerechnet und geplant, unter anderem wegen der demografischen Entwicklung. Unter älteren Leuten gibt es in der Regel weniger Kriminalität. Aber das Gegenteil ist eingetreten. Das ist das besonders Beunruhigende. Es geht natürlich im Justizplan noch um alle möglichen anderen Dinge, die von der Justiz zu regeln sind, aber das, was eben besonders beunruhigt, ist die offenbar plakativ steigende Kriminalität. Statt weniger Staatsanwälte, Richtern, Polizisten und Justizvollzugsbeamten werden ganz einfach mehr gebraucht. Der Vorsitzende des Richterbundes - auch schon zitiert - Werner Kockler, der auch Staatsanwälte vertritt, spricht von einer Arbeitsbelastung pro Staatsanwaltschaft von 150 Prozent. Die Zahl ist auch schon gefallen.

Die Erhöhung der Planstellen für Staatsanwälte von 60 auf 66 bis Ende 2018 - so sind die Zahlen, wie ich sie wahrgenommen habe - ist natürlich ein Schritt in die richtige Richtung und zeigt, dass das Problem immerhin erkannt ist, denn aktuell ist das Saarland nach Kocklers Worten Spitzenreiter im Bund, was die Arbeitsbelastung der Staatsanwälte betrifft. Das ist ein Zustand, den man nicht auf Dauer aufrechterhalten kann. Um auf eine Dauerbelastung von 100 Prozent herunterzukommen, wäre also nach seinen Worten eine Aufstockung um 80 Planstellen nötig.

Was ist jedoch die vermutliche Reaktion auf überhöhte Belastung der Staatsanwaltschaften? Es werden mehr Verfahren eingestellt als angemessen wären, offiziell wegen Geringfügigkeit, in Wirklichkeit - inoffiziell - ganz einfach wegen fehlender Bearbeitungskapazität. Das heißt, sogenannte Kleinkriminalität wird immer weniger effektiv verfolgt und zur Verurteilung gebracht, was die „Kundschaft“ der Staatsanwälte immer dreister werden lässt und die Bürger immer mehr verunsichert und verbittert.

Die Stagnation bei der Bekämpfung steigender Kriminalität lässt sich an den Zahlen im Einzelplan 10 - Justiz - ablesen. Die Gesamtausgaben steigen von 204,7 Millionen Euro in 2017 auf 205,7 Millionen in 2018. Das ist eine Million, meine Damen und Herren, aber eine Million kann wenig sein. Hier ist es wenig, denn diese nominale Steigerung entspricht 0,5 Prozent, also weniger als die offizielle Inflations-

rate. Das ist also eine reale Minderung des absolut notwendigen Aufwandes.

Im größten und wichtigsten Kapitel - Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften - geht es um ziemlich genau 100 Millionen Euro, nominal sogar etwas weniger, real also noch weniger. Man könnte hier auf den Verdacht kommen, dass lediglich Stellen von den Amtsgerichten zu den Staatsanwaltschaften verschoben werden, um auf den versprochenen Stellenzuwachs zu kommen, was dann natürlich zu Ausfällen bei den Amtsgerichten führen würde.

Im zweitgrößten Kapitel - Justizvollzugsanstalten - geht es um 31,2 Millionen Euro, zuvor 30,5 Millionen Euro, also eine Steigerung von nominal circa 2 Prozent, was auch nur die erwartete Inflation ausgleicht, mehr nicht. Dabei ist auch in diesem Bereich, insbesondere bei den JVs Saarbrücken und Ottweiler Handlungsbedarf und Investitionsbedarf gegeben. Das zeigt sich zum einen an offenbar berechtigten Eingaben von Gefangenen, die ja auch Menschenrechte haben. Zum anderen zeigt sich das an einem extrem hohen Krankenstand des Personals von 15 Prozent, was ein untrügliches Zeichen von schlechten Arbeitsbedingungen ist. Auch gibt es Klagen von Beamten und Angestellten wegen jahrelanger oder gar jahrzehntelanger Nicht-Beförderung. Dass da die Lust an der Arbeit schwinden kann, ist nur menschlich.

Meine Damen und Herren, ein geordnetes und gut funktionierendes Justizwesen ist eine ganz grundsätzliche Bedingung für einen funktionierenden demokratischen Staat. Darüber sind wir uns einig. Das haben Sie auch zum Ausdruck gebracht. Den Gehorsam der Bürger gegenüber den Gesetzen, die wir hier machen, gibt es aber auf Dauer nur gegen Schutz vor Kriminalität und ihren ganzen Begleitscheinungen. Immer mehr Bürger können von Diebstählen, Einbrüchen und Einbruchversuchen und Schlimmerem berichten. Auch bei der Ministerpräsidentin hat es aus Sicht der Einbrecher schon geklappt, und das trotz regelmäßiger Polizeikontrollen im Umfeld ihres Wohnhauses. Das zeigt - ganz exemplarisch - die offensichtliche, zunehmende Dreistigkeit, mit der agiert wird.

Die Aufklärungsrate ist sehr gering. Die Verurteilungsrate ist noch geringer. Bei der Suche nach den Ursachen muss man nicht lange suchen. Jeder weiß, es sind die offenen, unkontrollierten Grenzen unseres Landes. Nur die Regierung schließt stets messerscharf, dass nicht sein kann, was nicht sein darf.

Bis zur Beseitigung der verantwortungslosen Verursachung brauchen die Altparteien wohl noch einige schmerzhaftes Wahlergebnisse. Bis dahin muss aber das Justizwesen wenigstens aufrechterhalten, verbessert und ordentlich bezahlt werden. Sparen Sie

(Abg. Müller (AfD))

also bitte nicht! Sparen Sie nicht länger an der Sicherheit unserer Bürger, damit andere in der gemeinsamen Währung umso mehr Schulden machen können. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der AfD.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Ich rufe als weitere Wortmeldung Frau Elke Eder-Hippler von der SPD-Landtagsfraktion auf.

Abg. Eder-Hippler (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich dachte schon, es kommt gar nicht mehr die übliche AfD-Rhetorik, aber zum Schluss hat er ja doch noch die Kurve gekriegt und uns mit seinen üblichen Sprüchen beglückt. - Vielen Dank, Herr Müller.

(Abg. Müller (AfD): Das werden Sie noch öfter hören.)

Das fürchte ich auch, ja. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, uns liegt heute der Haushaltsentwurf 2018 für einen Bereich vor, der die wesentlichen Grundsätze unserer demokratischen Grundordnung mitprägt, nämlich die Justiz. Wenngleich dieser Bereich in der Öffentlichkeit nicht immer allergrößte Beachtung erfährt, so entscheiden sich hier doch wesentliche gesellschaftliche Fragestellungen, denn es ist unübersehbar, dass die Frage, wie die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sicher leben und im Vertrauen auf die öffentliche Ordnung ihren Alltag meistern können, zu einer zentralen politischen Herausforderung geworden ist.

Umfassende Sicherheit - wirtschaftliche, soziale und öffentliche Sicherheit - hat sich zu einem zentralen Wert demokratischer Gesellschaften entwickelt, und zwar für alle Schichten der Gesellschaft. Oder anders gesagt: Wenn die Demokratie gleiches Bürgerrecht auf ein sicheres Leben nicht garantiert, dann ist der innere Frieden in Gefahr und demokratiefeindliche, autoritäre Parteien gehen auf Stimmenfang. Das Ergebnis sehen wir leider auch in diesem Haus.

Für uns muss klar sein: Wir stehen für einen starken Rechtsstaat, der die Verantwortung für die Sicherheit und den Schutz seiner Bürger ernst nimmt. Nur sehr reiche Menschen können sich einen schwachen Staat leisten. Es ist unsere Verantwortung, dass unser Staat Recht und Ordnung auch für die Schwächsten in unserer Gesellschaft gewährleistet.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Für einen solchen Rechtsstaat ist eine starke Justiz unabdingbar. Dafür setzen wir mit diesem Haushalt die Grundlage. Ich bin unserem Bundesjustizminister Heiko Maas ausdrücklich dankbar, dass er im

Sommer dieses Jahres Politiker in allen Bundesländern hinsichtlich einer starken Justiz in die Pflicht genommen hat. Zu Recht hat er darauf hingewiesen, dass noch wichtiger als die schwarze Null ein handlungsfähiger Rechtsstaat ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Zusammenhang mit einem starken Rechtsstaat und der Gewährleistung der inneren Sicherheit wird besonders in jüngerer Zeit über eine Stärkung der Polizei gesprochen. Das ist gut und richtig so. Es kann allerdings nur ein erster Schritt sein. Wer mehr Polizei will, damit mehr Straftaten aufgeklärt werden, wird zwangsläufig auch mehr Arbeit für Staatsanwaltschaften, Gerichte und Justizvollzugsanstalten produzieren. Das ist nun mal so. Es genügt nicht, mehr Polizisten zu haben, die die bösen Jungs und Mädels einfangen, wenn weiter nichts passiert. Die Kette muss man weiterdenken und deswegen muss man konsequenterweise auch den zweiten Schritt gehen, denn die besten Gesetze nützen nichts, wenn diese nicht ordentlich vollzogen werden.

(Zuruf: Genau!)

Wichtig ist doch am Ende, dass die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in den Rechtsstaat behalten. Dabei ist es eine entscheidende Frage, ob eine Straftat innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes auch vor Gericht landet. Deshalb muss es nicht nur mehr Polizisten, sondern auch mehr Staatsanwälte und Richter vor allem in der Strafjustiz geben. Ich wünsche uns allen, dass wir in Zukunft genauso intensiv für mehr Staatsanwälte, Richter und Justizvollzugsbeamtinnen und -beamte eintreten, wie wir es für mehr Polizisten tun. Beides gehört untrennbar zusammen.

(Beifall von den Regierungsfractionen und teilweise bei der LINKEN.)

Wir haben im Rahmen dessen, was für uns machbar ist - es ist mehrfach erwähnt worden: wir stehen immer noch unter der Obhut des Stabilitätsrates -, getan, was wir konnten und wir tun es auch in Zukunft. Der Kollege Lander hat das, was jetzt mit der Flexibilisierung des Stellenplans betrieben wird, Flickschusterei genannt. Nein, das ist keine Flickschusterei, das ist Nutzen sämtlicher Spielräume zum Wohle der Bevölkerung und zum Wohle der Beschäftigten.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Mit dieser Flexibilisierung können die Möglichkeiten des Stellenplans besser genutzt werden - Dagmar, du hast es erwähnt -, und dies wird im Bereich Justiz insbesondere dazu dienen, im Jahr 2019 die Stelleneinsparquote zu erfüllen und zugleich die dann fertigen Anwärtinnen und Bewerber in ein Beamtenverhältnis übernehmen zu können.

(Abg. Eder-Hippler (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Rechtsprechung liegt in den Händen der unabhängigen Gerichte. Die Ausstattung der Justiz mit Personal- und Sachmitteln liegt jedoch in den Händen des Haushaltsgesetzgebers und des Justizministers. Dabei bedeutet der vorliegende Einzelplan 10 die Fortführung einer in der vergangenen Legislatur begonnenen Politik, die für eine Stärkung unserer Justiz und einen starken Rechtsstaat steht. Darüber freue ich mich ganz besonders und bitte um breite Zustimmung.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Vizepräsident Heinrich:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Die nächste Worterteilung geht an Justizminister Stephan Toscani.

Minister Toscani:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass ich zum ersten Mal in der neuen Aufgabe des Justizministers auch den Justizhaushalt begründen darf.

Meine Damen und Herren, was Abgeordnete der Opposition, der AfD und der LINKEN, hier dargestellt haben, ist schlichtweg ein Zerrbild der Situation in unserer saarländischen Justiz. Ich habe, als ich gemeinsam mit Roland Theis das Amt angetreten und die Verantwortung übernommen habe, in den letzten Monaten in allen Bereichen der Justiz kompetente, engagierte und hoch motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kennenlernen dürfen, die im Saarland eine funktionsfähige Justiz gewährleisten. Das ist die Wirklichkeit.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Unser Leitbild, das wir gemeinsam in der Großen Koalition verfolgen, ist zum einen ein starker Rechtsstaat, zum anderen eine bürgernahe Justiz. An diesen Zielen arbeiten wir gemeinsam. Dazu brauchen Sie zwei Dinge. Sie brauchen auf der einen Seite gut funktionierende Institutionen und Organisationen, auf der anderen Seite brauchen Sie eine ordentliche Personalausstattung.

Im Bereich Institutionen und Organisationen haben wir im Haushalt 2018 zwei wesentliche Veränderungen vor uns. Es geht einmal um die Organisationsreform unserer Amtsgerichte. Da gibt es eine neue Struktur, die ist in Vorbereitung. Zum Januar nächsten Jahres werden wir eine neue Struktur haben. Wir werden landesweit an bestimmten Amtsgerichten bestimmte Materien konzentrieren und wir werden regional zwischen kleineren benachbarten Amtsgerichtsstandorten Kooperationsschienen etablieren. Damit behalten wir alle Amtsgerichtsstandorte im Saarland, wir haben also weiterhin eine bürgernahe Justiz. Zum anderen stellen wir sicher, dass

die Abläufe in unseren Amtsgerichten noch effizienter werden als bisher.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Auch bei den Arbeitsgerichten verändert sich im nächsten Jahr etwas, da gehen wir einen anderen Weg. Wir haben bisher drei Arbeitsgerichtsstandorte in der ersten Instanz im Saarland, nämlich in Saarbrücken, in Neunkirchen und in Saarlouis. Wir werden die erste Instanz in Saarbrücken konzentrieren, wir werden dort Synergieeffekte haben, wir werden im Richterbereich Belastungsspitzen besser ausgleichen können. Das Ganze startet zum 01. April des nächsten Jahres. Diese Reform ist wie die Reform der Amtsgerichte auf einem guten Weg.

Die Koalition hat in dem Koalitionsvertrag für diese Legislaturperiode ein wichtiges Projekt gemeinsam verabredet, das wir im Justizministerium im nächsten Jahr realisieren wollen. Kollegin Elke Eder-Hippler hat davon gesprochen, dass es darauf ankommt, allen Bürgerinnen und Bürgern unabhängig vom Geldbeutel ihren Justizgewährleistungsanspruch zu garantieren, dass also Menschen, auch wenn sie einen kleinen Geldbeutel haben, nicht auf unnötige Hürden stoßen, wenn sie ihr Recht suchen.

Nach der derzeitigen Lage muss jemand, der sich beraten lassen will, zum Gericht und kann dort einen Beratungshilfeschein bekommen. Künftig wollen wir dieses Verfahren noch einfacher machen. Im Koalitionsvertrag haben wir verabredet, dass wir an Amtsgerichten sogenannte anwaltliche Beratungsstellen einrichten. Wir wollen im nächsten Jahr starten und in einem ersten Schritt solche Beratungsstellen an den Amtsgerichtsstandorten Merzig, Saarbrücken und Neunkirchen etablieren. Ich bin der saarländischen Anwaltschaft, der Rechtsanwaltskammer und dem saarländischen Anwaltsverein sehr dankbar, dass sie bei diesem Projekt von Anfang an mitgezogen haben. Dieses Projekt haben wir im Saarland nicht erfunden. Es gibt bereits einige Bundesländer, die das praktizieren. Die haben gute Erfahrungen damit gemacht. Die haben nämlich die Erfahrung gemacht, dass Menschen sich sehr unkompliziert, sehr nah an diese anwaltlichen Beratungsstellen wenden. Aber es gibt nicht nur die positive Erfahrung, dass diese Stellen niedrigschwellig in Anspruch genommen werden und Menschen sehr schnell anwaltliche Beratung finden können. Nein, eine weitere gute Erfahrung ist, dass 40 Prozent aller Anliegen in dieser Erstberatung gelöst werden können, dass sie sich erledigt haben, dass es keine weiteren Verfahren gibt. Das heißt, es ist eine sehr bürgernahe niedrigschwellige Form von Rechtsberatung, die wir gemeinsam etablieren wollen. Ich bedanke mich bei den Koalitionsfractionen, dass sie dieses Projekt auf den Weg gebracht haben. Wir wollen das im Saarland zu einem Erfolg machen.

(Minister Toscani)

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Institutionen und Organisation auf der einen Seite. Auf der anderen Seite kommt es auf eine ordentliche Personalausstattung an, auf motiviertes und kompetentes Personal. Ich glaube, dass in dieser Debatte bereits das eine oder andere Thema angesprochen wurde, wo es Schwierigkeiten gab und gibt, die wir aber im Begriff sind zu lösen.

Zunächst die Personalsituation in der Staatsanwaltschaft. Ja, es ist so, dass wir in der Staatsanwaltschaft den mit am stärksten belasteten Teil der saarländischen Justiz haben. Aber wo kommt diese Situation her? Die ist ja nicht einfach vom Himmel gefallen, sondern sie ist entstanden durch ein neues System der Personalbedarfsberechnung. Die Personalbedarfsberechnung hatte zum Ergebnis, dass es dort einen Nachjustierungsbedarf gibt. Unmittelbar nach Amtsantritt haben Roland Theis und ich dieses Thema zu unserer Sache gemacht. Wir haben es sofort aufgenommen und haben das in Zusammenarbeit mit den Dienststellenleitungen und vor allem auch mit den Personalvertretungen gemacht. Uns zeichnet im Saarland aus, dass wir mit Gewerkschaften und Personalvertretungen eng zusammenarbeiten; das ist der saarländische Weg. So, wie wir ihn im Großen gehen, Landesregierung und Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, so haben wir das auch beim Thema Personalsituation der Staatsanwaltschaften gemacht. Wir haben sofort mit den Personalvertretungen Gespräche aufgenommen und gemeinsam diesen Stufenplan erarbeitet, der hier ja bereits zitiert wurde. Wir wissen, dass wir das Problem nicht auf einen Schlag lösen können, aber wir können die Personalsituation der Staatsanwaltschaft nach und nach verbessern.

Die 60 Stellen, die wir im Stellenplan haben, werden bis Ende des Jahres personalisiert. Das heißt, das, was wir an Stellen im Haushalt haben, muss auch tatsächlich realisiert und mit Köpfen besetzt werden; da sind wir dran. Nächster Schritt: Bis Ende des ersten Quartals 2018 wollen wir um 1,5 weitere Stellen aufstocken, um dann im Verlauf der zweiten Jahreshälfte 2018 einen weiteren Schritt zu gehen und die dritte Stufe zu nehmen, um schließlich auf insgesamt 66 Stellen - auspersonalisiert und besetzt - bei der Staatsanwaltschaft in Saarbrücken zu kommen. Das ist zwar kein Traumergebnis, aber unter den gegebenen schwierigen Bedingungen können wir sagen, dass das Defizit erkannt ist. Wir haben gemeinsam mit den Personalvertretungen zur Lösung dieses Problems einen gangbaren Weg entwickelt, den auch die Personalvertretungen begrüßen. Das, meine Damen und Herren, ist der saarländische Weg. Wir erkennen Defizite und suchen nach Lösungen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich möchte noch einen Bereich ansprechen, der bei den Haushaltsdebatten nicht immer im Fokus steht. Ich bin dankbar, dass die Redner der Koalition in ihren Wortbeiträgen darauf hingewiesen haben, dass motiviertes Personal und entsprechender Nachwuchs im Bereich der Justiz sehr wichtig sind. Ein wichtiger Ansatz im Haushalt sind die Ausbildungskosten, die wir im nächsten Jahr spürbar erhöhen werden. Warum tun wir das? Weil viele Kolleginnen und Kollegen in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen und weil wir jetzt im Sinne einer vorsorgenden Personalpolitik viele junge Kolleginnen und Kollegen in die Ausbildung schicken. Es sind 24 Personen im Bereich des mittleren Dienstes und sechs Nachwuchskräfte im Bereich des gehobenen Dienstes, die an der Hochschule für Rechtspflege ihr Studium begonnen haben.

Es wurde auch gesagt, dass wir bei den Richtern keinen Nachwuchs mehr finden würden, weil wir ein niedrigeres Besoldungsniveau hätten - und dies nicht nur im Bereich der Richter. Insgesamt finde man für die saarländischen Beamten keinen Nachwuchs mehr. Meine Damen und Herren, das Gegenteil ist richtig. Nach wie vor haben wir auf Stellenausschreibungen im Bereich der Richter und Staatsanwälte nicht nur sehr hohe Bewerberzahlen, sondern auch gut qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber. Das heißt, dass wir den Nachwuchs der saarländischen Justiz sichern und dass von einem desolaten Zustand keine Rede sein kann.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Wir Saarländerinnen und Saarländer sind ja so etwas wie die Brücke zwischen Deutschland und Frankreich. Die Landesregierung hat eine Frankreichstrategie etabliert, die bundesweit für Aufmerksamkeit sorgt. Das bedeutet, dass wir nicht nur mehrsprachig werden wollen im Laufe einer Generation, sondern dass wir insgesamt das Saarland als eine Drehscheibe, als eine Brücke zwischen Deutschland und Frankreich empfinden. Das ist auch im Bereich der Justiz so. Die saarländische Staatsanwaltschaft kooperiert bereits seit Jahren sehr eng mit der Staatsanwaltschaft in Saargemünd, in Thionville und in Metz. Unser Oberlandesgericht hat gute Beziehungen zum Tribunal de Grande Instance de Nancy, das Landgericht kooperiert sehr eng mit Saargemünd, alles gut etablierte Arten der Kooperation im Bereich der Justiz.

Ich bin auch dankbar dafür, dass Dagmar Heib ein Projekt angesprochen hat, das wir im nächsten Jahr angehen wollen. Dabei zeigen wir einmal mehr, dass wir Saarländerinnen und Saarländer Vorreiter sind, wenn es um die Kooperation mit Frankreich geht. Es geht darum, dass künftig angehende Juristen aus Frankreich und aus dem Saarland einen Austausch machen können. Wir planen, in Zusammenarbeit mit der Pariser Rechtsanwaltskammer,

(Minister Toscani)

dass angehende junge Anwälte aus Paris bei saarländischen Rechtsanwälten eine Stage machen können. Sie können am Centre juridique franco-allemand besondere Vorlesungen besuchen und sie besuchen gemeinsam mit unseren saarländischen Referendarinnen und Referendaren Ausbildungsstationen am Oberlandesgericht. Das ist die eine Richtung. In der anderen Richtung gibt es künftig die Möglichkeit für unsere Referendarinnen und Referendare, Lehrveranstaltungen in Paris an der dortigen École de formation professionnelle des barreaux zu besuchen und bei Pariser Rechtsanwälten eine Stage zu machen. Das ist ein tolles Kooperationsprojekt zwischen Deutschland und Frankreich.

Dieses Projekt hat die Pariser Anwaltskammer an uns herangetragen. Sie hat es nicht herangetragen an das Justizministerium in Berlin, in Hamburg oder in München, nein, der Pariser Rechtsanwaltskammer ist es wichtig, das mit dem saarländischen Justizministerium und mit der saarländischen Anwaltschaft zu machen. Warum geschieht das ausgerechnet bei uns? Weil wir drei Institutionen haben, die uns in dieser Kooperation wunderbar unterstützen und dieses Projekt gemeinsam mit uns machen. Es ist einmal an der Universität das Centre juridique franco-allemand, eine Möglichkeit französisches Recht in Deutschland zu studieren, die es sonst nirgendwo in Deutschland gibt. Wir haben mit der Deutsch-Französischen Hochschule eine bedeutende deutsch-französische Institution mit Sitz in Saarbrücken, die auch mitwirkt. Und es gibt noch eine dritte deutsch-französische Einrichtung, die dies unterstützt, nämlich das Deutsch-Französische Jugendwerk, das bekanntlich eine Außenstelle in Saarbrücken hat. Dank dieser deutsch-französischen Institutionen findet dieses Kooperationsprojekt im Saarland statt. Dafür sind wir dankbar. Wir setzen es beherzt in die Tat um und hoffen, dass es 2018 startet, ein Beispiel für eine gelungene Frankreichstrategie.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Basis unserer Arbeit hier im saarländischen Landtag ist die Verfassung des Saarlandes. Sie ist aber mehr, sie ist mit dem Grundgesetz das Dokument, das die Grundwerte unseres Zusammenlebens in unserer Gesellschaft bildet und unser Zusammenleben prägt. Die saarländische Verfassung wird 70 Jahre alt. Wir feiern am 17. Dezember den 70. Jahrestag des Inkrafttretens unserer saarländischen Verfassung. Sie ist eine Konstante im Verfassungsleben unseres Landes, besonders deshalb, weil sie vor 70 Jahren ursprünglich einmal als Basis geschaffen wurde für ein autonomes Staatswesen, das wirtschaftlich an Frankreich angegliedert war. Durch die Volksabstimmung 1955 hat sie eine wesentliche Veränderung erfahren. Sie wurde so geändert, dass das Saarland

zum elften Bundesland der Bundesrepublik Deutschland werden konnte. Sie hat im Laufe ihrer Geschichte gezeigt, dass sie den Praxistest besteht und dass sie bei unterschiedlichen völkerrechtlichen Konstellationen eine wichtige Konstante und eine wichtige Basis der verfassungspolitischen Arbeit hier im Lande ist.

Wir haben als kleines Bundesland sehr früh etwas geschafft, was andere Bundesländer erst nach und nach gemacht haben. In unserer Verfassung wurde nämlich sehr früh der Europagedanke als Staatszielbestimmung aufgenommen. Das haben andere Bundesländer überhaupt nicht oder erst wesentlich später gemacht. Das zeigt, dass unsere Verfassung den Weg unserer Region geprägt hat, nämlich den Weg einer europäischen Kernregion. Sie hat diesen Weg nicht nur nachgezeichnet, sondern sie ist auch Leitbild. Wir wollen mehr und mehr eine europäische Kernregion werden. Wir nehmen dies zum Anlass - das Justizministerium hat das initiiert und ich bin Staatssekretär Roland Theis sehr dankbar, dass er das in die Hand genommen hat -, dass wir nicht nur einen Festakt aller drei Verfassungsorgane, also von Landtag, Landesregierung und Verfassungsgericht organisieren, nein, wir wollen, dass auch in Zukunft dieser 17. Dezember ein wichtiger Tag für unser Land ist. Wir wollen an diesem Tag in besonderer Weise an unsere Verfassung erinnern.

Wir werden das nächste Jahr zum Anlass nehmen, in Schulen zu gehen, um den jungen Saarländerinnen und Saarländern deutlich zu machen, dass das Grundgesetz, aber eben auch die saarländische Verfassung die zentralen Werte unseres demokratischen Zusammenlebens verkörpern. Das ist ein wichtiger Auftrag, der sich mit unserer Verfassung verbindet und der auch in die Zukunft gerichtet ist. Deshalb ist es so wichtig, an solche Jahrestage zu erinnern: Sie verkörpern nicht nur unseren Weg aus der Vergangenheit bis in die Gegenwart, sondern weisen uns auch den Weg in eine gute Zukunft, in eine Zukunft, in der das Saarland als europäische Kernregion gesehen wird. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich danke Ihnen, Herr Minister. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Der Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen hat zu Einzelplan 10 einen Abänderungsantrag eingebracht, der uns als Drucksache 16/177 vorliegt. Wir kommen zur Abstimmung über diesen Abänderungsantrag. - Wer für die Annahme des Abänderungsantrages Drucksache 16/177 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthalt-

(Vizepräsident Heinrich)

tungen? - Ich stelle fest, dass der Abänderungsantrag Drucksache 16/177 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion DIE LINKE bei Ablehnung durch die AfD-Landtagsfraktion angenommen ist.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 17 Kapitel 17 10. Wer für die Annahme des Einzelplans 17 Kapitel 17 10 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass Einzelplan 17 Kapitel 17 10 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen angenommen ist bei Ablehnung durch die Fraktion DIE LINKE und die AfD-Landtagsfraktion.

Wir kommen zur Abstimmung über Kapitel 20 10 des Einzelplans 20. Wer für die Annahme des Kapitels 20 10 des Einzelplans 20 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass Kapitel 20 10 des Einzelplans 20 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen angenommen ist bei Ablehnung durch die Fraktion DIE LINKE und die AfD-Landtagsfraktion.

Über Kapitel 10 01 ist Einzelabstimmung beantragt. Wer für die Annahme des Kapitels 10 01 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass Kapitel 10 01 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen angenommen ist bei Ablehnung durch die Fraktion DIE LINKE und die AfD-Landtagsfraktion.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 10 im Übrigen. Wer für die Annahme des Einzelplans 10 unter Berücksichtigung des angenommenen Abänderungsantrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Einzelplan 10 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen angenommen ist bei Ablehnung durch die Fraktion DIE LINKE und die AfD-Landtagsfraktion.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 18 - Verfassungsgerichtshof des Saarlandes. Wer für die Annahme des Einzelplans 18 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Einzelplan 18 bei Zustimmung aller Fraktionen des saarländischen Landtages einstimmig angenommen ist.

Wir unterbrechen unsere Sitzung bis morgen, 09.00 Uhr. Dann werden wir mit den Haushaltsberatungen 2018 fortfahren. Ich wünsche Ihnen allen nach diesem arbeitsreichen Tag einen angenehmen Abend.

(Die Sitzung wird von 18.04 Uhr bis 09.04 Uhr (05.12.) unterbrochen.)

Präsident Meiser:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir setzen die gestern unterbrochenen Beratungen zum Haushaltsplanent-

wurf 2018 fort. Zum heutigen Sitzungstag darf ich ganz herzlich Studierende der Universität des Saarlandes, Fachrichtung Sprachwissenschaft und Sprachtechnologie, unter Leitung von Frau Katrin Menzel begrüßen. Seien Sie uns herzlich willkommen.

(Beifall des Hauses.)

Wir kommen zur Übersicht 7: Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr - und Einzelplan 17 Kapitel 17 08.

Übersicht 7 - Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr (Abänderungsantrag: Drucksache 16/175)

Die Berichterstattung wurde zu Protokoll gegeben (siehe Anlage 7). Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE Herr Abgeordneter Jochen Flackus.

Abg. Flackus (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Erste hat es am Morgen ja immer schwer, wieder reinzukommen. Angesichts unserer beschränkten Redezeit möchte ich im Bereich Wirtschaft, Energie und Verkehr nur auf zwei Themenbereiche eingehen, das eine ist die Arbeitsmarktpolitik, das andere - auch aufgrund der aktuellen Debatten am gestrigen Tag - der Automobilstandort Saarland. Hier will ich etwas zu der neuen Studie, die vorgelegt wurde, sagen.

Der Kollege Roth hat gestern mit großem Recht darauf hingewiesen, dass die aktive Arbeitsmarktpolitik, über die ich jetzt sprechen möchte, ein wichtiger Punkt ist, und dass wir große Chancen haben, die Ressourcen, die es dort gibt, zu heben. Herr Roth, wir hatten beide Gelegenheit, neulich den neuen Arbeitgeberpräsidenten im Saarbrücker Schloss zu hören. Er hat - das fand ich interessant - darauf hingewiesen, dass aktive Arbeitsmarktpolitik ein Schlüssel ist, eine Chance, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Deshalb der Appell meiner Fraktion, nachhaltig an dieser Stelle nachzuarbeiten und das in den Fokus zu rücken.

Wir haben ja gestern gesagt, der Arbeitsmarkt im Saarland ist gut, die Zahlen sind ordentlich. Aber man muss einfach noch mal darauf hinweisen, dass die Statistik an dieser Stelle ein Problem hat. Die offizielle Arbeitsmarktstatistik der Arbeitsagentur erfasst eben Teile der Arbeitslosigkeit nicht. Zum Beispiel werden die über 58-Jährigen nicht erfasst, die Ein-Euro-Jobs, auch Arbeitslose in Weiter- und Fortbildung, kranke Arbeitslose und last, but not least - das ist auch eine steigende Zahl, wenn man sich die Arbeitsmarktstatistiken ankuckt - sind auch die, die über private Arbeitsvermittler einen Job suchen,

(Abg. Flackus (DIE LINKE))

nicht erfasst. Ich will das auf die Welt des Saarlandes herunterrechnen. Bei uns waren im November in der aktuellen Statistik etwa 32.000 Arbeitslose registriert. Würden wir aber diese ganzen Gruppen, die ich gerade genannt habe, mitzählen, wären wir bei über 50.000. Es geht mir jetzt nicht darum, daraus einen politischen Schlagabtausch zu machen, es geht um den Hinweis, wie wichtig an dieser Stelle ein aktives Reagieren auf diese Zahlen ist.

Deshalb haben wir im Haushaltsausschuss einen Antrag gestellt, das Projekt zur Flankierung der öffentlich geförderten Beschäftigung im Rechtskreis SGB II von 3 Millionen auf 5 Millionen Euro aufzustocken. Das ist von der Mehrheit abgelehnt worden. Aber ich will noch einmal sagen, dass die Ziele, die dahinter stehen, unheimlich wichtig sind. Darauf haben Sie, Herr Roth, gestern auch hingewiesen. Wir haben im Saarland eine große Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Ich glaube, da sind wir uns alle einig, dass wir die eigentlich nicht wollen. Es geht auch um die Chancen, die Langzeitarbeitslose über diese Programme kriegen. Mein Appell geht an die Wirtschaftsministerin, in diesem Bereich aktiv zu werden. Es gibt ja jetzt auch wieder neue Bundesprogramme. Versuchen Sie, in diesem Bereich Mittel für unser Land zu akquirieren, um diese Ressourcen für unseren Standort zu nutzen.

Wir haben einen weiteren Vorschlag gemacht, nämlich den Passiv-Aktiv-Transfer zu verstärken. Da gibt es ja eine Bringschuld der Landesregierung. Es ist - ich glaube, im letzten Jahr - angekündigt worden, in diesem Bereich eine Modellregion auszubilden. Wir bitten Sie mit den Argumenten, die ich eben vorgestellt habe, an dieser Stelle nun auch zu liefern.

Ich möchte jetzt zum zweiten Punkt kommen, der aktuellen Auto-Studie, in der sich das IAO - das sehr angesehene Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation - und IW Consult mit der Zukunft der saarländischen Autoindustrie im Jahr 2030 beschäftigt haben. Wenn man sich die Ergebnisse zu Gemüte führt, könnte man auf gut Saarländisch sagen: „Gudd, dass mer mol driwwer geschwätzt hann“, denn es ist in vielen Bereichen kalter Kaffee und es stehen viele Dinge drin, die wir schon lange wussten.

Ich habe gestern mit der Wirtschaftsministerin schon mal drüber diskutiert. Es ist schön, dass wir noch mal gelernt haben, dass wir Standortstärken haben, und es ist schön, dass wir gelernt haben, dass wir Standortschwächen haben. Vieles von dem, was drinsteht, wissen wir schon. Es steht zum Beispiel drin, Motor- und Getriebetechnik sei das große Pfund, das wir hätten, und dieser Bereich sei besonders gefährdet. Es ist auch gesagt worden, wir müssten mehr im Bereich der Wirtschaftsförderung machen. Ich glaube, darüber brauchen wir in diesem Hause nicht mehr zu diskutieren, das ist unser

Pflichtprogramm. Und in einer solchen Studie, in der es von Anglizismen nur so wimmelt, heißt es natürlich: Wir brauchen ein Key-Account-Management im Land. Auch das, glaube ich, haben wir alle begriffen, da brauchen wir keinen Nachhilfeunterricht.

Aber ökonomisch ist in dieser Studie interessant, dass es in einem Szenario, in dem der Übergang der Technologien sanft erfolgen wird und der Bestand an Fahrzeugen quasi das Hauptargument ist, es die Möglichkeit gibt, bis 2030 die Umsatzzahlen zu steigern. Aktuell liegen die Umsatzzahlen im Autocluster insgesamt bei 17 Milliarden Euro, die haben prognostiziert, dass sie auf 22 Milliarden im Jahr 2030 hochgehen könnten. Gut, da kann man vielleicht ein paar Abstriche machen, aber gleichwohl finde ich das eine interessante Zahl, die wir, wenn wir über Standortpolitik und Auto- Zukunft reden, im Blick haben sollten.

Wichtiger ist, glaube ich, das steht auch in der Studie: Wir müssen jetzt anfangen, wir dürfen keine Zeit verstreichen lassen. Die reden von einer Zeitspanne von zehn Jahren, das kann etwas mehr oder etwas weniger sein, das werden wir im Lauf der Jahre feststellen. Aber wichtig ist es, jetzt anzufangen!

Wie soll das ablaufen? Wir müssen jetzt - ich habe das eben in einem anderen Bereich angesprochen - ausbilden, unsere Stärken nutzen. Wir müssen auch die Technologien, die wir haben, nutzen, und die liegen nun mal im Bereich der Produktionstechnologien. Wir wissen hier im Saarland, wie Autos gebaut werden. Hier müssen wir Gas geben.

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben gestern schon ein paar Hinweise gegeben, wo wir nicht investieren sollten, Sie haben die Batterietechnik genannt. Da kann ich Ihnen nur ausdrücklich recht geben. Wir haben hier schon mal über die Problematik der Batterietechnologien und die E-Mobilität insgesamt geredet. Ich finde auch, dort Geld zu versenken, wäre der absolut falsche Weg. Noch mal: Wir brauchen Produktionstechnologien, und die können wir auch vorweisen, da haben wir die Leitunternehmen. Es wird ja vielleicht gar nicht so einfach. Wenn man die aktuellen Wirtschaftsteile in den Zeitungen liest, sieht man, dass Herr Sommer, der Chef von ZF, zurzeit in schwerem Fahrwasser ist. Der hat ganz gezielt in den Bereich Autonomes Fahren investiert, zum Beispiel in den USA. Wir wissen also nicht, wie ein zentrales Leitunternehmen im Lande weiter agieren wird und wie es sich aufstellen wird.

Der Punkt ist, wir müssen jetzt quasi den Technologietransfer im Land organisieren. Daran, wie das gemacht wird, habe ich eine Menge Kritik anzubringen. Aktuell haben wir etwa zehn Einrichtungen im Land, die sich mit Technologietransfer beschäftigen, an der Universität, an den Hochschulen, Saaris, Handwerkskammer und so weiter. Jede davon beschäftigt

(Abg. Flackus (DIE LINKE))

sich natürlich mit einem gewissen Spektrum, aber sie beschäftigen sich auch alle mit der Zukunft der Digitalisierung. Meiner Meinung nach sind das zu viele und sie sind zu zersplittert, das will ich deutlich sagen! Ich habe den Koalitionsvertrag gelesen, dort sind im Rahmen der Digitalisierungsstrategie der Landesregierung weitere zehn Einrichtungen geplant. Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen! Dann hätten wir am Ende 20 Einrichtungen, die sich mit dem Thema Digitalisierung beschäftigen. Ich glaube, man muss das nicht ideologisch sehen, um zu dem Schluss zu kommen, dass das schlicht und ergreifend zu viel ist.

Deshalb schlagen wir vor, wir sollten dort jetzt „aufräumen“, kucken, wer hat wo welche Stärken. Bei Saaris wird das jetzt vorgemacht, die IHK hat ja eine Studie in Auftrag gegeben, ich weiß nicht, ob die Ergebnisse schon da sind. Immerhin wird dort die Sinnhaftigkeit bestimmter Ziele untersucht, welche Themen wirklich relevant sind und welche Themen man dort abdecken kann. Es heißt immer so schön: „Ich berate ein Unternehmen im Bereich Digitalisierung.“ Ich muss dann aber auch etwas davon verstehen. Es reicht eben nicht, wenn ich mir das auf meine Fahnen schreibe, weil es dafür Fördergelder gibt. Ich halte es für wichtig, dass es eine Tür gibt, eine einzige und nicht 20.

Ich will mich jetzt nicht über die Zuständigkeiten in der Landesregierung auslassen. Wir halten es jedenfalls für einen Strukturfehler, dass die Technologiepolitik eben nicht im Wirtschaftsministerium angesiedelt ist, sondern in der Staatskanzlei. Man kann darüber streiten. In meiner Zeit, wenn ich das so sagen darf, als ich die Technologieabteilung leiten durfte, war die wirtschaftsnahe Forschung bei Hanspeter Georgi im Wirtschaftsministerium. Das hat nach meiner Erfahrung relativ gut funktioniert. Aber gut, das ist Ihre Sache, ich wollte das nur angesprochen haben.

Wir müssen die bestehende Infrastruktur nutzen. In der Studie steht zum Beispiel „Demo-Fabrik“ oder „eine Autostraße der Produktion aufzubauen“, das haben wir alles im Saarland. Frau Ministerpräsidentin, Sie haben gestern die Mensch-Roboter-Kooperation angesprochen, wir haben alles, wirklich alles, was derzeit auf diesem Markt zu haben ist, das wissen Sie. DFKI und ZeMA haben gemeinsam einen richtigen Park an Robotern, die für die Mensch-Roboter-Zusammenarbeit geeignet sind.

Wir sollten auch die Köpfe nutzen, das ist ein Essential im Technologietransfer. Technologietransfer mit der Industrie läuft über Köpfe. Die haben keine Lust, stundenlang Vorträge zu hören und sich PowerPoint anzuschauen, sondern sie wollen sehen, gibt es exemplarisch Fälle, von denen ich etwas lernen kann, und vor allem Fälle, die ich in meinem Unternehmen anwenden kann. Daraus entstehen Projekte, das ist

der praktische Technologietransfer. So können wir auch die Möglichkeiten nutzen, die wir an dieser Stelle haben.

Der nächste Punkt sind die Kooperationen, wovon gestern auch gesprochen wurde. Es gibt schon sehr viele gute Kooperationen zwischen zum Teil Großunternehmen und der saarländischen Forschungslandschaft. Auch hier bitte nochmal schauen, wie man die Kooperationen stärker nutzen kann, um in Projekte zu kommen. Insbesondere unter dem Gesichtspunkt, den ich vorhin angesprochen habe, dass wir formal gesehen nur zehn Jahre Zeit haben. Es gibt mittlerweile unheimlich viele Praxisbeispiele, die zeigen, wie saarländische Forschungseinrichtungen mit Unternehmen an der Saar und darüber hinaus zusammenarbeiten.

Ich komme noch zu dem Leitprojekt, das wir im Sommer vorgestellt haben, das von uns in die Haushaltsberatungen eingebracht wurde und das abgelehnt worden ist. Wir haben vorgeschlagen, genau in diese Richtung zu arbeiten. Wir haben gesagt, das digitale Auto ist ein Zukunftsprojekt, das Auto muss gebaut werden. Wir wissen an der Saar, wie das geht, deshalb wollen wir dabei sein, wenn das Auto der Zukunft gebaut wird. Ob digital, autonom oder sonst wie, ist zunächst einmal egal. Es ist das Auto der Zukunft, das muss in weiten Teilen hier bei uns gebaut werden. Wir haben auch gesagt, die Belegschaften müssen an diesen Prozessen beteiligt werden, das ist gestern hier auch gesagt worden. Wenn Sie unseren Antrag aufmerksam lesen, der immerhin zehn Seiten umfasst, dann sehen Sie, dass es ausdrücklich drinsteht. Wir werden die Zukunft nur gewinnen, wenn wir die Belegschaften in diese Prozesse integrieren. Die IG Metall macht das bundesweit, sogar europaweit ausdrücklich vor, nämlich die Technologie nicht zu verweigern, sondern aktiv mitzugestalten, das ist der Punkt.

In diesem Antrag ist noch ein Punkt, den ich ansprechen möchte. Frau Ministerpräsidentin, Sie haben gestern gesagt, es ist eben nicht nur eine Frage der Technologie, Physik oder Chemie, sondern es geht auch darum, andere Bereiche abzudecken. Sie haben das Haftungsprinzip angesprochen, es gibt das Beispiel von Volvo. Volvo hat gesagt, wir übernehmen in Zukunft die Haftung für unsere Assistenzsysteme. Das sind Vorreiter an dieser Stelle, um genau das Problem auszuhebeln. Ich bin völlig bei Ihnen, dass es ein wichtiger Punkt ist, deshalb muss die Begleitforschung mit betrachtet werden. Dazu zählt auch viel mehr, Ergonomie, Sportwissenschaften und andere Dinge, die werden in Zukunft eine Rolle spielen.

Der Punkt ist, es gibt heute keine Chance, einen Antrag durchzukriegen, sei es beim BMBF oder auf EU-Ebene, wenn man nicht gleichzeitig Begleitforschung mit ins Boot nimmt. Sie haben völlig recht,

(Abg. Flackus (DIE LINKE))

die Universität kann aktuell diese Bereiche abdecken. Wir haben selber Projekte im ZeMA gemacht, die Ergonomie, Sportwissenschaft oder interessanterweise Psychologie beinhaltet haben. Das ist ein wichtiger Punkt, denn beim Umgang mit Assistenzsystemen ist es oft ein richtig haptisches Problem bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die dort arbeiten. Also, es ist völlig klar, da sind wir ganz bei Ihnen.

Ich appelliere aber nochmal sehr herzlich, bitte jetzt nicht zu zögern, und diesen Technologietransfer einfach mal auf den Prüfstand zu stellen. Ich glaube, dass man bessere Lösungen erzielen kann als die, die wir aktuell haben. Ich glaube auch, dass es für den Standort wichtig ist, unter dem Gesichtspunkt Schnelligkeit und Zielgerichtetheit gerade an die Adresse der Unternehmen in diesem Bereich nachzuarbeiten. - So weit dazu, vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN und vereinzelt bei der SPD.)

Präsident Meiser:

Das Wort hat für die SPD-Landtagsfraktion der Abgeordnete Hans-Peter Kurtz.

Abg. Kurtz (SPD):

Guten Morgen. Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Flackus, das mit dem kalten Kaffee brauchen Sie nicht mehr zu bringen; Sie haben jetzt einen schönen Thermobecher und alle Zeit warmen Kaffee.

(Sprechen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein starkes Saarland braucht auch eine starke Wirtschaft. Die Zeiten, in denen man sparen kann, ohne dass es jemand merkt - ob es diese Zeiten überhaupt jemals gegeben hat? -, sind jetzt vorbei. Trotzdem ist es wichtig und auch richtig, mit den finanziellen Ressourcen, die wir zur Verfügung haben, behutsam umzugehen und damit gezielt Maßnahmen für das Land, für die Wirtschaft einzuleiten. Eine solche Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sichert nicht nur unsere Zukunft, sondern auch den Wirtschaftsstandort des Saarlandes. Wir leisten damit einen Beitrag zur strukturellen Entlastung des Haushaltes und gestalten daneben auch die Wirtschaft dieses Landes. Ich betone es heute Morgen nochmal ganz besonders: Es geht in dem Land trotzdem gut voran. Was gebraucht wird, wird gemacht, und was gemacht wird, wird auch gebraucht.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Die saarländische Wirtschaft wird sich mit unserem Handeln weiterentwickeln, und es wird weiterhin im

Saarland gefördert, was zu fördern ist. Meine Damen und Herren, das alles können Sie im Einzelplan 08 nachlesen, der die Einsicht widerspiegelt, dass eine stabile Wirtschaft feste Grundlage dafür ist, die Eigenständigkeit unseres Landes zu sichern.

Die Gesamtausgaben belaufen sich 2018 auf rund 219 Millionen Euro. Das heißt, wir investieren in die saarländische Wirtschaft rund 16 Millionen Euro mehr als 2017. Das geht nicht nur in die Wirtschaftsförderung, sondern auch in die Arbeitsmarktförderung. Bei all diesen Maßnahmen ist es wichtig, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dieses Landes mitzunehmen, aber auch die Langzeitarbeitslosen, die schon lange eine perspektivlose Zukunft haben. Wir müssen sie wieder mitnehmen, deshalb ist es richtig, mehr Geld in ASaAr, in die Förderung der Langzeitarbeitslosen fließen zu lassen. Es geht auch um eine Weiterentwicklung dieser Förderung, dass wir nicht nur die Menschen im Blick haben, sondern auch das familiäre Umfeld dieser Menschen, um sie wieder in den saarländischen Arbeitsmarkt zu integrieren.

(Beifall bei der SPD.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Existenzsicherung, Fachkräftesicherung, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Aus- und Weiterbildung, Gründungsförderung und Investitionshilfen bleiben die wichtigen Elemente unserer Wirtschaftspolitik. Wir haben 2016 in diesem Hause das saarländische Mittelstandsförderungsgesetz verabschiedet, eines der fortschrittlichsten und mittelstandsfreundlichsten Gesetze dieser Art in Deutschland. Jetzt gilt es, dieses Gesetz mit Leben zu füllen, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit die dort verankerten Vorteile die kleinen und mittleren Unternehmen im Saarland auch tatsächlich erreichen. Dabei geht es insbesondere darum, nicht nur bei den Landesgesellschaften, sondern auch auf kommunaler Ebene darauf hinzuwirken, dass sich die öffentliche Hand bei ihren Bauvorhaben mittelstandsfreundlich verhält.

Im Zuge des flächendeckenden Ausbaus des Netzwerks der Regionalen Kompetenzzentren innerhalb des Bundesgebietes hat das Saarland zum 01. September 2017 den Zuschlag für das neue „Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrum Saarbrücken“ erhalten. Das Kompetenzzentrum soll Mittelstands- und Handwerksunternehmen bei der Digitalisierung, bei der Vernetzung und bei der Einführung von Industrie 4.0 anwendergerecht unterstützen und praxisnah Anschauungs- und Erprobungsmöglichkeiten bieten.

Das mit 3,5 Millionen Euro notierte Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrum in Saarbrücken wird getragen von der Standortagentur Saaris und dem August-Wilhelm-Scheer-Institut für digitale Produkte und Prozesse. Es steht unter Leitung des Zentrums für Mechatronik und Automatisierungstechnik, der

(Abg. Kurtz (SPD))

ZeMA. Das Projekt hat eine Laufzeit vom 01. September dieses Jahres bis zum 31.08.2020. Ich denke, damit haben wir auch einige Dinge gebündelt, Herr Flackus. Es ist eben nicht so, wie Sie gerade dargestellt haben, dass da 20 Prozesse unabhängig voneinander laufen, sondern wir sind dabei, diese Aktivitäten für die Zukunft des Saarlandes entsprechend zu bündeln.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Gründer und junge Unternehmer sorgen mit neuen Ideen und Produkten für frischen Wind in unserer Unternehmenslandschaft. Eine lebendige Gründerszene ist das vornehmliche Kennzeichen für die Innovationsfähigkeit und die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes. Trotz zurückgehender Gründerzahlen in der Bundesrepublik sind unsere Zahlen hier im Saarland stabil, außerdem sind wir in der Gründungsszene aktiv. Wir sind vor allen Dingen dort aktiv - das ist zu erwähnen -, wo freiberufliche Gründungen im Saarland stärker in der Entwicklung sind als in der übrigen Bundesrepublik.

Die Förderung von Existenzgründungen und Jungunternehmen ist das hervorgehobene Ziel der Wirtschafts- und Standortpolitik des Saarlandes. Das, Kolleginnen und Kollegen, ist auch gut so. Das Wirtschaftsministerium bietet in Zusammenarbeit mit dem Partner im Netzwerk der Saarland Offensive für Gründer ein breit gefächertes Förderinstrument für Gründer. Beginnend bei der Stärkung des Unternehmensgeistes in den Schulen, aber auch durch die zielgerechte Förderung von klassischen Gründern sowie technologieorientierte Start-ups bis hin zur Begleitung bei Unternehmensnachfolgen ist das Saarland aktiv. Liebe Kolleginnen und Kollegen, durch die Digitalisierung werden sich Produkte und Geschäftsmodelle gravierend ändern.

Deshalb bedeutet das für einen produktionsintensiven Standort wie den Wirtschaftsstandort des Saarlandes, dass wir auf diese Veränderungen vorbereitet sein müssen. Daran haben wir schon in den vergangenen Jahren gearbeitet, besonders durch Maßnahmen zur Unterstützung des industriellen Mittelstandes bei der digitalen Transformation der Produktion, zum Beispiel mit dem Aufbau von „Power4Production“ an der ZeMA. Bereits in diesem Jahr hat das Wirtschaftsministerium seine Förderung so angepasst, dass wir insbesondere die KMU auf dem Weg in die digitale Welt noch besser begleiten und noch besser unterstützen. Im Rahmen einer Vier-Säulen-Strategie haben wir sowohl die Förderungsmöglichkeiten für Investitionen in Technik, aber auch die Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erweitert. Alleine 38,7 Millionen Euro sollen 2018 in die klassische Wirtschaftsförderung fließen. Insbesondere geht es hierbei um die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sowie die ergänzen-

den Maßnahmen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft einschließlich der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der gemeinsamen Wirtschaftsstruktur.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns auch weiterentwickelt, was die Weiterbildung in diesem Land im beruflichen Bereich betrifft. Meister fallen bekanntlich nicht vom Himmel. Wir warten auch nicht ab, bis dies geschieht, sondern wir handeln. Wir sind mit dem Meisterbonus eines der ersten Bundesländer, das einen solchen Beitrag zur Gleichstellung der beruflichen und akademischen Bildung leistet.

Die Erhöhung und die Sicherung bei der finanziellen Beteiligung durch das Land bei dem Stromspar-Check - jetzt bin ich etwas schnell gesprungen, aber die Zeit läuft, das wissen wir alle - ist auch sehr wichtig. Das saarländische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit trägt gemeinsam mit 20 Energieversorgern das Projekt Stromspar-Check. Weitere Kooperationspartner sind die Jobcenter in Saarbrücken, Neunkirchen, Saarlouis und im Saarpfalz-Kreis. Die ARGE SOLAR ist für die Kooperation zuständig.

Der Stromspar-Check entlastet Haushalte mit geringem Einkommen, hilft dabei, steigenden Energiekosten zu begegnen und hilft dabei zugleich, die Haushalte für CO₂-Einsparungen zu sensibilisieren. Es werden soziale Aspekte hier ideal mit Klimaschutzzielen verbunden. Seit dem Projektbeginn im Jahr 2014 wurden über 12.800 Soforthilfen wie Energiesparlampen und Zeitschaltuhren eingebaut. Damit konnten sage und schreibe 200 Tonnen CO₂ eingespart werden. Der Stromverbrauch sank dadurch durchschnittlich um 380 kWh und die Stromkosten wurden um rund 160 Euro pro Haushalt gesenkt.

In dem neuen Haushalt des saarländischen Energieministeriums ist dafür Vorsorge getroffen, dass der Stromspar-Check im Saarland weiter ausgeweitet werden kann. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ein Standardsatz von mir: Das Saarland ist ein Automobil- und Industrieland. Das Saarland muss diese Stärken auch weiterhin ausbauen. Autonomes, vernetztes Fahren und alternative Antriebstechnologien nehmen an Bedeutung zu. Das Saarland als Automobil- und Industrieland ist ein wichtiger Standort vor allen Dingen für den Verbrennungsmotor und ist daher zunehmend aufgefordert, diese Entwicklungen zu verfolgen und zu schauen, dass wir hier auch auf dem Weg bleiben.

Wir müssen auf zukünftige Entwicklungen und Veränderungen vorbereitet sein und dürfen uns nicht von neuen Technologien überraschen lassen. Für eine leistungsfähige Industrie in unserem Land dürfen sich die Unternehmen nicht auf ihren Erfolgen ausruhen. Sie müssen neue Geschäftsmodelle ent-

(Abg. Kurtz (SPD))

wickeln, Investitionen tätigen und die Forschung in innovative Technologien fokussieren, damit das Saarland als Automobil- und Industrieland auch weiterhin wettbewerbsfähig bleibt.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, wir sind in diesem Bereich gut aufgestellt. Es gibt überhaupt keinen Grund, diesen Antrag der Koalition abzulehnen und dem nicht zu folgen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Meiser:

Bevor ich das Wort weitergebe, darf ich ganz herzlich eine Gruppe des Landesverbandes der AWO unter Leitung von Frau Eleonore Schmittberger begrüßen. Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall des Hauses.)

Das Wort hat für die AfD-Fraktion Herr Abgeordneter Lutz Hecker.

Abg. Hecker (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit 2012 wird im Saarland keine Steinkohle mehr gefördert. Die letzten saarländischen Bergleute blicken in Ibbenbüren dem Förder-Aus auch in NRW entgegen. Unsere Kohlekraftwerke darben. Saarländische Saarschmiede hatten angesichts anstehender notwendiger Investitionen im Sommer angekündigt, aus der Eigenstromerzeugung in Ensdorf zum Jahresende auszusteigen und sich künftig an der Strombörse zu bedienen. Dies führte unmittelbar zum Beschluss, das Kraftwerk zur Schließung anzumelden. Eine Entscheidung des Übertragungsnetzbetreibers steht noch aus.

Im vergangenen Jahr hatte die STEAG ihre Kraftwerke Weiher und Bexbach zur Schließung angemeldet. Mittlerweile befinden sich beide Kraftwerke in der Netzreserve bis November 2019. Wir haben uns mit dem Thema ausführlich im Ausschuss beschäftigt. Derzeit ist eine Prognose, wie es ab Dezember 2019 mit Bexbach und Weiher weitergeht, nicht möglich. Denkbar ist eine erneute Stilllegungsanzeige mit der Option Netzreserve oder auch eine Rückkehr an den regulären Strommarkt. Dazu müssten die Börsenpreise deutlich steigen. Denkbar wäre auch eine Aufnahme in die Kapazitätsreserve. Die Ministerin hatte sich in der Ersten Lesung optimistisch geäußert, was den Erhalt der beiden Kraftwerke betrifft. Es bestehe Hoffnung auf eine Reaktivierung. Worauf sich diese Hoffnung stützt, wurde im Ausschuss nicht klar. Vielmehr wurde deutlich gemacht, dass eine Reaktivierung steigende Börsenpreise voraussetzt. Wie das funktionieren soll angesichts ständig steigender Mengen an sogenannten erneuerbaren Energien, die an der Strom-

börse gehandelt werden und den Preis drücken, weil sie eben nicht mit ihrem Erzeugungspreis gehandelt werden, ist mir unklar.

Dazu kommt, dass gemäß den Trilog-Verhandlungen am 08./09. November dieses Jahres in Brüssel bezüglich des CO₂-Emissionshandels und der Außenhandelsinstrumente erhebliche Belastungen für die Steinkohlekraftwerke den Erzeugungspreis nach oben treiben werden. Dies könnte natürlich der Hebel sein für steigende Börsenpreise. Angesichts noch höherer Belastungen für die Braunkohlekraftwerke könnte sich hier die Merit Order ändern.

Unabhängig von der Entwicklung der Börsenpreise wird eine Verknappung der CO₂-Zertifikate sich preistreibend auf die Verbraucherpreise auswirken. Unsere Stahlindustrie leidet ebenfalls unter weltweiten Überkapazitäten, Billigimporten und eben auch unter den künftig steigenden Kosten der CO₂-Zertifikate. Wie Sie alle wissen, wird der neue Teil der Saarschmiede zum Jahresende eingemottet. Hochwertige Industriearbeitsplätze gehen verloren, auch wenn - und das ist erfreulich - dieser Jobabbau wie heute gemeldet ohne Kündigungen vonstatten geht. Seit Jahren wurden dort Millionen-Defizite erwirtschaftet. Ein Hauptgrund ist der wegen der Energiewende völlig zusammengebrochene Kraftwerksmarkt.

Ideologiefrei und technologieoffen, das sind Worte, die in Ihrem Hause, Frau Ministerin, gerne benutzt werden. Leider gelten sie nur bedingt für unsere Kraftwerke. Eine verfehlte Energiepolitik, die auch von Ihnen gestützt wird, hat dazu geführt, dass die Kraftwerke in unserem Land, die traditionell Tausende Arbeitsplätze und eine zuverlässige und kostengünstige Versorgung sichergestellt haben, vor dem Aus stehen. Die AfD fordert einen schnellstmöglichen Ausstieg aus dem EEG und der Vorrangspeisung. Es ist die Aufgabe der Politik, unserer Stahlindustrie und unseren Kraftwerken sichere Rahmenbedingungen zu garantieren.

Ich komme zu Titel 08 03 - Wirtschaftsförderung. Diese bleibt praktisch gleich. Den neuen Meisterbonus begrüßen wir ausdrücklich. Der allgemeine Fokus auf eine Hochschulausbildung schadet letztendlich der Industrie und dem Handwerk. Fraglich ist allerdings, inwieweit die Größenordnung von circa 1.000 Euro geeignet ist, junge Facharbeiter zu einer Weiterbildung zu motivieren.

Zum Titel Verkehr möchten wir an dieser Stelle noch einmal anmahnen, Anstrengungen zu unternehmen, die Zugverbindungen in das Saarland im Allgemeinen und eine komfortable Direktverbindung von Saarbrücken nach Luxemburg im Besonderen zu stärken beziehungsweise herzustellen. Ebenso soll der Ausbau der Saarbahn nach Forbach und in wei-

(Abg. Hecker (AfD))

tere saarländische Gemeinden vorangetrieben werden.

Abschließend möchte ich noch auf die gestern geäußerten Vorwürfe mangelnder inhaltlicher Arbeit unserer Fraktion eingehen. Ich möchte dem widersprechen. Was den Bereich Wirtschaft betrifft, erinnere ich an unseren Antrag zur Technologie der Verbrennungsmotoren „Das Saarland ist Diesel-Land...“. Die Fraktionen der Regierungsparteien hatten damals einen korrespondierenden Antrag gestellt. Wenn man sich die beiden Anträge noch einmal anschaut und insbesondere die hier gehaltenen Reden zur Begründung betrachtet und auf ihre inhaltlichen Schwerpunkte reduziert, so bleibt festzuhalten, dass diese in weiten Teilen identisch argumentiert hatten und es folgerichtig zu einem auch von uns mitgetragenen Beschluss des Landtages kam. Wie in diesem für das Saarland existenziellen Bereich haben wir das auch in anderen Bereichen getan und werden das in Zukunft weiter verstärkt tun.

Dass unsere inhaltlichen Schwerpunkte hin und wieder etwas abweichend zu denen der regierenden Parteien gesetzt werden, liegt in der Natur der Sache. Es ist keineswegs so, dass wir uns abschrecken lassen von einer grundsätzlichen Ablehnung unserer Anträge. Es ist unsere Aufgabe, unsere politischen Inhalte in die Debatte einzubringen. Gegenwind ist das Los der Opposition. Dafür ist Opposition da und wir halten das auch aus. - Vielen Dank.

(Beifall von der AfD.)

Präsident Meiser:

Das Wort hat für die CDU-Landtagsfraktion Herr Abgeordneter Peter Strobel.

Abg. Strobel (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Stimmungsbild in der Saarländischen Wirtschaft ist am Ende des Jahres 2017 durchaus erfreulich. Das betrifft sowohl die derzeitige Lage als auch die Aussichten für das kommende Jahr 2018. Der Lageindikator der IHK hat seinen Allzeithöchststand erreicht. 54 Prozent der saarländischen Unternehmen beurteilen ihre Geschäftslage mit gut, 42 Prozent mit befriedigend und lediglich 4 Prozent der saarländischen Unternehmen mit unterdurchschnittlich. Auch der Erwartungsindikator ist anhaltend positiv. 9 Prozent der saarländischen Unternehmen rechnen mit besseren, 86 Prozent mit etwa gleich bleibenden und nur 5 Prozent mit rückläufigen Geschäften.

Die Binnennachfrage ist stabil, der Export boomt. Besonders angezogen haben die Unternehmen im Fahrzeugbau, in der Medizin-, Mess- und Regeltechnik, in der Metall- und Elektroindustrie, im Maschi-

nenbau sowie in der Bau- und Ernährungswirtschaft. Selbst in der Stahlerzeugung, die nach wie vor unter den Dumping-Preisen aus Fernost leidet, zeigt sich ein zarter Silberstreif am Horizont. Besonders erfreulich entwickelt sich der Dienstleistungssektor. Die IT-Branche, das Transportgewerbe und der Tourismus entwickeln sich anhaltend positiv. Handel und Kreditwirtschaft sind nicht unzufrieden mit dem abgelaufenen Jahr, obgleich die anhaltende Niedrigzinsphase natürlich den Banken und Versicherungen zunehmend Probleme bereitet. Unter den derzeitigen Rahmenbedingungen in Deutschland und im Saarland haben sich Wirtschaft und Arbeitsmarkt gut entwickelt. Es muss unser vornehmstes Ziel sein, dass diese Entwicklung so weitergeht.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Um es noch einmal klar zu sagen: Politik schafft keine Arbeitsplätze, aber Politik kann die Rahmenbedingungen erheblich beeinflussen. Es scheint ganz so, als sei das den Großen Koalitionen im Bund und im Saarland ganz ordentlich gelungen. Die Wirtschaft wächst und die Unternehmen können neue Arbeitsplätze schaffen.

Die Große Koalition im Saarland will an dieser positiven Entwicklung weiterarbeiten und sie unterstützen. Mit 1,15 Millionen stattdessen wir das Aktionsprogramm für die Digitalisierung der Saarländischen Wirtschaft aus und wollen insbesondere den kleinen und mittleren Unternehmen eine Hilfestellung bieten, die Chance der Digitalisierung zu nutzen und den Risiken zu begegnen. Herr Flackus, Sie haben eben auch auf die Digitalisierung in der Saarländischen Wirtschaft hingewiesen, Sie haben über die Veränderung der Antriebstechnik gesprochen, über die Leistungen und die Arbeit von DFKI und ZeMA in unserem Land. Ich habe in Ihrem Beitrag eigentlich nur Zustimmung für das gehört, was die Große Koalition in diesem Land tut. Natürlich geht es immer etwas schneller und immer etwas mehr, aber ich habe von Ihnen eigentlich kein deutliches Wort der Kritik gehört. Dafür will ich Ihnen auch einmal ausdrücklich danken.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir machen uns genauso Gedanken darüber, wo Zukunftsmärkte der saarländischen Wirtschaft liegen können, dies sowohl auf geografischer als auch auf branchenbezogener Ebene. Wo Chancen für eine veränderte Ausrichtung liegen und wo Cluster vielversprechend für die Wirtschaft und damit für die Zukunft unseres Landes sein können, wollen wir gezielt untersuchen und investieren dafür im kommenden Jahr 500.000 Euro. Die Mittel für die klassische Wirtschaftsförderung bleiben im Haushaltsjahr 2018 nahezu unberührt.

Dass sich zielgerichtete Förderung und Investitionen auch lohnen, zeigt die Situation im saarländischen Tourismus. Zwei Projekte, die zur Erfolgsgeschichte

(Abg. Strobel (CDU))

unseres Landes geworden sind, will ich exemplarisch nennen. Als erstes natürlich die Saarland Therme, die alle Erwartungen übertrifft. Die Erweiterung steht unmittelbar bevor. Es scheint auch so, als käme in absehbarer Zeit endlich die schon lange von uns erwartete Hotelinvestition.

Die zweite Erfolgsstory ist ganz klar der Center Park am Bostalsee. Nach wie vor ist er außerordentlich gut gebucht und die Betreiber selbst sind positiv überrascht. Ein weiteres Erfolgsprojekt ist der Baumwipfelpfad, der genauso wie die zahlreichen Premiumwander- und Radwege Baustein einer erfolgreichen Tourismusstrategie unseres Landes ist. Es sind aber nicht nur die großen Projekte, die uns voranbringen, ganz besonders wichtig sind uns die vielen Investitionen der kleinen und mittleren Betriebe der Gastronomie und Hotellerie in ihre touristische Infrastruktur. Das Saarland hat in diesem Jahr einen Zuwachs von rund 1,8 Prozent auf fast 3,1 Millionen Übernachtungen zu verzeichnen. Im Tourismus werden inzwischen 1,4 Milliarden Euro umgesetzt. Von 33.000 Beschäftigten wird eine Lohnsumme von 620 Millionen Euro erarbeitet. Ich glaube, der Tourismus hat sich zu einer beachtlichen Größe der saarländischen Wirtschaft gemauert.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Das ist in erster Linie der Erfolg der Unternehmerinnen und Unternehmer mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Es gibt aber auch einen Anhaltspunkt dafür, dass die Tourismusstrategie des Landes in die richtige Richtung läuft. Ich glaube, daran sollten wir festhalten.

Die Koalitionsfraktionen sind sich weiterhin einig im Ziel des Erhalts eines industriellen Kerns der Saarländischen Wirtschaft. Deshalb haben wir auch ein hohes Interesse daran, dass in der Energiepolitik Augenmaß statt Ideologie die Entscheidungen bestimmt. Energieverfügbarkeit und Bezahlbarkeit leiten uns genauso wie Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit; auf das Gleichgewicht kommt es an.

Herr Hecker, Sie haben sich eben ein wenig als Freund der Old Economy geoutet. Wir vertreten eine Auffassung, die natürlich vorsieht, dass wir einen industriellen Kern haben. Wir arbeiten aber genauso konsequent weiter am Strukturwandel. Das unterscheidet uns ein Stück. Ansonsten habe ich aus Ihrer Richtung fast nur Zustimmung für die Politik der Großen Koalition im Land gehört.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich habe es eben schon gesagt: In der saarländischen Stahlindustrie ist die Lage zwar aufgrund der Überkapazitäten am Weltmarkt sowie der Dumpingpreise aus Fernost immer noch angespannt, aber die saarländische Stahlindustrie ist mit ihren innovativen Produkten und ihren hochqualifizierten Mitar-

beiterinnen und Mitarbeitern trotzdem in der Lage, Aufträge zu platzieren.

Nicht gerade hilfreich war die Einigung im Brüsseler Trilog, die im Kern die drastische Reduzierung der CO₂-Zertifikate und damit natürlich deren Verteuerung beschlossen hat. Nach wie vor ist es mit gesundem Menschenverstand nicht zu erfassen, dass unser vergleichsweise emissionsarmer Stahl künstlich verteuert wird, während der unter in jeder Hinsicht lausigen Bedingungen produzierte Stahl mit Dumping-Preisen den Weltmarkt flutet.

Damit wir uns richtig verstehen: Ich plädiere an dieser Stelle überhaupt nicht für die Herabsetzung von Umweltstandards, lediglich für Chancengleichheit auf hohem Niveau. Das Klima fragt nicht nach nationalen Grenzen. Bei allem Verständnis für den ökonomischen Nachholbedarf der Schwellenländer brauchen wir dringend eine globale Lösung sowohl für den CO₂-Ausstoß als auch für die Stahlweltmarktpreise.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Das Saarland ist ein weltoffenes Land im Herzen Europas. Unser Land hat eine hohe Exportquote und viele Menschen pendeln tagtäglich über die Landesgrenzen hinweg zu ihren Arbeitsplätzen. Es ist daher essenziell, sich auf leistungsfähige Verkehrsverbindungen jederzeit verlassen zu können; insbesondere die Unternehmen der Saarländischen Wirtschaft brauchen logistische Sicherheit, wie sie nur auf der Grundlage einer hervorragend vernetzten Verkehrsinfrastruktur gewährleistet werden kann. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Strecke Paris-Saarbrücken-Frankfurt, also der Nordast der TGV/ICE-Verbindung, so ausgebaut wird, wie es vertraglich vereinbart ist. Saarbrücken muss Teil des europäischen und deutschen Fernverkehrsnetzes sein.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir wollen den saarländischen ÖPNV noch stärker an den Bedürfnissen der Kunden orientieren. Ein Umsteigen vom motorisierten Individualverkehr auf den ÖPNV ist umweltfreundlich und entlastet unsere Verkehrswege. Dazu braucht es verbesserte Angebote. Wir wollen attraktive Tarife, eine hohe Funktionalität, verbesserten Service, verlässliche Fahrgastinformationen sowie ein hohes Maß an Sicherheit für Fahrgäste und Personal.

Was die Multimodalität des Verkehrs angeht, setzen wir nicht auf einzelne Verkehrsmittel, sondern auf deren intelligente Verknüpfung und einen nutzerorientierten Mobilitätsmix. Moderne Mobilität setzt auf verschiedene Fortbewegungskonzepte und kombiniert diese klug miteinander. Dazu gehören ausreichende Park-and-Ride-Kapazitäten, ÖPNV-Knotenpunkte sowie Fahrradverleih und Carsharing-Sys-

(Abg. Strobel (CDU))

teme. Dabei müssen die infrastrukturellen Anforderungen der wachsenden E-Mobilität gleich mitgedacht werden. Zur Sicherstellung einer ununterbrochenen Nutzungskette müssen alle Angebote über ein digitales System miteinander kombinierbar und zahlbar sein.

Während das Saarland bei der touristischen Radnutzung schon Spitze ist, gibt es beim Alltagsradverkehr noch viel zu verbessern. Durch die zunehmende Verbreitung von E-Bikes wird Radfahren im hügeligen Saarland auch als alternatives Verkehrsmittel immer attraktiver. Das wollen wir nutzen und deshalb können Radschnellwege in Zukunft wichtiger Bestandteil unserer Verkehrsinfrastruktur werden.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Was den motorisierten Individualverkehr angeht, hat uns die zeitweise Vollsperrung der Fechinger Talbrücke vor Augen geführt, wie wichtig ein leistungsfähiges Straßennetz für unser Land und vor allem für die Saarländische Wirtschaft ist. Erhaltung und Sanierung der bestehenden Infrastruktur müssen dabei Priorität vor dem Neubau haben. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass die Funktionstüchtigkeit der Straßeninfrastruktur von der zuständigen Behörde jederzeit im Sinne von wirtschaftlicher Effizienz und Nachhaltigkeit gewährleistet ist. Dazu statten wir den Landesbetrieb für Straßenbau mit zusätzlich 5 Millionen Euro an Planungsmitteln aus, damit zukünftig mehr Bundesgeld im Saarland verbaut werden kann.

Zum Schluss möchte ich noch die aussichtsreichen Chancen unseres Flughafens erwähnen. Ab Januar fliegt die Luxair zu attraktiven Zeiten mit bis zu drei Umläufen am Tag nach Hamburg und Berlin. Zusätzlich fliegt die bmi Regional den Flughafen Münden an und verbindet uns so mit dem zweitgrößten deutschen Drehkreuz der Lufthansa Star Alliance.

Wenn also, was wir uns alle wünschen und was vor der Haustür steht, das CISA Helmholtz-Zentrum für Cybersicherheit endlich kommt, dann ist SCN ein Fixpunkt auf der internationalen Luftverkehrskarte und kann von San Francisco genauso gebucht werden wie von Bangalore oder von Shanghai.

Alles in allem ist der Einzelplan 08 ausgewogen. Er beinhaltet Einnahmeverbesserungen von rund 5,7 Millionen Euro und Mehrausgaben von zusammen rund 16 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr. Die Zahlen belegen, dass einiges passiert. Damit bietet der Einzelplan 08 insgesamt gute Perspektiven für die Saarländische Wirtschaft. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Meiser:

Für die Fraktion DIE LINKE hat Frau Abgeordnete Astrid Schramm das Wort.

Abg. Schramm (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Thema, das viele Saarländerinnen und Saarländer beschäftigt, weil sie jeden Tag davon betroffen sind, ist der ÖPNV im Land. Planlos, ziellos, visionsfrei - so nennt der Verkehrsclub Deutschland die saarländische Verkehrspolitik. Die Erreichbarkeit des Saarlandes im Schienenverkehr hat sich weiter verschlechtert. Es gibt weniger Verbindungen von und nach Paris im Fernverkehr. Die Direktverbindungen nach Metz und Straßburg sind weitgehend eingestellt worden. Da fragt der Verkehrsclub Deutschland doch zu Recht, ob das die Frankreichstrategie der Landesregierung ist. Auch die Reaktivierung der Bahnstrecke Homburg-Zweibrücken kommt nicht so recht voran, auch wenn die S-Bahn-Anbindung des Bliesgaus an den Rhein-Neckar-Raum nicht unwichtig wäre.

Wie in so vielen Bereichen fehlt auch in der Verkehrspolitik der große Wurf. Neue und zukunftsweisende Ideen - Fehlanzeige. Stattdessen beschränkt sich die Regierung auf das Verwalten von Missständen. Das Saarland ist flächenmäßig so groß wie Berlin und hat weniger Einwohner als Köln. Wir leisten uns aber ein ganzes Dickicht aus verschiedenen losen und intransparenten Verkehrsverbünden. Eine landesweite Verkehrsplanung und eine klare Struktur wären sinnvoll. Eindeutige Zuständigkeiten wären dringend nötig. Eine klare Finanzierung wäre selbstverständlich erforderlich.

Zurzeit sind es meist die Städte und Gemeinden, die ihre Verkehrsgesellschaften größtenteils selbst finanzieren müssen. Die katastrophale Haushaltslage der Kommunen ist uns allen bekannt. Nötig wäre auch eine gesamtheitliche Verkehrsplanung des Landes nach dem Vorbild des Verkehrsentwicklungsplans der Landeshauptstadt Saarbrücken, natürlich unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger. Mit einer landesweiten Planung und einer landesweiten Struktur sowie einer klaren Finanzierung könnte man endlich die drängenden Probleme angehen.

(Zuruf von der CDU.)

Wie können wir vor allem im ländlichen Bereich mehr Bus- und Bahnverbindungen ermöglichen? Wie kann der ÖPNV auch für junge Menschen wieder attraktiver werden? Wie schaffen wir es, dass mehr Saarländerinnen und Saarländer mit Bus und Bahn zur Arbeit fahren, denn das Saarland ist immer noch ein Autofahrerland. Unser Nachbarland Luxemburg zum Beispiel führt einen kostenlosen

(Abg. Schramm (DIE LINKE))

ÖPNV für Schüler ein. In der Stadt Luxemburg stehen sämtliche Busse und Bahnen jeden Samstag für jeden kostenlos zur Verfügung. In Potsdam, Tübingen und Jena wird derzeit über einen ticketfreien Bus- und Bahnverkehr diskutiert. Bei uns finden solche Diskussionen überhaupt nicht statt.

(Zuruf von den Regierungsfractionen: Wo war denn Ihr Abänderungsantrag?)

Dabei wäre es ein wichtiges Zeichen, dass wir im Saarland die Verkehrswende angehen und in die Zukunft investieren. In Metz zum Beispiel kostet das Standardticket für den Bus nur noch 1,50 Euro. Weil dort auch der Arbeitgeber an der Finanzierung beteiligt wird, wird das für jeden Einzelnen preisgünstiger. Dadurch wird der ÖPNV attraktiver und gewinnt viele neue Fahrgäste. Aber die Landesregierung überlegt ja nicht einmal, mit welchen neuen Konzepten der ÖPNV besser und stärker werden könnte. Sie nennen jetzt das Jobticket. Sie können ja mal nachfragen, wie wenige Saarländer sich am Jobticket beteiligen. Bei uns steigen die Fahrpreise immer mehr und trotz steigender Preise wird das Angebot nicht besser.

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen sagt, dass sich bei der kommunalen Verkehrsinfrastruktur in Deutschland ein Sanierungstau von 15 Milliarden Euro angesammelt hat. Der Verband fordert daher vom Bund ein Sonderprogramm, zehn Jahre lang je 1,5 Milliarden Euro für Investitionen in den ÖPNV. Und die Länder sollen zusätzlich zusammen 500 Millionen beisteuern, damit die Kommunen in den Aus- und Neubau der ÖPNV-Infrastruktur investieren können. Für das Saarland hieße das rund 6 Millionen Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der öffentliche Personennahverkehr ist ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deshalb muss er gut funktionieren und für alle erreichbar sein und vor allem auch erschwinglich. - Ich danke Ihnen.

(Beifall von der LINKEN.)

Präsident Meiser:

Das Wort hat für die SPD-Landtagsfraktion Frau Abgeordnete Christiane Blatt.

Abg. Blatt (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Neben den Schwerpunkten Energie- und Industriepolitik ist auch der Tourismus hier im Lande ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Die Resultate aus dem Jahresbericht 2017 des Tourismusbarometers Saarland zeigen eindrucksvoll, welchen Stellenwert die Branche mittlerweile einnimmt. 2016 fanden im Saarland 3 Millionen Gästeübernachtungen statt. Das sind über 1 Million mehr als je zu vor. Der ge-

steigerten Nachfrage ging in den vergangenen Jahren ein strategischer Ausbau des Angebots voraus. Dies zeigt sich besonders in zweistelligen Wachstumsraten 2013 und 2014, die auch durch den Center Park am Bostalsee ausgelöst wurden. Auch in den ersten neun Monaten dieses Jahres konnte ein nochmaliges Plus von 1,8 Prozent bei den Übernachtungen und ein Plus von 4,2 Prozent bei den Gästeankünften im Vergleich zum Vorjahr erreicht werden.

Am Stausee Losheim wird das Bootshaus und die Rettungswacht bis Ende des Jahres mit 70-prozentigem Zuschuss aus Tourismuskitteln des Landes aufgewertet. Ebenso wird der Campingplatz am Stausee und das dazugehörige Ökodorf zum Saisonbeginn 2018 mit einem Zuschuss für die Gemeinde von insgesamt rund 63.000 Euro modernisiert. Auch gibt es Bewegung bei der Entwicklung des saarländischen Teils des Nationalparks Hunsrück-Hochwald. Hier ist der Bau eines Besucherzentrums sowohl für den Nationalpark als auch für den Keltenpark geplant mit einem Invest von 4,5 Millionen Euro, wobei das Land und die EU 70 Prozent der förderungsfähigen Kosten übernehmen.

Um die genannten Erfolge fortzuführen, ist es notwendig, in touristische Infrastrukturprojekte zu investieren. Deshalb muss das Land privaten und öffentlichen Investoren mit Fördermitteln unter die Arme greifen. Wir gehen davon aus, dass wir in dem kommenden Jahr wieder über 8 Millionen Euro EU- und Landesmittel für Tourismus einsetzen können. Dies bedeutet für die politische Ebene, dass wir vor allem Kommunalpolitikern verdeutlichen müssen, welche Wertschöpfungs- und Standorteffekte Tourismus wecken kann. Im Saarland haben wir 1,4 Milliarden Bruttoumsätze jährlich durch Tourismus, 33.000 Arbeitsplätze hängen von ihm ab. Dem Landeshaushalt und den saarländischen Kommunen fließen jährlich 100 Millionen Euro aus tourismusbezogenen Einkommens- und Mehrwertsteuern zu. Eine gut ausgebaute Tourismusregion mit entsprechenden Angeboten für Freizeit sowie ein attraktives Umfeld steigern die Lebensqualität der einheimischen Bevölkerung im Saarland.

Die Bilanz der letzten Jahre im Saarland-Tourismus kann sich sehen lassen. Mit gemeinsam Erreichtem können wir uns heute selbstbewusst mit anderen Regionen vergleichen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Auch deshalb soll in die touristische Entwicklung des Umfelds des Peterbergs investiert werden. Durch die Erweiterung der Talstation im Freizeitzentrum Peterberg zu einer modernen und kundenorientierten Infrastruktureinrichtung im Jahr 2018 wird die Wettbewerbsfähigkeit des Freizeitentrums gestärkt und damit auch ein Mehrwert für den Tourismus-

(Abg. Blatt (SPD))

standort Saarland geleistet. Das Wirtschaftsministerium wird dieses Vorhaben mit knapp 175.000 Euro aus Tourismuskitteln des Landes fördern.

Meine Damen und Herren, zum erfolgreichen Tourismus gehört auch Infrastruktur. Einzelne Untersuchungsergebnisse zeigen, dass das Freizeit- und Urlaubsverkehrsaufkommen das Aufkommen des Berufsverkehrs weit übertrifft. Unserem Ziel, den ÖPNV im Saarland kundenfreundlicher, moderner und effizienter zu machen, kommen wir mit den Maßnahmen im Haushalt 2018 wieder einige Schritte näher. Insgesamt sind in Kapitel 08 04 - Förderung des Verkehrs - Mittel in Höhe von 53,3 Millionen Euro vorgesehen, das sind rund 7 Millionen Euro mehr als 2017. Unter anderem werden wir damit unser erfolgreiches Sonderprogramm „Barrierefreier Ausbau von Haltestellen im Saarland“ und das Bahnhofsentwicklungsprogramm fortsetzen. Bei der Verbesserung der Tarifstruktur haben wir mit dem Jobticket und dem Kurzstreckentarif bereits wichtige Schritte in Richtung eines kundenfreundlichen ÖPNV eingeleitet.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Im Haushalt 2018 haben wir eine finanzielle Vorsorge für weitere Verbesserungen der Tarifstruktur getroffen, deren konkrete Ausgestaltung auch Gegenstand der Diskussion einer Expertenrunde ist, die unter anderem die Einführung eines entfernungsabhängigen Bezahlsystems mit Smartphone als Erfassungs- und Bezahlsystem prüfen soll.

Ein Schwerpunkt des Jahrzehnts der Investitionen liegt im Bereich der Straßenbaupolitik, wo wir wesentlich mehr Geld für unsere Infrastruktur ausgeben werden. Gerade bei den Landstraßen und den Brücken müssen wir eine Trendwende einleiten. Insgesamt sind dafür im Kapitel 08 12 weitere Investitionen von 5,3 Millionen Euro im Vergleich zu 2017 eingeplant, mit denen wir Vorsorge dafür treffen, dass unser Landstraßennetz in einem funktionssicheren Zustand bleibt.

Es ist essenziell wichtig, strukturpolitisch richtig und wirtschaftspolitisch notwendig, einen Flughafen zu haben. Er sichert die Erreichbarkeit unseres Wirtschaftsraumes und er gewährleistet die Anbindung an nationale und internationale Wirtschaftsräume und Märkte. Deshalb sollten wir alles daran setzen, in der Zukunft den Saarbrücker Flughafen weiter zu stärken. Es ist daher sehr begrüßenswert, dass der Flughafen Saarbrücken und Luxair einen Fünf-Jahres-Vertrag zur Bedienung der Strecke Berlin-Tegel und dem Airport Saarbrücken abgeschlossen hat. Ebenso ist es erfreulich - und es wurde auch schon erwähnt -, dass es seit dem 06. November wieder regelmäßige Verbindungen in die bayerische Metropole gibt.

Die Erhöhung der Verkehrssicherheit stellt einen Schwerpunkt des Verkehrsministeriums in den kommenden Jahren dar. Mit der Erarbeitung eines Verkehrssicherheitsprogramms wurde bereits begonnen, aufgrund der hohen Bedeutung des Themas sollen jedoch bereits während der Programmerstellung erste Handlungsmaßnahmen als dreistufiges Projekt zur Erhöhung der Sicherheit von Kindern im Rahmen der Prävention gestartet werden. Hierzu sind im derzeitigen Haushalt Mittel zur Verfügung, die für die Verkehrssicherheit jedoch bei Weitem nicht ausreichen. Für die Organisation und die spätere Umsetzung sollen daher Finanzmittel in Höhe von 50.000 Euro für das Jahr 2018 neu in den Einzelplan 08 aufgenommen werden, um dieses Erfolg versprechende und nachhaltige Verkehrssicherheitsprogramm zu erarbeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Medienberichte und Unfallstatistiken führen immer wieder an, wie nach Unfällen die Rettungskräfte bei ihrer Arbeit durch Schaulustige behindert werden. Im Haushalt des saarländischen Verkehrsministeriums sind daher Mittel in Höhe von 35.000 Euro für eine landesweite präventive Informationskampagne, die sogenannte Anti-Gaffer-Kampagne, aufzunehmen. Zugleich wird das Verkehrsministerium gebeten, über den Bundesrat ein Gesetzgebungsverfahren zu initiieren, das eine härtere Bestrafung von Gaffern bei Verkehrsunfällen vorsieht.

Ich darf zusammenfassen. Wir brauchen im Saarland eine aktive Tourismus- und Infrastrukturpolitik, die hierfür notwendigen Maßnahmen sind im Einzelplan 08 enthalten. Dieser Haushalt zeigt einmal mehr, dass diese Landesregierung dazu in der Lage ist, auch mit einem vergleichsweise leeren Beutel immer noch große Sprünge zu machen, und dass Sanieren und Gestalten durchaus Hand in Hand gehen können. Aus diesem Grunde bitte ich um Zustimmung zum Einzelplan 08. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Präsident Meiser:

Das Wort hat für die CDU-Landtagsfraktion Herr Abgeordneter Marc Speicher.

Abg. Speicher (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute, im Dezember 2017, blicken wir auf einen erfolgreichen Arbeitsmarkt. In Deutschland sind heute 45 Millionen Menschen erwerbstätig. Bei uns im Saarland sind es knapp 390.000 Menschen, die erwerbstätig sind. Das ist Rekord. Im Jahresvergleich ist die Zahl der Erwerbstätigen erneut um 4.000 gestiegen. Das sind 4.000 Saarländerinnen und Saarländer mehr, die heute in Lohn und Brot stehen, als noch vor einem Jahr.

(Abg. Speicher (CDU))

Und der Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt hält an. Das zeigt auch der Blick auf die Entwicklung der Arbeitslosenquote. Die Arbeitslosenquote sank binnen Jahresfrist um 0,4 Prozentpunkte auf heute 6,3 Prozent. 6,3 Prozent, das ist der niedrigste Wert seit 40 Jahren. Die niedrigste Arbeitslosenquote seit sage und schreibe vier Jahrzehnten! Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein großer Erfolg für uns im Saarland.

(Beifall von der CDU und vereinzelt bei der SPD.)

Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist rückläufig, sie nimmt sogar überdurchschnittlich ab. Gestiegen ist lediglich die Zahl der offenen Stellen: 8.800. Das sind 15 Prozent mehr als noch vor einem Jahr.

Natürlich haben wir aufgrund der Rekordbeschäftigung, aufgrund der niedrigsten Arbeitslosenquote seit Jahrzehnten allen Grund zur Freude. Trotzdem gibt es keinerlei Veranlassung für uns, uns zurückzulehnen oder gar die Hände in den Schoß zu legen. Es geht um Gute Arbeit auch für morgen. Das ist der Auftrag für die Landespolitik, für das Parlament, aber auch für die Regierung.

Ich meine, wir müssen auch so ehrlich sein, die Finger in die Wunden zu legen. Wir müssen schauen, wo noch Verbesserungspotenzial besteht. Denn die Zahlen zeigen auch: Noch immer sind 33.000 Saarländerinnen und Saarländer nicht in Arbeit. Das ist zu viel, denn hinter jeder dieser Ziffer steckt ein Mensch, sein Schicksal und seine Familie.

Außerdem treibt uns die Langzeitarbeitslosigkeit um. Der Sockel an Langzeitarbeitslosen ist eine weitere Baustelle für uns. Knapp 12.000 Männer und Frauen sind bereits länger als ein Jahr ohne Arbeit. Zwar ist der Rückgang an Langzeitarbeitslosen überdurchschnittlich, dennoch brauchen wir weiterhin geeignete Maßnahmen, um Menschen, die länger keinen Zugang zum Arbeitsmarkt gefunden haben, wieder eine Tür zur Arbeit zu öffnen.

Dann stehen noch die großen globalen Herausforderungen an. Zu Recht ging es gestern und heute in der Haushaltsdebatte um das große Thema Digitalisierung - ein Megathema - das sich auch auf die Arbeitswelt auswirken wird. Arbeit 4.0 heißt auch, dass es auf mehr digitale Kompetenz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ankommen wird. Es geht auch darum, dass wir in den nächsten Jahren den Wirtschafts- und Industriestandort Saarland zukunftsfest machen müssen. Das Saarland muss sich in seiner Wirtschaftsstruktur weiter diversifizieren, aber wir müssen auch Industrieland bleiben. Das Saarland ist Stahl- und Autoland, das Saarland ist Autoland. Und das sollen wir auch bleiben. Das gehört zur DNA unseres Landes, schafft Wertschöpfung, Arbeit und vor allem Wohlstand.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Wir im Saarland wissen um die Bedeutung einer starken Industrie, das hat die in der Haushaltsdebatte schon mehrfach angesprochene Automotive-Studie letzte Woche bestätigt. Ein Standortvorteil für uns im Saarland ist die hohe Industrieakzeptanz, längst keine Selbstverständlichkeit mehr in Deutschland. Deswegen müssen auch in Zukunft Stahl und Auto fester Bestandteil in der Saarländischen Wirtschaft sein. Auch das wird veränderte Anforderungsprofile an die Arbeitnehmer stellen. Es wird mehr denn je auf Fort- und Weiterbildung ankommen.

Zum Thema Fort- und Weiterbildung gehört auch, dass wir nicht nur an die denken, die in der Industrie arbeiten, sondern dass wir auch an die denken, die im Handwerk tätig sind. Dieser Haushalt setzt deutliche Akzente, was die Gleichstellung der Weiterbildung im Bereich des Handwerks mit der Weiterbildung an den Hochschulen betrifft. Der Meisterbonus mit 1 Million Euro ist ein Meilenstein für unser Saarland, ein wichtiger Punkt aus dem Koalitionsvertrag, den wir jetzt umsetzen. 1 Million Euro sind viel Geld. Ich meine, es ist richtig, hier anzusetzen, denn die duale Berufsausbildung in Deutschland ist weltweit vorbildlich. Hier setzen wir einen richtigen Schwerpunkt auf eine unserer Stärken, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Aber auch die Arbeitsmarktpolitik ist ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Wir schaffen es sogar, obwohl wir uns in den schwierigen Jahren 2018/2019 hin zu einem Saarland ohne neue Schulden befinden, die Ausgaben weiterhin zu steigern. Rund 17 Millionen Euro haben wir als Landesparlament, als Haushaltsgesetzgeber, für Arbeitsmarktimplementierungen 2018 vorgesehen. Diese Ausgaben steigen um rund 500.000 Euro, sie steigen damit sogar überproportional im Vergleich zu den Gesamtausgaben.

Ja, es stimmt, wir nehmen viel Geld in die Hand, aber das, meine Damen und Herren, sind wir den Menschen in unserem Land auch schuldig. Ein starker, ein robuster Arbeitsmarkt, die weitere Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie sichere Arbeitsplätze bei uns im Saarland verdienen unseren vollen Einsatz.

Wir führen die erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik der vergangenen Jahre fort und setzen neue Akzente. Die Förderung der saarländischen Beratungsstelle für Wanderarbeiter und mobil Beschäftigte mit 180.000 Euro, das Programm „Frauen in Arbeit“ mit 400.000 Euro und der „Betriebsmonitor Saarland“ mit 180.000 Euro setzen zielgruppengenaue exakt dort an, wo weiterer Handlungsbedarf besteht.

Zur Beratungsstelle für Wanderarbeiter. Es kann nicht sein, meine Damen und Herren, dass Beschäftigte und Arbeitssuchende mit Migrationshintergrund - häufig aus Osteuropa - hier ausgebeutet und aus-

(Abg. Speicher (CDU))

genutzt werden. Arbeitszeit, Gesundheits- und Arbeitsschutz, Urlaubs- und Wohnansprüche sind dafür gemacht, dass sie eingehalten werden. Und zwar von allen. Wir legen einen Schwerpunkt auf die Aufklärung der direkt Betroffenen, die bewusst in Unkenntnis über ihre Rechte gelassen werden. Dieses teilweise als systematisches Umgehen unserer Rechtslage zu beschreibende Verhalten der Auftraggeber schadet nicht nur den direkt Betroffenen, es schadet auch den übrigen Arbeitnehmern und es schadet den rechtschaffenen Unternehmern in unserem Land, die ihre Mitarbeiter ordentlich bezahlen und beschäftigen. Es gibt Regeln, die sind einzuhalten, und zwar von allen!

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ein weiteres Thema ist die unterdurchschnittliche Frauenerwerbsquote. Eingedenk des Rückgangs der Erwerbspersonenzahl ist hier ein weiterer Schwerpunkt zu setzen. Wir starten ein Landesarbeitsprogramm „Frauen in Arbeit“ mit dem Ziel, die Erwerbsbeteiligung zu erhöhen und den Einstieg beziehungsweise Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu verbessern.

Das Thema Langzeitarbeitslosigkeit ist ein dicker Brocken im Haushalt. 3 Millionen Euro sind kein Pappenstiel, wir setzen hier einen echten Schwerpunkt. ASaar, die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, ist mittlerweile weit über die Grenzen hinaus ein Markenzeichen des Saarlandes. Aber es geht hier nicht um Renommee für unser Land, sondern es geht darum, den einzelnen Menschen zu helfen - ihnen ganz konkret einen Weg zurück in Arbeit und Beschäftigung aufzuzeigen. Denn Arbeit ist mehr als finanzielle Besserstellung. Arbeit gehört zur Menschenwürde, Arbeit heißt Teilhabe und gesellschaftliche Achtung der Fähigkeiten eines jeden Einzelnen. Deshalb ist es richtig, ASaar weiterhin mit einem hohen Betrag zu fördern.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Meine Damen und Herren, zur Lage am Arbeitsmarkt sagte der IHK-Geschäftsführer Hajo Klingen, Zitat: Das zu Ende gehende Jahr 2017 dürfte eines der erfolgreichsten Jahre für den saarländischen Arbeitsmarkt werden. - Ich meine, er hat recht. Der Arbeitsmarkt ist in guter Verfassung. Rekordbeschäftigung und die niedrigste Arbeitslosigkeit seit Ende der 1970er Jahre sind Ausweis guter Konjunktur, aber auch Ergebnis erfolgreichen politischen Handelns auf Landes- und auf Bundesebene. Es bleiben trotzdem genug Hausaufgaben. Das Saarland flankiert im Rahmen seiner Möglichkeiten die Initiativen am Arbeitsmarkt, setzt klare Schwerpunkte bei Langzeitarbeitslosen, der beruflichen Chancengleichheit von Frauen und Männern und bei der Bekämpfung illegaler Beschäftigung. Wir strecken uns finanziell nach unserer Decke. Mit dem Haushalt

2018 bauen wir eine Brücke hin zum Jahr 2020, wenn die neuen Bund-Länder-Finanzbeziehungen gelten werden. Wir bauen aber auch mit dem Haushalt 2018 eine Brücke für die Menschen in Arbeit. Wir stellen mit diesem Haushalt die Weichen für gute Arbeit auch für morgen. Und daher bitte ich um Zustimmung zu Einzelplan 08. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Präsident Meiser:

Das Wort hat für die Landesregierung Frau Ministerin Anke Rehlinger.

Ministerin Rehlinger:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Flackus hat gestern ein Bild gebraucht, indem er gesagt hat, die Landesregierung verhielte sich wie ein Hausbesitzer, dessen Dach kaputt ist. Ich will diesem Bild nachdrücklich entgegen treten, denn ich halte es für falsch. Ich glaube, dass auch dieser Haushalt den Beleg dafür bietet, dass dieses Bild falsch ist. Ich bin nämlich der Auffassung, dass wir einen guten Architektenentwurf in Form unseres Koalitionsvertrages haben und dass wir mit diesem Haushaltsplan auch die Finanzierung sichergestellt haben. Ich denke, dieses Bild trifft eher die Situation dieses Landes.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Natürlich geht es uns nicht anders als jedem anderen, der ein Haus baut. Mehr hätte man immer gerne und es fällt einem immer wieder etwas ein, was man beim Neubau oder einer Renovierung noch schöner machen könnte, als der Geldbeutel es hergibt. Aber letztendlich geht es nicht darum, eine Villa auf den Cayman-Inseln zu errichten, sondern darum, dass wir das Haus Saarland in einem guten Zustand erhalten wollen, dass wir es schön und adrett ausgestalten wollen und dass wir auch da hinschauen, wo nicht jeder hinschaut, dass wir also nicht nur die Fassade in Ordnung bringen, sondern uns auch anschauen, wie es mit der Elektrik oder dem Fundament bestellt ist. Ich finde, dieses Haus Saarland steht auf einem wunderbaren Fundament, nämlich auf dem Fundament von fleißigen und leistungsbe reiten Saarländerinnen und Saarländern. Und das sollte uns alle für die Zukunft zuversichtlich stimmen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Mit Blick auf den Einzelplan 08, das habe ich auch schon bei den Beratungen im Haushaltsausschuss gesagt, fällt es mir etwas schwer, von einem Sparhaushalt zu sprechen, nachdem die Ansätze gegenüber dem Vorjahr um 10 Prozent ansteigen werden. Ich habe das in Gegenwart des Finanzministers auch immer nur sehr leise erwähnt. Das Gute ist, dass nicht alles davon aus eigenem Geld stammt.

(Ministerin Rehlinger)

Einiges stammt aber doch aus Landesmitteln und macht so deutlich, wo wir unsere Schwerpunkte setzen wollen. Insgesamt stehen uns immerhin mehr als 16,1 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist Geld, das wir gut gebrauchen können. Ich will nachfolgend darlegen, an welcher Stelle das letztendlich zum Einsatz gebracht wird. Wir wollen dafür sorgen, dass wir eine stabile Wirtschaft haben und dass wir eine leistungsfähige Infrastruktur haben und möglichst viele Saarländerinnen und Saarländer noch besser als bisher einen guten Arbeitsplatz finden, denn das ist die Grundlage dafür, dass wir diesen Konsolidierungspfad weiter gehen können und damit unseren Beitrag zur Eigenständigkeit des Landes leisten können.

Dieser Haushalt macht deutlich, dass der Vorwurf, der zu Beginn dieser Legislaturperiode erhoben worden ist, dass es mit dem Jahrzehnt der Investitionen eigentlich erst ab 2020 losgehen würde, ins Leere geht. Wir haben nämlich in diesem Haushalt durchaus abgebildet, dass wir nicht erst ab 2020 anfangen mehr zu investieren, sondern dass bereits im Haushaltsplan für 2018 entsprechende Haushaltsansätze zu finden sind. Ein gutes Beispiel hierfür ist ganz sicherlich der Straßenbau. Ich sage ausdrücklich, dass es gerade dort sehr notwendig ist, denn der Befund - damit habe weder ich, das Ministerium oder der Landesbetrieb jemals hinter dem Berg gehalten - ist unbefriedigend. Es ist nämlich so, dass sich die Hälfte unseres saarländischen Straßennetzes in einem unbefriedigenden Zustand befindet. Das ist eine Tatsache, die wir nicht länger hinnehmen können. Denn wenn wir dort jetzt nicht reagieren, wird es am Ende des Tages immer teurer werden, um einen Zustand zu erreichen, den wir für immerhin 1.400 Kilometer Landstraßen und über 400 Brückenbauwerke brauchen.

Das zeigt, wie groß die Aufgabe ist, und es zeigt im Übrigen auch, dass sie nicht allein in einem einzigen Haushalt abzubilden sein wird. Aber es ist eben nicht nur eine Frage des Geldes, sondern es ist auch eine Frage der Planung, der Personalisierung und letztendlich auch eine Frage des Baustellenmanagements. Deshalb muss man das in einem Gesamtansatz betrachten. Aber ich sage dazu ganz ausdrücklich: Nur die Beispiele zu nennen, bei denen etwas - aus welchem Grund auch immer - nicht gelungen ist und dann schlicht und ergreifend immer wieder ein Bashing der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesbetriebes für Straßenbau zu betreiben, das halte ich für falsch und im Übrigen auch für ungerecht. Das Gegenteil ist der Fall. Ich war bei einer Vielzahl von Eröffnungen von Kreiseln dabei, wo sowohl im Zeitrahmen als auch im finanziellen Rahmen das Gegenteil belegt wurde. Ich finde, das muss man auch einmal sagen, anstatt immer nur dorthin zu zeigen, wo etwas einmal nicht funktioniert hat; mehrheitlich ist das Gegenteil der Fall.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Wir wollen uns natürlich nicht nur darum kümmern, wie die Straßen aussehen, auf denen gefahren wird, sondern auch darauf blicken, was auf diesen Straßen passiert. In diesem Zusammenhang möchte ich den Bereich ÖPNV aufgreifen. Ein wichtiges Ziel für uns ist - und da sind wir doch noch einmal beim Bauen - der barrierefreie ÖPNV, denn das bedeutet letztendlich auch Teilhabe. Wir haben dort ambitionierte Ziele und vorgegeben, dass wir bis zum Jahr 2022 einen barrierefreien ÖPNV haben sollten. Das ist eine große Herausforderung nicht nur für das Land. Liebe Kollegin Astrid Schramm, hier müssen wir einmal die Zuständigkeiten klären. Der Busverkehr ist in der Regel Sache der Kommunen und der Landkreise. Wir lassen sie aber nicht allein und haben gerade den Fördersatz auf 90 Prozent angehoben, damit sie diese Aufgabe erledigen können.

Beim Bahnhofsentwicklungsprogramm ist natürlich in erster Linie die Deutsche Bundesbahn in der Verpflichtung, dafür Sorge zu tragen, dass es funktioniert. Aber auch hier haben wir immerhin ein Volumen von 22 Millionen Euro abgewickelt. Ein weiteres Programm wird abgearbeitet werden mit einer Vielzahl von Bahnhöfen. Gott sei Dank und erfreulicherweise sind das auch welche, wo weniger als 1.000 Fahrgäste einsteigen. Nicht nur die großen Bahnhöfe, sondern auch kleine Bahnhöfe müssen in Ordnung gehalten werden. Wenn das Bahnhofsumfeld nicht in Ordnung ist, dann wollen die Leute dort nicht abfahren und sie fühlen sich im Übrigen dort auch nicht sicher. An dieser Stelle ist die Bahn gefordert, und wir machen mit und setzen um, damit das Ganze vernünftig funktioniert.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich komme jetzt zum wichtigen Thema Tarif- und Wabenstruktur und will eingestehen, dass das in der Betrachtung nicht einfach ist. Aber ein bisschen muss man sich schon damit beschäftigen, wenn man von dieser Stelle aus darüber spricht, damit es nicht allzu falsch ist. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir keinen Mangel an guten Ideen haben, sondern dass es letztendlich nur um die Frage geht, wie viel von diesen guten Ideen wir mit dem Geld, das uns zu Verfügung steht, umsetzen können. Ich war auch mal in der Opposition, aber anders als aus der Opposition heraus kann ich nur das Geld ausgeben, das tatsächlich zur Verfügung steht.

Man muss auch zur Kenntnis nehmen, dass wir, nachdem wir uns in der letzten Legislaturperiode um den rechtlichen Rahmen gekümmert haben, uns jetzt gerade noch einmal um das Tarifsysteem gekümmert haben. Wir haben den Kurzstreckentarif auf den Weg gebracht, eine wichtige Forderung, die wir jetzt endlich erfüllt haben. Wir haben jetzt auch das Jobticket eingeführt. Wir haben das im Frühjahr

(Ministerin Rehlinger)

dieses Jahres auf den Weg gebracht, und innerhalb weniger Monate gibt es bereits 500 neue Nutzerinnen und Nutzer. Das Beispiel, das Sie aus Metz genannt haben, dass die Arbeitgeber mitbezahlen, genau das haben wir auch hier realisiert. Überall dort, wo die Arbeitgeber mit einsteigen, verringert sich der Ticketpreis noch einmal erheblich. Wir haben also alles, was Sie gefordert haben, bereits gemacht. Sie müssen das halt auch zur Kenntnis nehmen und können nicht einfach das Schlechtreden, was schon Gutes auf den Weg gebracht wurde.

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Zuruf der Abgeordneten Schramm (DIE LINKE).)

Sie haben auch die Strukturen angesprochen. Ich würde Ihnen vorschlagen, dazu einmal eine Debatte im Völklinger Stadtrat zu führen, hinsichtlich der Existenz der Stadtwerke Völklingen. Wenn Sie dort alles geklärt haben, können wir gerne auch hier noch einmal darüber reden.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Wir wollen aber ja nicht schon aufhören, wir haben gerade erst angefangen. Das gilt übrigens auch, was nicht neu sein müsste, wenn man zugehört hätte, für die Erstellung eines Verkehrsentwicklungsplans für das Saarland. Die diesbezüglichen Ergebnisse werden wir vorlegen und sicherlich auch breit darüber diskutieren. Natürlich streben wir auch eine weitere Attraktivierung an, indem wir auch in diesem Bereich künftig die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen, sei es durch Überarbeitung des Wabensystems, sei es durch eine größere Entwicklung hin zu kilometerabhängigen, streckenbezogenen Tarifen. Ich glaube, solche streckenbezogenen Tarife wären tatsächlich auch die gerechtesten Tarife. Sie sind nutzerabhängig und bieten darüber hinaus die Möglichkeit, mit Anreizsystemen auf individuelle Sachverhalte einzugehen.

Es ist also schon einiges unternommen worden, wir haben aber auch noch einiges vor der Brust. Vor der Brust haben wir natürlich auch noch die Beantwortung der Frage, wie es mit der Strecke Frankfurt-Saarbrücken-Paris weitergehen soll. Die einschlägigen vertraglichen Vereinbarungen reichen bis zum Jahr 2020. Daher liegt dieses Thema, das ist völlig klar, für das kommende Jahr auf Wiedervorlage. Es gilt nun, intensiv in die Gespräche einzusteigen und zu klären, wie es nach 2020 weitergeht.

Ich sage dazu in aller Deutlichkeit: Wir müssen uns ganz sicher nichts nachsagen lassen, was unser Engagement für die deutsch-französische Freundschaft betrifft. Es ist herauszustellen, dass sich das Saarland seiner besonderen Verantwortung als Brückenkopf auf diesem Feld bewusst ist. Ich sage aber auch deutlich in Richtung Paris, dass das keine Einbahnstraße sein darf. Das muss daher auch eine Rolle spielen, wenn es um die Frage geht, wie es

nach dem Jahr 2020 mit dieser Verbindung von Frankfurt über Saarbrücken nach Paris weitergehen soll. Wir üben unsere verbindende Rolle sehr gerne aus, weil sie eben auch unserem Selbstverständnis entspricht. Ich hielte es aber umgekehrt auch für geboten, dass dieses Engagement gewürdigt wird. Die Verbindung von Frankfurt über Saarbrücken nach Paris ist mehr als nur ein Tarif, ist mehr als nur eine Strecke. Sie ist auch ein Symbol für gelebte Freundschaft, für deutsch-französische Freundschaft. Angesichts dessen kann man uns nicht einfach abkoppeln! Das ist eine klare Forderung, die ich an dieser Stelle auch in Richtung Paris äußern möchte, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Eben habe ich die Möglichkeiten der Digitalisierung im ÖPNV erwähnt. Das ist natürlich nur ein kleiner Teilbereich dessen, was die Digitalisierung für uns insgesamt an Möglichkeiten, aber eben auch an Herausforderungen mit sich bringt. Über das alles wurde schon sehr viel gesprochen. Ich finde, wir müssen uns noch einmal genau anschauen, wer diesbezüglich welche Angebote vorhält, seien es Beratungsangebote, seien es Ausgründungen, kurz: alles, was in Sachen Digitalisierung gemacht wird. Mittlerweile haben wir diesbezüglich eine recht unübersichtliche Situation, und es ist an der Zeit, das zu sortieren.

Es ist im Übrigen auch an der Zeit, von der großen Abstraktionsebene beim Thema Digitalisierung wegzukommen und ein „weniger Theorie, mehr Praxis“ zu organisieren. Das Thema muss direkt und unmittelbar in die Betriebe einfließen. Die Bedeutung der großen Visionen nimmt relativ gesehen ab, die Chancen, aber auch die Gefahren sind hinreichend beschrieben. Nun gilt es, das Zeitalter der Digitalisierung zu gestalten, und zwar direkt und unmittelbar. Das begreifen wir als eine aktiv zu bearbeitende Aufgabe auch des Wirtschaftsministeriums. Wir haben dafür im Ministerium organisatorisch Vorsorge getroffen. Wir haben das Mittelstandskompetenzzentrum auf den Weg gebracht, um für die Betriebe einen niedrigschwelligen Zugang zu schaffen, gerade auch für die KMUs. Das KMU macht sich eben nicht unmittelbar auf den Weg zur Universität, sondern braucht eine Anlaufstelle, wo es die Antworten auf seine Fragen erhält. Auch das ist eine Möglichkeit, die Digitalisierungspolitik in diesem Land konkret umzusetzen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir haben bereits jetzt ein Förderprogramm auf den Weg gebracht, damit die Digitalisierung in den KMUs umgesetzt werden kann, dies abseits der üblichen Investitionsförderung. Wir müssen allerdings auch noch einen weiteren Bereich in den Blick nehmen: Die Digitalisierung ist das eine, das andere ist

(Ministerin Rehlinger)

der Glaube daran, dass die Digitalisierung im eigenen Betrieb sicher abläuft. Deshalb ist das Thema der Cybersicherheit, also der Aspekt der Angriffe von außen, wichtig. Ganz zentral ist aber auch die Frage, wie in den Unternehmen der Datenschutz, vor allem auch der Arbeitnehmerdatenschutz, auszugestalten ist. Alle diese Aspekte sind zu bedenken, wenn es darum geht, unsere Betriebe zukunftsfest zu machen.

Mit „Digitalisierung“ als Stichwort kann ich im Grunde auch schon überleiten zum nächsten Themenbereich, den ich ansprechen möchte. Es stellt sich nämlich die Frage, wie weit die Digitalisierung auch in der Automobilindustrie bereits vorangeschritten ist. „Digitalisierung“ ist aber nur eines der für diesen Bereich relevanten Stichworte. Es geht auch um das elektrifizierte, es geht um das autonome und um das vernetzte Fahren. Das alles sind Themenfelder, auf denen wir künftig eine Vielzahl von Entwicklungen zu erwarten haben.

Dabei ist das Saarland wie kein anderes Bundesland ein Automobilland. Es gibt einige Kennzahlen, die das verdeutlichen: 15 Prozent unserer Wertschöpfung erfolgen in der Automobilbranche. Es gibt kein anderes Bundesland, in dem relativ gesehen so viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Automobilindustrie arbeiten. Wir haben eben gehört, dass wir rund 390.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte haben; mit rund 44.000 Beschäftigten haben wir also einen extrem hohen Anteil an Beschäftigten, der in der Automobilindustrie arbeitet. Die Hälfte der Industriearbeiter unseres Landes ist in der Automobilbranche tätig. Das alles verdeutlicht, wie sehr wir von den Entwicklungen in der Automobilbranche abhängig sind. Daran wird aber auch deutlich, wie sehr wir dazu verpflichtet sind, die vor uns liegenden Herausforderungen zu meistern.

Das ist eine Schlüsselaufgabe für die Zukunft dieses Landes, diese Aufgabe nehmen wir an. Wir wollen mitgestalten, wir wollen mithelfen, wir wollen die Rahmenbedingungen positiv beeinflussen. Ich sage aber auch ausdrücklich: Entscheidungen darüber, wer wann was wo produziert, werden nach wie vor verantwortlich in den Unternehmen zu treffen sein. Wir stehen für jeden Dialog bereit, wir unterstützen jeden. Letztlich handelt es sich aber um ein Zusammen von Wirtschaft und Politik, und der eine sollte nicht mit dem Finger auf den anderen zeigen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Für uns ergibt sich angesichts der genannten zukünftigen Entwicklungen die besondere Herausforderung, dass wir gerade in den Bereichen, für die die Märkte Wachstum erwarten lassen, nicht so gut aufgestellt sind und dass umgekehrt in den Bereichen, in denen wir bislang stark sind, nicht mit grö-

ßeren Wachstumsraten zu rechnen ist. Daran wird deutlich, dass das keine einfache Aufgabe sein wird. Allerdings ist es eine Aufgabe, von der ich glaube, dass wir sie meistern können.

Denn es ist klar geworden, das hat das Gutachten noch einmal herausgearbeitet, dass es nicht in allererster Linie nur darum geht, denen hinterherzulaufen, die vielleicht schon etwas früher und mit viel Geld ausgestattet losgelaufen sind. Vielmehr gibt es auch noch andere Wege, sich im Markt zu positionieren. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass dies gelingen kann. Ein Schlüssel hierbei wird ganz sicher die Antwort auf die Frage sein, wie gut es uns gelingt, das Wissen und das Know-how, das wir an den Hochschulen und in den Forschungseinrichtungen gewinnen, auf die Böden der Werkhallen zu bringen. Das ist die entscheidende Frage. Bei aller Freude über das Renommee, das man mit super Forschungsergebnissen erreichen kann - das ist letztlich nicht genug, um einen Wirtschaftsstandort zu stabilisieren. Im Wesentlichen geht es vielmehr darum, den Know-how-Transfer zu organisieren.

Ich stimme denjenigen, die sagen, dies sei uns in der Vergangenheit wahrscheinlich noch nicht gut genug gelungen, durchaus zu. Wir müssen die Lösung dieser Aufgabe noch besser zuspitzen. Wir müssen die Wege auch besser beschreitbar und hinsichtlich des Ergebnisses verlässlicher gestalten. Es darf nicht dem Zufall überlassen bleiben, ob dieser Transfer funktioniert. Wir müssen sicherlich daran arbeiten, Entscheidungszentralen ins Land zu holen. Im Rahmen der Industriestrategie aber war schon immer klar gesagt, dass wir dafür sorgen müssen, dass mit Forschung und Entwicklung die Produkte der Zukunft bei uns entstehen, und dass es uns als Kernkompetenz gelingen muss, die Frage zu beantworten, wie diese Produkte der Zukunft wettbewerbsfähig produziert werden können. Unser Produktions-Know-how ist genauso wichtig wie das Know-how um das neue Produkt selbst, an dieser Stelle sollten wir uns mit Blick auf die Zukunft stark positionieren. Die dafür erforderlichen Instrumente sind alle in unserer Hand, wir müssen nun nur noch diese Fäden klug zusammenbinden. Dann sollte das gelingen, meine Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Bei meiner ausführlichen Betrachtung der Automobilindustrie vergesse ich keineswegs, dass wir ein weiteres wichtiges Standbein haben, auf dem wir im Moment aber keineswegs so wirklich stabil stehen können: die Stahlindustrie. Die Trilog-Gespräche können uns, wie richtig gesagt wurde, hinsichtlich des Ausgangs nicht zufriedenstellen. Aber auch dort dürfen jetzt nicht den Kopf in den Sand stecken, sondern müssen kucken, wie wir auf dieser Grundlage weiter arbeiten können, was wir tun können, damit die Chancen unserer Stahlindustrie, auch in Zu-

(Ministerin Rehlinger)

kunft wettbewerbsfähig zu bleiben, gewahrt werden können.

Ich finde, ein ermutigendes Signal ist auch das, was wir gestern mitbekommen haben. Es ist tatsächlich gelungen, in einer schwierigen Situation aus eigener Kraft einen außerordentlich schwerwiegenden Einschnitt, nämlich die vorübergehende Stilllegung von Teilen der Saarschmiede, so hinzubekommen, dass keine einzige Entlassung erfolgen musste. Ich glaube im Übrigen, dass das ein außerordentlich gelungenes Beispiel für eine gelebte Montanmitbestimmung ist und dass sie beispielgebend ist für andere Bereiche. Dass das gelungen ist, ist ein gutes Signal, und wir sollten darauf vertrauen, dass es auch in die Zukunft reicht. Ich sage aber auch: Allzu viele Einschläge dieser Art kann selbst die bestaufgestellte saarländische Stahlindustrie mit Sicherheit nicht mehr verkraften, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

Es ist keine großartige Kritik am Haushalt meines Hauses vorgetragen worden. Zu den Vorschlägen der AfD muss ich aber doch etwas sagen. Ich habe keinen einzigen Abänderungsantrag zur Realisierung dessen, was Sie sich vorgestellt haben, gesehen. Ich sage es noch mal deutlich: So kann man nicht in diesem Landtag arbeiten! Man kann sich nicht hier hinstellen und sagen: „Das, das und das hätte ich gern, aber ich habe keine einzige Idee dazu entwickelt, wie ich im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten dafür eine Umsetzungslösung finde.“ Das ist keine Politik. Das kann man am Stammtisch machen, aber nicht in diesem Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Neben der Förderung der Kernbereiche unserer Wirtschaft geht es natürlich auch darum, dass wir uns in der Wirtschaftsstruktur dieses Landes breiter aufstellen. Dazu haben wir zum einen eine immer stärker werdende Pflanze, nämlich die des Tourismus, dazu ist eben schon hinreichend ausgeführt worden. Ich glaube, die jüngsten Erfolge geben uns recht, daran müssen wir konsequent weiterarbeiten: Weitere Erfolge werden nicht von alleine kommen, sondern wir müssen investieren. Wir müssen vor allen Dingen deshalb investieren, damit anschließend Private investieren. Ich finde, das ist der beste Ausdruck des Vertrauens in das Saarland als attraktive Tourismus-Region - nicht dass wir investieren, sondern dass Private kommen und ihr Geld in die Hand nehmen, weil sie daran glauben, dass man damit hier im Saarland Geld verdienen kann. Dafür haben wir in der Vergangenheit einige Beispiele geliefert, hier werden wir in der Zukunft noch einige dazubekommen. Ich halte das für das beste Signal, dass es

aufwärts geht im saarländischen Tourismus, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich will nur kurz etwas zum Thema Fachkräfte sagen. Es ist ein entscheidendes Thema, gerade für den Tourismus. Ich reiche allen Betrieben die Hand, wenn es darum geht, dafür zu werben, eine Ausbildung dort zu machen oder später seinem Beruf dort nachzugehen. Ich reiche allerdings nicht denjenigen die Hand, die nach wie vor nicht die Zeichen der Zeit erkannt haben und nicht darauf achten, wie die Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen in ihren Betrieben sind. Denjenigen, die das nicht erkannt haben, können wir nicht helfen. Es gibt viele gute Betriebe, die mit gutem Beispiel vorangehen. Ich finde, die sollten wir stärken, und die schwarzen Schafe sollten benannt werden.

Zum Meisterbonus ist etwas gesagt worden, auch über Beschäftigung und Qualifizierung haben wir gesprochen. Ich will nur eines sagen zum Thema Passiv-Aktiv-Transfer und den Arbeitsmarktzahlen. Ja, wir sind nicht dorthin gekommen, wo wir hinwollten. Es lag aber nicht am fehlenden Willen der saarländischen Landesregierung oder am fehlenden Willen aller Beteiligten, die man dazu braucht, um eine Modellregion zu werden. Es lag schlicht und ergreifend daran, dass der Finanzminister dieses Modell nicht abgezeichnet hat. Aber die Karten werden gerade neu gemischt und wir werden nicht müde werden, dafür zu werben. Ich glaube, nach wie vor sind wir geeignet dafür, nicht eine Modellregion für Langzeitarbeitslosigkeit zu sein, sondern vor allem eine Modellregion zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit zu werden. Dafür würde ich gerne den Beweis antreten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

Insgesamt finde ich, die Finanzierung unseres Saarland-Hauses kann sich sehen lassen. Wir sollten als selbstbewusste Bauherren in diesem Land voranschreiten. Damit das gelingt, bitte ich um Ihre Unterstützung, damit wir den Einzelplan 08 verabschieden können. - Herzlichen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Meiser:

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Der Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen hat zu Einzelplan 08 einen Abänderungsantrag eingebracht, der uns als Drucksache 16/175 vorliegt. Wir kommen zur Abstimmung über diesen Abänderungsantrag. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Abänderungsantrag mit Stimmen-

(Präsident Meiser)

mehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Fraktionen von CDU, SPD und DIE LINKE, dagegen gestimmt hat die AfD-Fraktion.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 17 Kapitel 17 08. Wer für die Annahme dieses Kapitels ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass Einzelplan 17 Kapitel 17 08 mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Fraktionen von CDU und SPD, dagegen gestimmt haben die Fraktion DIE LINKE und die AfD-Fraktion.

Es ist über Kapitel 08 01 Einzelabstimmung beantragt worden. Wer für die Annahme dieses Kapitels ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass Kapitel 08 01 mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Fraktionen von CDU und SPD, dagegen gestimmt haben die Fraktion DIE LINKE und die AfD-Fraktion.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 08 im Übrigen. Wer für die Annahme des Einzelplans 08 unter Berücksichtigung des angenommenen Änderungsantrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass Einzelplan 08 unter Berücksichtigung des angenommenen Änderungsantrages mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Fraktionen von CDU und SPD, dagegen gestimmt haben die Fraktion DIE LINKE und die AfD-Fraktion.

Wir kommen zur Übersicht 5: Einzelplan 05 - Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie - und Einzelplan 17 Kapitel 17 05.

Übersicht 5 - Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (Abänderungsantrag: Drucksache 16/173)

Die Berichterstattung wurde zu Protokoll gegeben (siehe Anlage 8). Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE Frau Abgeordnete Astrid Schramm.

Abg. Schramm (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Einzelplan aus dem Geschäftsbereich Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie enthält an einigen ausgewählten Stellen positive Entwicklungen. Aber an entscheidenden Punkten, hören Sie zu, gibt es deutlich Anlass zu Kritik und ist aus unserer Sicht etwas enttäuschend.

(Oje! von den Regierungsfractionen)

Im Bereich Frauen- und Familienpolitik gibt es ein paar Verbesserungen. So werden wichtige Projekte wieder oder ein wenig besser gefördert. Das begrü-

ßen wir selbstverständlich. Wir würden uns allerdings eine etwas bessere finanzielle Unterstützung des Vereins ALDONA wünschen, der eine hervorragende Arbeit leistet und Prostituierte unterstützt, berät und ihnen Hilfe bietet. Deshalb fordern wir eine Aufstockung des Budgets, damit ALDONA auch weiterhin diese gute und wichtige Unterstützung für Prostituierte leisten kann.

Auch im Bereich der Jugendpolitik sehen wir Nachbesserungsbedarf. Wenn wir uns die Entwicklung der letzten Jahre und Monate anschauen, müssen wir leider sagen, dass der Rechtsextremismus in der Gesellschaft wieder zugenommen hat und offensichtlich sogar wieder salonfähig gemacht worden ist. Das ist, gelinde gesagt, eine sehr beunruhigende Entwicklung. Und es ist mehr als das. Wir sind bestürzt, wie sich überall bei unseren Nachbarn in Europa, aber auch in Deutschland, rechte Parteien etablieren und Hass schüren. Das ist vor dem Hintergrund unserer Geschichte erschreckend. Wir sind der Auffassung, dass dieser Entwicklung auch auf Ebene der Jugendpolitik entgegengewirkt und Rechtsextremismus frühzeitig durch jugendpolitische Maßnahmen bekämpft werden muss.

(Beifall von der LINKEN.)

Deshalb wollen wir das Budget im Titel „Bekämpfung Rechtsextremismus“ erhöhen und bestehen in diesem Zusammenhang darauf, dass die Mittel nicht zweckentfremdet werden. Es darf nicht sein, dass aus diesem Titel ein Heft der Jungen Journalisten gegen Linksextremismus gefördert wird, in dem zudem die Partei DIE LINKE in die Nähe eines vermeintlichen Linksextremismus gerückt wird. Ich hoffe, das sehen Sie von der CDU ebenfalls kritisch, auch wenn führende Vorstandsmitglieder der Jungen Journalisten selbst Mitglieder der CDU sind.

(Abg. Funk (CDU): Sehr gute Leute!)

Es kann jedenfalls nicht sein, dass die wichtigen Mittel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus derart zweckentfremdet werden. Die Realität ist doch die, dass es eine ernst zu nehmende Gefahr für unsere demokratische Gesellschaft durch den aktuellen gesamtgesellschaftlichen Rechtsruck gibt. Diesen müssen wir bekämpfen und nicht irgendwelche eingebildete Gefahren.

Im Rahmen der Sozialpolitik würden wir uns weiterhin wünschen, dass ein gesonderter Aktionsplan gegen Kinderarmut aufgelegt wird. Wir halten es für absolut unzureichend, was in diesem Bereich bislang geschah.

(Beifall bei der LINKEN.)

Die Berichterstattung der Landesregierung im zuständigen Ausschuss des Landtages war, das müssen Sie zugeben, liebe Kolleginnen und Kollegen, alles andere als zufriedenstellend. Sie war kenn-

(Abg. Schramm (DIE LINKE))

zeichnend dafür, dass das Thema in der Landesregierung allenfalls am Rande berücksichtigt wird. Man konnte uns noch nicht mal mitteilen, wie viele Kinder im Saarland von Armut betroffen oder bedroht sind. Ich kann es Ihnen sagen, nach der letzten Studie aus dem Jahr 2016 sind es hier im Saarland 25.000 Kinder. Das ist ein skandalöser Zustand, ich finde es beschämend, dass nicht mehr getan wird. Wir haben bereits im letzten Plenum von der Landesregierung gefordert, sich des Themas anzunehmen und einen gesonderten Aktionsplan gegen Kinderarmut vorzulegen. Leider konnten wir die CDU und auch die SPD hierfür nicht gewinnen, das bedauere ich sehr. Es ist höchste Zeit zu handeln.

(Beifall von der LINKEN.)

Weil uns das so wichtig ist, haben wir eine Aufstockung der Mittel zur Förderung von Projekten gegen Kinderarmut um weitere 150.000 Euro gefordert. Der Haushaltsplan macht deutlich, dass das Thema Armut bei Ihnen nicht auf der Agenda steht, es wird dort nicht aufgegriffen.

Sie schreiben zwar in Ihrem Koalitionsvertrag - ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident -: „Um die Maßnahmen des Aktionsplans zu unterstützen, setzen wir uns für die Einrichtung eines Sonderfonds zur Förderung von Armutsprojekten und -initiativen ein.“ - Gerade letzte Woche war aber in den Medien zu erfahren, dass dieser lang angekündigte Aktionsplan gegen Armut erst im kommenden Jahr umgesetzt werden soll. Im Januar soll es zunächst einmal erste Gespräche geben. Im vergangenen Plenum wurde uns aber doch mitgeteilt - vielleicht kann sich der eine oder andere von ihnen erinnern -, dass der Aktionsplan in Arbeit sei und uns in Kürze vorgelegt werden würde. Die Armutsbekämpfung wird wirklich auf die lange Bank geschoben. Man muss sich vorstellen, dass die Regierungsparteien ihre Ablehnung unseres Antrages für einen Aktionsplan gegen Kinderarmut genau mit dem Aktionsplan gegen Armut begründet haben, der vielleicht irgendwann kommen wird. Fakt ist, in diesen Haushaltsberatungen wäre jetzt die Gelegenheit gewesen, Geld für die Armutsbekämpfung bereitzustellen. Das ist jedoch offensichtlich von der Landesregierung so nicht gewollt.

(Beifall von der LINKEN.)

Auch zur Altersarmut im Saarland ist von der Landesregierung nichts zu hören. Im Regionalverband Saarbrücken sind besonders viele Menschen von Altersarmut betroffen, auch deshalb wäre der Aktionsplan gegen Armut dringend notwendig. Natürlich dürfen darin nicht nur die bestehenden Maßnahmen dargestellt werden, sondern es müssen dort konkrete neue Schritte und Aktionen vorzufinden sein. Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch ausreichende Zuschüsse und Mietpreisgarantien muss ebenfalls im Aktionsplan enthalten sein. Wir brau-

chen im Saarland mehr bezahlbaren Wohnraum und mehr bezahlbaren barrierefreien Wohnraum.

(Beifall bei der LINKEN.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich gerade bei nicht eingehaltenen Versprechungen bin, dann führt mich das direkt weiter zur Gesundheitspolitik. Frau Ministerin, Sie hatten vollmundig versprochen, 1.000 weitere Pflegestellen zu schaffen.

(Ministerin Bachmann: Genau.)

Wo sind diese 1.000 Stellen und wer soll sie finanzieren? Immer wieder wird uns gesagt, dass es nicht genug Pflegekräfte gibt, dass es sie überhaupt nicht gibt. Ich kann Ihnen sagen, warum, weil die Landesregierung über Jahre den Pflegenotstand nicht erkannt hat und viele dann in andere Berufe gegangen sind. Ich kenne sehr viele, die sich bei den Krankenhäusern und beim Medizinischen Dienst beworben haben und sich dann ganz aus der Pflege verabschiedet haben. Das ist das Problem, das wir jetzt haben. Die Landesregierung ist gefordert, schnellstens Aktionen zu starten.

Sie haben im Haushalt die Investitionsmittel um 4 Millionen Euro auf 32,5 Millionen Euro erhöht. Das ist zunächst einmal erfreulich, aber machen wir uns nichts vor, das wird hinten und vorne nicht reichen. Auch der Vorsitzende der Saarländischen Krankenhausgesellschaft Alfons Vogtel sagt zu Recht, dass dies nur ein Tropfen auf dem heißen Stein ist. Frau Ministerin, auch Sie wissen, in welchem Zustand, in welchem besorgniserregenden Zustand unsere Krankenhäuser sind. Der Investitionsstau beläuft sich auf 433 Millionen Euro und soll im Jahr 2025 auf 468 Millionen Euro anwachsen. Die Krankenhausträger gehen davon aus, dass jährlich zwischen 70 und 80 Millionen Euro notwendig wären. Noch nicht einmal die Hälfte davon wird durch Landesmittel gedeckt. Das Land ist aber in der Pflicht, die Krankenhausversorgung im Land sicherzustellen.

(Abg. Funk (CDU): Wo ist denn Ihr Finanzierungsplan?)

Dabei sind wir selbstverständlich auf die Hilfe des Bundes angewiesen. Dieser muss sich stärker an den Kosten beteiligen, das ist ja wohl eine Selbstverständlichkeit. Es ist aber Ihre Aufgabe, die entsprechenden Gespräche zu führen.

Noch ein Wort zu den aktuellen Meldungen zum Gutachten im Krankenhausplan. Nun heißt es auf einmal, wir bräuchten mehr Betten. Das ist zu begrüßen, aber was soll das denn heißen? Noch vor ein paar Wochen ist uns hier gesagt worden, es müssten Betten abgebaut werden, und jetzt wird das Gegenteil behauptet. Was bedeutet das für das ohnehin schon überlastete Personal? 300 Betten mehr, das sind 300 Menschen mehr, die gepflegt werden

(Abg. Schramm (DIE LINKE))

müssen. Davon ist von Ihrer Seite bisher nichts zu hören.

Noch im Plenum haben Sie mit Stolz verkündet, Sie würden mit dem vorliegenden Gesetz quasi eine Personaluntergrenze an Krankenhäusern einführen. Ob Sie daran festhalten, darf massiv bezweifelt werden, denn schon kurze Zeit später hören wir, dass es sich wohl sehr schwierig gestalten werde, solche Personaluntergrenzen festzulegen. Ich weiß nicht mehr, was Sie wollen. Ständig erzählen Sie uns hier etwas anderes. Ich will aber ganz deutlich sagen: Wir wissen genau, was wir wollen. Wir bleiben dabei, wir bestehen auf gesetzlichen Personalmindestzahlen in den Krankenhäusern. Sie sind überfällig und wurden von uns immer wieder gefordert.

(Beifall von der LINKEN.)

Wenn ich die Meldungen in der Presse richtig deute, besteht auch Ihr Koalitionspartner darauf. Ich bin gespannt, ob Sie sich wenigstens hier einmal durchsetzen können, liebe Genossinnen und Genossen von der SPD. Ich wünsche es mir sehr für die Patientinnen und Patienten und für das Pflegepersonal hier im Land.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, rund 13 Prozent der Arbeitszeit einer Krankenschwester oder eines Krankenpflegers gehen inzwischen für Dokumentation drauf. 13 Prozent! Pflege sollte aber am Bett stattfinden und nicht am Computer. Es gibt ein Gesetz zur Entbürokratisierung, das ist aber wohl im Saarland noch nicht angekommen. Deshalb brauchen wir dringend Lösungen im Sinne der Patienten und der Beschäftigten. Dem Haushaltsplan in der vorgelegten Form können wir nicht zustimmen. Wir begrüßen natürlich die Mittelaufwüchse in den einzelnen Bereichen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN.)

Präsident Meiser:

Das Wort hat für die CDU-Landtagsfraktion Herr Abgeordneter Hermann Scharf.

Abg. Scharf (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Saarland ist ein soziales Land. Der Haushalt des Einzelplans 05 zeigt: Wir sind für die Herausforderungen der Zukunft gewappnet. Die Koalition steht für diese Dinge.

Beginnen möchte ich mit den Ehrenamtlichen, die in unseren Vereinen, Verbänden und Organisationen Großartiges leisten, sei es in den Sportvereinen, in den kulturellen Vereinen, aber auch in der Flüchtlingsarbeit. Heute ist es mir ein besonderes Anliegen, nach wie vor denen zu danken, die dort eine

ganz hervorragende Arbeit leisten, das sind die Mutmacher - die brauchen wir - und nicht die Miesmacher.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Den größten Teil unseres Haushalts 05 macht die Behindertenarbeit aus. Ich rede nicht mehr so gerne von geistig behinderten Menschen oder psychisch Kranken. Vor 14 Tagen ist in der Bosener Mühle eine Ausstellung eröffnet worden, eine Ausstellung, die inklusiv war, weil Künstler, die nicht behindert waren, und Künstler, die behindert waren, dort an einem Workshop teilgenommen haben und anschließend ihre Werke ausgestellt haben. Das Schöne war, als man nachher die Werke betrachtet hat, hat man keinen Unterschied mehr festgestellt zwischen Behinderten und Nichtbehinderten. Ich glaube, das ist Inklusion, wie wir sie in diesem Land brauchen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

400 Millionen Euro geben wir für dieses Segment aus. Ich möchte einige Teile nennen. Die Frühförderung mit knapp 16 Millionen Euro ist uns sehr wert, weil wir bei den Kindern wirklich sehr früh beginnen können. Hier haben wir ein Problem, das möchte ich heute ganz offen benennen. Die Krankenkassen drücken sich schon über Jahre hinweg vor der Finanzierung der Frühförderung. Wenn man sich vorstellt, dass die gesetzlichen Krankenkassen aktuell über 20 Milliarden Euro gebunkert haben, muss man einfach sagen: Meine Damen und Herren bei den gesetzlichen Krankenkassen, werdet wach und haltet hier, was von euch gefordert wird!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Die größten Blöcke sind die Finanzierung unserer Werkstätten. Hier können wir sehr froh sein, dass wir ein breites Angebot von kleinen Werkstätten haben. Lieber Stefan, wir sind sehr froh, dass in deiner Heimat das Haus Sonne gerettet werden konnte und dass wir auch große Player haben, sei es die AWO in Dillingen, die Lebenshilfe Obere Saar in Saarbrücken oder die WZB in Spiesen-Elversberg, wo gerade von unseren geistig behinderten Menschen eine ganz hervorragende Arbeit geleistet wird. Deswegen ist uns dieses Segment 65 Millionen Euro wert. Wir werden an der Weiterentwicklung auch als Landesparlament weiter mitarbeiten.

Ein Punkt, der nach wie vor etwas schwierig ist, obwohl wir im Moment am Umsetzen der „con_sens“-Studie sind, ist der Bereich des Wohnens. Hier haben wir einfach das Problem, die Herberge ist voll. Viele brauchen die Ausnahme. Wir sind wie gesagt dabei, die Studie umzusetzen. Viele Träger haben bereits ihre Zuschüsse erhalten, damit sie weiterbauen können. Aber das dauert noch eine Weile, bis wir das alles leisten können. Von daher müssen wir wirklich aufpassen, dass wir den Men-

(Abg. Scharf (CDU))

schen, die um Aufnahme bitten, gerecht werden. Ich glaube, hier sind wir gefordert, das mit Akribie zu tun.

Ich komme nun zu dem Bereich der Pflege, Demenz und Hospiz. Ich möchte bei der Pflege einfach feststellen, dass in unserem Land über 32.000 Menschen pflegebedürftig sind. 12.500 werden in rund 160 Heimen in unserem Land liebevoll und gut betreut, 8.000 zuhause mit Pflegediensten, aber das Gros, nämlich über 12.000, werden von ihren Liebsten zuhause versorgt, und das 365 Tage 24 Stunden. Meine Damen und Herren, diejenigen, die die Pflege dort leisten, sind die wahren Helden der Nation. Denen danken wir als Große Koalition sehr herzlich.

(Beifall von Ministerin Bachmann, von den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Oft geht es dort auch um das Thema Demenz. Deswegen war es uns wichtig, dass wir gerade die Landesfachstelle für Demenz stärken, dass dort ein ansehnlicher Betrag zur Verfügung gestellt wird, weil wir - meine Damen und Herren, es ist bedrückend - bis 2030 in dieser Republik 2 Millionen demenziell erkrankte Menschen haben werden. Ich glaube, diese Lawine können wir nur schaffen, wenn wir alle, aber wirklich alle, an diesem Thema arbeiten. Deswegen, liebe Dagmar, bin ich dir und deiner Mannschaft besonders dankbar, dass ihr euch landesweit um diese Thematik kümmert.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ein wichtiges Thema ist uns auch die Hospizarbeit. Aktuell haben wir in unserem Land vier Hospize. Das Hospiz Emmaus in St. Wendel, das Friederike-Fliedner-Hospiz in Neunkirchen, das St. Barbara Hospiz in Bous und das Paul Marien Hospiz in Saarbrücken. Dort können wir dem Gedankengang von Cicely Saunders Rechnung tragen: „Es geht nicht darum, dem Leben mehr Tage zu geben, sondern den Tagen mehr Leben.“ Deswegen war es für diese Koalition eine Selbstverständlichkeit, dass wir für Homburg weitere 100.000 Euro zur Verfügung stellen. Weitere Hospize sind in diesem Land in Planung. Ich glaube, das ist die Antwort auf die aktive Sterbehilfe. Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen an der Hand eines Menschen sterben und nicht durch die Hand eines Menschen.

Ein wichtiger Punkt ist unsere Aids-Hilfe. Ich bin unserer Aids-Hilfe sehr dankbar. Das Ziel unserer saarländischen Aids-Hilfe ist es, dafür zu sensibilisieren, wie wichtig ein Miteinander ohne Vorurteile und Ausgrenzung ist, um zu zeigen, dass wir alle positiv zusammen leben können. Deswegen bin ich Frank Kreutzer, dem Geschäftsführer unserer Aids-Hilfe, und Alexander Kuhn von BISS sehr dankbar. Ihr macht das wirklich mit einem wahnsinnigen Engagement. Dafür heute von dieser Stelle vielen

Dank. Wir werden weiter die engen Kontakte pflegen. Deswegen war es für diese Koalition auch eine Selbstverständlichkeit, dass wir das, was gebraucht wurde, im Haushalt zur Verfügung stellen. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Was die Drogenpolitik angeht, werden wir im nächsten Jahr und in den Folgejahren dafür Sorge tragen, dass es zu einer Neuausrichtung kommt und dass wir vor allem die Vernetzung aller Tätigen als den Schwerpunkt unserer Arbeit sehen.

Zur Gesundheitspolitik möchte ich Folgendes feststellen. Über 4.000 Betriebe in unserem Land stellen über 60.000 Arbeitsplätze zur Verfügung. Das ist zwischenzeitlich das größte Segment. Deswegen danke ich den Großfirmen URSAPHARM, Dr. Theiss oder auch Fresenius. Aber ich danke auch den vielen kleinen Unternehmen, die teilweise mit einer Person und mehreren in der Logopädie, in der Krankengymnastik und in vielen anderen Bereichen tätig sind. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Aspekt. Und wir müssen sehen, dass gerade in diesem Bereich der Gesundheitspolitik das Fraunhofer Institut, das Helmholtz-Institut, DFKI, HTW und Uni ganz hervorragend forschen. Auch dafür sagen wir heute vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Im Bereich der Armut, glaube ich, haben wir einiges zu tun. Das will ich gar nicht leugnen. Zu dem Aktionsplan, Frau Kollegin Schramm, ist in der letzten Sitzung des Ausschusses klar und deutlich gesagt worden, wie das weitere Vorgehen ist. Wir als Große Koalition werden darauf besonders achten, dass diese Dinge, weil uns das Thema so wichtig ist, auch eingehalten werden.

Aber mir ist es heute auch ein besonderes Anliegen, den vielen, die für unsere Armen tätig sind, nämlich der AWO, der Caritas, der Diakonie zu danken. Hier möchte ich heute ein spezielles Projekt im Besonderen nennen, nämlich die ärztliche Versorgung, die die Diakonie mit der Kassenärztlichen Vereinigung leistet, wo Ärzte ehrenamtlich in der Nähe der Johanneskirche zweimal in der Woche dafür zur Verfügung stehen. Ich finde das immer besonders schön. Das ist die einzige Arztpraxis, die ich kenne, wo man nicht zuerst das Kärtchen vorzeigen muss, sondern wo man noch Mensch sein darf. Deswegen vielen Dank denjenigen, die dort eine tolle Arbeit leisten.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Die Frauen- und Familienpolitik ist gelobt worden. Dem will ich daher nichts hinzufügen. Sie wird ein weiterer wichtiger Bestandteil unserer Arbeit sein. Ich stelle summa summarum fest, dass sich dieser Sozialhaushalt sehen lassen kann. Er ist für die Herausforderungen unserer Zukunft gewappnet. Das

(Abg. Scharf (CDU))

Bild des Hauses ist immer wieder schön. Vor einem schönen Haus muss aber auch ein Baum stehen. Ich stelle fest, in unserer sozialen Landschaft ist das ein kräftiger Baum, er ist gut gewachsen und lebt von seinen Wurzeln. Diese Wurzeln zu stärken, das wird diese Koalition auch im Jahr 2018 tun. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Meiser:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Leiter des Katholischen Büros Saarland Herr Dr. Peter Prassel ist mit Priestern aus Indien und Afrika, die im Bistum Trier Dienst tun und eine dreijährige Ausbildung absolvieren, unter uns. Ich darf euch alle herzlich willkommen heißen.

(Beifall.)

Das Wort hat für die AfD-Fraktion Herr Abgeordneter Rudolf Müller.

Abg. Müller (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Einzelplan 05 fällt zunächst einmal auf, dass die Einnahmen 2018 gegenüber 2017 um circa 6,8 Millionen zurückgehen, was natürlich bedauerlich ist. Gleichzeitig fällt auf, dass die Ausgaben um knapp 30 Millionen steigen sollen. Das ist ein Anstieg um mehr als 8 Prozent, von 366 Millionen auf 396 Millionen. Man fragt sich, wie das denn sein kann, mitten in einer guten Konjunktur, bei steigenden Steuereinnahmen und zurückgehenden Arbeitslosenzahlen von 6,7 Prozent im November 2016 auf 6,3 im November 2017. Trotzdem steigen die Sozialausgaben nicht etwa um einen Faktor, der ungefähr der Inflationsrate entspricht, sondern um über 8 Prozent. Dass das im Haushaltsplan kommentiert wird mit den dürren Worten: „Wesentliche Änderungen gegenüber dem Vorjahr: keine“, ist schon skurril.

Unter den größeren Einzelposten fallen zunächst einmal die Leistungen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz auf. Sie steigen alleine um 4 Millionen gegenüber 2017. Diese Steigerungen bestehen zum größten Teil aus Zuschüssen an sogenannte sonstige Krankenträger. Wir haben dieses Thema schon öfter hier besprochen, weshalb ich es jetzt nicht weiter ausbreiten möchte.

(Abg. Hans (CDU): Weil Sie es nicht verstehen.)

Ich verstehe es sehr wohl. Es geht um das mögliche Geschäftskonzept, das im Verdacht steht, dass Krankenhäuser billig gekauft werden, nicht modernisiert werden und anschließend - -

(Ministerin Bachmann: Nein! - Abg. Hans (CDU): Das ist kompletter Unsinn! - Weitere Zurufe von den Regierungsfractionen.)

Ich mache weiter mit meinen 8 Minuten. - Ein weiterer Kostenblock ist das Landesjugendamt, wo sich die Kosten glatt verdoppeln, von 3,4 Millionen auf 6,9 Millionen. Hier ist es die Erstattung der Kosten von Maßnahmen der Jugendhilfe, die den Löwenanteil der Kostensteigerung ausmacht, nämlich 3,2 Millionen. Da diese Kostensteigerung nicht weiter aufgeschlüsselt wird, ist zu vermuten, dass hier ein Teil der Flüchtlingskosten untergebracht wird.

Einen weiteren, noch größeren Kostenblock stellt die sogenannte Jugendpolitik mit insgesamt 11,6 Millionen dar. Eine Steigerung um 3,2 Millionen haben wir hier gegenüber dem Vorjahr. Die haben wir alleine durch die Zahlung von Unterhaltsvorschüssen, was sich die frühere Bundesministerin Manuela Schwesig von der SPD hat einfallen lassen. Allerdings gehen die Kosten mal wieder überwiegend, nämlich zu 60 Prozent, zulasten der Länder. Das sind für das Saarland diese zusätzlichen 3,2 Millionen. Von der oft und gern propagierten Konnexität ist mal wieder nicht viel zu sehen.

Außerdem finden wir in Kapitel 05 05 in der Titelgruppe 72 erhöhte Personalausgaben zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, wie es dort ausdrücklich steht. Hier ist man mal wieder auf einem Auge blind. Zur Bekämpfung des Linksextremismus gibt es ganz einfach nichts. Dementsprechend wird er noch nicht einmal erwähnt. Man könnte von weiteren Hunderttausenden von Euro sprechen, die unter anderem begründet werden mit der „Förderung der gesellschaftlichen Akzeptanz von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften“. - Das ist doch ein alter Hut, meine Damen und Herren. Sogar die Ehe für alle ist jetzt Gesetz. Was will man eigentlich noch?

Die größte Kostensteigerung haben wir allerdings mit über 18 Millionen beim Landesamt für Soziales, von 290 Millionen im Jahr 2017 auf 308 Millionen im Jahr 2018. Das ist eine Steigerung um circa 7 Prozent, wobei die rechnerische Basis, nämlich das Jahr 2017, schon hoch war. Bereits von 2016 auf 2017 gab es eine Steigerung um 9 Millionen. Jetzt haben wir eine doppelt so hohe Steigerung, nämlich 18 Millionen mehr in 2018.

(Abg. Scharf (CDU): Wollen Sie bei unseren Behinderten kürzen, Herr Müller?)

Es geht nicht um die Behinderten.

(Weiterer Zuruf des Abgeordneten Scharf (CDU). - Sprechen bei den Regierungsfractionen und bei der LINKEN.)

Die Sozialkosten steigen also munter weiter. Was wollen Sie eigentlich in der nächsten Wirtschaftskrise machen mit den ganzen Ansprüchen, die da entstehen?

(Abg. Hans (CDU): Es sind keine Ansprüche, es ist für die Menschen! - Anhaltendes Sprechen.)

(Abg. Müller (AfD))

Interessant zu erwähnen ist hier auch die Steigerung der Personalkosten um über 11 Prozent. Die Zuführungen des Landes an das Landesamt für Soziales allein für Personalausgaben steigen um 1,2 Millionen oder gut 11 Prozent. Am 31. August, also vor der Fertigstellung des Haushaltsplans, hat der Rechnungshof in einer längeren Pressemitteilung gefordert, wegen des großen Interesses der Öffentlichkeit die Gesamtkosten der Flüchtlingszuwanderung klar und verständlich darzustellen. Das machen Sie natürlich nicht.

Meine Damen und Herren, auf unser Sozialsystem können wir immer noch stolz sein. Wir brauchen es für unsere Bedürftigen, unsere Armen, unsere Kranken, unsere Behinderten und unsere Pflegebedürftigen. Wir dürfen es nicht überlasten, insbesondere nicht durch Fremde, die in verantwortungsloser Weise angelockt werden.

(Abg. Hans (CDU): Es ist unsäglich, was Sie hier von sich geben! - Unruhe.)

Ich sage es aber, mein lieber Herr Hans! - Für Fremde, die nie etwas eingezahlt haben, von denen ein großer Teil absehbar auch nie etwas einzahlen wird oder kann und von denen der allergrößte Teil nie einen positiven Saldo zwischen Kosten und Beiträgen erbringen wird.

(Zuruf von der SPD: Es ist nicht zu fassen! - Abg. Spaniol (DIE LINKE): So etwas hat hier nichts verloren! - Abg. Enschede (DIE LINKE): Das können Sie auf Ihrem Parteitag machen! - Starke Unruhe.)

Meine Damen und Herren, hier stellt sich übrigens die grundsätzliche Frage, weshalb ein verschuldetes Land wie das Saarland weitere Schulden machen soll für fremde Interessen, zulasten unserer Kinder, wie Sie das so oft so schön sagen, wenn es um die Schulden der Zukunft geht.

(Heftige Zurufe von den Regierungsfractionen und von der LINKEN. - Zuruf des Abgeordneten Thielen (CDU): Immer das gleiche dumme Gelabere!)

Sie machen ja auch immer die gleiche dumme Politik. - Mit anderen Worten: Wenn man ein Sozialsystem hat, muss man auch eine Grenze haben. Ohne Grenzen lässt sich ein Sozialsystem nicht aufrechterhalten, eines wie unseres schon dreimal nicht, auch nicht durch ganz festes Wunschdenken und auch nicht dadurch, dass man Sozialausgaben mit Steuern finanziert, wie Peter Gillo das neuerdings schon fordert. Auch die hohe saarländische mitmenschliche Integrationsfähigkeit darf nicht überstrapaziert werden. Was ein überlastetes, nicht mehr tragbares Sozialsystem für unseren inneren Frieden bedeuten kann, dafür, meine Damen und Herren,

entwickeln Sie hoffentlich noch genügend Vorstellungskraft. - Ich danke Ihnen.

(Beifall von der AfD. - Abg. Enschede (DIE LINKE): Man muss sich schämen!)

Präsident Meiser:

Der Abgeordnete Hermann Scharf hat eine Kurzintervention beantragt.

Abg. Scharf (CDU):

Herr Müller, ich muss eines feststellen: Sie sollten sich abgrundtief schämen!

(Starker Beifall von den Regierungsfractionen und von der LINKEN.)

Wir sind in der Adventszeit. Das ist eine besondere Zeit, in der deutlich werden sollte, dass wir Versöhnung brauchen und keine Spalter. Deswegen möchte ich Ihnen eines sagen: Der Wirrwarr, den Sie vorgetragen haben, ist wirklich unvorstellbar. Ich mache Ihnen das an dem Beispiel deutlich; wenn Sie vorhin zugehört hätten, dann hätten Sie diese dummen Bemerkungen nicht machen müssen. Auf der einen Seite sagen Sie, die Armen und Behinderten brauchen das. Die Steigerung der Eingliederungshilfe hängt aber doch gerade damit zusammen, dass wir mehr Menschen im System haben und dass wir im Segment Wohnen mehr brauchen. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Aspekt, denn diese Menschen können sich nicht selbst versorgen. Die brauchen unsere Hilfe. Vor allem brauchen sie die Hilfe dieses Parlaments, damit wir das umsetzen können, was notwendig ist.

(Beifall von den Regierungsfractionen und bei der LINKEN. - Zuruf.)

Ich kann Ihnen nur folgenden Rat geben. Vielleicht nutzen Sie die Adventszeit und kehren in sich. Wir wollen einfach, dass alle Menschen in diesem Land gleich sind. Das Grundgesetz gibt es nämlich vor. Die Würde des Menschen ist unantastbar. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall von den Regierungsfractionen und von der LINKEN.)

Präsident Meiser:

Herr Fraktionsvorsitzender Dörr, die Kurzintervention soll zwei Minuten nicht überschreiten. Der Abgeordnete Hermann Scharf hat eine Minute und 40 Sekunden gesprochen. Das war absolut in Ordnung.

Nunmehr hat Herr Abgeordneter Dr. Magnus Jung für die SPD-Landtagsfraktion das Wort.

Abg. Dr. Jung (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich

(Abg. Dr. Jung (SPD))

komme zunächst nicht drum herum, Ihnen, Herr Müller, ins Stammbuch zu schreiben: Sie haben nicht nur keine Kenntnis von Sozialpolitik, sondern Sie haben auch keine Absicht, Sozialpolitik zu verstehen. Das Einzige, was Sie hier verbreiten, ist Sozialneid, um Hass in dieser Gesellschaft zu säen. Das werden wir als Parlament nicht zulassen. Wir stellen die Menschen in den Mittelpunkt und nicht den Hass.

(Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Mit Blick auf den vor uns liegenden Haushalt und den Koalitionsvertrag kann man feststellen, dass sich die Große Koalition ein sehr umfangreiches und sehr detailliertes Arbeitsprogramm für die nächsten Jahre vorgenommen hat. Es war ein richtiges Pflichtenheft. Vieles von dem, was wir uns dort vorgenommen haben, findet sich in diesem Haushalt wieder.

Ich möchte mit dem wichtigsten Thema für die Menschen beginnen, nämlich mit der Gesundheit. An vielen Stellen sind wir engagiert, um Prävention und Aufklärung zu betreiben. Wir unterstützen die Sicherung der ambulanten Versorgung gemeinsam mit den Hausärzten und vor allem die stationäre Versorgung. Das bildet im aktuellen und kommenden Jahr einen wichtigen Schwerpunkt in der Gesundheitspolitik des Landes. Wir werden im nächsten Jahr 4 Millionen Euro mehr zur Verfügung stellen. Diese Summe wird auf jährlich 10 Millionen im Laufe dieser Legislaturperiode aufwachsen.

Wir sind gerade dabei, ein neues Krankenhausgesetz zu beraten. Der neue Krankenhausplan ist ebenfalls vor wenigen Wochen erschienen. Dabei geht es natürlich auch um die Frage, wie wir die Pflege im Saarland stärken. Wir unterstützen die Sozialministerin bei ihrer Absicht, 1.000 neue Arbeitsplätze in der Pflege im Saarland zur Verfügung zu stellen. Natürlich bekennen wir uns auch zu dem Ziel von Personalmindestanzahlzahlen, wie wir es im Koalitionsvertrag verabredet haben.

Nun weiß jeder, dass man das nicht so leicht haben kann. Es gibt nämlich verschiedene Hürden, die dabei zu nehmen sind. Zum Ersten braucht man wissenschaftlich basierte Grundlagen, auf denen man diese Zahlen festlegen kann. Zum Zweiten braucht man ein ausreichendes rechtliches Instrumentarium, um es verpflichtend machen zu können. Zum Dritten braucht man auch die entsprechenden finanziellen Mittel, um das am Ende durchzusetzen.

Vieles von dem kann das Saarland nicht alleine organisieren. Deshalb hätten wir uns schon gewünscht - so weit unsere Kritik -, dass im entsprechenden Gutachten der eine oder andere Hinweis in dieser Frage tatsächlich erfolgt. Wir waren enttäuscht von dem, was da drin gestanden hat. Aber wir bleiben in dieser Regierung gemeinsam bei diesem Ziel und

wollen dieses Ziel gemeinsam umsetzen. Insofern gibt es da keinerlei Konflikt in der Regierung.

Wir werden aber nicht nur die Voraussetzungen für mehr Arbeitsplätze in der Pflege schaffen müssen, sondern wir müssen auch dafür werben, dass es genügend Menschen gibt, die in der Pflege arbeiten wollen. Wir sind an vielen Stellen aktuell mit entsprechenden Kampagnen dabei. Wir konnten uns in der letzten Woche davon überzeugen, dass die Arbeitskammer mit ihrem Pflegereferat eine sehr ordentliche Arbeit leistet, die von den in der Pflege Beschäftigten stark nachgefragt wird. Wir haben erfreut Kenntnis nehmen können, dass die Arbeitskammer dort in der Zukunft noch mehr Personal zur Verfügung stellen will. Ich will an dieser Stelle ganz herzlich Danke schön sagen. Auch das ist ein Ergebnis der Gespräche in der letzten Woche. Verdi leistet in der politischen Interessenvertretung für die Beschäftigten in der Pflege eine großartige Arbeit und hat dabei die Unterstützung dieses Hauses verdient.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir haben in jedem Fall einen Bedarf an zahlreichen gesetzlichen Veränderungen bei der Gesundheitspolitik auf der Bundesebene. Da wird man mit Spannung auf die Gespräche schauen dürfen, die in den nächsten Wochen in Berlin stattfinden. Immerhin haben wir uns im saarländischen Koalitionsvertrag schon darauf verständigt, dass wir die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung wollen. Ich glaube, dass wir auch den Weg zur Einführung einer Bürgerversicherung gehen müssen und sollten. Wir brauchen andere Regelungen bei der Vergütung im DRG-System. Vor allen Dingen brauchen wir sektorübergreifende Organisation und Finanzierung von Hilfeleistungen. Das gilt für die Bereiche ambulant und stationär, aber wir brauchen auch - wie schon der Kollege Scharf an einem Beispiel aufgeführt hat - eine Sozialgesetzbuch-übergreifende Organisation von Hilfen, beispielsweise bei der Kinder- und Jugendhilfe und der Behindertenhilfe. Wenn sich dort das Gesundheitssystem öffnet, dann können die verschiedenen Systeme gemeinsam bessere Hilfen für die Menschen in unserem Land erreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein wichtiges Thema und eine immer wichtiger werdende Aufgabenstellung in unserem Land ist die Seniorenpolitik. Was für die Menschen natürlich als Erstes zählt, ist die Frage einer auskömmlichen Rente, von der man leben kann und die widerspiegelt, was man im Leben geleistet hat. Deshalb bin ich froh, dass wir im Koalitionsvertrag verabredet haben, dass wir an dieser Stelle eine Bundesratsinitiative vorbereiten, um die Rente für die Menschen in Deutschland zu verbessern.

(Abg. Dr. Jung (SPD))

Wir werden gemeinsam dafür sorgen, dass wir eine gute gesundheitliche Versorgung der älteren Menschen haben. Ich glaube, das sind die zwei wichtigsten Pfeiler: eine gute Rente und ein gutes Gesundheitssystem. Das ist etwas, was besonders ältere Menschen brauchen. Dazu gehört am Ende auch, dass man vor Ort in den Gemeinden und Sozialräumen die verschiedenen Akteure und Dienste miteinander vernetzt, dass man passgenaue Hilfen organisiert, dass man Familien und Ehrenamt unterstützt und dass man - darauf will ich hinweisen - auf die besonderen Schwierigkeiten von Senioren im ländlichen Raum hinweist. Dort ist die Mobilität eingeschränkt. Die Versorgung ist im Dorf häufig nicht mehr so, dass sich ältere Menschen vor Ort versorgen können. Da haben wir einen besonderen Bedarf an Unterstützung, dem wir gemeinsam gerecht werden müssen.

Für uns ist ein weiteres wichtiges Thema die Politik für Menschen mit Behinderung. Das wird ebenfalls ein wichtiges Schwerpunktthema für uns im nächsten Jahr sein. Es betrifft erstens die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in verschiedenen Schritten und zweitens die Neufassung des saarländischen Behindertengleichstellungsgesetzes. Dass uns diese Aufgabe wichtig ist, sieht man daran, dass wir in diesem Bereich im nächsten Jahr 17 Millionen Euro mehr zur Verfügung stellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Geld allein ist aber nicht alles. Wir hören immer wieder von den Verbänden in diesem Bereich, passt darauf auf, dass die gut gemeinten Gesetze, die die Interessen von behinderten Menschen schützen sollen, in der Praxis beachtet und angewendet werden - vom öffentlichen Bau bis zu anderen Angeboten -, damit Menschen mit Behinderung tatsächlich an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens teilhaben können. Da sind wir alle gefordert, immer wieder den Blickwinkel des anderen einzunehmen und nicht sozusagen ignorant zu übersehen, dass auch andere mit Einschränkungen von der sozialen Teilhabe ausgeschlossen sind, wenn wir nicht auf sie achten.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich komme jetzt auf ein weiteres wichtiges Thema in diesem Haushalt zu sprechen, nämlich die Frage der Hilfen für Menschen, die geflüchtet sind. Man kann über dieses Thema nicht reden und es nicht verstehen - Herr Kollege Müller, wenn Sie jetzt vielleicht einmal zuhören -, wenn man nicht über die Fluchtursachen redet, wenn man sich nicht mit der Welt, wie sie nun mal außerhalb unseres schönen, sicheren Deutschlands ist, auseinandersetzt. Man sieht sehr viel Not und Elend in weiten Teilen der Welt, das im Übrigen seine Ursachen nicht unwesentlich in politischen Entscheidungen - insbesondere auch Deutschlands und Europas - der Gegenwart und Vergangenheit hat, die in diesen Ländern ihre

Wirkung entfaltet haben. Wir haben heute mit diesen Folgen zu tun. Deshalb hat das etwas mit uns zu tun, deshalb tragen wir dafür auch Verantwortung und deshalb müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land sagen, dass das Thema Flucht ein zentrales Thema im 21. Jahrhundert sein wird. Wir können uns diesem Problem nicht entziehen, wir können uns nicht wegducken, wir können nicht einfach die Grenzen dicht machen und die Bettdecke über den Kopf ziehen. Sie verbreiten hier eine Illusion. Die Wirklichkeit ist eine andere und es wird Zeit, dass wir darüber offen mit den Menschen in unserem Land reden.

(Beifall von der SPD.)

Diejenigen, die sozusagen das christliche Abendland verteidigen wollen, sollten sich einmal anhören, was die Kirchen, was die Bischöfe, was der Papst an dieser Stelle zu sagen haben. Ich finde, es ist schon beschämend, wenn der eine oder andere das Wort Christentum - das er ja verteidigen will - noch in den Mund nimmt und gleichzeitig das Gegenteil von Christentum auf seinem Plakat vor sich herträgt.

Wir brauchen auch eine gute Regelung beim Thema Familiennachzug und wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte darüber, was uns in diesem Zusammenhang im Moment herausfordert und wie es auch in Zukunft sein wird. Wir müssen die Ängste der Menschen in diesem Bereich ernst nehmen, wir müssen aber auch die Chancen sehen, die damit verbunden sind. Ganz konkret: Bei uns im Saarland werden wir im nächsten Jahr beispielsweise für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge 23 Millionen Euro ausgeben, so der Plan. Im März dieses Jahres sind wir noch von 29 Millionen ausgegangen, der Rückgang der Fallzahlen, aber auch der Rückgang der Kosten pro Fall führt zu einer deutlichen Verbesserung der Ausgabensituation. Ich bin mir relativ sicher, die Fallzahlen werden weiter zurückgehen, auch die Kosten pro Fall werden weiter zurückgehen, sodass wir möglicherweise am Ende auch diese 23 Millionen nicht brauchen werden, sondern mit weniger auskommen.

Wir sind an dieser Stelle auf einem guten Weg, gemeinsam mit den Jugendämtern und den freien Trägern. Es ist Zeit zu sagen, dass wir auch als Jugendhilfe ein entsprechendes Programm brauchen, vielleicht auch als Bildungspolitiker, wie wir all diese geflüchteten jungen Menschen - nicht nur die unbegleiteten, sondern alle - in unserem Saarland in Zukunft noch besser integrieren. Vielleicht werden wir im nächsten Jahr auch dafür gemeinsam einen Plan entwickeln.

In diesem Sinne ist der Haushalt eine gute Grundlage für vieles, was wir uns vorgenommen haben, um die Situation der Menschen im Saarland zu verbessern. Ich bitte Sie daher um Zustimmung.

(Abg. Dr. Jung (SPD))

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Meiser:

Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE Herr Abgeordneter Dennis Lander.

Abg. Lander (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kollegin Schramm hat eben schon erwähnt, wie essenziell die Jugendpolitik ist, um junge Saarländerinnen und Saarländer im Saarland zu halten. Der Landesjugendring ist dabei eine wichtige Stütze. Schön übrigens, dass ihr heute hier seid. Ich begrüße euch hiermit ausdrücklich. Der Landesjugendring betreut 24 Jugendvereine und Projekte, gibt Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zur Mitwirkung und Mitgestaltung, zur Bildung und Integration und zur Prävention von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit, also alles wichtige Beiträge zur positiven Entwicklung unserer Gesellschaft. Deshalb ist es auch selbstverständlich für uns, dass wir den Landesjugendring fördern wollen.

Jetzt beklagt der Landesjugendring jedoch, es scheine, dass die Regierung und vor allem das zuständige Jugendministerium von Monika Bachmann keinen Plan für eine zukunftsorientierte Jugendpolitik hätten und dass ein umfassender jugendpolitischer Rahmen für die Stärkung der ehrenamtlichen Jugendarbeit fehle. Da die Landesregierung weder das Wahlrecht ab 16 will, noch einen gut ausgearbeiteten Plan gegen Kinderarmut vorweisen kann, sollten doch wenigstens diese 5.000 Euro drin sein. Ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, geben Sie sich doch einen Ruck und geben Sie dem Landesjugendring hier seine 5.000 Euro!

(Beifall von der LINKEN.)

Nun zur öffentlichen Diskussion zwischen der Jungen Union und dem Landesjugendring. Dass sich die Junge Union wirklich erdreistet anzuregen, den geschätzten und langjährigen Geschäftsführer Georg Vogel rauswerfen zu lassen, um Kosten zu sparen, ist wirklich unerträglich. Da kann einem nur übel werden.

(Beifall von der LINKEN. - Zuruf von der CDU: Wo steht denn das?)

Da müssen Sie einmal die Pressemitteilung lesen. - Dann behauptet die Junge Union, keinen Einblick in den Haushalt des Vereins zu haben und dass der Landesjugendring bei der Ausgabendiskussion nicht ehrlich sei. Jetzt sagt der Landesjugendring aber im Gegensatz dazu, die Zahlen und Fakten wären bei dem Gespräch mit dem jugendpolitischen Sprecher der CDU offengelegt worden. Also spricht einer von beiden wohl die Unwahrheit. Da aber heute einige Mitglieder der Jungen Union anwesend sind, haben Sie nun die Möglichkeit, hier die Öffentlichkeit aufzu-

klären und mittels einer Kurzintervention Licht ins Dunkel zu bringen, wer denn jetzt hier die Unwahrheit spricht. Nutzen Sie diese Gelegenheit, liebe Kollegen, und klären Sie uns doch bitte auf. - Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN.)

Präsident Meiser:

Das Wort hat für die CDU-Landtagsfraktion Herr Abgeordneter Alexander Zeyer.

Abg. Zeyer (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte zu Anfang auf die Rede von Frau Schramm eingehen. Ich möchte klarstellen, dass wir gegen jede Art von Extremismus sind, und ich glaube, Sie sind wohl auf einem Auge blind. Hier die Jungen Journalisten im Saarland als unabhängige Journalisten anzugreifen, ist unterste Schublade, machen Sie endlich beide Augen auf!

(Beifall von der CDU. - Abg. Lander (DIE LINKE): Mittel zweckentfremdet!)

Sehr geehrter Herr Lander, nun zur Diskussion mit dem Landesjugendring: Vielleicht sollten Sie - und das empfehle ich Ihnen - in Zukunft die Pressemitteilungen der Jungen Union etwas besser lesen, dann würden Sie auch etwas von dem verstehen, was Sie hier versucht haben zu sagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, wir beschäftigen uns heute mit dem Zukunftsthema, nämlich mit dem Thema Jugend. Dazu gehört natürlich in erster Linie die Jugendpolitik in unserem Land. Lassen Sie mich mit einem wichtigen Thema für unsere Jugend beginnen. Mit dem Haushalt für das Jahr 2018 rückt die schwarze Null in greifbare Nähe und wir senken die Neuverschuldung deutlich, von 168 Millionen im Jahr 2017 auf nur noch 8 Millionen Euro im Jahr 2018. Das Jahr 2018 ist somit zum Wendepunkt der Neuverschuldung unseres Landes geworden, denn ab 2019 wollen wir keine neuen Schulden aufnehmen. Das ist in erster Linie ein großer Erfolg für die junge Generation und für alle nachfolgenden Generationen in unserem Land, denn nur so können wir die Eigenständigkeit unseres Landes sichern. Weniger Schulden bedeuten gerade für die jungen Menschen, dass sie für die Zukunft mehr Gestaltungsspielräume haben.

(Beifall von der CDU.)

Trotz alledem ist es uns gelungen, mehr finanzielle Mittel für die wichtige Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Aus diesem Grund haben wir auf unserer Haushaltsklausur beschlossen, die Förderung des

(Abg. Zeyer (CDU))

Landesjugendrings um 10.000 Euro auf 141.000 Euro zu erhöhen, so viel wie noch nie.

(Beifall von der CDU.)

Deshalb kann ich auch die derzeitige Diskussion nicht ganz nachvollziehen. Die Mitgliedsverbände des Landesjugendrings leisten im Saarland eine tolle Arbeit. Das wollen wir mit der Erhöhung der Gelder würdigen und unterstreichen. An dieser Stelle möchte ich auch ganz herzlich Tobias Wolfanger vom Landesjugendring begrüßen. Es freut uns sehr, dass du heute mit weiteren Vertretern des Landesjugendrings hier dabei bist.

(Beifall bei der CDU.)

Zusätzlich zu seiner Arbeit als Interessenvertretung der saarländischen Kinder- und Jugendverbände betreibt der Landesjugendring zum Beispiel den Jugendserver Saar, das Informationsportal für saarländische Jugendliche. Auch dieses Projekt wurde mit weiteren finanziellen Mitteln unterstützt.

Zudem erhielt der Landesjugendring im Jahr 2017 im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ für das Projekt „Stärkung von Migrantenorganisationen und Integration von Zugewanderten in die Kinder- und Jugendarbeit im Saarland“ eine Förderung in Höhe von 27.000 Euro.

Neben der Erhöhung der Finanzmittel werden wir wie im Koalitionsvertrag festgehalten im kommenden Jahr weitere Jugendbildungsreferentenstellen zur Verfügung stellen. Jugendbildungsreferenten haben insbesondere die Aufgabe, allgemeine politische, gesundheitliche, soziale und ökologische Bildungsmaßnahmen sowie Maßnahmen zur Förderung und Fortbildung ehrenamtlicher Mitarbeiter vorzubereiten und durchzuführen. Hier wollen wir in den kommenden Jahren weitere Stellen schaffen, um die Situation der Jugendverbände weiter zu verbessern.

(Beifall von der CDU und vereinzelt bei der SPD.)

Die Jugendarbeit ist für uns sehr wichtig. Wir schätzen den Landesjugendring als Teil zukunftsorientierter Jugendarbeit. Allerdings ist der Landesjugendring nur ein Teil der Jugendarbeit. Vieles wird auch ehrenamtlich in anderen Jugendvereinen geleistet. Wir wollen daher die gesamte Jugendarbeit im Saarland fördern, nicht nur einzelne Organisationen. Denn überall im Lande engagieren sich junge Menschen in Vereinen, Verbänden, Jugendzentren und Hilfsorganisationen. Hierfür ein großes Dankeschön.

(Beifall von der CDU.)

Neben dem Landesjugendring erhalten derzeit 19 Jugendverbände Zuwendungen, zum Beispiel die Jungen Musiker Saar, die THW-Jugend, der Saarländische Pfadfinderbund, die Naturfreundejugend Saar, das Deutsche Jugendrotkreuz oder die Saarländische Jugendfeuerwehr. Hier engagieren sich

täglich junge Menschen für andere junge Menschen. Ein solch großartiges Engagement in Deutschland ist einzigartig und verdient unseren größten Respekt, Dank und Anerkennung.

(Beifall bei der CDU.)

Es wäre auch sicher nicht im Sinne des Landesjugendrings, wenn wegen höherer Personalkosten Jugendfreizeiten oder Veranstaltungen anderer ehrenamtlicher Jugendvereine ins Wasser fallen müssten. Wir haben doch alle ein gemeinsames Ziel: das Saarland für junge Menschen attraktiv zu gestalten. Es werden im Haushalt für das Jahr 2018 mehrere Hunderttausend Euro für die Jugendarbeit zur Verfügung gestellt. Für Bildungsmaßnahmen der Träger der Jugendarbeit, für die Durchführung von Freizeiten, aber auch für die Schulung der Mitarbeiter werden wir weiter investieren.

Ich möchte heute die Gelegenheit nutzen, um im Namen der gesamten CDU-Landtagsfraktion Danke zu sagen. Insbesondere möchte ich mich bei den Freunden des Landesjugendrings bedanken für ihr großartiges Engagement, natürlich bei allen Jugendverbänden und unseren großartigen Vereinen in allen Dörfern, Städten und Gemeinden unseres Landes.

(Beifall bei der CDU.)

Wir können alle gemeinsam stolz sein auf so viel Engagement für die Jugendlichen und Kinder in unserem Land. Unser Saarland ist und bleibt auch in Zukunft das Kinder- und Jugendland in Deutschland.
- Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU. - Abg. Lander (DIE LINKE):
Wer hat gelogen? - Sie!)

Präsident Meiser:

Das Wort hat für die DIE LINKE-Landtagsfraktion Herr Abgeordneter Ralf Georgi.

Abg. Georgi (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich kann aus Zeitgründen nur kurz auf ein Thema eingehen, das im Alltagsgeschäft leider viel zu oft untergeht, mir aber sehr wichtig ist, die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an unserer Gesellschaft.

Meine Damen und Herren, man ist nicht behindert, man wird behindert. Dieser Satz trifft es wirklich gut. Rund die Hälfte aller Bahnhöfe im Saarland ist immer noch nicht barrierefrei zu erreichen. Frau Ministerin hat gesagt, es wird sich demnächst ändern. Es wird auch Zeit.

Auch viele öffentliche Gebäude, Hallen, aber auch manche Wege, Straßenübergänge oder Geschäfte und Kinos sind nicht barrierefrei. Es fehlen Türen,

(Abg. Georgi (DIE LINKE))

die breit genug für Rollstühle sind, behindertengerechte Toiletten, Rampen oder Aufzüge für Rollstuhlfahrer. Für die Betroffenen heißt das, sie müssen draußen bleiben, sie können am gesellschaftlichen Leben eben nicht teilhaben. Das ist nicht nur ungerecht, es ist auch nicht vereinbar mit der UN-Behindertenrechtskonvention, die Deutschland unterschrieben hat, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Meine Damen und Herren, viele von Ihnen kennen vielleicht die Probleme, eine Halle zum Beispiel für eine politische Veranstaltung oder einen Parteitag zu finden, die behindertengerechte Zugänge und behindertengerechte WC-Anlagen hat, die also barrierefrei ist. Wir wissen, wie gravierend die Haushaltsprobleme der Städte und Gemeinden sind. Hier braucht es also ein Investitionsprogramm für einen barrierefreien Umbau öffentlicher Gebäude, ähnlich wie beim barrierefreien Umbau von Haltestellen, wie eben von der Kollegin Blatt gesagt wurde.

Es ist auch völlig unverständlich, warum nur etwa jede dritte Arztpraxis barrierefrei erreichbar ist. Gerade Ärzte sollten wissen, worauf es hier ankommt. Die Situation bei Rechtsanwälten und Notaren ist noch schlimmer. Es braucht also auch mehr Druck auf private Dienstleister und Unternehmen. Gute Worte alleine schaffen keine Teilhabe.

(Beifall bei der LINKEN.)

Kolleginnen und Kollegen, auch am Arbeitsmarkt haben es Menschen mit Behinderungen, vor allem Schwerbehinderte, sehr schwer. Die Arbeitslosenquote bei Schwerbehinderten ist doppelt so hoch wie bei Nichtbehinderten. Doppelt so hoch! Der VdK hat recht, wenn er eine Erhöhung der Ausgleichsabgabe fordert, denn bloße Appelle haben in den letzten Jahren ganz offensichtlich nichts gebracht. Man ist nicht behindert, man wird behindert. Wir müssen diese Behinderung von Menschen mit einer Behinderung endlich beseitigen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN.)

Präsident Meiser:

Das Wort hat für die SPD-Landtagsfraktion Frau Abgeordnete Martina Holzner.

Abg. Holzner (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Haushaltsdebatte ist eine gute Gelegenheit, über Schwerpunkte in der Arbeit des Landtages im nächsten Jahr zu sprechen. Im Sozialhaushalt beschäftigen wir uns insbesondere mit der Situation von Menschen, die in Not sind und öffentliche Hilfe brauchen.

Am vergangenen Donnerstag hat der Saarländische Rundfunk mit seinem Thementag „Armut im Saar-

land“ die besorgniserregende Situation in unserem Land thematisiert und die Politik zum Handeln aufgefordert. Jeder sechste Saarländer ist armutsgefährdet. Damit liegt unser Land unter den westdeutschen Flächenländern auf Platz 2 hinter Nordrhein-Westfalen. Bei Kindern ist die Situation noch angespannter. In unserem Bundesland leben derzeit rund 26.000 Kinder in Armut. Besonders betroffen sind dabei Alleinerziehende. Rund 10.000 Kinder im SGB-II-Bezug leben in einem Haushalt mit nur einem Elternteil unterhalb der Armutsgrenze. Bei Alleinerziehenden liegt die Armutsquote bei 42 Prozent.

Auch wenn diese Zahlen nicht neu sind - sie steigen wieder an! Armut in einem so reichen Land ist und bleibt ein Skandal.

(Beifall bei der SPD.)

Was bedeutet Armut konkret? Die immer wiederkehrenden Armutsberichte, seien sie von Wohlfahrtsverbänden, vom Statistischen Amt oder von der Bundesregierung, liefern uns einen objektiven Überblick über die Situation in unserem Land. Aber wer von uns kann objektiv sein, wenn beispielsweise er oder sie an das Kind denkt, das ohne Frühstück in die Schule geht?

Meine Damen und Herren, hinter den Armutsstatistiken stehen Menschen, und die Armut hat fatale Konsequenzen für ihr tägliches Leben. Beispiel: Lebenserwartung. Bis zu 12 Jahre weniger Lebenszeit haben arme und gering gebildete Menschen. Das hat natürlich verschiedene Ursachen, die konkret aus dem Leben in Armut resultieren. Das liegt zum Beispiel an der Ernährung. Wer am Ende des Monats jeden Cent im Geldbeutel zweimal umdrehen muss, achtet zunächst darauf, dass alle satt werden, statt auf besonders gesundes Essen.

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich die Arbeit der Tafeln würdigen. Unser Anspruch sollte es aber sein, dass die Tafeln irgendwann nicht mehr nötig sind.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN.)

Beispiel Mobilität. Für arme Menschen ist die Unterhaltung eines Autos kaum möglich. Diese Menschen sind meist auf den ÖPNV angewiesen. Gerade im ländlichen Raum ist die tägliche Busfahrt häufig kaum zu finanzieren. Wer weniger mobil ist, hat weniger soziale Kontakte. Aus der materiellen Armut resultiert soziale Armut, ein Teufelskreis.

Beispiel soziale Teilhabe. Gerade ältere Menschen, häufig Frauen, die in ihrem Leben mehrere Kinder groß gezogen haben, leben im Saarland überdurchschnittlich häufig in Armut. Nicht selten nehmen sie aus Schamgefühl keine Hilfe in Anspruch. Damit es

(Abg. Holzner (SPD))

für die Grundbedürfnisse reicht, muss auf vieles verzichtet werden.

Ja, was macht die Landesregierung, um Armut zu bekämpfen? Der von uns initiierte Armuts- und Reichtumsbericht aus dem Jahr 2015 hat besonders bei alleinerziehenden, arbeitslosen und gering qualifizierten Menschen in unserem Land ein erhebliches Armutsrisiko festgestellt. Nach allen Prognosen wird Altersarmut in Zukunft eine noch größere Rolle spielen. Armutsbekämpfung findet in unserem Land auf allen staatlichen und nichtstaatlichen Ebenen statt. Öffentliche, freie und kirchliche Träger engagieren sich in der Armutsbekämpfung. Die Projekte der Einzelnen wollen wir aufeinander abstimmen. Mit dem Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut werden wir alle Armutsprojekte auf Landes-, Kreis- und Gemeindeebene genau analysieren und dann in einem zweiten Schritt sinnvolle Strategien des Landes zur besseren Bekämpfung von Armut erarbeiten. Dazu werden wir zusätzliches Geld in die Hand nehmen. Und wir werden keine Zeit verlieren. Den Gesprächsfaden werden wir direkt ab Januar mit allen Akteuren aufgreifen, die der Armut begegnen, mit dem Ziel, schnellstens in die konkrete Umsetzung zu kommen.

Auch mit der Absenkung der Kita-Gebühren werden wir in dieser Legislaturperiode einen ersten wichtigen Schritt in die richtige Richtung machen. Bei den älteren Menschen, gerade im Hinblick auf die Bekämpfung von Altersarmut, richten sich die Blicke schnell nach Berlin, wenn es darum geht, Verbesserungen zu erreichen. Hier werden wir als Koalition den Bund in die Pflicht nehmen. Wer jahrzehntelang gearbeitet hat, dessen Lebensleistung soll durch eine auskömmliche Rente im Lebensalter angemessen gewürdigt werden.

Neben der grundsätzlichen Steigerung der Erwerbsquote wollen wir mit unserer Bundesratsinitiative für eine faire Rente insbesondere die Ursache für die Altersarmut von Frauen stärker bekämpfen. Im Ländervergleich hat das Saarland nach wie vor die niedrigste Erwerbsquote von Frauen. Deshalb werden wir mit dem Programm Frauen in Arbeit in Kooperation mit den Jobcentern, der Bundesagentur für Arbeit und der Netzwerkstelle Frauen im Beruf den Einstieg beziehungsweise Wiedereinstieg von Frauen in den Beruf durch individuelle Beratung und Unterstützung fördern, um die berufliche Aus- und Weiterbildung in Teilzeit zu erleichtern. Sie sehen, wir nehmen die Situation sehr ernst. Wir haben konkrete und gute Ideen, der Armut konsequent zu begegnen. Wir lassen niemanden zurück. Darauf können sich die Menschen in unserem Land verlassen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich möchte heute aber auch die Gelegenheit nutzen, um auf ein weiteres Thema eingehen zu können,

das die Öffentlichkeit in den letzten Tagen beschäftigt hat, nämlich die Förderung der außerschulischen Jugendarbeit. Zunächst möchte ich die gute und engagierte Arbeit des Landesjugendrings, seines Geschäftsführers und seiner 24 Mitgliedsverbände würdigen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Unsere Verbände und Vereine haben auch dank der Arbeit der Jugendverbände den höchsten Organisationsgrad in der Bundesrepublik. Die Fraktionen haben in den Haushaltsberatungen hier zusätzliche Akzente gesetzt. Wir setzen den Koalitionsvertrag um und stellen 2018 das Geld für den ersten von vier zusätzlichen Jugendbildungsreferenten zur Verfügung. Die Koalitionsfraktionen haben hierzu den entsprechenden Titel im Haushalt - Zuwendungen für Personal- und Sachkosten an die Träger der Jugendarbeit - um insgesamt 40.000 Euro auf nunmehr 320.000 Euro erhöht. Weitere werden folgen. Ein Dauerthema ist die Finanzierung der Arbeit des Landesjugendrings. Ich begrüße im Zuschauerraum den Vorsitzenden, weitere Vorstandsmitglieder und den Geschäftsführer des Landesjugendrings. Schön, dass Sie heute der Debatte folgen.

(Beifall.)

Die Fraktionen hatten im Rahmen der Haushaltsberatungen, wie in den vergangenen Jahren, eine Erhöhung der Mittel um 10.000 Euro vereinbart. Ich kann nachvollziehen, dass die jährlichen Diskussionen um diese Haushaltsstelle schwierig sind und von dem einen oder anderen als Gängelung gedeutet werden. Auch ich wünsche mir, dass wir dieses Thema für die Zukunft mit einer auf Dauer angelegten Verständigung lösen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Die Äußerungen aus der JU waren hierfür sicherlich nicht förderlich, sondern haben durch ihre persönlichen Angriffe Öl ins Feuer gegossen. Das entspricht weder in der Form noch im Inhalt der Meinung meiner Fraktion. Deshalb, Herr Vogel, will ich Ihnen und Ihren Kollegen ausdrücklich für Ihre hervorragende Arbeit danken.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN.)

Für alle Bereiche der Sozialpolitik gilt: Ohne das große Engagement von Ehrenamtlichen, das ich heute am Tag des Ehrenamtes gerne noch einmal erwähne, von Familienmitgliedern und Freiwilligen sähe es in unserem Land düster aus. Gleiches gilt für das Engagement der Fachkräfte in den unterschiedlichsten Bereichen und für die Rolle der großen Wohlfahrtsorganisationen. Viele von ihnen haben in den letzten Jahren wegen der Haushaltsnotlage des Saarlandes zusätzliche Belastungen auf sich nehmen müssen. Dies müssen wir in Zukunft

(Abg. Holzner (SPD))

bedenken, wenn der Haushalt wieder größere Spielräume zulässt.

Meine Damen und Herren, wir haben die Weichen für 2018 im Einzelplan 05 gut gestellt, deshalb bitte ich um Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Präsident Meiser:

Das Wort hat für die DIE LINKE-Landtagsfraktion Herr Abgeordneter Dennis Lander.

Abg. Lander (DIE LINKE):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur noch einmal kurz anmerken, dass die Junge Union uns noch eine Antwort schuldig bleibt und die Frage anscheinend auch nicht beantworten will. Ich möchte an dieser Stelle auch feststellen, dass dieses Hohe Haus und auch der Landesjugendring das zur Kenntnis nehmen.

Präsident Meiser:

Das Wort hat für die CDU-Landtagsfraktion Herr Abgeordneter Raphael Schäfer.

Abg. Schäfer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist guter parlamentarischer Brauch, dass man sich mit den von der Opposition vorgetragenen Argumenten direkt auseinandersetzt. Das möchte ich auch tun, möchte an dieser Stelle aber nicht verschweigen, dass mir das bei den Plattitüden, die hier oftmals von der rechten Seite kommen, äußerst schwerfällt.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Herr Kollege Flackus, ich möchte zunächst etwas auf die allgemeine Kritik erwidern, die Sie zum Thema Redezeit geäußert haben. Sie kokettieren immer damit, dass die Opposition zu wenige Möglichkeiten hätte, ihre Argumente darzulegen und ihre Positionen klarzumachen. Dem muss ich klar widersprechen. Wenn man das einmal sachlich betrachtet, kann man feststellen, dass der CDU-Landtagsfraktion, die 24 Mandatsträger hat, eine Redezeit von 24 Minuten zusteht bei einem einfachen Redezeitmodul. Ihnen stehen 16 Minuten zu. Nach meinem Kenntnisstand ist es so, dass Sie am gestrigen Tag Ihre Redezeit nicht vollständig in Anspruch genommen haben. Das ist doch eine deutliche Sprache, die hier gesprochen wird! Sie haben ausreichende Möglichkeiten, hier Ihre Positionen darzulegen.

(Abg. Flackus (DIE LINKE): Das haben wir gar nicht kritisiert.)

Sie haben heute Morgen Ihre Rede genauso begonnen und gesagt: Aufgrund der kurzen Redezeit.

(Weitere Zurufe.)

Ich komme zu Einzelplan 05 und möchte zunächst den Punkt Investitionsmittel aufgreifen. Auch der Kollege Müller hat das ja im Endeffekt kritisiert. Wir sollten uns noch einmal die Fakten betrachten. Der Finanzminister hat gestern dargelegt, dass wir wirklich ein sehr enges Korsett haben aufgrund der verfassungsrechtlichen Vorgaben Schuldenbremse und Stabilitätsrat. In dem Kontext mussten wir einfach in der Vergangenheit die Investitionsmittel dem Niveau unseres Nachbarlandes Rheinland-Pfalz anpassen. Der entscheidende Punkt ist aber, dass wir mit diesem Haushalt die Investitionsmittel um 4 Millionen Euro erhöhen werden. Sie können im Koalitionsvertrag nachlesen, dass wir auf der Zeitachse bis 2022 diese Mittel sukzessive insgesamt um bis zu 10 Millionen Euro erhöhen werden. Das ist ein sehr wichtiger Beitrag, um dafür zu sorgen, dass die Vielfalt unserer Krankenhauslandschaft, mit vielen freien gemeinnützigen Trägern und drei öffentlichen Trägern, auch in Zukunft bestehen bleibt.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ein ganz wichtiger und zentraler Punkt in der Debatte ist der Vergleich mit anderen Bundesländern. Wenn man sich einmal die Zahlen für 2018 ansieht, ergibt sich bei den Pro-Kopf-Ausgaben folgendes Bild. Das Saarland gibt 32,64 Euro aus. Bei den Freunden in Rheinland-Pfalz sind es 30,30 Euro. Aber, liebe Kollegin Schramm, lassen Sie uns auch einmal nach Thüringen schauen, wo ja Ihre Partei maßgeblich in der Regierungsverantwortung steht: Dort betragen die Investitionsmittel pro Kopf sage und schreibe 23,03 Euro. - Betrachtet man diesen Gesamtzusammenhang, muss man sagen, dass diese Landesregierung und die sie tragende Koalition einen wichtigen Beitrag leisten hinsichtlich des Ziels, den unzweifelhaft bestehenden Investitionsstau sukzessive abzubauen. Ich glaube, das muss man einfach einmal so feststellen.

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Zuruf der Abgeordneten Schramm (DIE LINKE).)

Ich komme zum dritten Punkt, der heute kritisch angesprochen wurde, zu den Personaluntergrenzen. Das haben Sie angesprochen, und auch der Kollege Magnus Jung hat dazu schon Stellung bezogen. Fakt ist doch, dass diesbezüglich das Prinzip „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“ gelten muss. Es liegt nun einmal ein aktuelles Gutachten vor, das klipp und klar besagt, dass Anhaltszahlen, die wir festlegen, evidenzbasiert und insbesondere rechtssicher sein müssen. Das ist ein ganz zentraler Punkt. Deswegen müssen wir die Vorgaben des Gemeinsamen Bundesausschusses auf der Bundesebene abwarten. Deswegen müssen wir abwarten, was die Deutsche Krankenhausgesellschaft und der GKV-Spitzenverband dazu vereinbaren. Danach wird, wie

(Abg. Schäfer (CDU))

von der Landesregierung schon gesagt, 2019 eine Expertengruppe eingerichtet, die die Bundesvorgaben auf die Landesebene herunterbrechen wird. Wir werden im Rahmen des Krankenhausgesetzes - dazu werden wir im Januar noch umfassende Anhörungen durchführen - das Ministerium in die Lage versetzen, mittels Rechtsverordnung das alles schnell umzusetzen. Ich denke, wir sind diesbezüglich wirklich auf einem guten Weg, aber es ist nun einmal, meine Damen und Herren, der Grundsatz „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“ zu beachten.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch auf einen meines Erachtens zentralen Punkt zu sprechen kommen, der mir persönlich sehr wichtig ist: Sie alle kennen das aktuelle Gutachten zur Nordsaarland-Klinik. Betrachtet man sich die Ausführungen des Gutachters, bleibt festzuhalten, dass nach seinen Äußerungen beim Status quo kein Bedarf für die Nordsaarland-Klinik in Wadern besteht. Unter den Bedingungen des Status quo, so ist das darin ausgeführt.

Der Gutachter sagt aber auch, dass ein entsprechender Bedarf hergeleitet werden könnte, wenn man das gesamte nördliche Saarland in den Blick nimmt, also Losheim, Merzig, St. Wendel und Lebach. Das geht allerdings nur unter gewissen Voraussetzungen: Würde diese große Klinik mit 300 Betten, die geschätzt mehr als 82 Millionen Euro kosten würde, in Wadern errichtet, hätte dies zur Folge, dass das Krankenhaus in Losheim und das Krankenhaus in Lebach schließen müssten und die Krankenhausstandorte St. Wendel und Merzig geschwächt würden. Das steht, meine Damen und Herren, in diesem Gutachten. Der Gutachter würde sich übrigens eher für Lebach aussprechen, weil er dort etwas bessere Rahmenbedingungen sieht. Dort besteht bereits eine bauliche Infrastruktur, die Lage in der Region ist besser. Allerdings hätte auch ein Standort Lebach Konsequenzen für andere Standorte. Im Ergebnis müsste Wadern geschlossen bleiben, zudem müsste Losheim schließen und Merzig und St. Wendel würden geschwächt. Es gäbe auch noch weitere Voraussetzungen, zum Beispiel, dass die drei beteiligten Träger CTT, Marienhausgesellschaft und SHG das in gemeinsamer Trägerschaft umsetzen müssen.

Es gibt insgesamt in meinen Augen sehr viele Unwägbarkeiten, deswegen bedaure ich sehr, dass nun eine Diskussion in dieser Form im Raum steht. Wir konnten gerade in Wadern verfolgen, dass solche Debatten immer sehr emotional geprägt sind. Die Menschen in Wadern waren nach der Schließungsentscheidung sehr verunsichert. Diese Entscheidung war, das muss man noch einmal klar sagen, keine Entscheidung der Landesregierung oder dieses Parlaments, sondern die alleinige Entscheidung

des Trägers. Die Entscheidung ist natürlich zu bedauern, aber sie ist nun einmal so. Die Waderner Bevölkerung war im Ergebnis sehr verunsichert, und das war sehr schlimm.

Wir sollten bei der künftigen Diskussion klar bedenken, dass wir Verantwortung für das gesamte Land haben, insbesondere auch für das gesamte nördliche Saarland. Angesichts des Geschilderten wäre es mir persönlich ein großes Anliegen, dass der Status quo eher erhalten bliebe. Denn hören die Leute nun, dass andere Krankenhausstandorte geschlossen werden müssten, könnte das zu extremen Verwerfungen führen. Das kann ich persönlich keinesfalls unterstützen.

Ich denke, mit dem vorliegenden Haushalt wird klar zum Ausdruck gebracht, dass im Bereich Krankenhaus Schwerpunkte gesetzt werden sollen, dass wir diesbezüglich gut aufgestellt sind. Ich hoffe deshalb auf Ihre Zustimmung zum Einzelplan 05 und später natürlich auch zum gesamten Haushalt. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Meiser:

Das Wort hat für die Landesregierung Frau Ministerin Monika Bachmann.

Ministerin Bachmann:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf zwei Punkte möchte ich gleich zu Beginn eingehen, auf zwei Punkte, die wohl jeden interessieren und die auch stark diskutiert wurden: zum einen der Landesjugendring, zum anderen die Armutsbekämpfung.

Sehr geehrter Herr Vogel, liebe Männer und Frauen des Landesjugendrings, zunächst einmal ein herzliches Dankeschön an Sie von meinem Hause für Ihre gute Arbeit. Wenn ich von „meinem Haus“ spreche, ist auch Staatssekretär Kolling inbegriffen, der ja unmittelbar neben Ihnen sitzt. Wir arbeiten nun seit 2011 zusammen. Ich kann mich an keinen Tag erinnern, an dem ein Projekt abgelehnt worden wäre - in meiner Verantwortung und in der Verantwortung des Staatssekretärs.

Nun haben wir eine Situation, mit der ich zunächst einmal klarkommen muss; es mag auch daran liegen, dass dies nicht meinem Sprachstil entspricht. Vor drei Tagen haben Sie mir eine E-Mail geschickt. Ich lese Ihnen einmal vor, wie oft Sie mich auffordern: Ich fordere 146.000 institutionelle Förderung, ich fordere 156.000 für ein anderes Projekt, ab 2020 fordere ich stete Anpassung, ich fordere dynamische Anpassung, ich fordere detaillierten Plan, ich fordere zeitgemäße Erhöhung, ich fordere die Erarbeitung von..., und weitere fünf Forderungen folgen. - Bis-

(Ministerin Bachmann)

lang wurde doch jede Forderung, die berechtigt war, von unserem Hause mitgetragen.

Ich darf Ihnen sagen, dass wir im Moment knapp 200.000 Euro für zentrale Führungsmittel zur Verfügung gestellt haben. Ich darf Ihnen auch sagen, dass wir weitere 19 Jugendverbände, die ebenfalls gute Arbeit leisten, mit 370.000 Euro unterstützen. Zählen Sie einmal zusammen, wie viel für die Jugendarbeit gemacht wird! Würde sich unser Haushalt anders darstellen, als er sich in der Realität darstellt, hätten wir auch noch mehr für die Jugendarbeit gemacht.

Die Koalitionsfraktionen haben nun einen Antrag auf Förderung in Höhe von 10.000 Euro gestellt, also eine Erhöhung auf 141.000 Euro. Ich sage Ihnen aus Sicht unseres Hauses, dass darin Personal- und Mietkosten eingerechnet sind. Aus unserer Sicht ist das auch ausreichend. Vor dem Hintergrund der halben Million Euro, die sich aus meiner Aufzählung ergibt, streiten wir nun über 5.000 Euro.

Ich komme auf den Anfang zurück und stelle noch einmal fest: Sie sind von unserem Hause noch nie enttäuscht worden. Wir können uns gerne die Zahlen noch einmal genau anschauen. Ich bin der Meinung, dass das, was von den Fraktionen nun dankenswerterweise durch den Änderungsantrag draufgesetzt wurde, ausreichen müsste. Sollte das nicht der Fall sein, werden wir ein Gespräch führen.

Ich komme nun, liebe Astrid Schramm, auf die Armutsbekämpfung zu sprechen. Sie haben gesagt, diese stünde nicht auf der Agenda der Landesregierung. Liebe Astrid Schramm, das ist sogar ein prioritäres Ziel der Landesregierung! Vielleicht ist Ihnen ja entgangen, dass wir seit geraumer Zeit gemeinsam mit Hessen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen daran arbeiten, bundesweit weitere Maßnahmen und Impulse zur Bekämpfung der Kinder- und Familienarmut anzustoßen. Das ist aber noch nicht alles. Ihnen ist wohl auch entgangen - das kann ja vorkommen -, dass diese Landesregierung und übrigens auch schon unsere Vorgänger seit 2003 und bis jetzt eine Anschubfinanzierung an die Landeshauptstadt Saarbrücken leisten, und zwar insbesondere für die Stadtteile Malstatt, Alt-Saarbrücken und Burbach, um dort niedrigschwellige Angebote zur Bekämpfung der Auswirkungen von Kinderarmut zu machen. Diese Landesregierung hat sich auch in ihrem Koalitionsvertrag verpflichtet, auf der Basis einer aktuellen Übersicht über alle Armutsprojekte auf Landes-, Kreis- und Gemeindeebene im Saarland und unter Beteiligung der Mitglieder des Beirates zur Erstellung der Sozialstudie einen wirksamen und finanziell abgesicherten Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut im Saarland zu entwickeln, in diesem Aktionsplan konkrete Verantwortlichkeiten zu nennen und einen Zeitplan und Zielvereinbarungen festzusetzen.

Aus diesem Grund ist die Armuts- und Reichtumsberichterstattung sowie die Evaluation des Aktionsplans fortzuschreiben und vieles andere mehr. Wenn Ihnen das nicht ausreicht, kann ich Ihnen auch gerne Schritt für Schritt die Daten nennen, wann es losgeht.

Das ist aus folgendem Grund so wichtig. Ich bin der Meinung, wir leben in einer Wohlstandsgesellschaft.

(Zuruf von der LINKEN.)

Immer schön zuhören, Herr Lander, bevor Sie schreien. - Aber es gibt leider auch Menschen, die unter schwierigen Bedingungen leben und die sich aus vielen Gründen Sorgen um ihre eigene Zukunft und die ihrer Familie machen. Da ist es besonders wichtig, gegen Armut und Benachteiligung vorzugehen, um stets den Zusammenhalt insgesamt im Blick zu haben. In einem Saarland für alle, das sage ich in aller Deutlichkeit, wird niemand ausgegrenzt und zurückgelassen, egal, ob er behindert ist oder gesund, krank oder gesund, alt oder jung, Mann oder Frau oder ob er einen Migrationshintergrund hat. Das sage ich ganz bewusst zur rechten Seite des Plenums.

Gerade deshalb ist es so wichtig, dass trotz der Ihnen hinlänglich bekannten Haushaltslage im nächsten Jahr insgesamt über 396 Millionen Euro für das Ressort Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie bereitgestellt werden können. Dies entspricht einer Steigerung von 8,1 Prozent oder 29,8 Millionen Euro. Darüber hinaus haben sich die Koalitionsfraktionen - und dafür bedanke ich mich ausdrücklich - in ihrem Abänderungsantrag darauf verständigt, unserem Ressort weitere 340.000 Euro zur Verfügung zu stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Inklusion, Wertschätzung und Teilhabe geschehen nicht von selbst. Sie sind in einem kontinuierlichen Prozess von uns allen gemeinsam weiter zu gestalten, weg von der Fürsorge hin zur Teilhabe, dazu, das Leben selbst zu gestalten und eben nicht durch andere gestalten zu lassen. Dieser überfällige Paradigmenwechsel wird insbesondere durch die weitere Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, das ist ein Riesenpaket, das in unserem Haus bearbeitet werden muss, geprägt. Wir haben eine lange und intensive Diskussion über die Vorbereitung des Bundesteilhabegesetzes gehabt, durch das die Eingliederungshilfe aus dem Fürsorgesystem der Sozialhilfe herausfällt. Es steht nun vor der konkreten Umsetzung. Das Land bleibt hierbei unverändert für die Eingliederungshilfe zuständig, das Landesamt für Soziales bleibt die ausführende Behörde.

Nach wie vor stellt dieses Landesamt als soziales Dienstleistungszentrum unseres Landes das größte Einzelbudget dar. Im Jahr 2018 wird dieser Etat um

(Ministerin Bachmann)

18,3 Millionen Euro auf 309 Millionen Euro anwachsen. Aufgrund steigender Fallzahlen und Fallkosten werden Ausgaben für Zwecke der Sozialhilfe in Höhe von über 279 Millionen Euro erwartet, das entspricht Mehrausgaben von 16,8 Millionen Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in den nächsten fünf Jahren werden wir das Landesamt für Soziales zudem zum digitalen Landesamt machen. Das ist eines der Masterprojekte im Rahmen der Digitalisierungsstrategie der Landesregierung. Wir haben in anderen Einzelplänen schon detailliert darüber gesprochen.

Seit Jahren steigt bundesweit, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die Zahl der leistungsberechtigten Menschen in der Eingliederungshilfe. Diese Entwicklung gilt auch im Saarland. Fortschritte in der Medizin und die Verbesserung der sozialen Situation von Menschen mit Behinderungen - Hermann Scharf hat es heute Morgen angesprochen - sind erfreuliche Gründe dafür, dass Menschen mit Behinderungen mittlerweile ein Lebensalter erreichen, das weitgehend dem gesunder Menschen entspricht. Zudem führt der medizinische Fortschritt dazu, dass glücklicherweise heute Kinder mit Behinderungen überleben, die früher verstorben sind. Dies erklärt zum Teil den Anstieg der Fallzahlen in der Eingliederungshilfe in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten.

Die von der Landesregierung unterstützte Forderung nach dem Recht auf Teilhabe und Selbstbestimmung hat aber auch zu inhaltlichen Veränderungen der Leistungen geführt. Der noch in den vergangenen Jahren herrschende Vorrang der stationären Fürsorge wird heute ersetzt durch gezielte Unterstützungs- und Förderleistungen. Die Landesregierung möchte in Zukunft nicht zuletzt auf Wunsch der Behindertenselbsthilfe ihr Augenmerk noch stärker in die Weiterentwicklung ambulanter Leistungen legen. Durch die Entwicklung neuer Modellprojekte zur Stärkung der ambulanten Versorgung werden wir versuchen, stationäre Maßnahmen zu vermeiden oder hinauszuschieben.

Im Rahmen der aufgrund des Bundesteilhabegesetzes notwendigen Erarbeitung eines neuen Landesrahmenvertrags werden wir dann zusammen mit der Liga der freien Wohlfahrtsverbände, dem Landkreistag und den Interessenvertretungen die bestehenden Angebote prüfen und gegebenenfalls überarbeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mehr als jeder vierte Mensch im Saarland ist durch eine Behinderung beeinträchtigt. Die überwiegende Mehrheit dieser Menschen mit Handicap, rund 85 Prozent, wird erst durch eine Krankheit behindert. Es muss Barrierefreiheit in unterschiedlichen Bereichen ermöglicht werden und damit der Zugang zur sozialen Teilhabe.

Nach Verabschiedung des Bundes-Behinderten-gleichstellungsgesetzes im vergangenen Jahr, wir haben es auch hier diskutiert, steht nun die Überarbeitung des saarländischen Behindertengleichstellungsgesetzes bei uns auf der Agenda. In Kürze werde ich die externe Anhörung einleiten und den intensiven Dialog mit dem Landesbehindertenbeirat und der in diesem Bereich Tätigen weiter vertiefen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zu dem Thema: Wo und wie kann ich wohnen? Das entscheidet auch bei Menschen mit Handicap über ihre Lebensqualität. Bereits in der Vergangenheit haben wir hier bei uns im Saarland ganz konsequent ein vielfältiges Angebot von selbstbestimmtem Wohnen mit ambulanter Unterstützung bis hin zu stationären Wohngruppen für Menschen mit geistiger und körperlicher Behinderung ausgebaut. Und dennoch war es wichtig, wissenschaftlich fundiert klare Daten über die zukünftige Entwicklung der Platzzahlen sowie die strukturelle Weiterentwicklung der Angebote zum Wohnen und zur Tagesstrukturierung für Menschen mit geistiger und körperlicher Behinderung bis zum Jahr 2025 zu erhalten, um den Bedarf daran ausrichten zu können.

Für den Ausbau des stationären Wohnens für erwachsene Menschen mit einer Behinderung sind insgesamt 5 Millionen Euro sowie für ambulant betreutes Wohnen für erwachsene Menschen 4,5 Millionen Euro mehr als 2017 vorgesehen. Auch wenn sie aus Mitteln des sozialen Wohnungsbaus finanziert werden, sollte erwähnt werden, dass mit der gemeinsamen Förderrichtlinie meines Hauses mit dem Ministerium für Inneres, Bauen und Sport, lieber Klaus Bouillon, und vorher dem Finanzministerium, Herr Toscani, bis Ende 2019 für behinderte oder pflegebedürftige Menschen und Senioren ab dem 60. Lebensjahr die Möglichkeit geboten wird, das selbstgenutzte Wohneigentum mit einem Zuschuss barrierefrei oder barriere-reduzierend umzubauen. Und ich kann Ihnen sagen, dieses Programm wird sehr gerne und sehr viel angenommen.

Ich komme dann zur Verbesserung der Lebenssituation von Demenzkranken. Über 20.000 Menschen sind im Saarland an Demenz erkrankt. Das ist für uns ein ganz besonderes Anliegen und eine große Herausforderung. Seit November 2012 fördern wird daher unter Beteiligung der Pflegekassen zur besonderen Unterstützung von demenziell erkrankten Menschen und ihren Angehörigen das Modellprojekt Landesfachstelle Demenz in Trägerschaft des Demenz-Vereins Saarlouis. Liebe Dagmar Heib, dir und Herrn Sauder ein herzliches Dankeschön für die geleistete Arbeit. Ich glaube, wir haben genau das Richtige getan, um uns im gesamten Saarland zu vernetzen, um diese Krankheit aus der Anonymität herauszuholen. In diesen Dingen kommen wir voran. Die Erhöhung von Haushaltsmitteln hier ist selbst-

(Ministerin Bachmann)

verständlich, weil wir dort das Personal brauchen. Insofern ein herzliches Dankeschön allen, die dort mitarbeiten.

In Anbetracht der wahrlich nicht unproblematischen demografischen Entwicklung werden künftig weit mehr Beschäftigte in allen Bereichen der Pflege gebraucht. Das sage ich überall und brauche auch keine neue Rede zu erfinden. Ich habe immer gesagt, wir werden bis 2020 dafür Sorge tragen, dass die Menschen, die in der Pflege arbeiten, entlastet werden, am Bett. Aus dem Grund ist es gut so, dass wir viele gute Schritte machen, Frau Schramm hat es in etwa bestätigt.

Gestern zum Beispiel wurde - mit Herrn Staatssekretär Kolling - am UKS in Homburg der Pflegepool eingerichtet, mit einer Anschubfinanzierung von 300.000 Euro. Dieser Pool soll auch Modell für alle anderen Krankenhäuser sein, damit wir uns ansehen, wie es letztendlich aufgebaut werden kann und wo wir bei der Pflege etwas bewirken können. Die Menschen, die am Bett arbeiten, wollen nämlich keine Sonntagsreden, sie wollen Ergebnisse. Deshalb: Nicht nur meckern, mitarbeiten! Helfen Sie der zuständigen Ministerin, deren Staatssekretär und dem Gesundheits- und Sozialministerium, den Blick nach vorne zu richten, zu werben, anstatt vorne Reden zu halten, die den einen oder anderen, der sich gerne geschätzt gefühlt hätte, auch noch entmutigt. Dazu fordere ich Sie auf.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

In Anbetracht der Tatsache, dass meine Redezeit zu Ende geht, würde ich gerne noch die Hospiz- und Palliativversorgung ansprechen, ein wesentlicher Teil der Gesundheits- und Sozialpolitik. Ich bin eben darauf eingegangen und habe in aller Deutlichkeit gesagt, dass wir derzeit 48 Hospizplätze haben, dass wir in der Fläche eine sehr gute ambulante Hospizversorgung haben. Aus diesem Grund bin ich sehr erfreut, dass wir den Menschen, die sterbenskrank sind, und ihren Angehörigen wirklich das öffentliche Interesse geben. Wir müssen ihnen helfen, wohnortnah versorgt werden zu können, sodass die Menschen auch ihre Liebsten besuchen können. Deshalb freue ich mich, dass im kommenden Jahr die Haushaltsmittel in diesem Bereich wesentlich erhöht werden. So wird es auch möglich sein, ein generationsübergreifendes Hospiz auf dem Gelände des UKS in Homburg zu fördern. Auch das sind Modelle, die ich heute Morgen gerne von der Opposition gehört hätte. Meine Redezeit reicht nicht aus, alles anzusprechen.

Ein weiterer Punkt sind die Pflegestützpunkte. Wir werden weiterhin die Pflegestützpunkte fördern und vorantreiben. Unser Ziel ist die verstärkte Inanspruchnahme der Pflegestützpunkte. Zu dieser Wei-

terentwicklung wurde der Haushaltsansatz um fast 20 Prozent auf 981.000 Euro erhöht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit der Kampagne „Familie, Pflege und Beruf“ sollen auf allen gesellschaftlichen Ebenen, insbesondere aber für die weitere erforderliche Verbesserung, neben der Beteiligung der Unternehmensverbände und der Kammern insbesondere Betriebe des Pflege- und Gesundheitsbereichs angesprochen werden. Hierfür können wir für das kommende Jahr Mittel in Höhe von 50.000 Euro veranschlagen.

Das Programm Frühe Hilfen wurde angesprochen, ich rede sehr gerne darüber. Es wurde aus dem Saarland bundesweit in alle Bundesländer hineingetragen. Vor zehn Jahren hat das Saarland mit dem Landesprogramm „Frühe Hilfen - Keiner fällt durchs Netz“ unter den Ländern eine Vorreiterrolle übernommen. Darauf können wir stolz sein, hier ist einmal mehr Großes im Kleinen entstanden. Ich glaube, das kann sich bundesweit sehen lassen, denn die Einrichtung eines auf Dauer angelegten Fonds zur Sicherstellung der Netzwerke Frühe Hilfen in Form einer bürgerlich-rechtlichen Stiftung ist nun verstetigt. Neben einer Zuweisung des Bundes in Höhe von 627.000 Euro, weil der Bund das nach der neuen Verwaltungsvereinbarung mit übernommen hat, werden wir zusätzlich eine Förderung aus Landesmitteln in Höhe von 515.000 Euro verstetigen.

Die Krankenhauslandschaft ist ein weiteres aktuelles und sicher emotionales Thema, über das wir schon viele Male gesprochen haben. Ich kann Ihnen nur sagen, wir haben das Krankenhausgesetz hier vorgelegt, wir haben gleichzeitig den Krankenhausplan vorgestellt. Wir wissen, wo die Reise hingeht und wie wir unsere Krankenhauslandschaft gerne sehen würden. Das heißt konkret, die Landesregierung schließt kein Krankenhaus. Die Landesregierung ist dabei, die Trägerschaft dahingehend zu sensibilisieren, dass man sich trägerübergreifend unterhält. Die Patientinnen und Patienten sollen wissen, wenn es am Kopf, am Bein, am Bauch oder sonst wo wehtut, wo die Zentren sind, wo sie hingehen können. Aus dem Grund ist die Konzentration von Zentren und Fachabteilungen für uns ganz wichtig. Das ist deshalb wichtig, weil nicht die Krankenhäuser, sondern die Patienten an erster Stelle stehen. Jeder Abgeordnete, der heute hier ist, kann morgen selbst betroffen sein.

Ich glaube, dass die Krankenhauslandschaft in unserem Haus wirklich anständig diskutiert wird und Ihnen zu jeder Zeit alles vorgelegt werden kann. Ich will überhaupt nicht auf Schließungen oder Meinungen von Trägern eingehen, das würde viel zu weit greifen, aber ich würde mich freuen, wenn Sie uns bei der Krankenhausk Diskussion begleiten würden. Wenn Sie in die Krankenhäuser gehen, viele von Ihnen machen das ja, dann sehen Sie, dass die Große

(Ministerin Bachmann)

Koalition mit der Landesregierung eines im Auge hat: Wir wollen weiterhin gar kein Krankenhaus schließen, wir wollen, dass die Krankenhäuser Bestand haben, aber als Schwerpunktzentren. Aus diesem Grund kann ich die Opposition nur bitten, uns auf diesem Weg zu begleiten.

Ich möchte gerne am Schluss noch etwas zum Ehrenamt sagen und an die Menschen in diesem Land erinnern, die ehrenamtlich unterwegs sind. Es sind etwa 400.000 Menschen tätig in allen Bereichen, die wir kennen, Sport-, Kultur-, oder Sozialbereich. Kaum ein Bundesland hat so viele Menschen wie das Saarland - Rheinland-Pfalz ist fast so gut wie wir -, die sich ehrenamtlich engagieren. Dafür will ich an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön sagen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich will insbesondere einen Punkt herausgreifen. Klaus Bouillon und ich haben festgestellt, als es in diesem Land zu einer Situation kam, in der wir die Ehrenamtlichen dringend gebraucht haben, nämlich im Jahr 2015, haben wir keinen rufen müssen, die Ehrenamtlichen waren da. Sie waren nämlich da in der Flüchtlingshilfe und um Initiativen zu realisieren. Sie waren einfach da, nicht um die Leute zu bejammern, sondern um ihnen zu helfen, auf die Beine zu kommen. Das war großartig. Aus dem Grund freue ich mich natürlich sehr, dass die Landesregierung auch im kommenden Jahr die Mittel für das ehrenamtliche Engagement hat und dass die Große Koalition so großzügig war, diesen Titel noch aufzustoßen. Herzlichen Dank, Herr parlamentarischer Geschäftsführer. Ich hätte gerne noch etwas gesagt, aber meine Redezeit ist um. - Ich danke Ihnen allen, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Meiser:

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Der Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen hat zu Einzelplan 05 einen Abänderungsantrag eingebracht, der uns als Drucksache 16/173 vorliegt. Wir kommen zur Abstimmung über diesen Abänderungsantrag. Wer für die Annahme des Abänderungsantrags Drucksache 16/173 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Abänderungsantrag Drucksache 16/173 mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Fraktionen von CDU, SPD und DIE LINKE, dagegen gestimmt hat die AfD-Fraktion.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 17 Kapitel 17 05. Wer für die Annahme von Einzelplan 17 Kapitel 17 05 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der

Stimme? - Ich stelle fest, dass Einzelplan 17 Kapitel 17 05 mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Fraktionen von CDU und SPD, dagegen gestimmt haben die DIE LINKE-Landtagsfraktion und die AfD-Landtagsfraktion.

Es ist über Kapitel 05 01 Einzelabstimmung beantragt. Wer für die Annahme des Kapitels 05 01 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass Kapitel 05 01 mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Fraktionen von CDU und SPD, dagegen gestimmt haben die Fraktionen DIE LINKE und AfD.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 05 im Übrigen. Wer für die Annahme des Einzelplans 05 unter Berücksichtigung des angenommenen Abänderungsantrags ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass der Einzelplan 05 unter Berücksichtigung des angenommenen Abänderungsantrags mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Fraktionen von CDU und SPD, dagegen gestimmt haben die Fraktionen DIE LINKE und AfD.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir treten nun in die Mittagspause ein bis um 13.25 Uhr.

(Die Sitzung wird von 12.24 Uhr bis 13.27 Uhr unterbrochen.)

Vizepräsidentin Ries:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort und kommen zur Übersicht 6, Einzelplan 06 - Ministerium für Bildung und Kultur -, Einzelplan 17 Kapitel 17 06 und Einzelplan 20 Kapitel 20 06, 20 12 und 20 27.

Übersicht 6 - Ministerium für Bildung und Kultur (Abänderungsantrag: Drucksache 16/174)

Auch hier wurde die Berichterstattung zu Protokoll gegeben (siehe Anlage 9). Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat die Abgeordnete Barbara Spaniol von der Fraktion DIE LINKE.

Abg. Spaniol (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es um den Einzelplan 06 - Bildung - geht, hat die Debatte um den Anteil der Bildungsausgaben am Gesamthaushalt eine lange Tradition. Wir kennen das beide, Herr Minister. Sind Versorgungsbezüge mit eingerechnet oder nicht, ist die Wissenschaft, die auch zu Bildung gehört - völlig klar -, mit eingerechnet?

Herr Minister, Sie sprachen im Haushaltsausschuss von 34,62 Prozent zusammen mit der Wissenschaft,

(Abg. Spaniol (DIE LINKE))

real liegt der Anteil wohl irgendwo bei 24 Prozent. Ich weiß es nicht genau, aber ich glaube, man kann sagen - das ist wichtig -, die Bildungsausgaben steigen allgemein stärker als der Gesamthaushalt. Das begrüßen wir. Das muss man an der Stelle auch einmal lobend erwähnen.

(Beifall von der LINKEN.)

Wichtig wäre aus unserer Sicht, um dieses Dilemma insgesamt, diese Diskussionen um den Anteil der Bildungsausgaben zu entschärfen, künftig transparente Indikatoren für die Bildungsausgaben zu schaffen. Das müsste in unserem überschaubaren Land eigentlich möglich sein. Dann sind manche Scharmützel über die Zahlen einfach überflüssig. Das nur als Anregung an dieser Stelle.

Meine Damen und Herren, wir erkennen also durchaus an, dass im Bereich der Bildung Verbesserungen auf den Weg gebracht worden sind, mehr Lehrerstellen beispielsweise. Wir sind froh, dass der Stellenabbau in diesem sensiblen Bereich weitgehend gestoppt ist. Den Ausbau der Ganztagsbetreuung nenne ich auch noch. Da ist einiges schon sehr ordentlich, anderes - einiges - liegt aber im Argen.

Es herrscht nach wie vor Lehrermangel. Man kann nicht davon ablenken, dass viele Schulen und ihre Lehrerinnen und Lehrer nach wie vor sehr stark belastet sind. Es herrscht dringender Handlungsbedarf mit Blick auf bessere Arbeits- und Rahmenbedingungen. Das hören wir von allen Lehrerververtretungen. Die Absenkung der Eingangsbesoldung, das ewige Thema, es zieht sich auch hier wieder durch die Diskussion. Sie muss für alle Schulbereiche zurückgenommen werden. Das ist längst überfällig, um wieder Anreize für junge Lehrkräfte im Land zu schaffen. Auch das ist eine Frage, die wir ständig diskutieren.

In der Grundschule - damit beginne ich einmal, wenn ich auf unsere Schulen schaue - arbeiten über 100 schulformfremde Lehrkräfte, mussten wir hören, zum Teil nur mit erstem Staatsexamen. Es gelingt offenbar nicht mehr, alle frei werdenden Planstellen mit Lehrerinnen und Lehrern zu besetzen, die für die jeweilige Schulform ausgebildet sind. Das ist mit Sicherheit kein guter Zustand. Die Misere an unseren Grundschulen ist lange bekannt, meine Damen und Herren. Sie muss endlich beendet werden. Es ist schon vieles gemacht worden, auf den Weg gebracht worden. Ich will das immer wieder würdigen. Aber - das kommt nicht von uns, das sagen uns wirklich alle Verbände - die Schulen brauchen verlässliche Leitungsstrukturen. Die Verwaltungskräfte an den Schulen sind immer noch nicht zur Entlastung so eingesetzt, wie es sein sollte. Ich weiß, es sind andere Träger. Da gibt es immer diesen Stress, wer das bezahlt. Das ist völlig klar. Aber es geht immer wieder um Gleichbehandlung in Besoldung und

Unterrichtsverpflichtung wie an den Gemeinschaftsschulen, ein Riesenthema. Es geht auch immer wieder um Wertschätzung. Die fühlen sich eben nicht wirklich wertgeschätzt, haben die Riesenlast zu tragen, fühlen sich oft mit dem Rücken an der Wand. Deswegen wollten wir das hier wieder vorbringen, weil wir endlich Lösungen finden müssen, um wie gesagt die Misere an der wichtigsten Schule, an der Grundschule, beenden zu können.

(Beifall von der LINKEN.)

Meine Damen und Herren, die Arbeitsgemeinschaft der Schulleiterinnen und Schulleiter der Gemeinschaftsschulen hat sich in einem fast schon dramatischen Appell vor einem Monat, im November, an den Minister, an die Landtagsfraktionen gewandt, um auf die hohen Belastungen an den Gemeinschaftsschulen aufmerksam zu machen.

Eine spürbare Verbesserung der Ressourcen zur Bewältigung dieser Wahnsinnsaufgabe an den Gemeinschaftsschulen gilt als unumgänglich, sagen sie. Wiederum mehr Planstellen statt befristeter Verträge, Reduzierung der Klassenteiler, Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung, einfach mehr Zeit an den Schulen. Wie oft haben wir das schon gefordert? Wie oft haben wir darüber schon diskutiert? Eine ausreichende Lehrerreserve, stabile Besetzungen mit Schoolworkern und Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern. Die Liste der Notwendigkeiten wird eigentlich immer länger. Hier herrscht also dringender Handlungsbedarf.

Dann kam vor ein paar Wochen auch noch ein Brandbrief der Interessengemeinschaft der Hauptschullehrerinnen und Hauptschullehrer. Es gibt die Hauptschule im Land seit 21 Jahren nicht mehr, aber immer noch die Berufsbezeichnung für die Lehrerinnen und Lehrer. Für sie bedeutet das gehaltsmäßig sinnlos eine Schlechterstellung trotz der Zulage von 2008, um die wir gemeinsam gerungen haben. Es haben viele Gespräche stattgefunden. Diese Lehrerinnen und Lehrer sind heute an den Gemeinschaftsschulen eingesetzt und machen dieselbe Arbeit wie die Kolleginnen und Kollegen, haben dieselbe Last zu tragen. Hier muss doch klar gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Alles andere ist diskriminierend.

(Beifall von der LINKEN.)

Wie gesagt, wir kämpfen seit Jahren um eine Gehaltsangleichung. Mit allen ist darüber gesprochen worden. Ich persönlich dachte wirklich schon, das sei erledigt. Die Gesetzeslage der Lehrerbeförderung ist überholt. Hier ist Handlungsbedarf, hier müssen wir nachbessern.

Blicken wir zu den beruflichen Schulen. Da gab es gestern auch eine Stellungnahme vom VLW und vom entsprechenden Verband der Lehrerinnen und

(Abg. Spaniol (DIE LINKE))

Lehrer an den beruflichen Schulen, VLBS. Sie fürchten einen Anstieg des Unterrichtsausfalls. Das ist auch ein ewiges Thema gewesen, immer wieder. Da ist schon vieles besser geworden. Ich glaube, wir waren einmal bei 1.000 Stunden pro Woche. Da hat sich wirklich einiges getan. Das muss man auch lobend erwähnen. Das ist auch richtig so. Aber das sind große Schulzentren. Wie gesagt, sie befürchten einen Anstieg des Unterrichtsausfalls. Sie nennen wieder 900 Stunden pro Woche, wenn die 22 Stellen - was sie befürchten - im Stellenplan künftig wegfallen. Ich habe vorhin noch einmal gekuckt, da sind ja entsprechende kw-Vermerke ausgebracht. An dieser Stelle noch einmal der Appell, doch vielleicht die Notbremse zu ziehen, denn der berufliche Bereich ist wichtig. Die brauchen endlich Augenhöhe zu den allgemeinbildenden Schulen. Dazu gehören auch ordentliche Stellen.

(Beifall von der LINKEN.)

Kolleginnen und Kollegen, die Umsetzung der Inklusion an unseren Schulen ist auch eine große Herausforderung, ein großes Thema. Sie ist geboten. Ich persönlich unterstütze und befürworte sie sehr. Sie ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, weil es um die UN-Behindertenrechtskonvention aus dem Jahre 2009 geht, die schon längst umgesetzt sein müsste. Es gestaltet sich aber alles sehr schwierig. Auch das haben wir in vielen Gesprächen, in vielen Podiumsrunden mit den betroffenen Lehrerinnen und Lehrern und mit den Eltern immer wieder erfahren. Wir haben auch gelernt, das sehr ernst zu nehmen, auch hier herrscht Handlungsbedarf. Viele Anstrengungen sind schon gemacht worden. Aber wie gesagt, es ist sehr schwierig. Zum Nulltarif gibt es eine funktionierende, gelingende inklusive Schule nicht.

Meine Damen und Herren, seit Jahren herrscht Lehrkräftemangel im Förderschulbereich. Auch das ist eine leidige, lang bekannte Tatsache. Seit der Einführung der Inklusion ist der Bedarf hier noch weiter gestiegen. Aber im Haushaltsentwurf der Landesregierung spiegelt sich das alles so nicht wider. Das müssen wir schon kritisch anmerken. Wir kennen auch die Hintergründe. Aber nichtsdestotrotz: Drei zusätzliche Förderschullehrerstellen sind dort ausgewiesen. Die reichen natürlich bei Weitem nicht aus. Hier fehlt schon seit Langem ein Konzept. Deshalb ist es richtig, dass nun ein eigenes Studienseminar für das Lehramt Sonderpädagogik angekündigt ist. Ich denke, das wird umgesetzt, das wird auch kommen. Das ist dringend notwendig.

(Beifall von der LINKEN.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir begrüßen es auch, dass Sie die Schulen in Gebieten mit besonders vielen sozialen Problemen zukünftig stärker unterstützen wollen. Aber wir halten die dafür einge-

stellten Mittel eigentlich für zu knapp bemessen. Nötig wäre hier mindestens eine Verdoppelung. Wir haben die Haushaltsansätze auch in einem entsprechenden Abänderungsantrag dokumentiert, weil man sich deutlich machen muss, wovon wir da reden. Wir reden etwa - ich darf das so nennen - über die Kirchberg-Grundschule in Saarbrücken-Malstatt, eine tolle Schule mit sehr engagierten Lehrerinnen und Lehrern, aber eben auch mit vielen Problemen, die sie bewältigen muss. Laut Jahresbericht des Gesundheitsamtes des Regionalverbandes waren dort letztes Jahr - ich erlaube mir, das so zu nennen - 78,6 Prozent der Erstklässler Kinder mit Migrationshintergrund und Bedarf an Sprachunterricht. In der Grundschule Völklingen Bergstraße lag dieser Anteil bei 61,3 Prozent, an der Weyersbergschule in Burbach bei 53,5 Prozent. Ich will diese Zahlen nennen, um die Dimension zu schildern, um die es hier geht. Ich glaube, wir sind uns einig, dass diese Schulen eine ganz besondere Unterstützung brauchen. Dazu gehören mehr Ressourcen als das, was Sie im Haushalt veranschlagt haben.

(Beifall von der LINKEN.)

Schauen wir einmal auf die Kitas. „Kostenlose Kita-Plätze sind das Mindeste, was die Gesellschaft zur Kindererziehung beisteuern sollte.“ - Dies hat der Präsident des ifo Instituts Hans-Werner Sinn eingefordert. Er ist sicher unverdächtig, ein LINKER zu sein.

(Abg. Flackus (DIE LINKE): Wohl wahr!)

Immerhin hat er dies gesagt. Und das ist auch eine unserer zentralen Forderungen und eine Forderung von einigen von uns aus dem Landtagswahlkampf. Die Abschaffung der Kita-Gebühren wird wie so vieles andere, so habe ich es verstanden, auf die Zeit nach 2020 vertagt. Wir warten und hoffen das Beste.

Herr Minister, zu den Ganztagschulen will ich ebenfalls etwas erwähnen. Sie haben im Ausschuss gesagt, man sollte die Gebundenen nicht gegen die Freiwilligen Ganztagschulen ausspielen. Da bin ich ganz bei Ihnen. Das ist auch ein ewiges und leidiges Thema, das es irgendwann einmal zu lösen gilt. In meiner Heimatstadt Homburg und drum herum ist es sehr mühsam, eine Schule als Gebundene Ganztagschule hinzubekommen. Elke, du musst mich da unterstützen, wir haben einiges zu tun. Es wäre sehr sinnvoll, wenn in Homburg ähnlich wie in Saarbrücken, wo es gut klappt, in diese Richtung mehr passieren würde.

Zurück zu den Kindertagesstätten. Bei der Quantität der Kita-Plätze läuft alles gut. Alles ist wunderbar. Aber, meine Damen und Herren, es geht nicht nur um die Quantität, sondern auch um die Qualität. Wir erinnern uns an unser Praktikum im vorletzten Jahr. Es war sehr lehrreich, ein ganztägiges Praktikum in einer Kindertagesstätte zu absolvieren und zu erle-

(Abg. Spaniol (DIE LINKE))

ben, wie groß die Herausforderungen dort sind. Ich kann nur sagen, die Gruppen sind immer noch zu groß. Die Erzieherinnen und Erzieher brauchen bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Bezahlung. Auch die Bezahlung ist eine riesengroße Baustelle, die wir hoffentlich irgendwann einmal auf die Reihe kriegen. Denn je kleiner die Kinder, desto größer ist die Verantwortung. Auch das ist wohl jedem klar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte ein anderes Thema ansprechen. Dazu haben wir im Rahmen unseres Abänderungsantrages zum Einzelplan 06 einen Vorschlag gemacht. Es geht um die Bekämpfung des Einflusses von Lobbyorganisationen auf unsere Schulen und damit auf unsere Kinder. Ich nenne die Organisation LobbyControl. Laut LobbyControl sind 16 der 20 umsatzstärksten deutschen Unternehmen bei der Produktion von Unterrichtsmaterialien beteiligt. Nicht immer ist bei all diesen Dingen ersichtlich, wer dahinter steckt. In Zeiten knapper Kassen und starker Belastungen ist es für viele Lehrerinnen und Lehrer natürlich ein ziemlich interessantes, weil kostenloses, Angebot, das sie auch annehmen. Wir haben dazu eine parlamentarische Anfrage gestellt. Wir mussten leider feststellen, dass das Bildungsministerium nicht wirklich den Überblick hat, welche Materialien dieser Art an unseren Schulen eigentlich im Einsatz sind.

LobbyControl warnt zum Beispiel, um es einmal zu veranschaulichen, dass in Heften die private Altersvorsorge ganz einseitig und als alternativlos dargestellt wird. Wenn im Unterricht das Thema Geld mit solchen Materialien, hinter denen etwa private Finanzdienstleister stecken, behandelt wird, dann wird den Schülerinnen und Schülern nahegelegt, ihr Geld in Aktien anzulegen. Das können sie sich gerne für später, irgendwann im Erwachsenenalter aufheben. Sie merken aber, wenn man den Kampf um Köpfe und Konsumverhalten so führen will, dann ist das sehr fragwürdig. Für uns ist das nicht hinnehmbar.

(Beifall von der LINKEN.)

Deshalb wollen wir eine Monitoring-Stelle für Unterrichtsmaterialien. Das gibt es in dieser Art und Weise auch in anderen Bundesländern. Das ist auch eine Forderung der GEW. Diese Stelle soll am Ministerium angedockt sein und dazu dienen, dass Lehrerinnen und Lehrer sich über kostenfreie Materialien informieren können und somit offensichtliche Lobbyarbeit und offensichtliche Werbung an den Schulen verhindert werden kann. Das kostet kein großes Geld. Es geht um eine Stelle. Es wäre ein wichtiges Zeichen und eine gute Idee, die wir wie gesagt in einen Abänderungsantrag gegossen haben. Ich erspare mir nun die Aufforderung, dem zuzustimmen. Ihre Ablehnungsreflexe sind leider allzu bekannt. - Trotzdem bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. - Das Wort hat nun der Abgeordnete Jürgen Renner von der SPD-Landtagsfraktion.

Abg. Renner (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Besucherinnen, liebe Besucher! Ich ziehe einmal einen Strich unter den Beitrag der Abgeordneten Barbara Spaniol. In Vielem geht es nicht weit genug, aber im Wesentlichen sind wir uns in den Tendenzen der Bildungspolitik einig. Wir können wohl alle unterstreichen, dass die Bildungspolitik in diesem Land auf einem guten Weg ist, auch wenn es manchmal an der einen oder anderen Stelle noch hakt.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wenn wir über Bildungspolitik und Bildung in diesem Land reden, dann müssen wir uns zunächst einmal zwei Dinge vergegenwärtigen. Zum einen braucht gute Bildungspolitik eine Vereinbarung aller am Bildungswesen beteiligten Akteure, dass Kinder und Jugendliche nicht Objekt von Bildung, von Interessengruppen, Lehrerverbänden und so weiter sind, sondern dass Kinder Subjekt ihres eigenen Handelns sind. Das bedeutet, Erziehung und Bildung haben den Auftrag, Kinder und Jugendliche zu befähigen, ihre eigenen Potenziale zu entdecken, zu entwickeln, zu schärfen und auszuschöpfen und ihren Platz in der Gesellschaft zu finden und auszugestalten und sich zu starken Persönlichkeiten zu entwickeln, die sich verantwortungsbewusst verhalten und verantwortungsbereit handeln.

Wenn wir über Bildungspolitik und Bildung reden, dann ist der zweite Aspekt, dass Bildung Nachhaltigkeit und Kontinuität braucht. Die Kunst in der Bildungspolitik besteht darin, zur richtigen Zeit die richtigen Entwicklungsimpulse zu setzen. Der große Fehler in der Bildungspolitik bestünde darin, zu schnell, zu viel und in zu kurzer Zeit zu wollen. Deshalb braucht es mitunter lange Entwicklungszeiträume, Frau Spaniol, auf dem Weg hin zu einer guten Bildungspolitik. Man muss sich aber schon auf diesen Weg machen. Deshalb bin ich ganz froh, dass wir auch in der zweiten Großen Koalition mit Bildungsminister Commerçon diesen Weg der Kontinuität beschreiten. Ich erinnere mich daran, dass Minister Commerçon 2012 der vierte Minister in fünf Jahren war. Ich glaube, es tut sowohl dem Ministerium für Bildung und Kultur wie auch der Bildungspolitik insgesamt gut, dass wir die Kontinuität auf dem Weg zu einer guten Bildungspolitik bewahren.

Auf diesem Weg kommen manche Veränderungen auch auf leisen Sohlen daher. Ich erwähne die individuelle Förderung, die zum Kernbestandteil der

(Abg. Renner (SPD))

Grundschule gehört, die ja eine Grundschule für alle ist. Die Grundschule ist sozusagen konstitutiv für die Gemeinschaftsschulen. In den Gymnasien haben wir mit der individuellen Lernbegleitung und mit der Werkstatt-Schule zwei Projekte, die bundesweit einmalig sind und die mit der Deutschen Schulakademie durchgeführt werden. Mit all diesen Maßnahmen und Projekten legen wir den Grundstein für eine neue Schul- und Lernkultur. Ich glaube, dies ist ein unumkehrbarer Prozess, der zu einer deutlichen Qualitätssteigerung und zu verbesserten Lernergebnissen führen wird. Auf diese Weise sichern wir auf Dauer Nachhaltigkeit von Bildung, erhöhen die Chancen und die Bildungsgerechtigkeit.

Das erfordert natürlich die entsprechenden Ressourcen. Frau Spaniol hat es angesprochen. Diese Ressourcen sind natürlich Geld, Personal und Zeit. Der Bildungsetat knackt in diesem Jahr zum ersten Mal die Milliarden-Marke, es sind 1,009 Milliarden. Das ist eine Steigerung um 3 Prozent, während der Gesamtetat nur um rund 1,5 Prozent steigt. Wir haben in unserem Koalitionsvertrag festgehalten, dass der Anteil der Bildungsausgaben am Gesamtetat prozentual stärker steigen wird. Das haben wir schon in der ersten Legislaturperiode im Koalitionsvertrag gehabt. Das haben wir jetzt auch in der zweiten Legislaturperiode im Koalitionsvertrag. Das heißt, wir halten auch in der neuen Legislaturperiode bei diesem Thema Wort.

Wenn ich sage, wir brauchen mehr Personal, dann lohnt sich ein Rückblick auf die Ausgangssituation der letzten Legislaturperiode. 588 Stellen sollen abgebaut werden, weil PwC in einer Prognose gesagt hat, die Schülerzahl sinkt bis 2021 auf ein gewisses Niveau. Damit werden Lehrerstellen quasi überflüssig oder können eingespart werden. Diese demografische Entwicklung ist so nicht eingetreten. Der Umstand zeigt, dass wir über so lange Zeiträume gar nicht planen können. Deswegen ist es gut, dass wir den Abbaupfad in der Anzahl der Stellen um 200 deutlich reduzieren und ihn zusätzlich strecken. Das gibt uns in dieser Situation, in der die Schulen mit Belastungen zu kämpfen haben, etwas Luft. Frau Spaniol hat das zu Recht angesprochen.

Aus meiner Sicht ist allerdings noch wichtiger, dass wir das System der bedarfsgerechten Personalmittlung beibehalten, sodass wir auch kurzzeitig nachsteuern können, je nachdem, wie die Entwicklung ist. Wir wissen, in den letzten Jahren hatten wir mehr Geburten zu verzeichnen, auch in unserem Bundesland. Gott sei Dank, das ist eine gute Entwicklung. Außerdem haben wir Zuzug in unserem Land. Darauf müssen wir reagieren. Im Übrigen bin ich froh, dass wir relativ rasch bei der Zuzugswelle reagiert haben. Ich wage mir nicht auszudenken, wenn wir an dieser Stelle noch großartig hätten kämpfen müssen. Was würde Frau Spaniol heute

über die Zustände an unseren Schulen sagen? Ich glaube, es war richtig so. Es ist auch richtig so, das in Zukunft beizubehalten.

Die Situation an Grundschulen und Gemeinschaftsschulen ist angesprochen worden. Es gilt hier festzuhalten, dass in der letzten Legislaturperiode das größte Entlastungspaket seit 15 Jahren in Angriff genommen wurde. Es gab eine Absenkung von Klassenteilern und die Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation. Wer sich die Statistiken anschaut, wird sehen, dass wir bundesweit bei der Schüler-Lehrer-Relation trotz Haushaltsnotlage an der Spitze liegen. Wir haben 260 sogenannte Vollzeitäquivalente an Förderlehrkräften in den Regelschulen. Die mobile Lehrerreserve wurde aufgestockt. Die Unterrichtsverpflichtung an Grundschulen wurde reduziert. Die Einrichtung von Konrektorenstellen hat stattgefunden. Zusätzliche Lehrerwochenstunden sind in belastete Schulstandorte gegeben worden.

Wenn ich vorhin das Stichwort lange Entwicklungslinien und Kontinuität angeführt habe, dann ist es gut, dass im Rahmen des Projektes „Zukunftssichere Landesverwaltung“ die Absenkung der Eingangsbesoldung beziehungsweise ihre Abschaffung ab 2020 in Angriff genommen wird. Auch das trägt zur Wertschätzung der Arbeit unserer Lehrkräfte und zu einem besseren Arbeitsklima an unseren Schulen bei.

Frau Spaniol, was das Thema einheitliche Besoldung angeht, glaube ich, dass wir in der Grundposition sehr einig sind. Ich glaube aber, dass es einem Haushaltsnotlageland nicht gut ansteht, in dieser Entwicklung vorzupreschen. Wir erleben das zurzeit in Berlin, Brandenburg und NRW, wo das Amt A 13 für Grundschullehrer eingeführt werden soll. Der Zug wird nicht aufzuhalten sein, vor allen Dingen dann, wenn wir in der Konkurrenz um Lehrkräfte bestehen wollen. Es wird à la longue kommen.

Diese Debatte zeigt allerdings auch, dass es falsch war, Anfang oder Mitte der 2000er-Jahre die bundeseinheitliche Lehrerbesoldung aufzugeben. Auch hier wird man auf Bundesebene an einen Punkt kommen, an dem man sagt, okay Leute, das hat sich nicht bewährt, wir müssen hier gegensteuern und wieder zu einer bundeseinheitlichen Besoldung von Lehrkräften in den Bundesländern zurückkommen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Beim Punkt Personal möchte ich erwähnen, dass wir auch bei der sozial indizierten Ressourcensteuerung - sprich Lehrerwochenstunden und Personal für besonders belastete Standorte - dazu kommen werden. Wir werden, das haben Sie erwähnt, Mittel für Projekte an sozial belasteten Standorten einstellen. Man kann natürlich sagen, das ist nicht genug. Ich behaupte, wenn wir Ihre Zahl eingestellt hätten, dann hätten Sie das Doppelte gefordert. Aber es ist

(Abg. Renner (SPD))

an dieser Stelle ein Anfang gemacht. Diese Maßnahmen kommen den Schulen in belasteten Situationen zugute. Auch das ist ein Fortschritt in der saarländischen Bildungspolitik.

Geld, Personal, Zeit. Ich glaube, beim Faktor Zeit müssen wir nicht nur die ganze Geschichte mit Lehrerwochenstunden, Personalisierung und so weiter beobachten. Vielmehr müssen wir dabei auch im Blick haben, wie viel Zeit die Kinder und Jugendlichen haben, um zum gewünschten Bildungserfolg zu gelangen. Das war auch Gegenstand der Debatten im Wahlkampf. Kein Wunder. 2001 wurde G8 eingeführt; es ist seither umstritten. Wenn wir also über Schulfrieden reden, dann können wir festhalten, dass G8 nicht gerade zur Stärkung des Schulfriedens beigetragen hat. Die Debatte läuft.

Es läuft auch ein Volksbegehren, das aus meiner Sicht unzureichend ist, denn das Volksbegehren berücksichtigt nicht die Folgewirkungen auf die Gemeinschaftsschule, die wir seit 2012 sehr erfolgreich aufgebaut haben. Das Volksbegehren lässt die Frage außer Acht, wie wir vor allem die Gleichwertigkeit der beiden Säulen Gemeinschaftsschule und Gymnasium auf Dauer sicherstellen können. Es berücksichtigt nicht Fragen des Schulzugangs und der Schullaufbahnpflicht. Es berücksichtigt auch nicht die Auswirkungen auf die Ausgestaltung der inzwischen beschlossenen Struktur der gymnasialen Oberstufe. Es berücksichtigt erst recht nicht Fragen der Unterrichtsqualität und Inhalte.

Bei allem Verständnis für die Initiatoren des Volksbegehrens muss man sagen, ein solch umfangreiches Vorhaben ist eben nicht mit einem Satz als Änderung im Gesetzestext zu bewerkstelligen. Deshalb haben wir die Expertenkommission eingerichtet. Wir werden dort die Argumente austauschen und auf die Kraft der Argumente zählen. Wir müssen die Balance des Gesamtsystems im Blick behalten. Anders geht es nicht. An der Stelle will ich auch ganz klar sagen: Wir können uns keine Art von Schulformegoismus erlauben. Also zu sagen, ich will zurück zu G9, was dann bei der Gemeinschaftsschule passiert, interessiert mich nicht. Frau Spaniol, wir waren zusammen bei der Landeskonzferenz der GEW. Dort wurde gesagt, lasst das sein, sonst geht uns die Gemeinschaftsschule kaputt. Auf der anderen Seite werden die Nöte beim G8 nicht berücksichtigt. Wir müssen also aufpassen, dass wir in dieser Debatte nicht einem Schulformegoismus das Wort reden. Vielmehr müssen wir die Wechselwirkungen bedenken und die Gesamtbilanz des Bildungssystems im Blick behalten.

Ähnlich verhält es sich mit dem Ganztag. Auch hier haben wir große Fortschritte zu verzeichnen. An 28 Standorten wird im Land im gebundenen Ganztag unterrichtet. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler im gebundenen Ganztag hat sich verdrei-

facht. Es müssten derzeit rund 6.000 Schülerinnen und Schüler sein, die im gebundenen Ganztag unterrichtet werden. Auch hier verzeichnen wir zunächst oft Widerstände, wenn eine Gebundene Ganztagschule eingerichtet wird. Wenn sie dann aber läuft, erlebt die Gebundene Ganztagschule einen großen Zulauf. Manchmal fragt man sich im Nachhinein, warum eigentlich die Debatten geführt worden sind.

Da ist viel Verklärung im Spiel - keine Frage. Ich erinnere an den Standort Merchweiler und die Max-von-der-Grün-Schule. Es hängt oft mit handelnden Personen vor Ort zusammen. Lange Zeit wurde sie dort schlechtgeredet; das muss man so sagen. Jetzt hat sich dort etwas geändert. Mittlerweile ist der Ansturm so groß, dass wir in der Nachbarschule - Gemeinschaftsschule Illingen - einen Ganztagszweig zusätzlich einrichten mussten, damit die Merchweiler Schule nicht überlaufen ist.

In Scheidt haben wir dasselbe. Es gab während einer langen Zeit Diskussionen. Die Schule wurde eingerichtet. Es herrscht eine große Nachfrage nach dem Angebot der Gebundenen Ganztagschule, so dass die Schule schon überlegen muss, wie sie im nächsten Schuljahr mit den Anmeldungen zurechtkommt. Wir haben in diesen Tagen in der Saarbrücker Zeitung lesen können, dass in Siersburg ein gebundener Ganztagszweig eingerichtet worden ist. Auch dort gab es große Diskussionen.

(Zuruf von Minister Jost. - Sprechen und Lachen.)

Ich habe schon gedacht, Sie wollten das Ressort wechseln. - Wie kommentiert es die Saarbrücker Zeitung: Wir brauchen mehr Ganztag, wir brauchen mehr solcher Schulen, wir brauchen Wahlfreiheit. Deswegen führen wir das Investitionsprogramm für ganztägige Bildung und Betreuung fort. Es wird weitere neue Standorte geben, damit wir irgendwann einmal wirklich zu einer Wahlfreiheit kommen. Aber auch hier keine Art des Schulformegoismus, wir haben auch 290 Ganztagsstandorte in freiwilliger Form. Es kann uns auch hier nicht egal sein, was dort passiert. Wenn die Erkenntnis wächst, dass hier Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung notwendig sind, dann wollen wir dem gerne nachkommen. Wir werden auch in Modellschulen, Schulversuchen eruiieren, wie wir dort zur Qualitätsverbesserung durch die Bereitstellung von Budgets und Modulen kommen können. Wir wollen das auch auswerten, um dann hinterher die Konsequenzen für die flächendeckende Qualitätsverbesserung an Freiwilligen Ganztagschulen ziehen zu können.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch die beruflichen Schulen erwähnen. Hier gibt es auch Handlungsbedarf, es ist viel passiert, aber die Reform der Übergangssysteme ist bereits angespro-

(Abg. Renner (SPD))

chen worden. Was die Attraktivität der dualen Berufsausbildung angeht, haben wir noch einiges zu tun. Hier sind auch die Kammern in der Pflicht. Gute Arbeit braucht gute Rahmenbedingungen.

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen. Die Kultur kommt immer zu kurz. Gestatten Sie mir, dass ich dennoch kurz darauf eingehe. Vor knapp drei Wochen wurde die Moderne Galerie im Saarlandmuseum neu eröffnet. Der Landtag hat sich lange mit diesem Thema beschäftigt, es gab große Auseinandersetzungen. Weil der Landtag sich so lange damit beschäftigt hat, ist das hier, glaube ich, ein Wort wert. Der Kultusminister hat hier einen Prozess in Gang gesetzt, an dessen Ende die Schönecker-Pavillons mit dem Erweiterungsbau - das museale Areal sozusagen - mit dem Stadtraum und vor allem die Anwohner und Museumsfreunde mit dem Gesamtprojekt versöhnt wurden. Die Besucherzahlen zeigen das und es ist an dieser Stelle angebracht, Ihnen hierfür recht herzlich zu danken. Die Museumspolitik, die Kulturpolitik in diesem Lande wird wieder unter positiven Vorzeichen gesehen. Das ist ein gutes Stück dem Kultusminister und seinem Team zu verdanken. - Herzlichen Dank dafür!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank, Herr Renner. - Das Wort hat nun der Fraktionsvorsitzende der AfD-Landtagsfraktion, Josef Dörr.

Abg. Dörr (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einige von Ihnen werden sicher wissen, dass ich außer in diesem Parlament auch noch in der Regionalversammlung bin, und das schon seit langen Jahren. So langsam stelle ich einen Unterschied fest, vor allem im Umgang der Kolleginnen und Kollegen miteinander. Wir haben im Augenblick in der Regionalversammlung sieben Parteien, unterschiedlicher kann es nicht sein. Wir haben das ganze Spektrum da. Aber alle Abgeordneten dürfen ihre Argumente in der Debatte äußern, es wird ihnen zugehört, sie werden nicht niedergeschrien. Man muss danach nicht unbedingt Applaus spenden oder dem Redner um den Hals fallen, aber es wird respektiert. Dann wird abgestimmt und die Sache ist erledigt. Man geht pfleglich miteinander um. Ich möchte hier feststellen, dass heute Morgen Herr Müller, mein Fraktionskollege, hier gestanden und seine Argumente, die ich teile, vorgetragen hat und dann niedergeschrien worden ist. Ich denke, es ist - -

(Zurufe von den Regierungsfractionen.)

Sagen wir „gerufen“, oder wie auch immer, er musste jedenfalls sehr laut reden, damit er am Mikrofon

noch gehört wurde. Ich denke, dass das nicht in Ordnung ist. In der Demokratie ist es natürlich sehr einfach, wenn ich immer meine eigene Meinung höre, dann kann ich auch immer applaudieren, aber die Demokratie macht es aus, dass man die Meinung des anderen hört. Die AfD ist eine Partei, die in der Bundesrepublik Deutschland inzwischen bei der Bundestagswahl immerhin mehr als 5 Millionen Stimmen errungen hat. Sie wird in der Zukunft auch noch mehr Stimmen erringen. Da ist es vielleicht ganz klug, wenn man sich die Argumente der AfD anhört. Ich bin auch allergisch dagegen, wenn jemand immer so betroffen und so entrüstet ist und sich fremdschämt. Das kenne ich aus anderen Verhältnissen. Ich bin der Meinung, wenn jemand den Hang hat, sich gerne schämen zu wollen, der soll sich doch für sich selber schämen, aber nicht für andere.

(Zurufe von den Regierungsfractionen.)

Jeder schämt sich für sich selber und dann sehen wir klar.

Vizepräsidentin Ries:

Herr Dörr, ich möchte hier kurz eingreifen. Heute Morgen hat jeder seine Argumente liefern dürfen und es wurde niemand unterbrochen. Hier im Haus gilt: Keine Toleranz gegenüber Intoleranz. Das haben wir deutlich gemacht und das machen wir auch jetzt deutlich und ich würde mich freuen, wenn Sie zum Haushalt zurückkehren würden.

Abg. Dörr (AfD):

Ja, aber zuerst rede ich dann doch noch zur Intoleranz. Mir ist nichts aufgefallen, wo Herr Müller heute Morgen zur Intoleranz aufgerufen hätte. - Zur Sache, dem Haushaltsteil Bildung. Es ist hier viel Lobendes über unser System im Saarland gesagt worden. Dem kann ich mich ganz und gar nicht anschließen. Mein Motto, was Bildung betrifft - das ist eine Sache, bei der ich mich auskenne, ich habe Kinder großgezogen und war auch 45 Jahre im Schuldienst -, lautet: Für unsere Kinder ist die beste Schule gerade gut genug. Und davon sind wir im saarländischen Schulwesen nicht nur weit entfernt, davon sind wir meilenweit entfernt. Niemand von uns würde gerne, es sei denn, er ist ein Fan von alten Autos, ein Auto aus dem Beginn des vergangenen Jahrhunderts, von 1910 oder 1920, fahren. Aber unser Schulsystem, das wir im Augenblick noch haben, ist in wesentlichen Teilen noch genauso wie damals. Und da, wo es sich geändert hat, hat es sich verschlechtert.

Ich habe 1985, nach 27 Jahren als Lehrer und Schulleiter, ein kleines Büchlein geschrieben, ich habe es „Schule? Ja bitte!“ genannt, weil damals schon jeder gerne gesagt hätte: „Schule? Nein dan-

(Abg. Dörr (AfD))

ke!“ Das sollte also schon ein Ausrufezeichen dagegen sein. Schule, ja bitte!

Wie habe ich mir diese Schule vorgestellt und wie habe ich sie gelebt, als Lehrer und Schulleiter? Zuerst einmal muss ich mich noch kurz an meine Kollegin Barbara Spaniol wenden, die sehr viele Mängel genannt hat, die ich dann auch genannt hätte. Aber ich möchte noch grundsätzliche Mängel in unserem Schulsystem ansprechen.

Erstens haben wir einen ausgeprägten Schultourismus. Das war nicht immer so. Vor 50 Jahren sind wir ganz ohne Busse ausgekommen, nur wer das Gymnasium besucht hat, musste sich in den Zug setzen und in die Nachbarstadt fahren. Ansonsten sind wir zu Fuß in unsere Schulen gegangen. Wir können also nicht sagen, dass wir uns da verbessert haben. Die Kinder brauchen mehr Zeit, bis sie in der Schule sind und sie werden einer gewissen Gefahr ausgesetzt.

Ein Weiteres ist, dass unser Schulsystem nicht wirtschaftlich und nicht logisch ist. Sprich, wir haben in jeder Schule mindestens zwei systemische Herren. Der eine Herr ist der Bildungsminister, der andere Herr ist der Schulträger, wobei der Schulträger verschieden sein kann. Für Grundschulen ist der Schulträger die Gemeinde, die Stadt. Für weiterführende Schulen, Berufsschulen oder Förderschulen ist es entweder der Landkreis oder der Regionalverband. Es gibt auch Schulen des Landes. Das führt zum Beispiel dazu, dass die Landeshauptstadt Saarbrücken nur für ihre eigenen Grundschulen zuständig ist. Sie ist nicht für andere Schulen zuständig, die auf ihrem Gebiet liegen: Gymnasien, Gemeinschaftsschulen, Berufsschulen, was auch immer. Nein, sie ist nur für die Grundschulen zuständig. Man traut also der Landeshauptstadt Saarbrücken nicht zu, dass sie andere Schulen betreuen kann. Zu meiner Gründerzeit als Lehrer oder Schulleiter war ein heutiger Ortsteil der heutigen Gemeinde Eppelborn noch Schulträger einer Sonderschule, heute Förderschule.

(Abg. Renner (SPD): Früher!)

Das ändert sich also. Es ändert sich vorwärts und rückwärts. Das ist das eine. - Ich schaue auf die Uhr und möchte Sie bitten, Frau Präsidentin, dass Sie das, was ich jetzt noch sage, auf die nächste Runde übertragen und dass Sie Ihren Ordnungsruf noch abziehen.

(Zuruf und Sprechen.)

Vizepräsidentin Ries:

Es ist Ihre Zeit, Sie können damit machen, was Sie wollen.

Abg. Dörr (AfD):

Wunderbar!

(Abg. Pauluhn (SPD): Sie können reden bis heute Abend.)

Herr Pauluhn, Sie haben gestern mich und meine Fraktion angegriffen und uns aufgefordert, wir sollen Argumente bringen - -

(Zuruf.)

Die Argumente habe ich bei Ihnen vermisst. Es ist mir dann aber eingefallen, dass ich irgendwo gelesen habe, dass die Gemeinde Gersheim, aus der Sie kommen und wo Sie Kommunalpolitiker sind, die am höchsten verschuldete Gemeinde im Saarland ist. Sie sind ja auch schon lange genug hier im Parlament. In Ihrer Zeit sind die Schulden von 8 Milliarden auf 14 Milliarden gestiegen. Sie können also nicht sagen, Sie seien Weltmeister, wenn es darum geht, einen ordentlichen Haushalt aufzustellen.

(Zuruf von der SPD: Ganz schwach!)

Ich denke, dass hier Handlungsbedarf besteht. Es wäre besser, die Schulen hätten einen Schulträger, der näher dabei ist. Wenn ich zum Beispiel an den Regionalverband denke, dann gibt es dort Abgeordnete, die wohnen in Kleinblittersdorf und sind verantwortlich für Schulen in Riegelsberg oder Großrosseln. Wenn man in einen solchen Ort zur Besichtigung geht, dann fragt man sich: Wo ist denn das, wo liegt denn die Schule? Es müssen also Leute über Schulen bestimmen, von denen sie naturgemäß nicht die Ahnung haben wie ein Einheimischer, der in dem Ort wohnt. Ich denke, es wäre ein großer Schritt nach vorne, wenn man das sinnvoller machen würde und den Schulträger gebietsmäßig auf die unterste Ebene setzen würde.

Zweitens wäre es noch besser, wenn die Regierung regieren würde und nicht nur versuchen würde zu verwalten, zum Beispiel den Lehrereinsatz. Das ist ein weites Thema. Den Lehrereinsatz könnten aber genauso gut die Gebietsverbände machen, die würden das ebenso gut machen wie das Kultusministerium. Ich würde aus langjähriger Erfahrung sogar behaupten, die würden das besser machen.

(Zuruf: Also doch Gebietsreform! - Sprechen.)

Das zweite etwas größere Gebiet, das ich ansprechen möchte, ist die innere Organisation unserer Schulen. Ich habe eben gesagt, wir kommen dort aus einer Zeit von vor hundert Jahren. Unsere Schulen sind immer noch obrigkeitsstaatlich organisiert. Da wünsche ich mir - dafür habe ich in der Regionalversammlung seinerzeit auch gekämpft und habe einen eigenen Geschäftsbereich zum Thema gehabt, der allerdings mit meinem Ausscheiden auch wieder verschwunden ist - die selbstständige Schule. Wir sind Demokraten und wollen unsere

(Abg. Dörr (AfD))

Kinder zu demokratischen Menschen erziehen. Wie können wir das, wenn wir eine Schule haben, die gegängelt wird und in der ich als Schüler einem Lehrer gegenüberstehe, der nach dem Prinzip „Führung und Gehorsam“ agiert?

Ich wünsche mir also eine Schule, die demokratisch organisiert ist und die auch umfassend ist, die nicht nur Grundschule oder Gemeinschaftsschule ist. Eine Möglichkeit haben wir zum Teil schon verpasst, aber wir können noch aufholen. Wir brauchen eine Schule als Kulturzentrum einer Dorfgemeinschaft, als Bildungsburg, in der sich Menschen aller Altersgruppen und aller Neigungen zum gegenseitigen Lehren und Lernen zusammenfinden. Das wäre vielleicht die Schule der Zukunft, die selbstständige Schule.

Auf diesem Weg kann man ab heute schon voranschreiten, wenn man es nur will. Ich habe es in den Schulen, die ich geleitet habe, immer so gemacht. Es hat auch sehr gut geklappt, die Leistung war entsprechend. Das kann man jederzeit auch nachlesen. Ich will das deshalb an dieser Stelle nicht auswalzen.

Ich möchte nur noch etwas zum Haushalt direkt sagen - -

(Auflachen und Zurufe.)

Das andere war indirekt, das da ist jetzt direkt. Das Geld für die Landeszentrale für politische Bildung sollte man streichen,

(Lachen und weitere Zurufe)

weil diese Zentrale für politische Bildung verkommen ist zu einer Zentrale für politische Verbildung. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD. - Anhaltende Zurufe und Sprechen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielleicht nur ein kurzer Hinweis, Herr Dörr. Die Zeit wurde angehalten, als ich die Zwischenbemerkung gemacht habe. - Das Wort hat nun Frank Wagner von der CDU-Landtagsfraktion.

Abg. Wagner (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch mir bleibt es heute Nachmittag leider nicht erspart, auf die Äußerungen meines Vorredners einzugehen. Verehrter Kollege Dörr, ich bin wirklich gewillt, mein rotes Notenbuch noch einmal auszupacken, da steht drin: Verhalten - unbefriedigend, Mitarbeit - unbefriedigend.

(Zuruf: Versetzung? - Vereinzelt Heiterkeit.)

Versetzung - sehr stark gefährdet.

(Beifall und Sprechen.)

Mit Ihren Äußerungen zum Kollegen Müller haben Sie gezeigt, wie Sie selbst in diesen Bereichen denken. Das ist leider erschreckend und bestätigt noch einmal das, was Sie in vielen anderen Sitzungen auch schon an den Tag gelegt haben.

Zum Thema Mitarbeit würde ich mir selbst auch im Ausschuss für Bildung wünschen, dass Sie sich aktiv beteiligen und nicht immer nur darauf hinweisen, wer wie lange sprechen darf. Gerade bei einem Bildungspolitiker, der so lange im Schuldienst war, wäre es wünschenswert, dass Sie auch Ihre Erfahrungen aktiv einbringen und uns nicht immer nur erzählen, was früher besser war, was früher alles auf den Weg gebracht wurde. Sie sollten vielmehr aktiv Ihr Vorwissen einbringen, das wäre an der Stelle wirklich wünschenswert.

(Beifall von der CDU und vereinzelt bei der SPD.)

Der Bildungshaushalt, das haben wir schon von dem Kollegen Renner gehört, durchbricht in diesem Jahr erstmals die Schallmauer von 1 Milliarde Euro. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2017 ergibt sich somit eine Ausgabensteigerung von 3 Prozent. Der Gesamthaushalt steigt um 1,75 Prozent. Somit steigen die Bildungsausgaben in diesem Jahr auch stärker als der Gesamtetat.

Wenn man sich die Zahlen genau anschaut, kann man deutlich sehen, dass wir viel Geld in die Bildung und damit in die Zukunft unseres Landes investieren. Wie wichtig uns die Bildung ist, sehen wir aber auch bei der genauen Betrachtung des Stellenplanes. Beim Stellenabbaupfad hat man stets die aktuelle Situation im Blick. Der Abbau der Stellen im Bereich der Lehrkräfte wurde nach unten korrigiert. Man betrachtet dies in jedem Jahr entsprechend der aktuellen Situation aufs Neue.

Kommen wir nun zu den einzelnen Schulformen, ich möchte mit der Grundschule beginnen. Hier wurden neue Planstellen geschaffen, insgesamt 29 neue A-12-Stellen. Das ist ein wichtiges Signal für den Primarbereich. Ich möchte allerdings an dieser Stelle auch erwähnen, dass der große Fachkräftemangel im Bereich der Grundschullehrer bundesweit die Situation sehr schwierig gestaltet. Aufgrund des unerwartet hohen Schüleraufwuchses kommt es in diesem Bereich im gesamten Bundesgebiet zu deutlichen Engpässen. Das Ministerium hat hier gut reagiert und zahlreiche Maßnahmen getroffen, um alle Schulen im Saarland ausreichend zu personalisieren. In den kommenden drei Jahren bleibt die Situation weiterhin sehr angespannt. Aber man muss das Ganze mit einer großen Weitsicht betrachten. Es nutzt nichts, wenn wir Quereinsteiger direkt fest einstellen und die Studenten von heute stehen später auf der Straße. Hier muss man sehr sensibel vorge-

(Abg. Wagner (CDU))

hen und die Situation immer wieder aufs Neue betrachten.

Das Gleiche gilt für den Bereich der Förderschulen. Auch hier gibt es deutschlandweit einen eklatanten Fachkräftemangel. Hier muss mit Überbrückungslösungen ausgeholfen werden. Das Ministerium hat alle Schulregionen stets im Blick. Es wurden auch hier drei zusätzliche Planstellen der Wertigkeit A 13 hinzugefügt. Im Bereich der Förderschulen haben wir mit Beginn dieser Legislatur neue, klare Akzente gesetzt. Wir halten an den bestehenden Förderschulen in den einzelnen Förderschwerpunkten fest, ob das Lernen, sozial-emotionale Entwicklung beziehungsweise Sprache ist. Wir gehen noch einen Schritt weiter: Es wird teilweise neue Förderschulen geben. Ich denke, das ist in diesem Bereich ein ganz wichtiges Signal. Zum Beispiel kann ich hier die Schule für soziale Entwicklung anführen, die jetzt neu von St. Wendel nach Neunkirchen umzieht. Auch dort wird es eine Umstrukturierung in den Ganztagschulbetrieb geben, ein ganz wichtiges Signal für diese Kinder mit Förderbeeinträchtigung. Hier wird der Haushaltstitel entsprechend um 30.000 Euro erhöht.

Die Beförderungskosten werden insgesamt um 450.000 Euro für Schüler an staatlichen Förderschulen erhöht. Ein wichtiges Signal - es wurde eben schon angeführt - ist auch die Eigenständigkeit des neuen Studienseminars für Sonderpädagogik. Inklusion haben wir in allen Schulformen. Von daher ist es wichtig, den Bereich der Sonderpädagogik hervorzuheben und in einem eigenständigen Studienseminar die künftigen Lehrerinnen und Lehrer im Saarland auszubilden.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Kommen wir nun zu den Sprachförderklassen. Wir haben mit Beginn dieser Legislaturperiode etwas Neues auf den Weg gebracht. Wir werden zum Schuljahresbeginn 2018/19 neue Sprachförderklassen an drei Standorten einrichten. In Merzig, Homburg und St. Wendel wird es entsprechende Außenklassen der Sprachheilschule Sulzbach geben. Das ist meines Erachtens ein wichtiges Signal, das zeigt, dass es immer wieder Sinn macht, Schülerinnen und Schüler in einer Kleingruppe zu unterrichten und auf den weiteren Schulweg vorzubereiten. Hierfür wurden Kosten von 300.000 Euro veranschlagt und in den Folgejahren ab 2019 je 700.000 Euro. Ein wichtiges Signal an die Eltern ist, dass die Fahrwege der Kinder deutlich verkürzt werden.

Ich komme nun zur Inklusion. Die Inklusion wird seit einigen Jahren sowohl in den Kitas als auch in den einzelnen Schulformen umgesetzt. Die bestmögliche individuelle Förderung soll sich an den jeweiligen Bedürfnissen des Kindes orientieren. Dies ist und bleibt eine hohe Herausforderung für unsere Bildungseinrichtungen. An dieser Stelle möchte ich

mich ausdrücklich bei allen Erzieherinnen und Erziehern, bei allen Lehrkräften und bei dem gesamten Fachpersonal in unseren Bildungseinrichtungen bedanken und ihnen ein großes Kompliment aussprechen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Allerdings stößt Inklusion immer wieder an ihre Grenzen. Es ist weiterhin schwierig, die Schulen gerecht zu personalisieren. Es nutzt auch nichts, zusätzlich Lehrer in das System zu bringen, sondern man muss an verschiedenen Stellschrauben drehen, um zu Verbesserungen zu kommen. Das Zusammenspiel von Förderschullehrern und Regelschullehrern ist im Schulalltag eine große Herausforderung. Es gibt immer mehr Kinder mit großen Beeinträchtigungen, die eingeschult werden. Dieser Aufgabe werden wir uns in den kommenden Monaten und Jahren verstärkt widmen. Die Inklusion kann zwar an einigen Stellen Abhilfe leisten, aber es müssen weitere Maßnahmen ergriffen werden. Besonders problematisch ist die Situation von Kindern mit sozial-emotionaler Beeinträchtigung. Es gibt immer mehr Kinder, die eingeschult werden und große Probleme im Bereich des Verhaltens haben. Hier muss entsprechend reagiert werden, um diese Kinder zu festigen und auf den weiteren Schulweg gut vorbereiten zu können. Die neue Schule für sozial-emotionale Entwicklung in Neunkirchen ist ein Beispiel für den Weg, den wir mit der Förderschule gehen. Auch das Modell der Sprachförderklasse könnte in diesem Bereich eine Möglichkeit sein, um Kinder vor Ort entsprechend ihrer Beeinträchtigung für eine gewisse Zeit zu unterrichten und auf den weiteren Weg vorzubereiten.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ein ganz klares Signal für unsere Eltern, aber auch für unsere Lehrkräfte in den Regelschulen, vor allem in den Grundschulen, haben wir bei der Antragsstellung auf den Weg gebracht. Wir haben die Antragsstellung verändert. Die Antragstellung zur sonderpädagogischen Überprüfung wird in Zukunft wieder direkt an die Schule für sonderpädagogische Überprüfung gehen, an das Förderzentrum vor Ort. Die Leute dort kennen sich aus. Und wir versprechen uns davon, dass viel schneller reagiert werden kann. Das ist auch ein ganz wichtiges Signal.

An dieser Stelle möchte ich noch kurz auf das Thema multiprofessionelle Teams eingehen. Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, dass wir uns in den kommenden Monaten mit dem Kollegium der Zukunft beschäftigen. Das Personal der Schulen muss breiter aufgestellt sein. Es reicht nicht, nur Lehrerinnen, Lehrer und Erzieher vor Ort zu haben, sondern es müssen auch Sozialarbeiter, Ergotherapeuten, Logopäden und Leute aus dem Bereich IT vor Ort sein, um entsprechend schnell reagieren zu können.

(Abg. Wagner (CDU))

Dieser Aufgabe werden wir uns annehmen und hier im kommenden Jahr einiges auf den Weg bringen.

Zusammenfassend kann ich sagen, dass die Große Koalition die Bildung gesamtgesellschaftlich im Blick hat und klare Akzente setzt. Im Folgenden möchte ich auf die weiterführenden Schulen eingehen. Wir haben eine ganz klare Struktur mit den Gemeinschaftsschulen, den Gymnasien und den beruflichen Schulen. Gerade in den Gemeinschaftsschulen und auch in den beruflichen Schulen gibt es große Probleme, derer wir uns annehmen müssen. Wir müssen die Lehrkräfte und das Personal vor Ort entsprechend unterstützen. Es gibt unterschiedliche Lernniveaus, viele Schüler aus sozialen Brennpunkten, einen hohen Migrationsanteil, Inklusion und vieles mehr. Hier muss es weitere unterstützende Maßnahmen geben. Das Kollegium der Zukunft könnte eine Möglichkeit sein, um entsprechend unterstützen zu können.

Für Zuschüsse zu Projekten in besonderen sozialen Brennpunkten wurde ein neuer Haushaltstitel eingerichtet: 181.000 Euro für die Gemeinschaftsschulen und 150.000 Euro für die beruflichen Schulen. Die Einrichtung einer Expertengruppe zeigt, dass sich die Große Koalition mit dem Thema Weiterentwicklung der weiterführenden Schulen intensiv beschäftigt. Die Schulzufriedenheit, die Vergleichbarkeit der einzelnen Schulformen, die Gestaltung der Oberstufe sind Themen, die wir in dieser Kommission intensiv beraten werden, um unsere Schulen gut und auch qualitativ hochwertig zu unterstützen.

Wechseln wir nun zur frühkindlichen Bildung und Betreuung. Dieser Haushaltstitel wurde um 8,4 Millionen Euro erhöht, weil es in den Folgejahren zu Aufwüchsen im Bereich der Zuschüsse zu den Personalkosten für Kitas kommt. Des Weiteren werden ab dem Kindergartenjahr 2018/19 die Eltern in der Beitragszahlung entlastet. In drei Tranchen wird der Elternbeitrag zu den Personalkosten von jetzt 25 Prozent jährlich um 2 Prozent auf dann 19 Prozent abgesenkt. Dies geschieht mit der nötigen Verantwortung und Weitsicht, da man den gesamten Haushalt stets im Blick haben muss. Der Investitionshaushalt zur Schaffung neuer Kindergartenplätze wurde um 1 Million Euro auf 7 Millionen Euro erhöht. Dies zeigt, dass wir die Betreuungssituation für unsere Kleinsten weiter deutlich verbessern möchten.

An dieser Stelle möchte ich auch noch kurz auf eine Umfrage zu sprechen kommen, die diese Woche in einigen Zeitungen veröffentlicht wurde. Sie zeigt, dass es den Eltern extrem wichtig ist, dass wir an der Qualitätsschraube drehen und die nötigen Mittel in die Qualität investieren. Es geht ihnen also nicht in erster Linie nur um den Beitrag.

Ich möchte nun auch noch auf die Sprachförderung eingehen. Dieser Haushaltstitel wurde aufgrund der

besonderen Flüchtlingssituation im Jahr 2016 mit 6 Millionen Euro angesetzt. Dieser Titel wird auch für das Jahr 2018 fortgeschrieben. Uns ist es sehr wichtig, dass Schülerinnen und Schüler mit unzureichenden Deutschkenntnissen eine qualitativ hochwertige Unterstützung im Unterricht erfahren. Des Weiteren haben wir das Projekt „Früh Deutsch lernen“ in den Kindergärten ausgebaut. Auch das ist ein ganz wichtiges Projekt, um die kleinen Kinder in der Vorschule auf den weiteren Schulweg gut vorzubereiten.

Einen sehr hohen Stellenwert hat auch weiterhin die ganztägige Bildung und Betreuung. Wir werden am Bedarf orientiert das Förderprogramm Freiwillige Ganztagschule fortentwickeln. Im Bereich der Freiwilligen Ganztagschule verzeichnen wir weiterhin einen Gruppenaufwuchs. Im Schuljahr 2017/2018 hat sich die Zahl der Gruppen auf 1.150 erhöht. Das Ministerium rechnet auch für die kommenden Jahre mit jährlich jeweils 50 zusätzlichen Gruppen.

Zur Qualitätssteigerung in der Hausaufgabenbetreuung haben wir für das kommende Jahr zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 600.000 Euro eingestellt. Durch den momentanen Fachkräftemangel vor allem im Bereich der Grund- und der Förderschulen gelingt es oft nicht, die geforderten fünf Lehrerwochenstunden zu personalisieren. Daher erhalten die Träger eine Ausgleichszahlung für nicht personalisierte Lehrerstunden in der Nachmittagsbetreuung. Ich denke, auch das ist ein ganz klares Zeichen der Unterstützung der Schulen und der Träger vor Ort. Die Einrichtungen können sich so zusätzliches Personal einkaufen.

Des Weiteren wird es einen Schulversuch zur Nachmittagsbetreuung geben. Eine Arbeitsgruppe erarbeitet hierzu gerade ein Konzept, das an circa fünf Schulen umgesetzt werden soll. Schulen und Träger sollen ein Budget erhalten, das flexibel eingesetzt werden kann. Die Gestaltung des Nachmittags soll sich den heutigen Lernbedingungen anpassen. Es soll dabei im Bereich dieser Nachmittagsbetreuung auch einen fließenden Übergang vom Vormittag in den Nachmittag geben.

Der Ausbau von Gebundenen Ganztagschulen wird weiter vorangetrieben. Es sollen weitere gebundene und auch teilgebundene Ganztagschulen eingerichtet werden. Mit der Weiterentwicklung der Freiwilligen Ganztagschule, der Entwicklung eines neuen Modells und dem Ausbau der Gebundenen Ganztagschule ist das Prinzip der Wahlfreiheit sowohl für die Schüler als auch für ihre Erziehungsberechtigten gewährleistet. Das ist eine ganz wichtige Botschaft, die wir an alle Bürgerinnen und Bürger im Saarland senden: Die Eltern können in Absprache mit ihren Kindern frei entscheiden, ob eine Schule im Rahmen der FGTS besucht werden soll oder aber der gebundene Ganztags besuch angestrebt werden soll. Wir wollen an dieser Stelle keine Verpflichtung

(Abg. Wagner (CDU))

haben, die Wahlfreiheit ist uns außerordentlich wichtig.

(Beifall von der CDU.)

Ein klares Signal dafür, dass wir hierbei an zwei Säulen gleichzeitig arbeiten, ist die Zusammenlegung des Haushaltstitels von FGTS und Gebundener Ganztagschule. Beides wird zusammengefasst, insgesamt sind das 23,2 Millionen Euro, das bedeutet einen Aufwuchs um 2,86 Millionen Euro. Das Saarland ist im Bereich der ganztägigen Bildung und Betreuung sehr breit aufgestellt. Es ist klar erkennbar, dass wir uns auch in diesem Bereich weiterentwickeln werden.

Der Einzelplan 06 ist geprägt von verantwortungsvollem Handeln, gepaart mit der nötigen Weitsicht, die man für eine zukunftsfähige Bildung unserer Kinder benötigt. Bildung genießt in der Großen Koalition Priorität, und wir werden auch in den kommenden Monaten diesbezüglich deutliche Akzente setzen. Ich bitte daher um Ihre Zustimmung zum Einzelplan 06.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. - Das Wort hat nun die Abgeordnete Barbara Spaniol von der Fraktion DIE LINKE.

Abg. Spaniol (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Renner, ja, in der Tat, Kultur ist immer eine Rede wert. Auch ich möchte nun versuchen, das alles mit wenigen Worten zu erfassen. Ich möchte dabei mit Goethe beginnen:

(Beeindrucktes Sprechen bei den Regierungsfractionen.)

„Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Lied hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen.“ Ich versuche es jetzt einmal mit den „vernünftigen Worten“.

Meine Damen und Herren, wir haben im Saarland wirklich eine tolle und vielfältige Kulturlandschaft. Diese Kulturlandschaft gilt es zu erhalten. Wir begrüßen daher, dass die Zuschüsse im Kulturbereich weitgehend zumindest konstant geblieben sind und in ausgesuchten Bereichen sogar erhöht werden. Das wird von uns, das möchte ich ausdrücklich sagen, unterstützt. Gleichwohl müssen einige kritische Blicke auf das Gesamtbild erlaubt sein.

Nehmen wir das neue Festival „Colors of Pop“, das im Oktober stattfand. Die Idee eines neuen, eines jungen Festivals der Pop-Kultur in unserem Land haben wir unterstützt. Das wissen Sie, Herr Minister. Es gab dabei auch tatsächlich sehr spannende Ver-

anstaltungen. Man muss ehrlicherweise aber auch sagen, dass einige Veranstaltungen auch ohne das neue Festival stattgefunden hätten. Als Beispiel will ich nur das Konzert von Clueso nennen, den ich wirklich rund um die Uhr hören könnte. Das war schon eine tolle Geschichte. Das wurde in der SZ auch entsprechend gewürdigt, es waren aber nur rund 21.000 Besucherinnen und Besucher anwesend. Das ist sicherlich ein Anfang, auch ein guter Anfang, das ist aber eben noch nicht der Riesenerfolg. Man muss dabei auch bedenken, deshalb führe ich auch dieses Beispiel an, dass dafür die Unterstützung für die Musikfestspiele gestrichen wurde. Diese Musikfestspiele boten immerhin große Namen und zogen deutlich mehr Publikum an.

Damit ich nun nicht falsch verstanden werde, sei noch einmal gesagt: Wir hoffen, dass sich dieses Festival „Colors of Pop“ weiterentwickeln wird. Wir haben auch dafür plädiert, dass das so kommt, dass das Festival größer wird und bundesweit Beachtung finden kann. Noch aber sind zumindest einige Fragen diesbezüglich offen.

Etwas Neues, auch das hat der Kollege Renner schön gesagt, ist mittlerweile in der saarländischen Museumslandschaft sichtbar, der Erweiterungsbau der Modernen Galerie. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, er ist sehr gut geworden. Man muss schon sagen, dieses Museum kann sich sehen lassen.

(Beifall bei den Koalitionsfractionen.)

Danke. - Wir alle waren schon dort, und wir waren kollektiv begeistert. Wir waren aber natürlich auch alle kollektiv erleichtert, dass das nun doch so abgeschlossen werden konnte, dass das so gut geworden ist. An dieser Stelle wirklich „Chapeau!“, wenigstens zum Abschluss dieser nahezu unendlichen Geschichte. Immerhin ist auch, auch das wurde an diesem Abend von vielen erwähnt, dieser Museumsbau in den letzten Jahren nicht doch noch teurer geworden. Das war zum Ende hin der Punkt, auf den sich die gesamte Diskussion - leider, muss man sagen - reduziert hat. Es bleibt ja schon dabei, dass sich viele fragen, weshalb ein einzelner Bau 39 Millionen Euro kosten muss. Das ist nach wie vor unverständlich, aber diese Debatte haben wir glücklicherweise hinter uns. Unvergessen wird das aber leider nicht bleiben.

Unvergessen bleibt, zumindest für uns, sicherlich auch nicht der Streit zwischen dem Innenminister und dem Kulturminister um die kulturelle Nutzung des leer stehenden Pingusson-Baus. Ich kann an der Stelle nur sagen: Meine Herren, reißen Sie sich zusammen! Erst gab es den Streit um die Schließung der Grundschule in Perl-Besch, unter dem die Familien in Besch noch heute leiden. Dann gab es den Streit derselben beiden Minister um die Nutzung des ehemaligen Bildungsministeriums für eine Thea-

(Abg. Spaniol (DIE LINKE))

terproduktion. Darunter leiden die Künstler, sie mussten sich auf den letzten Drücker eine andere Location suchen. Das war unsäglich, und die neue Location konnte nicht an das heranreichen, was der Pingusson-Bau zu bieten hat. Im Sinne der Sache also: Hören Sie auf mit diesem Kompetenzgerangel und regeln Sie das endlich in Ihrer Koalition!

(Beifall von der LINKEN.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einzelne neue Projekte oder die Fertigstellung eines Baus können auch aus unserer Sicht nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine längerfristige Kulturentwicklungsplanung weiterhin fehlt. Sie sehen das anders, Herr Minister, wir bemängeln dies aber bereits seit Jahren. Die Arbeitskammer teilt unsere Auffassung und sagt, dass es an einem Gesamtkonzept und auch an einer gemeinsamen Kulturpolitik in der Großregion fehlt. Auch Letzteres ist ein großes Thema.

Von Großveranstaltungen bleibt das Saarland nämlich schon seit Jahren weitgehend ausgeschlossen. Die Musik spielt leider oft in Luxemburg, in Metz oder in Mannheim. Das ist auch so, und das muss man kritisch anmerken, weil es das Land und die Landeshauptstadt seit Jahren nicht hinbekommen, eine moderne Eventhalle auf den Weg zu bringen, in der Top-Acts auftreten könnten. Bei diesem Thema herrscht nach wie vor Handlungsbedarf.

Wir wollen nun aber keineswegs die Aussage in den Raum stellen, dass kulturpolitisch irgendetwas grundsätzlich falsch läuft. Vieles geht aus unserer Sicht durchaus in die richtige Richtung. Wir begrüßen auch, dass die Industriekultur nun doch den Weg zum Kulturministerium gefunden hat. Das ist eine richtige Entscheidung, dort gehört die Industriekultur hin. Die kulturellen Anstrengungen gehören gebündelt, denn Kultur hat leider keine starke Lobby. Dabei ist sie doch so entscheidend für die Lebensqualität und letztlich auch für den Wirtschaftsstandort. - Ich bedanke mich.

(Beifall von der LINKEN.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. - Das Wort hat nun der Abgeordnete Sascha Zehner von der CDU-Landtagfraktion.

Abg. Zehner (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich etwas auf Ihre Rede, Frau Spaniol, erwidern. Sie müssen sich entscheiden. Sie müssen sich entscheiden, ob Sie kritisieren, dass für 39 Millionen Euro ein Museum gebaut wird, oder ob Sie postulieren, dass wir Geld in die Hand nehmen, um eine moderne Event-Halle, die auch nicht billig wird, zu bauen. Sie müssen sich entscheiden. Sie können nicht das eine verurteilen und das andere fordern.

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Abg. Spaniol (DIE LINKE): Das sehe ich anders.)

Gestatten Sie mir, denn Kulturpolitik ist ein wichtiges Feld, mit einer ebenso grundsätzlichen wie kaum zu beantwortenden Frage zu beginnen: Gibt es seit Beginn der Geschichte ein schwierigeres, aber auch ein schöneres Thema als die Kultur? - Wer erleben durfte, wie begeistert die Menschen von der Erweiterung der Modernen Galerie sind, Herr Renner hat es schon ausgeführt, wird diese Frage sofort beantworten mit: Ja, Kultur ist die zentrale Aufgabe staatlichen Handelns. Mit der Fertigstellung der Erweiterung der Modernen Galerie, auch wenn der Weg dorthin steinig war, wie oft bei bedeutenden Projekten, ist es uns gelungen, ein Museum von internationaler Bedeutung zu vollenden, das schon als Bauwerk in Kubatur und Außengestaltung fasziniert. Darauf dürfen wir alle als Saarländerinnen und Saarländer stolz sein.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Es mag nach einer Floskel klingen, aber ohne Kultur ist keine Zivilisation denkbar, keine Bildung, keine Wirtschaft, kurz kein menschliches Miteinander. Doch was ist Kultur eigentlich? Hugo von Hofmannsthal beantwortete die Frage so: Kultur ist, zu wissen, was einen angeht, und zu wissen, was einen zu wissen angeht. - Und da dies besonders die Politik betrifft, möchte ich meinen Ausführungen dieses Wort voranstellen.

In der Kulturpolitik, die sich auch im Haushalt 2018 als zentraler Punkt abbildet, ist es entscheidend, bei begrenzten Mitteln an der richtigen Stelle Akzente zu setzen. Es ist aber genauso wichtig, sich eben dort zurückzuhalten, wo dirigistisches Verhalten die Freiheit der Kultur einengt. Die Koalition und die Unionsfraktion haben sich darum sehr bewusst dafür entschieden, auf drei Säulen zu setzen. Zum einen setzen wir auf die Förderung dessen, was die Basis aller kulturellen Betätigung bildet, nämlich unsere im Saarland so reiche Breitenkultur. Zum anderen setzen wir auf die Unterstützung jener, die auf privater oder professioneller Basis die Kultur in unserem Lande befördern. Zum Dritten setzen wir auf das, was unser Land weit über seine Grenzen hinaus bekannt macht, uns in der Großregion oder selbst auf internationaler Ebene buchstäblich ins Rampenlicht rückt, die sogenannten Leuchttürme. Ebenso ist es uns gelungen, den Sparzwang, dem das Land unterliegt, im Kulturetat nicht in voller Härte darstellen zu müssen. Auch darauf sind wir stolz.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Das stellt sicher, das Saarland, sein Parlament und seine Regierung garantieren eine Kulturlandschaft, wie sie in dieser Breite und Dichte nur selten zu finden ist, unter anderem mit zwei künstlerischen Hochschulen von Universitätsrang, einem Drei-Spar-

(Abg. Zehner (CDU))

ten-Theater, zwei A-Orchestern, nämlich dem Staatsorchester und der Deutschen Radiophilharmonie, der Stiftung Saarländischer Kulturbesitz mit ihren Museen sowie dem Weltkulturerbe Völklinger Hütte spielen wir in der ersten Liga der Kultur. Das ist Spitzenklasse, meine Damen und Herren, das ist absolute Spitzenklasse!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Und diese Spitzenklasse bildet sich auch im Haushalt ab. Selbst wenn nicht alles, was wünschbar wäre, machbar ist, haben wir die richtigen Akzente für 2018 gesetzt. Und die mittelfristige Finanzplanung beweist, dass wir der Kultur einen hohen Stellenwert beimessen. Gestatten Sie mir einige Beispiele aus dem Haushalt 2018 zu nennen. Wir haben es geschafft, für die Renovierung der Klais-Orgel in der Hochschule für Musik insgesamt 95.000 Euro bereitzustellen. Das sind 45.000 Euro mehr als ursprünglich vorgesehen. Dass aber Großes nicht nur im Kleinen, sondern auch bei den Kleinen, nämlich den Kindern und Jugendlichen, beginnen muss, manifestieren wir auch im Haushalt durch die gezielte Unterstützung jener, die eben unsere Kinder und Jugendlichen sind, indem wir ganz gezielt diejenigen fördern, die Kinder und Jugendliche an Kultur heranzuführen, sei es Musik, Literatur oder Theater. Deshalb haben wir die Zuschüsse an unsere Kinder- und Jugendtheater deutlich erhöht.

Ein Projekt, das der Union besonders am Herzen liegt, sind die Kunsthochschulen und dass ihr Bestand garantiert wird. So haben wir die Mittel hier auf 70.000 Euro aufgestockt. Ein weiteres Beispiel. Weil das Saarland sich zu Recht als internationale Region definiert, fördern wir die deutsch-französische Zusammenarbeit allein im Kulturbereich mit weit mehr als einer Viertelmillion Euro. Weil wir um die Bedeutung dieser Internationalität wissen, fördern wir als Koalition aber auch das Deutsch-Amerikanische Institut mit 30.000 Euro, das sind wiederum 5.000 Euro mehr als zunächst geplant.

Im Einzelplan 06 ist das verankert, was für uns ein wichtiger Punkt ist, nämlich kirchliche Angelegenheiten. Hier freue ich mich über eine Besonderheit des saarländischen Rechts. Neben der von uns traditionell im Rahmen der Kultur unterstützten römisch-katholischen und evangelisch-lutherischen Kirchen haben wir das Glück, mit der Synagogengemeinde Saarbrücken, die eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist, die in unserem Lande Gott sei Dank wiedererstandene jüdische Kultur fördern zu dürfen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Leider würde es zu weit führen, all jene Institutionen oder Fachbereiche zu erwähnen, die wie der Landesmusikrat oder das Theater Überzwerg fester Bestandteil unserer Förderung, aber vor allem unserer Kulturszene sind. Darum möchte ich neben den als

Beispiele genannten Institutionen und Projekten aus tiefster Überzeugung allen danken, die dazu beitragen, dass das Saarland ein Land der Kultur ist, besonders jenen, die im aufopferungsvollen Einsatz als ehrenamtlich Tätige, jedoch auch jenen, die meist weit über das geforderte Maß hinausgehend als Beschäftigte oder freie Künstler arbeiten und ihren Lebensunterhalt mit Kulturarbeit bestreiten. Ihnen allen sende ich von dieser Stelle im Namen der CDU-Fraktion ein Wort des Dankes und das Versprechen, dass wir für Sie immer engagiert sein und immer ein offenes Ohr haben werden.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Sie sehen anhand der genannten Beispiele, meine Damen und Herren, dass uns der Spagat gelungen ist. Trotz eines strikten Sparkurses und notwendiger Einsparungen stellen wir sicher, dass sich unser Land im Bereich der Kultur nicht nur auf höchstem Niveau hält, sondern durch die im Haushalt 2018 bereitgestellten Mittel weiterentwickelt. James W. Herman, der amerikanische Generalkonsul, sagte, als er vor 14 Tagen in unser Land gekommen ist und die neue Galerie der Moderne besuchte: „Seien wir stolz auf das, was hier geleistet wird. Oder kurz: Wow!“ - Vielen Dank.

(Heiterkeit. - Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat nun der Minister für Bildung und Kultur Ulrich Commerçon.

(Zuruf von der SPD: Wow! - Abg. Lander (DIE LINKE): Jetzt übertreib' nicht. - Heiterkeit.)

Minister Commerçon:

Ich bin gewachsen. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bildung und Kultur betreffen die zentralen Gerechtigkeits- und Zukunftsfragen unseres Landes. Bildung und Kultur sind grundlegende Voraussetzungen, um Menschen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und ihre individuelle Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund freue ich mich ganz besonders, dass auch in den ernst zu nehmenden Beiträgen der Opposition überwiegend Lob und Anerkennung geäußert wurde.

(Beifall von der SPD.)

Da kann man ruhig klatschen, genau. - Investitionen in gute Bildung sind deshalb immer auch nachhaltige Investitionen in die Zukunft. Der vorliegende Haushalt macht unseren Anspruch, nachhaltige Bildungsinvestitionen zu tätigen, deutlich. Die Zahlen sind bereits genannt worden. Wir werden damit unserem eigenen Anspruch gerecht, den Anteil der Ausgaben für Bildung und Wissenschaft im Landes-

(Minister Commerçon)

haushalt weiterhin proportional stärker zu steigern als den Gesamtetat. Die Bildungsausgaben, Kollegin Spaniol, belaufen sich insgesamt auf 1,44 Milliarden Euro unter Berücksichtigung der übrigen Ressorts, zu denen die Wissenschaft gehört. Im Einzelplan 06 selbst wird die Summe der eingestellten Finanzmittel im Haushaltsjahr 2018 erstmalig die Milliardengrenze überschreiten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir halten, was wir vor der Wahl gesagt und bereits im letzten, aber auch in diesem Koalitionsvertrag vereinbart haben. Wir sparen nicht an der Bildung, Investitionen in die Bildung haben in dieser Koalition Vorrang.

Die Landesregierung hat dabei einen hohen Anspruch an die Qualität der Bildung. Bildung bestimmt maßgeblich über individuelle Lebenschancen. Gute Bildung ist der Schlüssel zu einer selbstbestimmten Lebensführung und zu gesellschaftlicher Teilhabe. Darüber hinaus entwickelt Bildung Potenziale für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Sie ist Grundlage für bürgerschaftliches Engagement und hilft, Populismus, Fremdenfeindlichkeit und gewaltbereiter Radikalisierung vorzubeugen. Ich betone an dieser Stelle, weil das leider gesagt werden muss, dazu zählt selbstverständlich auch politische Bildung. Wir haben heute gehört, wie notwendig politische Bildung ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

Unser Anspruch ist, für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen. Wir wollen hervorragende Bildung für alle, und zwar von Anfang an. Wir wollen den Kindern und Jugendlichen in diesem Land bestmögliche Bildungs- und Ausbildungsbedingungen bieten, unabhängig von der sozialen Herkunft.

Bildungsgerechtigkeit beweist sich darin, wie es uns gelingt, Kinder und Jugendliche von Beginn an auf ihrem individuellen Weg zu fördern und unterstützend zum bestmöglichen Bildungserfolg zu begleiten. Wir haben im Saarland, das ist in vielen Studien anerkannt, in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Im Saarland entscheiden zunehmend weniger die Herkunft oder finanzielle Rahmenbedingungen über Abschlüsse oder Schulerfolge, sondern die Fähigkeiten der Kinder. Ich glaube, das ist der wichtigste Erfolg, den wir in der Bildungspolitik in diesem Land in den letzten Jahren erzielt haben.

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

Ich möchte an dieser Stelle natürlich auch all denjenigen sehr herzlich danken, die dazu beigetragen haben. Das sind die Erzieherinnen und Erzieher, die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die Lehrerinnen und Lehrer und alle anderen, die zu diesem Erfolg mit beigetragen haben. Ich sage von diesem Pult aus aber noch einmal ganz deutlich, wir können all die gesellschaftlichen Erziehungs- und Bildungsaufgaben nicht in den Bildungseinrichtungen alleine

abgeben. Die ganze Gesellschaft muss dabei ihre Rolle spielen, auch die Elternhäuser müssen ihre Rolle wahrnehmen. Wir können das nicht alles auf den Lehrerinnen und Lehrern abladen, damit überfordern wir wirklich ein Bildungssystem. Ich glaube, das zu sagen gehört bei dieser Debatte ehrlicherweise dazu.

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

Das Recht auf Bildung beginnt im Übrigen nicht erst mit dem Eintritt in die Grundschule. Es ist unser Bestreben, allen Kindern im Saarland möglichst früh qualitativ hochwertige Bildung und Betreuung zu kommen zu lassen. Das ist auch im Sinn der Erziehungsberechtigten, die auf diese Weise in die Lage versetzt werden, ihre Berufstätigkeit mit ihren Erziehungsaufgaben zu vereinbaren. Wie die Schulbildung muss die frühkindliche Bildung für die Familien beitragsfrei werden, das ist unser Ziel. Wir wissen alle, dass gerade in den ersten Lebensjahren wichtige Weichen für die Entwicklung der Kinder gestellt und damit die Grundlagen für die Schaffung gleicher Bildungschancen gelegt werden. Wir haben uns im Koalitionsvertrag darauf verständigt, die Elternbeiträge schrittweise abzusenken, und sind dabei, die Umsetzungsschritte konkret zu gestalten. Das große Ziel der Beitragsfreiheit werden wir aber zeitnah nur erreichen können, wenn die Länder bei den Investitionen in die Bildung unserer Kinder spürbar durch den Bund unterstützt werden. Ein Appell an eine zukünftige Bundesregierung, wie auch immer sie aussehen mag.

Die Einrichtungen der frühkindlichen Bildung sind mehr als Betreuungseinrichtungen. Dem hat das aus dem Jahr 2006 stammende Bildungsprogramm für saarländische Kindergärten bereits Rechnung getragen. Nach nunmehr gut zehn Jahren werden wir das Bildungsprogramm an neue Entwicklungen und Bedarfe anpassen. Zu Beginn des Jahres 2018 werden wir das überarbeitete Bildungsprogramm der Öffentlichkeit vorstellen. Ein Hauptaspekt des neuen Programms ist dabei die Anpassung an die Bedürfnisse und Möglichkeiten insbesondere der ein- bis dreijährigen Kita-Kinder, die nach dem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem 13. Lebensmonat eine stetig wachsende Gruppe bilden.

Im Rahmen der Frankreichstrategie eröffnen wir den Kindern im Saarland bereits in den Kitas besondere Bildungsmöglichkeiten. Das Saarland ist das Bundesland mit den meisten zweisprachigen Kindertageseinrichtungen, mehr als 200 sind bilingual, also über 40 Prozent aller saarländischen Kitas. Auch mit den als „Elysée-Kitas“ zertifizierten Einrichtungen ist das Saarland an der Spitze im bundesweiten Netzwerk „Zweisprachige Kita“, das 144 Kitas in Deutschland umfasst. 144 insgesamt, davon in wenigen Jahren 66 im Saarland. Auch das ist ein riesiger Erfolg unserer Politik in den letzten Jahren.

(Minister Commerçon)

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

Der Ausbau der Kita-Plätze geht weiter. Wir werden weitere Betreuungsplätze brauchen und auch im gesamten frühkindlichen Bereich schaffen. Mit diesem Ausbau werden wir weiter dazu beitragen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, aber daneben, das ist der noch wichtigere Punkt, für mehr Bildungsgerechtigkeit im Land sorgen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den letzten Jahren haben sich die Rahmenbedingungen im Schulsystem entscheidend geändert. Wir haben insgesamt mehr Schülerinnen und Schüler im System, sowohl in den Grundschulen als auch im weiterführenden Bereich. Ein Grund dafür ist im Übrigen die längere Verweildauer in den Schulen, was nicht nur auf die höhere Durchlässigkeit unseres Bildungssystems hindeutet, sondern auch belegt, dass unsere Schülerinnen und Schüler höhere Abschlüsse erzielen. Das ist ein sehr gutes Zeichen, das ist eine sehr gute Entwicklung. Andererseits werden wir aufgrund von Zuwanderung und höheren Geburtenzahlen - auch eine gute Entwicklung - weiterhin mit einem Mehrbedarf an Lehrerinnen und Lehrern rechnen müssen. Angesichts dieser Veränderungen haben wir den ursprünglich vorgesehenen Lehrkräfteabbaupfad verlassen. Das ist ein wichtiger und konsequenter, sicherlich auch kein leichter Schritt gewesen. Dafür ein herzliches Dankeschön an die Kolleginnen und Kollegen im Kabinett. Ein wichtiger und konsequenter Schritt war auch gewesen, die Schulen im Saarland zu entlasten und die pädagogische Qualität zu sichern. Dabei ist uns wichtig, die vergleichsweise gute Schüler-Lehrer-Relation in den nächsten Jahren beizubehalten.

Ein wichtiger Baustein unserer Bildungspolitik ist der weitere Ausbau von ganztägigen Bildungsangeboten. Wir haben den gebundenen Ganztag an saarländischen Schulen ein gutes Stück vorangebracht und damit auch die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes stärker im Blick. Die Gebundenen Ganztagschulen, das wurde angesprochen, werden außerordentlich gut nachgefragt. Die Zahlen zeigen, dass unsere Arbeit Früchte trägt. Zum Schuljahr 2017/2018 gibt es - Kollege Renner hat darauf hingewiesen - 28 Schulen mit gebundenem Ganztagsangebot. Der Ausbau geht weiter. Drei Schulen haben bereits Anträge auf Umwandlung ab dem Schuljahr 2018/2019 gestellt und eine weitere für das Schuljahr 2019/2020. Daneben gibt es eine ganze Reihe von Interessenbekundungen zur Umwandlung frühestens zum Schuljahr 2019/2020.

Zur Unterstützung der Schulträger wird unser Investitionsprogramm „Zukunft, Bildung und Betreuung“ fortgeführt, im Haushaltsjahr 2018 immerhin mit Mitteln in Höhe von über 1 Million Euro. Es ist gesagt worden, das ist richtig so, dass wir den Bereich der Freiwilligen Ganztagschulen ebenfalls weiter ent-

wickeln wollen. Der bedarfsgerechte Ausbau wird auch hier vorangehen. Nach wie vor ist im Bereich der FGTS ein Aufwuchs zu verzeichnen, Herr Kollege Wagner hat die Zahlen genannt. Wir werden alles daran setzen, das weiter voranzutreiben. Festzuhalten ist, der Ausbau des Ganztages im Saarland ist insgesamt eine Erfolgsgeschichte. Unser gemeinsames Ziel ist und bleibt, die Ganztagschullandschaft im Saarland konsequent weiterzuentwickeln, auch um mehr Chancengerechtigkeit und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Alle Eltern, das muss unsere Zielsetzung sein, sollen wählen können, ob ihr Kind in eine Halbtagschule mit anschließender Betreuung oder in eine echte Ganztagschule geht. Wir wollen Wahlfreiheit, davon sind wir noch ein Stück weit entfernt. Dafür brauchen wir zur Durchsetzung letztlich einen Rechtsanspruch auf Ganztagsunterricht, den wir allerdings als Saarland nicht alleine als Erste angehen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Digitalisierung macht natürlich auch nicht vor unseren Schultoren halt. Wir stehen auch beim Thema Medienbildung vor großen Herausforderungen, die wir annehmen und nach und nach umsetzen. Ganz wichtig ist, dass wir dabei alle Beteiligten einbeziehen. Dazu haben wir einen großen Beteiligungsprozess gestartet, der die Schulen darin bestärkt, ihren jeweiligen Weg der Schulentwicklung im Hinblick auf die Förderung der Medienkompetenz ihrer Schülerinnen und Schüler selbstständig zu gestalten. Wir haben dieses Landeskonzept auf den Weg gebracht und ein Förderprogramm mit einem Gesamtvolumen von 1 Million Euro, jeweils hälftig Land- und Schulträger, ausgeschrieben. Mit dem Landeskonzept existiert nun eine im bundesweiten Vergleich vorbildliche Gesamtstrategie für die Weiterentwicklung des Lehrens und Lernens in der digitalen Welt. Medienbildung wird bei uns strukturell im Unterricht beim Lernen und in der Lehrkräfteaus- und -fortbildung verankert und innerhalb der schulischen Bildung weiterentwickelt.

Dieses Förderprogramm für Medienschulung entfaltet eine ganz große Wirkung. Fast ein Drittel aller saarländischen Schulen hat sich bereits in der ersten Runde mit einem eigenen Konzept für medienbezogene Schulentwicklung beworben. Das zeigt, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie wichtig dieses Thema den Schulen ist. Es zeigt aber auch den enormen Bedarf an Unterstützung im Bereich der IT-Infrastruktur und der digitalen Ausstattung. Das geht nicht zum Nulltarif.

Es sind weitere erhebliche Anstrengungen auch vom Bund nötig. Ich erwarte deshalb von der künftigen Bundesregierung, die 2016 gemachten Zusagen zum Digitalpakt Bildung endlich auch im Haushalt des Bundes zu verankern, 5 Milliarden Euro in

(Minister Commerçon)

5 Jahren bundesweit. Das wären 60 Millionen Euro für das Saarland, also jedes Jahr 12 Millionen Euro, um unsere Schulen digital zukunftsfähig zu machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden dieses Geld unbedingt brauchen. Ich appelliere von hier aus an den Deutschen Bundestag und an die künftige Bundesregierung, den Worten an dieser Stelle auch Taten folgen zu lassen. Wir brauchen dieses Geld auf jeden Fall.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

In der saarländischen Verfassung sind die beiden Schulformen Gymnasium und Gemeinschaftsschule festgeschrieben. Sie ermöglichen den Schülerinnen und Schülern entsprechend ihren Neigungen und Begabungen, alle Abschlüsse zu erzielen. Diesem Ziel wollen wir auch mit der anstehenden Reform der gymnasialen Oberstufe gerecht werden durch die vertiefenden Wahlmöglichkeiten für einzelne Fächergruppen. Unser Anspruch muss es dabei bleiben, die echte Gleichwertigkeit der beiden Schulformen herzustellen. Damit dies gelingen kann, sind wir auf dem Weg, die Funktionsstellenstruktur der Gemeinschaftsschule sukzessive an die der Gymnasien anzupassen.

Bei der Schul- und Unterrichtsentwicklung brauchen unsere Schulen professionelle Unterstützung. Über verschiedene Maßnahmen des Landesinstituts für Pädagogik und Medien haben wir fundierte Beratungen, Pädagogische Tage, Zukunftswerkstätten, Fortbildungen und Hospitationen an erfolgreichen Schulen. Auch die Werkstatt „Lernen“ und die Schulleiterfortbildung „Werkstatt Schule leiten“, die wir gemeinsam mit der Deutschen Schulakademie entwickelt haben, tragen maßgeblich zur Vernetzung, zum pädagogischen Austausch und zu qualitativ hochwertigen Schul- und Unterrichtsentwicklungsprozessen an unseren Schulen bei.

Wir wollen, dass unsere Schulen auch in Zukunft intensiv daran arbeiten können, Prozesse der nachhaltigen Unterrichts-, Personal- und Organisationsentwicklung professionell und selbstbestimmt anzugehen. Beispielgebend ist hier das Schul- und Unterrichtsentwicklungsprogramm „Profil“ an Gymnasien, das den individualisierenden und schüleraktivierenden Unterricht stärkt. Dieses Programm ist so erfolgreich, dass auch die Gemeinschaftsschulen dieses Programm wollen. Das wollen wir auch anbieten und damit auch eine Antwort auf die zunehmende Heterogenität in den Klassenzimmern geben.

Selbstverständlich sind wir weitaus weiter, als manche das hier im Raum mitbekommen haben, was das Thema „Selbstständige Schule“ angeht. Es wird ein neues, ein Folgeprogramm „Selbstständige Schule“ geben, nachdem das erste ausgelaufen ist. Auf dieser Basis werden wir modellhaft die Projekte

„Schulen der Zukunft“ und „Begleitung von Schulen mit besonderen Herausforderungen“ auf den Weg bringen.

Diese Schulen im Projekt „Schule der Zukunft“ sind zum Teil schon starke Schulen, die aber in ihrer Weiterentwicklung progressive und sehr innovative Wege weitergehen wollen. Sie sollen - das ist unsere Absicht - methodisch-didaktische und pädagogische Spielräume erhalten, damit sie sich zu modernen Schulen mit zukunftsweisenden Konzepten weiterentwickeln und wegweisend für andere saarländische Schulen werden. Ich halte davon sehr viel mehr, als Strukturdebatten seitens der Politik zu führen. Die Schulen selbst wissen häufig am besten, was sie vor Ort tun können. Darin werden wir sie unterstützen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Manche Schule in unserem Land, insbesondere in den städtischen Bereichen, platzt buchstäblich aus allen Nähten. Hier müssen wir handeln. Dabei geht es nicht nur um die Schaffung neuer Schulstandorte. Schulen mit besonderen Herausforderungen sind häufig auch Schulen, die über die räumliche Situation hinaus starke Belastungen erfahren. Stark belastet sind Schulen, die vermehrt Schülerinnen und Schüler mit schwierigen sozioökonomischen Ausgangssituationen, unterschiedlichen Formen der Beeinträchtigungen oder Förderbedarfen in der deutschen Sprache beschulen.

Solche Schulen konzentrieren sich vor allem in Ballungsgebieten. Deswegen werden wir an dieser Stelle an Modellschulen genau das diskutieren und voranbringen, wofür es geht, bessere Kooperations- und Steuerungsstrukturen, multiprofessionelle Teams und auch wirklich eine Ressourcenausstattung, wie sie vor Ort erforderlich ist. Unser Ziel ist es, mit diesen Schulen gemeinsam Instrumente zu entwickeln, die auch andere vergleichbare Schulen befähigen könnten, das nach vorne zu bringen, was dazu dient, Schule erfolgreich zu gestalten. Im Übrigen haben wir dafür erhebliche Mittel bereitgestellt, 115.000 Euro für die Grundschulen, 181.000 Euro für die Gemeinschaftsschulen und 150.000 Euro für die beruflichen Schulen, speziell um in den besonders belasteten Gebieten zu arbeiten.

Ich sage auch noch einmal, liebe Kollegin Spaniol, wir haben den strukturellen Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen von 2.000 Unterrichtsstunden auf eine rote Null gesenkt. Ich glaube, das alleine verdient schon Anerkennung. Aber Sie haben das ja auch zwischen den Zeilen so gesagt. Wir werden auch im Bereich der beruflichen Schulen einige Maßnahmen durchführen müssen, insbesondere geht es da um Investitionsmaßnahmen.

Ich bin auch froh, heute sagen zu können, dass wir für die berufliche Bildung gemeinsam mit dem Minis-

(Minister Commerçon)

terium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr und dem Innenministerium eine Bündelung hinbekommen, um ein EFRE-Programm mit Komplementärmitteln und den Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ nach vorne zu bringen. An dieser Stelle müssen wir das teilweise noch mit den Schulträgern abstimmen, aber wir werden darüber insgesamt über 33 Millionen Euro heben können. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiges Signal am heutigen Tag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch einen bildungspolitisch wichtigen Aspekt ansprechen. Das ist das Thema kulturelle Bildung. Hier haben wir mit „Chanson à l'école“, also Chanson in der Schule, aber auch mit der Neuausrichtung der Theaterpädagogik erhebliche Schritte gemacht. Wir werden das jetzt verstetigen. Wir haben ein großes Unterstützungsprogramm durch die Stiftung Mercator, insgesamt 500.000 Euro für den Zeitraum von drei Jahren, um kulturelle Bildung nachhaltig in unseren Schulen zu entwickeln. Liebe Kolleginnen und Kollegen, da fängt Kultur an. Deswegen setze ich auch jetzt mit Kultur fort.

Wir haben es geschafft, mit diesem Landeshaushalt beim Saarländischen Staatstheater wieder die komplette Übernahme der Tarifsteigerungen hinzubekommen. Das Festival „Colors of Pop“ war ein Erfolg. Wir müssen daraus lernen. Das ist völlig richtig. Wir haben die Kulturausgaben weiter gesteigert. Ich will an einer Stelle eine Ausnahme machen. Es gibt ein Kapitel, Kapitel 06 23. Hier sind bei den Ausgaben für Investitionen für das Haushaltsjahr 2018 insgesamt 720.000 Euro weniger ausgewiesen als im Haushaltsjahr 2017. Darüber freue ich mich. Das ist nämlich das Signal, dass es uns gelungen ist, die Moderne Galerie des Saarländischen Museums hinzubekommen. Ich bin sehr stolz, das mit vielen gemeinsam hinzubekommen. Ich kann Ihnen die neueste Zahl nennen von heute Morgen. Mittlerweile haben nach knapp 14 Tagen bereits 13.500 Besucherinnen und Besucher die Moderne Galerie besucht. Ich kann alle nur einladen, auch in der nächsten Zeit davon weiter Gebrauch zu machen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ein kleiner Ausblick noch auf nächstes Jahr. Wir haben nächstes Jahr das große Europäische Kulturerbejahr, kurz ECHY genannt. Dort bekommen wir aus Bundesmitteln von 3,6 Millionen Euro 5 Prozent. Ich sage dem Finanzminister immer, das wäre ein schöner neuer Königsteiner Schlüssel, den wir an dieser Stelle gebrauchen können. Ich glaube, wir werden hier auch das europäischste Projekt haben mit einer gemeinsamen deutsch-französischen Planung. Ich freue mich darüber sehr.

Da ich noch vier Sekunden habe, am Schluss noch ein Thema, das häufig zu kurz kommt, das ich aber nicht unerwähnt lassen will. Wir sind auch das für Entwicklungszusammenarbeit zuständige Ministerium. Ich freue mich sehr, dass es uns gelungen ist, im Koalitionsvertrag zu vereinbaren, dass das Saarland das erste faire Bundesland werden will. Wir haben das im Parlament schon einmal beschlossen. An dieser Stelle arbeiten wir auch. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung zum Einzelplan 06.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. - Ich schließe die Aussprache.

Der Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen hat zu Einzelplan 06 einen Abänderungsantrag eingebracht, der uns als Drucksache 16/174 vorliegt. Wir kommen zur Abstimmung über diesen Abänderungsantrag. Wer für die Annahme des Abänderungsantrages Drucksache 16/174 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Abänderungsantrag Drucksache 16/174 mit Stimmenmehrheit angenommen wurde. Zugestimmt haben CDU- und SPD-Fraktion sowie die Fraktion DIE LINKE, dagegen gestimmt hat die AfD-Fraktion.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 17 Kapitel 17 06. Wer für die Annahme von Einzelplan 17 Kapitel 17 06 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass Einzelplan 17 Kapitel 17 06 mit Stimmenmehrheit angenommen wurde. Zugestimmt haben die Koalitionsfractionen, dagegen gestimmt die Oppositionsfractionen.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 20 Kapitel 20 06, 20 12 und 20 27. Wer für die Annahme der Kapitel 20 06, 20 12 und 20 27 des Einzelplans 20 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass die Kapitel 20 06, 20 12 und 20 27 des Einzelplans 20 mit Stimmenmehrheit angenommen wurde. Zugestimmt haben CDU- und SPD-Fraktion, dagegen gestimmt die Fraktion DIE LINKE und die AfD-Fraktion.

Es ist über Kapitel 06 01 Einzelabstimmung beantragt. Wer für die Annahme des Kapitels 06 01 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass Kapitel 06 01 mit Stimmenmehrheit angenommen wurde. Zugestimmt haben SPD- und CDU-Fraktion, dagegen gestimmt haben die Fraktion DIE LINKE und die AfD-Fraktion.

(Vizepräsidentin Ries)

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 06 im Übrigen. Wer für die Annahme des Einzelplans 06 unter Berücksichtigung des eben angenommenen Abänderungsantrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Einzelplan 06 unter Berücksichtigung des angenommenen Abänderungsantrages mit Stimmenmehrheit angenommen wurde. Zugestimmt haben SPD- und CDU-Fraktion, dagegen gestimmt haben die Fraktion DIE LINKE und die AfD-Fraktion.

Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zur Übersicht 4: Einzelplan 04 - Ministerium für Finanzen und Europa - Einzelplan 17 Kapitel 17 04 und Einzelplan 20 Kapitel 20 04 sowie Einzelplan 21 - Allgemeine Finanzverwaltung.

**Übersicht 4 - Ministerium für Finanzen und Europa und Allgemeine Finanzverwaltung
(Abänderungsanträge: Drucksachen 16/171 und 16/172)**

Auch hier wurde die Berichterstattung zu Protokoll gegeben (siehe Anlage 10). Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat der Abgeordnete Volker Oberhausen von der CDU-Fraktion. Eine andere Wortmeldung liegt mir nicht vor.

(Zurufe.)

Ich wiederhole: Eine andere Wortmeldung liegt mir nicht vor. - Wird die Opposition dazu reden? - Ich sehe eine Meldung. Es liegt mir nun die Meldung des Fraktionsvorsitzenden der AfD-Fraktion Josef Dörr vor. - Herr Dörr, bitte.

Abg. Dörr (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den beiden Weltkriegen wird es wohl kaum jemanden im Saarland gegeben haben, der ein Gegner Europas war.

(Amüsiertes Sprechen des Abgeordneten Renner (SPD).)

Herrn Renner amüsiert das, es ist schön, dass Sie hier auch Freude verbreiten können.

(Abg. Renner (SPD): Ja, im Gegensatz zu Ihnen.)

Selbstverständlich bin auch ich, der ich Saarländer bin, wie die meisten Saarländerinnen und Saarländer für Europa, wobei Europa allerdings nicht die EU ist. Oft wird von Europa gesprochen und man setzt es mit der EU gleich. Europa ist aber größer als die EU. Zu Europa gehört zum Beispiel auch Russland. Die EU ist auch nicht einförmig und gleichmäßig. In der EU gibt es Länder, die im Schengen-Abkommen sind, andere sind es nicht. Es gibt Länder, die außerhalb der EU liegen, die aber am Schengen-Ab-

kommen teilnehmen. Es gibt Länder in der EU, die den Euro haben, andere haben ihn nicht. Es gibt auch Länder, die nicht zur EU gehören, die aber trotzdem den Euro haben. Die Sache ist also gar nicht so einfach, wie man es oft darstellt. Oft sagt man nur: Du bist für Europa oder du bist gegen Europa. Ich denke, ein normaler Saarländer ist schon für Europa. Ich bin es auch.

Ich sage immer: Das Saarland ist meine Heimat, Deutschland ist mein Vaterland und Europa ist unser Schicksal. Wir können aus Europa nicht ausbrechen, selbst wenn wir es wollten. Jeder, der die Grenzen - ich sage es bewusst im Plural: Grenzen - zwischen Deutschland und Frankreich und innerhalb von Deutschland noch erlebt hat, war froh, als sie gefallen sind. Als Saarländer hatten wir nach dem Krieg eine Grenze zu Deutschland, vor dem Krieg eine zu Frankreich und nachher wieder eine zu Frankreich. Wir waren alle froh, dass diese Grenzen beseitigt wurden. Ich war damals auch bei dem Fest an der Goldenen Bremm, als Nicole und Patricia Kaas gesungen haben. Es war erhebend.

(Vizepräsident Heinrich übernimmt den Vorsitz.)

Es ist ein weites Thema, ich werde es auch nicht auswalzen. Ich komme zu unserem Saarland zurück. Unser Teil der Aufgabe ist es, mit Frankreich und den anderen Nachbarn ein gutes Verhältnis und offene Grenzen zu haben, zusammenzuarbeiten und so weiter. Die Regierung nennt das, was sie in diesem Bereich vorhat, Frankreichstrategie. Ich finde das auch gut, aber wir von der AfD denken, dass es nicht bei der Frankreichstrategie bleiben darf. Es muss auch noch eine Luxemburgstrategie dazukommen. Wir haben das Gebilde SaarLorLux nicht lange nach dem Krieg geschaffen. Jetzt haben wir die Großregion, zu der auch die Wallonie, der Bezirk Brüssel und die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens, Lothringen und Rheinland-Pfalz gehören. Es ist also ein größeres Gebilde, aber immer haben wir eine Sprachgrenze zwischen der deutschen und französischen Sprache.

Es ist schön, dass man es Frankreichstrategie nennt. Es ist auch wichtig, dass wir das tun, aber machen wir auch alles, was wir selbst tun können? Es wird davon gesprochen, dass so viele Grundschulen schon zweisprachig seien. Wenn ich darf, werde ich mal einige besuchen. Dann will ich schauen, wie weit die Französischkenntnisse bei unseren Kindern sind. Ich begrüße das sehr und habe in meiner Familie auch einiges unternommen, damit meine Kinder zweisprachig sind. Ich bin da eher skeptisch. Aber wir, die wir hier sitzen, haben es doch in der Hand. Wenn wir noch kein Französisch können - ich hoffe aber, dass die meisten von uns es können -, dann können wir es lernen.

(Abg. Dörr (AfD))

Wir könnten doch vor Weihnachten und für das neue Jahr den wunderbaren Vorsatz fassen, mit dem Lernen der französischen Sprache zu beginnen. Ich höre zum Beispiel jeden Tag im Radio französische Nachrichten. Da höre ich sehr viele Dinge, die ich bei den deutschen Sendern nicht höre. Das ist also gar nicht so falsch. Wir müssen uns davon verabschieden, immer nur zu sagen, man müsste, sollte und könnte, und darauf zu warten, dass die kommenden Generationen das bringen. Das wird nicht geschehen, wenn wir nicht selbst als Vorbild vorangehen. Deshalb ist mein Appell an euch, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wenn wir noch kein Französisch können, dann fangen wir doch mit dem Lernen an!

Wenn es um Europa geht, ist es damit aber nicht genug. Man kann doch heute keinen Gegenstand mehr kaufen, ohne dass die Gebrauchsanweisung auf Englisch dabei ist. Ich habe mir sagen lassen, dass in Flandern die Telefonbücher schon englische Titel haben, sodass ein flämischer Bürger, wenn er im Telefonbuch eine Sparte sucht, Englisch können muss. Das heißt also: Wohlan, fangen wir mit dem Sprachenlernen an! Fangen wir selber mit der Mehrsprachigkeit an. Das ist mein Appell.

Jetzt über Europa hinaus. Wenn wir Europa mit der EU begrenzen, dann haben wir ein kleines, armseliges Europa. Wir wollen ja weltoffen sein! Seien wir doch wenigstens europäoopen! Ich appelliere an uns, dass wir dabei auch an Russland denken und Russland nicht verteufeln, ohne es zu kennen. - Danke schön.

(Beifall von der AfD.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich danke Ihnen, Herr Dörr. - Als Nächste rufe ich auf die Abgeordnete Jutta Schmitt-Lang von der CDU-Fraktion.

Abg. Schmitt-Lang (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das gute deutsch-französische Verhältnis ist der Motor Europas, das Saarland ist sein Herzstück. Schon viel zitiert - nicht nur, aber auch im Rahmen der gestrigen Plenardebatte - sind wir das französischste aller Bundesländer. Das liegt in der Geschichte unseres Landes und in unserer geographischen Lage begründet und ist uns in vielen Details viel mehr in Fleisch und Blut übergegangen als den meisten von uns bewusst ist.

Dieses Selbstverständnis als französischstes aller Bundesländer war und ist immer wieder gleichzeitig eine bewusste Entscheidung. Die Etablierung der Frankreichstrategie im Jahr 2014 als politische Leitlinie im Saarland war eine solche bewusste politische

Entscheidung unserer Landesregierung unter der Federführung unserer Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer. Hier manifestiert sich, dass wir im Saarland verstanden haben, wie wichtig es ist, die Nachbarn zu verstehen, seinen Alltag teilen zu können und die Grenzen im täglichen Leben zu überwinden.

Wir haben verstanden, dass dabei gerade auch das Erlernen der Nachbarsprache essenziell ist, weil es Verständigung erst möglich macht und so langfristig Frieden und Stabilität unserer Region sichert. Wir haben Mehrsprachigkeit als Standortfaktor verstanden, der den Saarländerinnen und Saarländern einen echten Mehrwert in ihrem beruflichen Leben, ihrer individuellen Mobilität und ihrem Freizeitverhalten bietet.

Diese ganz bewusste Entscheidung für die Frankreichstrategie wurde und wird oft als sehr ambitioniert bezeichnet. Das ist zweifelsohne so, beispielsweise mit Blick auf das erklärte Ziel, innerhalb einer Generation eine gelebte Mehrsprachigkeit in unserem Land umzusetzen und Französisch als ergänzende Verkehrssprache zu etablieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir Saarländer sind aber gerade auf dem besten Weg, das noch viel ambitioniertere Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes zu erreichen. Wir haben also bewiesen, dass wir uns nicht nur große Ziele stecken, sondern diese auch erreichen können. Auch bei der Umsetzung der Mehrsprachigkeit sind wir auf einem guten Weg, den wir kontinuierlich weitergehen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Wir haben derzeit in 200 von 460 saarländischen Kitas ein zweisprachiges Konzept. An 46 unserer 162 Grundschulen erfolgt Französischunterricht bereits ab Klassenstufe 1, an allen anderen ab Klasse 3. In den letzten Jahren kamen nahezu 90 Prozent aller bundesweit abgelegten DELF-Prim-Prüfungen - also DELF im Primarbereich - von saarländischen Schülern. Um diesen Weg weiterzugehen, wurde für Grundschullehrkräfte an der Universität des Saarlandes das verbindliche Schwerpunkt Fach Französisch festgelegt.

Auch in den weiterführenden Schulen ist der Französischunterricht fester Bestandteil. Es gibt ein vielfältiges Angebot an Projekten und Schwerpunkten. Beispielsweise möchte ich ein Projekt nennen, bei dem die IHK und das Ministerium für Bildung gemeinsam ein Verfahren entwickelt haben, nachdem sich Schüler der Gemeinschaftsschulen in den Kompetenzbereichen Hörverstehen und mündliche Sprachproduktion testen lassen können. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die in einem oder mehreren Kompetenzbereichen Nachweise erwerben, ist erfreulich. Diese Kompetenzbescheinigungen sind ein wichtiger Schritt für unsere Schüler, um auf dem grenz-

(Abg. Schmitt-Lang (CDU))

überschreitenden Arbeitsmarkt in der Großregion Fuß zu fassen. Es sind diese und viele andere kleine Schritte, die uns den Weg zu einer gelebten Mehrsprachigkeit eröffnen, um nicht nur Sprachbarrieren, sondern auch Grenzen in den Köpfen abzubauen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Aber das Herzstück unserer Europapolitik - die Frankreichstrategie - ist noch viel mehr. In einem ersten Maßnahmenbündel, der sogenannten Feuille de Route I, das Maßnahmen von 2015 bis 2016 definiert hat, wurde beispielsweise das Büro des Saarlandes in den Räumen der SaarLB in Paris eröffnet. Wir haben einen deutsch-französischen Berufsschulzweig Automobil am Berufsbildungszentrum in St. Ingbert implementiert. Im Saarland wurde ein einheitlicher Ansprechpartner für französische Unternehmen und Unternehmensgründungen eingesetzt.

Darüber hinaus haben wir grenzüberschreitend Ausbildungsmöglichkeiten an den Start gebracht und die Wirtschafts- und Wissenschaftsbeziehungen mit den französischen Regionen intensiviert. Die deutsch-französische Ausrichtung der SaarLB ist dabei eine besondere Erfolgsgeschichte. Diese Geschichte beweist einmal mehr: Wirtschaft macht nicht an Landesgrenzen halt. Im Gegenteil. Auch darum ist die Frankreichstrategie wichtig für die gesamte Region.

Dass die Frankreichstrategie von einer breiten Akzeptanz in der saarländischen Bevölkerung getragen ist, hat eine Studie des Sprachwissenschaftlers Philipp Krämer von der Freien Universität Berlin ergeben, die im Mai dieses Jahres veröffentlicht wurde. Rund 62 Prozent der Befragten bewerteten die Frankreichstrategie als gut oder sehr gut und begreifen sie als Chance. Natürlich gibt es noch Unsicherheiten, zum Beispiel, dass das Englische neben dem Französischen vernachlässigt werden könnte. Aus eigener Unterrichtserfahrung als Französischlehrerin sage ich aber, gerade das frühe Französischlernen und eine gezielte didaktische Ausrichtung eröffnen neue Möglichkeiten, während der Schulzeit Englisch und weitere Fremdsprachen leichter zu erlernen.

(Laute Sprachgeräusche aus dem Tablet des Abgeordneten Roth (SPD). - Sprechen und Heiterkeit.)

Wobei das Fach digitale Medien im Unterricht immer sehr zielführend ist.

(Beifall.)

Kein Problem. Alles gut. - Von einer auf Mehrsprachigkeit ausgerichteten Frankreichstrategie können alle Sprachen profitieren. Keiner muss zurückbleiben. Aber an diesem Beispiel zeigt sich die Aufgabe, die noch vor uns liegt und die auch in der Studie an-

gesprochen wurde. Das Europaministerium tut schon sehr viel, um die Saarländerinnen und Saarländer mitzunehmen, beispielsweise bei den Europa-Matineen, bei denen die Ausrichtung der Strategie diskutiert wird.

Das ist aber nicht nur die Aufgabe der Regierung, sondern auch von uns Parlamentariern. Wir müssen unsere Bürgerinnen und Bürger noch besser informieren. Wir müssen die Chancen der Frankreichstrategie mit den Saarländerinnen und Saarländern diskutieren und ihre Ideen noch stärker einbeziehen, damit die Umsetzung der Frankreichstrategie weiterhin Rückhalt in der Bevölkerung hat und auch zukünftig eine Erfolgsgeschichte bleibt.

Dieser Aufgabe stellt sich das Saarland mit der Feuille de Route II - dem zweiten Maßnahmenkatalog der Frankreichstrategie. Hier werden einerseits die grenzüberschreitenden Angebote in Bildung, Ausbildung und Wirtschaft weiter gestärkt. Wir wollen weitere Hürden im alltäglichen Leben von Tausenden Grenzgängern abbauen.

Andererseits soll zukünftig zum Beispiel der Sport in den Fokus gerückt werden. Gerade hier können wir einen Großteil der gesellschaftlichen Gruppen erreichen und den Wert einer gelebten Frankreichstrategie begreifbar machen. Ehrenamtliche und Vereine sollen in Zusammenarbeit mit dem Landessportverband grenzüberschreitende Kontakte knüpfen und intensivieren.

Auch Krämer betont im Kontext seiner Studie, dass in unserer Vereinsstruktur eine große Chance für die Frankreichstrategie und die europapolitische Ausrichtung des Saarlandes liegt. Viele Vereine und ehrenamtlich Tätige engagieren sich bereits in diesem Bereich in besonderem Maße. Gerade die Partnerschaftsvereine leisten hervorragende Arbeit und leben die deutsch-französische Freundschaft. Daher ist es nur konsequent, wenn die Landesregierung die Zusammenarbeit mit dem Landessportverband systematisiert und noch mehr ehrenamtlich Aktive mit ins Boot nimmt.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Sie sehen, auch in meiner zweiten Rede im Plenum lassen mich die Vereine und das Ehrenamt nicht los. Aber man kann sich gerade am heutigen Tag des Ehrenamts gar nicht genug bewusst machen, dass wir mit unserer starken Vereinsstruktur ein bundesweites Alleinstellungsmerkmal vorzuweisen haben, von dem wir in allen gesellschaftlichen Bereichen profitieren, so auch bei der saarländischen Europapolitik.

Weiterhin werden der Austausch und die Zusammenarbeit im Justizbereich gestärkt. Unser Europa-minister Stephan Toscani hat bereits gestern in seinen Ausführungen zum Justizhaushalt die grenz-

(Abg. Schmitt-Lang (CDU))

überschreitenden Kooperationsvereinbarungen erwähnt. Nicht zuletzt ist die deutsch-französische Zusammenarbeit auch Markenkern in vielen Bereichen saarländischer Kulturpolitik. Auch hier ist die Landesregierung gefordert, die erfolgreichen grenzüberschreitenden Austauschprojekte und Kooperationen auszubauen. Sie sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Frankreichstrategie und die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit in der Großregion ist eine ambitionierte und vielfältige Aufgabe. Sie ist aber auch eine riesige Chance für das Saarland. Sie ist unser Markenkern, ja, sie ist somit in gewissem Sinne überlebenswichtig. Eingangs sprach ich von einer bewussten Entscheidung unserer Landesregierung für die Frankreichstrategie und die konsequente Intensivierung der Zusammenarbeit in der Großregion. Die Weitsichtigkeit dieser Entscheidung wird einem in Zeiten, in denen der Weg Europas kein leichter ist, umso klarer vor Augen geführt. Gerade der Blick auf den bevorstehenden Brexit und auf antieuropäische Tendenzen in verschiedenen Mitgliedsstaaten fordert ein klares deutsch-französisches Bekenntnis zum Haus Europa, das über Jahrzehnte hinweg Frieden und Wohlstand in unserem Land garantiert hat.

Das Saarland hat hier eine Brückenfunktion, die Chance und Verpflichtung zugleich ist. Europa braucht ein selbstbewusstes Saarland, das diese Aufgabe beherzt annimmt, das auch zukünftig die Frankreichstrategie konsequent vorantreibt und in diesen Markenkern unseres Landes investiert. Deshalb ist es nur richtig, dass wir in einem Abänderungsantrag der Koalitionsfraktionen den Mittelan-satz noch einmal um 50.000 Euro erhöhen. Wie auch bei unserer Ministerpräsidentin haben wir hier mit unserem Europaminister Stephan Toscani und dem Staatssekretär Roland Theis Überzeugungstäter, für die die Europapolitik und die Frankreichstrategie ein Herzensthema sind und die für die Sache brennen. Das, lieber Stephan Toscani, merkt man.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir haben aber aktuell auch auf der französischen Seite unter der Regierung Macron wieder Ansprechpartner, die die Brückenfunktion des Saarlandes anerkennen und wertschätzen und offen sind für eine engere Kooperation. Diese Chance müssen wir nutzen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, stimmen Sie daher dem Abänderungsantrag und den Investitionen im Bereich Europa und dem Einzelplan 04 zu. Und was noch viel wichtiger ist: Lassen Sie uns begeisterte, engagierte und mutige Europäer sein und das französische aller Bundesländer gemeinsam weiterentwickeln. - Vielen Dank.

Vizepräsident Heinrich:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Ich rufe die nächste Rednerin auf, Frau Barbara Spaniol von der Fraktion DIE LINKE.

Abg. Spaniol (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir aus dem Einzelplan 04 zwei Punkte herausgegriffen. Bei dem einen, Europa und die Frankreichstrategie, werde ich gerne an die Kollegin Schmitt-Lang anknüpfen. Ja, hier waren, glaube ich, ursprünglich 150.000 Euro eingestellt. Sie haben noch einmal 50.000 draufgesattelt. Das begrüßen wir und wir werden dem Abänderungsantrag zustimmen. Das haben wir die ganze Zeit so gemacht, das gehört sich so, wenn es Mittelaufwüchse gibt, die Institutionen und Projekten zugutekommen. Dann macht man das so, auch wenn man in der Opposition sitzt. Das ist für uns selbstverständlich.

Jetzt noch einmal zum Ziel der Frankreichstrategie: Es ist wirklich ein ambitioniertes Ziel. Es ist gesagt worden, binnen einer Generation, bis 2043, soll Französisch durch ein breites Bildungsangebot als zweite Sprache etabliert werden, vom Kindergarten über die Grundschule bis zur weiterführenden Schule. Ziel ist es, das Saarland zu einer mehrsprachigen Region deutsch-französischer Prägung zu machen. Ja, da kann ich nur sagen, d'accord. Wir haben in vielen Besuchergruppen, wenn wir mit Schülerinnen und Schülern zusammensitzen, immer dafür geworben und auch hervorgehoben, wie wichtig es ist, dass insgesamt mehr Französisch gesprochen wird. Wir wissen auch, wie viele Schülerinnen und Schüler darauf reagieren, wenn dann Englisch kommt, aber dazu sage ich gleich noch etwas. Die Umsetzung auf dem Weg dorthin ist eben schwierig.

Jetzt haben Sie, Frau Kollegin Schmitt-Lang, die Umfrage der Freien Universität Berlin genannt. Die fand ich auch interessant, die hat wirklich einiges zutage gebracht. Ich sage es noch einmal, eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung des Saarlandes möchte stärker mehrsprachig werden und dem Französischen im Alltag einen größeren Stellenwert einräumen. So weit, so gut. Fast zwei Drittel fanden das alles gut oder eher gut. Die Zustimmung hat auf allen Bildungsniveaus und in allen Beschäftigungsgruppen überwogen, auch das ist ganz wichtig. Aber: Sie hat aus unserer Sicht an manchen Stellen schon sehr ernüchternde Ergebnisse gebracht. Sehr viele Saarländerinnen und Saarländer fühlen sich nicht gut informiert und nicht einbezogen beim Thema Frankreichstrategie. Weit über 70 Prozent sind der Ansicht, dass die Bürgerinnen und Bürger an der Umsetzung zu wenig beteiligt werden. Sie haben das eben ja letztendlich auch so skizziert. Nur ein sehr kleiner Teil, nämlich 14,4 Prozent, fühlt sich gut im Bilde, was diese Strategie überhaupt ist und sein

(Abg. Spaniol (DIE LINKE))

soll. Eine Mehrheit befürwortet zumindest die flächendeckende Einführung zweisprachiger Kitas, mehrsprachiger Schilder und das Saarlandbüro in Paris. Das klingt doch schon mal ganz gut. Aber nur 30 Prozent unterstützen das Ziel der Landesregierung, dass Französisch zweite Verkehrssprache wird. Knapp 60 Prozent sind nicht der Ansicht, dass die Frankreichstrategie überlebenswichtig für das Saarland ist. Die Landesregierung sagt zu Recht, das ist eine Chance für die Eigenständigkeit des Landes, aber an der Stelle sehen das 60 Prozent eben offensichtlich anders.

Kultureller Austausch und gute Beziehungen zum Nachbarn Frankreich sind Ziele, die sich jede Saarländerin und jeder Saarländer wünscht. Letztendlich sind wir ja alle so groß geworden. Es kommt aber darauf an, all das auch lebendig zu halten. Tatsächlich fehlen wohl noch spürbare konkrete Maßnahmen und eben auch Fortschritte neben den Absichtserklärungen. Denn die Grundidee - -

(Zuruf des Abgeordneten Funk (CDU).)

Das ist doch gar kein Angriff, hören Sie mir doch einmal zu. - Denn die Grundidee, die Grenznähe zu einem Standortvorteil zu machen, ist nicht neu. Das ist eben auch gesagt worden, sie ist seit den Siebziger- und Achtzigerjahren längst Programm. Das deutsch-französische Theaterfestival, die Perspectives, wurde 1978 gegründet, die grenzüberschreitende Saarbahn mit direkter Anbindung nach Saargemines startete 1997 und die Deutsch-Französische Hochschule gibt es seit 1999. Ich möchte sagen, dass die Grundidee mit vielen Projekten schon auf den Weg gebracht ist. Das Zusammenrücken mit unseren Nachbarn und Freunden hat eine lange und gute Tradition und auch das Ziel, die Zweisprachigkeit vielleicht bis 2043 herzustellen, ist gut und richtig. Es gibt schon viele Anstrengungen, das wollen wir würdigen, aber oft sind es nur die kleinen Schritte, von denen die Kollegin gesprochen hat, und die gilt es doch auszubauen.

Jetzt kommen wir noch einmal zu unseren Besuchergruppen hier im Haus und die Diskussion um Französisch und Englisch. Das macht einem schon Sorge, wenn man sieht, wie das diskutiert wird, dass eben viele Eltern die Sorge haben, dass all das zu Lasten des Englischunterrichts geht und ihre Kinder später im Berufsleben schlechtere Chancen haben. Ich teile diese Sorgen nicht. Wir haben vehement für Französisch gestritten und für die Sprache geworben, aber es ist wirklich eine harte Nuss, auch wenn wir in unsere eigenen Familien schauen. Englisch ist leichter zu lernen, das spielt eine große Rolle. Wir sollten für die Affinität zur französischen Sprache auch aus dem Parlament heraus werben. In den Kitas geht das noch aus meiner Sicht, das habe ich auch bei meinem Sohn gut erlebt. Dort läuft das spielerisch ab, ohne dass dann später Englisch auf

der Strecke bleiben soll. Es hängt vieles daran, wer das vor Ort macht, wie das Personal aussieht, ob genug Muttersprachlerinnen und Muttersprachler vorhanden sind. Das ist ein wichtiger Dreh- und Angelpunkt. Ohne konkrete neue Projekte, ohne eine ganz bestimmte, strategische Werbung und ohne dass die Eltern mitgenommen werden, kommt die Strategie, die Frankreichwerbung, nicht wirklich an. Daran müssen wir zusammen arbeiten. Wir sind auf jeden Fall dazu bereit und hier auch gerne an Ihrer Seite.

Jetzt muss ich von der Frankreichstrategie in die Finanzverwaltung zu den Finanzämtern springen, weil das auch ein Teil ist, der den Einzelplan 04 ausmacht. Meine Damen und Herren, wir haben das im Ausschuss beraten. Aus unserer - und ich glaube, auch aus Ihrer - Sicht ist klar, dass wir eine gut ausgestattete Finanzverwaltung brauchen. Das ist allen klar. Gerade in der Finanzverwaltung führen Ausgabenkürzungen gerade nicht zu einer Entlastung des Haushaltes. Eher das Gegenteil ist der Fall, wenn die Finanzverwaltung des Landes zu schlecht besetzt ist oder halt schwächer besetzt werden wird. Wenn man in den Stellenplan hineinschaut - wir waren an der Stelle echt verwundert -, sieht man, dass da ein echter Stellenabbau ausgewiesen ist. Es werden ku- und kw-Vermerke im Stellenplan bei zehn Stellen der Wertigkeit A 9 wirksam ausgebracht. Es geht um die Steuerinspektorinnen und Steuerinspektoren. Insgesamt hat der Bereich der Finanzämter im Stellenplan 20 Planstellen weniger als 2017. Bei Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst fallen auch Stellen weg, ebenfalls 20. Bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gab es ein Minus von 12 Stellen. Wir finden also, dass es an der Stelle sehr schwierig ist, weiter Stellen abzubauen. Eine schwächer besetzte Verwaltung geht immer zu Lasten des Services für die Bürgerinnen und Bürger. Das führt auch in diesem Bereich zu Einnahmeverlusten, die sich das Land so nicht leisten kann.

Wir hätten uns hier ganz klar einen Stellenaufwuchs gewünscht. Wir haben auch Abänderungsanträge vorgelegt, aber die sind in der Mühle der Beratungen letzte Woche einfach untergegangen. Das haben wir im Nachhinein festgestellt. Aber wir haben klar dokumentiert, wie wir uns das vorstellen. Darauf wollte ich an dieser Stelle noch einmal hinweisen. Wir äußern hier Kritik, wir möchten diesen Stellenabbau nicht mittragen, wie in vielen anderen Bereichen der Landesverwaltung auch nicht. Das rächt sich. Da gehen wir nicht mit. - Ansonsten bedanke ich mich fürs Zuhören.

(Beifall bei der LINKEN.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich danke Ihnen, Frau Kollegin Spaniol. - Ich rufe für die SPD-Landtagsfraktion Frau Abgeordnete Isolde Ries auf.

Abg. Ries (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte den Fokus auch auf den Europeil dieses Haushaltes legen. In einer Zeit, in der der europäische Gedanke immer mehr hinterfragt wird, ist es ganz wichtig, dass wir uns im saarländischen Landtag klar für die europäische Integration aussprechen; denn wir brauchen mehr Europa und nicht weniger Europa. Meine beiden Vorrednerinnen haben es schon gesagt: Gerade hier im Grenzbereich zu Frankreich und zu Luxemburg leben wir Europa. Wir greifen in den unterschiedlichsten Gremien den Alltag und die Probleme der Menschen auf. Oftmals sind es ganz kleine Hürden, die wir überwinden müssen. Wir finden auch vielfältige Lösungen für das alltägliche Zusammenleben entlang der Grenze. Die vielen von der EU geförderten Projekte helfen uns dabei.

Ich habe mir einmal aufgeschrieben, was da so alles ins Saarland fließt. Direkt von europäischer Politik profitieren wir durch die EU-Regionalförderung, also durch den EFRE-Topf. Dort fließen von 2014 bis 2020 143 Millionen Euro ins Saarland und werden hier auch wieder kofinanziert, und zwar für die Schaffung von Arbeitsplätzen - 520 sind dadurch schon entstanden -, für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, für die Verbesserung der Lebensqualität, für regenerative Energie, für Forschungsvorhaben; 15 Forschungsvorhaben wurden zusätzlich gefördert. Allein für 2018 stehen hierfür 20 Millionen Euro zur Verfügung, plus Kofinanzierungsmittel also 40 Millionen Euro.

Aus dem Europäischen Sozialfonds erhält das Saarland im gleichen Förderzeitraum 74 Millionen Euro. Das wird auch wieder kofinanziert. Für 2018 heißt das 10 Millionen Euro, dazu gehören grenzüberschreitende Ausbildungen - unser Bildungsminister ist da sehr aktiv -, Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben für lebenslanges Lernen und die soziale Eingliederung.

Zur Förderung der Landwirtschaft erhalten wir 34 Millionen Euro über ELER-Projekte, Förderprogramme für nachhaltige und umweltschonende Bewirtschaftung und ländliche Entwicklung. Aus dem Europäischen Garantiefonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes fließen in diesem Förderzeitraum 6,35 Millionen Euro ins Saarland. Im Durchschnitt machen diese Zahlungen 30 bis 40 Prozent des Einkommens der landwirtschaftlichen Betriebe aus.

Hinzu kommen noch weitere Gelder aus EU-Bildungsprogrammen und Erasmus-Plus. Viele unserer Kinder haben über Erasmus-Plus während ihres Studiums auch schon Erfahrungen in anderen Ländern gesammelt. Das sind Programme, die für die Jugendlichen ganz wichtig sind.

Vieles, was hier durch diese Programme gefördert wird, wäre gar nicht umsetzbar, hätten wir die Mittel aus Europa nicht. Deshalb müssen wir uns ganz besonders dafür stark machen, dass diese Strukturfondsmittel weiterhin fließen. Es gab nämlich Diskussionen nach dem Austritt des Vereinigten Königreiches, nach dem Brexit, auch von unserem Kommissar Oettinger, der gesagt hat, dass dann diese Strukturfondsmittel, weil weniger Gelder zur Verfügung stehen, nur noch für die neuen Beitrittsländer zur Verfügung stehen werden.

Es hat aber eine starke Bewegung in Europa gegeben. Unterstützt wurden wir dabei von Jo Leinen im EU-Parlament. Auch auf unseren Einflusssebenen im Ausschuss der Regionen, in allen grenzüberschreitenden Gremien haben wir das zum Thema gemacht, beim Gipfel der Großregion, im Interregionalen Parlamentarierrat, im Wirtschaftsausschuss der Großregion und im Interregionalen Gewerkschaftsrat. Die Städte und Gemeinden mit ihren Organisationen QuattroPole und Eurodistrict SaarMoselle haben uns dabei unterstützt, natürlich auch ganz stark die Landesregierung. Ich bin mir deshalb sicher, dass die Mittel in Deutschland auch in Zukunft weiterhin in Regionen fließen werden, die das notwendig haben. Ich denke, das haben wir gemeinsam erreicht.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

In diesem Haushalt haben wir noch einen kleinen Schwerpunkt zusätzlich gesetzt, Frau Schmitt-Lang und Frau Spaniol haben es schon erwähnt. Ich habe mich auch gefreut, dass die LINKE das mit unterstützt: 50.000 Euro mehr für die Frankreichstrategie. Vorher hatte der Minister in seinem Ressort schon 50.000 Euro draufgesattelt, sodass in diesem Haushalt jetzt 100.000 Euro mehr zur Verfügung stehen, um dieses wichtige Ziel umzusetzen.

Wir arbeiten in fast allen Bereichen mit unseren französischen und luxemburgischen Nachbarn zusammen. Ich könnte hier jetzt ganz lange auflisten, aber dafür reicht mir die Zeit nicht. Deshalb nur ein paar Beispiele.

Im Krankenhausbereich gibt es zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung seit 2013 eine gute Zusammenarbeit der SHG-Herzlinik Völklingen mit Unisanté Forbach und umgekehrt. Französische Patienten aus den Gemeinden des Arrondissements Forbach und des Arrondissements Sarreguemines im Département Moselle können nach einer Vereinbarung, die seit 2016 ein Interreg-Projekt ist, Leis-

(Abg. Ries (SPD))

tungen der Kardiologie der SHG Klinik Völklingen und Leistungen der Neonatologie - das ist die Behandlung von Neugeborenen und Frühgeborenen - des Winterberg-Klinikums in Anspruch nehmen. Deutsche Patienten können im umgekehrten Fall die Kinderheilkunde der Unisanté in Forbach in Anspruch nehmen, wenn die Behandlung im Winterberg aus Platzgründen nicht möglich ist. Weiterhin gibt es für deutsche Patienten eine ambulante nuklearmedizinische Einheit am Hôpital de Freyming-Merlebach und es gibt die Möglichkeit für deutsche Patientinnen und Patienten - das ist zurzeit noch schwierig - Rehabilitation in Freyming-Merlebach durchzuführen. Es gab und gibt hier das Problem, dass bei uns die Krankenkasse das immer vorher vereinbart und genehmigt. In Frankreich ist das anders. Man konnte diesen Genehmigungsvorbehalt jetzt durch Direktabrechnungen regeln. Schwierig wird es natürlich - und das ist noch nicht geregelt - bei Reha-Maßnahmen, weil es sich da weder um eine nicht vorhersehbare Leistung noch um einen Notfall handelt. Aber auch da sind wir dran.

Wir haben auch das Problem mit den Taxis geregelt. Wir hatten hier im saarländischen Landtag alle Taxiunternehmen aus der Großregion eingeladen. Die Task Force hat einen Vorschlag erarbeitet - und siehe da, die Leute kennen sich und arbeiten sehr gut miteinander. Das funktioniert mittlerweile ohne Probleme. Das betrifft auch die Paketzustellung, die nicht funktioniert hat. Wenn Menschen miteinander reden, klappt das im kleinen Grenzgang wunderbar.

Bei der Saarbahn, die nach Saargemünd fährt, gab es Probleme, weil die Trassengebühr von der SNCF so angehoben wurde, dass es nicht mehr möglich gewesen wäre, die Leute nach Saargemünd zu fahren. Jetzt gibt es eine Vereinbarung zumindest bis 2020. Letzte Woche war ich mit Frau Kohler von Aléo - das ist die gemeinsame Gesellschaft von SNCF und der Deutschen Bahn AG - bei der Saarbahn, weil wir auf unserer Reise nach Paris erfahren haben, dass es bei der Fahrt von Saarbrücken nach Straßburg am frühen Morgen Probleme gibt. Wenn der Zug in Saargemünd um 8.15 Uhr ankommt, stranden die meisten Pendler in Saargemünd und müssen dort zwei Stunden auf den nächsten Zug warten. Die Saarbahn AG hat versprochen, aktuell eine Fahrplanänderung vorzunehmen, damit es früher hier losgeht und es eine Fahrt ohne Zeitunterbrechung und ohne Probleme gibt.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Es sind viele kleine Mosaiksteinchen, die man bewegen muss, um ein gemeinsames Zusammenleben zu fördern, aber Schritt für Schritt schaffen wir das. Wir haben in den letzten Jahren viel bewegen können. Es lohnt sich, Grenzen einzureißen und sie zu überwinden. Ich hätte mir vor Kurzem nicht vorstellen können, dass wir in Europa wieder neue Zäune

und Mauern errichten und ausgerechnet die Parteien großen Zulauf haben - leider ja auch hier im Landtag -, die mit nationalistischen und populistischen Parolen offenbar für Abschottung und neue Grenzen werben, weil Grenzen immer Abgrenzung, Misstrauen, Berührungängste und Nährboden für Vorurteile schaffen. Wir sind froh, dass es Schengen gibt und dass wir die Grenzregion haben, dass wir die Freizügigkeit und die Freiheiten des Binnenmarktes genießen können. Wir sind stolz darauf, dass wir hier in der Großregion drei Sprachen, vier Länder und fünf Regionen mit 11,4 Millionen Menschen repräsentieren. Das macht nämlich die Großregion aus hier im Herzen Europas. Sie bietet den Rahmen für dauerhafte politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Beziehungen. Damit können wir Barrieren abbauen. Ich möchte meine Rede beenden mit einem Zitat von François Mitterrand, der einmal gesagt hat: Die deutsch-französische Freundschaft versteht sich nicht von selbst. Sie ist weder natürlich noch automatisch. - In diesem Sinne arbeiten wir zusammen. Ich bitte Sie um Unterstützung des Haushaltes 2018. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich danke Ihnen, Frau Kollegin Ries. - Das Wort hat für die CDU-Landtagsfraktion Herr Volker Oberhausen.

Abg. Oberhausen (CDU):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die zu beratenden Einzelpläne 04 und 21 sind zentrale Elemente des Haushaltes 2018. Der zentrale Charakter der zu verhandelnden Einzelpläne zeigt sich insbesondere daran, dass hier nicht nur die Ausgaben der Finanzverwaltung veranschlagt sind, sondern auch die Einnahmeseite des Haushalts ihre Berücksichtigung findet. Hierbei ist festzustellen, dass es dem Saarland gelungen ist, die Vorgaben des Stabilitätsrats in den letzten Jahren zu erfüllen. Gerade bei den Steuereinnahmen zeigt sich, dass durch eine seriöse Finanzpolitik die Grundlage für eine stabile Wirtschaft geschaffen wurde, so wie es heute Morgen der Kollege Kurtz bereits angesprochen hatte. Die Steuerschätzung vom Mai 2017 ist erfreulicherweise längst überholt. Die November-Schätzung, die vor wenigen Tagen auf den Tisch kam, bewirkt, dass statt einer Nettokreditaufnahme von 36 Millionen Euro in 2018 nur noch von einem Fehlbetrag von 8 Millionen Euro ausgegangen wird. Das heißt, der Betrag wurde um 78 Prozent reduziert. Dies geht einher mit der Senkung des strukturellen Defizits in den Jahren 2010 bis 2018 um 1 Milliarde Euro. Dies entspricht einer Reduzierung von 80 Prozent, wahrlich ein sensationeller Befund.

(Abg. Oberhausen (CDU))

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Für das Jahr 2019 werden keine neuen Schulden gemacht. Ab 2020 sind in diesem Haushalt mittelfristig Tilgungen vorgesehen. Da ich aus der Finanzaufsicht komme, komme ich nun zu meiner politischen Bewertung. Diese politische Bewertung sieht so aus: Nach 50 Jahren werden in der mittelfristigen Finanzplanung ab 2019 erstmals keine neuen Schulden mehr geplant. Dies ist nicht nur ein Wendepunkt, ein Turnaround, Herr Minister Toscani, sondern dies ist ein Quantensprung.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Es ist ein Sprung in die generationengerechte Finanzierung des Landeshaushalts. Es wird nicht mehr auf Kosten unserer Kinder und Enkel Politik gemacht.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

In den letzten Minuten war so viel von Europa die Rede. Stephan Toscani ist auf den Spuren von Helmut Bulle. Helmut Bulle kam letztmals vor 50 Jahren ohne Nettokreditaufnahme aus. Die Menschen kennen Helmut Bulle in der Grenzregion als Initiator des Europadenkmals in Berus. Heute wird diese Stiftung von unserem früheren Kollegen Kurt Schoenen geleitet. - Aber ich möchte nach diesem kurzen Ausflug nach Europa wieder zum Landeshaushalt kommen. Ich sprach beim vorgelegten Haushaltsentwurf von einem Quantensprung, vom Sprung in eine generationengerechte Finanzierung des Landeshaushalts. Wenn wir dann noch die Vereinbarungen zwischen dem Bund und den Ländern dazunehmen, die die Finanzbeziehungen ab 2020 regeln, geht das Saarland nach Jahrzehnten wieder einer gesicherten finanziellen Zukunft entgegen. Ich habe eigentlich gedacht, nachdem ich Ihnen gesagt habe, welche Trendwende durch diesen Haushaltsentwurf eingeleitet worden ist, dass die Opposition das auch anerkennen müsste. Herr Kollege Lafontaine macht sich heute Mittag wieder einen schlanken Fuß.

(Abg. Flackus (DIE LINKE): Es gibt noch mehr, die sich einen schlanken Fuß machen.)

Ich richte Ihnen das aus, damit Sie das an den Kollegen Lafontaine weiterleiten können: Steuerpolitischer Ladenhüter Vermögenssteuer. Ich habe einmal in einer Steuerberatungsgesellschaft gearbeitet. Ich kann Ihnen sagen, Sie erwischen mit einer Vermögenssteuer genau die Richtigen, nämlich die Gewerbetreibenden, die Handwerker und die Häuslebauer im Saarland.

(Beifall bei der CDU.)

Ich fasse zusammen: Dieser Haushalt ist solide finanziert. Er bietet eine gute Grundlage für die zukünftige Landespolitik. Ich darf Ihnen deshalb empfehlen, den Einzelplänen 04 und 21 zuzustimmen

und heute Abend den Haushalt in seiner Gänze zu verabschieden. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Vizepräsident Heinrich:

Vielen Dank, Herr Kollege Oberhausen, und herzlichen Glückwunsch zu der gelungenen Jungferrede. - Ich erteile das Wort Herrn Minister Stephan Toscani.

Minister Toscani:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, für die Landesregierung zum Einzelplan 04 Stellung nehmen und auf das eine oder andere, das hier in der Debatte vorgebracht wurde, eingehen zu können. Zunächst einmal: Danke für so viel Zuspruch! Danke auch noch einmal an den Kollegen Volker Oberhausen dafür, dass er die Bedeutung dessen, was wir in Sachen Gesundung der Landesfinanzen zu erreichen auf dem Weg sind, noch einmal herausgestellt hat. Wir sind auf dem Weg, die Schuldenbremse einzuhalten. Wir sind auf dem Weg, 2019 keine neuen Schulden mehr zu machen. 2020 werden wir damit beginnen, Schulden abzubauen. Und ab dem Jahr 2020 werden wir uns endlich wieder neue Spielräume zur Stärkung unserer Wirtschafts- und Finanzkraft eröffnen. Das ist die große gemeinsame Leistung der Großen Koalition!

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Diese dramatische, diese drastische Reduzierung des strukturellen Defizits, diese deutliche Rückführung der Neuverschuldung von 700 Millionen Euro im Jahr 2012 auf nunmehr nur noch 8 Millionen Euro im Jahr 2018, das war kein Selbstläufer. Möglich war das nur, weil wir konsequent konsolidiert haben. Es ist gestern in der Generaldebatte schon mehrfach angeklungen, dass das nur möglich war und ist, weil wir in der Landesverwaltung eingespart haben, weil wir dabei sind, auch Stellen einzusparen.

Dabei gibt es, liebe Kollegin Barbara Spaniol, keine Überraschung, da wir von Beginn an betont haben, keinen Bereich auszunehmen. Wir müssen in allen Bereichen der Landesverwaltung Stellen abbauen und in gewissem Sinne konsolidieren. 10 Prozent in gut zehn Jahren, das ist das Ziel, das wir uns gemeinsam vorgenommen haben und das wir jetzt auch umsetzen. Die Finanzverwaltung war dabei von Beginn an ebenso wenig ausgenommen wie andere Bereiche. Wir haben klar gesagt, dass wir in der Finanzverwaltung rund 150 Stellen abbauen müssen. Dieses Ziel ist nun noch einmal modifiziert worden, die Vorgabe wurde auf 140 Stellen gesenkt; wir konnten hier ebenso wie in anderen Bereichen ein wenig nachlassen. Nunmehr bleibt also als Ziel, 140 Stellen in der Finanzverwaltung abzubauen.

(Minister Toscani)

Dieses Ziel wird auch im Haushalt 2018 abgebildet. Insofern ist das Dargestellte keine Überraschung, sondern Teil des großen Konsolidierungsprozesses, den wir uns vorgenommen haben.

Wir bauen aber nicht einfach Stellen ab, wir sagen nicht einfach, 140 Stellen in zehn Jahren, das wird irgendwie gehen. Nein, wir haben gesagt, dieser Stellenabbau kann nur dann funktionieren, wenn wir auch die Organisation umbauen. Das tun wir mit dem Projekt „Finanzamt 2020“. Gemeinsam mit den Personalräten und mit den Gewerkschaften haben wir einen Plan entwickelt, der, davon sind wir überzeugt, sicherstellt, dass wir auch mit weniger Stellen in der Finanzverwaltung eine ebenso gute und effiziente Finanzverwaltung darstellen können wie bisher.

Wie machen wir das? Wir machen das erstens, indem wir Aufgaben zentralisieren. Statt dreier Finanzämter, bei denen es bislang Außenprüfungsdienste gab, wird es künftig ein einziges Finanzamt mit Außenprüfungsdienst geben. Dadurch wird eine höhere Effizienz erzielt. Der zweite Punkt betrifft die IT, die Technologie. Die technologische Entwicklung macht auch vor der Finanzverwaltung nicht halt. Im Gegenteil, durch den Einsatz neuer Technologie, durch den Einsatz der Informationstechnologie schaffen wir es, Effizienzreserven zu heben und den Stellenabbau zu kompensieren. Drittens ist die Zusammenarbeit mit Rheinland-Pfalz zu erwähnen. Wir haben gemeinsam mit Rheinland-Pfalz ein im föderalen Bundesstaat modellhaftes Projekt auf den Weg gebracht. Wir kooperieren bei der Steuerverwaltung, Steuererhebung und Steuerbearbeitung. Die Rheinland-Pfälzer bearbeiten alle Erbschaftssteuerfälle aus dem Saarland, während wir einen großen Teil der Grunderwerbssteuerfälle aus Rheinland-Pfalz bearbeiten. Auch insoweit gibt es also Kooperation und Zentralisierung. Mit der Zentralisierung, dem verstärkten Einsatz der IT und der Kooperation mit Rheinland-Pfalz gelingt es uns, den Stellenabbau zu kompensieren und dafür zu sorgen, dass wir auch künftig eine gute und solide Finanzverwaltung im Saarland haben werden.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Als Europaminister unseres Landes freue ich mich natürlich, dass es hier im Parlament einen Konsens und eine so breite Zustimmung zu den europapolitischen Grundlinien der Landesregierung gibt. Das gilt insbesondere auch mit Blick auf die Frankreichstrategie. Damit wird letztlich das abgebildet, was mehrere Umfragen und Untersuchungen in den zurückliegenden Jahren insbesondere zur Frankreichstrategie ergeben haben: Ein großer Teil der Saarländerinnen und Saarländer heißt die Frankreichstrategie der Landesregierung gut und die überwiegende Mehrheit der Saarländerinnen und Saarländer unterstützt auch die Frankreichstrategie. Das spornt uns an, das zeigt uns, dass der Weg, das Deutsch-Fran-

zösische und das Europäische mehr und mehr zur Dachmarke unseres Landes, immer stärker zu einem identitätsprägenden Element und auch zu einem Zukunftshebel für unser Land zu machen, bei der Bevölkerung ankommt. Diese Politik wird angenommen. Dass dieser Weg akzeptiert wird, das ist, das sage ich ganz bewusst, kein Erfolg allein der Landesregierung, sondern übergreifend ein gemeinsamer Erfolg für das Saarland.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Natürlich ist es auch wichtig, auf Sorgen einzugehen, Bedenken aufzugreifen. Barbara Spaniol hat daher völlig zu Recht eine Frage thematisiert, die auch Sie alle aus Ihren Kontakten mit Besuchergruppen mitnehmen. Diese Frage wird durchaus auch an uns im Europaministerium herangetragen. Es geht um die Sorge, dass die Frankreichstrategie etwas wäre, was auf Kosten des Englischen ginge. Nein, meine Damen und Herren, ich will das hier in aller Deutlichkeit noch einmal sagen: Französisch und Englisch zusammen, das ist die Idee der Frankreichstrategie. Die Frankreichstrategie ist ja eine Mehrsprachigkeitsstrategie. Natürlich lernen die jungen Menschen bei uns im Saarland, wie alle jungen Leute in Deutschland und auch in Frankreich, die Weltsprache Englisch. Wir sagen aber auch, wenn wir unseren Kindern in den Kindergärten und in den Grundschulen Französisch beibringen, lernen sie schon früh etwas, was andernorts in Deutschland nicht gelernt wird. Wir legen damit die Basis für das Französische, und in den weiterführenden Schulen wird ganz selbstverständlich und normal, wie überall in Deutschland, Englisch hinzugelernt. Englisch und Französisch, eine Mehrsprachigkeitsstrategie also, das ist die Idee unserer Frankreichpolitik, die Idee der Frankreichstrategie.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Die Idee beschränkt sich aber nicht darauf, in einer Generation mehrsprachig zu werden, das erste Land der Bundesrepublik Deutschland zu werden, das mehrsprachig ist. Nein, die Frankreichstrategie geht weit darüber hinaus. Hinter ihr steht die Idee, das Saarland mehr und mehr zur Brücke zwischen Deutschland und Frankreich zu entwickeln, und zwar in allen Bereichen: im Bereich der Kultur, im Bereich des Sports, im Bereich der Wirtschaft, natürlich auch im Bereich der Politik. Die Grundidee basiert darauf, dass wir Saarländerinnen und Saarländer Deutsche waren, sind und bleiben, dass wir aber zugleich von allen Deutschen diejenigen sind, die den Franzosen am nächsten sind, geografisch, historisch, kulturell, sprachlich und menschlich. Auf der Basis dieser Idee wollen wir das Saarland zu einer Drehscheibe, zu einer Nahtstelle zwischen Deutschland und Frankreich ausbauen.

(Minister Toscani)

Hier wurden bereits viele Projekte angesprochen. Es gibt ja nicht das eine große Projekt, mit dem die Frankreichstrategie auf einen Schlag umgesetzt würde. Vielmehr gibt es eine Vielzahl von Ideen, von Projekten, die realisiert werden. In der heutigen Debatte wurden bereits, dafür bin ich dankbar, viele dieser Projekte genannt. Ich will nun einfach noch einige Dinge ansprechen, die im Laufe des vergangenen oder des laufenden Jahres hinzugekommen sind. Das sind Dinge, die wir auch für das Jahr 2018 auf dem Schirm haben.

Wo gibt es künftig die erste deutsch-französische Teststrecke für autonomes Fahren? Ja, bei uns. Zwischen Merzig und Metz. Auch das ist ein Teil der Frankreichstrategie, in diesem Bereich Vorreiter zwischen Deutschland und Frankreich zu werden. In der gestrigen Debatte zum Justizhaushalt habe ich auch bereits darauf hingewiesen, dass wir daran arbeiten, ein deutsch-französisches Austauschprojekt für Nachwuchsjuristen und angehende Anwälte zu etablieren.

In fast der Hälfte aller Kindertagesstätten im Saarland haben wir bereits Bilingualität umgesetzt. Dort gibt es bereits das Französischlernen durch muttersprachliche Erzieherinnen. Der Kultusminister hat, so glaube ich, bereits das Projekt der „Elysée-Kitas“ angesprochen. Dabei handelt es sich um ein ganz besonderes Qualitätssiegel, auf das sich die deutsche und die französische Regierung verständigt haben. Mit diesem Qualitätsmerkmal „Elysée-Kita“ soll das frühe muttersprachliche Lernen der anderen Sprache wechselseitig ausgezeichnet werden. Von 145 Elysée-Kitas, die es in Deutschland insgesamt gibt, finden sich 66 bei uns im Saarland. Rund die Hälfte aller Elysée-Kitas bei uns im Saarland - daran zeigt sich, wie weit wir fortgeschritten sind beim Ausbau unserer Frankreichstrategie.

Ich nenne ein weiteres Beispiel aus dem Grundschulbereich. Da gibt es dieses Zertifikat DELF Prim, das ist eine Sprachenprüfung des französischen Staates. 1.800 Grundschulkinder im Saarland haben 2017 diese Prüfung abgelegt und bestanden, damit kommen 80 Prozent der deutschen Kinder, die dieses Sprachzertifikat erworben haben, aus dem Saarland! Das zeigt, wie weit wir im Ausbau dieser Frankreichstrategie fortgeschritten sind.

Das zeigt sich auch im Bereich der beruflichen Schulen. Es gibt sogenannte deutsch-französische Berufsschulzweige. Ein erster wurde zwischen dem BBZ St. Ingbert und einem BBZ in Marly bei Metz etabliert im Bereich Automotive. Jetzt ist ein weiterer hinzugekommen. Dank des Engagements von Ulrich Commerçon ist es gelungen, einen weiteren deutsch-französischen Berufsschulzweig zu etablieren, künftig arbeiten das BBZ Halberg und eine Berufsschule in Montpellier zusammen im Bereich Tourismus. Zwei von drei dieser deutsch-französischen

Berufsschulzweige, die es gibt, haben wir hier im Saarland! Auch das zeigt einmal mehr, wenn es um das Deutsch-Französische geht, sind wir Vorreiter in ganz Deutschland.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir wollen diese Frankreichstrategie natürlich weiterentwickeln, weiter ausbauen. Es wurde erwähnt, dass es eine stärkere Kooperation mit dem Landessportverband geben soll. Wir wollen insbesondere die Vereine mehr in die Frankreichstrategie einbinden.

Ich will aber auch darauf hinweisen, dass die Frankreichstrategie auch eine wirtschaftliche Bedeutung hat. Frankreich ist unser wichtigster Handelspartner. Es ist Importland Nummer 1 und Exportland Nummer 2. Es ist also ein wichtiger Handelspartner für die saarländischen Betriebe und Unternehmen. Das so allgemein zu sagen, ist relativ abstrakt. Man kann es aber auch sehr stark konkretisieren und auch plastisch deutlich machen. Man kann es zum Beispiel in unserer Landeshauptstadt Saarbrücken sehen und erleben. Die IHK des Saarlandes hat eine Studie gemacht. Deren Ergebnis ist, dass ein Drittel der Kaufkraft im Einzelhandel von der französischen Kundschaft abhängt. Das zeigt, dass die französische Nachbarschaft auch im wirtschaftlichen Bereich ganz konkret ist und dass sie eine große Bedeutung hat.

Ein Viertel der Kunden unseres Flughafens kommt aus Frankreich. Viele saarländische Unternehmen haben Produktionsstätten in Frankreich oder einen großen Teil ihrer Kundschaft in Frankreich. Ich war neulich bei dem Rolladenhersteller LAKAL, das ist ein saarländisches Unternehmen mit Sitz in Saarbrücken. Die haben einen ganz überwiegenden Teil ihrer Kundschaft in Frankreich. Das heißt, es gibt auch ganz konkrete praktische Auswirkungen im Bereich unserer Wirtschaft.

Letztes Beispiel, unsere SaarLB. Wir haben eine kleine Landesbank, aber eine Landesbank, die auch deshalb erfolgreich ist und sich gut etabliert hat im Kreise der Landesbanken in Deutschland, weil sie sich ganz spezifisch definiert als deutsch-französische Regionalbank. Die SaarLB macht 40 Prozent ihres Umsatzes in Frankreich und mit dem Frankreichgeschäft, sie hat also ein ganz wichtiges Standbein auf dem französischen Markt. All das, liebe Kolleginnen und Kollegen, zeigt, dass die Frankreichstrategie nicht nur eine Sprachenstrategie ist, dass sie nicht nur im Bereich des Ehrenamts, der Politik und der Kultur eine Rolle spielt, sondern dass sie auch im Bereich des Wirtschaftlichen ein sehr wichtiger Faktor ist.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

(Minister Toscani)

Bei aller positiven Rückmeldung nehmen wir auch die Ergebnisse der Studie, die Herr Professor Krämer gemacht hat, sehr ernst, nämlich dass es bei aller Grundakzeptanz und Unterstützung den Wunsch vieler Saarländerinnen und Saarländer gibt, mehr informiert und noch mehr eingebunden zu werden. Wir greifen diesen Wunsch auf. Ich bin den Koalitionsfraktionen dankbar, dass sie mithilfe eines Fraktionsantrages die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit, für die Informationsarbeit für die Frankreichstrategie aufstocken. Ich glaube, wir haben alle miteinander ein Interesse daran. Wenn diese Langzeitstrategie ein Erfolg werden soll und wenn sie weiter erfolgreich sein soll, müssen wir den Wunsch der Saarländerinnen und Saarländer aufnehmen, erstens noch mehr informiert und zweitens noch mehr eingebunden zu werden. Wir wollen das tun. Wir sehen das als wichtige Aufgabe für die kommenden Jahre an. Ich bin davon überzeugt, dass die Frankreichstrategie, dass die Europapolitik das leistet und das schafft, was wir uns von ihr versprechen, nämlich dass das Saarland mehr und mehr zu dem europäischsten aller Bundesländer wird, zu dem Bundesland mit der höchsten Frankreichkompetenz. Es ist Teil unserer Identität und es ist auch Teil unseres Zukunftsweges.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich danke Ihnen, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Der Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen hat zu Einzelplan 04 einen Abänderungsantrag eingebracht, der uns als Drucksache 16/171 vorliegt. Wir kommen zur Abstimmung über diesen Abänderungsantrag. Wer für die Annahme dieses Abänderungsantrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Abänderungsantrag mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Koalitionsfraktionen und die Fraktion DIE LINKE, abgelehnt hat die AfD-Landtagsfraktion.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 17 Kapitel 17 04. Wer für die Annahme dieses Kapitels ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass das Kapitel mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Koalitionsfraktionen, abgelehnt haben die Oppositionsfraktionen.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 20 Kapitel 20 04. Wer für die Annahme dieses Kapitels ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass das Kapitel mit Stimmenmehrheit ange-

nommen ist. Zugestimmt haben die Koalitionsfraktionen, abgelehnt haben die Oppositionsfraktionen.

Es ist über Kapitel 04 01 Einzelabstimmung beantragt. Wer für die Annahme des Kapitels 04 01 unter Berücksichtigung des angenommenen Abänderungsantrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Ich stelle fest, dass das Kapitel mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Koalitionsfraktionen, abgelehnt haben die Oppositionsfraktionen.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 04 im Übrigen. Wer für die Annahme des Einzelplans unter Berücksichtigung des angenommenen Abänderungsantrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Ich stelle fest, dass Einzelplan 04 unter Berücksichtigung des angenommenen Abänderungsantrages mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Koalitionsfraktionen, abgelehnt haben die Oppositionsfraktionen.

Der Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen hat zu Einzelplan 21 einen Abänderungsantrag eingebracht, der uns als Drucksache 16/172 vorliegt. Wir kommen zur Abstimmung über diesen Abänderungsantrag. Wer für die Annahme dieses Abänderungsantrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Abänderungsantrag mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Koalitionsfraktionen und die Fraktion DIE LINKE, abgelehnt hat die AfD-Landtagsfraktion.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 21. Wer für die Annahme des Einzelplans 21 unter Berücksichtigung des angenommenen Abänderungsantrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Ich stelle fest, dass der Einzelplan 21 unter Berücksichtigung des angenommenen Abänderungsantrages mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Koalitionsfraktionen, abgelehnt haben die Oppositionsfraktionen.

Wir kommen zur Übersicht 8: Einzelplan 09 - Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz - und Einzelplan 17 Kapitel 17 09.

Übersicht 8: Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (Abänderungsantrag: Drucksache 16/176)

Die Berichterstattung wurde zu Protokoll gegeben (siehe Anlage 11). Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat für die AfD-Landtagsfraktion der Fraktionsvorsitzende Josef Dörr.

Abg. Dörr (AfD):

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst ein Wort zu Herrn Oberhausen. Gerne hätte ich Ihnen applaudiert, aber ich habe

(Abg. Dörr (AfD))

hier gelernt, dass wir eine „Applaus-Apartheid“ haben. Aus diesem Grund habe ich mich den Gepflogenheiten angepasst und den Beifall unterlassen. Zu Frau Ries möchte ich noch sagen: Ich schätze Sie als überzeugte Europäerin, ich habe Sie jetzt mehrfach hier in Aktion gesehen. Sie dürfen versichert sein, dass wir von der AfD auch Europäer sind, nur können wir natürlich nicht dafür sein, dass die Grenzen bei uns geöffnet werden. Wenn jeder reinkommt, der will, ungeprüft - -

(Ministerin Rehlinger: Wir reden gerade über Einzelplan 09.)

Sie sind ja nicht der Vorsitzende, oder?

(Abg. Hans (CDU): Nein, aber Sie sollten zu dem Thema reden. Wir sind bei Umwelt und nicht bei Europa! - Sprechen und Unruhe.)

Das ist schon klar, aber ich rede Ihnen auch nicht rein. Lassen Sie mich einfach die zwei Sätze sagen, dann ist es ja gut.

(Sprechen. - Minister Jost: So ein Schwaduddler.)

Also, Frau Ries, wir bedauern, dass die europäischen Außengrenzen nicht so geschützt sind, wie sie geschützt sein sollten. Deshalb sind wir im Augenblick nicht unbedingt für die Öffnung der Grenzen.

Jetzt komme ich zum Thema Umwelt und Verbraucherschutz. Bei Umwelt kann man schon dem jetzigen Umweltminister, seiner Vorgängerin und deren Vorgänger bescheinigen, dass sich im Saarland in den letzten Jahrzehnten doch Bedeutendes getan hat. Das ist es schon wert, dass man es sagt. Wer ein bisschen älter ist, weiß natürlich, wie es damals im Saarland ausgesehen hat, ein Industrieland: verschmutzte Bäche, verschmutzte Flüsse, verschmutzte Felder, verschmutzte Luft. Ich kann mich gut erinnern, dass in Quierschied die Leute Gefäße aufgestellt haben, um den Staub zu messen. Diese Zeiten sind Gott sei Dank vorbei; wir können schon mal durchatmen. Aber natürlich sind wir nicht am Ende des Weges, es ist noch einiges zu tun.

Ich möchte mich aber bei diesem Tagesordnungspunkt, weil es doch ein weiterer Punkt ist, nur noch einer einzigen Sache widmen, das ist der öffentliche Personennahverkehr, der auch ein Teil dieser Geschichte ist, nämlich Verbraucher, Verbraucherschutz.

(Sprechen.)

Wenn er gut funktioniert, trägt der ÖPNV auch zu einer besseren Umwelt bei.

Wie sieht das im Saarland aus? - Wir haben uns an unser Leiden fast gewöhnt und bemerken gar nicht mehr, wie schlecht unser öffentlicher Nahverkehr or-

ganisiert ist, und wie teuer er ist. Ich habe vor der Landtagswahl tatsächlich eine Wanderung unternommen, um zu sehen, wie es draußen im Lande aussieht. Ich bin jeden Tag ein Stück an den Außengrenzen des Saarlandes entlanggewandert und habe versucht, meinen Wanderort mit dem Nahverkehr zu erreichen und nachher wieder nach Hause zu kommen. Ich kann Ihnen sagen, das war ein richtiges Abenteuer. Zuerst einmal kostet das sehr viel Geld und sehr viel Zeit. Wenn Sie von Nonnweiler nach Saarbrücken und zurück wollen, können Sie sich einen Tag Urlaub nehmen. Wenn Sie mit dem Auto fahren, sind es 20 Minuten hin und 20 Minuten zurück, dann ist die Sache erledigt. Unser Nahverkehr ist eine Katastrophe.

(Vizepräsidentin Spaniol übernimmt den Vorsitz.)

Wenn man mit Leuten redet, die den Nahverkehr kennen, weil sie ihn selber nutzen, dann hört man die Sorge dieser Leute. Wenn man mit dem Bus fährt und neben dem Busfahrer sitzt, dann hört man auch, was er sagt. Wir haben zum Beispiel Straßen, die so schmal sind, dass die Angst haben, an einem anderen Bus vorbeizufahren.

(Abg. Thielen (CDU): Dieses Thema hatten wir schon heute Mittag! - Zurufe der Abgeordneten Hans (CDU) und Kurtz (SPD). - Sprechen und Lachen.)

Ja, ja. - Wir haben die Situation im Saarland, das gefällt natürlich dem einen oder anderen nicht, dass der öffentliche Personennahverkehr miserabel ist. Schon seit Jahrzehnten wird daran gearbeitet, das zu verbessern. Manchmal fahren unsere Politiker auch außerhalb des Saarlandes, zum Beispiel nach Karlsruhe, wo das hervorragend klappt, oder sonst wohin, wo das sehr gut funktioniert. Dann bemüht man sich wieder für eine kurze Zeit, aber es klappt nicht. Warum klappt es eigentlich nicht? Außer einem Abgeordneten, den ich kenne, kenne ich hier niemanden, der den öffentlichen Personennahverkehr benutzt.

(Abg. Dr. Jung (SPD): Woher wollen Sie das wissen? - Sprechen.)

Wenige. Sie sind das, Herr Jung? Ja, Sie fahren vielleicht manchmal Fahrrad, aber Sie sind heute nicht mit dem Fahrrad hierhergekommen. Ich bin jemand, der den öffentlichen Nahverkehr sehr oft benutzt, ich hatte bis vor Kurzem eine Jahreskarte, bevor ich Landtagsabgeordneter wurde, die habe ich jetzt nicht mehr. Ich benutze den ÖPNV noch und habe ein bisschen Kontakt, ich habe von Ihnen noch niemanden gesehen.

(Sprechen und Unruhe.)

Die meisten benutzen den öffentlichen Nahverkehr nicht, und aus diesem Grunde kümmern Sie sich

(Abg. Dörr (AfD))

auch nicht so, wie Sie sollten, um den öffentlichen Personennahverkehr.

(Abg. Kurtz (SPD): Das war eine Unterstellung! - Zurufe.)

Ja, es war eine Unterstellung. Sie könnten ja sagen, ich komme immer mit dem öffentlichen Personennahverkehr.

(Abg. Thielen (CDU): Ich bin gestern um 22.00 Uhr noch gefahren. Das ist aber ein ganz anderer Einzelplan, über den Sie reden.)

Ja gut, es ist okay. - So, es gibt zwei Ziele, die erreicht werden sollen. Das eine ist die Tarifeinheit, dass man also einen gemeinsamen Tarif im Saarland hat. Das andere ist die Verkehrseinheit. Beide Ziele hat man nicht erreicht. Das eine Ziel, nämlich die Tarifeinheit, wäre verhältnismäßig leicht zu erreichen, es gibt ja keine Verkehrshindernisse, aber auch das hat man bisher nicht erreicht. Das hängt an den Egoismen der Verkehrsmittelbetreiber.

Vizepräsidentin Spaniol:

Herr Fraktionsvorsitzender, ich weise noch mal darauf hin, dass wir bei Einzelplan 09 - Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz sind.

(Beifall im Saal.)

Ich denke, es ist ein Stück Verbraucherschutz, dass man einen anständigen öffentlichen Personennahverkehr hat. Ich habe auch alles gesagt, was ich sagen wollte. Man hat dieses Ziel bisher nicht erreicht. Ich sehe an der Reaktion, dass man nicht ernsthaft vorhat, dieses Ziel zu erreichen. - Danke schön.

(Beifall von der AfD. - Abg. Hans (CDU): Das ist Arbeitsverweigerung, einfach etwas zu einem anderen Thema zu sagen!)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke, Herr Fraktionsvorsitzender. - Das Wort hat nun für die SPD-Landtagsfraktion die Abgeordnete Pia Döring.

(Sprechen und Zurufe.)

Abg. Döring (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Gäste! Sehr geehrte Damen und Herren! Leider kann ich wegen der Kürze meiner Redezeit manche Themen gar nicht erwähnen und andere nur streifen, aber ich werde mich bemühen, so viel wie möglich zu sagen. Der von der Landesregierung vorgelegte Entwurf des Haushaltsplans 2018 für den Bereich des Ministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz schließt mit einem Ausgabenvolumen von rund 82,3 Millionen Euro ab, das sind 7,2 Millionen mehr als 2017.

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen.)

Im Bereich Arbeits- und Verbraucherschutz werden die Zuschüsse zur Förderung von Einrichtungen der Verbraucherberatung um 70.000 Euro auf 496.600 Euro erhöht.

Der Verbraucherschutz stützt sich auf zwei Säulen, den Schutz der Gesundheit und den Schutz der Verbraucher vor Täuschungen. Ein wichtiger Schritt zu mehr Arbeitsschutz ist die gestern verabschiedete Gesetzesänderung zu den Ladenöffnungszeiten im Saarland. Zukünftig bleiben im Saarland die Geschäfte geschlossen, wenn der Heilige Abend auf einen Sonntag fällt. So haben die Beschäftigten im Einzelhandel, wie wir auch, die Aussicht auf einen entspannten, stressfreien Heiligen Abend. Ich möchte mich im Namen der SPD-Fraktion bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verbraucherzentrale bedanken, die einen erheblichen Beitrag zur Markttransparenz und -klarheit leisten.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Eine Kampagne des Umweltministeriums, die ich unbedingt ansprechen möchte, ist die Becherheld-Kampagne. Obwohl sie erst vor wenigen Tagen vorgestellt wurde, ist die Resonanz riesig. An dieser Stelle möchte ich mich bei Herrn Minister Reinhold Jost auch recht herzlich für die heute Morgen zur Verfügung gestellte Mehrwegbecher bedanken.

(Beifall und Bravo-Rufe von den Regierungsfractionen.)

Umweltminister Reinhold Jost hat in Kooperation mit der Deutschen Umwelthilfe dem Einwegpappbecher den Kampf angesagt. Im Saarland werden jährlich 34 Millionen Einwegbecher verbraucht. Den Kaffee to go kann man sich durch die Becherheld-Kampagne künftig in seinen eigenen mitgebrachten Becher füllen lassen oder einen Mehrwegbecher vor Ort erwerben. Bereits zum Auftakt der Kampagne sind rund 100 Cafés, Bäckereien, Tankstellen, Gaststätten und Schnellrestaurants als Becherheld-Tankstellen dabei. Die Tendenz ist steigend.

Im Bereich Natur- und Tierschutz ist der Markenkern dieser Regierung ein umfassender, ganzheitlicher Begriff von Umweltpolitik. Sie orientiert sich an dem Begriff der Daseinsvorsorge. Daseinsvorsorge bedeutet immer auch Verantwortung und Schutz unserer Umwelt. Nur ein vorrausschauender Naturschutz trägt zum Erhalt der Artenvielfalt bei. Im Haushalt sind die Mittel zur Durchführung von Artenhilfsprogrammen für 2018 verdoppelt worden. Die Krefelder Langzeitstudien zum Insektensterben in Deutschland lieferten mehr als besorgniserregende Zahlen. Ich habe im letzten Plenum dazu ausführlich berichtet. Ich möchte aber trotzdem noch kurz darauf eingehen.

Viele Maßnahmen sind bereits im Saarland geplant oder befinden sich in der Umsetzung. Konkrete

(Abg. Döring (SPD))

Maßnahmen, um dem weiteren Biodiversitätsverlust entgegenzuwirken und dem negativen Trend entgegenzusteuern, sind zum einen die Festsetzungen in den Schutzgebietsverordnungen und in der Folge die Natura-2000-Ausgleichszahlungen sowie die Förderung extensiver Grünlandnutzung. Der Rückgang der Honigbienen, der Wildbienen sowie generell aller Insekten stellte in den letzten Jahren ein ständig diskutiertes Thema bei uns. Ebenso dokumentieren die Roten Listen für Tierarten schon seit Jahren einen stetigen Verlust von Insektenarten über alle Ordnungen.

Klar muss sein: Ein besserer Artenschutz fordert auch eine Veränderung unseres Umgangs mit der Natur. Mit der Biodiversitätsstrategie des Saarlandes realisieren wir als erstes Bundesland einen elementaren Teil der Naturschutz-Offensive 2020 der Bundesregierung im breiten Dialog und Konsens mit den relevanten Naturschutzverbänden und Interessengruppen. Die Umsetzung der Biodiversitätsstrategie ist Grundlage unseres Handelns auf dem Gebiet des Natur- und Artenschutzes.

Insgesamt werden in der Biodiversitätsstrategie des Saarlandes eine Reihe von Handlungsfeldern mit Maßnahmenpaketen dargelegt, die auf die Erhaltung der Biotop- als Lebensräume für die verschiedensten Tierarten und Artengruppen - als wichtigste Gruppe auch für die Insekten - abzielen. Diese gilt es in den nächsten Jahren konsequent abzuarbeiten. Mit dem Sonderprogramm „Dem Saarland blüht was“ zur Förderung innerörtlicher Blühflächen wandeln wir noch zusätzlich ungenutzte, ökologisch wertlose oder regionaluntypische Flächen in ökologisch wertvolle um und geben Insekten somit Nahrung und Lebensraum, genau wie mit der Förderung von Streuobstwiesen.

Erfreulich ist, dass die Bemühungen der letzten Jahre im Saarland, dem Bienensterben entgegenzuwirken, fruchten und die Zahl der Bienenvölker und auch der Imker im Saarland wieder zunimmt. Wir werden weiterhin Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse fördern. Um herauszufinden, welche Kreise das Insektensterben im Saarland zieht, ist es richtig, ein Insekten-Monitoring in Zusammenarbeit mit dem Bund durchzuführen. Gemeinsam mit den Akteuren aus Umwelt- und Naturschutz werden wir die Auszeichnung „Biodiversitätsschule“ entwickeln, um die sich Schulen durch Projekte im Natur- und Artenschutz bewerben können. Wir wollen aber auch alle Bürgerinnen und Bürger dafür gewinnen und dazu aufrufen, für den Erhalt der Artenvielfalt aktiv zu werden.

Natur- und Tierschutz kann ohne Naturpädagogik nicht funktionieren, denn nur so können Abläufe in Natur- und Tierwelt vermittelt und verstanden werden. Naturpädagogik eröffnet vor allem Kindern und

Jugendlichen neue Möglichkeiten, um ihre Verbindung, Sensibilisierung und ihr Verständnis für und zur Natur und den Tieren zu stärken und zu fördern. Wir werden den Bereich der Naturpädagogik weiter stärken, beispielsweise durch die Förderung des ökologischen Schullandheims Spohns Haus, des Schullandheims Biberburg in Berschweiler, die für ihr pädagogisches Gesamtkonzept bereits zweifach als UN-Weltdekade-Projekt „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet wurden, und ihn um die Kinder- und Jugendfarm Saarlouis erweitern. Eine gute zukunftsorientierte Investition! Letztendlich müssen wir Menschen uns die Konsequenzen unseres Handelns vor Augen führen. Unser Biosystem ist eine Symbiose von Mensch, Tier und Natur. Ohne das eine kann das andere nicht überleben.

Ein weiteres Leuchtturmprojekt ist der Nationalpark Hunsrück-Hochwald. Dieser leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Umsetzung der „Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt“, eine lebendige Natur- und Tierwelt, offen zugänglich für Wanderer und Naturliebhaber. Um dieses einzigartige Naturreservat für Menschen und Tiere zu erhalten, fördern wir den Naturpark Saar-Hunsrück mit 70.000 Euro. Wir sind dankbar für die Hilfe, für die Ideen und auch für die konstruktive Kritik der Umweltverbände wie NABU und BUND. Ich spreche sicher hier für meine ganze Fraktion, wenn ich meine Dankbarkeit für die Ehrenamtlichen in unserem Lande zum Ausdruck bringe.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir haben seit 2012 den Stellenwert des Tierschutzes konsequent ausgebaut. Artgerechte Tierhaltung und aktiver Tierschutz werden im Saarland großgeschrieben. So wurden bereits wesentliche Punkte des Tierschutzes in das Jagd- und Fischereigesetz überführt. 2012 wurden erstmalig im Saarland Gelder für den Tierschutz im Haushalt eingestellt. Im Haushaltsplan 2018 sind 2,6 Millionen Euro, 435.000 Euro mehr als in diesem Jahr, für den Tierschutz, Naturschutz und die Veterinärverwaltung eingestellt.

So wird zum Beispiel die Tierschutzstiftung, die Wildtierauffangstation in Eppelborn, die Förderung des Tierschutzes und investive Maßnahmen zum Tierschutz, um nur einige zu nennen, 2018 mit 312.600 Euro gefördert. Das sind 76.000 Euro mehr als in diesem Jahr.

Erst vor wenigen Tagen hat unser Staatssekretär Roland Krämer einen Zuwendungsbescheid zur Erneuerung des maroden Dachs vom Hundehaus im Tierheim Niederlinxweiler übergeben. Über ein Sondersubventionsprogramm 2017 wurden mehr als 1 Million Euro zum Beispiel zur Sanierung von Tierheimen und Auffangstationen übergeben. Als Beispiel möchte ich die Wildvogelauffangstation in Pütt-

(Abg. Döring (SPD))

lingen und die Sanierungsarbeiten in den Tierheimen Niederlinxweiler und Homburg oder die Aalschutzinitiative des Fischereiverbandes nennen.

Nach der Einführung des Tierschutzverbandsklagerechts im Jahr 2013 haben wir das Amt des Landesbeauftragten für Tierschutz geschaffen. Seit Februar 2014 bekleidet der Tierarzt Dr. Hans-Friedrich Willimzik dieses Amt. Er übernimmt eine herausgehobene Mittlerposition zwischen der Öffentlichkeit, den Tierschutzverbänden und der Landesregierung in Fragen des Tierschutzes nicht nur im Saarland, sondern mittlerweile bundesweit. Es freut mich ganz besonders, dass er sich auch in dieser Legislaturperiode bereiterklärte, sich weiterhin als Landestierschutzbeauftragter des Saarlandes für die Belange und den Schutz der Tiere einzusetzen.

Hervorheben möchte ich noch sein Projekt „Kinder und Jugendliche dem Tierschutz näherbringen“ und auf seine Internetseite zum Tierschutz verweisen. Vielen Dank für Ihren unermüdlichen Einsatz, Ihr Engagement und die gute Zusammenarbeit, Herr Dr. Willimzik.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Auch zum Ziel, wie wir es bereits im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben, uns verstärkt für eine Reduzierung der Tierversuche einzusetzen, werden wir jetzt gemeinsam mit dem Deutschen Tierschutzbund und weiteren Akteuren einen Dialog dazu im Saarland starten. Darüber hinaus etablierte der Minister gemeinsam mit dem Landestierschutzbeauftragten einen Jugend-Tierschutzpreis, um den Wert von Tierwohl und Tiergesundheit bereits im Jugendalter zu vermitteln. Der Jugend-Tierschutzpreis hat dazu beigetragen, dass sich mit dem Thema Tierschutz bereits in der Schule beschäftigt wird. Daher wird er auch 2018 wieder ausgelobt.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Dank der Moderatorenrolle unseres Umweltministers Reinhold Jost und seiner ruhigen besonnenen Art - -

(Große Heiterkeit.)

Schüchtern und zurückhaltend ist er.

(Anhaltende Heiterkeit und Beifall. - Abg. Flackus (DIE LINKE): Beifall des Hauses!)

Dank der Moderatorenrolle unseres Ministers und mit Unterstützung unseres Tierschutzbeauftragten Dr. Willimzik ist es gelungen, für die Tierheime in Dillingen, Niederlinxweiler und Homburg einen Konsortialvertrag mit allen zuständigen Städten und Gemeinden und Landkreisen abzuschließen. Diese Lösung sichert den laufenden Betrieb der Tierheime.

Das Geld, das vor Ort von den Kommunen für Fundtiere an die Tierheime gezahlt wurde, reichte bei Weitem nicht aus, um die Kosten - dazu gehören

auch die Tierarztkosten - zu decken. Trotz Spenden und Mitgliedsbeiträgen standen Tierheime kurz vor dem Kollaps und konnten kaum noch den laufenden Betrieb sicherstellen. An dieser Stelle möchte ich mich bei all den ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit, die sie tagtäglich in den Tierheimen leisten, recht herzlich bedanken.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Es gibt allerdings noch viele Punkte, bei denen dringender Handlungsbedarf besteht, wie zum Beispiel bei der Kennzeichnungspflicht für Hunde und Katzen und einer Kastrationspflicht für Katzen. Vor allem im Frühjahr und Herbst gibt es bei unkastrierten Freigänger-Katzen häufig Revierkämpfe, bei denen es zu Verletzungen und dadurch zur Übertragung von gefährlichen und auch tödlich endenden Krankheiten kommen kann. Katzenaids und Leukose werden durch Speichel und Bissverletzungen übertragen. Sind Katze und Kater kastriert, entfällt der Drang, das Revier zu verteidigen. Ein Grund, warum es wichtig ist, seine Katze zu ihrem eigenen Schutz kastrieren zu lassen. Ich möchte aber auch noch auf einen weiteren Vorteil einer Kastration hinweisen. Auch das Risiko von ungewolltem Nachwuchs, der am Ende im günstigsten Fall im Tierheim landet, wird dadurch minimiert und erspart den Tieren viel Leid.

Ebenso wichtig wie eine Kastration von Katzen ist aber auch die Kennzeichnungs- und Registrierungs-pflicht von Katzen und Hunden. Sie ist sinnvoll, um entlaufene Tiere wieder schnell ihrem Halter zurückgeben zu können. Denn nur, wenn die Herkunft des Tieres bekannt ist, kann der Halter informiert werden. Mit einer Kennzeichnung können Tierheime und Tierärzte schnell eine Verbindung zum Halter herstellen. Für Kommunen und Tierheime ist das auch eine große finanzielle Entlastung und dazu noch erfreulich für Tier und Halter. Und manch einer wird sich dann sehr gut überlegen, seinen Hund oder seine Katze auszusetzen, da er als Halter ermittelt werden kann und für die entstandenen Kosten aufkommen muss.

Für das Saarland ist eine Katzenschutzverordnung unbedingt notwendig. Sie bringt sowohl für Besitzer, Tierheime und die Tiere selbst Vorteile und führt in Städten und Gemeinden mittelfristig zu einer enormen Kostensenkung im laufenden Betrieb der Tierheime und der zuständigen Kommunen. Aber das Wichtigste ist, sie vermindert unendliches Tierleid!

Da wir uns in der Weihnachtszeit befinden, habe ich einen Wunsch. Ich wünsche mir einen zukunftsorientierten Naturschutz. Es ist wichtig, dass bei Verbrauchern und in der Landwirtschaft ein Umdenken stattfindet, Streuobstwiesen zu fördern und auch alte Blumen-, Obst- und Gemüsesorten wieder anzubauen.

(Abg. Döring (SPD))

Ich persönlich wünsche mir auch einen zukunftsorientierten Tierschutz, Weitblick und die Abwägung der Konsequenzen unseres Handelns, bevor wir viel Geld investieren und in blinden Aktionismus verfallen. Ich finde es gut, Wildtiere, die seit Jahrzehnten bei uns nicht mehr vorkommen, hier wieder anzusiedeln. Wir müssen uns aber vorher darüber im Klaren sein, wie diese Tiere leben, sich ernähren und vor allem, dass sie sich auch fortpflanzen, anstatt wenige Jahre später über Abschussquoten zu diskutieren.

Meine Damen und Herren, wir haben im Umwelt- und Tierschutz in den vergangenen fünf Jahren schon viel erreicht und auf den Weg gebracht, und das wird auch so fortgeführt. Dafür vielen Dank an Minister Reinhold Jost und seine Mitarbeiter im zuständigen Ministerium. - Ich bitte um Zustimmung zum Einzelplan 09.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke, Frau Abgeordnete. - Das Wort hat nun für die Fraktion DIE LINKE die Kollegin Dagmar Enschedel.

Abg. Enschedel (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir können die Forderung nach der Katzenschutzverordnung nur unterschreiben.

„Hauptsach gudd gess“, eines der Lieblingsmottos der Saarländerinnen und Saarländer, sollte auch im Haushalt unseres Landes seinen Niederschlag finden. - Spaß beiseite. Wir alle wissen, dass regional erzeugte Lebensmittel aus dem Saarland bei der Bevölkerung einen hohen Stellenwert haben. Produkte direkt vom Erzeugerbetrieb sind sehr gefragt. Darauf haben sich inzwischen viele Betriebe, Kleinunternehmen, Imker oder Milchbauern im Saarland eingestellt. Sie bearbeiten einen Großteil ihrer Produkte selbst oder vermarkten sie auf Wochenmärkten, in Hofläden oder bieten sie mit einem bequemen Lieferservice an. Auch für die Verbraucher sind diese Alternativen zum Supermarkteinkauf im Laufe der Zeit immer wichtiger und attraktiver geworden. Das Bedürfnis nach einer bewussten Ernährung, nach einer größeren Nähe zum Ursprung der Lebensmittel ohne große Lagerhäuser, Abfüllstationen, Kühlhallen oder Zehntausende Transportkilometer ist für viele Verbraucher zu einem wichtigen Kriterium ihrer Kaufentscheidung geworden. Und das ist gut so, liebe Kolleginnen und Kollegen. Diese Direktvermarktungen schonen die Umwelt. Man weiß, woher die Nahrungsmittel kommen, und Kinder lernen sehr praktisch, dass die Milch eben nicht aus dem Tetrapack kommt.

(Beifall von der LINKEN.)

Daher wollen wir als LINKE dem Ausbau und der Förderung regionaler Produkte eine größere Aufmerksamkeit schenken. Wir reden nicht nur darüber, sondern unterbreiten Ihnen vorliegend einen konkreten Vorschlag. Wir haben in unserem Abänderungsantrag den Mittelansatz in Kapitel 09 05 für flankierende Maßnahmen im Bereich der Regionalvermarktung von 55.000 Euro um 50.000 auf 105.000 Euro erhöht und bitten hiermit um Ihre Zustimmung.

Wir möchten die Direktvermarktung saarländischer Lebensmittelprodukte wie in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen oder auch in Teilen von Baden-Württemberg mit einer Internetplattform unterstützen. Wo gibt es Wurstspezialitäten, welcher Imker ist in meiner Nähe, wer bietet wo und wann Milch, Käse und Quark an, wo bekommt man noch selbst gebackenes Brot und frisches Gemüse und Obst? Dieses Portal hilft nicht nur den saarländischen Verbraucherinnen und Verbrauchern, sondern auch den Erzeugern regionaler saarländischer Produkte. Nicht zuletzt sehen wir in einer stärkeren Vermarktung regionaler Produkte auch einen ersten großen Schritt hin zu mehr Lebensmittelsicherheit.

Der Vollständigkeit halber möchte ich erwähnen, dass es im Saarland tatsächlich einen ähnlichen Ansatz gab, allerdings in Broschürenform und in aktualisierter Fassung aus dem Jahre 2011, wie man auf der Internetseite der Landesregierung nachlesen kann. Über den Begriff „aktuell“ werden wir uns dann gegebenenfalls austauschen, denn mit einer Pause von sechs Jahren möchten wir das Projekt nicht umgesetzt sehen. Ein Direktvermarktungsportal kann man hingegen stets schnell aktualisieren und eventuell auch mit der Tourismuszentrale verlinken. So können auch Synergie-Effekte entstehen, wie man sie in den anderen Bundesländern gut beobachten kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein weiteres wichtiges Thema im vorliegenden Haushalt ist die finanzielle Ausstattung der Verbraucherzentrale des Saarlandes. Die CDU-SPD-Koalition hatte ursprünglich geplant, dafür 426.600 Euro zur Verfügung zu stellen. Die damit verbundene Unterdeckung in Höhe von 50.000 Euro hat die Regierungskoalition durch ihren uns nun vorliegenden Änderungsantrag mit einer Erhöhung der Mittel um 70.000 Euro zwar behoben, das ist aber aus unserer Sicht nicht ausreichend. Die Aufgabenfelder in der Verbraucherberatung haben sich erweitert. Die Anforderungen sind nicht zuletzt auch wegen zunehmender Cybercrime-Fälle massiv gestiegen. Daher wollen wir die Verbraucherzentrale für die Saarländerinnen und Saarländer stärken und hatten mit unserem Änderungsantrag eine Erhöhung der veranschlagten Mittel auf 600.000 Euro für notwendig erachtet. Die Verbraucherzentrale sieht sich immer größeren Herausfor-

(Abg. Enschede (DIE LINKE))

derungen gegenüber, zum Beispiel auch durch Märkte, die die Politik in den letzten Jahren dereguliert hatte. In der Energie- und Telekommunikationsbranche läuft so einiges aus dem Ruder, sodass die Verbraucherzentrale als Anwalt der Bürger Überwachungsfunktionen übernehmen könnte. Ich kann nicht alle möglichen Einsatzgebiete aufzählen, aber auch hier gilt: Nicht zu viel über Verbraucherschutz reden, sondern konkret handeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Jahr ließ eine Nachricht die Menschen aufhorchen. Eine Studie belegte, dass ein dramatisches Insektensterben in Deutschland zu beobachten ist. Das ist nicht nur in Deutschland so, sondern in Europa allgemein. Die Menge der Fluginsekten ist in den letzten Jahren massiv gesunken. Dieser bedrohliche Trend wird auch im Saarland bestätigt. Wir alle wissen: Der Insektenschwund, insbesondere der Rückgang bei den Bienen, bringt ganze Ökosysteme durcheinander, führt zu Ernteausschlägen und damit zu Preiserhöhungen von Lebensmitteln. Ohne Insekten kann es kein gesundes Ökosystem geben. Wir anerkennen, dass die Landesregierung für die Förderung von Maßnahmen zum Schutz von Bienen und anderen Insekten zum ersten Mal Mittel zur Verfügung stellt. Aber ob diese im Haushaltsplan veranschlagten 10.000 Euro ausreichen, wagen wir zu bezweifeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aber auch ohne das große Geld in die Hand zu nehmen, könnte die Landesregierung mehr tun und die Interessen der Bürger und der Bevölkerung sowie unseres Landes allgemein zu vertreten. Ich spreche hier explizit von den doch recht verhaltenen Protesten gegen die Zulassung des Herbizids Glyphosat. Das heißt, nachdem bekannt wurde, dass eine weitere Zulassung für fünf Jahre beschlossene Sache war, wurden auch hier dicke Backen und viel Wind gemacht. Dabei hat das Saarland bis dato eben nicht viel getan, um den Einsatz von Glyphosat massiv zu reduzieren, geschweige denn ein Ausbringungsverbot auszusprechen. Das ist übrigens auch unter Jamaika nicht passiert.

Nun haben wir wieder die Verlängerung um fünf Jahre - ohne jede Auflage. Ich stelle die Frage: Was dann? Werden Alternativvorschläge erarbeitet oder gibt es ein „Weiter so“? Glyphosat ist so billig, dass es keinen Anreiz für die Industrie oder die Landwirtschaft gibt, sich Gedanken über andere Methoden zu machen. Also ist hier die Politik gefragt. Diese sollte sich besinnen, dass für die Zulassung der Verkaufsprodukte die Nationalstaaten zuständig sind. Deshalb haben nämlich dem Vernehmen nach Frankreich, Luxemburg, Italien und Belgien ein Verkaufsverbot vorgesehen. Sie werfen uns Ideenlosigkeit vor. Dazu sage ich: Es wäre doch eine prima Idee, wenn Sie sich für ein Ausstiegsszenario ein-

setzen würden, zumindest mit einer Rückführungsplanung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sehen aber auch noch weitere Themenfelder, bei denen nachgebessert werden müsste. Uns liegt das Thema Artenschutz am Herzen, speziell der Schutz der Vögel und Fledermäuse im Wald, die durch das kürzlich verabschiedete Waldgesetz aus unserer Sicht eben nicht genügend geschützt werden.

Auch möchte ich es an dieser Stelle nicht versäumen, nochmals auf die dauernden Klagen von Einwohnern über den Fluglärm hinzuweisen, der bekanntlich auch gesundheitsschädlich ist. Ich möchte die Landesregierung ermuntern, ihre Bemühungen fortzusetzen, um eine Reduzierung zu erwirken.

Ebenso erwarten die Menschen im Saarland energische länderübergreifende Maßnahmen und Initiativen gegenüber der französischen Regierung, damit das französische Atomkraftwerk Cattenom endlich dorthin gebracht werden kann, wo es schon lange hingehört, nämlich auf den Schrotthaufen der Geschichte.

(Beifall bei der LINKEN.)

Zu meinen weiteren Forderungen gehört darüber hinaus ein verantwortungsvoller Umgang in Fragen des Grubenwasseranstiegs. Ich komme leider auch nicht umhin, meine Meinung zum weiteren Ausbau der Windenergie kundzutun. Ja, Sie sind auf dem Holzweg, wenn Sie glauben, hier im Saarland das Weltklima mit Windrädern retten zu wollen.

Bevor man uns wieder vorwirft, es gäbe keine Alternativen von uns, dann kann ich nur empfehlen: Denken Sie einmal darüber nach, wie man Energie einsparen kann oder bereits erzeugte Energie nutzen könnte. Die Steigerung der Energieeffizienz und Energierückgewinnung wären wirklich sinnvoll und würden Riesenmengen CO₂ einsparen. Aber auch ein bezahlbarer und intelligenter ÖPNV würde einen Beitrag zur Verbesserung des Klimas leisten.

Zum Schluss möchte ich noch erwähnen, was mich gestern doch etwas enttäuscht und sehr geärgert hat. Sie haben hier gebetsmühlenartig vorgetragen, die Haushaltsdebatte wäre kleinkariert, ja langweilig, und das wäre unser Verschulden. Okay, das ist vielleicht Ihre Meinung. Oder ist es die Arroganz der Mehrheit? Eine Debatte kann nur so hochwertig sein wie ihre Vorgaben. Grundlage dieser Debatte ist Ihre Vorlage - der Haushalt. Er ist dürftig und nicht gerade spannend.

Ich habe noch etwas. Ich habe festgestellt, dass alles, was die Opposition hier eingefordert hat, mit einem unfassbaren Starrsinn abgelehnt wurde. Meine liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist kein Ruhmesblatt, weder für Sie noch für dieses Parlament. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Abg. Enschede (DIE LINKE))

(Beifall bei der LINKEN.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke, Frau Abgeordnete. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat nun die Kollegin Petra Fretter.

Abg. Fretter (CDU):

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Frau Enschede, auch wenn Sie sagen, das alles wäre langweilig gewesen, kann ich nur sagen, ich habe heute sehr viel aktive und interessante Reden gehört. Ich kann das nicht teilen. Ich glaube, dass andere das auch so sehen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich kann es mir nicht verkneifen, etwas zum Kollegen Dörr zu sagen. Sie haben den ÖPNV angesprochen. Er gehört zwar nicht unter diesen TOP, aber er hat etwas mit Bewegung zu tun. Da ist mir ein Zitat des deutschen Philosophen Manfred Hirsch gefallen: „Bewegung ist alles, die Richtung entscheidet.“ Ich darf sagen, unser Einzelplan 09 zeigt, wie wir als Koalitionsfractionen hier in Bewegung sind. Wir investieren ein Mehr von 7,2 Millionen Euro und gehen damit in die richtige Richtung. Bei Ihnen bin ich mir allerdings nicht sicher, ob Sie immer die richtige Richtung einschlagen. Tut mir leid, dass ich das so deutlich sage, aber das musste jetzt so sein.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Zum Schluss der diesjährigen Haushaltsdebatte steht nun der Einzelplan 09 an. Das Ende der Sitzung ist in Sicht. Die Heringe locken schon. Ich werde versuchen, meine Rede so angenehm wie möglich zu machen. Ich bin geneigt zu sagen, das Beste kommt zum Schluss, aber ich glaube, das wäre etwas vermessen. Deshalb nehme ich es wieder zurück. Etwas Humor zu später Stunde schadet nichts, denn er kann, wie James Langston Hughes schon gesagt hat, wie ein lang ersehnter Sommerregen im Handumdrehen die Erde, die Luft und einen selbst erfrischen. Ich hoffe, Sie sind jetzt etwas erfrischt. Das passt thematisch sehr gut und Sie können vielleicht meiner Rede nun erfrischt lauschen. Okay, Spaß beiseite. Jetzt kommen wir zum Ernst.

Der Einzelplan 09 vereint wichtige Themen wie Umwelt, Verbraucher- und Tierschutz. Das sind Themen, die uns alle betreffen und unser Leben maßgeblich beeinflussen, ob wir wollen oder nicht. Beim Thema Umwelt und Klimaschutz - ich komme wieder mit einem Zitat - fällt mir der deutsche Germanist und Philosoph Dr. Carl Peter Fröhling ein: „Für Gott war es ein Leichtes, die Erde zu erschaffen. Für den Menschen ist es das Schwerste, sich die Erde zu erhalten.“ Das ist aus heutiger Sicht und in solchen bewegten Zeiten mit Sicherheit wahr. Es ist aber gut zu wissen, dass wir im Saarland aktiv mitwirken und mit

unseren bescheidenen Mitteln daran arbeiten, um unsere Erde zumindest zu schützen. Ich werde in meinen Ausführungen teilweise darauf eingehen.

In der Titelgruppe 77 den Bodenschutz betreffend soll nachhaltig die Funktion der Böden gesichert und wiederhergestellt werden. Beispielsweise erwähne ich den Erhalt der Humusgehalte, den Schutz vor Erosion durch Wasser und Wind, das Entgegenwirken von Verdichtungsgefahren sowie die Verminderung der stofflichen Belastung. Es sind hierfür Mittel in Höhe von 100.000 Euro als Ansatz eingestellt. Das ist eine sinnvolle und kluge Verwendung, wissen wir doch alle, dass unsere Böden als wichtiger Bestandteil in unserem Naturhaushalt fungieren. Sie sind Grundlage für unsere Nahrung. Das will symbolisch sagen, sie sorgen für unser täglich Brot und vieles mehr. Sie sind natürlicher Filter für Schadstoffe sowie Lebensraum für größere und kleinere Lebewesen wie Insekten, Würmer, Mäuse, Hasen und so weiter. Wir wollen mehr in Wasser, Hochwasser und Bodenschutz, aber auch in Tierschutz, die Biodiversitätsstrategie, den Luftreinhalteplan, das saubere Saarland, Lärmsanierung und vieles mehr investieren. Das ist alles nachzulesen unter rund 16 Titelgruppen im Einzelplan. Eine gute und sinnvolle Sache als wichtiger Beitrag für Umwelt, Mensch, Tier und Natur, und das kommt doch unbestritten uns allen, auch den Saarländerinnen und Saarländern, zugute, oder?

Die Natur in unserem schönen Saarland erleben und genießen, das wollen wir eigentlich alle. Leider gibt es Mitmenschen, denen der Wald nicht als Erholungsfaktor dient, sondern als Müllkippe. Ich selbst erlebe es im Warndtwald immer wieder - haufenweise Altreifen, alte Möbel, alles Mögliche, es ist einfach nur unsäglich. Auch an Straßen, Wegen und Sammelstellen werden immer häufiger Müllsäcke, Sperrmüll und ich weiß nicht was alles anonym abgestellt. Jeder von Ihnen kann hier sicherlich etliche Beispiele aus eigener Erfahrung vorbringen und es ärgert mich ungemein, mit welcher Dreistigkeit hier verantwortungslos und auf Kosten der Allgemeinheit agiert wird.

Autobahnauf- und -abfahrten sind ebenfalls beliebte Entsorgungsstellen. Fenster auf, Müll raus, nach mir die Sintflut. Hier könnte ich mir eine Initiative à la Plakatkampagne vorstellen. Auch eine anschauliche Darstellung an markanten Orten - wir hatten sie schon vor vielen Jahren einmal, waren die Körbe mit der Aufschrift: „Bürger dein Müll“, das hat sicher den ein oder anderen zum Nachdenken gebracht - könnte hier wieder die notwendige Sensibilität schaffen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Es wäre schön, wenn man diese Menschen erreichen und sie in ihrem Handeln bekehren könnte, frei nach dem Motto: Die Hoffnung stirbt zuletzt. Den

(Abg. Fretter (CDU))

Satz haben wir in der zweitägigen Debatte schon häufig in unterschiedlichem Zusammenhang gehört.

Umso mehr freut es mich, dass im Einzelplan 09 unter der Titelgruppe 71 das Thema „Sauberes Saarland“ behandelt wird und erstmals Mittel in Höhe von 291.000 Euro eingestellt wurden. Die Beseitigung des Mülls in unserem Wald stellt dabei den größten Ansatz mit 170.000 Euro dar, leider notwendig, aber die Realität ist nun mal so, wie sie ist. Natürlich wirft das in der Diskussion auch hier die Frage der Kosten der Allgemeinheit auf, aber ich erachte es bei allem Unmut gegenüber den Verursachern trotzdem als unabdingbare Ausgabe im Sinne der Landschafts- und Waldpflege, aber auch der Aufklärung. Gemeinden und Verbände, Vereine und Institutionen können durch Zuweisungen unterstützt werden, um sich diesem Thema zu widmen und vielleicht Verbesserungen zu erreichen, auch um den ein oder anderen zu erreichen.

Letztendlich kommt es uns allen zugute, um uns an einem schönen sauberen Saarland zu erfreuen, an den unterschiedlichsten Orten, an den eigenen Lieblingsorten. Bezüglich Abfallvermeidung hatte Minister Reinhold Jost - wir haben es ja eben gehört, der Becher to go - das Projekt „Becherheld“ vorgestellt. Ein Projekt, das uns als Koalition so wichtig war, dass es sogar in den Koalitionsvertrag geschrieben wurde. Ein Vorzeigeprojekt, das mir persönlich sehr gut gefällt und dem ich viele Mitmacher wünsche.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Mitmacher sind heute schon viele junge Menschen, die sich im Freiwilligen Ökologischen Jahr, kurz FÖJ, engagieren. Ein wichtiges Instrument im Umweltschutz, welches durch den Bund im Jahr 2018 mit 104.000 Euro gefördert wird, ein Mehr von 39.000 Euro. Hier kann man Naturschutz live und in Farbe praktisch erleben: Artenschutz, Umwelterziehung, Öffentlichkeitsarbeit, Waldbewirtschaftung, Umweltüberwachung oder Tierpflege. Als Haushaltsnotlagenland sind wir auf und von allen Ebenen auf Zuschüsse angewiesen, natürlich auch aus der EU, das wurde eben schon in einem anderen Tagesordnungspunkt angesprochen. Jeder zusätzliche Cent ist extrem wichtig, hat Gewicht und enorme Auswirkungen.

Beispielhaft nenne ich für die EU-Förderung hier die Mittel für Maßnahmen des saarländischen Entwicklungsplanes für den ländlichen Raum im Zeitraum von 2014 bis 2020. Die Stärkung sowie der Schutz des ländlichen Raumes in vielfältigen Bereichen ist neben allen schon angesprochenen Punkten aus meiner Sicht eine der vorrangigsten Aufgaben, der wir uns zu stellen haben, um einer Abwanderung und einem allmählichen Ausbluten entgegenzusteuern. Dabei bezieht sich der Einzelplan 09 unter anderem in den Titelgruppen 86, 96 und 97 auf das

laufende ELER-Programm mit Naturschutzmaßnahmen wie Agrarumweltmaßnahmen, Dorferneuerung und vieles mehr, bezuschusst durch die EU im Jahr 2018 mit 3.750.000 Euro, 1.250.000 Euro mehr als im Jahr 2017. Weitere Mittel zur Unterstützung der Gemeinden durch das im Landesprogramm wiederbelebte Projekt MELANIE zur Gestaltung und Reaktivierung von Ortskernen im baulichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich sind bei der Dorfentwicklung ebenfalls ein wichtiger, bedeutender Mosaikstein.

Tierschutz spielt bei uns im Saarland eine große Rolle und hat einen absolut hohen Stellenwert. Damit Tierschutz intensiv behandelt und in die Öffentlichkeit getragen werden kann, bin ich sehr froh, dass wir so einen kompetenten Landestierschutzbeauftragten wie Herrn Dr. Willimzik haben. Herr Dr. Willimzik wird nicht müde, in seiner Arbeit, seinen jährlichen Tierschutzberichten und in gemeinsamen Gesprächen auf Missstände hinzuweisen und Lösungsmöglichkeiten und Verbesserungen anzusprechen. Beharrlich setzt er sich immer wieder für noch nicht umgesetzte Forderungen ein, ich spreche hier beispielsweise die Bundesratsinitiative „Kennzeichnungspflicht für Hunde und Katzen“ an, aber auch den Tierschutzbeauftragten auf Bundesebene. Für diese Hartnäckigkeit bewundere ich ihn und danke ihm auch gleichzeitig, dass er hier im Sinne des Tierschutzes hervorragende Arbeit leistet, wohlwissend, dass noch vieles im Argen liegt und dringend angegangen werden muss.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Tierschutz ist vielfältig und geht uns alle etwas an. Verantwortungsvoller Umgang mit unseren Mitgeschöpfen ist meiner Meinung nach ein Indiz für Menschlichkeit im wahrsten Sinne des Wortes. Menschlichkeit gegenüber von Wesen, die für viele mehr sind als nur ein Tier. Sie sind Begleiter, Familienmitglied, Freund, Seelenröster, oftmals der einzige Halt im Leben. Auch möchte ich die Nutz- und Wildtiere nicht vergessen. Sie sind Bestandteil unseres Lebensumfeldes, sei es in der Landwirtschaft oder freien Natur. Auch sie haben es verdient, artgerecht gehalten, geschützt oder bei Verletzungen medizinisch betreut zu werden.

Im Haushalt 2018 sind für unterschiedlichste Tierschutzmaßnahmen auch hier entsprechende Mittel eingestellt worden, ich zähle sie nicht noch einmal extra auf, das hat Pia Döring schon getan. Auch das Jagdwesen und die Fischerei leisten zweifelsfrei einen großen Beitrag zum Tierschutz, was auch mit entsprechend unterstützenden Mitteln im Haushalt dargestellt wird.

Die Biodiversitätsstrategie habe ich heute beispielhaft schon zweimal erwähnt. Deshalb auch hier nur noch eine kurze Erläuterung: Es geht um den Ihnen

(Abg. Fretter (CDU))

allen bekannten Erhalt der natürlichen Arten- und Lebensraumvielfalt. Es werden zusätzlich über 400.000 Euro mehr dafür investiert. Das sind gut investierte Mittel, denn man kann nicht genug dafür tun. Vielleicht erinnern Sie sich dabei noch an einige Eckpunkte aus meiner Rede zum Thema Insektensterben im letzten Plenum. Man kann also erkennen, dass im Bereich des Tierschutzes sprichwörtlich einiges an Geld in die Hand genommen wird, um mit unseren bescheidenen Möglichkeiten zu helfen und zu unterstützen.

Zuletzt, und das ganz ohne Bewertung mit Blick auf die Reihenfolge meiner Ausführungen, möchte ich noch ein paar Projekte des Naturschutzes ansprechen. Als Erfolgsgeschichten, die seit Jahren aus dem Landesetat gefördert werden und wertvoll für Naturerlebnis und Umweltbildung sind, kann man sicherlich beispielhaft den Nationalpark Hunsrück-Hochwald, den Naturpark Saar-Hunsrück, das Biosphärenreservat Bliesgau, den Urwald vor den Toren der Stadt, aber auch die vielen Umweltbildungsmaßnahmen bezeichnen. Gut zu wissen, dass diese auch weiterhin unterstützt werden. Klar ist aber, dass auch hier die uns zur Verfügung stehenden Gelder im Bereich des Naturschutzes und der Vermittlung von Bewusstsein im Hinblick auf Naturschutz und Nachhaltigkeit richtig und sinnvoll eingesetzt werden. Hier wird in Zukunft investiert, damit wir und die nachfolgenden Generationen davon profitieren. - An dieser Stelle möchte ich es nicht versäumen, mich herzlichst bei Umweltminister Reinhold Jost und seinen Mitarbeitern zu bedanken, aber auch bei Finanzminister Stephan Toscani für die bereitgestellten Mittel.

Gut zu wissen, dass wir im Saarland verantwortungsvoll und verantwortungsbewusst in unsere Natur, unsere Umwelt, in das Tierwohl und letztendlich auch in eine gute Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger investieren. Wenn ich das Beispiel unseres Hauses Saarland bemühen darf, wird mit dem Einzelplan 09 auch der notwendige Garten für Mensch und Tier angelegt, gehegt und gepflegt. So können wir auch stolz weiterhin verkünden: Das Saarland, ein Land, in dem ich gut und gerne lebe.

Deshalb bitte ich um Zustimmung zum Einzelplan 09 und dem Gesamthaushalt. Ich wünsche Ihnen am heutigen Nikolausabend noch einen prall gefüllten Nikolausstiefel und keine Rute. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke, Frau Abgeordnete. - Das Wort hat nun der Kollege Günther Heinrich für die CDU-Fraktion.

Abg. Heinrich (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben zwei arbeitsreiche Tage hinter uns, und wer an zwei Tagen ordentlich geschafft hat, hat auch Anspruch auf eine ordentliche Ernährung. Für die Ernährung heute Abend ist der Finanzminister zuständig, mein Part besteht darin, die Rahmenbedingungen darzulegen, wie die Landwirtschaft im Saarland die Ernährung für die Zukunft sichert. Denn die Landwirtschaft gehört zum Saarland, wie die Kohle zum Saarland gehört und wie auch eine Stahlindustrie mit einer Spitzentechnologie zum Saarland gehört.

Die Landwirtschaft hat nicht nur im Saarland, sondern überall einen Ernährungsauftrag. Ich darf darauf hinweisen: Die Weltbevölkerung steigt, mit ihr steigt die Nachfrage nach Agrarrohstoffen und hochwertigen Nahrungsmitteln. 2050 müssen schätzungsweise 10 Milliarden Menschen ernährt werden, und das bei einer weltweit begrenzten Ackerfläche, fortschreitender Klimaveränderung und dem Auftreten neuer Schädlinge. Das stellt die Landwirtschaft vor grundlegende Herausforderungen.

Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, sind innovative Lösungen erforderlich. Es mag vielen vielleicht nicht gefallen, aber wenn man aus gesellschaftspolitischer Verantwortung den Ernährungsauftrag ernst nimmt, sind innovative Lösungen unabdingbar im Bereich der Agrarchemie, der Tiermedizin, der Hygienebranche und der Biotechnologie.

Meine Damen und Herren, das gilt in gleicher Weise auch für die kürzlich getroffene Entscheidung betreffend den restriktiven - ich betone: den restriktiven - Einsatz von Glyphosat. Bei allem Verständnis für die Kritik am Zustandekommen der Entscheidung durch die Bundesregierung möchte ich feststellen: Mit seiner Zustimmung hat der Bundeslandwirtschaftsminister Bedingungen für den Einsatz ausgehandelt, die keine Berücksichtigung gefunden hätten, wenn die EU-Kommission ohne seine Zustimmung den Einsatz von Glyphosat ohnehin beschlossen hätte. Deshalb können Sie sich nicht einfach hier hinstellen, Frau Kollegin, und sagen, Glyphosat ist jetzt ohne jegliche Auflagen beschlossen worden. Das ist nämlich grundlegend falsch.

(Beifall bei den Regierungsfractionen. - Abg. Enschede (DIE LINKE): Nein, das ist nicht falsch, das ist so! - Weitere Zurufe von der LINKEN.)

Es wurden Bedingungen durch den Landwirtschaftsminister Schmidt gesetzt, und zwar Wiederaufnahme der Biodiversitätsklausel, Aufklärung der unterschiedlichen Einschätzungen der unterschiedlichen Gremien der Weltgesundheitsorganisation im Hinblick auf gesundheitliche Gefahren für den Men-

(Abg. Heinrich (CDU))

schen. Aufgenommen: Prüfung der Optimierungsmöglichkeiten des Genehmigungsverfahrens für Pflanzenschutzmittelwirkstoffe durch die EU-Kommission und die Erstellung des entsprechenden Berichtes.

Ich darf daran erinnern, dass wir heute Morgen in allen Bereichen über Innovation gesprochen haben, über Industrie 4.0, über Mittelstand 4.0. Im gleichen Atemzug müssen wir heute auch über Landwirtschaft 4.0 sprechen. Im Bereich der Landwirtschaft vollziehen sich grundlegende Strukturänderungen, durch Breitbandversorgung, Digitalisierung, Smart Farming - das sind alles Begriffe, mit denen sich die Landwirtschaft heute auseinandersetzen muss.

Meine Damen und Herren, dieser Innovationsschub wird vor der Landwirtschaft nicht haltmachen können. Unser primäres Anliegen muss sein, dass sowohl Gesundheit als auch Umwelt durch diesen Innovationsschub nicht gefährdet werden.

(Zuruf der Abgeordneten Enschede (DIE LINKE).)

Die Landwirtschaft hat einen Ernährungsauftrag, und mit Hilfe der Agrarchemie können Landwirte ihre Erträge nachhaltig steigern und eine verantwortungsvolle Nutztierhaltung sicherstellen. Die Nutztierhaltung ist nach wie vor eines der wichtigsten Standbeine der saarländischen Landwirtschaft. Mit qualitativ hochwertigen Fleisch- und Milchprodukten wird nicht nur der heimische Markt versorgt, sondern das sind auch im Ausland hochbegehrte Produkte. Die Landwirtschaftspolitik im Saarland, und zwar sowohl die konventionelle als auch die ökologische Landwirtschaftspolitik, ist mit ihren Förderinstrumenten so ausgelegt, dass wir eine verantwortungsvolle Tierhaltung, optimale Hygiene, Krankheitsprävention und die entsprechenden Therapien gewährleisten können. Davon profitieren nicht nur Tiere, davon profitiert der Mensch und letztendlich auch die Umwelt.

Landwirtschaft ist heute mehr als nur ein Wirtschaftsbetrieb, der dem Lebensunterhalt des Betriebsinhabers und seiner Familie dient. Landwirtschaft mit ihren unterschiedlichen Nutzungsformen ist heute in einem hohen Maße dem Allgemeinwohl verpflichtet. Mit ihren Betrieben - und das gilt in besonderer Weise für uns im Saarland - schaffen und erhalten sie unsere Kulturlandschaft, sie pflegen unsere Kulturlandschaft. Eine Landschaft, die dem Land einen besonderen Reiz verleiht, die das Land für uns attraktiv macht, vor allem aber auch für den Tourismus, der zurzeit im Saarland eine Erfolgsgeschichte schreibt. Das hängt auch mit der Kulturflege durch die Landwirtschaft zusammen.

Auch muss bei einer fairen Würdigung der Sachlage - und ich spreche hier ausdrücklich für die saarländische Landwirtschaft - anerkannt werden, dass die

Landwirte sich zum Umwelt-, Klima- und Tierschutz bekennen. Das hat für den Betrieb als solchen nicht unerhebliche betriebswirtschaftliche Folgen. Die durch europäisches und nationales Recht gesetzten Standards führen im Vergleich zu anderen Erzeugungsregionen natürlich zu erhöhten Kosten. Der wirtschaftliche Gegenwert dieser Standards schlägt für einen landwirtschaftlichen Betrieb im Haupterwerb mit 28.000 Euro im Jahr zu Buche. Meine Damen und Herren, in diesem Umfeld bewegt sich die Landwirtschaft heute.

Die Landwirtschaft ist nach wie vor ein wesentlicher Bestandteil der saarländischen Wirtschaftsstruktur. An deren Existenz- und Bestandssicherung muss ein Allgemeininteresse bestehen, und wo ein Allgemeininteresse besteht, muss natürlich auch ein besonderes politisches Interesse bestehen. Unsere saarländischen Bauern müssen sich zum Teil unter schwierigsten Bedingungen am Markt behaupten, unter Bedingungen, die allzu oft von Dumpingpreisen diktiert werden. Dumpingpreise, die erzielt werden dadurch, dass in anderen Regionen Arbeitsbedingungen herrschen, die miserabel sind, dass Umweltstandards entweder nicht existieren oder einfach nicht beachtet werden.

(Abg. Enschede (DIE LINKE): Wenn Gemeinwohl mit Glyphosat in Verbindung gebracht wird, fällt mir nichts mehr ein!)

Damit bäuerliche Landwirtschaft, damit der Bauernhof im Dorf weiter bestehen kann, sind Förderinstrumente entwickelt worden, um sicherzustellen, dass im ländlichen Raum hochwertige Lebensmittel unter Berücksichtigung der allgemein verbindlichen Umwelt- und Gesundheitsstandards produziert werden können. In Deutschland ist die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes das wichtigste nationale Förderinstrument für eine leistungsfähige, an den künftigen Anforderungen ausgerichtete wettbewerbsfähige Land- und Forstwirtschaft.

Meine Damen und Herren, der Bund hat über die GAK-Mittel in das Saarland fast 250.000 Euro zusätzlich überwiesen. Wir geben für diesen Bereich mit GAK-Mitteln, mit Landes- und EU-Mitteln zur Förderung der Landwirtschaft im kommenden Jahr 6,4 Millionen Euro aus, eine beachtliche Summe, die zeigt, welchen Stellenwert die Landwirtschaft in der saarländischen Politik hat. Wenn 2016 circa 80 Millionen Euro der GAK-Mittel nicht verausgabt worden sind, dann ist das ein ausgezeichnetes Kompliment an diese Landesregierung, an ihren Landwirtschaftsminister, weil er es fertiggebracht hat, diese Mittel nicht zurückzugeben, wie das normalerweise der Fall sein muss, sondern weil er es fertiggebracht hat, diese Mittel im Land zu behalten.

(Zögerlicher Beifall bei der CDU.)

(Abg. Heinrich (CDU))

Es darf ruhig applaudiert werden.

(Beifall bei der CDU und Heiterkeit. - Zuruf: Du hast noch eine Minute, Günter.)

Noch eine Minute! Dann muss ich Gas geben.

(Anhaltende Heiterkeit. - Ministerin Rehlinger: Sag noch was zur Fischerei, Günter!)

Meine Damen und Herren, ich habe mich in meiner Rede natürlich auch mit dem beschäftigt, was die Opposition heute zu diesen Themen sagen würde. Ich wusste, dass Sie die Glyphosat-Peitsche herausholen würden, Kollegin Ensch-Engler.

(Heiterkeit.)

Meine Erwartungshaltung an die rechte Seite dieses Parlamentes war auch bescheiden und hat sich leider bestätigt, denn von Ihnen ist überhaupt nichts gekommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hatte eine göttliche Eingebung. Herr Praschel, in Anlehnung an den alten Gassenhauer „Lebt denn der alte Holzmichel noch?“ habe ich direkt an den Kollegen Ulrich gedacht, der mir bei meiner Rede sicherlich vorgeworfen hätte, wir würden die ganzen Mittel für die Ausgleichszulage ausgeben, ohne die ökologische Landwirtschaft zu fördern. Meine Damen und Herren, die konventionelle und die ökologische Landwirtschaft stehen bei uns gleichberechtigt auf der Agenda. Für beide trifft die Ausgleichszulage zu.

Weil ich den Kollegen Ulrich hoch schätze, meine sehr verehrten Damen und Herren, habe ich - man muss sich ja mit der Opposition beschäftigen, hier hat sich das eigentlich erübrigt - noch einmal nachgesehen in dem Protokoll der letzten Haushaltsdebatte. Da hat der Kollege Ulrich natürlich mit den Zahlen geflunkert. Er hat von 9 Millionen für die ökologische Landwirtschaft gesprochen, jährlich. Da hat er natürlich verwechselt, dass diese 9 Millionen Euro für die gesamte Förderperiode gedacht waren. Er hat aber sowieso gleich 14 Millionen jährlich gefordert. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir die Mittel für die ökologische Landwirtschaft von ehemals 1 Million Euro auf jetzt 2,4 Millionen Euro erhöht haben, dann haben wir das richtige Zeichen gesetzt. Nochmals: Konventionelle und ökologische Landwirtschaft stehen bei uns gleichberechtigt nebeneinander. Dafür trägt dieser Haushalt Verantwortung und dafür tragen wir Verantwortung. - Herzlichen Dank.

Vizepräsidentin Spaniol:

Vielen Dank, Herr Kollege Heinrich. - Das Wort hat nun für die SPD-Fraktion der Kollege Hans Peter Kurtz.

Abg. Kurtz (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann nahtlos an den Kollegen Heinrich anknüpfen. Die Landwirtschaft hat in diesem Land eine sehr hohe Bedeutung, denn im Saarland ist eine Fläche von 79.000 Hektar in landwirtschaftlicher Nutzung. Somit kommt der Landwirtschaft eine besondere Verantwortung beim Schutz der natürlichen Ressourcen in unserem Land zu. Das gilt natürlich auch für den Boden und das Wasser. Die Landwirtschaft im Saarland ist geprägt von extensiver Bewirtschaftung und bäuerlichen Strukturen, die unsere vielfältige Kulturlandschaft bewahren. Deshalb ist es richtig und sinnvoll, dass wir in der Landwirtschaft der Biodiversitätsstrategie einen besonderen Raum geben, wenn es darum geht, den Schutz des Lebensraums und der Artenvielfalt zu erhalten. Deshalb ist auch die Ausgleichszulage wichtig und notwendig, um die flächendeckende bäuerliche Landwirtschaft in Deutschland zu erhalten.

Ich betone noch einmal, dass es ein Erfolg von Minister Reinhold Jost ist - hoffentlich kommt dir das gut, dass du heute Abend so oft gelobt wirst -, der in seiner uns bekannten ruhigen Art

(Heiterkeit und Zurufe)

nicht nur auf EU-Ebene, sondern auch auf Bundesebene aktiv war, damit die EU die benachteiligten Gebiete im Saarland anerkennt. Es wurde von dem Kollegen Heinrich schon angesprochen, dass es gelungen ist, dass aus dem Fördertopf für die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes allein für 2017 zusätzlich 1,5 Millionen Euro zur Verfügung stehen, die in die Ausgleichszulage für die benachteiligten Gebiete im landwirtschaftlichen Raum fließen. Das ist eine deutliche Aufstockung der Auszahlung an die Landwirtschaft, um die Wertschöpfungsverluste zu kompensieren.

Eine hohe Bedeutung für unser Land hat der Saarländische Entwicklungsplan für den ländlichen Raum, kurz genannt SEPL. Aber darauf brauche ich nicht mehr einzugehen, weil die Kollegin Fretter das dankenswerterweise schon erläutert hat. Deshalb komme ich noch einmal zurück zur Landwirtschaft. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass das Saarland Spitzenreiter ist im ökologischen Landbau mit über 17 Prozent landwirtschaftlich genutzter Fläche. Das sind allein bei uns im Saarland 130 Betriebe. Es ist unser Ziel, diesen Anteil von ökologisch bewirtschafteten Ackerböden im Saarland bis zum Jahr 2022 auf 25 Prozent zu erhöhen. In diesem Zusammenhang gibt es eine ganze Reihe von Aktivitäten des Ministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz, das regelmäßige Fach- und Informationsveranstaltungen zur ökologischen Landbewirtschaftung anbietet. Es werden auch Beratungen durchgeführt zur Umstellung der Betriebe auf Ökolandbau.

(Abg. Kurtz (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Trinkwasserversorgung der saarländischen Bevölkerung wird zu 100 Prozent aus Grundwasser gedeckt. Grundwasser bedarf eines verantwortungsvollen Umgangs und muss weitgehend vor Verunreinigungen geschützt werden. Daher ist das Festhalten am Vorsorgeprinzip einer systematischen und regelmäßigen Überwachung des Grundwassers für uns hier im Saarland unabdingbar. Eine entsprechende nachhaltige Bewirtschaftung des Grundwassers wird durch die Erhebung des Grundwasserentnahmeentgeltes unterstützt. Das Grundwasserentnahmeentgelt steht nach Deckung des Verwaltungsaufwands zweckbestimmt für ökologische Maßnahmen zum Schutz der Umweltressourcen zur Verfügung. Es sind Vorhaben und Maßnahmen zur nachhaltigen Wasserwirtschaft notwendig. Gegenstand der Förderrichtlinie ist eine nachhaltige Wasserwirtschaft.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sind die Förderung der Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und die Verbesserung der Umwelt- und Lebensqualität insbesondere in den ländlichen Räumen durchzuführen. Darüber hinaus hat die Erhebung des Wasserentgeltes auch positive Auswirkungen auf die nachhaltigen Bewirtschaftungsziele nach der Wasserrahmenrichtlinie. Diese gibt vor, den Grundsatz kostendeckender Preise für Wasserdienstleistungen umzusetzen und in diesem Rahmen dafür Sorge zu tragen, dass neben den vollen betriebswirtschaftlichen Kosten auch die Umwelt- und Ressourcenkosten in Ansatz gebracht werden. Dies war bisher nicht der Fall. Daher sieht die Anpassung des Grundwasserentnahmeentgeltes die Streichung der Freimengen vor. Dies führt neben der Erhebung von höheren Einnahmen auch zur Vereinfachung der Entgeltregelung und zur Reduzierung des Verwaltungsaufwandes bei der Erhebung und der Bescheidung. Dabei wird die Belastung der privaten Haushalte gemäßigt ausfallen.

(Präsident Meiser übernimmt den Vorsitz.)

Ein vierköpfiger Personenhaushalt soll zukünftig circa 14 Euro pro Jahr mehr zahlen. Da es sich hierbei um ein verbrauchsabhängiges Entgelt handelt, schafft die Erhöhung einen Anreiz zur Reduzierung des Wasserverbrauchs, dessen Höhe der einzelne Haushalt beeinflussen kann. Eine Einsparung von zirka 1 Prozent des Jahresverbrauchs, das sind 2,1 Kubikmeter, gleicht die aktuell vorgesehene Belastung bereits aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Weiterentwicklung der saarländischen Abfallwirtschaft in Richtung einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft ist ein erklärtes Ziel der Landesregierung. Die Grüngutkonzeption des EVS hat zum Ziel, eine Weiterentwicklung der Grünstoffverwertung im Saarland im Sinne einer rechtskonformen, nachhaltigen und hochwertigen Verwertungslösung zu erreichen. Ab dem 01. Januar

2018 ist der EVS für den Transport und die Verwertung von Grüngut aus dem privaten Haushalt verantwortlich. Die Sammlung des Grüngutes verbleibt in der Zuständigkeit der Kommunen. Es gibt bis in das Jahr 2020 eine Übergangsregelung. Bis dahin müssen alle Kommunen das Grüngut dem EVS überlassen. Das Grüngutkonzept beinhaltet eine hochwertige stoffliche und energetische Verwertung des Grüngutes. Und hier kommt dem Bau des Biomassezentrums auf dem VSE-Kraftwerksgelände in Ensdorf eine große Bedeutung zu. Bis Mitte 2020 ist die Inbetriebnahme vorgesehen. Hier soll Qualitätskompost und Energie erzeugt werden.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Sie sehen, meine Damen und Herren, wir sind auch in diesem Bereich für die Zukunft gerüstet. Es gibt sehr viel zu tun in diesem Land und im Bereich des Kapitels 09 werden wir das auch anpacken. Deshalb kann man dem Antrag der Koalitionsfractionen nur zustimmen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit zu später Stunde.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Präsident Meiser:

Das Wort hat für die CDU-Landtagsfraction Frau Abgeordnete Sarah Gillen.

Abg. Gillen (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Gäste! Liebe Kollegen! Leider kann ich Ihnen das Unwort des Jahres noch nicht nennen, dafür müsste ich hellseherische Fähigkeiten besitzen. Ich könnte mir aber gut vorstellen, dass das Unwort des Jahres „Fipronil“ lauten wird. Sie erinnern sich sicherlich an die großen Rückrufaktionen von überwiegend aus den Niederlanden stammenden Eiern, bei denen Rückstände aus dem Insektengift vermutet wurden. Anfang des neuen Jahres werden die Verbraucher und damit wir alle erneut von der Affäre betroffen sein, da die Preise für Eier dann auch im Lebensmitteleinzelhandel steigen werden. Dabei ist es doch eigentlich verrückt, dass wir Eier, also eines der zerbrechlichsten Güter, über so viele Kilometer zu uns transportieren lassen.

Da lobe ich mir doch die regionalen Direktvermarkter. Ich bitte um Nachsicht, dass ich als St. Wendelerin in diesem Zusammenhang unsere Wendelinushof GmbH als Lokalwarenmarkt und den Martinshof als Direktvermarkter nenne.

(Beifall aus den Reihen der CDU.)

Beides sind Beispiele dafür, dass der Kunde genau weiß, woher die Produkte, die er dort einkauft, kommen. Er kennt den Imker, der dort den Honig anbietet; die dazu gehörenden Bienen musste er hoffentlich noch nicht näher kennenlernen. Er kennt die

(Abg. Gillen (CDU))

Tiere, und er kennt den Obst- und Gartenbauer, der die beste Medizin für Magenverstimmungen im Angebot hat.

Angesichts dessen bin ich froh, dass wir im Haushaltsplan für das kommende Jahr für die Regionalvermarktung 95.000 Euro eingestellt haben. Damit können die schon erwähnten Kelteranlagen unterstützt werden, aber auch die Imageförderung für und die Bildung über regionale Produkte. Ich glaube, in Zusammenhang mit dem Fipronil-Skandal wurde vielen Verbrauchern noch einmal bewusst, dass regionale Erzeugnisse nicht nur für die Umwelt und die Erzeuger, sondern auch für die Verbraucher Vorteile haben.

Es wurde in diesem Zusammenhang aber auch deutlich, wie wichtig der Verbraucherschutz ist. Lange war nicht klar, in welchen Supermärkten die Verbraucher noch Eier kaufen konnten, ohne fürchten zu müssen, sich dabei gleichzeitig gegen Insekten aller Art zu wappnen. Deshalb halte ich es für ganz wichtig, dass in Zeiten einer immer stärkeren Globalisierung auch beim Verkauf von Lebensmitteln ein effektives Verbraucherschutzwarnsystem installiert wird. Ich bin daher froh, dass auch im nächsten Haushaltsjahr 12.800 Euro zur Verfügung stehen, um den Internethandel mit Lebensmitteln, Futtermitteln, Bedarfsgegenständen, Kosmetika und Tabakerzeugnissen zu überwachen und deutschlandweit eine Internetseite für Lebensmittelwarnungen zu betreiben.

Hierbei kommt dem Landesamt für Verbraucherschutz mit seinen Laboren zur Untersuchung von Lebensmitteln eine besondere Rolle zu, und ich bin sehr dankbar für deren Arbeit. Als Verbraucher verlasse ich mich darauf, dass die fleißigen Mitarbeiter des Landesamtes auch die Gaststätten regelmäßig besuchen und auf die hygienischen Zustände dort achten. Ich biete mich gerne auch selbst für das nächste Jahr schon mal als Tester von Speiseeis an, ich stehe auch in schwierigen Zeiten an der Seite unserer Minister.

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen und erheiternde Zurufe aus dem Plenum.)

Die regelmäßigen Kontrollen, und ich durfte bereits selbst an der außerordentlich gründlichen Kontrolle eines Gastronomiebetriebs teilnehmen, geben mir als Verbraucher im Saarland ein gutes Gefühl. Auch dafür einen herzlichen Dank an die Mitarbeiter des Landesamtes für Verbraucherschutz für ihre Arbeit!

(Beifall bei der CDU.)

Ein weiteres Thema hat uns gerade in letzter Zeit wieder häufiger beschäftigt, die sogenannten Phishing-Anrufe. Ob es, wie gerade aktuell, darum geht, die Vermögensverhältnisse des Angerufenen zu erfragen, oder ob schlicht auf einen Rückruf zu Num-

mern mit Zusatzkosten abgezielt wird, hier kommt jedenfalls der Verbraucherzentrale eine bedeutende Rolle zu. Sie berät bei unberechtigten Forderungen und gibt Tipps zum Verhalten bei Werbeanrufen.

Auch bei der Energieberatung genießt die Verbraucherzentrale des Saarlandes einen guten Ruf. Dass es für den Verbraucher immer schwieriger wird, den Überblick über die vielen Heizsysteme zu behalten und zu entscheiden, ob sich der Austausch des alten Heizkessels lohnt, haben wir letzte Woche bereits an anderer Stelle diskutiert. Auch mir selbst haben die Ratgeber der Verbraucherzentrale zum Bau eines Einfamilienhauses sehr dabei geholfen, mich für einen Anbieter zu entscheiden.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich die Schuldnerberatung. Leider führen die immer schneller wechselnden Trends bei Technikgeräten zu steigenden Zahlen bei den von Überschuldung betroffenen Privatpersonen. Daher bin ich froh, dass wir den Zuschuss an die diesbezüglich beratend tätige Verbraucherzentrale um 70.000 Euro auf nunmehr 496.600 Euro erhöht haben.

Da ich bei meiner Recherche über die Verbraucherzentrale so viel über sicheres Spielzeug gelernt habe, will ich es nun aber dabei bewenden lassen und versuchen, noch rechtzeitig in die Nikolaustüten meiner Töchter hineinzuschauen, ob der Nikolaus die Einkaufstipps ebenfalls beherzigt hat. - In diesem Sinne: Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall von den Koalitionsfraktionen.)

Präsident Meiser:

Das Wort hat für die Landesregierung Herr Minister Reinhold Jost.

Minister Jost:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stelle fest, das Beste kommt immer zum Schluss, nun also Einzelplan 09. Die lebhaft und unterhaltsame Debatte eben muss, so finde ich, den Vergleich mit der Debatte zu anderen Einzelplänen nicht scheuen. Schauen Sie sich die imposante Zahl der Zuhörerinnen und Zuhörer zu diesem Einzelplan an, sehe ich mich auch insoweit bestätigt. Ich gehe mal davon aus: Sie alle sind nur deswegen gekommen!

(Beifall und amüsierte Zurufe: Die kommen zum Heringessen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, angesichts dessen, was soeben in der Debatte an Lob und an Dankesadressen an meine Person zum Ausdruck gebracht wurde, fällt mir ein Zitat von Herbert Wehner ein. Er hätte in dieser Situation gesagt: Dieses Lob trifft mich in keinster Weise.

(Minister Jost)

Das gilt insbesondere, wenn mit Blick auf einerseits die zugrundeliegenden Sachverhalte und andererseits die daraus resultierenden Debattenbeiträge, so man sie denn überhaupt so nennen kann, deutlich wird, dass eine tatsächliche Befassung mit dem Haushalt offensichtlich nicht stattgefunden hat. Anders kann ich mir nicht erklären, dass man sich bei der Debatte zum Einzelplan „Umwelt und Verbraucherschutz“, zum Einzelplan 09 also, einem Thema zuwendet, das gänzlich in einem anderen Einzelplan, dem Einzelplan 08 „Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr“, abgebildet wird. Ich würde den betreffenden Kollegen empfehlen, sich wirklich ernsthaft in das parlamentarische Arbeiten einzubringen. Daraus könnte vielleicht auch der eine oder andere Lerneffekt resultieren, der für einen selbst von Interesse sein könnte. Möglicherweise geht es Ihnen aber auch gar nicht darum, sich mit Inhalten auseinanderzusetzen, sondern einfach nur darum, immer die gleiche Duddel abzuspielen. Gleichgültig zu welchem Thema, man spielt immer die gleiche Schallplatte ab. Man bedient Ressentiments. Man ist der Auffassung, dass Fakten ohnehin nichts zur Sache beitragen, allenfalls beim eigenen Vorurteil zur Verwirrung führen könnten. Am Ende des Tages kann ich eigentlich nur feststellen, insbesondere mit Blick auf das Dreigestirn der AfD in diesem Hause: Sie erfüllen im Grunde alle Klischees, die Sie anderen gerne anheften.

(Zurufe von der SPD: Genau so ist es!)

Ich sage das ganz bewusst: Das, was Sie hier abgeliefert haben, ist das Geld nicht wert, das Sie jeden Monat überwiesen bekommen.

(Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Man muss sich vor Augen halten, was Sie als vermeintlich Konservative, was ja von „conservare“ abzuleiten ist, zum nun besprochenen Einzelplan alles unter dem Stichwort „bewahren“ hätten ansprechen können - nein: hätten ansprechen müssen! Hier haben Sie aber zum nun schon wiederholten Male eine Chance verpasst. Allerdings traure ich dieser Chance nicht groß hinterher, immerhin zeigt sich wieder einmal, womit wir es bei Ihnen tatsächlich zu tun haben: Nichts wie heiße Luft! Mein Opa hätte im Zusammenhang mit Ihnen von „Schwaduddelern“ geschwätzt. Ich glaube, meine sehr geehrten Herren, Sie wissen, was damit gemeint ist.

Konstruktive und kritische Zusammenarbeit, konstruktive und kritische Auseinandersetzung ist das, was wir uns in den vergangenen Jahren bei den Themen Umwelt, Natur und Artenschutz, aber insbesondere auch beim Thema Verbraucherschutz zur Aufgabe gemacht haben. Dabei arbeiten wir nach der Prämisse, miteinander statt übereinander zu reden. Die Themen und auch das ein oder andere,

was damit an Herausforderungen einhergeht, mögen manchmal schwierig sein. Aber wir haben uns nicht weggeduckt. Ich bin in diesem Zusammenhang den Kolleginnen und Kollegen der anderen Ressorts, aber auch den Mitgliedern der Koalitionsfraktionen, sehr dankbar, dass sie sich der entsprechenden Herausforderungen über die ganze Bandbreite dieses Einzelplans in den letzten Jahren erfolgreich angenommen haben. Wir sind in dieser Frage ein großes Stück nach vorne gekommen, darauf bin ich stolz und dafür bin ich dankbar, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir machen dabei auch keine Politik mit dem Kopf durch die Wand, sondern mit Sinn und Verstand. Wir versuchen, und das haben wir auch sehr erfolgreich hingekriegt, dabei auch schwierige Themenfelder zusammenzuführen. Ich erinnere an das Jagdgesetz, an die Themen Fischerei, Tierschutz/Tierwohl, Landwirtschaft, aber auch Biodiversität. Es ist uns dabei gelungen, die jeweiligen Interessenvertretungen mitzunehmen. Es ist uns gelungen, im Konsens Lösungen zu finden und Gräben, die wir vorgefunden hatten, wieder zuzuschütten. Auch darauf bin ich stolz und dafür bin ich dankbar, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Die Menschen mitnehmen und eigene Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, das ist unser Motto, beispielsweise in der Landwirtschaft. Es ist eben schon an der ein oder anderen Stelle sehr deutlich gemacht worden, dass wir ein großes Interesse daran haben, einen ressourcenschonenden Ansatz in der Landwirtschaft zu verfolgen, der die Natur- und Umweltschutzaspekte genauso beinhaltet wie das Thema Tierwohl. Ich bin sehr stolz darauf, dass wir, wie eben schon gesagt wurde, mit 17 Prozent Anteil des Ökolandbaus an der bewirtschafteten Fläche in der Landwirtschaft bundesweit die Spitzenstellung einnehmen. Ich sage, da wird noch mehr kommen. Ich habe aber versucht, in dem Zusammenhang all denen zu widerstehen, die nach dem Motto agieren: Wer laut genug schreit, kriegt irgendwann auch recht. Wir haben gehandelt im Interesse der Landwirte, aber vor allen Dingen auch im Interesse des Landeshaushalts. Wir haben irgendwann gesagt, mehr Zuschüsse zur Umstellung auf Ökolandbau können wir im Moment nicht geben.

Wir werden aber im kommenden Jahr eine Evaluation des Ökolandbaus vornehmen. Wir wollen die Bedarfe abfragen, wollen wissen, wer eventuell Interesse daran hat, mit welchen Produkten umzustellen. Wenn wir dann für die laufende Förderperiode des Entwicklungsplans ländlicher Raum Mittel zur Verfügung haben, steigen wir wieder ein, um den Ökolandbau noch stärker nach vorne zu bringen. Das

(Minister Jost)

war, das ist und das bleibt unser Weg. Das, was wir versprechen, halten wir auch, und wir versprechen nur das, was wir auch tatsächlich halten können. Das ist der saarländische Weg dieser Landesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

So war es auch bei der Ausgleichszulage. Ich bin sehr dankbar, dass die Kolleginnen und Kollegen meiner Fachabteilung zusammen mit dem Finanzministerium Wege gefunden haben, die es erlauben, dass wir Mittel nicht mehr zurückgeben müssen, die ansonsten dem Jährlichkeitsprinzip unterfallen würden und die dem Bund, dem Finanzminister, zurücküberwiesen werden müssten. Das sind in diesem Jahr über 1,5 Millionen Euro, die wir der Landwirtschaft im Saarland zusätzlich mit auf den Weg geben können. Das ist Geld, das dort dringend gebraucht wird. Auch das hatten wir versprochen. Wir halten unser Versprechen, wir lösen es ein. Auch dafür ein herzliches Wort des Dankes.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte auf das Thema Herbizide nur kurz eingehen. Auch das ist immer die gleiche Duddel. Es wird der Eindruck erweckt, als würden wir in diesem Land nur zuschauen und nicht handeln, als wäre es uns egal. Das ist ein Zerrbild. Ich wäre sehr dankbar, wenn man sich vor einer solchen Debatte die entsprechenden Unterlagen, die Protokolle von Sitzungen anschauen würde. Es ist zu diesem Thema schon viel gesagt worden, aber vor allen Dingen ist in diesem Land schon konkret gehandelt worden. Mit Blick auf unsere Verantwortung brauchen wir keine Erinnerungen. Wir sind vielmehr diejenigen, die in dem Zusammenhang recht frühzeitig und insbesondere mit guter fachlicher Praxis gehandelt haben, was das Ausbringen von Herbiziden angeht, nicht nur mit Blick auf Glyphosat, sondern auch auf andere Mittel. Wir wollen diesen Weg weitergehen. Wir wollen das umsetzen, was in der letzten Landtagsdebatte dazu auf den Weg gebracht worden ist. Daran messen wir uns, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen, der deutlich macht, dass wir in diesem Zusammenhang ein sehr gutes Netzwerk haben, das schon sehr früh damit beginnt, Kinder in Kindergärten, Schulen, aber auch anderen Einrichtungen den Umgang mit der Natur und das nachhaltige Handeln im Tagtäglichen nahezubringen. Die Einrichtungen sind schon genannt worden, aber ich tue es noch einmal. Ich will dabei Dank und Anerkennung für die gute Zusammenarbeit aussprechen. Es sind Spohns Haus, die Biberburg in Berschweiler, das Netzwerk „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, der Nationalpark, die

Biosphäre, aber auch zum Beispiel der NABU mit dem Urwald vor den Toren der Stadt, die Naturfreunde mit den NaturaTrails, der Saarwald-Verein beim Thema Nutzung der touristischen Infrastruktur im Wald und der BUND mit dem Wildkatzen-Erlebnispfad oder dem Kunterbunt-Mobil. Wir sind stolz darauf, mit diesem Netzwerk arbeiten zu dürfen. Das ist nicht irgendwas, sondern das ist ein Wert an sich, den wollen wir hegen und pflegen und deswegen auch die Zusammenarbeit fortführen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Beim Thema Verbraucherschutz hat eben die Kollegin Gillen sehr anschaulich konkrete Beispiele aufgezeigt. Das Saarland steht im kommenden Jahr der Verbraucherschutzminister-Konferenz des Bundes und der Länder vor. Wir wollen diesen Vorsitz nicht nur nutzen, um hier eine viertägige Konferenz auszurichten oder zwei Sitzungen von Länderarbeitsgemeinschaften, sondern wir wollen ihn nutzen, um das ganze Jahr hindurch an praktischen Beispielen orientiert ein Mehr an Verbraucherschutz zu erreichen. Das gilt für das Thema Obsoleszenz, also die Frage, ob bestimmte Güter des täglichen Bedarfs so gebaut sind, dass sie nach dem Ablauf der Gewährleistungsfrist kaputtgehen, und darum, was man aus Sicht des Verbraucherschutzes tun kann, damit die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher dort gestärkt werden. Wir wollen uns dem Thema digitale Medien und der Möglichkeit der Begleitung durch Bildungsmaßnahmen und Projekte zuwenden, beispielsweise mit dem saarländischen Modell von Kaffee-Kuchen-Tablet. Das ist eine sehr gute Veranstaltungsreihe der Landesmedienanstalt, die jungen Menschen, aber auch Senioren eine gute Internetführung gibt und Grenzen und Möglichkeiten auf diesem Gebiet aufzeigt.

Wir wollen das Thema Autonomes Fahren genauso in den Blick nehmen wie die Musterfeststellungsklage und - das habe ich mit Monika Bachmann rückgekoppelt - wir wollen und werden einen Schwerpunkt unserer Arbeit darin sehen, das Thema Verbraucherschutzrechte im Bereich von Gesundheit und Pflege zu thematisieren. Allein beim Thema Pflegeverträge gibt es hier viel zu tun. Das zeigt, diese Konferenz ist für uns keine Pro-Forma-Veranstaltung, nein, wir wollen sie mit Leben erfüllen. Ich bin dankbar für das, was man uns an Mitteln dafür zur Verfügung stellen will, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Die hohe Qualität der Arbeit des Landesamtes für Verbraucherschutz ist schon genannt worden, die wollen wir beibehalten. Wir sehen uns dabei nicht als Gängelungsbehörde, sondern als Mittler, Berater und Begleiter auch in schwierigen Fragen, mit Blick auf die Gastronomie genauso wie mit Blick auf den

(Minister Jost)

Arbeitsschutz. Wir richten auch den Blick, das ist uns ganz wichtig, auf die ehrenamtlich Tätigen. Ich will das mit einem herzlichen Wort des Dankes an unseren Kooperationspartner Pro Ehrenamt und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LAV sagen. Das, was wir in den vergangenen Jahren mit unserer Fortbildungsreihe „Hygiene und Volksfeste“ für Ehrenamtliche erreicht haben, um sie davor zu schützen, eventuell durch unsachgemäße Handhabung von Gerätschaften oder Zubereitung von Speisen bei Vereinsfesten Vorschriften zu verletzen, macht mich stolz. Das zeigt, auch da sind wir auf dem richtigen Weg. Wir wollen nicht bevormunden, wir wollen helfen, wir wollen Dienstleister sein, das wird an dieser Stelle auch sehr deutlich.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich will noch ein Thema ansprechen, das mir ganz wichtig ist, die Entwicklung des ländlichen Raums. Der Anspruch meines Hauses ist, das Ministerium der Dörfer und des ländlichen Raums zu sein. Das haben wir in den vergangenen Jahren sehr deutlich zum Ausdruck gebracht und sehr deutlich unter Beweis gestellt durch die Begleitung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements, die Fortführung von Maßnahmen und Projekten durch unterschiedliche Programme, ob sie „MELanIE“ oder „LEADER“ heißen oder Aspekte der Dorferneuerung und -entwicklung beinhalten.

Saarbrücken ist als Oberzentrum in unserem Land wichtig, das ist absolut richtig. Ohne den ländlichen Raum aber wäre auch Saarbrücken schlecht dran. Deswegen muss es im Interesse des gesamten Landes sein, dass der ländliche Raum eine Perspektive hat. Das ist auch mein Antrieb in diesem Amt. Ich möchte in den kommenden Jahren dafür Sorge tragen, dass das so bleibt.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Zum Thema sauberes Saarland wollen wir auch analog dessen, was wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, Schwerpunkte und Ausrufezeichen setzen. Sie haben heute Morgen auf Ihren Tischen diese Mehrwegbecher gefunden als kleines Weihnachtsgeschenk meines Hauses - von Staatssekretär Roland Krämer und mir. Das ist der sinnbildliche Ausdruck einer Kampagne, die, wie wir es von der Rückmeldung einschätzen, eingeschlagen ist wie nichts Zweites. Wir haben mittlerweile weit über 100 Partnerinnen und Partner aus dem Bereich der Gastronomie, DEHOGA ist unser Partner, aber auch Cafés und Bäckereien, Dank der Bäckerinnung, die sich uns als Partner ebenfalls angeschlossen hat. Der EVS und die Deutsche Umwelthilfe sowie Tankstellen sind ebenfalls mit im Boot. Heute Morgen gab es von der Globus Holding die Anfrage, ob sie sich als Partner mit einbringen könnten.

Das zeigt, wenn man eben nicht nur darüber redet, sondern sich tatsächlich den Problemen zuwendet und mit einfachen Maßnahmen und Möglichkeiten arbeitet und den Menschen ein Angebot macht, dann verfängt das. Aber auch hier nicht belehrend oder gängelnd, sondern hilfreich und nutzbringend. Es schützt eben nicht nur die Umwelt, weil die Pappbecher nicht gebraucht und anschließend weggeschmissen werden müssen, sondern man spart auch noch was im Portemonnaie, nämlich zehn Cent bei jeder Kaffeezufüllung. Das ist für uns ein Beispiel erfolgreicher Arbeit, Großes entsteht eben immer im Kleinen, auch das ist der Maßstab unserer Kampagne, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir wollen das auch beim Thema Lebensmittelverschwendung auf den Weg bringen. Im kommenden Jahr beginnt eine auf mehrere Jahre ausgerichtete Kampagne zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung. Auch das zeigt, wir gehen den richtigen Weg.

Lassen Sie mich an dieser Stelle herzlichen Dank sagen an meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Umweltministerium und in den nachgeordneten Dienststellen, aber auch an die Kolleginnen und Kollegen in den einzelnen Ressorts. Ich denke, wir haben in den vergangenen Monaten sehr deutlich unter Beweis gestellt, dass wir in dieser Frage nicht über Probleme lamentieren, sondern sie angehen, um sie zu lösen. Ich danke aber auch den Unterstützern hier im saarländischen Landtag für die konstruktive Begleitung unserer Kampagnen und unserer Arbeit. Es bleibt bei dem, was Erich Kästner gesagt hat, „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Meiser:

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Der Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen hat zu Einzelplan 09 einen Abänderungsantrag eingebracht, der uns als Drucksache 16/176 vorliegt. Wir kommen zur Abstimmung zunächst über diesen Abänderungsantrag. Wer für die Annahme ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Abänderungsantrag Drucksache 16/176 mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Fraktionen von CDU, SPD und DIE LINKE, dagegen gestimmt hat die AfD-Fraktion.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 17 Kapitel 17 09. Wer für die Annahme von Einzelplan 17 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? -

(Präsident Meiser)

Dann stelle ich fest, dass Einzelplan 17 Kapitel 17 09 mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Fraktionen von CDU und SPD, bei Ablehnung durch die Fraktion DIE LINKE und die AfD-Landtagsfraktion.

Es ist über Kapitel 09 01 Einzelabstimmung beantragt. Wer für die Annahme des Kapitels ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass Kapitel 09 01 mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Fraktionen von CDU und SPD, dagegen gestimmt haben die Fraktion DIE LINKE und die AfD-Landtagsfraktion.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 09 im Übrigen. Wer für die Annahme des Einzelplans unter Berücksichtigung des angenommenen Abänderungsantrags ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass Einzelplan 09 unter Berücksichtigung des angenommenen Abänderungsantrags mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Fraktionen von CDU und SPD, bei Ablehnung durch die Fraktion DIE LINKE und die AfD-Landtagsfraktion.

Wir kommen zu Übersicht 10: Stellenplanänderungen.

Übersicht 10 - Stellenplan (Drucksache 16/178)

Die Berichterstattung über die Stellenplanänderungen erfolgte bereits im Rahmen des Grundsatzberichtes durch den Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzen und Haushaltsfragen. Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Änderungen von Stellenzahlen im Haushaltsplanentwurf 2018, Drucksache 16/178. Wer für die Annahme der Drucksache ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass die Änderungen der Stellenzahlen im Haushaltsplanentwurf 2018, Drucksache 16/178, mit Stimmenmehrheit angenommen sind. Zugestimmt haben die Fraktionen von CDU und SPD, dagegen gestimmt hat die AfD-Landtagsfraktion, enthalten hat sich die Fraktion DIE LINKE.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Haushaltsgesetze, zunächst über das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Saarlandes für das Rechnungsjahr 2018, Haushaltsgesetz 2018, Drucksache 16/150. Ich darf darauf hinweisen, dass die Berichterstattung zu diesem Gesetz sowie zu dem folgenden Haushaltsbegleitgesetz bereits durch Herrn Vorsitzenden Jochen Flackus im Rahmen des Grundsatzberichtes abgegeben wurde. Ebenso wur-

den die Aussprachen zu diesen Gesetzen bereits im Rahmen der Generaldebatte durchgeführt. Die Regierung des Saarlandes hat zu dem Gesetzentwurf eine Ergänzung eingebracht, die uns als Drucksache 16/160 vorliegt.

Wir kommen zur Abstimmung über diese Ergänzungsvorlage. Wer für die Annahme der Ergänzungsvorlage Drucksache 16/160 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass die Ergänzungsvorlage, Drucksache 16/160, mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Fraktionen von CDU und SPD, bei Ablehnung durch die Fraktion DIE LINKE und die AfD-Landtagsfraktion.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in Zweiter und letzter Lesung. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes unter Berücksichtigung der angenommenen Ergänzungsvorlage in Zweiter und letzter Lesung ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass der Gesetzentwurf, Drucksache 16/150, unter Berücksichtigung der angenommenen Ergänzungsvorlage in Zweiter und letzter Lesung mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Fraktionen von CDU und SPD, dagegen gestimmt haben die Fraktion DIE LINKE und die AfD-Landtagsfraktion.

Der Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen hat zum Haushaltsbegleitgesetz 2018 einen Abänderungsantrag eingebracht, der uns als Drucksache 16/181 vorliegt.

Wir kommen zur Abstimmung über diesen Abänderungsantrag. Wer für die Annahme ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass der Abänderungsantrag, Drucksache 16/181, mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Fraktionen von CDU und SPD, dagegen gestimmt hat die AfD-Fraktion, enthalten hat sich die Fraktion DIE LINKE.

Wir kommen zur Abstimmung über das Haushaltsbegleitgesetz 2018, Drucksache 16/151, in Zweiter und letzter Lesung. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes in Zweiter und letzter Lesung unter Berücksichtigung des angenommenen Abänderungsantrags ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/151 in Zweiter und letzter Lesung unter Berücksichtigung des angenommenen Abänderungsantrags mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Fraktionen von CDU und SPD, dagegen gestimmt haben die Fraktionen DIE LINKE und AfD.

(Präsident Meiser)

Ich darf zunächst Herrn Finanzminister Toscani das Wort erteilen.

Minister Toscani:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Haushaltsberatungen bilden ja traditionell den Abschluss und den Höhepunkt eines parlamentarischen Jahres. Gestatten Sie mir deshalb, dass ich der Tradition entsprechend noch einmal das Wort ergreifen darf, zum einen, um einen Dank auszusprechen, und zum anderen, um eine Einladung auszusprechen.

Der Haushalt 2018 ist ja der erste Haushalt der neuen Legislaturperiode. Ich bin als Finanzminister froh und dankbar, dass er jetzt im wahrsten Sinne des Wortes in trockenen Tüchern ist. Dass er unter Dach und Fach ist, dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken, Danke sagen all denen - so ein Haushalt ist ja ein Gesamtkunstwerk -, die zum Zustandekommen unseres Haushalts beigetragen haben.

Gerade in den letzten Wochen waren die Haushaltsberatungen im Landtag auch noch einmal ganz stark geprägt von intensiver Arbeit. Diese Arbeit begleiten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landtagsverwaltung und in den Fraktionen. Sie arbeiten den Abgeordneten und sie arbeiten uns als Regierungsvertretern zu. Der Landtag hat eine erhöhte organisatorische Arbeit auch in diesen intensiven Wochen. Deshalb möchte ich mich bei Präsident Klaus Meiser und Landtagsdirektor Christof Zeyer stellvertretend für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung und der Fraktionen ganz herzlich bedanken.

(Beifall des Hauses.)

So ein Haushalt hat ja auch in der Landesregierung einen ziemlich langen Vorlauf. Zu Beginn eines jeden Jahres treffen sich die Abteilungsleiter, die Haushaltsabteilungsleiter, Organisationsabteilungsleiter, mit der Haushaltsabteilung des Finanzministeriums. Da wird konstruktiv miteinander gerungen, ehe dann erst einmal der Entwurf des Haushalts in der Landesregierung zustande kommt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten natürlich auch jetzt intensiv in diesen Wochen der Haushaltsberatungen im Landtag mit und zu. Ihnen verdanken wir ganz viel. Deshalb möchte ich stellvertretend für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesregierung ganz herzlich Danke schön sagen dem neuen Finanzstaatssekretär Professor Ulli Meyer und unserem Haushaltsdirektor Wolfgang Förster.

(Beifall des Hauses.)

Hier im Landtag wird der Haushalt ja dann im wahrsten Sinne des Wortes gelesen. Jeder einzelne Haushaltsansatz wird aufgerufen, erklärt, hinterfragt und diskutiert. Das bedeutet natürlich für den Haus-

halts- und Finanzausschuss ganz intensive Wochen der Beratungen, viele Sitzungen. Deshalb möchte ich mich bei den Mitgliedern des Haushaltsausschusses für diese wertvolle parlamentarische Arbeit bedanken. Danke dem langjährigen Ausschusssekretär Werner Schaar und danke - für ihn war es ja eine Premiere - dem neuen Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Herrn Jochen Flackus, für die souveräne, routinierte und faire Leitung dieser Haushaltsberatungen.

(Beifall des Hauses.)

Hier im Plenarsaal des saarländischen Landtages schlägt das Herz der Demokratie im Saarland. Wir haben immer wieder auch Zuschauer auf der Zuschauertribüne. Aber die Mehrzahl bekommt natürlich unsere Haushaltsberatungen über die Medien mit, sei es durch die Live-Übertragung des saarländischen Rundfunks im Fernsehen, sei es durch die Übertragung im Radio, im Internet oder über die Printmedien. Für diese Übertragung unserer Beratungen, aber natürlich auch für die kritisch-konstruktive Begleitung unserer Haushaltsdebatte, für die kritisch-konstruktive Begleitung unserer parlamentarischen Arbeit im Laufe des Jahres, ein herzliches Dankeschön an die Vertreter der saarländischen Medien.

(Beifall des Hauses.)

Last, but not least: Als Finanzminister hat man ja selten angenehme Pflichten, aber eine ist eine total angenehme, nämlich am Ende der parlamentarischen Beratungen zum Haushalt eine Einladung auszusprechen. Ich darf Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen und die Besucher, ganz herzlich im Anschluss an die Sitzung zu unserem traditionellen Heringsessen einladen.

(Beifall des Hauses.)

Präsident Meiser:

Es folgt nun die Schlussrede des Landtagspräsidenten. Dafür stehen mir zwei Redezeitmodule zur Verfügung.

(Heiterkeit.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Saaldiener Fritz Evanschitzky hat heute nach 25 Jahren die letzte Schicht. Wer kann schon in diesem Amt behaupten, dass er in jeder Sitzung jeden Abgeordneten persönlich begrüßt hat außer Fritz Evanschitzky? Ich denke, er ist uns ans Herz gewachsen, er ist Kult. Wir sagen heute, lieber Fritz, herzlichen Dank für deine treuen Dienste und wünschen dir für die Zukunft alles Gute!

(Stehende Ovationen des Hauses.)

Lieber Fritz, so viel Applaus wünsche ich mir einmal für den Präsidenten.

(Präsident Meiser)

(Heiterkeit.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss der Haushaltsberatungen und am Ende des parlamentarischen Jahres 2017 will ich auch Danke sagen an Sie, an euch alle, für die gemeinsame Arbeit, natürlich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landtag, in der Landtagsverwaltung, in den Fraktionen, in den Ministerien und auch den Medien. Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Da-

men und Herren, ich darf Ihnen schon heute frohe Feiertage wünschen, Glück und Zufriedenheit für das Jahr 2018! - Unsere Sitzung ist hiermit geschlossen.

Anlage 1

Berichterstattung zu Übersicht 1 - Landtag und Rechnungshof

Einzelplan 01 - Landtag

(Berichterstatter: Abg. Hans (CDU))

Die Gesamteinnahmen des Einzelplans 01 im Haushaltsjahr 2018 belaufen sich auf 22.900 Euro, was einen Anstieg von 13.000 Euro gegenüber dem Jahr 2017 bedeutet. Die Gesamtausgaben im Haushaltsjahr 2018 belaufen sich auf etwa 19,8 Millionen Euro, was einen Anstieg von rund einer Million Euro gegenüber dem Jahr 2017 bedeutet.

In **Kapitel 01 01** (Landtag) bleiben die Einnahmen unverändert in Höhe von 4.400 Euro. Die Ausgaben steigen um 692.900 Euro auf 18,7 Millionen Euro.

Bei den Planstellen ist ein Aufwuchs von zwei Stellen zu verzeichnen, während bei den Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein Anstieg um eine Stelle zu beobachten ist. Die Anzahl der Auszubildenden bleibt unverändert.

In **Kapitel 01 02** (Datenschutz) steigen die Einnahmen um 13.000 Euro auf 18.500 Euro. Die Ausgaben steigen um 322.000 Euro auf 1,20 Millionen Euro.

Bei den Planstellen ist ein Aufwuchs von vier Stellen zu verzeichnen, während bei den Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keine Veränderung zu beobachten ist.

Anlage 2

Berichterstattung zu Übersicht 1 - Landtag und Rechnungshof

Einzelplan 19 - Rechnungshof des Saarlandes - und Einzelplan 17 Kapitel 17 19

(Berichterstatter: Abg. Dörr (AfD))

Wir kommen zur Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Einzelplans 19 auf Seite 3. Der Rechnungshof hat keine Einnahmen. An Ausgaben sind für 2018 3.320.600 Euro angesetzt.

Wir kommen zu den Personalausgaben auf den Seiten 4 - 6.

Bei den Planstellen haben wir folgende Veränderung: Stellensoll 2017 - 38, Stellensoll 2018 - 40, ein Plus von 2. Eine Stelle wurde neu geschaffen. Hier frage ich, wofür diese Stelle neu geschaffen worden ist. - Die auf Seite 6 aufgeführten Stellen für Arbeitnehmer sind unverändert.

Wir kommen nun zu den sächlichen Verwaltungsausgaben auf den Seiten 6 - 8. Veränderungen ergeben sich wie folgt:

Titel 514 01: von 5.500 auf 5.000 Euro - ein Minus von 500 Euro

Titel 518 02: von 4.500 auf 4.000 Euro - ein Minus von 500 Euro

Titel 531 01: von 3.500 auf 4.000 Euro - ein Plus von 500 Euro

Titel 534 05: von 1.500 auf 4.000 Euro - ein Plus von 2.500 Euro

Hierbei handelt es sich um Mittel für die Teilnahme am geplanten Gesundheitskonzept.

Auf Seite 8 erhöhen sich die Investitionen für Erwerb von Hard- und Software um 1.000 Euro.

Das Kapitel schließt mit 3.320.600 Euro - eine Erhöhung um 97.600 Euro.

Wir kommen nun zu Einzelplan 17 Kapitel 17 19 (Zentrale Dienstleistungen im Bereich des Rechnungshofs), Seite 45.

Die wesentlichen Veränderungen sind:

Kapitel 518 03: von 128.100 auf 128.700 Euro - ein Plus von 600 Euro

Kapitel 519 03: von 9.600 auf 7.000 Euro - ein Minus von 2.600 Euro

Kapitel 537 58: von 40.700 auf 38.900 Euro - ein Minus von 1.800 Euro

Das Kapitel 17 19 schließt mit 262.600 Euro, eine Reduzierung um 3.900 Euro.

Anlage 3

Berichterstattung zu Übersicht 2 - Einzelplan 02 - Abschnitt Ministerpräsidentin und Staatskanzlei (Kapitel 02 01 - 02 06) -, Einzelplan 17 Kapitel 17 02 sowie Einzelplan 20 Kapitel 20 02

(Berichterstatter: Abg. Thielen (CDU))

Die Gesamteinnahmen im Haushaltsjahr 2018 belaufen sich auf 38,7 Millionen Euro, was einen Rückgang von gut 9 Millionen Euro gegenüber dem Jahr 2017 bedeutet. Die Gesamtausgaben im Haushaltsjahr 2018 belaufen sich auf etwa 332 Millionen Euro, was einen Rückgang von 4,3 Millionen Euro gegenüber dem Jahr 2017 bedeutet. Insgesamt ist im Einzelplan 02 ein Abbau von sieben Stellen festzustellen, davon zwei planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie fünf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die Gesamteinnahmen in **Kapitel 02 01** (Ministerpräsidentin und Staatskanzlei) sinken um 40.000 Euro auf 227.300 Euro. Die Gesamtausgaben steigen im Vergleich zum Vorjahr um 98.300 Euro auf 8,10 Millionen Euro. Bei den Planstellen gibt es keine Veränderungen; Gleiches gilt für die Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Kapitel 02 02 (Allgemeine Bewilligungen) verzeichnet keine Einnahmen. Die Ausgaben bleiben konstant bei 17.100 Euro.

Die Einnahmen in **Kapitel 02 03** (Vertretung des Saarlandes beim Bund) sinken um 15.800 Euro auf 15.000 Euro. Die Ausgaben steigen um 118.600 Euro auf 1,38 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr. Bei den Planstellen gibt es keine Veränderungen; Gleiches gilt für die Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Kapitel 02 05 (Landesarchiv) verzeichnet konstant bleibende Einnahmen in Höhe von 30.700 Euro. Die Ausgaben steigen um 3.300 Euro auf 634.400 Euro. Die Planstellen bleiben unverändert, wohingegen eine Stelle weniger für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu beobachten ist.

In **Kapitel 02 06** (IT-Innovationszentrum) sind Mehreinnahmen in Höhe von 2.700 Euro zu beobachten, die zu Gesamtausgaben in Höhe von knapp 1,30 Millionen Euro führen (Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von gut einer Millionen Euro). Bei den Planstellen gibt es keine Veränderungen; Gleiches gilt für die Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Das Kapitel verzeichnet keine Einnahmen.

Kapitel 17 02 (Zentrale Dienstleistungen im Bereich der Ministerpräsidentin und der Staatskanzlei) verzeichnet konstant bleibende Einnahmen in Höhe von

15.800 Euro. Die Ausgaben steigen um 47.300 Euro auf 2,06 Millionen Euro.

In **Kapitel 20 02** (Staatliche Hochbaumaßnahmen im Bereich Ministerpräsidentin und Staatskanzlei) fallen keine Ausgaben an.

Anlage 4

Berichterstattung zu Übersicht 2 - Einzelplan 02 - Abschnitt Wissenschaft, Forschung und Technologie (Kapitel 02 12 - 02 14) -, Einzelplan 20 Kapitel 20 11, 20 21 sowie Kapitel 20 23

(Berichterstatter: Abg. Thul (SPD))

I. Allgemein

Ich erstatte Bericht über die Beratungen des Einzelplanes 02 zum Abschnitt Wissenschaft, Forschung und Technologie, zu Kapitel 20 11 (Baumaßnahmen HTW), 20 21 (Baumaßnahmen UdS) und 20 23 (Baumaßnahmen UKS in Homburg).

Der Regierungsentwurf zum Einzelplan 02 im Bereich Wissenschaft, Forschung und Technologie sieht Einnahmen von rund 38,7 Millionen Euro vor, das sind rund 9 Millionen weniger als im Vorjahr. Die Ausgaben belaufen sich auf rund 332,5 Millionen Euro, was eine Verminderung um rund 4 Millionen Euro bedeutet.

Das Stellensoll verringert sich um insgesamt 7 auf 1.282 Stellen im Jahr 2018. Im Bereich der planmäßigen Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter gab es ein Stellenminus von 2. Während im Bereich der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein Minus von 5 Stellen zu verzeichnen war, gab es im Bereich der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst mit 14 keine Veränderung.

II. Einnahmen

Die größte Einnahmequelle des Einzelplans 02 sind nach wie vor die Einnahmen über die Zuweisungen des Bundes zum Hochschulpakt 2020 in Höhe von 20.869.000 Euro. An weiteren Einnahmen sind die Zuweisungen des Bundes und der Länder für Leibniz-Einrichtungen in Höhe von insgesamt 11.403.600 Euro veranschlagt. Die Einnahmen im Kapitel 20 21 im Bereich Hochbaumaßnahmen der Universität betragen insgesamt 25.628.000 Euro, was einer Erhöhung von 2.713.000 Euro entspricht.

Im Kapitel 20 11 Baumaßnahmen HTW beläuft sich der Beitrag der HTW zur Finanzierung von Sanierungsmaßnahmen an den Standorten Rotenbühl und Alt-Saarbrücken sowie zur Finanzierung des Umbaus „Haus der Gesundheit“ auf insgesamt 3.598.000 Euro. Die Einnahmen erhöhen sich somit um 1.651.000 Euro. Die Einnahmen im Kapitel 20 21 im Bereich Hochbaumaßnahmen der Universität betragen insgesamt 25.628.000 Euro, was einer Erhöhung von 2.713.000 Euro entspricht.

III. Ausgaben

Bei den Ausgaben ist im Kapitel 02 12 zuvorderst der Zentrale Finanzierungsfonds zum Hochschul-

pakt 2020 in Höhe von 23.215.200 Euro zu nennen, der sich um 7.237.800 Euro verringert hat. Der Anteil des Landes an der Finanzierung für Zuwendungen an Forschungsinstitute außerhalb von Hochschulen beträgt 2018 insgesamt 17.115.600 Euro und steigt um 2.835.200 Euro. Die Zuwendungen an Leibniz-Einrichtungen betragen insgesamt 20.723.000 Euro und haben sich somit leicht um 338.800 Euro erhöht. Die Zuwendungen zur Innovations- und Technologieförderung betragen insgesamt 3.893.500 Euro und bleiben somit unverändert.

Die Gesamtausgaben im Kapitel 20 11 „Hochbaumaßnahmen der HTW“ betragen 6.062.700 Euro und erhöhen sich somit um 1.522.500 Euro. Die Gesamtausgaben im Kapitel 20 21 „Hochbaumaßnahmen der Universität“ betragen 21.160.000 Euro. Daraus ergibt sich ein Mehr von 1.050.000 Euro.

Die Gesamtausgaben im Bereich des Universitätsklinikums des Saarlands in Homburg im Kapitel 20 23 betragen 4.536.000 Euro, verringern sich also um 765.000 Euro.

IV. Abänderungsanträge

Die Koalitionsfraktionen haben einen Abänderungsantrag zum Einzelplan 02 für den Bereich Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur in Höhe von 100.000 Euro auf nunmehr 665.200 Euro gestellt, der mehrheitlich vom Ausschuss angenommen wurde.

Die vorgelegten Abänderungsanträge der Oppositionsparteien wurden mehrheitlich abgelehnt.

Die Beschlussfassung des Ausschusses für Finanzen und Haushaltsfragen liegt schriftlich vor.

Anlage 5

Berichterstattung zu Übersicht 3 - Ministerium für Inneres, Bauen und Sport

Einzelplan 03 - Ministerium für Inneres, Bauen und Sport -, Einzelplan 17 Kapitel 17 03 und Einzelplan 20 Kapitel 20 03, 20 06 und 20 10

(Berichterstatterin: Abg. Baltes (SPD))

1. Allgemein

Ich erstatte Bericht über die Beratungen des Einzelplanes 03 für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres, Bauen und Sport, die Kapitel 17 03 (Zentrale Dienstleistungen) und 20 03 (Baumaßnahmen).

Der Regierungsentwurf zum Einzelplan 03 sieht Einnahmen von rund 25,7 Millionen Euro vor. Die Ausgaben belaufen sich auf rund 317 Millionen Euro, was eine Minderung von rund 40.000 Euro bedeutet.

Es gibt eine Veränderung der Planstellen bei der Vollzugspolizei. Im Bereich der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten gibt es eine Kürzung von 36 Stellen. Beim Verwaltungspersonal gibt es eine Kürzung von 7 Stellen und bei den Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fallen 12 Stellen weg.

2. Einnahmen

Die größte Einnahmequelle des Einzelplans, sind nach wie vor die Einnahmen von Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten des Landesverwaltungsamtes im Kapitel 03 31 Titel 112 01 in Höhe von 8.420.000 Euro. Die Gesamteinnahmen in Kapitel 03 31 belaufen sich auf 9.816.600 Euro.

Bei der Stadtentwicklung und Stadterneuerung im Kapitel 03 06 in den Titelgruppen 71 bis 90 werden insgesamt 9,2 Millionen einschließlich Bundesanteile weitergeführt. In Kapitel 03 06 wurde der Titel 331 90 zur Förderung von städtebaulichen Maßnahmen im Programmteil „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“ mit 387.000 Euro neu eingestellt.

3. Ausgaben

Unter Kapitel 03 02 wurden die Titel 684 85 - Zuschüsse für den Verein „Notfallseelsorge und Krisenintervention im Saarland e. V.“ - mit 10.000 Euro und der Titel 686 93 - Zuwendungen an Sport treibende Vereine zu besonderen sportlichen Veranstaltungen mit überregionalem Stellenwert - mit 370.000 Euro neu eingestellt.

In folgenden Kapiteln wurden die Titel erhöht: In Kapitel 03 12 (Vollzugspolizei) wurde der Titel 537 61 - Aufträge an Dritte im Rahmen des DV-Einsatzes - im Bereich der Sicherheit in der deutsch-französi-

schen Grenzregion um 1,03 Millionen auf 2,4 Millionen Euro erhöht.

In Einzelplan 17 Kapitel 17 03 kam es bei den sächlichen Verwaltungsaufgaben zu einer Aufstockung bei der Bewirtschaftung der Grundstücke, einmal im Bereich des Ministeriums für Inneres und Sport unter Titel 517 03 von 123.000 Euro und zum anderen im Bereich der Fachhochschule für Verwaltung unter dem Titel 517 14 die Summe von 178.000 Euro.

In Einzelplan 20 Kapitel 20 03 kam bei den Ausgaben für Investitionen eine Kürzung von 650.000 Euro beim Titel 735 09 - Polizeiinspektion Völklingen: Herrichtung Postgebäude und Hofsanierung -, und der Titel 735 10 - Sanierung Unterkünfte der Landesaufnahmestelle Lebach - wurde ebenfalls um 1,5 Millionen Euro gekürzt.

4. Abänderungsanträge

Die Koalitionsfraktionen haben Abänderungsanträge zum Einzelplan 03 in folgenden Bereichen eingebracht: Ehrungen und Auszeichnungen - Anerkennungskultur Ehrenamt in Höhe von 150.000 Euro (Kapitel 03 02 Titel 681 03), Zuwendungen an Sport treibende Vereine zu besonderen sportlichen Veranstaltungen mit überregionalem Stellenwert in Höhe von 150.000 Euro (Kapitel 03 02 Titel 686 93), Unterstützung der Einrichtung von Ersthelfersystemen in Höhe von 5.000 Euro (Kapitel 03 02 Titel 684 83) und Beiträge an Verbände, Gemeinschaften, Organisationen usw. in Höhe von 10.000 Euro (Kapitel 03 02 Titel 685 01).

Alle Abänderungsanträge der Koalitionsfraktionen wurden mehrheitlich angenommen.

Die vorgelegten Abänderungsanträge der Oppositionsparteien wurden mehrheitlich abgelehnt.

Die Beschlussfassung des Ausschusses für Finanzen und Haushaltsfragen liegt schriftlich vor.

Anlage 6

Berichterstattung zu Übersicht 9 - Ministerium der Justiz und Verfassungsgerichtshof des Saarlandes

Einzelplan 10 - Ministerium der Justiz -, Einzelplan 17 Kapitel 17 10 und Einzelplan 20 Kapitel 20 10 sowie Einzelplan 18 - Verfassungsgerichtshof

(Berichterstatterin: Abg. Eder-Hippler (SPD))

I. Allgemein

Ich erstatte Bericht über die Beratungen des Einzelplanes 10 für den Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz, die Kapitel 17 10 (Zentrale Dienstleistungen), 20 10 (Baumaßnahmen) und Einzelplan 18 für den Geschäftsbereich des Verfassungsgerichtshofs des Saarlandes.

Der Regierungsentwurf zum Einzelplan 10 sieht Einnahmen von rund 57 Millionen Euro vor, das sind rund 435.000 Euro weniger als im Vorjahr. Die Ausgaben belaufen sich auf rund 206 Millionen Euro, was eine Steigerung um rund eine Million Euro bedeutet.

Das Stellensoll verringert sich um insgesamt 17 auf 2.077 Stellen im Jahr 2018. Im Bereich der planmäßigen Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter gab es mit 1.531 Stellen keine Veränderung. Während im Bereich der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein Minus von 17 Stellen und bei den Auszubildenden ein Minus von 21 Stellen zu verzeichnen war, gab es im Bereich der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst mit 87 Stellen keine Veränderung.

II. Einnahmen

Die Verwaltungseinnahmen erhöhen sich um 400.000 Euro sowie die übrigen Einnahmen um 35.000 Euro.

Die größte Einnahmequelle des Einzelplans sind nach wie vor die Einnahmen von Gerichtskosten der ordentlichen Gerichte und Staatsanwaltschaften im Kapitel 10 03, Titel 111 03 051, in Höhe von 38.000.000 Euro.

Im Kapitel 10 02 wurde der Titel 282 01 051 - Zuschüsse der Deutsch-Französischen Hochschule für die Förderung des Projekts „Kooperation zwischen dem Ministerium der Justiz des Saarlandes und der Pariser Anwaltskammer zur Referendarausbildung“ - mit 35.000 Euro neu eingestellt.

III. Ausgaben

Die sächlichen Verwaltungsausgaben erhöhen sich um rund 1,6 Millionen Euro sowie die Personalausgaben um 416.400 Euro. Während auch die Aufwen-

dungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke um 61.000 Euro steigen, vermindern sich die Ausgaben für Investitionen um rund eine Million Euro.

IV. Abänderungsanträge

Die Koalitionsfraktionen haben Abänderungsanträge zum Einzelplan 10 für den Bereich Durchführung von Tagungen und Konferenzen in Höhe von 10.000 Euro (Titel 533 01), den Bereich Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände in Höhe von 15.000 Euro (Titel 511 77), den Bereich Aufwendungen für Zeitangestellte in Höhe von 100.000 Euro (Titel 427 01) sowie Aus- und Fortbildung der Bediensteten in Höhe von 3.000 Euro (Titel 525 01) eingebracht, die mehrheitlich vom Ausschuss angenommen wurden.

Die vorgelegten Abänderungsanträge der Oppositionsparteien wurden mehrheitlich abgelehnt.

Die Beschlussfassung des Ausschusses für Finanzen und Haushaltsfragen liegt schriftlich vor.

Anlage 7

Berichterstattung zu Übersicht 7 - Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr -, Einzelplan 17 Kapitel 17 08 und Einzelplan 20 Kapitel 20 31

(Berichterstatter: Abg. Wegner (CDU))

Die Gesamteinnahmen im Haushaltsjahr 2018 belaufen sich auf 72,9 Millionen Euro, was einen Anstieg von 5,70 Millionen Euro gegenüber dem Jahr 2017 bedeutet. Die Gesamtausgaben im Haushaltsjahr 2018 belaufen sich auf etwa 219 Millionen Euro, was einen Anstieg von 16,1 Millionen Euro gegenüber dem Jahr 2017 bedeutet.

In **Kapitel 08 01** (Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr) steigen die Einnahmen um 9.500 Euro auf 336.900 Euro. Die Ausgaben steigen um 883.400 Euro auf rund 17,0 Millionen Euro. Bei den Planstellen ist ein Aufwuchs von sieben Stellen zu verzeichnen, während bei den Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein Rückgang um eine Stelle zu beobachten ist.

Kapitel 08 02 (Allgemeine Bewilligungen) erzielt nach wie vor keine Einnahmen. Die Gesamtausgaben steigen um 2.000 Euro auf 417.500 Euro im Jahr 2018.

Die Einnahmen in **Kapitel 08 03** (Förderung der Wirtschaft) gehen um eine knappe Million Euro auf 6,47 Millionen Euro zurück. Die Ausgaben steigen um 204.900 Euro auf 38,7 Millionen Euro. Es bestehen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 25,78 Millionen Euro. Die Anzahl der Planstellen sowie die der Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bleibt unverändert.

Die Einnahmen in **Kapitel 08 04** (Förderung des Verkehrs) steigen um 7,28 Millionen Euro auf 40,5 Millionen Euro an. Die Ausgaben belaufen sich auf 53,3 Millionen Euro. Dies bedeutet einen Anstieg von 6,98 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr. Es bestehen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 5,74 Millionen Euro.

In **Kapitel 08 06** (EU-Programme und -Gemeinschaftsinitiativen) sinken die Einnahmen um gut eine Millionen Euro auf circa 12,0 Millionen Euro. Die Ausgaben steigen um 2,10 Millionen Euro auf 22,3 Millionen Euro. Es bestehen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 29,9 Millionen Euro.

Die Einnahmen des **Kapitels 08 07** (Berghoheitsverwaltung) betragen 125.100 Euro und sinken somit um 56.000 Euro. Die Ausgaben steigen um 48.300 Euro auf 1,90 Millionen Euro. Bei den Planstellen ist ein Aufwuchs von einer Stelle zu verzeichnen, während bei den Stellen für Arbeitnehmerinnen und Ar-

beitnehmer ein Rückgang um eine Stelle zu beobachten ist.

Die Einnahmen in **Kapitel 08 08** (Maßnahmen zur Förderung des Arbeitsmarkts) betragen unverändert 9,45 Millionen Euro. Die Ausgaben steigen um 530.000 Euro auf circa 17,0 Millionen Euro. Es bestehen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 6,1 Millionen Euro.

Kapitel 08 09 (Energie) weist einen Anstieg der Einnahmen um 490.000 Euro auf 3,98 Millionen Euro auf. Die Ausgaben steigen um 620.100 Euro auf 4,93 Millionen Euro. Es bestehen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1,5 Millionen Euro.

Die Ausgaben in **Kapitel 08 12** (Landesbetrieb für Straßenbau) steigen um 4,76 Millionen Euro auf 63,3 Millionen Euro an. Es bestehen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 47,8 Millionen Euro. Bei den Planstellen ist ein Aufwuchs von zwei Stellen zu verzeichnen, während bei den Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein Rückgang um vier Stellen zu beobachten ist. Die Anzahl der Auszubildenden bleibt unverändert.

Die Einnahmen im **Kapitel 17 08** (Zentrale Dienstleistungen im Bereich des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr) bleiben unverändert bei null, während die Ausgaben um 58.600 Euro auf 4,16 Millionen Euro sinken.

Kapitel 20 31 (Straßenbaumaßnahmen) enthält weder bei Einnahmen noch bei Ausgaben Mittelansätze.

Anlage 8

Berichterstattung zu Übersicht 5 - Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

Einzelplan 05 - Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie und Einzelplan 17 Kapitel 17 05

(Berichterstatter: Abg. Speicher (CDU))

Die Gesamteinnahmen im Haushaltsjahr 2018 belaufen sich auf knapp 12,3 Millionen Euro, was einen Rückgang von gut 6,8 Millionen Euro gegenüber dem Jahr 2017 bedeutet. Die Gesamtausgaben im Haushaltsjahr 2018 belaufen sich auf knapp 400 Millionen Euro, was einen Anstieg von circa 30 Millionen Euro gegenüber dem Jahr 2017 bedeutet. Insgesamt ist im Einzelplan 05 ein Zuwachs von zwölf Stellen festzustellen, davon elf planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie eine Arbeitnehmerin bzw. ein Arbeitnehmer.

In **Kapitel 05 01** (Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie) sinken die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr um 15.000 Euro auf 190.500 Euro. Die Gesamtausgaben sinken um 1,40 Millionen Euro auf circa 14,7 Millionen Euro. Im Jahr 2018 erfolgt die Minderung um eine Planstelle bzw. um zehn weniger Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

In **Kapitel 05 02** (Allgemeine Bewilligungen) sinken die Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr um 11.000 Euro auf 1,34 Millionen Euro. Die Gesamtausgaben des Kapitels sinken um 221.500 Euro auf 7,72 Millionen Euro. Zu erwähnen sind außerdem die Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 8,46 Millionen Euro. Weder bei den Planstellen noch bei den Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt es Veränderungen.

Kapitel 05 03 (Frauenpolitik) verzeichnet wie im Vorjahr keine Einnahmen. Die Ausgaben steigen im Vergleich zum Vorjahr um 306.700 Euro auf circa 2,77 Millionen Euro.

In **Kapitel 05 04** (Förderung der Familie) ist ein Einnahmewachstum von 627.500 Euro festzustellen, was dem Betrag der Zuweisung des Bundes „Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“ vollständig entspricht. Die Gesamtausgaben des Kapitels steigen auf nun 1,66 Millionen Euro um 1,08 Millionen Euro, wovon die Hälfte für die angesprochene Bundesinitiative verausgabt wird.

In **Kapitel 05 05** (Jugendpolitik) beobachten wir Einnahmen in Höhe von 680.000 Euro; dies entspricht einem Zuwachs von 200.000 Euro. In diesem Kapitel fallen Mehrausgaben in Höhe von 3,28 Millionen

Euro an; die Gesamtausgaben steigen somit auf 11,6 Millionen Euro.

Die Einnahmen in **Kapitel 05 06** (Landesjugendamt) sinken aufgrund der gesetzlichen Neuregelung der Zuständigkeit im Bereich unbegleitete minderjährige Flüchtlinge um 9 Millionen Euro auf null. Die Ausgaben des Kapitels steigen im Vergleich zum Vorjahr um 3,45 Millionen Euro auf 6,93 Millionen Euro.

In **Kapitel 05 07** (Landesinstitut für präventives Handeln - Saar (LPH)) sind wie im Vorjahr keine Einnahmen festzustellen. Die Gesamtausgaben steigen um 49.200 Euro auf circa 1,75 Millionen Euro. Im Jahr 2018 erfolgt ein Anstieg um eine Planstelle bzw. eine Minderung um eine Stelle für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die Einnahmen in **Kapitel 05 08** (Gesundheitswesen) steigen um 20.000 Euro auf 200.000 Euro. Im Vergleich zum Vorjahr steigen die Gesamtausgaben um circa 600.000 Euro auf 4,39 Millionen Euro.

Die Einnahmen in **Kapitel 05 09** (Sozial- und Altenpolitik) stiegen um 1.000 Euro auf 2.500 Euro. Im Vergleich zum Vorjahr steigen die Gesamtausgaben um 237.600 Euro auf etwa 1,79 Millionen Euro.

In **Kapitel 05 10** (Krebsregister, Epidemiologische Studien) steigen die Einnahmen um 78.200 Euro auf 1,42 Millionen Euro. Die Gesamtausgaben steigen im Vergleich zum Vorjahr um 84.800 Euro auf 1,49 Millionen Euro.

Die Gesamteinnahmen in **Kapitel 05 12** (Leistungen nach dem Krankenhausgesetz) steigen um 1,25 Millionen Euro auf 7,83 Millionen Euro an. Die Ausgaben steigen im Vergleich zum Vorjahr um 4,00 Millionen auf 32,5 Millionen Euro an.

Die Gesamtausgaben in **Kapitel 05 13** (Landesamt für Soziales) belaufen sich auf 309 Millionen Euro; dies ist ein Anstieg von 18,4 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr. Im Jahr 2018 erfolgt ein Anstieg um elf Planstellen bzw. um zwölf Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer; die Anzahl der Auszubildenden bleibt konstant hoch (drei). In diesem Kapitel fallen keine Einnahmen an.

Die Gesamtausgaben in **Kapitel 05 14** (Demografischer Wandel) bleiben konstant in Höhe von 99.000 Euro.

Die Einnahmen in **Kapitel 17 05** (Zentrale Dienstleistungen im Bereich des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie) sinken um 8.500 Euro auf 6.000 Euro im Jahr 2018. Die Gesamtausgaben des Kapitels steigen um 516.700 Euro auf 3,49 Millionen Euro an.

Anlage 9

Berichterstattung zu Übersicht 6 - Ministerium für Bildung und Kultur

Einzelplan 06 - Ministerium für Bildung und Kultur -, Einzelplan 17 Kapitel 17 06 und Einzelplan 20 Kapitel 20 06, Kapitel 20 12 sowie Kapitel 20 27

(Berichterstatter: Abg. Renner (SPD))

I. Allgemein

Ich erstatte Bericht über die Beratungen des Einzelplanes 06 für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung und Kultur, die Kapitel 17 06 (Zentrale Dienstleistungen), 20 06 (Baumaßnahmen), 20 12 (Baumaßnahmen der künstlerischen Hochschulen) und Kapitel 20 27 (Investitionshilfen zum Bau nichtstaatlicher Schulen).

Der Regierungsentwurf zum Einzelplan 06 sieht Einnahmen von rund 5,2 Millionen Euro vor, das bedeutet ein Mehr von rund 3,5 Millionen Euro. Die Ausgaben belaufen sich auf knapp über 1 Milliarde Euro, das bedeutet ein Mehr von knapp 30 Millionen Euro im Vergleich zu 2017.

Das Stellensoll erhöht sich um 133 Stellen auf insgesamt 8.497 Stellen in 2018. Im Bereich der planmäßigen Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter gab es einen Stellenzuwachs von 143. Die Stellen bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verringern sich um 10. Bei den Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst gab es mit 525 Stellen und bei den Auszubildenden mit 5 Stellen keine Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr.

II. Einnahmen

Die größte Einnahmequelle des Einzelplans sind nach wie vor Zuweisungen des Bundes im Kapitel 06 02, Titel 231 06 und 231 07. Hier wurden dem Land einmal Mittel zu Modellversuchen von 488.000 Euro und einmal Zuweisungen des Bundes nach dem Entflechtungsgesetz in Höhe von 235.000 Euro zugewiesen.

III. Ausgaben

Bei den Ausgaben sind die allgemeinen Bewilligungen zu nennen, die sich um knapp 4,5 Millionen Euro auf nun rund 370 Millionen Euro erhöht haben. Die Ausgaben für Investitionen steigen um 1,1 Millionen Euro auf nun 14,5 Millionen Euro in 2018.

Auf der Ausgabenseite sind folgende Titel im Detail zu nennen: Im Kapitel 06 02 ist der Titel 429 02 - Austauschmaßnahmen im Rahmen der Frankreichstrategie mit einem HH-Ansatz von 65.000 Euro neu eingefügt worden. Beim Titel 671 04 - Erstattung von Ausgaben für schulvorbereitenden Förderunterricht (Früh Deutsch Lernen) - bleibt es bei dem HH-An-

satz des Vorjahres in Höhe von 6 Millionen Euro, auch in der mittelfristigen Finanzplanung. Da diese HH-Mittel im Zusammenhang mit der schulischen Unterbringung minderjähriger Flüchtlinge nicht ausreichen werden, sind in Kapitel 21 02 Titel 971 03 weitere 3,5 Millionen Euro für Sprachfördermaßnahmen vorgesehen. Der Titel 684 21 - Finanzhilfen und Zuschüsse an Privatschulen - wird gegenüber dem Vorjahr um 780.600 Euro auf 46.903.600 Euro im HH-Jahr 2018 aufgrund von Tarifsteigerungen und wegen anstehender, zum Teil umfangreicher Sanierungsmaßnahmen erhöht.

Im Kapitel 06 05 erhöht sich der Titel 538 01 - Beförderungskosten für Schüler der Staatlichen Förderschulen - um 450.000 Euro auf 4.250.000 Euro. Grund sind steigende Kosten aufgrund der Anwendung des Tariftreuegesetzes. Auch die Zahl der Einzeltransporte ist gestiegen, was zu Mehrkosten führen wird. Im Zusammenhang mit der Einrichtung von Sprachförderklassen zum Schuljahresbeginn 2018/2019 wurde der Titel 633 01 - Erstattungen an Gemeinden für Sprachförderklassen - neu eingerichtet und für 2018 wurden HH-Mittel in Höhe von 300.000 Euro (5/12tel) veranschlagt. Für die Folgejahre sind im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung 700.000 Euro vorgesehen.

Im Kapitel 06 09 wurde der Titel 427 21 - Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige - um 65.000 Euro auf 420.000 Euro im HH-Jahr 2018 erhöht. Der Mehrbedarf ergibt sich wegen zusätzlicher Fortbildungsangebote für die Projekte Gesunde Schule, Schule leiten, Inklusion an weiterführenden Schulen, Kulturelle Bildung sowie Medienbildung. Ebenfalls neu eingerichtet wurde der Einnahmetitel 282 02 „Förderbeiträge Dritter für Projekte“ im Zusammenhang mit der Förderung des Projektes „Kultur leben!“ durch die Mercator Stiftung GmbH.

Im Kapitel 06 11 wurde der Ansatz bei Titel 427 21 - Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige - auf den ursprünglichen HH-Ansatz von 227.000 Euro gekürzt, weil befristete Verträge, die wegen der Flüchtlingssituation abgeschlossen wurden, inzwischen ausgelaufen sind bzw. die Bedarfsdeckung durch die Schaffung zusätzlicher Planstellen erfolgt ist. Der Titel 671 02 - Zuschüsse zu Projekten in besonderen sozialen Brennpunkten - wurde mit einem HH-Ansatz von 150.000 Euro neu eingerichtet.

Im Kapitel 06 23 wurde der Titel 681 34 - Festival LOOSTIK - neu eingerichtet mit einem HH-Ansatz von 20.000 Euro.

Im Kapitel 06 25 wurde der Titel 684 65 - Durchführung von Vorbereitungskursen auf schulische Abschlüsse - um 30.000 Euro auf 300.000 Euro erhöht.

Grund sind steigende Kurszahlen bei der Beteiligung am ESF-Programm „Grundbildung und Alphabetisierung 2014 - 2020“. Auch wurde der Ansatz bei Titel 684 66 (Modellversuche) um 11.000 Euro auf 47.000 Euro erhöht wegen steigender Kosten für das Sicherheitskonzept im Rahmen des Lernfestes sowie wegen Ausweitung von Tai Chi-Angeboten in Schulen und in Kindertagesstätten.

In Kapitel 06 27 wurde der Titel 685 01 - Förderung der Stiftung für die deutsch-französische kulturelle Zusammenarbeit - um 40.000 Euro auf 152.500 Euro ab dem HH-Jahr 2018 erhöht wegen gestiegenem Personalkostenbedarf, auch im Hinblick auf die Frankreichstrategie der saarländischen Landesregierung.

Das Kapitel 06 29 - Frühkindliche Bildung und Betreuung - steigt um knapp 8,5 Millionen Euro auf nun über 104 Millionen Euro in 2018. Bei der Titelgruppe 73 - Zuschüsse zu den Personalkosten für Kitas - wird es in den Folgejahren zu Aufwüchsen kommen, auch bezüglich der Entlastung der Eltern, die sich bisher mit 25 Prozent Elternbeiträgen an den Personalkosten beteiligen. Das Land entlastet die Eltern um 6 Prozent (Elternbeitrag dann 19 Prozent) und übernimmt die damit verbundenen Kosten in 3 Tranchen zu jeweils 2 Prozent, beginnend mit dem Kindergartenjahr 2018/2019. Neben diesem Effekt führt auch die gestiegene und nach wie vor anhaltende Inanspruchnahme von Ganztagesplätzen sowohl bei Krippen- als auch bei Kindergartenkindern zu einem höheren Personalisierungsbedarf und damit zu insgesamt höheren Personalkosten. In der Titelgruppe 80 - Investitionsausgaben für die Schaffung zusätzlicher Plätze - werden im HH-Jahr 2018 HH-Mittel in Höhe von 7 Millionen Euro veranschlagt, das heißt eine Erhöhung um 1 Million Euro gegenüber dem Vorjahr. Der Bund hat ein neues Investitionsprogramm aufgelegt (Kinderbetreuungsfinanzierung 2017 - 2020) in Höhe von insgesamt 11,5 Millionen Euro, verteilt auf die HH-Jahre 2017 bis 2020 (in 2017: 2.313.673 Euro, in 2018 bis 2020 jeweils 3.071.250 Euro).

Das Kapitel 17 06 (Zentrale Dienstleistungen) schließt mit Gesamteinnahmen in Höhe von 37.000 Euro und Ausgaben in Höhe von 5.411.800 Euro ab. Bei den Einnahmen bedeutet dies eine Erhöhung von 9.000 Euro gegenüber dem Vorjahr, bei den Ausgaben eine Minderausgabe von 21.700 Euro.

Das Kapitel 20 06 (Staatliche Hochbaumaßnahmen) schließt mit Ausgaben in Höhe von 1.700.000 Euro ab. Dies bedeutet bei den Ausgaben eine Erhöhung von 200.000 Euro.

Das Kapitel 20 12 (Baumaßnahmen der künstlerischen Hochschulen) schließt mit Ausgaben in Höhe von 900.000 Euro ab. Dies bedeutet bei den Ausgaben eine Erhöhung von 100.000 Euro.

Das Kapitel 20 27 (Investitionshilfen zum Bau nicht-staatlicher Schulen) schließt mit Ausgaben in Höhe von 2.940.000 Euro ab. Dies bedeutet bei den Ausgaben eine Erhöhung von 1.577.000 Euro.

IV. Abänderungsanträge

Die Koalitionsfraktionen haben Abänderungsanträge zum Einzelplan 06 für den Bereich der Förderung der Grundbildung im Jugendstraß- und Jugendarrestvollzug in Höhe von 60.000 Euro (Titel 538 96) sowie bei den Ausgaben für Werkverträge in Höhe von 150.000 Euro (Titel 546 91) eingebracht, die mehrheitlich vom Ausschuss angenommen wurden. Daneben wurden die Zuschüsse zur Pflege der Deutsch-Amerikanischen Beziehungen um 5.000 Euro (Titel 686 36) sowie die Geräte der Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände um 45.000 Euro (Titel 812 81) eingebracht, die mehrheitlich vom Ausschuss angenommen wurden. Bei der Hochschule der Bildenden Künste wurden die Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um 135.000 Euro (Titel 428 01) sowie bei der Kunst- und Kulturpflege die Zuschüsse zur pädagogischen Filmarbeit um 6.000 Euro (Titel 686 40) eingebracht und vom Ausschuss mehrheitlich angenommen. Bei der Kunst- und Kulturpflege wurde zudem der Titel 686 39 - Kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche - in Höhe von 75.000 Euro, der Titel 685 40 - Förderung der Kunstschulen - um 10.000 Euro und der Titel 686 50 - Zuschuss an Kinder- und Jugendtheater - um 30.000 Euro eingebracht und vom Ausschuss mehrheitlich angenommen.

Die vorgelegten Abänderungsanträge der Oppositionsparteien wurden mehrheitlich abgelehnt.

Die Beschlussfassung des Ausschusses für Finanzen und Haushaltsfragen liegt schriftlich vor.

Anlage 10

Berichterstattung zu Übersicht 4 - Ministerium für Finanzen und Europa und Allgemeine Finanzverwaltung

Einzelplan 04 - Ministerium für Finanzen und Europa und Einzelplan 21 - Allgemeine Finanzverwaltung

(Berichterstatter: Abg. Funk (CDU))

Im **Einzelplan 04** belaufen sich die Gesamteinnahmen im Haushaltsjahr 2018 auf 17,8 Millionen Euro, was einen Anstieg von rund einer Million Euro gegenüber dem Jahr 2017 bedeutet. Die Gesamtausgaben im Haushaltsjahr 2018 belaufen sich auf 115,9 Millionen Euro, was einen Anstieg von 5,55 Millionen Euro gegenüber dem Jahr 2017 bedeutet. Insgesamt weist das Personalsoll des Einzelplans ein Minus von 142 Stellen auf, davon 66 planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie 76 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

In **Kapitel 04 01** (Ministerium für Finanzen und Europa) fallen Mehreinnahmen in Höhe von 13.500 Euro an; dies bedeutet einen Anstieg auf 153.000 Euro. Die Gesamtausgaben in diesem Kapitel sinken um knapp 600.000 auf 11,9 Millionen Euro. Es bestehen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1,60 Millionen Euro. Bei den Planstellen ist ein Rückgang von 17 Stellen zu verzeichnen; die Anzahl der Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sinkt um insgesamt sieben Stellen.

Kapitel 04 02 (Allgemeine Bewilligungen) weist durch den Rückgang der Einnahmen um 25.000 Euro Gesamteinnahmen in Höhe von null Euro aus. Die Ausgaben gehen um 65.200 Euro auf 42.300 Euro zurück.

Die Gesamteinnahmen in **Kapitel 04 04** (Finanzämter) steigen um 1,35 Millionen Euro auf 15,9 Millionen Euro. Die Ausgaben steigen um 5,46 Millionen Euro auf rund 87,0 Millionen Euro. Bei den Planstellen ist ein Rückgang von 20 Stellen zu verzeichnen; die Anzahl der Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sinkt um insgesamt zwölf Stellen.

Die Gesamteinnahmen in **Kapitel 04 11** (Landesamt für Zentrale Dienste) sinken um 333.000 Euro auf 1,66 Millionen Euro. Die Gesamtausgaben steigen um 326.000 Euro auf 11,2 Millionen Euro. Bei den Planstellen ist ein Aufwuchs von fünf Stellen zu verzeichnen; die Anzahl der Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steigt um insgesamt zehn Stellen.

Kapitel 04 12 (Landesamt für zentrale Dienste - Amt für Bau und Liegenschaften) verzeichnet weder Einnahmen noch Ausgaben. Bei den Planstellen ist ein Rückgang von 37 Stellen zu verzeichnen; die Anzahl

der Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sinkt um insgesamt 70 Stellen.

Kapitel 04 13 (Landesamt für Zentrale Dienste - Statistisches Amt) verzeichnet keine Einnahmen. Die Ausgaben steigen um 433.600 Euro auf 5,77 Millionen Euro. Bei den Planstellen ist ein Mehr von einer Stelle zu verzeichnen, während die Anzahl der Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um insgesamt vier Stellen sinkt.

Kapitel 04 21 (Landesamt für IT-Dienstleistungen (IT-Dienstleistungszentrum, IT-DLZ)) verzeichnet weder Einnahmen noch Ausgaben. Bei den Planstellen ist ein Mehr von zwei Stellen zu verzeichnen, während die Anzahl der Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um insgesamt sieben Stellen steigt.

Die Einnahmen in **Kapitel 17 04** (Zentrale Dienstleistungen im Bereich des Ministeriums für Finanzen und Europa) sinken um 39.000 Euro auf 1,26 Millionen Euro. Die Ausgaben sinken um 489.800 Euro auf 180.200 Euro.

Kapitel 20 04 (Staatliche Hochbaumaßnahmen im Bereich des Ministeriums für Finanzen und Europa) enthält keine Ausgaben.

Im **Einzelplan 21** belaufen sich die Gesamteinnahmen im Haushaltsjahr 2018 auf 3,89 Milliarden Euro, was einen Anstieg von 67,1 Millionen Euro gegenüber dem Jahr 2017 bedeutet. Die Gesamtausgaben im Haushaltsjahr 2018 belaufen sich auf 1,34 Milliarden Euro, was einen Rückgang von 30,4 Millionen Euro gegenüber dem Jahr 2017 bedeutet.

Die Einnahmen in **Kapitel 21 01** (Steuereinnahmen, Finanzausgleich und Ergänzungszuweisungen) steigen um 203,8 Millionen Euro auf 3,80 Milliarden Euro. Die Ausgaben steigen um 21,2 Millionen Euro auf 619,4 Millionen Euro.

Die Einnahmen in **Kapitel 21 02** (Allgemeine Bewilligungen) sinken um 140,3 Millionen Euro auf 45,0 Millionen Euro. Die Gesamtausgaben gehen um 9,44 Millionen Euro auf 175,3 Millionen Euro. Es bestehen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 12,0 Millionen Euro. Bei den Planstellen ist ein Mehr von 16 Stellen zu verzeichnen.

Die Einnahmen in **Kapitel 21 03** (Forderungen und Schulden) gehen um 884.200 Euro auf 1,86 Millionen Euro zurück. Die Ausgaben gehen um 36,2 Millionen Euro auf 384,7 Millionen Euro zurück.

Die Einnahmen in **Kapitel 21 04** (Versorgung) steigen um 400.000 Euro auf 4,20 Millionen Euro. Die Gesamtausgaben in diesem Kapitel sinken um 5,95 Millionen Euro auf 161,0 Millionen Euro.

Anlage 11

Berichterstattung zu Übersicht 8 - Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

Einzelplan 09 - Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz und Einzelplan 17 Kapitel 17 09

(Berichterstatte(r)in: Abg. Spaniol (DIE LINKE))

Herr Präsident (Frau Präsidentin), meine Damen und Herren!

Der Einzelplan 09 umfasst den Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz. Dazu gehören neben dem Ministerium selbst die Kapitel Allgemeine Bewilligungen, Technischer Umweltschutz, Klimaschutz, Landwirtschaft, Ökologischer Landbau, Entwicklung ländlicher Räume, Wald, Jagd und Fischerei, Natur- und Tierschutz, Veterinärverwaltung, Arbeits- und Verbraucherschutz sowie das Landesamt für Vermessung, Geoinformation und Landentwicklung, der SaarForst Landesbetrieb, das Landesamt für Verbraucherschutz und das Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz, ebenso das Kapitel 17 09.

Das Personalsoll des Einzelplans 09 liegt für das Haushaltsjahr 2018 bei insgesamt 1.128 Bediensteten. Das ist ein Minus von 20 gegenüber 2017. Die Zahl der Auszubildenden bleibt mit 28 für das kommende Haushaltsjahr konstant.

Der Regierungsentwurf zum Einzelplan 09 sieht für 2018 Einnahmen in Höhe von rund 21 Millionen Euro vor. Das ist ein Plus von rund 3 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr. Die Gesamtausgaben sind für 2018 mit rund 82,3 Millionen Euro veranschlagt. Das entspricht einem Plus von rund 7,2 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr.

Die Ausgaben des Einzelplans 09 verteilen sich für 2018 wie folgt: Personalausgaben in Höhe von rund 15,9 Millionen Euro sowie sächliche Verwaltungsausgaben in Höhe von rund 6,18 Millionen Euro. Die Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke sind mit rund 46,62 Millionen Euro veranschlagt sowie die Ausgaben für Investitionen mit circa 13,63 Millionen Euro.

In Kapitel 17 09 (Zentrale Dienstleistungen im Bereich des Ministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz) sind für 2018 Einnahmen in Höhe von 7.000 Euro vorgesehen. Der Mittelansatz ist im Vergleich zum Vorjahr gleich geblieben. Das Kapitel 17 09 schließt für 2018 mit Gesamtausgaben in Höhe von rund 1,97 Millionen Euro - einem Plus von 497.800 Euro gegenüber dem Vorjahr.

Bezüglich Baumaßnahmen im Bereich des Ministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz sind keine Mittelansätze ausgewiesen.

Die Fraktionen DIE LINKE sowie CDU und SPD haben zu diesem Einzelplan Abänderungsanträge gestellt. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE fand keine Mehrheit im Haushalts- und Finanzausschuss. Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu den Kapiteln Natur- und Tierschutz, Veterinärverwaltung sowie Arbeits- und Verbraucherschutz wurden mehrheitlich angenommen.

Vielen Dank.